

Universität Bielefeld
Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie

Barbara Köster

„Die Junge Garde des Proletariats“
Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband
Deutschlands in der Weimarer Republik

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung
des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie

Erstgutachter: Herr Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt (Universität Bielefeld)
Zweitgutachter: Herr Prof. Dr. Jürgen Reulecke (Universität Siegen)

© Barbara Köster 2005

Die vorliegende Arbeit wurde auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier nach DIN-ISO 9706 gedruckt.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	1
1.1. Forschungskontext	6
1.2. Analytischer Bezugsrahmen.....	18
1.3. Gliederung und Fragestellungen	23
1.4. Quellen und Quellenkritik.....	27
II. Der Verband	35
2.1. Gründungsphase	36
2.2. Satzungen	47
2.3. Arbeitsstrukturen.....	55
2.4. Finanzen	68
2.5. Partei und Jugendverband	72
2.6. Arbeitsfelder.....	90
2.6.1. Nachwuchsreservoir	90
2.6.2. Kaderschmiede	92
2.6.3. Reservearmee	108
2.6.4. „Sprachrohr der Arbeiterjugend“	112
2.7. Der KJVD – Eine Miniaturausgabe der KPD	122
III. Die Jugendlichen	129
3.1. Mitgliederentwicklung, Fluktuation und Kassierung.....	131
3.2. Altersstruktur.....	141
3.3. Geschlechterverteilung.....	149
3.4. Beruflicher Status und soziale Lage.....	158
3.5. Lebenswelten aus der Retrospektive der Selbstzeugnisse.....	170
3.6. Die Jugendlichen – Versuch einer Annäherung.....	185
IV. Aspekte des Verbandslebens.....	193
4.1. Die Arbeit der Ortsgruppen und Betriebszellen.....	195
4.2. „Schnittmengen“: Wanderfahrten und Sonnenwendfeiern	207
4.3. Symbolische Politik: Die Jugendtage.....	219
4.4. Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf	245
4.5. Die Arbeiterjugenddelegationen in die Sowjetunion	273
V. Resümee	287
VI. Abkürzungsverzeichnis	295
VII. Quellenverzeichnis	297
VIII. Literaturverzeichnis.....	303
IX. Anhang	321

I. Einleitung

„Die Herabsetzung des Wahlalters durch die Weimarer Verfassung und die Verhältnisse der Nachkriegszeit haben eine immer stärkere Einbeziehung der Jugend in die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung zur Folge gehabt. Deshalb hat auch die Vergrößerung und immer schärfere Zuspitzung des politischen Tageskampfes, dessen schlimmste Auswüchse die politischen Gewalttaten sind, die Jugend miterfasst. (...) Die parteipolitische Gegensätzlichkeit hat sich bei der Jugend immer mehr als Nährboden jugendfremden Haßgeistes und schwerer Untaten erwiesen. Sogar die Ermordung Jugendlicher durch Jugendliche nur wegen parteipolitischer Gegensätze ist zu verzeichnen.“¹

Der Reichswehrminister und Reichsinnenminister Wilhelm Groener schildert in dem oben zitierten Schreiben an die Führer der deutschen Parteien im Februar 1932 die negativen Konsequenzen der Integration von Jugendlichen in die aktuelle politische Auseinandersetzung. Mit seinem eindringlichen Appell, zukünftig von einer parteipolitischen Bearbeitung und Betätigung der Jugend abzusehen, wollte er eine Entwicklung rückgängig machen, die um 1900 ihren Anfang genommen hatte. Die sukzessive Politisierung der Jugend begann bereits Anfang des 20. Jahrhunderts und intensivierte sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs, als sich insbesondere die Arbeiterjugend an den Kriegstreiks, Hungerunruhen und Friedensdemonstrationen beteiligte.² Thomas Nipperdey bezeichnet das Jahr 1918 als einen Wendepunkt, „der das Verhältnis von Jugend und Politik epochal veränderte, ja revolutionierte“³, und weist zugleich auf die politischen und sozialen Faktoren hin, die diese Veränderungen vorbereiteten.

Waren Jugendliche im Kaiserreich bloße Objekte der Politik, so änderte sich ihr rechtlicher Status mit der Weimarer Republik grundlegend. Die Väter der Weimarer Verfassung gewährten jungen Erwachsenen ab 20 Jahren das Wahlrecht und eröffneten ihnen durch die Aufhe-

¹ Reichsministerium des Innern, Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch) R 1501/122, Bd. 6a, Bl. 177.

² Domansky, Elisabeth: Politische Dimensionen von Jugendprotest und Generationenkonflikt in der Zwischenkriegszeit in Deutschland, in: Dowe, Dieter (Hg.): Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986, S. 113-137, hier: S. 121. Siehe dazu auch: Stadelmaier, Martin: Zwischen Langenmark und Liebknecht. Arbeiterjugend und Politik im I. Weltkrieg, Bonn 1986.

³ Nipperdey, Thomas: Jugend und Politik um 1900, in: Rüegg, Walter (Hg.): Kulturkritik und Jugendkult, Frankfurt a.M. 1974, S. 87-114, hier: S. 114.

bung des „Reichsvereinsgesetzes“ von 1908,⁴ das Jugendlichen unter 18 Jahren die Mitgliedschaft in politischen Organisationen und die Teilnahme an politischen Veranstaltungen untersagte, die Möglichkeit zum parteipolitischen Engagement. Der von Groener postulierte Kausalzusammenhang zwischen der Herabsetzung des Wahlalters und der Radikalisierung der Jugend Ende der zwanziger Jahre ist jedoch mehr als zweifelhaft. Die Eskalation war nicht eine Folge der Öffnung und der politischen Integration, sondern Ausdruck der sozialen und politischen Spannungen, die die junge Republik zunehmend in ein linkes und ein rechtes Lager spalteten und schließlich zu ihrem Niedergang führen sollte. Die steigende Gewaltbereitschaft, die auch unter Jugendlichen zu verzeichnen war, bestätigte jedoch die Kritiker dieser Reformen, für die „Politik“ schon immer das Vorrecht der erwachsenen männlichen Bevölkerung darstellte.

Die Konsequenzen der politischen Reformen waren weitreichend: Allein die Zahl der Wahlberechtigten stieg durch die Einführung des Frauenwahlrechts und die Herabsetzung des Wahlalters von 14,4 auf 36,7 Millionen.⁵ Jugendliche bildeten zudem eine demographisch äußerst starke Gruppe: Keine Periode in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wies einen derart hohen Anteil von Angehörigen der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren auf wie die Weimarer Republik.⁶ Zeichnete sich die Haltung der Politiker gegenüber Jugendlichen vormals durch Ignoranz und Herablassung aus, so wurden sie nun zu wichtigen Adressaten der Parteien, die sie gleichermaßen als Wähler und als Nachwuchs umwarben. Der Prozess wurde von den sich seit den 1880er Jahren abzeichnenden politischen Strukturveränderungen begünstigt, die schließlich auch den Einfluss der Weimarer Parteien maßgeblich stärkten. Aus den vormals traditionellen Honoratioren- und Komiteeparteien entwickelten sich moderne Apparate- und Massenparteien.⁷ Nach und nach gründeten die Parteien Beiräte, Arbeitsgemeinschaften und Ausschüsse, die sich den konkreten Interessen einzelner Gruppen widmeten. So wandten sie sich unter anderem auch der „Jugendfrage“ zu und versuchten, die Bedürfnisse der Jugendlichen aufzugreifen.⁸

⁴ Reichsgesetzblatt Nr. 18 (1908), S. 151-156.

⁵ Krabbe, Wolfgang: Parteijugend in der Weimarer Republik. Ein typologischer Vergleich am Beispiel der Zentrums- und der DVP-Jugend, in: Krabbe, Wolfgang (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 38-72, hier: S. 38.

⁶ Ebenda: S. 41.

⁷ Vgl. Ritter, Gerhard A.: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918 – 1920, in: Kolb, Eberhard (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244-275.

⁸ Krabbe: Politische Jugend, S. 38 f.

Die Weimarer Republik war somit die „Geburtsstunde“ der parteipolitischen Jugendorganisationen. Auch der „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD), der im September 1920 aus Teilen der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) hervorgegangen war, zählt zu den Jugendorganisationen, die im Zuge der skizzierten Entwicklung im Umfeld der Parteien entstanden waren. Erstaunlicherweise ist die Geschichte des Jugendverbandes der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) in der Historiographie zur Weimarer Parteijugend bisher wenig beachtet worden: „Leider fehlt es uns an grundlegenden Daten über den kommunistischen Jugendverband“⁹, stellte unlängst noch Wolfgang Krabbe fest. „Wir kennen weder Einzelheiten über die Gründungsumstände des 1920 konstituierten Verbandes noch über seine Einbindung in die Organisation der Kommunistischen Partei. Obwohl er sich selbst als ‚Junge Garde‘ des Proletariats titulierte, wissen wir kaum etwas von seiner Funktion und von seinem Selbstverständnis.“¹⁰ Diese Forschungslücke überrascht umso mehr, als die Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bereits umfassend erforscht sind und zudem immer wieder über die Frage spekuliert wird, welchen Anteil die Jugend der extremen Linken und der Rechten am Scheitern der Republik hatte.¹¹

Die Zeitgenossen befürchteten, dass die kommunistische Bewegung eine magische Anziehungskraft auf die Weimarer Jugend ausüben würde. Diese Annahme, die teilweise von der Forschung übernommen worden ist, deklariert Mallmann zu Recht als Mythos.¹² De facto widersprechen bereits die Mitgliederzahlen des KJVD dieser These. Allerdings kann sich die Forschung heute auf die Selbstzeugnisse ehemaliger Mitglieder des KJVD stützen, deren intensive intellektuelle und emotionale Bindung an die Bewegung häufig ein Leben lang hielt. Die Begeisterung der Parteiveteranen jedoch auf die breite Masse der Weimarer Jugend zu übertragen, wäre aber verfehlt. So schildert Karl Kresser¹³ seinen Eintritt in die Jugendorganisation der KPD äußerst emphatisch: „Ich war siebzehn, als ich mich entschied. (...) Damit begann mein bewußtes Leben, das Leben für meine Klasse. Es hatte nun den richtigen Sinn

⁹ Krabbe, Wolfgang: „Rekrutendepot“ oder politische Alternative? Funktion und Selbstverständnis der Parteijugendverbände, in: GG 27 (2001), S. 274-307. hier: S. 280. Vgl. auch: Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 182.

¹⁰ Krabbe: Rekrutendepot, S. 282.

¹¹ Bajohr, Frank: In doppelter Isolation. Zum Widerstand der Arbeiterjugendbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Breyvogel, Wilfried (Hg.): Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand und Nationalsozialismus, Bonn 1991, S. 17-35, hier: S. 26.

¹² Mallmann: Kommunisten, S. 183.

¹³ Die Lebensdaten aller für die KPD wichtigen Personen sind im Personenverzeichnis im Anhang aufgeführt. Nicht zu allen Personen standen Informationen zur Verfügung. Weiterhin waren die in den Quellen nur unter ihrem Vornamen oder unter ihrem Decknamen aufgeführten Personen nicht immer zu identifizieren.

erhalten.“¹⁴ Kressers Biographie weist viele Merkmale auf, die „typisch“ für einen Jungkommunisten sind. Er wurde 1906 im Berliner Arbeiterbezirk Moabit geboren und wuchs mit seinen drei Geschwistern in bescheidenen Verhältnissen auf. Seine Eltern sympathisierten zunächst mit der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) und wurden später Mitglieder der KPD. Kressers Onkel zählte als KPD-Funktionär im Berliner Stadtteil Moabit zur Prominenz der Arbeiterschaft. Als vermutlich ungelernter Arbeiter trat Karl Kresser 1923 dem KJVD, 1924 der „Roten Jungfront“ (RJ)¹⁵ und 1928 der KPD bei. Der junge Mann führte in der Weimarer Republik ein unstetes Leben. Phasen der Erwerbslosigkeit nutzte er, wie viele seiner Altersgenossen auch, um auf Wanderschaft zu gehen, die ihn im Juli 1932 sogar in die Sowjetunion führte. Kresser, der in den einzelnen Organisationen nur untergeordnete Funktionen hatte, zeichnet rückblickend vom KJVD ein eher positives als nüchternes Bild. Entgegen der Tendenz der Verbandsakten oder der Verbandspresse, hebt Kresser in seinen Erinnerungen weniger die politischen Diskussionen als vielmehr die Aktivitäten hervor, die mit körperlichem Einsatz verbunden waren, wie etwa die disziplinierten Aufmärsche der proletarischen Jugendhundertschaften oder Einsätze als Ordnungsdienst und Saalschutz. Der Duktus seiner Erinnerungen zeigt wiederum viele Parallelen zur Wahrnehmung des Verbandes durch die Weimarer Behörden und spiegelt die Selbstdarstellung des kommunistischen Jugendverbandes in der Öffentlichkeit wider, der sich vor allem als Repräsentant der „radikalen Arbeiterjugend“ verstand. Damit gehörte der junge Kresser sicherlich zu der Gruppe von Jugendlichen, auf die Groener in seinem eingangs zitierten Schreiben abzielt. Auch wenn der Reichswehr- und Reichsinnenminister nicht ausdrücklich die kommunistische Jugend nennt, ist doch davon auszugehen, dass er hauptsächlich die Linke für die Radikalisierung der Jugend und für die Eskalation der Gewalt verantwortlich macht. Aufschlussreich ist Kressers Selbstzeugnis auch überall dort, wo sich seine Erzählung den unpolitischen „Nebenschauplätzen“ zuwendet, so zum Beispiel den Wanderfahrten am Wochenende, den gemeinsamen Lagerfeuern und der Erfahrung der ersten Liebe. An diesen Stellen wird der Einfluss der bürgerlichen Jugendbewegung sichtbar, deren kulturelle und soziale Praxis auch die kommunistische Jugend prägte.

Generell eröffnen die im Bundesarchiv vorhandenen Selbstzeugnisse Perspektiven auf den Verband, die die Forschungen zur politischen Jugend der Weimarer Republik mehrheitlich

¹⁴ „Stiftung der Parteien- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“, Berlin, SgY 30/1563, Bl. 45 (im Folgenden: SAPMO-BArch).

¹⁵ Die Rote Jungfront wurde 1924 als Jugendabteilung des Roten Frontkämpferbundes gegründet. Vgl. hierzu Kap. 4.4. Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf.

ausblenden: Der KJVD war nicht nur eine Hochburg „revolutionärer Tätigkeit“, sondern auch Sammelbecken für Jugendliche, die gemeinsam ihre Freizeit verbrachten und nicht nur Streikversammlungen einberiefen oder Wahlplakate klebten. Die Analyse der sozialen Praxis der Jugendlichen zeigt die Parallelen zur Weimarer Jugendkultur und eröffnet neue Blickwinkel auf den Verband und auf seine Mitglieder: Dem KJVD waren durchaus Aspekte einer Jugendbewegung zu eigen und dessen Mitglieder führten allen politischen Differenzen zum Trotz, nicht zwangsläufig ein Nischendasein im gesellschaftspolitischen Leben der Weimarer Republik.

Um in der allgemeinen Geschichte des Verbandes ansatzweise auch die seiner Mitglieder und deren Praxis transparent zu machen, stützt sich diese Studie daher weniger auf die Ansätze der parteipolitischen Jugendforschung, sondern verfolgt vor allem sozial- und kulturgeschichtliche Fragestellungen.¹⁶ Untersucht werden die Organisationsstrukturen des Verbandes, das Sozialprofil seiner Mitglieder sowie ausgewählte Aspekte des Verbandslebens. Damit wird nicht nur eine Forschungslücke geschlossen, sondern auch der enge inhaltliche Rahmen der bisherigen Forschungen um neue Perspektiven erweitert. Die zeitliche Eingrenzung der Arbeit auf die Weimarer Republik ist vor allen Dingen der Quellenlage geschuldet – sie entspricht keineswegs der Perspektive der Akteure. Der Verband wurde erst 1937 auf der Berner Konferenz durch die KPD aufgelöst. In der Zeit des Nationalsozialismus verwischen sich jedoch die Grenzen zwischen Jugendverband und Partei, so dass der KJVD als eigenständige Organisation in den Quellen schwer greifbar wird. Zudem gehört der Widerstand kommunistischer Jugendlicher gegen das nationalsozialistische Regime zu den umfassend bearbeiteten Bereichen der Widerstandsforschung und kann deshalb hier vernachlässigt werden.¹⁷

¹⁶ In den letzten Jahren haben Vertreter der Sozial- und Kulturgeschichte in zum Teil erbittert geführten Auseinandersetzungen intensiv Grenzen und Chancen, die die jeweiligen Konzepte und Methoden mit sich bringen, diskutiert und ausgelotet. Neuere Arbeiten haben längst gezeigt, wie gewinnbringend es ist, „Kultur“ und „Gesellschaft“ als Analyse Kriterien gleichermaßen ernst zu nehmen. Eine Sozialgeschichte, die sich nicht den Fragen der Kulturgeschichte öffnet und deren Ansätze integriert, vergibt die Chance einer differenzierten Annäherung, ebenso, wie eine Kulturgeschichte ohne Rückbindung an gesellschaftliche Strukturen im „luftleeren Raum“ schwebt und damit wenig aussagekräftig bleibt. Vgl. zur Forschungskontroverse: Conrad, Christoph/Kessel, Martina (Hg.): *Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, Stuttgart 1994; dieselben (Hg.): *Kultur und Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung*, Stuttgart 1998; Daniel, Ute: *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a.M. 2001; dieselbe: *Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft*, in: *GWU* 48 (1997), S. 195-219 und 259-278; Hardtwig, Wolfgang/Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): *Kulturgeschichte Heute*, Göttingen 1996; Mergel, Thomas/Welskopp, Thomas (Hg.): *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft: Beiträge zur Theorie-Debatte*, München 1997; Wehler, Hans-Ulrich: *Die Herausforderung der Kulturgeschichte*, München 1998.

¹⁷ Vgl. zum kommunistischen Jugendwiderstand: Jahnke, Karl Heinz: *Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf – unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Bewegung 1933 – 1945*, Berlin 1965; derselbe: *Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitler-Faschismus*, Dortmund 1977. Zum Widerstand der KPD gegen den Nationalsozialismus siehe: Herlemann, Beatrix: *Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich*,

1.1. Forschungskontext

Als sozialgeschichtliche Studie, die kulturgeschichtliche Fragestellungen integriert, bewegt sich die Dissertation im Schnittpunkt der historischen Jugendforschung, der Untersuchungen zur Geschichte der parteipolitischen Jugendorganisationen der Weimarer Republik sowie der KPD-Forschung. Der folgende Forschungsüberblick geht auf die wichtigsten Rahmenbedingungen der Arbeit ein, einzelne Aspekte und besondere Problemfelder werden in den jeweiligen Kapiteln gesondert diskutiert.

„Jugend“ ist keine universelle Kategorie, sondern das Produkt der jeweiligen Zeit, Kultur und Gesellschaft. Als soziales und kulturelles Konstrukt ist sie das Ergebnis eines permanenten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses.¹⁸ In Europa gilt die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert als Phase der „Entdeckung“ oder „Erfindung der Jugend“.¹⁹ In diesem Zeitraum etablierte sich „Jugend“ als eine eigenständige Lebensphase, die zwischen der Kindheit und dem Erwachsenenendasein angesiedelt und durch gesetzlichen Schutz, wirtschaftliche Abhängigkeit und soziale Einschränkungen charakterisiert war. Die historische Jugendforschung subsumiert ein breites Spektrum von Studien, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann.²⁰

Belgien und den Niederlanden, Königstein/Taunus 1982; dieselbe: Auf verlorenem Posten. Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986; Peukert, Detlev: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980.

¹⁸ Vgl. den Überblick über die Ergebnisse der Culture and Personality-Forschung und der Kulturanthropologie: Gestrich, Andreas: Vergesellschaftung des Menschen: Einführung in die Historische Sozialisationsforschung, Tübingen 1999, S. 76 ff. Vgl. dazu auch folgende Überblicksdarstellungen, die die spezifischen Bedingungen des Aufwachsens in den einzelnen Epochen untersuchen: Gillis, John R.: Geschichte der Jugend. Tradition und Wandel im Verhältnis der Altersgruppen und Generationen in Europa von der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Weinheim/Basel 1980; Mitterauer, Michael: Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt a.M. 1986; Herrmann, Ulrich: Jugend in der Sozialgeschichte, in: Schieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, 4 Bde., Bd. 1, Göttingen 1986, S. 133-155; Levi, Giovanni/Schmitt, Jean Claude (Hg.): Geschichte der Jugend. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1997; Speitkamp, Winfried: Jugend in der Neuzeit. Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1998; derselbe: Zwischen Erinnerung und Geschichte: Jugend im Blick des 20. Jahrhunderts, in: AfS 41 (2001), S. 566-592. Einen Überblick über die Jugendforschung aus der Perspektive von Pädagogik, Soziologie, Psychologie und der Rechtswissenschaft bietet: Sander, Uwe (Hg.): Jugend im 20. Jahrhundert: Sichtweisen – Orientierungen – Risiken, Berlin 2000, S. 32 ff.

¹⁹ Vgl. Roth, Lutz: Die Erfindung des Jugendlichen, München 1983; Bühler, Johann-Christoph von: Die gesellschaftliche Konstruktion des Jugendalters. Zur Entstehung der Jugendforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Weinheim 1990; Dudek, Peter: Jugend als Objekt der Wissenschaften: Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890 – 1933, Opladen 1990; derselbe: Von der Entdeckung der Jugend zur Geschichte der Jugend, in: Dietz, Burkhard/Lange, Ute/Wahle, Manfred (Hg.): Jugend zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Historische Jugendforschung zum rechtsrheinischen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1996, S. 15-42.

²⁰ Einen umfassenden Überblick über Grundlagen und zentrale Fragen zum Forschungsgegenstand vermittelt: Krüger, Heinz-Hermann: Theoretische und methodische Grundlagen der historischen Jugendforschung, in:

Für den Untersuchungskontext relevant sind vor allem jene Arbeiten, die die gesellschaftlich konstituierten Jugendbilder, die wirtschaftlich-soziale Lage der Arbeiterjugend, ihre Lebensumstände sowie die staatlichen Maßnahmen zur Lenkung und Kontrolle der Jugendlichen untersuchen.²¹ Im Diskurs der Weimarer Republik war „Jugend“ eine von allen Bezügen losgelöste Metapher. Positiv wurden damit Dynamik und Zukunft²² assoziiert, negativ Zerrissenheit, Identitätssuche²³ und der Zusammenbruch traditioneller Bindungen. Die Publikationen, die die gesellschaftlich konstruierten Jugendbilder und Jugendmythen bzw. das Spannungsverhältnis von gesellschaftlicher Zuschreibung und generationellem Selbstentwurf untersuchen, bieten wichtige Einblicke in das gesellschaftliche Klima und in die politische Kultur der Weimarer Republik.²⁴ KPD und KJVD bezogen sich ebenso wie die Weimarer Behörden inhaltlich und rhetorisch auf diesen Diskurs.

Bereits im Kaiserreich geriet die Arbeiterjugend ins Visier bürgerlicher Reformbestrebungen, wobei der gesundheitliche und der sittliche Schutz der jugendlichen Fabrikarbeiter im Mittelpunkt stand.²⁵ Diese öffentliche Diskussion ward Ausgangspunkt und Legitimation der staatlichen Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen gegenüber der Weimarer Jugend. Peukert beschreibt den Versuch, soziale Probleme mit pädagogischen Mitteln zu lösen, als Sozialdisziplinierung.²⁶ Die Arbeiten zur staatlichen Wohlfahrtspolitik und Jugendpflege beziehen sich alle auf diese grundlegende These und diskutieren sie anhand eigener Ergebnisse.²⁷ All diese Studien sind für den Untersuchungskontext insofern relevant, als der KJVD

Derselbe (Hg.): Handbuch der Jugendforschung, Opladen 1988, S. 207-230. Ergänzend dazu: Bilden, Helga/Dienzinger, Angelika: Historische Konstitution und besondere Gestalt weiblicher Jugend – Mädchen im Blick der Jugendforschung, in: Krüger: Handbuch, S. 135-155. Einen Überblick über neuere geschlechtergeschichtliche Forschungen und Ansätze bietet: Benninghaus, Christina: Verschlungene Pfade – Auf dem Weg zu einer Geschlechtergeschichte der Jugend, in: Benninghaus, Christina/Kohtz, Kerstin (Hg.): „Sag mir, wo die Mädchen sind ...“. Beiträge zur Geschlechtergeschichte der Jugend, Weimar 1999, S. 9-34.

²¹ Eine knappe Einführung bietet: Reulecke, Jürgen: Jugend und „Junge Generation“ in der Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: Langewiesche, Dieter/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. V, 1919 – 1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S. 86-110. Weniger präzise: Speitkamp, Jugend in der Neuzeit, S. 162-206.

²² Mommsen, Hans: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik, in: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt a.M. 1986, S. 50-67, hier: S. 51.

²³ Benninghaus: Pfade, S. 20.

²⁴ Vgl. Götz von Olenhusen, Irmtraud: Junge Generation, Religion und Politik 1928 – 1933, Köln 1987; Koebner/Janz/Trommler: Zeit; Stambolis, Barbara: Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Bochum 1982; Rüegg: Kulturkritik.

²⁵ Zur Jugendpflege im Kaiserreich vgl.: Linton, Derek: „Who has the Youth, has the Future“. The Campaign to Save Young Workers in Imperial Germany 1870 – 1914, Cambridge 1991; Reulecke, Jürgen: Bürgerliche Sozialreformer und Arbeiterjugend im Kaiserreich, in: Afs 22 (1982), S. 299-329.

²⁶ Vgl. Peukert, Detlev: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 – 1932, Köln 1986.

²⁷ So analysiert Elizabeth Harvey die Arbeitsmarktpolitik und die staatliche Jugendfürsorge am Beispiel Hamburgs und untersucht die konkrete Realisierung dieser Programme in der Hansestadt. In Anlehnung an Peukert

versuchte, Einfluss auf die Jugendpolitik zu nehmen, zumal die Mehrheit seiner Mitglieder zur Zielgruppe der staatlichen Kontrolle und Fürsorge gehörte. Die Ergebnisse der Studien von Benninghaus und Peukert, in denen sie aus unterschiedlicher Perspektive die Lebenswelt und die Lebensumstände der Weimarer Arbeiterjugend sowie ihre Fremd- und Selbstdeutung analysieren, fließen in die Untersuchung über die Mitglieder des KJVD ein.²⁸ Zu den dramatischsten sozialpolitischen Problemen der Weimarer Republik zählte die hohe Arbeitslosigkeit, von der die Arbeiterjugend in besonderem Maße betroffen war.²⁹ Detlev Peukert fasst die Jugendlichen die unter dem Begriff der „überflüssigen Generation“ zusammen, die von den Auswirkungen der konjunkturellen Krisen und der Weltwirtschaftskrise unmittelbar betroffen waren.³⁰ Frank Bajohr interpretiert das Interesse der Jugendlichen am KJVD und der Hitlerjugend (HJ) bzw. an den militaristischen Kampfbünden Ende der zwanziger Jahre als Reaktion dieser um jede Lebensperspektive beraubten Generation, deren Radikalisierung maßgeblichen Anteil am Scheitern der Republik hatte.³¹ Die Konsequenzen, die die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konflikte der Weimarer Jahre für das gesellschaftliche Klima hatten,

unterstreicht sie deren sozialdisziplinierende Funktion und damit die Kontinuitäten vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus. Im Gegensatz dazu versteht Peter Stachura solche Maßnahmen nicht als Instrumentarium zur sozialen Disziplinierung, sondern als Ausdruck staatlicher Bemühungen um soziale Gerechtigkeit, die mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ihr Ende fanden. Auch Gräser weicht von der metatheoretischen Erklärung Peukerts insofern ab, als dass er nach den konkreten Gründen für die gesellschaftliche Krise und für die Rebellion von Fürsorgezöglingen sucht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Konzepte der Jugendfürsorge veraltet und die in den Heimen angebotenen Ausbildungen, ebenso wie die dort vermittelten Tugenden wie Disziplin und Tüchtigkeit, angesichts der Massenarbeitslosigkeit überholt waren. Köster untersucht in seiner Langzeitstudie das wechselvolle Verhältnis von Jugend und Sozialstaat in der deutschen Geschichte beispielhaft an einer Region. Vgl. Köster, Markus: *Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel: Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*, Paderborn 1999. Siehe zu diesem Thema ferner: Harvey, Elizabeth: *Youth and the Welfare State in Weimar Germany*, Oxford 1993; Stachura, Peter: *The Weimar Republic and the Younger Proletariat. An Economic and Social Analysis*, London 1989; Gräser, Marcus: *Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtsjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik*, Göttingen 1995.

²⁸ Peukert, Detlev: *Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik*, Köln 1987; Benninghaus, Christina: *Die anderen Jugendlichen. Arbeitermädchen in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M./New York 1999.

²⁹ Vgl. die Studien zur Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und zu staatlichen Programmen zu ihrer Bekämpfung: Bartz, Joachim/Mor, Dagmar: *Der Weg in die Jugendzwangsarbeit. Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit zwischen 1925 und 1935*, in: Lenhardt, Gero (Hg.): *Der hilflose Sozialstaat. Jugendarbeitslosigkeit und Politik*, Frankfurt a.M. 1979, S. 28-92; Geary, Dick: *Jugend, Arbeitslosigkeit und politischer Radikalismus zum Ende der Weimarer Republik*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 34 (1983), S. 304-309; Peukert, Detlev: *Die Erwerbslosigkeit junger Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929-1933*, in: *VSWG* 72 (1985), S. 305-328; derselbe: *The Lost Generation: Youth Unemployment at the End of the Weimar Republic*, in: Evans, Richard/Geary, Dick (Ed.): *The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London 1987, S. 172-193; Harvey, Elizabeth: *Youth Unemployment and the State: Public Policies towards Unemployed Youth in Hamburg during the World Economic Crisis*, in: Evans/Geary: *Unemployed*, S. 142-171; Hermanns, Manfred: *Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialhistorischer und soziologischer Vergleich*, Opladen 1990.

³⁰ Vgl. Peukert, Detlev: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt a.M. 1987, S. 94 ff.

³¹ Bajohr: *Isolation*, S. 26.

werden von manchen Forschern unter dem Stichwort „Generationenkonflikt“ diskutiert.³² In diesem Zusammenhang überzeugt die These von Hans Mommsen, der den „Generationenkonflikt“ nicht auf eine schichtenspezifische Protesthaltung reduziert, sondern als Hinweis auf die Strukturkrise des Weimarer politischen Systems wertet.³³

Der Organisationsgrad der Jugend erreichte in der Weimarer Republik ein bis dahin unbekanntes Ausmaß: Laut Statistik des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände waren Ende der zwanziger Jahre etwa 35 bis 40 Prozent der Jugendlichen Mitglied einer Jugendorganisation. Das Gros der Jugendlichen war in Sportvereinen organisiert.³⁴ Im Kontext der Untersuchung bietet es sich an, zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung, den informellen Gruppen sowie den parteipolitischen Jugendorganisationen zu unterscheiden. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand lange Zeit die bürgerliche Jugendbewegung.³⁵ Die in diesem Umfeld entstandenen Studien analysieren im Gegensatz zu den Untersuchungen der parteipolitischen Jugendforschung nicht nur die Ideologie, sondern auch die Gruppenpraxis der Jugendlichen und bieten damit wichtige Impulse für die Analyse

³² Während Götz von Ohlenhusen und Kater sich auf den Einfluss des Generationenkonflikts auf die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung konzentrieren, sind die Ansätze anderer Arbeiten eher breiter angelegt. Vgl. Götz von Ohlenhusen, Irmtraud: Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 12 (1980), S. 53-82; Kater, Michael: Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: GG 11 (1985), S. 217-243; Peukert, Detlev: Alltagsleben und Generationserfahrungen von Jugendlichen in der Zwischenkriegszeit, in: Dowe: Jugendprotest, S. 139-150; Roseman, Mark (Hg.): Generations in Conflict. Youth Revolt and Generation Formation in Germany 1770– 1968, Cambridge 1995; Tenfelde, Klaus: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Juni 1997, Bonn 1997.

³³ Mommsen: Generationskonflikt, S. 51.

³⁴ Böhnisch, Lothar/Gängler, Hans: Jugendverbände in der Weimarer Republik, in: Böhnisch, Lothar (Hg.): Handbuch Jugendverbände: Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim/München 1991, S. 49-57. Einen Überblick über die Spannbreite von Jugendverbänden bietet Kneip, deren Entwicklung und ihren Einfluss auf die Sozialpolitik untersuchen Pross und Zwerschke. Der Schwerpunkt von Gieseckes Untersuchung liegt auf dem Kampf der Jugendlichen um Selbstbestimmung und dem Bemühen des Staates und der Jugendverbände, Einfluss auf die Jugend zu nehmen und deren politische Arbeit zu lenken. Vgl. Kneip, Rudolf: Jugend in der Weimarer Zeit. Handbuch der deutschen Jugendverbände 1919 – 1938, Frankfurt a.M. 1974; Pross, Harry: Jugend. Eros. Politik. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände, Bern 1964; Zwerschke, Manfred: Jugendverbände und Sozialpolitik. Zur Geschichte der deutschen Jugendverbände, München 1963; Giesecke, Hermann: Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München 1981.

³⁵ Einen knappen und prägnanten Überblick bietet: Herrmann, Ulrich: Jugendbewegung, in: Böhnisch: Handbuch, S. 32-41. Vgl. auch: Aufmuth, Ulrich: Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt, Göttingen 1979; Mogge, Winfried: Wandervogel, Freideutsche Jugend und Bünde. Zum Jugendbild der bürgerlichen Jugendbewegung, in: Koebner/Janz/Trommler: Zeit. Zur Politisierung der Jugendbewegung siehe: Fiedler, Gudrun: Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914 – 1923, Köln 1989; dieselbe: „Werdet Führer Eurer Volke“. Politisierung der Freideutschen Jugend 1917 – 1923, in: Krabbe: Politische Jugend, S. 13-37.

des Verbandslebens des KJVD. Der geschlechtergeschichtliche Ansatz einiger Arbeiten³⁶ und die im Zusammenhang der bürgerlichen Jugendbewegung entstandenen Überlegungen zum Männerbund³⁷ unterstreichen die Relevanz, die die Kategorie „Geschlecht“ für die Analyse von Jugendorganisationen und deren Gruppenpraxis hat.

Während der Begriff der „bürgerlichen Jugendbewegung“ klar umrissen ist, wird der Terminus „Arbeiterjugendbewegung“ in der Forschung eher diffus verwendet. Zum Teil werden darunter sozialdemokratische und kommunistische Jugendliche subsumiert, gelegentlich wird der Begriff auch als Synonym für eine der beiden Gruppen benutzt.³⁸ Zudem ist die Grenze, die zwischen jenen Jugendgruppen, die von der Forschung pauschal unter dem Begriff der „Arbeiterjugendbewegung“ gefasst werden, und den Jugendorganisationen, die im Umfeld der Weimarer Parteien agierten, fließend. Deutlich wird dies am Beispiel der „Sozialdemokratischen Arbeiterjugend“ (SAJ), die Wolfgang Krabbe beispielsweise den „Vorfeldorganisationen“ und nicht den parteipolitischen Jugendorganisationen zuordnet.³⁹ Zwischen der bürgerlichen Jugendbewegung und der Arbeiterjugendbewegung bestanden hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer weltanschaulichen Bindung und ihrer ideologischen Ausrichtung zwar deutliche Gegensätze, in Bezug auf den Habitus sind jedoch viele Übereinstimmungen und Parallelen festzustellen. Zu diesem Ergebnis kommt auch Ulrich Linse, der in einem Aufsatz Lebensformen und die Praxis der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung vergleicht.⁴⁰ In diesem Zusammenhang ist ferner die Studie von Andreas Petersen über die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz hervorzuheben. Der Autor untersucht darin nicht nur die politischen Aspekte der Bewegung, sondern auch deren

³⁶ Vgl. in der Reihenfolge ihres Erscheinens: Musial, Magdalena: Jugendbewegung und Emanzipation der Frau. Ein Beitrag zur Rolle der weiblichen Jugend in der Jugendbewegung bis 1933, Essen 1982; de Ras, Marion: Körper, Eros und weibliche Kultur. Mädchen im Wandervogel und in der bündischen Jugend 1900 – 1933, Pfaffenweiler 1988; Klönne, Irmgard: „Ich springe in diesem Ringe“. Mädchen und Frauen in der deutschen Jugendbewegung, Pfaffenweiler 1990; Andresen, Sabine: Mädchen in der bürgerlichen Jugendbewegung. Soziale Konstruktionen von Mädchenjugend, Neuwied 1997.

³⁷ Vgl. Reulecke, Jürgen: „Ich möchte einer werden so wie die...“ Männerbünde im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2001, hier insbesondere: Männerbund versus Familie. Bürgerliche Jugendbewegung und Familie in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, S. 69-88. Allgemeiner: Völger, Gisela/Welck, Karin von (Hg.): Männerbände – Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich. Zweibändige Materialsammlung zu einer Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums für Völkerkunde in der Josef-Haubrich-Kunsthalle Köln vom 23. März bis 17. Juni 1990, Köln 1990.

³⁸ Vgl. Brücher, Bodo: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von den Anfängen bis 1945, Bielefeld 1989.

³⁹ Krabbe: Rekrutendepot, S. 278.

⁴⁰ Linse, Ulrich: Lebensformen der bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung. Die Aufbrüche der Jugend und die Krise der Erwachsenenwelt, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 10 (1978), S. 24-58. Siehe auch dessen Studie über die linken Strömung in der bürgerlichen Jugendbewegung: Linse, Ulrich: Die Entschiedene Jugend: 1919 – 1921. Deutschlands erste revolutionäre Schüler- und Studentenbewegung, Frankfurt a.M. 1981.

jugendbewegte Aktivitäten.⁴¹ Wichtig sind ebenfalls die Beiträge, die aus regionalgeschichtlicher Perspektive die Geschichte und Entwicklung der verschiedenen Organisationen der Arbeiterjugend untersuchen.⁴²

Von vergleichbarer Bedeutung sind die Arbeiten über die Wilden Cliques, deren Mitglieder jede parteipolitische Anbindung ablehnten. Die Jugendlichen, die mehrheitlich der Arbeiterschaft angehörten, orientierten sich an den Ausdrucksformen der bürgerlichen Jugendbewegung und ergänzten diese um eigene Elemente. Zeitweilig gingen die Cliquenangehörigen zur Durchsetzung ihrer Interessen Bündnisse mit den kommunistischen Jugendlichen ein.⁴³ Der Vergleich mit anderen Weimarer Jugendorganisationen – gleich welcher politischen Couleur – zeigt, dass kommunistische Jugendliche durchaus keine isolierten Außenseiter, sondern integraler Bestandteil der Weimarer Jugendkultur waren.

Bilden die zuvor genannten Untersuchungen die Hintergrundfolie der Arbeit, so bieten die Studien zur organisierten Arbeiterjugend und zur Weimarer Parteijugend einen direkten Bezugsrahmen und Vergleichsansätze.⁴⁴ Die Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik wurden eingehend von Wolfgang Krabbe erforscht.⁴⁵ In einer vergleichenden Studie analysiert er Organisationsstrukturen und Politik der Windhorstbunde, die der

⁴¹ Petersen, Andreas: Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900 – 1930, Zürich 2001.

⁴² Siehe folgende Sammelbände: Neuland, Franz/ Werner-Cordt, Albrecht (Hg.): Die junge Garde. Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt am Main 1904 – 1945, Gießen 1980; Breyvogel, Winfried/Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Land der Hoffnung – Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900 – 1987, Berlin 1987; Behrens-Cobet, Heidi: „Rote Jugend im schwarzen Revier“. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989.

⁴³ Hierzu in chronologischer Reihenfolge: Lessing, Hellmut/Liebel, Manfred: Wilde Cliques. Szenen einer anderen Arbeiterjugend, Bensheim 1981; Rosenhaft, Eve: Organising the „Lumpenproletariat“: Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic, in: Evans: Working Class, S. 174-219; Helmers, Gerrit/Kenkmann, Alfons: „Wenn die Messer blitzen, und die Nazis flitzen...“ Der Widerstand von Arbeiterjugendcliques und -banden in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Münster 1983; Peukert, Detlev: Die „Wilden Cliques“ der Zwanziger Jahre, in: Breyvogel, Winfried (Hg.): Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotests, Essen 1983, S. 66-77; Lindner, Rolf: Banden- und Clubwesen im wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: GG 10 (1984), S. 352-375. Anregungsreich ist ferner Kenkmanns Studie, in der er zeitlich die Weimarer Republik jedoch nur streift. Der Autor untersucht hier nonkonforme Verhaltensweisen von Jugendlichen im Nationalsozialismus und zeichnet die daraus entstehenden Konflikte mit den Behörden nach. Die Resistenz der Jugendlichen gegen den Nationalsozialismus wird mit dem prinzipiellen Widerstand von Jugendsubkulturen gegen Disziplinierungsversuche seitens der modernen Industriegesellschaft erklärt. Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996.

⁴⁴ Eine kommentierte Bibliographie bietet: Krabbe, Wolfgang: Parteijugend zwischen Wandervogel und politischer Reform: Eine Dokumentation der Weimarer Republik, Münster 2000, S. 239 ff.

⁴⁵ Krabbe: Die gescheiterte Zukunft der ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat 1918-1933, Opladen 1995; derselbe: Parteijugend. In seinen jüngeren Forschungen untersucht Krabbe die parteipolitischen Jugendorganisationen der BRD. Krabbe, Wolfgang: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945 – 1980, Wiesbaden 2002. Vgl. auch: Krabbe: Rekrutendepot.

Deutschen Zentrumspartei angehörte, der Demokratischen Jugend, die der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angegliedert war, der Jugend der Deutschen Volkspartei (DVP), die sich aus dem Hindenburgbund und ab 1928 aus der Reichsvereinigung junger Volksparteiler zusammensetzte, sowie der Bismarckjugend, die der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) verbunden war. Der Begriff „Jugend“ ist in diesem Zusammenhang jedoch irreführend, denn in der Regel handelte es sich um junge Erwachsene, die mindestens 18 Jahre, zumeist aber deutlich älter waren. Krabbe entwickelt hier ein Modell von Partei-Jugend, das zwei Gruppen unterscheidet: Während die Jugendorganisationen der Rechtsparteien nach den Strukturprinzipien der Jugendpflege aufgebaut waren, organisierten die republikanischen Parteien ihre Jugend nach den Prinzipien der autonomen Jugendbewegung und billigten ihnen entsprechend mehr Autonomie und Selbstverwaltung zu.⁴⁶ Indem Krabbe den Focus seiner Untersuchung auf die Organisationsgeschichte, die Programmatik und die politischen Stellungnahmen legt, bekommt er nur die jeweilige Verbandsspitze und deren politische Positionen in den Blick, nicht aber die soziale Praxis der Basis.⁴⁷ Die Kritik, dass einseitig das Programm und die Organisations- und Arbeitsstrukturen analysiert würden, trifft auf die Mehrheit der Studien zur politischen Jugend der Linken zu: Neben Quellensammlungen⁴⁸ liegen Arbeiten zur SAJ⁴⁹

⁴⁶ Krabbe: Rekrutendepot, S. 295; derselbe: Zukunft, S. 315 ff.

⁴⁷ Vgl. auch die Rezension von Marcus Gräser zu Krabbe: Zukunft. „Die Sozialgeschichte der Parteijugend, der Parteilalltag in den Ortsgruppen, die Mentalität der bürgerlichen (und der nichtbürgerlichen!) Mitglieder der Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien – all das findet bei Krabbe keine oder nur geringe Erwähnung.“ HZ 265 (1997), S. 238 f.

⁴⁸ Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hg.): Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904 – 1945. Dokumente und Materialien, Frankfurt a.M. 1975; Nüßlein, Werner/Stadelmaier, Martin: „Dem Morgenrot entgegen...“ 80 Jahre Arbeiterjugendbewegung. Quellen und Materialien zur Geschichte der sozialistischen Jugend, Bonn 1983.

⁴⁹ In chronologischer Reihenfolge sind folgende Monographien hervorzuheben: Eberts, Erich: Arbeiterjugend 1904 – 1945. Sozialistische Erziehungsgemeinschaft – politische Organisation, Frankfurt a.M. 1980; Hartmann, Günter/Lienker, Heinrich: Sozialistische Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik, Bielefeld 1982; Schley, Cornelius: Die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ): Sozialistischer Jugendverband zwischen politischer Bildung und Freizeitarbeit, Frankfurt a.M. 1987. Einzelnen Aspekten gehen folgende Aufsätze nach: Hägel, Helmuth: Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: IWK 12 (1976), S. 166-216; Brücher, Bodo/Hartmann, Günter: Die Sozialistische Arbeiterjugend in der Weimarer Zeit. Ihr Verhältnis zur SPD und ihr Eintreten für die Republik, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 13 (1981), S. 35-50; Naujoks, Martina: Profile einer Minderheit. Mädchen in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 15 (1984/85), S. 137-152; Behrens-Cobet, Heidi: Parteijugend und kulturelle Avantgarde. Die Essener SAJ in der Weimarer Republik, in: Breyvogel/Krüger: Land, S. 79-83; dieselbe: „Dem Sozialismus ergeben.“ Die sozialdemokratische Jugend in der Weimarer Republik, in: dieselbe: Rote Jugend, S. 33-51; Gröschel, Roland: „...wir kämpfen, weil wir gläubig sind...“ - Notizen zur Geschichte der Berliner Arbeiterjugendbewegung, in: Glaessner, Gert-Joachim/Lehnert, Detlev/ Sühl, Klaus (Hg.): Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989, S. 147-170; derselbe: Einheit oder Reinheit? – die SAJ zwischen SPD-Treue und Linkssozialismus, in: Interventionen 1 (1991), S. 141-183; Geißel, Birgit/Lummert, Andrea: Zur Sozialisation von Mädchen in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Berlins in der Weimarer Republik, in: Interventionen 1 (1991), S. 34-58; Linton, Derek: Zur sozialdemokratischen Jugendbewegung im rechtsrheinischen Industriegebiet während des Kaiserreichs, in: Dietz/Lange/Wahle: Jugend, S. 63-84.

und zu den Jungsozialisten⁵⁰ vor. Die Studien bereiten ihre Quellen unter organisationsgeschichtlichen Aspekten auf und untersuchen die Entwicklung der politischen Positionen, ohne die politische Praxis der Akteure einzubeziehen. Ausgelotet werden Nähe und Distanz zur jeweiligen Mutterpartei. Zudem sind sie kaum an übergeordnete oder vergleichende Fragestellungen rückgebunden. Eine Ausnahme stellt Franz Walters Aufsatz über die SAJ dar, in dem er neben der Organisation, dem Programm und dem Selbstverständnis auch die Praxis der Mitglieder untersucht und somit die Prämissen der gängigen Forschung überwindet.⁵¹

Der Kommunistische Jugendverband steht im Zentrum mehrerer Studien, die im Umfeld der Arbeitsgruppe zur Geschichte der Jugendbewegung der DDR entstanden sind.⁵² Das große Interesse am KJVD erklärt sich daraus, dass die ehemaligen Mitglieder des Jugendverbandes zur „Aufbaugeneration“ der DDR gehörten und politisch einflussreich waren. Als Veteranen der Arbeiterbewegung gaben die Männer und Frauen politisches Vermächtnis an die Jugendlichen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) weiter, die zum Erben des KJVD wurde.⁵³

Horst Pietschmann verfasste neben seiner Dissertation und Habilitation verschiedene Aufsätze, in denen er den Verband auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Geschichtsinterpretation analysiert.⁵⁴ Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe flossen auch in die Überblicksdar-

⁵⁰ Lüders, Dietrich: Gegen Krieg und Faschismus. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1925 – 1931. Ein Beitrag zur Entwicklung einer linken Opposition in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Hamburg o.J.; Lüpke, Reinhard: Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919 – 1931, Marburg 1984; derselbe: Zwischen Jugendbewegung und Linksopposition. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919 – 1931, in: Krabbe: Politische Jugend, S. 73-86; Walter, Franz: Jungsozialisten in der Weimarer Republik. Zwischen sozialistischer Lebensreform und revolutionärer Kaderpolitik, Kassel 1983; derselbe: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986.

⁵¹ Walter, Franz: Jugend in der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft. Eine organisationssoziologische Studie über die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands, in: IWK 3 (1987), S. 311-376.

⁵² Vgl. Jahnke, Karl Heinz: Zur Entwicklung der Jugendgeschichtsforschung in der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 28 (1979), S. 449-453 und Eppe, Heinrich: gebogen - gewendet – gewickelt. Drei Beiträge über die Situation der Forschung zur Geschichte der Arbeiterjugend- und Kinderbewegung vor und nach der Wende in der DDR, Bonn 1991.

⁵³ Die Selbstzeugnisse der „Aufbaugeneration“ der DDR weisen einen gemeinsamen Spannungsbogen auf: Der politische Kampf, der in der Weimarer Republik begonnen hatte, führte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus und mündete schließlich in den Aufbau der DDR, deren Entwicklung und Verteidigung nun der nachfolgenden Generation obliegt. Siehe auch neuere Forschungen zur FDJ: Gotschlich, Helga (Hg.): „Links und links und Schritt gehalten...“ Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Berlin 1994, dieselbe: „Auf dem Weg zur „Einheitsjugend“ – Die Anfänge der „Freien Deutschen Jugend“ in der SBZ, in: Vorsteher, Dieter (Hg.): Parteauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. Ausstellungskatalog, Berlin 1996, S. 256- 266; Gotschlich, Helga/Herms, Michael/Lange, Katharina/Noack, Gert (Hg.): „Das neue Leben muß anders werden...“ Studien zur Gründung der FDJ, Berlin 1996.

⁵⁴ Hierzu die wichtigsten Veröffentlichungen in chronologischer Reihenfolge: Pietschmann, Horst: Der politisch-ideologische Klärungsprozeß in der kommunistischen Jugendbewegung Deutschlands. Zur Durchsetzung marxistisch-leninistischer Auffassungen über die Jugendarbeit Februar 1919 bis September 1921, Greifswald 1968 (Manuskript); derselbe: Zum Prozeß der Entwicklung der Freien Sozialistischen Jugend zu einem kommunistischen Jugendverband (1918 – 1921), in: BzG 17 (1975), S. 1045-1060; derselbe: Zur politisch-

stellung von Karl-Heinz Jahnke ein,⁵⁵ der seine Forschungen auf den Widerstand kommunistischer Jugendlicher gegen den Nationalsozialismus konzentrierte.⁵⁶ Diese akribischen Studien bieten einen Überblick über die Ereignisgeschichte. Ferner zeichnen sie die politischen Debatten und die fraktionellen Streitigkeiten nach. Allerdings setzte die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung den Wissenschaftlern hinsichtlich der Bewertung und Interpretation der Quellen enge Grenzen und evozierte so zwangsläufig einen verzerrten Blick auf den KJVD, dessen Geschichte als „Erfolgsgeschichte“ verklärt wurde.

Aus bundesrepublikanischer Perspektive liegen neben der ausgezeichneten Studie von Stephan Stracke über kommunistische Jugendliche in Wuppertal⁵⁷, einige Aufsätze vor, die sich dem Jugendverband und seinen Mitgliedern zumeist aus lokalgeschichtlicher Perspektive oder anhand besonderer Fragestellungen nähern.⁵⁸ Stephan Stracke untersucht in seiner Monographie, die neben Dokumenten aus dem historischen Archiv der KPD, Artikeln aus der Lokalpresse und Materialien aus dem Stadtarchiv vor allem auf den Berichten von Zeitzeugen basiert, überzeugend die Lebenswelt kommunistischer Jugendlicher, ihre Einbindung in das links-proletarische Milieu und die verschiedenen Felder ihres politischen Handelns. Stracke,

ideologischen Entwicklung des KJVD unter besonderer Berücksichtigung des Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei der Erziehung der Jugend im Geist des Marxismus-Leninismus (1924 bis 1928), in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock* 25 (1976), S. 677-686; derselbe: Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Schulungsarbeit des KJVD zwischen 1924 und 1929, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock* 22 (1980), S. 721-733; derselbe: Zur Rolle der Jungkommunisten im Ringen der leninistischen Kräfte der KPD gegen die ultralinke Abweichung 1924 – 1925, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock* 29 (1980), S. 21-27; derselbe: Probleme der Massennarbeit des KJVD. Zur Einführung der „neuen Arbeitsmethoden“ 1926 bis 1928, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock* 31 (1982), S. 19-26; derselbe: Zum Kampf der deutschen Jungkommunisten gegen militaristische Reaktion und Kriegsgefahr im Jahr 1927, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock* 33 (1984), S. 15-19.

⁵⁵ Jahnke, Karl-Heinz: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Dortmund 1973; derselbe (Hg.): *Deutsche Arbeiterjugendbewegung 1904 – 1945. Illustrierte Geschichte*, Köln 1987.

⁵⁶ Jahnke: Der Anteil der deutschen Jugend; derselbe: Aus dem illegalen Kampf des KJVD gegen das Hitlerregime im Herbst 1935 in Berlin, in: *BzG* 29 (1987), S. 461-470.

⁵⁷ Stracke, Stephan: *Kommunistische Jugend in Wuppertal 1916 – 1933*, in: Dietz/Lange/Wahle: *Jugend*, S. 203-232; derselbe: *Mit rabenschwarzer Zuversicht. Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916 – 1936*, Bocholt 1998.

⁵⁸ Zöllner, Christian: Zur Problematik der Kommunistischen Jugendbewegung in der Stadt Braunschweig während der Stalinisierungsphase der KPD von 1924 bis 1929, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 52 (1971), S. 193-210. Schmidt, Ernst (Bearb.): *Politik statt Volkstanz. Von der Freien Sozialistischen Jugend zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD)*, in: Neuland/Werner-Cordt: *Garde*, S. 135-162; „Der Versöhnler“. Erinnerungen von Heinz Brandt an seine Zeit in der kommunistischen Jugend, in: *Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein (Hg.): Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart/Darmstadt 1986, S. 354-358; Schmidt, Ernst: „Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse“, in: Breyvogel/Krüger: *Land*, S. 84-87; Kamburg, Petra/Tepaß, Anne: „Mädels“ zwischen Volkstanz und Klassenkampf. Die Rolle der Mädchen in SAJ und KJ, in: Behrens-Cobet: *Rote Jugend*, S. 52-65; Quehl, Thomas: „Von der ‚vereinsmäßigen‘ Jugendarbeit zur bolschewistischen Kampforganisation“. Die Kommunistische Jugend Berlins zwischen romantischer Revolutionserwartung und „Organisierung der Revolution“ – zum Latzschkonflikt, in: *Interventionen* 1 (1991) Heft 2, S. 119-140.

der sich methodisch auf den Milieuansatz von Rainer Lepsius⁵⁹ sowie auf die Studie von Klaus-Michael Mallmann⁶⁰ bezieht, zeichnet einen Mikrokosmos nach, indem Strukturen und soziale Praxis dialogisch aufeinander bezogen sind.

Schließlich fließen noch die Ergebnisse der Parteienforschung in die vorliegende Arbeit ein. Die Geschichte der Weimarer KPD ist umfassend erforscht. Zu den Standardwerken zählt Ossip K. Flechtheims Studie „Die KPD in der Weimarer Republik“, die erstmals 1948 erschien und die Geschichte der Partei in drei Phasen unterteilt: Konstituierung der Partei bis zur Oktoberniederlage 1923, die Phase der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1928 und die Jahre von 1929 bis zum Ende der Weimarer Republik.⁶¹ Flechtheim erarbeitet in Ansätzen ein Sozialprofil der Mitglieder und analysiert deren psychischen Habitus. Die Hauptlinien seiner Argumentation und die wichtigsten Thesen konnten sich trotz der begrenzten Quellenlage und zahlreicher neuerer Forschungen behaupten.⁶² Flechtheims Untersuchung, in deren Mittelpunkt die Parteizentrale und die ideologischen Grabenkämpfe stehen, beeinflusste in den folgenden Jahren maßgeblich die Forschungen zur KPD, so auch die politikgeschichtlich orientierten Arbeiten Hermann Webers.

Dieser betont die straffe Disziplinierung der Partei in Folge der Oktoberniederlage 1923 und geht von einer grundsätzlichen Wandlung des Kommunismus in der Zeit von 1924 bis 1929 aus. Die Kommunistische Internationale und die Sowjetunion gewannen nach Weber damals zunehmend an Einfluss. Diesen Prozess beschreibt er als „Stalinisierung“, an dessen Ende ein neuer Parteytypus stand, nämlich die disziplinierte, revolutionäre Kaderpartei. Weber leistet nicht nur eine gelungene Analyse der Fraktions- und Richtungskämpfe innerhalb der KPD, sondern auch ihres Organisationsgefüges, wobei er wichtige Einsichten in die Arbeitsweise, den Organisationsaufbau und den Funktionärsapparat bietet.⁶³ Mit seinen Publikationen prägte Hermann Weber die westdeutsche Kommunismusforschung.⁶⁴ Weber interpretiert die Politik der KPD vor allen Dingen als Ergebnis externer Einflüsse und lässt endogene Faktoren

⁵⁹ Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der deutschen Gesellschaft, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371-393.

⁶⁰ Mallmann: Kommunisten.

⁶¹ Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg ²1986.

⁶² Koch-Baumgarten, Sigrid: Einleitung zu: Ebenda: S. 9-54, hier: S. 11.

⁶³ Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969.

⁶⁴ Eine Bibliographie der Veröffentlichungen Webers bietet folgende Festschrift: Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 639-667.

weitgehend unbeachtet. Die bislang fehlende Binnenperspektive liefert erst die ebenso ausgezeichnete wie polemische Studie von Klaus-Michael Mallmann, die 1996 frischen Wind in die KPD-Forschung brachte. Seine Überlegungen zum KJVD regten die vorliegende Untersuchung maßgeblich an. Mallmann kritisiert das die bisherigen Forschungen bestimmende politikgeschichtliche Paradigma: „Die Geschichte des deutschen Kommunismus ist dominant die eines Dogmas ohne Menschen, einer Apparateherrschaft ohne Subjekte.“⁶⁵ Demgegenüber untersucht er den Weimarer Kommunismus als politisch-soziale Bewegung. Seine These, dass das Strukturprinzip des Weimarer Kommunismus auf dem Gegensatz zwischen der Milieuverwurzelung der Basis und dem Avantgardeanspruch der Führung basierte, überzeugt über weite Strecken. In seiner abschließenden Bilanz „von unten“ kommt Mallmann zu dem Ergebnis, dass die KPD zum einen weniger monolithisch, und zum anderen weitaus stärker als bisher angenommen den Traditionen der wilhelminischen Arbeiterbewegung verhaftet war. Da Mallmann den bisherigen Forschungsstand harsch abqualifiziert, stieß er auf entsprechend scharfe Kritik. Moniert wurde vor allem die Konzentration seiner Studie auf das für die KPD wenig relevante Saarland, eine mangelnde zeitliche und geographische Differenzierung der Ergebnisse sowie die Negation des Einflusses, den Stalin und die Kommunistische Internationale auf die Entwicklung der deutschen Partei hatten.⁶⁶ Ebenso wie Klaus-Michael Mallmann legt auch Eric Weitz in seiner 1997 erschienenen Studie den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Weimarer Republik. Weitz untersucht anhand der kommunistischen Hochburgen Essen und Halle, wie die Politik der KPD von den Interessen- und Bedürfnislagen sowie den Erfahrungen vor Ort geprägt war und bezieht sich damit in seiner Erklärung der Politik der Weimarer KPD ebenso auf endogene Faktoren. Zudem analysiert Weitz auch die maskulin geprägte Parteikultur der KPD – ein Aspekt, der bisher weitgehend unbeachtet blieb und von dem wichtige Impulse zur Analyse des Verbandslebens des KJVD ausgingen.⁶⁷

Mallmann, Weitz und Weber bieten ein unverzichtbares Gerüst für die vorliegende Arbeit. Die vergleichende Lektüre ihrer Studien ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Politik, die Struktur und die Parteikultur der Weimarer KPD. Die mit der Forschungskontroverse verbundene Auseinandersetzung um die adäquaten Methoden und analytischen Instrumenta-

⁶⁵ Mallmann: *Kommunisten*, S. 1.

⁶⁶ Vgl. Wirsching, Andreas: „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *VfZ* 45 (1997), S. 449-466; Koch-Baumgarten, Sigrid: Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD der Weimarer Republik?, in: *IWK* 34 (1998), S. 82-189. Die Stellungnahme des Autors zur Kritik: Mallmann, Klaus-Michael: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: *VfZ* 47 (1999), S. 401-415.

⁶⁷ Weitz, Eric: *Creating German Communism 1890 – 1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997.

rien ist insofern obsolet, da die Zusammenschau der Arbeiten zeigt, dass nur eine Analyse, die gleichermaßen die Strukturen wie die soziale Praxis berücksichtigt, dem Facettenreichtum des Untersuchungsgegenstandes gerecht werden kann.

1.2. Analytischer Bezugsrahmen

Für den analytischen Rahmen der Arbeit haben sich zum einen die programmatischen Überlegungen von Klaus-Michael Mallmann und zum anderen die Ansätze der im Umfeld des Birminghamer „Centre for Contemporary Cultural Studies“ (CCCS) entstandenen Publikationen zur Jugendkultur als anregend erwiesen. Mallmanns Kritik der Paradigmen der Kommunismusforschung und seine gelungene Analyse des Weimarer Kommunismus als soziale Bewegung ermutigt grundsätzlich dazu, nicht den Weg der klassischen Organisations- und Programmgeschichte zu beschreiten und ausschließlich die Theorie- und Strategiediskussionen der Berliner Zentrale zu untersuchen und darüber die Analyse der Verbandspraxis zu vergessen.

Waren Mallmanns Überlegungen insbesondere für die Fragestellungen und für die Gliederung der Arbeit relevant, so waren die theoretischen Überlegungen und die empirischen Arbeiten des CCCS vor allem für die Definition des Begriffs „Jugend“ bzw. „Jugendkultur“ von Bedeutung. Die Studien widersetzen sich der Tendenz zur Mystifizierung der Jugend und weigern sich einem Jugendbegriff, der jenseits der gesellschaftlichen Klassen angesiedelt ist und „der seinen Gegenstand als gesonderte, durch seine Altersspezifität definierte Kategorie fasst.“⁶⁸ Im Mittelpunkt dieser Untersuchungen stehen englische Jugendsubkulturen der sechziger und siebziger Jahre, deren klassenkulturelle Verankerung beschrieben wird.⁶⁹ Die Forscherinnen und Forscher gehen davon aus, dass sich Subkulturen aus Elementen der klassenspezifischen Stammkulturen und den Symbolsystemen der jeweils dominanten Kultur zusammensetzen.⁷⁰ Sie zeigen, „daß die Klassenlage der Jugendlichen zu Problemen, Konfliktlagen, Verarbeitungsformen und ‚Lösungen‘ führt, die für die Klasse als ganze, deren Subsystem die Jugendkultur darstellt, charakteristisch sind.“⁷¹ Subkulturen haben demnach die Funktion, „klassenspezifische Probleme, die generationsspezifisch erfahren werden, auf

⁶⁸ Lindner, Rolf: Editorial, in: Honneth, Axel (Hg.): Jugendkultur als Widerstand: Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1979, S. 7-14, hier: S. 7. Vgl. dazu die theoretischen Überlegungen zum Verhältnis von Jugend, Kultur und Klasse im selben Band: Clarke, John/Hall, Stuart/Jefferson, Tony/Roberts, Brian: Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: Ebenda: S. 39-132; Murdock, Graham/McCron, Robin: Klassenbewußtsein und Generationsbewußtsein, in: Ebenda: S. 15-38. Der Tendenz zu einer Mystifizierung der Jugend auf Kosten der Klassenzugehörigkeit mussten bereits die Weimarer SPD und die KPD entgegenwirken. Während der Weltwirtschaftskrise war der Begriff der „jungen Generation“ ideologisch so stark aufgeladen, dass er teilweise als Gegenbegriff zur „Klasse“ verwendet wurde. Siehe: Trommler, Frank: Mission ohne Ziel. Über den Kult der Jugend im modernen Deutschland, in: Koebner/Janz/Trommler: Zeit, S. 14-49, hier: S. 20.

⁶⁹ Hall, Stuart/Jefferson, Tony (Ed.): Resistance Through Rituals. Youth Subcultures in Post-War Britain, London 1976; Willis, Paul: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule, Frankfurt a.M. 1979.

⁷⁰ Lindner, Editorial, in: Honneth: Jugendkultur, S. 10.

⁷¹ Ebenda.

„magische“, symbolisch-expressive Weise zu „lösen“.⁷² Dies geschieht durch die Entwicklung und die Artikulation eines eigenen Stils, der sich aus zwei Hauptquellen speist: „Aus der klassenspezifischen Stammkultur sowie aus der Objektwelt und den Symbolsystemen der dominanten Kultur.“⁷³

Rolf Lindner hat diese Überlegungen – die für die Untersuchung der gegenwärtigen Jugendkulturen nicht mehr greifen, da die Jugendlichen heute an verschiedenen Freizeitszenen partizipieren und kaum von einer „klassenspezifischen“ Sozialisation die Rede sein kann⁷⁴ – für seine Analyse der „Wilden Cliques“ der zwanziger Jahre überzeugend fruchtbar gemacht.⁷⁵

Ausgehend von den Überlegungen des CCCS bezieht sich die vorliegende Arbeit auf einen Begriff von „Jugend“, der im Schnittfeld der analytischen Kategorien „Klasse“, „Generation“ und „Geschlecht“ steht und der eine komplexe Annäherung an den Untersuchungsgegenstand sowie mehrdimensionale Interpretationen der sozialen Praxis der Jugendlichen ermöglicht: Die von der wirtschaftlichen Ungleichheit ausgehenden Klassenanalyse fasst die politische Praxis der Akteure als „Klassenhandeln“, das heißt, die soziale und wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter wird zum Ausgangspunkt der Artikulation gemeinsamer Interessen und ihres informellen oder institutionellen Zusammenschlusses. Eine derart motivierte Analyse der Beziehung von Partei und Jugend wäre naheliegend. KPD und KJVD schrieben sich gemeinsam die Verbesserung der Lebens- und der Arbeitsbedingungen der Arbeiter auf die Fahnen, sie hofften auf den Sieg der Weltrevolution und kämpften Seite an Seite für ein bolschewistisches Deutschland. Es ist durchaus konsequent, davon auszugehen, dass erwachsene und jugendliche Arbeiter aus einem gemeinsamen Klassen- und Sendungsbewusstsein heraus handelten. Die Forderungen der Jugendlichen gingen formal in denen der Erwachsenen auf. Der Sieg der Arbeiterklasse war theoretisch als umfassende Lösung konzipiert, durch die die „Jugendfrage“ oder auch die „Frauenfrage“ obsolet wurden. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass die soziale Praxis der kommunistischen Jugendlichen nicht ausschließlich in ihrer Mimikry an die erwachsenen Arbeiter aufging und der Begriff der „Anpassung“ die Spannbreite des jugendlichen Verhaltens leugnet. Hier greift der Begriff der „Generation“ als Analysekriterium, der in der Arbeit rein deskriptiv im Sinne einer „Erfahrungsgemeinschaft“

⁷² Ebenda: S. 11.

⁷³ Ebenda. Vgl. dazu auch: Clarke, John: Stil, in: Honneth: Jugendkultur, S. 133-157.

⁷⁴ Vgl. Vollbrecht, Ralf: Von Subkulturen zu Lebensstilen, in: SPoKK (Hg.): Kursbuch JugendKultur, Berlin 1997, S. 22-31.

⁷⁵ Lindner, Rolf: Die Wilden Cliques in Berlin. Ein Beitrag zur historischen Kulturanalyse, in: Historische Anthropologie 1 (1993), S. 451-467.

und nicht in Anlehnung an die Generationentheorie von Karl Mannheim verwendet wird.⁷⁶ Durch die Analysekategorie „Generation“ werden die ideologischen Gegensätze, die die kommunistische Jugend von anderen Jugendlichen trennten, relativiert und die eine Alterskohorte verbindenden Lebensweisen und Erfahrungshorizonte werden transparent. Die Lebenswelten und Erfahrungen der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter unterscheiden sich grundsätzlich anders. Zu den prägendsten generationsverbindenden Erfahrungen der Weimarer Arbeiterjugend gehört, dass ihre Lebensperspektive bedingt durch Weltwirtschaftskrise, Inflation und Massenarbeitslosigkeit verstellt war. Detlev Peukert charakterisiert deren Schicksal zutreffend mit dem Begriff der „überflüssigen Generation“.⁷⁷ Diese klassenübergreifende Erfahrung trennte die Jugendlichen maßgeblich von der Generation ihrer Eltern und schuf auf struktureller Ebene Gemeinsamkeiten mit der bürgerlichen Jugend. Innerhalb der Arbeiterbewegung wurde die Differenz der Erfahrungen mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Aufgrund der hohen Erwerbslosigkeit durchliefen beispielsweise die wenigsten Arbeiterjugendlichen die vormals klassischen Instanzen einer politischen Sozialisation, nämlich Fabrik und Werkhalle und daran anknüpfend Gewerkschaft und Partei.⁷⁸ Die divergierenden Generationserfahrungen und die Unterschiede der politischen Sozialisation sind zudem Ende der zwanziger Jahre hinsichtlich der Radikalisierung der Jugend relevant. Dieser Radikalisierungsprozess ermutigt wiederum dazu, die Kategorie „Generation“ besonders stark zu bewerten und damit gleichfalls an die Tendenzen der Jugendforschung anzuknüpfen, ausschließlich das Spektrum widerständiger Verhaltensweisen – beginnend mit Formen der verbalen Abgrenzung bis hin zum gewalttätigen Kampf – zu fokussieren und den Begriff „Jugend“ als Synonym für „Protest“ zu verwenden.⁷⁹ Die öffentliche Selbststilisierung des KJVD als „Ju-

⁷⁶ Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157-185 und S. 309-330. Das in vielen Forschungsarbeiten übernommene Generationenkonzept, das am Beispiel der bürgerlichen Jugendbewegung entwickelt wurde, basiert auf der Konstruktion homogener Gruppen, die als bestimmte „Jugendgenerationen“ überbetont werden und empirisch kaum nachzuvollziehen sind. Vgl. dazu: Jaeger, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: GG 3 (1977), S. 429-452. Krügers Forderung, die Generationstheorie um klassen- und geschlechtsspezifische Untersuchungsperspektiven zu erweitern und sie in eine umfassende Theorie gesellschaftlichen Wandels einzubeziehen, überzeugt insofern, als dass damit die Eindimensionalität des Ansatzes überwunden wird. Vgl. Krüger: Theoretische und methodische Grundlagen, in: Derselbe: Handbuch, S. 219.

⁷⁷ Peukert: Die Weimarer Republik, Kap. 2: Die überflüssige Generation.

⁷⁸ So konstatiert Theodor Geiger im Jahr 1932: „Der von Anbeginn erwerbslose Jungarbeiter (...) steht vollständig außerhalb der Überlieferung der Arbeiterbewegung. (...) Ihn trennt von der älteren Generation, daß er überhaupt nicht Arbeiter ist und daher in keine irgendwie geartete, sei es auch sich epochenbedingt wandelnde Lohnarbeitermentalität hineinwachsen kann.“ Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932, S. 97, zitiert nach: Mallmann: Kommunisten, S. 192.

⁷⁹ Vgl. dazu Reuleckes kritische Stellungnahme: „Nicht Jugendprotest ist also m.E. ein Kennzeichen des 20. Jahrhunderts, sondern die Tatsache, daß mit ‚Jugend‘ bzw. mit ‚Junger Generation‘ ein höchst bedeutsamer gesellschaftlicher Wertekomplex genannt ist, der von Zeit zu Zeit aus unterschiedlichen Beweggründen und im Rahmen diverser politischer Strategien wirksam in die Debatte um die Selbstwahrnehmung und Sinnbe-

gend des Hochverrats“ und die Beteiligung kommunistischer Jugendlicher an den Straßenkämpfen würden zudem ausreichend empirisches Material bieten, um eine solche Interpretation zu stützen. Als Gegenargument muss jedoch angeführt werden, dass sich die kommunistischen Jugendlichen gegenüber ihren erwachsenen Genossen willfährig und wenig rebellisch zeigten. Weiterhin ist zu konstatieren, dass der KJVD im Vergleich zu den „Wilden Cliques“, die als Antwort der Jugendlichen auf die ihnen verstellten Lebensperspektiven interpretiert werden,⁸⁰ vergleichsweise wenig subkulturelle Bezüge aufweist. Wie anhand der Jugendtage gezeigt werden kann, entwickelte der Verband auf institutioneller Ebene weder einen eigenen, sich von der KPD abgrenzenden Stil, noch eine „jugendspezifische“ Sprache.⁸¹ Die Jugendtage orientierten sich an der Festkultur der KPD und zeigten nur wenig Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen. Lediglich an den „ausgefranst“ Rändern des Verbandes, und keinesfalls im Zentrum, zeichnen sich Fragmente einer Stilbildung bzw. Hinweise auf abweichende Verhaltensformen ab, die von der Parteizentrale automatisch unter dem Begriff der „fraktionellen Tätigkeit“ gefasst und bekämpft wurden.

Der Umstand, dass die Weimarer Jugendorganisationen ebenso wie die Jugendsubkulturen und die Jugendmythen von männlichen Jugendlichen dominiert waren,⁸² hatte bislang kaum Einfluss auf die parteipolitische Jugendforschung. Vielmehr suggeriert diese, dass es sich bei den Jugendverbänden um geschlechtsneutrale Organisationen mit geschlechtsneutralen Akteuren gehandelt habe. Unbeachtet blieb das Plädoyer der Geschlechtergeschichte, Politik als männliche soziale Praxis zu untersuchen und deren vergemeinschaftende und vergesellschaftende Faktoren transparent zu machen.⁸³

Die umfassende „Repräsentanz“ männlicher Jugendlicher im kommunistischen Jugendverband, deren Wirkung weit über den Verband hinausging, unterstreicht die Notwendigkeit, die

gründung der jeweiligen Gesellschaften eingebracht werden konnte und kann. Es ist bisher dabei eigentlich kaum um die Jugendlichen als solche gegangen, statt dessen ist in sie immer wieder vieles an Erwartungen, Hoffnungen und Ängsten der älteren Generationen mit entsprechenden Zumutungen hineinprojiziert worden.“ Reulecke, Jürgen: Jugendprotest – ein Kennzeichen des 20. Jahrhunderts?, in: Dowe: Jugendprotest, S. 1-11, hier: S. 11.

⁸⁰ Vgl. Lindner: Cliques.

⁸¹ Siehe Kap. 4.3. Symbolische Politik: Die Jugendtage.

⁸² Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 239. Die Dominanz männlicher Jugendlicher spiegelt sich sogar im Forschungsstand. Auch hier ging von den männlichen Jugendlichen offensichtlich die größere Faszination aus. Die einseitige Fokussierung trug zur weiteren Marginalisierung von weiblichen Jugendlichen bei. Vgl. dazu Benninghaus: Pfade.

⁸³ Vgl. Kühne, Thomas: Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik. Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte, in: Medick, Hans/Trepp, Ann-Charlott (Hg.): Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven, Göttingen 1998, S. 171-231. Zum Forschungsstand der „Männerforschung“ siehe Kühne, Thomas (Hg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Frankfurt a.M. 1996.

Kategorie „Geschlecht“ als Analyseinstrumentarium einzubeziehen: Männliche Jugendliche waren im KJVD nicht nur überrepräsentiert. Sie besetzten – trotz einer von „oben“ verordneten Koedukationsdebatte – zudem in der Verbandshierarchie die wichtigsten Ämter. Darüber hinaus waren die soziale und kulturelle Praxis des Verbandes auf die männlichen Mitglieder ausgerichtet, die sie wiederum umgekehrt formten und prägten. So orientierten sich die Leitbilder des Verbandes am proletarischen Männerbild und wandten sich damit ausschließlich an die männlichen Mitglieder. Den weiblichen Jugendlichen, die im Verband organisiert waren, eröffnete der Verband kaum vergleichbare Identifikationsangebote.

„Geschlecht“ im Sinne von „gender“ zählt somit als soziokulturelle Kategorie – neben den ebenso relevanten und diskursiv erzeugten Kategorien „Klasse“ und „Generation“ – zu den wichtigsten Analyseinstrumentarien der Arbeit. In diesem Zusammenhang überzeugen die Überlegungen Gunilla-Friedericke Buddes, die darauf abzielen, ein stärkeres Gleichgewicht zwischen den Kategorien „Geschlecht“ und „Klasse“ herzustellen. Sie plädiert daher für einen sozio-kulturellen Klassenbegriff, der Kategorien wie Geschlecht, Konfession, Ethnie u.a. gleichberechtigt integriert, ohne dass die Klassenzugehörigkeit der Akteure verschimmt.⁸⁴

Erst durch das wechselseitige Einbeziehen der Kategorien Klasse, Generation und Geschlecht wird es überhaupt möglich, die Spannbreite jugendlicher Verhaltensweisen in den Blick zu bekommen. Damit werden die üblichen eindimensionalen Wertungen jugendlicher Verhaltensweisen als Anpassung oder als Abgrenzung von ihrer sozialen Umwelt vermieden. Transparent wird die „Mehrdeutigkeit“ der sozialen Praxis von Jugendlichen. So kann die Beteiligung von kommunistischen Jugendlichen an den Straßenkämpfen zugleich auch als Klassenhandeln oder als alters- und geschlechtsspezifisches Territorialverhalten interpretiert werden. Ihr Verhalten, das die Weimarer Behörden zwangsläufig als Widerstand gegen die Republik deuteten, stellt sich aus der Perspektive der Arbeiterbewegung als Anpassung der Jugendlichen an den Verhaltens- und Wertekodex der erwachsenen Arbeiter dar.

⁸⁴ Budde, Gunilla-Friedericke: Das Geschlecht der Geschichte, in: Mergel/Welskopp: Geschichte, S. 125-150, hier: S. 144. Grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Klasse und Geschlecht finden sich weiterhin bei: Canning, Kathleen: Geschlecht als Unordnungsprinzip. Überlegungen zur Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung, in: Schissler, Hanna (Hg.): Geschlechtergeschichte im historischen Wandel, Frankfurt a.M. 1993, S. 139-206.

1.3. Gliederung und Fragestellungen

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich an drei Untersuchungsfeldern: Der Verband – Die Jugendlichen – Aspekte des Verbandslebens. Die Analyse der Strukturen, der Akteure und deren politische und soziale Praxis ist der Einsicht geschuldet, dass eine bloße Untersuchung der Verbandsgeschichte zur Überbewertung der formalen Strukturen und zur Negation der Handlungs- und Deutungsspielräume der Akteure führt. Die Kapitel sind in sich geschlossen und greifen jeweils von einander unabhängige Fragestellungen auf. Damit bietet die Gliederung unterschiedliche Perspektiven auf den KJVD. Die Untersuchung der Verbandsstrukturen und der Beziehung von Partei und Jugendverband ergänzt die Forschungen zur parteipolitischen Jugend der Weimarer Republik und schließt damit eine Forschungslücke. Die Analyse der Lebenswelt und der sozialen Praxis der Weimarer Jungkommunisten leistet außerdem einen Beitrag zur historischen Jugendforschung. Gemeinsam thematisieren die Kapitel Aspekte von Kontinuität und Wandel. Aufgezeigt wird das Wechselverhältnis zwischen den verschiedenen Phasen der Verbandspolitik und der Verbandspraxis sowie die damit einhergehenden Veränderungen des Mitgliederprofils. Angeregt werden Lesarten, die keinesfalls einen hermetisch geschlossenen Untersuchungsgegenstand behaupten, dafür aber Querverbindungen ermöglichen sowie Brüche und Widersprüche offen legen.

Im Kapitel „Der Verband“ wird der Gründungsprozess des KJVD, der 1920 aus Teilen der Freien Sozialistischen Jugend hervorgegangen war und der sich in den folgenden Monaten immer stärker an die KPD binden sollte, nachgezeichnet. Analysiert werden diejenigen Faktoren und Einflüsse, die diese Entwicklung prägten. Ferner wird der Frage nachgegangen, in welcher Weise der Annäherungsprozess von außen angestoßen und vorangetrieben wurde. Weiterhin werden die Formalstrukturen, d.h. die Satzung, der Verbandsaufbau und die internen Arbeitsmodalitäten beschrieben. Die Frage, ob der Verband eigene Organisationsstrukturen und Arbeitsmethoden entwickelte, die sich an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten einer Jugendorganisation orientierten oder ob er lediglich die Strukturen und Arbeitsweise der KPD übernahm, ist dabei von besonderem Interesse. Anhand der Finanzen wird geprüft, inwieweit der KJVD unabhängig war oder ob er das Los anderer parteipolitischer Jugendorganisationen teilte, die in der Regel nahezu vollständig von den finanziellen Zuwendungen ihrer jeweiligen Mutterparteien abhängig waren. Ebenso wie die anderen Weimarer Parteien hofierte auch die KPD die Jugend in der Öffentlichkeit. Untersucht werden die theoretischen Positi-

onen der KPD zur „Jugendfrage“ und ihre praktische Umsetzung. Weiterhin werden die Beziehungen zwischen der KPD und dem Jugendverband ausgelotet. Es wird gefragt, welche Interessen die Partei mit der Jugendorganisation verfolgte und welche Erwartungen sie an die Jugendlichen formulierte. Grundsätzlich wird die Frage zu klären sein, ob die Basis die Direktiven der Parteileitung tatsächlich auch umsetzte. Abschließend werden die Arbeitsfelder des Verbandes analysiert. Die Partei knüpfte an den KJVD die Hoffnung, in ihm ein unerschöpfliches Nachwuchsreservoir zu unterhalten. Intern hatte der Verband zudem die Aufgabe, den Nachwuchs zu schulen, die zukünftigen Kader auszubilden und die Partei durch die Übernahme von Handlangerdiensten zu unterstützen. In der Öffentlichkeit sollte der Verband die Interessen seiner Mitglieder – aber auch die der gesamten Arbeiterjugend – angemessen vertreten und durchsetzen. Es ist zu fragen, ob der Jugendverband diesen Aufgaben grundsätzlich nachkam und welche Erfolge bzw. Misserfolge er dabei verzeichnete. Die kritische Diskussion der These von Klaus-Michael Mallmann, der den KJVD als Kopie und als Miniaturausgabe der KPD bezeichnet,⁸⁵ bietet sich für ein abschließendes Resümee des Kapitels an. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse soll der Verband in das von Wolfgang Krabbe entwickelte Modell zur Weimarer Parteijugend eingeordnet werden, dessen Tragfähigkeit damit gleichzeitig überprüft wird. Zählte der KJVD zu den Jugendorganisationen der republikfeindlichen Parteien, die sich an den Strukturprinzipien der Jugendpflege orientierten, oder zu denen der demokratischen Parteien, die sich nach dem Modell der autonomen Jugendbewegung und den Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbsterziehung und Selbstverwaltung ausgerichtet waren?⁸⁶

Das Kapitel „Die Jugendlichen“ untersucht die Mitgliederentwicklung des Verbandes und erstellt soweit wie möglich ein Sozialprofil der Jugendlichen. In diesem Zusammenhang wird das Problem der Fluktuation ebenso zu diskutieren sein wie das der Beitragskassierung. Überprüft wird, ob der KJVD tatsächlich eine „Massenorganisation“, wie es im Jargon der KPD hieß, war. Untersucht wird ferner, ob sich die Mitgliederzahlen gleichförmig entwickelten oder ob sie größeren Schwankungen unterlagen. Gezeigt wird, in welchen Regionen der KJVD besonders stark bzw. unterrepräsentiert war. Die Mitgliederentwicklung des Jugendverbandes wird zudem mit der der Partei verglichen. Die daran anschließende Untersuchung des Sozialprofils des KJVD verfolgt das Ziel, den Akteuren deutlichere Konturen zu verleihen: Auf der Grundlage der überlieferten Verbandsstatistiken können Aussagen zur Alters-

⁸⁵ Mallmann: *Kommunisten*, S. 182.

⁸⁶ Krabbe: *Rekrutendepot*, S. 295.

struktur der Jugendlichen und zur Geschlechterverteilung gemacht werden. Rückschlüsse auf den beruflichen Status der Mitglieder und den Anteil an Erwerbslosen im Verband lassen die verbandsinternen Diskussionen zu. Auf Grundlage der im Rahmen von Reichskongressen und Bezirkskonferenzen angefertigten Statistiken können die Funktionäre des Verbandes näher profiliert werden. Zudem ist es möglich, genauere Aussagen über die Jugendlichen zu treffen, die Anfang der dreißiger Jahre dem Verband beitraten. Die überlieferten Selbstzeugnisse werden abschließend in Hinblick auf Informationen über das familiäre Umfeld, die Lebenswelten und die sozialen und politischen Netzwerke kommunistischer Jugendlicher ausgewertet. Aufgrund der im Großen und Ganzen doch recht lückenhaften Daten ist der Terminus *Technicus* „Sozialprofil“ hier nur als Plural zu verwenden. Angeboten werden lediglich „Momentaufnahmen“ von den im Verband organisierten Jugendlichen, die allerdings nicht den gesamten Untersuchungszeitraum abdecken.

Das letzte Kapitel untersucht schließlich fünf die Verbandskultur zeitweilig prägende „Aspekte des Verbandslebens“ und versucht, die soziale Praxis der kommunistischen Jugend transparent zu machen. Cornelius Schley hat in seiner Analyse der SAJ bereits auf die Schwierigkeiten hingewiesen, den Alltag und das Gruppenleben der Jugendlichen zu untersuchen. Ihm ist grundsätzlich zuzustimmen, wenn er feststellt, dass sich „die tatsächliche lebendige Praxis des Gruppenlebens als Erlebnis- und Handlungszusammenhang (...) der Betrachtung“ entzieht.⁸⁷ Die in den Verbandsakten, in den Berichten der Behörden und in den Selbstzeugnissen ehemaliger Mitglieder des KJVD partiell enthaltenen Aussagen über die Handlungsfelder und die soziale Praxis der Jugendlichen werden zusammengetragen und ausgewertet. Der Quellenbestand widersetzt sich jedoch einer Analyse im Sinne der „dichten Beschreibung“ oder der Alltags- oder der Mikrogeschichte.⁸⁸

Das erste Unterkapitel widmet sich den Ortsgruppen und den Betriebszellen. Rückt man von der Ebene der Zentrale ab und stellt die Basis in den Mittelpunkt, so ergibt sich ein Perspektivenwechsel, der nur scheinbar banal ist: Die „große Politik“ verliert sich nämlich im Alltag. Sichtbar wird die Kluft zwischen den oft ehrgeizigen Funktionären und einer an theoretischen

⁸⁷ Schley: *Arbeiterjugend*, S. 28. Umso mehr überrascht Schleys zwangsläufig uneingelöster Anspruch, über einen systematischen Überblick die gesamte Praxis der SAJ rekonstruieren zu wollen.

⁸⁸ Vgl. dazu: Geertz, Clifford: *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M. 1999; Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*, Münster 1994; Lüdtker, Alf (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*. Frankfurt a.M. 1989; Schulze, Winfried (Hg.): *Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion*, Göttingen 1994.

Fragen wenig interessierten Basis. Untersucht werden die „Basics“: Die Größe der Ortsgruppen und der Betriebszellen, ihre Treffpunkte und der Verlauf ihrer Zusammenkünfte.

In den ausgewerteten Selbstzeugnissen nehmen die Wanderfahrten am Wochenende und die Sonnenwendfeiern überraschend großen Raum ein. Sie werden als Höhepunkte des Gruppenlebens erinnert. Diese Schnittmengen zwischen der Gruppenpraxis kommunistischer Jugendlicher und anderer Jugendgruppen veranschaulichen die Einflüsse der bürgerlichen Jugendbewegung. Hier kommen auch Vorstöße der Verbandsleitung in den Blick, diese Anleihen „ideologisch“ umzuwidmen und sie in neue Bedeutungskontexte und Sinnzusammenhänge zu stellen.

Die Festkultur des KJVD wird exemplarisch am Beispiel der Jugendtage analysiert, die als Instrumentarium einer symbolischen Politik⁸⁹ regelrecht inszeniert wurden. Die Jugendtage waren ein Instrument der Verständigung nach innen und der Abgrenzung nach außen. Erforscht wird deren Organisation und Dramaturgie sowie ihre Außenwahrnehmung. Weiterhin wird nach ihrer möglichen Bedeutung für die einzelnen Teilnehmer gefragt.

Das Unterkapitel „Radikale Jugend“ zeichnet den Prozess der allmählichen Militarisierung und Radikalisierung kommunistischer Jugendlicher anhand ihrer Mitarbeit im Ordnungsdienst der Partei sowie ihrer Teilhabe an Straßenkämpfen nach.

Partei und Jugend versuchten, von dem weit verbreiteten Interesse an der Sowjetunion zu profitieren. Mit den Arbeiterjugenddelegationen eröffnete der KJVD einer kleinen Gruppe von ausgewählten Jugendlichen die Möglichkeit, in das „gelobte Land“ zu reisen, um sich von der Überlegenheit des Sozialismus zu überzeugen. Auf Grundlage der überlieferten Berichte von Teilnehmern solcher Delegationsreisen lässt sich die Diskrepanz zwischen den Erfahrungen der Jugendlichen und der offiziellen Propaganda nachzeichnen. Die deutschen Jungkommunisten, die darauf brannten, in den russischen Betrieben „politische Arbeit“ zu leisten, waren von der Ignoranz und vom offensichtlichen Desinteresse ihrer Gastgeber überrascht. Andererseits wird aus den Berichten ersichtlich, dass der Besuch der Sowjetunion und die Begegnung mit russischen Arbeitern manche Jugendliche intellektuell und sozial überforderte.

⁸⁹ Zur Untersuchung symbolischer Formen der Politik und politischer Inszenierungen vgl.: Arnold, Sabine/Fuhrmeister, Christian/Schiller, Dietmar (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien 1998; Dörner, Andreas: Politischer Mythos und symbolische Politik, Reinbek 1996; Voigt, Rüdiger (Hg.): Politik der Symbole, Symbole der Politik, Opladen 1989.

1.4. Quellen und Quellenkritik

Die Untersuchung des KJVD basiert auf einer ungewöhnlich guten Quellenlage, die es ermöglicht, schriftliche Überlieferungen unterschiedlichster Provenienz einzubeziehen: Die Aktenbestände zum KJVD und zur KPD, die Verbandspresse, die Lebenserinnerungen ehemaliger Mitglieder des Jugendverbandes sowie die Lageberichte und Meldungen des Reichskommissariats zur Überwachung der öffentlichen Ordnung und der Nachrichtensammelstelle des Reichsministerium des Innern.

Die vorliegende Arbeit basiert vor allem auf den Verbandsakten des KJVD. Diese sind ein Bestandteil des Parteiarchivs der KPD, dessen Aufbau bereits auf dem Gründungsparteitag 1919 anregt worden war und an dessen Entstehung und fortlaufender Ergänzung Wilhelm Pieck maßgeblichen Anteil hatte. 1924 hatte die Parteiführung beschlossen, das Archiv nach Moskau zu verlagern, um ihr Schriftgut dem Zugriff der Weimarer Behörden zu entziehen. 1935 wurden die bis dahin unsortierten Materialien auf der Grundlage eines Beschlusses der KPD nach Bezirken und Sachgebieten geordnet. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion wurde das Archiv nach Ufa im Ural verlagert. Erst Ende der sechziger Jahre kehrte das Archiv nach Deutschland zurück. Die KPdSU übergab die Materialien sukzessive an das ZK der SED. Das Archiv wurde zunächst im Sinne eines „Geheim-Archivs“ geführt und erst in den achtziger Jahren geöffnet.⁹⁰ Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten wechselte die institutionelle Zugehörigkeit des Aktenbestandes mehrfach, bis die Archivalien schließlich in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) zusammengeführt und dem Bundesarchiv in Berlin zugeordnet worden sind.

Die Akten zum KJVD, die den Zeitraum von 1916 bis 1939 umfassen, gehören zum „Schriftgut der revolutionären Massenorganisationen“. Das Archivgut der Zentrale stellt den Hauptteil des gesamten Bestandes dar. Weitaus lückenhafter ist die Überlieferung der Bezirke und seltene Ausnahmen stellen die Schriftstücke der Ortsgruppen und Betriebszellen dar. Die Umstände der „Quellenproduktion“ erklären diese Unausgewogenheit. An der Spitze der Berliner Zentrale des KJVD standen besoldete Funktionäre, deren Aufgabe es war, die Arbeit der Bezirke von Berlin aus zulenken. Außerhalb der Reichskonferenzen und der unregelmäßigen Visiten der Instrukteure erfolgte die Anleitung der Zentrale in schriftlicher Form durch Rund-

⁹⁰ Gesamt-Findbuchanleitung. Gliederung und Register des Gesamtbestandes RY1/I 1 - RY 1/I 5, Bestandsgeschichte, „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv.

schreiben und Briefe. Die Bezirke hingegen litten unter einem chronischen Arbeitskräftemangel. Zudem standen ihnen nur ehrenamtlich arbeitende Funktionäre zur Verfügung. Diese waren dazu angehalten, der Zentrale Bericht zu erstatten, eine Verpflichtung, der sie jedoch nur unregelmäßig nachkamen. Die Vereinbarungen oder Absprachen der jeweiligen Bezirksleitungen mit den Unterbezirken, den Ortsgruppen und Betriebszellen wurden in der Regel mündlich getroffen. Das Ungleichgewicht der überlieferten Quellen bedingt, dass die Perspektive der Berliner Zentrale auf den Verband dominiert, während die der Mitglieder tendenziell im Dunkeln bleibt.

Anhand von Aufrufen, Erklärungen, Resolutionen und Flugblättern des KJVD sowie mittels der Verbandspresse können die politischen Positionen des Jugendverbandes und deren öffentliche Darstellung untersucht werden. Die Protokolle der verschiedenen Leitungsgremien bieten wichtige Einblicke in die Makrostrukturen des Verbandes. Überliefert sind die Protokolle der Reichs- und der Verbandskongresse,⁹¹ der Reichskonferenzen, der Reichsausschusssitzungen des KJVD sowie der ZK-Sitzungen. Weiterhin kann auf die Protokolle der Sitzungen der Plenarzentrale wie auf die Beschlussprotokolle der Sekretariats- und Bürositzungen zurückgegriffen werden. Ferner sind die Tätigkeitsberichte der Zentrale vorhanden wie auch die Rechenschaftsberichte der Zentrale an die KPD und an die Kommunistische Jugendinternationale (KJI). Diese sind tendenziell als „Erfolgsberichte“ verfasst, heben also Fortschritte hervor und verschweigen Probleme und Misserfolge.

Die Arbeit der Bezirke wurde außerhalb der Reichskonferenzen durch Rundbriefe angeleitet und durch Instrukteure unterstützt, die die einzelnen Bezirke bereisten. Ihre Berichte dokumentieren die Hindernisse und Schwierigkeiten vor Ort. Allerdings muss auch davon ausgegangen werden, dass die Instrukteure Kompetenz und Engagement der Basis grundsätzlich in Frage stellten, um die eigenen Leistungen hervorheben zu können.

Die überlieferten Rechenschaftsberichte und der Schriftverkehr zwischen den Bezirken und der Zentrale ermöglichen einen Wechsel der Perspektive. Sichtbar werden die Konflikte vor Ort aber auch die Widerstände der Basis gegenüber der Zentrale. Der Abgleich der Bezirks- und Instrukteursberichte mit den Arbeitsvorgaben der Zentrale oder den Beschlüssen der Reichskongresse lässt Rückschlüsse auf die Kluft zwischen Theorie und Praxis wie auch zwi-

⁹¹ Der Reichskongress wurde im Oktober 1925 in Verbandskongress umbenannt.

schen Anspruch und Wirklichkeit zu. Die schon von Mallmann kritisierte Vorstellung, dass die Basis per Knopfdruck funktionierte, wird hier konterkariert.⁹²

Des Weiteren wurden die den Jugendverband betreffenden Akten der KPD ausgewertet. Aufschlussreich sind vor allem die Beschlussprotokolle des Politbüros und die so genannten „Lageberichte“ der KPD. Die Jugendarbeit war ebenfalls Gegenstand der KPD-Parteitage. Die Protokolle wurden ebenso wie die von Konferenzen und Beratungen, die auf der Ebene der Bezirke stattfanden, hinzugezogen. Besonders die Aussprachen der KPD-Bezirkssekretäre über die „Jugendfrage“ veranschaulichen, dass die Jugendarbeit lediglich von „oben“ verordnet worden war und dass sie den Funktionären lästig war. Der zum Teil überlieferte Schriftwechsel zwischen KJVD und KPD dokumentiert die Konflikte zwischen Partei und Jugend, die offiziell heruntergespielt oder gar verschwiegen wurden.

In den Verbandsakten sind vereinzelt Statistiken zur Mitgliederentwicklung, Angaben zu Alter, Geschlecht sowie zur Anbindung der Jugendlichen an andere Organisationen der Arbeiterbewegung, zu finden. Vor allem die Daten zur Mitgliederentwicklung müssen jedoch als ungenau und unzuverlässig eingeschätzt werden. Der Wunsch und der Zwang, gegenüber der nächst höheren Instanz Erfolge bei der Rekrutierung neuer Mitglieder nachweisen zu müssen, veranlasste die Funktionäre offensichtlich häufig zu einer beschönigenden Darstellung der Lage. Einen Hinweis auf diese Praxis bieten u.a. die tatsächlich kassierten Mitgliederbeiträge, die stets weit unter den behaupteten Mitgliederzahlen lagen. Die auf Verbandskongressen und Bezirkskonferenzen durchgeführten Delegiertenbefragungen eröffnen zudem die Möglichkeit, die Funktionäre des Verbandes näher zu profilieren. Außerdem stehen die veröffentlichten Ergebnisse der 1928 durchgeführten Reichskontrolle der KPD zur Verfügung, die sich teilweise auch auf den KJVD beziehen.⁹³ Auskunft über die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Arbeiterjugend geben ferner die Untersuchungen der historischen Jugendkunde, die in Hinblick auf die angestrebte Annäherung an das Sozialprofil der Jugendlichen punktuell hinzugezogen worden sind.⁹⁴

Neben den Verbands- und Parteiakten greift die Arbeit auf den so genannten „Erinnerungsbestand“ zurück, der zur „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv gehört. KPD und SED ermutigten ihre Mitglieder nämlich, „in freier oder stan-

⁹² Mallmann: Kommunisten, S. 3.

⁹³ Kaasch, Wienand: Die soziale Struktur der KPD, in: Kommunistische Internationale 9 (1928), S. 1050-1064.

dardisierter Form Lebensläufe zu verfassen, Berichte und Einschätzungen über sich selbst und andere, über politische Ereignisse und Entscheidungen in ‚undurchsichtigen‘ Zeiten abzugeben.⁹⁵ Der 2.500 Akten umfassende Erinnerungsbestand enthält unterschiedliche Ego-Dokumente,⁹⁶ wie Memoiren, autobiographische Romane, Lebensläufe, Erlebnisberichte über historische Ereignisse sowie persönliche Erinnerungen an einzelne Genossinnen und Genossen oder an Gruppen. Die Heterogenität der Selbstzeugnisse deutet daraufhin, dass ihre Verfasser nicht an formelle Vorgaben gebunden waren. Teilweise geht aus den biographischen Quellen hervor, dass der Anstoß dazu vom ‚Institut für Marxismus-Leninismus‘ in Ost-Berlin ausging.

Karin Hartewig unterscheidet vier verschiedene Erfahrungsgemeinschaften, die ihre Erinnerungen zu Papier brachten: Die Gruppe der „ersten Kämpfer“, die in der DDR zur aussterbenden Gründergeneration zählten, dann die Gruppe der „ewig Jungen“, die in den zwanziger Jahren Mitglied der KPD oder des KJVD geworden waren und zur Aufbaugeneration der DDR gehörten. Als weitere Gruppe nennt sie die proletarischen „Parteisoldaten“, die sich als Berufsrevolutionäre durch eine enorme soziale und geographische Mobilität auszeichneten. Die vierte Gruppe bildeten die „Parteiintellektuellen“, die sich mit ihrem politischen Engagement von ihrer bürgerlichen Herkunft distanzieren. Ihnen gemeinsam ist eine internalisierte Parteidisziplin und ein lebensgeschichtlicher Selbstentwurf, der Zweifel oder persönliche und politische Brüche nicht thematisiert.⁹⁷

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden die knapp einhundert Selbstzeugnisse der „ewig Jungen“ ausgewertet, d.h. diejenigen Archivalien, aus deren Findmitteln hervorging, dass die überwiegend männlichen Verfasser Mitglieder des KJVD waren bzw. diesen in ihren Erinnerungen thematisieren. Teilweise enthalten die Akten einen tabellarischen oder politischen Lebenslauf, aus dem ersichtlich wird, wann der Verfasser dem KJVD und der KPD beigetreten ist und in welchen weiteren Organisationen er Mitglied war. Ebenso können anhand der Quellen der berufliche Werdegang und die politische Karriere nach 1945 weiter verfolgt werden.

Bei den Ego-Dokumenten stellt sich die Frage, wie repräsentativ diese Gruppe für die Mitglieder des KJVD tatsächlich ist: Die Autoren der Selbstzeugnisse gehören zur Gruppe der

⁹⁴ Zur unterschiedlichen Einschätzung des Quellenwerts der Studien vgl. Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 19 ff und Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 22 ff.

⁹⁵ Hartewig, Karin: Das Gedächtnis der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“, in: Werkstatt Geschichte 5 (1993), S. 24-28, hier: S. 24.

⁹⁶ Zum Begriff „Ego-Dokumente“ siehe: Winfried Schulze: Ego-Dokumente: Annäherungen an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“, in: Derselbe (Hg.): Ego-Dokumente: Annäherungen an den Menschen in der Geschichte, Berlin 1996, S. 11-30.

Jugendlichen, die Nationalsozialismus und Stalinismus überlebt haben. Die politischen Werdegänge deuten daraufhin, dass sie mehrheitlich überzeugte Anhänger des KJVD und der KPD waren. Der „Erinnerungsbestand“ spiegelt demnach die Position der Funktionäre, während die der Mitläufer, der Kritiker oder der Jugendlichen, die nur kurze Zeit dem Verband angehörten, ausgeblendet bleibt. Weiterhin ist davon auszugehen, dass die Verfasser der Selbstzeugnisse der DDR bejahend gegenüberstanden und sich darum bemühten, der Selbstdarstellung des Staates und den Vorgaben der marxistisch-leninistischen Geschichtsinterpretation zu entsprechen. Die Beurteilung von Ulrich Eumann, der die in der DDR erschienenen Autobiographien untersucht hat, kann daher im Großen und Ganzen auch auf die Selbstzeugnisse des „Erinnerungsbestandes“ übertragen werden: „Sie sind dadurch belastet, daß sie fast immer auf Anregung von SED-Organen verfasst worden sind, die natürlich auf ideologische Vorgaben nicht verzichtet haben, und des Weiteren dann von Historikern oder Lektoren z.B. des parteieigenen Dietz-Verlages – wenn es überhaupt noch nötig war – so getrimmt wurden, dass sie das, wo sie politische Entwicklungen schildern, zu sprachlich beinahe völlig sterilen, ‚volkspädagogisch‘ vielseitig verwendbaren ‚marxistisch-leninistischen‘ Idealbiographien wurden und als retrospektive biographisch-empirische ‚Bestätigungen‘ der SED-Interpretationen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Sinne eines ‚Die Partei hat immer Recht gehabt!‘ dienen konnten, deren Protagonisten ex post immer millimeterscharf auf der Generallinie standen.“⁹⁸

Nicht zuletzt aus den angeführten Gründen ist der Quellenwert von Ego-Dokumenten innerhalb der Geschichtswissenschaft umstritten. Neben der Frage, wie repräsentativ die aus ihrer Untersuchung gezogenen Schlüsse tatsächlich sind, steht deren Verwendung als „Informationssteinbrüche“ oder als „Illustration“ anderweitig gewonnener Thesen im Mittelpunkt der jüngst von Dagmar Günther geäußerten Kritik. Des Weiteren beanstandet Günther, dass in der Regel nicht die gesamte Dramaturgie des Textes berücksichtigt wird und es so zwangsläufig zu Fehleinschätzungen komme.⁹⁹ Unbestritten geben die in den Erinnerungsakten gesammelten Ego-Dokumente vor allem „Auskunft über die Selbstsicht“¹⁰⁰ ihrer Verfasser, deren Stilisierung und Selbstdeutung. Eine Analyse der Texte hinsichtlich der Konstruktion des kollektiven „Selbst“ dürfte demnach äußerst ertragreich sein. Allerdings sind diese Fragen für den Untersuchungszusammenhang sekundär. Die Selbstzeugnisse sind hier vor allem deshalb eine

⁹⁷ Hartewig: Gedächtnis, S. 27.

⁹⁸ Ulrich Eumann: „Kameraden vom roten Tuch“. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: AGWA 16 (2001), S. 97-164, hier: S. 99.

⁹⁹ Vgl. Günther, Dagmar: „And now for something completely different“. Prolegomena zur Autobiographie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: HZ 272 (2001), S. 25-61.

unverzichtbare Quelle, weil sie unbeabsichtigt Einblicke in die „Nebenschauplätze“, in die „unpolitischen“ Aspekte des Verbandslebens bieten – eine Perspektive, die die Verbandsakten aufgrund der „Banalität“ konsequent ausblenden. Transparent werden die Lebenswelten der Jugendlichen, der unspektakuläre Alltag der Ortsgruppen und Betriebszellen, aber auch die Höhepunkte des Gruppenlebens. In den Selbstzeugnissen werden Aspekte des Verbandslebens thematisiert, die der offiziellen Rhetorik widersprechen und entgegenlaufen. Ein Abgleich zwischen den Verbandsakten und den Selbstzeugnissen des „Erinnerungsbestandes“ ermöglicht ferner eine Annäherung an das Spannungsverhältnis zwischen den Vorgaben der Zentrale und der sozialen Praxis der Jugendlichen. Die Memoiren eröffnen keineswegs einen Zugriff auf die „Erfahrungen“ der im KJVD organisierten Jugendlichen. Deren unmittelbare Perspektive bleibt zwangsläufig aufgrund der zeitlichen Distanz verschüttet. Transparent wird lediglich die rückblickenden Deutungen der „Parteiveteranen“. Somit ist die Frage nach der Verlässlichkeit und der Repräsentativität ihrer „Erinnerung“ auch weniger relevant als die Bedeutung, die die Verfasser ihren Erinnerungen rückblickend zuschreiben.

Schließlich ermöglichen die Bestände des Reichskommissariats für Überwachung der öffentlichen Ordnung und die des Reichsministeriums des Innern einen Blick von Außen auf den KJVD. Die Lageberichte, Polizeiberichte, Stellungnahmen sowie die von den Behörden angelegten Materialsammlungen zum KJVD bieten eine „Außenperspektive“, die freilich alles andere als unvoreingenommen oder objektiv war. Das im Frühjahr 1920 gegründete Reichskommissariat zur Überwachung der öffentlichen Ordnung informierte die Regierung mit regelmäßigen Lageberichten über die politische Entwicklung im Reich. Die Berichte, deren Umfang stetig zunahm, erschienen zunächst wöchentlich, ab 1922 etwa vierzehntägig, später immer unregelmäßiger. 1928 wurden nur noch drei Ausgaben erstellt. Seine Informationen bezog das Reichskommissariat aus der Zusammenarbeit mit den Nachrichtenstellen der Länder und über V-Leute.

Die KPD warf dem Reichskommissar politische Einseitigkeit und Parteilichkeit vor, eine Einschätzung, die Ernst Ritter in seiner Einleitung zur Microfiche-Ausgabe der Bestände zurückweist: „Zweifellos war Kuenzer [der Reichskommissar, B.K.] in Art, Umfang und bis zu einem gewissen Grade auch in der Wertung der gebotenen Nachrichten von seinen Informanten abhängig, die mehrheitlich gewiß nicht der politischen Linken zuzurechnen waren, und selber eindeutig rechtsliberal eingestellt. Insgesamt bemüht er sich aber doch um ein ausgewogenes, zurückhaltendes, strikt an den Werten der Weimarer Verfassung orientiertes Urteil

¹⁰⁰ Schulze: Ego-Dokumente, S. 14.

und ließ sich von keinem anderen Interesse leiten als dem, alle Versuche jedweder Couleur zu politischer Gewalttätigkeit und der Bedrohung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung frühzeitig aufzudecken und zu verhindern.“¹⁰¹ Nach der Auflösung des Reichskommissariats im Juli 1929 übernahm die Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern dessen Aufgaben. Die Nachrichtensammelstelle, der es untersagt war, mit V-Leuten zusammenzuarbeiten, bezog ihre Informationen aus „weniger zahlreichen und offener zugänglichen Quellen“, ihre Berichterstattung wird von Ritter jedoch als „kurzfristiger und gezielter“ beurteilt, so dass die Weimarer Behörden sie „als einzige einschlägige amtliche überregionale Informationsquelle“ schätzten.¹⁰² Die Lageberichte sind insbesondere für die Untersuchung des öffentlichen Lebens des KJVD relevant, da sie die Verbandstätigkeit schildern. Für die Behörden waren Mitglieder des KJVD vor allem dort greifbar, wo sie in der Öffentlichkeit auftraten und mit dem Gesetz in Konflikt kamen. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung auf Jugendtagen, Demonstrationen, Streiks und den Kampagnen des KJVD. Thematisiert werden ferner die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen Jugendlichen und verfeindeten Jugendgruppen sowie deren Konfrontationen mit der Polizei. Die Behörden beobachteten ebenso das Verhältnis von Partei und Jugend, wobei sie dieses häufig mit dem Topos der „verführten Jugend“ beschrieben. Durchgängig schätzten die Berichtersteller den kommunistischen Jugendverband als Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ein. Die Verfasser, die den Angaben zur Mitgliederentwicklung des KJVD durchaus misstrauten, hinterfragten die revolutionäre Rhetorik des Verbandes dagegen nicht und überschätzten die realen Möglichkeiten des KJVD. Inwieweit die Lageberichte die Dringlichkeit der eigenen Arbeit damit aufwerten sollten oder ob die Jugendlichen tatsächlich als Bedrohung für Staat und Gesellschaft gesehen wurden, bleibt offen.

¹⁰¹ Ritter, Ernst: Einleitung: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern: Lageberichte (1920 – 1929) und Meldungen (1929 – 1933). Bestand R 134 des Bundesarchivs Koblenz, veröffentlicht als Microfiche-Ausgabe. Einleitung und Indices hg. von Ernst Ritter, München/New York/London/Paris 1979, S. VII-XXXVI, hier: S. XIX.

¹⁰² Ebenda: S. XXIII.

II. Der Verband

Ausgehend von seiner Analyse der bundesrepublikanischen Parteien und ihrer Jugendorganisationen hat Heino Kaack eine Definition von Parteijugend entwickelt,¹ auf die sich auch Wolfgang Krabbes Untersuchung zur politischen Jugend der Weimarer Republik bezieht.² Kaack konzentriert sich auf die Funktion, die parteipolitische Jugendorganisationen für die Binnenstruktur einzelner Parteien und für das Parteiensystem insgesamt haben. Aus Sicht des Autors ist es Aufgabe der Parteijugend, jüngere Mitglieder zu erfassen und zu organisieren und ihre Interessen innerparteilich zu vertreten. Ihr kommt der Auftrag zu den politischen Nachwuchs heranzubilden und zu schulen. Für Jugendliche, die sich engagieren und verdient machen, können die Jugendorganisationen zum Ausgangspunkt einer politischen Karriere in der Mutterpartei werden. Die Parteijugend soll außerdem unter den jüngeren Wählern Mitglieder und Sympathisanten werben. Zudem ist sie dafür zuständig, die spezifischen Interessen der Jugend in der Öffentlichkeit zu vertreten und mit den Jugendverbänden zur Durchsetzung ihrer Forderungen zusammenzuarbeiten.³

Ausgehend von diesen Zuschreibungen werden im Folgenden die Gründungsphase des KJVD, dessen Satzungen und Arbeitsstrukturen untersucht. Analysiert werden weiterhin das Verhältnis von Partei und Jugend sowie die verschiedenen Arbeitsfelder des Verbandes. Ausgehend von den erarbeiteten Ergebnissen wird abschließend die These von Klaus-Michael Mallmann, der KJVD sei eine „Miniaturausgabe der KPD“, diskutiert.⁴ Trifft seine Einschätzung zu oder handelte es sich beim KJVD um eine selbständig arbeitende Jugendorganisation, die sich lediglich in ideologischer Übereinstimmung mit der Mutterpartei wusste, ohne jedoch von dieser organisatorisch, finanziell oder politisch abhängig zu sein?

Des Weiteren werden die Arbeitsergebnisse mit dem Forschungsstand zur politischen Jugend der Weimarer Republik verglichen. Aufgezeigt werden die Parallelen und Unterschiede zwischen dem KJVD und den Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Ferner wird der KJVD in das von Krabbe entwickelte Modell der Weimarer Parteijugend eingeordnet, dessen Tragfähigkeit damit zugleich überprüft wird.

¹ Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 544.

² Krabbe: Parteijugend, S. 38; derselbe: Zukunft, S. 14; derselbe: Rekrutendepot, S. 276.

³ Kaack: Geschichte, S. 544.

⁴ Mallmann: Kommunisten, S. 182.

2.1. Gründungsphase

Im Unterschied zur KPD, deren Gründungsparteitag am 1. Januar 1919 in Berlin stattfand, ist die Geburtsstunde des KJVD weniger exakt zu datieren. Vielmehr muss die Konstituierung als Entwicklungsprozess beschrieben werden, der mit dem Gründungskongress der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) im Oktober 1918 begann und im September 1921 mit dem 6. Reichskongress der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJD) seinen Abschluss fand. Während dieser Zeit debattierten die Jugendlichen intensiv über die Frage, ob sich die FSJ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), der KPD oder einer der linken Splittergruppen anschließen sollte. Wie zu zeigen sein wird, erfolgte nach dem Anschluss der FSJ an die Kommunistische Jugendinternationale (KJI) deren sukzessive Unterordnung unter die KPD. Da die Überlieferung erst mit dem 6. Reichskongress einsetzt und keine Protokolle von den Kongressen der FSJ vorhanden sind, stützt sich die Untersuchung vor allem auf die Auswertung der Verbandszeitung „Die Junge Garde“ und auf die einschlägigen Studien der DDR-Forschung.⁵ Diese werten die Gründung der FSJ als Grundsteinlegung für einen kommunistischen Jugendverband⁶ und beschreiben den Prozess der allmählichen Annäherung der FSJ an die KPD als Hinwendung der Jugend zu ihrer „historischen Bestimmung“. Nachvollziehbarer ist hingegen die Position von Stephan Stracke, der erst die Spaltung der FSJ als eigentliche Geburtsstunde der kommunistischen Jugend wertet.⁷

Die Gründungskonferenz der FSJ fand am 26. und 27. Oktober 1918 im Berliner Büro der USPD statt. Die 57 Delegierten, die am Gründungskongress teilnahmen, setzten sich aus Jugendlichen zusammen, die der Spartakusgruppe, der Bremer Linken, den Internationalen Sozialisten Deutschlands und der USPD angehörten. Karl Liebknecht und Hermann Duncker, die Mitbegründer des Spartakusbundes und der späteren KPD hielten die Grundsatzreferate des Kongresses, der im Wesentlichen von den politischen Positionen der Spartakusgruppe und der Linksradiكالen geprägt war.⁸ Im Vorfeld des Kongresses war es bereits schon zu einem regen Austausch zwischen den linksradikalen Jugendlichen und der Spartakusführung ge-

⁵ Vgl. vor allem: Pietschmann: Klärungsprozeß; derselbe: Prozeß; derselbe: Die Gründung der Freien Sozialistischen Jugend 1918. Höhepunkte der organisationspolitischen Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterjugendbewegung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 28 (1979), S. 455-464.

⁶ Pietschmann: Prozeß, S. 463.

⁷ Stracke: Zuversicht, S. 21.

⁸ Pietschmann: Prozeß, S. 1047; derselbe: Gründung, S. 460. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

kommen.⁹ Im Auftrag der FSJ nahm Friedrich Heilmann,¹⁰ der von den Delegierten des Gründungskongresses zum Generalsekretär der FSJ ernannt worden war, im Januar 1919 am Gründungsparteitag der KPD teil.¹¹

Die Delegierten des Gründungskongresses kamen schon im Februar 1919 zu einer weiteren Reichskonferenz zusammen, um dort unter anderem die in der Zwischenzeit formulierten Leitsätze und das Organisationsstatut der FSJ zu verabschieden. Die Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen, die dafür plädierten, sich der Position der KPD anzuschließen und einer weiteren Gruppe, die den Bruch des Spartakusbundes mit der USPD ablehnte und der USPD folgen wollte, bestimmte den Kongress.¹² Die verabschiedeten Leitsätze dokumentieren, dass die Jugendlichen trotz ihres prinzipiellen Einverständnisses mit den Positionen der Linken nicht bereit waren, ihre politische und organisatorische Selbständigkeit aufzugeben. Die Leitsätze zeugen von dem ausgeprägten Selbstbewusstsein der Jugendlichen, die sich als Avantgarde verstanden: „Im Rahmen der revolutionären Gesamtbewegung nimmt sie [die Jugend, B.K.] nicht nur an allen Aktionen regsten Anteil, sondern marschiert – getreu ihrem eigensten Wesen – mit jugendlichem Feuer und hemmungsloser Stoßkraft als Vortrupp an der Spitze der Alten.“¹³ Aus der Sicht der Jugend hatte die Generation der Väter, die den Krieg nicht verhindern konnte, jeden Anspruch auf Führung verloren. Die Überzeugung, dass nur die junge Generation in der Lage sei, die gesellschaftliche Erneuerung voranzutreiben, teilten die proletarische und die bürgerliche Jugendbewegung,¹⁴ deren konkrete politische Vorstellungen allerdings gegensätzlich waren. In den Leitsätzen lehnten die Jugendlichen die Bevormundung durch die Erwachsenen ab. Selbstbewusst sagten sie der in ihren Augen maroden Gesellschaft den Kampf an: „Sie [die Jugend, B.K.] läßt sich nicht mehr durch schwerfällig zögernde Parteipraxis und fürsorglicher Pflege der Erwachsenen gängeln in der klaren Einsicht, daß ein neues Geschlecht neue Aufgaben hat und andere Mittel zu ihrer Erfüllung finden muß.“¹⁵ Die Delegierten wiederholten ihre Zustimmung zur Jenaer Resolution¹⁶ und sprachen

⁹ Luban, Ottokar: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe, in: AfS 11 (1971), S. 185-233, hier: S. 213 ff. und Pietschmann: Gründung, S. 1047.

¹⁰ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹¹ Jahnke: Geschichte, S. 181.

¹² Pietschmann: Klärungsprozeß, S. 41.

¹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 3.

¹⁴ Vgl. Linse: Lebensformen, S. 40 ff.

¹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 3.

¹⁶ Vgl. Luban: Auswirkungen.

chen sich mehrheitlich für eine enge Zusammenarbeit mit der KPD aus. Dennoch lehnten sie eine Änderung ihres Namens in „Freie Kommunistische Jugend“ ab.¹⁷

Die Verbandspresse bestärkte die Jugendlichen in ihrem Selbstverständnis als Avantgarde. Edwin Hoernle, selbst Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD, warnt in seinem Artikel „Die Jungen und die Alten“ eindringlich vor einer Anbindung an eine der Parteien: „Die proletarische Jugend von 14 bis 18 oder 20 Jahren darf grundsätzlich keine Rekrutenschule irgend einer politischen Partei oder Gewerkschaft sein, denn sie hat die wichtige Aufgabe den Befreiungskampf der Arbeiter nicht bloß weiterzuführen, sondern über den gegenwärtigen Zustand hinaus vorwärts und höher zu treiben.“¹⁸

Wenige Monate später, nämlich im November 1919, fand der Gründungskongress der KJI in Berlin statt, auf dem die FSJ von Friedrich Heilmann und Leo Flieg vertreten wurde.¹⁹ Die Delegierten des Gründungskongresses lehnten den Vorschlag von Willi Münzenberg ab,²⁰ die Kommunistische Jugendinternationale (KJI) als gleichberechtigte Schwesterorganisation neben der im März gegründeten zu konstituieren, und beschlossen stattdessen deren Unterordnung.²¹ Auf der internationalen Ebene war das Kräfteverhältnis damit geklärt: Die KJI unterstand der KI.

In den folgenden Monaten näherten sich Teile der FSJ zunehmend an die KPD an, andere Jugendliche verließen dagegen die Organisation. Die Artikel in der Verbandspresse belegen die Standortsuche der Jugendlichen und ihre Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Gruppierungen und deren Positionen.²² Der Mitgliederstamm der FSJ war während der Konstituierungsphase permanent in Bewegung.²³ Einige Gruppen schlossen sich dem

¹⁷ „Reichskonferenz der Freien Sozialistischen Jugend“, in: Die Junge Garde vom 5.3.1919. Das Verbandsorgan des KJVD „Die Junge Garde“ kann nicht einheitlich zitiert werden, da bei den Angaben erhebliche Unterschiede bestehen. Zum Teil gibt es Kalenderdatierung, teilweise nur Nummernangaben oder auch undatierte Sonderausgaben. Übernommen wurden die jeweils auf der Zeitungsausgabe vermerkten Angaben.

¹⁸ „Die Jungen und die Alten“, in: Die Junge Garde vom 29.11.1919. Vgl. auch den Artikel „Wir Jungen“, dessen Verfasser biologistisch argumentiert: „Jung sein heißt handeln, drängend schaffen und aktiv angehen gegen alle Trägheit. Das ist die natürliche Art der Jugend und darum auch ihr natürliches Recht. Und weil das ihr Recht ist, darum kann sie, die vor Lebensdrang strotzt, nicht Herz und Hirn untätig sein lassen in dem weitesten, umfassendsten Gebiete des Lebens, im politischen Kampfe, sie muß handeln im politischen Leben, das die Grundlage schafft für jedes Einzeldasein.“ In: Die Junge Garde vom 26.7.1919. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

¹⁹ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²⁰ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²¹ Jahnke: Geschichte, S. 257.

²² Vgl. „Sozialistische oder kommunistische Jugend“, in: Die Junge Garde vom 23.8.1919; „Das Spartakusprogramm und wir“, in: Die Junge Garde vom 29.11.1919; „Die Proletarierjugend und wir“, in: Die Junge Garde vom 27.12.1919; „Die Freideutsche Jugend und wir“, in: Die Junge Garde vom 10.5.1919.

²³ Vgl. die turbulente Mitgliederbewegung zwischen dem 5. und 6. Reichskongress. Anhang, Tabelle 2: Mitgliederentwicklung in den Bezirken (1920-1921). Hier werden auch die regionalen Unterschiede der Entwicklung deutlich. Von Ende 1920 bis September 1921 verloren die Bezirke Nordwest 56%, Niedersachsen 50% und

Verband neu an, andere spalteten sich von ihm ab.²⁴ Die Delegierten des 3. Reichskongresses, der vom 18. bis zum 20. Oktober 1919 in Weimar stattfand, nahmen eine Resolution an, in der sie die KPD als „Waffenbrüder“ bezeichneten und die Politik der USPD kritisierten.²⁵ Die Jugendlichen, deren Positionen sich am rechten Flügel der USPD orientierte, verließen daraufhin den Verband. Im Dezember 1919 spaltete sich zudem die Sozialistische Proletarierjugend (SPJ) von der FSJ ab.²⁶

Auf dem 4. Reichskongress der FSJ, der am 9. und 10. Mai 1920 in Berlin tagte, distanzierten sich die Delegierten mehrheitlich von den Positionen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) und fassten den Beschluss, die KPD im Wahlkampf zu unterstützen.²⁷ Auch hier gab es Gegenstimmen. So kamen im August 1920 in Leipzig diejenigen Mitglieder der FSJ zusammen, die diesen Kurs kritisierten und die sich später der KAPD anschlossen.²⁸ Die Mehrheit der Mitglieder der „Entschiedenen Jugend“ trat im nächsten Jahr wiederum in die kommunistische Jugend ein.²⁹

Die Teilnehmer des außerordentlich einberufenen Reichsausschusses der FSJ erkannten im September 1920 die Leitsätze des II. Weltkongresses der KI an und beschlossen ferner die Änderung des Namens in „Kommunistische Jugend Deutschlands“ (KJD).³⁰ Unter neuem Namen tagten die Delegierten des 5. Reichskongresses im Dezember 1920 in Berlin.³¹ Sie rangen mit der Frage, welche Aufgaben die Jugend in der politischen Auseinandersetzung zu erfüllen habe und ob es sinnvoll sei, sich der KPD vollständig anzuschließen und ihre organisatorische und politische Unabhängigkeit aufzugeben. Im verabschiedeten Programm heißt es,

Württemberg 45% ihrer Mitglieder. Demgegenüber konnten die Bezirke Oberschlesien und Schlesien ihre Mitgliederzahl um 200% bzw. 65% steigern. Diese eklatant hohen Verluste bzw. Gewinne weisen darauf hin, dass ganze Gruppen, die sich zunächst der KJ angeschlossen hatten, wieder aus dem Verband ausgetreten bzw. ihm diesem Zeitraum erst beigetreten waren. Während der Bezirk Schlesien seine Mitgliederzahl um das Sechsfache, der Bezirk Pfalz/Saargebiet um mehr als das Zweieinhalbfache und der Bezirk Wasserkante um das Eineinhalbfache steigern konnte, mussten andere Bezirke im gleichen Zeitraum ebenso hohe Mitglieder-einbußen hinnehmen. So verloren etwa Thüringen und Dresden von Ende 1920 bis September 1921 73% bzw. 66% ihrer Verbandsgenossen.

²⁴ Vgl. Schaubild zum Organisationsspektrum der deutschen Arbeiterjugendbewegung bis 1933, in: Gröschel: Notizen, S. 152.

²⁵ Pietschmann: Prozeß, S. 1051.

²⁶ Jahnke: Geschichte, S. 260.

²⁷ Ebenda: S. 270.

²⁸ Vgl. Protokoll der Reichskonferenz der Opposition der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/1, Bl. 1-15.

²⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 77. Vgl. Linse: Jugend, S. 103-107.

³⁰ Pietschmann: Prozeß, S. 1056. Vgl. Aufruf: „Kommunistische Jugend Deutschlands“, in: Die Junge Garde vom Oktober 1920, Nr.5.

³¹ Vgl. die Sonderausgabe des Verbandsorgans zum Reichskongress: Die Junge Garde von 1920, o.D., Nr. 14.

dass eine Befreiung der Jugend nicht ohne die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse möglich sei. Dennoch wird der Jugend weiterhin eine Sonderstellung eingeräumt: „Gemäß ihrer jugendlichen Eigenart ist es ihre geschichtliche Aufgabe, im Rahmen der revolutionären Gesamtbewegung das treibende und verjüngende Element zu sein. Sie bedarf daher einer eigenen Organisation, die auch, entsprechend ihrer Stellung im Produktionsprozess, allein die wirksame Verflechtung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen verbürgt.“³²

Wenngleich in den Richtlinien zum Programm die Übereinstimmung mit dem Programm der KI und die „Waffenbrüderschaft“ mit ihrer deutschen Sektion, der KPD, hervorgehoben wird, lehnten die Jugendlichen eine Unterordnung unter die Partei weiterhin strikt ab: „Das bedeutet weder eine Aufgabe der organisatorischen Selbständigkeit der K.J. noch ihres selbständigen Denkens und Handelns. Die K.J. bekennt aber die freudigste Bereitwilligkeit, die V.K.P.D. [Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, B.K.] mit aller Kraft zu unterstützen, um so den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.“³³ In diesem Zusammenhang distanzierte sich die KJD zugleich von den Positionen der USPD, der SPD und der Kommunistischen Arbeiter Partei Deutschlands (KAPD).³⁴

Im Anschluss an die Richtlinien verabschiedeten die Delegierten ein Programm, in dem sie die KJD gleichermaßen als politische Kampforganisation und als Erziehungsgemeinschaft definierten. Die darin formulierten Ziele, beispielsweise über „geschlechtliche Fragen sowie Alkohol und Nikotin“ aufzuklären und die Aussage, eine „allseitige menschliche Entwicklung durch die Betätigung im Freien, Wandern, Sport und rhythmische Spiele sowie durch gemeinsame Kunstpflege“ gewährleisten zu wollen, zeugen von den Einflüssen der Arbeiterbildungsbewegung wie von der bürgerlichen Jugendbewegung. Sie belegen zugleich den Versuch, für die Mitglieder staatliche Vergünstigungen zum Beispiel Fahrpreisermäßigungen für Wanderfahrten zu erhalten.³⁵ Im Mittelpunkt des Programms, das viele der späteren Forderungen bereits vorwegnahm, stand die Frage des betrieblichen Jugendschutzes. Die KJD verlangte die Einrichtung von Jugendbetriebsräten und die gesetzliche Festlegung der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für die Jugend. Weiterhin forderte sie den maximalen sechsstündigen Höchstarbeitstag, einen vierwöchigen bezahlten Erholungsurlaub für Jugendliche sowie die Beseitigung der Nacht-, Sonntags- und Akkordarbeit.³⁶

³² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 6.

³³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 9.

³⁴ Ebenda.

³⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 11.

³⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 11 f.

Im Anschluss an die Beschlüsse des II. Weltkongresses der KJI, der im Juli 1921 in Moskau stattfand, übte das Exekutivkomitee der KJI erneut Druck auf die deutsche Sektion aus. Die Teilnehmer des Weltkongresses hatten sich hinter die Beschlüsse des III. Weltkongresses der KI gestellt, der die Aufgaben der Jugend in Abhängigkeit zur KI definiert hatte. Laut Beschluss der KI sollte die kommunistische Jugend jedem jungen Arbeiter unabhängig von seinem politisch-ideologischen Reifegrad, offen stehen. Die Jungarbeiter sollten sich aktiv an den Aktionen der Arbeiterklasse beteiligen und sich für die sozialen Belange der werktätigen Jugend engagieren. Die wichtigsten Tendenzen fasst Horst Pietschmann folgendermaßen zusammen: „Die KI wies das Streben nach politischer Autonomie der Jugendorganisationen zurück und betonte, daß die kommunistischen Jugendverbände im Interesse der Einheitlichkeit und Zentralisation der Kräfte die politische Führung durch die kommunistische Partei anerkennen und die avantgardistische Ideologie aufgeben müssen.“³⁷

Von den einzelnen Sektionen der KJI wurde erwartet, dass sie die Resolution der KI befürworteten und die KJI in ihrer Zustimmung noch einmal bestärkten. Die Diskussionen im Vorfeld des 6. Reichskongresses der KJD lassen jedoch darauf schließen, dass die Mehrheit der Jugendlichen die Resolution ablehnte oder ihr zumindest kritisch gegenüberstand. Ein Jugendfunktionär der Zentrale fasst den Diskussionsstand im August 1921 wie folgt zusammen: „So wurden in den Bezirkskonferenzen, die in letzter Zeit stattgefunden haben und von der Zentrale zum größten Teil nicht beschickt wurden, aus finanziellen Gründen fast überall Beschlüsse gegen die in Moskau auf dem Weltkongress festgelegten Resolutionen über die Frage der Jugend und Partei gefaßt.“³⁸ Insbesondere die Bezirke Hamburg, Leipzig und Oberschlesien sträubten sich dagegen, dass die Jugend in der Partei aufgehen sollte. Die Bezirke Halle, Chemnitz, Mecklenburg und Südbayern befürworteten die Direktiven des Weltkongresses dagegen uneingeschränkt.³⁹ Alarmiert von der Situation in Deutschland griff das Exekutivkomitee der KJI im Vorfeld des 6. Reichskongresses in die Diskussion ein. Anfang September wandte es sich in einem offenen Brief an die Teilnehmer des 6. Reichskongresses und forderte diese ausdrücklich dazu auf, dem Anschluss der Jugend an die Partei zuzustimmen. Die KPD habe sich trotz einiger Mängel zur Avantgarde des deutschen Proletariats entwickelt und die Jugend müsse einsehen, dass sie „schon seit langem diejenige politische Wirkung, die sie früher auf die Partei, auf die Formulierung der politischen Linie derselben gehabt hat, nicht mehr“⁴⁰ habe. Die Aufgabe der KJD sei es nicht länger, die Partei von innen heraus

³⁷ Pietschmann: Prozeß, S. 1059.

³⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 117.

³⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 119.

⁴⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 147.

vorwärts zu treiben, sondern sie müsse sich vielmehr ihrer besonderen Aufgabe, nämlich der Jugendarbeit, stellen. Die Forderungen des Exekutivkomitees der KJI waren unmissverständlich: „Daraus folgt die Unterstellung unter das Programm, die Taktik und die Direktiven der Partei, die der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale und der Zweite Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale festgelegt haben, und die zum Teil in der Praxis der deutschen Bewegung bereits erfolgt sind.“⁴¹

Die Ergebnisse des 6. Reichskongresses, der vom 10. bis zum 12. September 1921 in Halle stattfand, belegen, dass das Plädoyer des Exekutivkomitees der KJI nicht ungehört blieb, sondern einflussreich war. Bereits in der Begrüßungsansprache wurden die Delegierten auf einen Kurswechsel eingeschworen. Der Jugendverband müsse endlich die breiten Massen der Jugendlichen erfassen und sie zu einer Roten Armee ausbilden, die in der Lage sei, die Revolution zu verteidigen.⁴² Der Rechenschaftsbericht, den Richard Gyptner als Vorsitzender des KJVD anschließend vorlegte, bezeugt, dass sich die Jugendzentrale bereits vollständig der KPD untergeordnet hatte.⁴³ Auf die kritische Anmerkung eines Genossen, die Jugendzentrale habe sich in der vergangenen Zeit nicht selbständig zu den wichtigsten politischen Fragen geäußert, erwiderte Gyptner: „Wir haben es die ganze Zeit so aufgefasst, daß wir in einer politischen Situation, in der die K.P. die Führung übernommen hat, es nicht mehr für nötig gehalten haben, jedem Aufruf der Partei einen Aufruf der Jugendzentrale folgen zu lassen. Die Parolen der K.P. verpflichten Euch, sofort als Kommunisten Euren Mann zu stehen.“⁴⁴ Wenig später unterstrich Gyptner den Kurswechsel der Jugendzentrale, indem er sich der Kritik der KPD und der KJI anschloss und behauptete, die KJD sei in der Vergangenheit „hauptsächlich politisch und wenig auf Jugendfragen eingestellt“ gewesen.⁴⁵

Diese Entwicklung überraschte viele Delegierte, die zudem nicht bereit waren, das eigenmächtige Handeln der Zentrale widerspruchlos zu akzeptieren. Sie kritisierten vielmehr die unterwürfige Haltung der Jugendzentrale und forderten diese ausdrücklich dazu auf, sich unabhängig von der Partei zu positionieren.⁴⁶

Das wichtigste Referat des Reichskongresses hielt das Max Köhler, der als Mitglied der Zentrale zum Tagungsordnungspunkt „Jugend und Partei“ sprach.⁴⁷ Köhler knüpfte an die voraus-

⁴¹ Ebenda.

⁴² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 7.

⁴³ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

⁴⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 30.

⁴⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 31.

⁴⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 35.

⁴⁷ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

gegangene Auseinandersetzung an. Auch er hob hervor, dass die Jugend trotz ihrer Verdienste zukünftig keine Sonderrolle mehr beanspruchen dürfe. Aus ihrem überholten Selbstverständnis als Avantgarde habe sich die Jugend mehr und mehr selbst zu einer kleinen Partei entwickelt und dabei ihre Aufgaben als Jugendorganisation vernachlässigt, lautete sein Resümee.⁴⁸ In seinem Abschlussplädoyer sprach er sich für einen Anschluss an die Partei aus: „Wir haben jetzt die Aufgabe, nicht mehr die Avant-Garde zu sein, sondern die Partei von innen her vorwärts zu treiben. Die Jugend muß ihre Kräfte an die Partei abgeben, um den Kampf der Partei zu steigern. Die Aufgabe der Selbständigkeit bedeutet nicht die Aufgabe des politischen Denkens und Aufgabe der organisatorischen Selbständigkeit, die wir als Vorbedingung zur Erziehung der jugendlichen Arbeiter betrachten.“⁴⁹

Die Delegierten reagierten recht unterschiedlich auf diesen Vorschlag. Neben Zustimmung wurde auch offene Ablehnung laut. So fühlte sich ein Delegierter aus Braunschweig angesichts der Bedeutung dieser Grundsatzfrage von der Zentrale überrumpelt. Er kritisierte die unzureichende Informationspolitik der Zentrale. Es sei nicht möglich gewesen, diese wichtigen Fragen im Vorfeld des Kongresses ausgiebig in den Bezirken zu diskutieren. Die von den Delegierten vertretenen Standpunkte seien daher nicht ausreichend durch die Basis abgesichert.⁵⁰ Bereits in diesem frühen Stadium zeichnet sich ab, dass die Jugendzentrale dazu tendierte eigenmächtig zu handeln und dass sie sich nicht der Basis, sondern der Parteizentrale verpflichtet sah. Der Delegierte monierte ferner den Ton des Referates, in dessen Verlauf die Kongressteilnehmer immer stärker infantilisiert worden seien: „Beim Referat des Genossen Köhler hatte man zuerst das Gefühl, dass er zu einer Mitgliederversammlung spricht, dann zu einer Schulentlassenversammlung und schließlich ging er mit fliegenden Fahnen zur Säuglingspflege über.“⁵¹ Ein Hamburger Delegierter äußerte seine Befürchtung, dass die bisherige freiwillige Unterordnung der KJ Freiräume eröffnet habe, die sie durch die Anbindung an die KPD verlieren würde. Er äußerte seine Vermutung, dass die Jugend zukünftig gezwungen sein werde, die Entscheidungen der Partei hinzunehmen.⁵² Ein weiterer Genosse aus Hannover sah die Gefahr, dass die Jugend zum „Büttel der Partei“⁵³ werden könnte, und sprach sich dafür aus, die Hilfe der Partei nur in dringenden Fällen in Anspruch zu nehmen. Sehr realistisch war ein anderer Delegierter, der hervorhob, dass ein offizieller Anschluss der Jugend an

⁴⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 42.

⁴⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 46.

⁵⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 42.

⁵¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 42 f.

⁵² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 42.

⁵³ Ebenda.

die Partei nur einen in der Praxis längst vollzogenen Schritt bestätigen würde. Die Konsequenzen eines solchen Schrittes schätzte er jedoch sehr optimistisch ein: „Wir haben schon längst unsere Selbständigkeit aufgegeben. Das beweist klipp und klar, daß es eine Phrase ist, wenn wir heute noch selbständig sein wollen. (...) Unser Einfluß auf die K.P. wird sich verstärken, weil wir jetzt erst in richtige Fühlung mit ihr kommen.“⁵⁴

Entgegen der kritischen Stimmen verabschiedeten die Kongressteilnehmer die „Resolution über das Verhältnis der KJD zur KPD“ und die Satzungen der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Die Resolution gab die Argumentation der Jugendzentrale wieder. Obgleich sie die Verdienste der Jugendlichen, die zusammen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen den Krieg und gegen die Politik der Sozialdemokratie kämpften, hervorhebt, wird kritisiert, dass die Jugend schon damals ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigt habe.⁵⁵ Die Jugend wird aufgefordert, anzuerkennen, dass die KPD die Führung der proletarischen Bewegung übernommen habe. Es sei nicht möglich, dass zwei Parteien, die sich nur durch das Alter ihrer Mitglieder voneinander unterschieden, nebeneinander existierten. Die Kraft müsse gebündelt und die kommunistische Bewegung zukünftig zu einer straff zentralistischen Partei zusammengefasst werden. Dabei sei es die Aufgabe der Parteijugend, die Masse der Jugendlichen zu sammeln und sie im Sinne des Kommunismus zu erziehen. Paragraph V setzte dem Widerstand der Jugend gegen den Anschluss an die KPD zumindest auf dem Papier ein Ende: „Die politische Leitung und Führung muß die KPD. haben, der sich die KJD. unterordnet. Indem sie Programm, Taktik und Direktiven der KPD. und KJ. als höchste Beschlüsse anerkennt, gibt sie ihre seitherige politische Selbständigkeit auf. Das bedeutet nicht die Aufgabe ihrer organisatorischen Selbständigkeit, die nach wie vor zur Erfassung und Schulung der Jugendlichen notwendig ist.“⁵⁶

Organisatorische Maßnahmen bekräftigten diese Willenserklärung. Auf allen Arbeitsebenen sollten zukünftig stimmberechtigte Vertretungen eingerichtet werden, so dass Partei und Jugend sich gegenseitig unterstützen könnten. Die Resolution verpflichtete die Jugendlichen, aktiv an sämtlichen Veranstaltungen der Partei teilzunehmen und ihren Nachwuchs an dieselbe abzugeben. Im Gegenzug sollte die Jugend finanziell und organisatorisch von der KPD unterstützt werden. Die erwachsenen Genossen verpflichteten sich dafür zu sorgen, dass ihre Kinder Mitglied des Jugendverbands wurden.⁵⁷ Jahnke beurteilte die Ergebnisse des 6. Reichskongresses, der die KJD auf nationaler Ebene der KPD und auf internationaler Ebe-

⁵⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/2, Bl. 44.

⁵⁵ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

⁵⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/2, Bl. 95.

ne der KJI unterstellte, wie folgt: „Mit diesem Beschluß sagte sich die KJD von den avantgardistischen Auffassungen los und regelte ihr Verhältnis zur KPD endgültig im marxistisch-leninistischen Sinne.“⁵⁸

Formal war die Entwicklung von der FSJ zur KJD mit dem 6. Reichskongress abgeschlossen. Im Juni 1925 wurde auf einer Reichsausschusssitzung eine weitere Namensänderung beschlossen. Die Parteijugend der KPD nannte sich von da an KJVD.⁵⁹ Die verbandsinternen Kontroversen waren mit dem 6. Reichskongress jedoch nicht beendet. Der Bericht an die KJI stellte fest, dass von den Bezirken Leipzig, Chemnitz und Hamburg der stärkste Widerstand gegen die Beschlüsse ausging. Bereits in diesem frühen Stadium der Verbandsgeschichte zeichnete sich die Praxis der späteren Ausschlussverfahren ab. In Leipzig wurde die Opposition vom Bezirksvorsitzenden angeführt. Dieser wurde von der Zentrale zugunsten einer neuen Bezirksleitung abgesetzt, „die völlig im Einvernehmen mit der Zentrale und den Beschlüssen des Kongresses arbeitet, so dass in Leipzig eine gesunde Entwicklungsmöglichkeit gegeben“ sei.⁶⁰ Komplizierter gestaltete sich dagegen die Lage in Chemnitz. Der Berichtersteller befürchtete dort syndikalistische Tendenzen. Selbst der Besuch eines ZK-Vertreters auf der Bezirkskonferenz habe nicht verhindern können, dass 85 der insgesamt 120 Delegierten gegen die Beschlüsse des 6. Reichskongresses gestimmt hätten. Auch die Wahl der neuen Bezirksleitung sei nicht nach den Vorstellungen der Zentrale verlaufen. Ganz im Gegenteil: Die zehn neu gewählten Funktionäre stünden „sämtlich konsequent gegen die Beschlüsse der Zentrale“,⁶¹ heißt es im Bericht. Der Verfasser räumte jedoch ein, dass sich die Chemnitzer KPD gegenüber den Jugendlichen undiplomatisch verhalten und immer wieder in deren Arbeit eingegriffen habe. Zur Wahrung der Einheitlichkeit habe sich die Bezirkskonferenz letztendlich doch den Beschlüssen des Reichskongresses gefügt. Dennoch seien in nächster Zeit in Chemnitz Abspaltungen zu befürchten. Der Bezirk müsse daher genau beobachtet werden und man müsse möglicherweise diejenigen, „die glauben, ihren Standpunkt nicht aufgeben zu können, aus der Organisation“ ausschließen.⁶² Die Situation in Hamburg wurde hingegen als weniger dramatisch eingeschätzt. Dort sei der Widerstand „mehr auf persönliche Opposition und kleinliche Dinge zurückzuführen“.⁶³ Da die Partei im Bezirk vorbildlich arbeite und der Ju-

⁵⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 96.

⁵⁸ Jahnke: Geschichte, S. 298.

⁵⁹ Ebenda: S. 351.

⁶⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 73.

⁶¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 74.

⁶² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 75.

⁶³ Ebenda.

gend hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten biete, könne man auf eine Änderung der Stimmung hoffen.

2.2. Satzungen

Die Satzungen des KJVD wurden bis Mitte der zwanziger Jahre kontinuierlich ausdifferenziert, was anhand von drei überlieferten Satzungen nachvollzogen werden kann. Die Partei übernahm in diesem Prozess die Funktion eines Katalysators. Sie trieb die Entwicklung voran und beeinflusste sie maßgeblich. Die Verbandskongresse des KJVD fanden in der Regel im Anschluss an die Parteitage statt. Auf ihnen wurden dann die von der Partei beschlossenen Änderungen der inneren und äußeren Organisationsstruktur nachvollzogen. Das Parteistatut der KPD und das Verbandsstatut des KJVD beruhten auf dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, das Lenin bereits 1920 in den 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale (Komintern) skizziert hatte: „Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Sozialismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitglieder, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet wird.“⁶⁴

Theoretisch schrieb der demokratische Zentralismus, auf dem sämtliche sozialistische Parteien basierten,⁶⁵ die Wahl aller Parteiorgane und deren Pflicht zur regelmäßigen Rechenschaftslegung vor. Auch implizierte die Struktur, dass die Beschlüsse der jeweils übergeordneten Organisation anerkannt werden mussten.

Die erste Satzung der KJD, die aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem 5. Reichskongress in Berlin im Dezember 1920 verabschiedet worden ist, war vergleichsweise wenig ausgearbeitet und gleicht einem Provisorium.⁶⁶ Eingangs heißt es pauschal, dass alle Jugendlichen und Jugendgruppen, die das Programm und die Satzungen anerkennen, Mitglied der KJD werden könnten (§1). Die Mitglieder waren in Ortsgruppen zusammengefasst (§ 2), daran schlossen sich die Unterbezirke und Bezirke an, deren höchste Instanz jeweils die Unterbezirks- bzw. die Bezirkskonferenz war. Der Verband war in 22 relativ selbständig arbeitende Bezirke unterteilt. Die Anstellung besoldeter Funktionäre in den Bezirken war vom Einverständnis der

⁶⁴ Zitiert nach: Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, S. 251.

⁶⁵ Vgl. Auszüge aus den Parteistatuten der KPdSU von 1961 bzw. der SED von 1963: Ebenda: S. 254.

⁶⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 11 f.

Reichszentrale abhängig (§ 3). Der halbjährlich tagende Reichskongress war die oberste beschließende Instanz. Seine Beschlüsse waren für alle Verbandsmitglieder bindend. Der Reichskongress setzte sich aus den Delegierten der Bezirke zusammen, die zuvor auf den Bezirkskonferenzen gewählt wurden. Die Bezirke stellten für jeweils 200 beitragszahlende Mitglieder einen Delegierten (§ 4). Die Delegierten des Reichskongresses wählten die neun Mitglieder der Reichszentrale, deren Aufgabe es war, den Verband politisch und organisatorisch zu leiten (§ 5). Weiterhin sah die Satzung zur Bearbeitung aktueller Fragen die vierteljährliche Zusammenkunft des Reichsausschusses vor, der sich aus den Mitgliedern der Zentrale und jeweils einem Bezirksvertreter zusammensetzte. Die Satzung gab den Ortsgruppen und den Bezirken das Recht, die Höhe des Mitgliedsbeitrages selbst zu bestimmen. Die Bezirksleitungen mussten für jedes Mitglied einen monatlichen Pflichtbeitrag an die Reichszentrale abführen (§ 7). Für Mitglieder war der Bezug des Verbandsorgans „Die Junge Garde“ obligatorisch (§ 8).

Im Vergleich dazu war die Satzung, die die Delegierten des 6. Reichskongresses verabschiedeten, der im September 1921 in Halle tagte, stärker ausdifferenziert.⁶⁷ Zehn Paragraphen hielten die wesentlichen Ergebnisse des Kongresses fest, auf dem im Übrigen der Anschluss des KJVD an die KPD beschlossen worden war. Als Sektion der Kommunistischen Jugendinternationale war der KJVD verpflichtet, seine Arbeit gemäß deren Richtlinien und Beschlüssen zu gestalten. Im nationalen Rahmen war der Verband der KPD unterstellt, die wiederum eine Sektion der KI war (§ 1). Theoretisch hätte diese Doppelverpflichtung im Fall politischer Differenzen zwischen der KJI und der KPD problematisch werden können. Die Unterordnung der KJI unter die KI gewährleistete jedoch die politische Homogenität, die zusätzlich durch die Verpflichtung zur Verbandsdisziplin abgesichert war. Die Satzung schrieb die gegenseitige stimmberechtigte Vertretung in allen Instanzen von Partei und Jugend vor. Der darauf folgende Paragraph widmet sich den Beitrittsbedingungen. Die Mitglieder mussten das Programm, die Satzung und die Beschlüsse des KJVD und der KJI anerkennen, ihre Beiträge regelmäßig zahlen und „Die Junge Garde“ beziehen. Eine wichtige Änderung, die die Arbeitsatmosphäre maßgeblich prägen sollte, stellte die Bestimmung dar, diejenigen auszuschließen, die gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Bewegung handelten bzw. deren Beschlüsse nicht umsetzten und gegen die Verbandsdisziplin verstießen. Ferner wurde die Zentrale dazu befugt, disziplinarische Maßnahmen zu verhängen, gegen die der Reichsausschuss Berufung eingelegt werden konnte (§ 2). Die Satzung bestätigte die Ortsgruppen als Organisationsform,

wenngleich bereits eine Zusammenfassung der Mitglieder in Fabrik- und Betriebszellen vorgesehen war. Die Mitglieder wählten den Ortsgruppenvorstand, der die Organisations-, Propaganda- und Bildungsarbeit leitete und für die Ausbildung der Funktionäre zuständig war (§ 3). Die Zahl der Bezirke wurde auf 28 erhöht. Auf den Bezirkskonferenzen wählten die Ortsgruppen und die Unterbezirke die Bezirksleitung, die der Zentrale unterstand und von dieser bestätigt werden musste (§ 4). Diese Satzungsänderung baute die Machtbefugnisse der Zentrale maßgeblich aus. Der Reichskongress wurde als höchste beschlussfähige Instanz bestätigt. Auch die Bestimmungen zum Vertretungsverhältnis waren weiterhin gültig (§ 5). Die Delegierten des Reichskongresses wählten die Mitglieder der Reichszentrale, deren Aufgaben im Unterschied zu der vorhergehenden Satzung näher erläutert wurden. Die Zuständigkeit der Reichszentrale umfasste die politische und organisatorische Leitung des Verbandes. Die gleichberechtigten Mitglieder der Reichszentrale erledigten die anstehenden Aufgaben arbeitsteilig. Sie entschieden über die Anstellung der Funktionäre (§6). Die Satzung legte die Zusammensetzung des vierteljährlich zusammenkommenden Reichsausschusses fest. Eingeladen waren die Mitglieder der Zentrale und die Bezirksdelegierten. Bezirke mit bis zu 1.000 Mitgliedern durften jeweils einen von der Bezirksleitung bestimmten Delegierten stellen, für jeweils weitere 1.500 Mitglieder konnte ein weiterer, vom Bezirksausschuss zu wählender, Vertreter am Reichsausschuss teilnehmen (§ 7). Zur Überprüfung der Kassenführung wurde eine fünfköpfige, auf dem Reichskongress zu wählende, Revisionskommission eingesetzt (§ 8). Neu war auch der Paragraph, der „Die Junge Garde“ zum Mitgliederorgan und die Zeitung „Die Arbeit“ zum Organ der Funktionäre bestimmte. Die Jugendbeilagen in den Bezirksorganen der Partei sollten von den Jugendbezirksleitungen in Absprache mit den Redaktionen der Parteizeitungen verfasst werden. Alle weiteren öffentlichen Verlautbarungen unterstanden der Kontrolle der Zentrale (§ 10).

Der 10. Parteitag der KPD verabschiedete ein neues Statut, das sich an einer entsprechenden Mustervorlage der KI orientierte und bis zum Ende der Weimarer Republik gültig war.⁶⁷ Im Anschluss daran erhielt auch der KJVD auf dem 9. Reichskongress, der vom 15. bis zum 18. Oktober 1925 in Halle tagte, sein endgültiges Statut. Die Satzung von 1925 gilt als erstes „bolschewistisches Statut“, das die leninistischen Organisationsprinzipien vollständig reali-

⁶⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 166 f.

⁶⁸ Vgl. Eumann Ulrich: „Eiserne Kohorte der Revolution“? Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Manuskript, Köln 2003, hier: Kapitel 3.2.1.5 „Die Parteistruktur des Demokratischen Zentralismus“ und Weber: Wandlung, Bd. 1, hier die Diskussion des KPD Statuts von 1925, S. 258 ff.

sierte.⁶⁹ Das Organisationsstatut war entsprechend ausdifferenziert und regelte in 12 Abschnitten und 47 Paragraphen detailliert den Verbandsaufbau und die Arbeitsstrukturen.⁷⁰ Am Anfang formulierte der KJVD seinen Anspruch, alleiniger Vertreter der Arbeiterjugend zu sein. Seinem Selbstverständnis nach war er die „einzige Arbeiterjugendorganisation, die die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der arbeitenden Jugend in Stadt und Land“ vertrat. Sein erklärtes Ziel war es, die gesamte arbeitende Jugend für die Ziele des Kommunismus zu gewinnen (§ 2). Erstmals bestimmte die Satzung das Alter der im Verband organisierten Jugendlichen. Demnach konnten Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren Mitglied werden (§ 4). Neu war ein Zusatz, der die Mitglieder zur aktiven Mitarbeit im Verband verpflichtete, was vermutlich aus der Erfahrung resultierte, dass die Verbandsarbeit im wesentlichen von den Funktionären getragen wurde (§ 5). Ergänzt wurden auch die Paragraphen, die die Neuaufnahmen regelten, deren Zugehörigkeit nun jeweils durch die nächst höhere Instanz bestätigt werden musste. Der Übertritt geschlossener Gruppen setzte die Genehmigung durch die Bezirksleitung bzw. das Zentralkomitee voraus (§ 6 und § 7). Damit war eine Kontrolle „von oben“ gewährleistet sowie die soziale und politische Homogenität der Neuzugänge sichergestellt. Der dritte Abschnitt widmete sich dem Verbandsaufbau, der nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus geregelt war. Auf allen Verbandsebenen sollte die Leitung von den Mitgliedern gewählt werden. Diese war prinzipiell zu einem periodischen Zwischenbericht verpflichtet. Festgeschrieben wurde ferner die „bindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Instanzen durch die unteren, strikte Durchführung derselben und strenge Verbandsdisziplin.“ Sämtliche Fragen des Verbandslebens sollten von den Mitgliedern diskutiert werden. Nach der Beschlussfassung waren die Vereinbarungen laut Organisationsstatut bedingungslos durchzuführen (§ 9). Eine wesentliche Änderung im Vergleich zu den vorherigen Statuten betraf den Verbandsaufbau. Demnach waren nicht länger die Ortsgruppen die zentrale Organisationsform, sondern die Betriebszellen (§ 13 und § 15-17). Der Politische Leiter war auf den jeweiligen Verbandsebenen für die einheitliche Führung und Koordination der anstehenden Arbeiten zuständig (§ 14).

Ferner wurden die Formalitäten, die den Verbandskongress betrafen, weiter ausdifferenziert. Das Zentralkomitee konnte von nun an die Verbandskongresse nur noch mit Einverständnis des Exekutiv-Komitees der KJI einberufen (§ 32). Damit wuchs der Einfluss der KJI auf die deutsche Sektion. Diese Bestimmung war insbesondere im Fall von innerverbandlichen Auseinandersetzungen relevant. Die KJI konnte die Verbandskongresse jeweils dann einberufen,

⁶⁹ Ebenda, S. 257.

⁷⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/54, Bl. 27-32.

wenn das Kräfteverhältnis der Fraktionen ihren Vorstellungen entsprach und alles darauf hindeutete, dass die Abstimmungen in ihrem Sinn ausfallen würden. Zu den Aufgaben des Verbandskongresses zählten: Die Entgegennahme des Berichts des Zentralkomitees und der Revisionskommission, die Entscheidung über Programmfragen und über das Organisationsstatut, Stellungnahmen zu allen politischen, taktischen und organisatorischen Fragen des Verbandes und deren Beschlussfassung, die Wahl des Zentralkomitees und der Revisionskommission sowie der Delegierten, die den Verband auf dem Weltkongress der KJI oder auf den Parteitag vertreten (§ 34). Das Organisationsstatut benannte erstmalig auch die Aufgaben des Zentralkomitees (ZK), das vom Reichskongress gewählt wurde und zwischen den Verbandskongressen das wichtigste Entscheidungsorgan des KJVD war (§ 37). Das Zentralkomitee musste alle drei Monate eine Plenarzentrale-Sitzung abhalten, an der die Kandidaten des ZK mit beratender Stimme teilnahmen (§ 40). Das Zentralkomitee wählte ein Büro, das die Geschäfte des Verbandes von Berlin aus leitete (§ 40). Die Mitglieder des Zentralkomitees gaben „Die Junge Garde“ sowie das Funktionärsorgan „Der Junge Bolschewik“ (vormals „Die Arbeit“) heraus (§ 42).

Mit der Verbandsdisziplin setzten sich insgesamt sieben Paragraphen auseinander – ein Novum gegenüber früheren Statuten. So heißt es u.a.: „§ 47. Die strengste Verbandsdisziplin ist die höchste Pflicht aller Verbandsmitglieder und Verbandsorganisationen. Die Beschlüsse der Kommunistischen Jugendinternationale, des Verbandskongresses, des Zentralkomitees sowie überhaupt aller Instanzen müssen strikt und genau durchgeführt werden. § 48. Nach der Beschlußfassung sind die Beschlüsse durchzuführen, auch bei Nichteinverständnis mit denselben und die Disziplin ist gerade dann die vornehmste Pflicht jedes Mitglieds.“⁷¹ Als Sanktionen waren die öffentliche Rüge, die zeitweilige Enthebung von der Funktion sowie der befristete oder endgültige Ausschluss aus dem Verband vorgesehen (§ 49). Letzteres konnte die jeweils übergeordnete Instanz aussprechen (§ 52). Die Zentrale war befugt selbständig und ohne Absprache disziplinarische Maßnahmen zu treffen (§ 51).

Die von der KPD an den Jugendverband herangetragene Aufgabe, den Nachwuchs zu schulen und leitende Kader auszubilden, war in keiner Satzung erwähnt. Gleiches gilt für die Bestimmung, dass die über 20-Jährigen Mitglied in Partei⁷² und Gewerkschaft sein sollten.⁷³

⁷¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 32.

⁷² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 314.

⁷³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 157 und Bl. 338.

Sämtliche Satzungsänderungen des KJVD erfolgten nach modifizierten Parteistatuten. Innerhalb der beschriebenen Entwicklung übernahmen Partei und Jugend sukzessive die leninistischen Organisationsprinzipien.⁷⁴

Die politische Praxis von Vereinen, Verbänden oder Parteien geht jedoch nie vollständig in deren Satzungen auf, da sie lediglich Soll-Formen darstellen. Hermann Webers Untersuchung zeigt, wie im Zuge des Ausbaus des Parteiapparates Abstimmungen und Wahlen in der KPD zunehmend verdrängt wurden und die Parteiführung mit Hilfe eines besoldeten Funktionärapparates mehr und mehr in die Lage versetzt wurde, die wichtigsten politischen und personellen Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Setzte sich die Zentrale der KPD 1924 noch aus Mitgliedern, die unterschiedlichen Fraktionen angehörten, zusammen, so bestimmte der Parteitag von 1929 ein homogenes ZK, das lediglich Akklamationsorgan der Führung war.⁷⁵ Weiterhin weist Weber nach, wie die deutsche Parteiführung und der Parteiapparat nicht zuletzt aus finanziellen Gründen immer stärker in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) und der KPdSU gerieten.⁷⁶

Anhand der Praxis der Ämterbesetzung und der nicht vollzogenen Umstellung des Verbandes auf die Betriebszellen kann im Folgenden gezeigt werden, dass auch die Praxis des KJVD vom Organisationsstatut maßgeblich abwich. So deutet die Postenvergabe darauf hin, dass Ämter nicht, wie im Organisationsstatut vorgesehen, durch Wahlen besetzt wurden, vielmehr zeigt sich, dass ZK-Mitglieder oder andere leitende Funktionäre von der Parteizentrale oder der Jugendzentrale berufen und ihre Wahl anschließend nur formal bestätigt wurde. Ernst Thälmann ernannte beispielsweise auf der Bürositzung der Berliner Zentrale im Oktober 1932 die Jugendfunktionäre Grosse, Jungmann, Becker, Adolf und Walter zu ZK-Mitgliedern.⁷⁷ Auch der Bericht über eine Berliner Ortsgruppe beweist, dass dort die Besetzung der Ämter im September 1926 per Akklamation erfolgte: „Auf Vorschlag von Jonny wurden nun die Funktionäre festgelegt und zwar Polleiter Kurt Fröbisch, Orgleiter Kurt Randolf, Wumba Fritz Stenzel, Kasse Grete Berndt, Techniker Rudolf Bamberg, Strategie Kurt Spannenberg, Gegner Jonny.“⁷⁸

⁷⁴ Vgl. Eumann: Kohorte, besonders Kap. 3.2.1.: „Die Entwicklung der formalen Parteistruktur“ und Weber: Wandlung, Bd. 1, hier den Abschnitt „Demokratischer Zentralismus“, S. 251 ff.

⁷⁵ Weber: Wandlung, Bd. 1, S. 262.

⁷⁶ Ebenda: S. 300 ff.

⁷⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/39, Bl. 190. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

⁷⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/72, Bl. 222. Es konnten keine biographischen Daten ermittelt werden.

In einem anderen Fall bat ein Danziger Genosse die Zentrale darum, das Politische Büro, dessen Mitglieder sich selbst zuvor berufen hatten, zu bestätigen.⁷⁹

Auch die nie vollzogene Umstellung des Verbandes auf Betriebszellen beweist, dass die im Organisationsstatut festgelegte Struktur und die darin festgeschriebenen Arbeitsmodalitäten in der Praxis nur bedingt verankert waren. Offiziell stand die Betriebszelle im Mittelpunkt der Verbandsarbeit, praktisch realisierten weder Partei noch Jugend den Beschluss. Bis zum Ende der Weimarer Republik blieb die Ortsgruppe die prägende Organisationsform, obwohl der Verband offiziell seit 1923 peu á peu die Beschlüsse der KJI und des 10. Reichskongresses umsetzte und die Straßenzellen und Ortsgruppen zugunsten von Betriebszellen auflöste. Die Umstellung resultierte aus der Überzeugung, dass der Arbeitsplatz Ausgangspunkt der politischen Arbeit war und reflektierte die Erfahrung der Illegalität, bei der die Ortsgruppen besonders gefährdet waren. Die Zentrale ermahnte die Bezirke immer wieder, „ohne Verzug mit der Schaffung von Zellen und der Reorganisierung des Verbandes zu beginnen“ und „sich mit noch größerer Kraft und Aufmerksamkeit der Zellenarbeit zuzuwenden“.⁸⁰

Mallmann und Weber beschreiben die immer wieder diskutierte und dennoch nie in einem nennenswertem Umfang vollzogene Umstellung der KPD auf Betriebszellen als ein einziges Debakel.⁸¹ Nicht anders verhielt es sich im KJVD. Auch hier konnte die Zentrale die geplante Neuordnung nie durchsetzen. Die Bezirke berichteten, „daß die Genossen, trotz der Betriebszellen, noch genau so zusammenkamen, wie in den Wohnortgruppen.“⁸² Karl Grunert, der als Mitglied des ZK im Juli 1925 Thüringen bereiste, meldete der Zentrale, dass die Ortsgruppen, die an die Betriebszellen angebunden worden waren, diese letztendlich „geschluckt“ hätten: „Praktisch haben sich die Ortsgruppen einfach wieder zurückorganisiert. Dadurch ist eine gewisse Antipathie gegen Betriebszellen entstanden.“⁸³ Inwiefern die Umstellung an der Resistenz der Basis scheiterte oder von vornherein wirklichkeitsfern war, muss offen bleiben. Häufig scheiterte die Umstellung an der unzureichenden Verankerung des KJVD in den Betrieben, vielleicht auch am Widerwillen der Jugendlichen, die bewährten Organisationsformen, die sich vielfach aus der Nachbarschaft oder aus Freundschaftskreisen speisten, zu verlassen. Einige Funktionäre zeigten Zivilcourage, wie beispielsweise ein Parteivertreter auf der Sitzung der Bezirksleitung des KJVD 1925 in Düsseldorf. Er kritisierte den Beschluss, von

⁷⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl.69.

⁸⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 59.

⁸¹ Vgl. Mallmann: *Kommunisten*, Kap. 6.1., S. 306 ff. und Weber: *Wandlung*, Bd. 1, besonders das Kapitel „Der Organisationsaufbau in der Praxis“, S. 260 ff.

⁸² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 3.

⁸³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 135.

dem er vermutete, dass er zur Auflösung des gesamten Unterbezirks führen könne: „Die Lage im Unterbezirk ist einfach katastrophal. Ich verstehe nicht, wie man mit dem Mitgliederstand eine Umstellung vornehmen konnte. Ich würde selbst auf die Gefahr hin, vollkommen beseitigt zu werden, es ablehnen, im Unterbezirk Düsseldorf mit 200 Mitgliedern eine Umstellung vorzunehmen, die in Wirklichkeit keine Umstellung ist. Man hat nur den Namen geändert.“⁸⁴

⁸⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 108.

2.3. Arbeitsstrukturen

Im Februar 1931 konstatierte der Berliner Polizeipräsident, der KJVD habe im Wesentlichen die Organisationsstruktur und auch das interne Vereinsleben der KPD übernommen.⁸⁵

Diese Beobachtung war zutreffend. Genau wie die Mutterpartei war der Jugendverband in verschiedene Verwaltungsbezirke aufgeteilt, die von der Berliner Zentrale angeleitet wurden und deren Topographie sich während der Weimarer Republik mehrfach änderte.⁸⁶ Im Großen und Ganzen ist davon auszugehen, dass der KJVD die Aufteilung der Bezirke von der KPD übernahm, nicht zuletzt um die „Infrastruktur“ und die Ressourcen der Partei nutzen zu können. Die Bezirke waren unterschiedlich groß, was für die interne Kommunikation von maßgeblicher Bedeutung war. Zudem wiesen sie hinsichtlich der Zahl der von ihnen zu verwaltenden Mitglieder erhebliche Unterschiede auf.

Auch die internen Hierarchien des KJVD entsprachen denen der KPD. An der Spitze der pyramidenförmigen Organisationsstruktur stand der Verbandskongress, von dem das Zentralkomitee gewählt wurde. Auf dessen Grund standen die Straßen- und die Betriebszellen bzw. in ländlichen Regionen die Guts- und Dorfzellen,⁸⁷ die ihre jeweiligen Leitungsgremien wählten. Interne Organisationsdiagramme modifizierten die Verbandsstrukturen sowie die Arbeitsaufgaben auf den verschiedenen Verbandsebenen.⁸⁸

Im Zuge der Zentralisierung gewann die Partei- und Jugendverbandsführung ein immer stärkeres Gewicht, während die Basis an Einfluss verlor. Die Abschaffung des Zentralaus-

⁸⁵ BArch, R 1501/122 Bd. 4a, Bl. 260.

⁸⁶ Leider enthalten die Verbandsakten keine Anweisungen oder Beschlüsse, die diese Reformen dokumentieren. Teilweise findet man aber Informationen über die Fusion einzelner Bezirke. Allerdings sind die bürokratischen Initiativen auch oft im Sande verlaufen. So schlug die KPD dem Jugendverband im August 1924 vor, die Bezirke Saargebiet und Pfalz zusammenzulegen. Obwohl die KJVD den Vorschlag begrüßte, wurde er aber offensichtlich nicht umgesetzt. Der Bezirk Pfalz wurde nämlich weiterhin in der Statistik geführt. Zwischen September 1921 und Sommer 1922 müssen die Bezirke jedoch neu formiert worden sein. Dies belegen statistische Angaben zur Bezirksstärke vom August 1922. Die Aufstellung teilt den Bezirk Rheinland-Westfalen in Rheinland-Nord und Rheinland-Süd auf. Der Bezirk Rheinland-Westfalen Nord wurde nach Eumann zwischen Herbst 1923 und März 1924 in Ruhrgebiet umbenannt. Der Bezirk Lausitz wird nur in der Statistik vom August 1922 erwähnt. Hier bringt Eumann etwas Licht in die undurchsichtige Geschichte der Bezirkseinteilung: Danach hat die KPD die Lausitz im April 1924 dem Bezirk Berlin-Brandenburg zugeschlagen. Es ist davon auszugehen, dass die Zusammenlegung vom KJVD akzeptiert wurde. Der Vergleich der Bezirkseinteilung vom August 1922 mit den vorliegenden Angaben vom Oktober 1925 zeigt wiederum, dass der Bezirk Chemnitz vermutlich im Bezirk Erzgebirge-Vogtland aufgegangen ist. Außerdem wurden 1929 die Bezirke Ostsachsen, Erzgebirge-Vogland und Westsachsen zum Bezirk Sachsen zusammengefasst. Danach hatte der KJVD nur noch 25 Bezirke, d.h. drei weniger als die KPD. SAPMO-BArch., Ry 1/I2/3/177, Bl. 27; SAPMO-BArch., Ry 1/I4/1/15, Bl. 9; Eumann: Kohorte, hier besonders Kap. 2.2. Vgl. dazu auch im Anhang: Tabelle 2: Mitgliederentwicklung des KJVD und Tabelle 3: Mitgliederentwicklung in den Bezirken.

⁸⁷ Die so genannten Guts- und die Dorfzellen waren relativ bedeutungslos, da die Mehrheit der Mitglieder des KJVD in den industriellen Zentren des Reiches lebte. Vgl. Kap. 3.1. zur Mitgliederentwicklung des KJVD.

ses, den die Bezirke auf den Reichskongressen zur Kontrolle der Zentrale wählten, führte dazu, dass das Zentralkomitee zum alleinigen Führungsorgan wurde. Die siebzehn Mitglieder des Zentralkomitees⁸⁹ lenkten die Geschäfte des KJVD von Berlin aus. Sie waren für einzelne Ressorts wie z.B. Gegner, Finanzen, Gewerkschaften, Agitation- und Propaganda zuständig. Zu den Aufgaben des Zentralkomitees zählte die Koordination der Arbeit der Gremien, die Anleitung, Unterstützung und Kontrolle der Bezirke und die Herausgabe der Verbandszeitung, des Funktionärsorgans und der Druckschriften. Weiterhin war das ZK für die Verwaltung der Finanzen, die Kooperation mit der KJI und der KPD sowie für die Vertretung der Verbandsinteressen in der Öffentlichkeit zuständig. Innerhalb des Zentralkomitees gehörten das Politische Büro, „Polbüro“ genannt, das „Orgbüro“, das für alle organisatorischen Fragen zuständig war, sowie das Sekretariat zu den führenden Gremien. 1926 wurde das „Orgbüro“, dessen Aufgaben sich zum Teil mit denen des „Polbüros“ überschneiden, aufgelöst. Damit wurde das Sekretariat, dem drei bis vier Jugendliche angehörten, die in der Regel zugleich Mitglieder des „Polbüros“ waren, zur wichtigsten Instanz. Die Aufgabe des Sekretariats war es, die Arbeit der einzelnen Abteilungen zu koordinieren, die Kommunikation mit den Bezirken zu gewährleisten und die Beschlüsse des „Polbüros“ umzusetzen.⁹⁰ Zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen, aber sicher auch zur Kontrolle der deutschen Sektion, stellte die KJI dem KJVD zeitweilig Genossen für die Mitarbeit zur Verfügung. So arbeitete beispielsweise der Russe Raffael Chitarow ab November 1921 unter dem Decknamen „Rudolf“ im KJVD. Nach Beendigung seiner Tätigkeit wurde er im Mai 1925 auf dem Reichsausschuss in Magdeburg zum Ehrenmitglied des KJVD ernannt,⁹¹ später leitete er die KJI.⁹²

Außerhalb der Kongresse, Konferenzen und Tagungen leitete das Zentralkomitee die Arbeit der einzelnen Bezirke schriftlich an. Dies geschah mittels Korrespondenz mit den Bezirken, in Form von Rundbriefen, durch „Die Junge Garde“ oder die Herausgabe von Broschüren und von anderen Materialien. Auch hier orientierte sich der KJVD an der KPD, deren Arbeitswei-

⁸⁸ Vgl. Schemata zum Verbandsaufbau SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/55, Bl. 39 und Bl. 209.

⁸⁹ Die Verbandsführung des KJVD hieß analog zur derjenigen der KPD „Zentrale“ und ab 1925 „Zentralkomitee“. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich im Jahr 1923 von neun auf siebzehn. Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/3 Bl. 139.

⁹⁰ Weber: Wandlung, Bd. 1, S. 262.

⁹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/17, Bl. 120.

⁹² Vgl. Döke, Wolfgang: Zur brüderlichen Zusammenarbeit des Leninschen Komsomol mit dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei der Erziehung der Jugend im Geist des Marxismus-Leninismus (1924 bis 1928), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität-Rostock 25 (1976), S. 677-686.

se er kopierte.⁹³ Die regelmäßigen Rundschreiben der Zentrale widmeten sich gleichermaßen politischen wie organisatorischen Fragen. Als Instrumentarium der internen Kommunikation gewährleisteten sie theoretisch den Nachrichtenfluss von der Zentrale zu den Bezirken sowie einen einheitlichen Informationsstand. Die Rundschreiben informierten über die Planung der Verbandsarbeit. Zur einheitlichen Durchführung von Kampagnen, Jugendtagen oder Ähnlichem enthielten sie genaue Arbeits- und Zeitpläne. Sie waren zugleich ein interner Stellenmarkt. Des Weiteren wurde in ihnen vor Spitzeln gewarnt. Auch wurden darin Steckbriefe der Jugendlichen veröffentlicht, die Verbandsgelder unterschlagen hatten. Besondere Bedeutung kam den so genannten „Politischen Rundschreiben“ zu, die Stellung zur aktuellen politischen Lage bezogen und über die Diskussionen in der Partei und im Jugendverband informierten. Zusammen mit der Verbandspresse und dem Funktionärsorgan zielten sie darauf ab, die Basis auf die politische Linie des Zentralkomitees einzuschwören und ein einheitliches und geschlossenes Auftreten des Verbandes in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Das Zentralkomitee, aber auch die jeweiligen Bezirksleitungen, waren darum bemüht, die Arbeit der Basis zu systematisieren. Zum Teil hatten die Rundschreiben den Charakter von Gebrauchsanweisungen. Beispielsweise erklärte die zuständige Bezirksleitung im September 1923 den Genossen in der Lausitz Schritt für Schritt, wie diese einen Unterbezirk aufbauen sollten. Zunächst rieten sie dazu, sich mit der Geographie des Bezirks und der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung vertraut zu machen. Sämtliche Daten sollten zusammengetragen, in Statistiken erfasst und anschließend ausgewertet werden. Der zuständige Funktionär „Gregor“ belehrte seine Genossen: „Genossen! Vorbedingung jeder systematischen Organisations- und politischen Arbeit unter der Jugend Eures Gebiets ist genaues [sic] Kenntnis derselben.“⁹⁴ Die Jugendfunktionäre sollten deshalb sämtliche Gruppen des Unterbezirks besuchen und mit ihnen die „organisatorische Lage“ besprechen. Die Anleitung durfte keineswegs „theoretisch abstrakt“ sein, sondern sollte sich an den Gegebenheiten vor Ort orientieren: „Am vorteilhaftesten ist, wenn Ihr den Genossen zur Hand geht und ihnen an praktischen Beispielen zeigt wie man nicht und wie man arbeiten muß.“⁹⁵ Ob es der Zentrale von Berlin aus tatsächlich gelang, die Arbeit der Bezirke effizient anzuleiten, ist schwer einzuschätzen. Die neueren Forschungen zur KPD haben mit der Vorstellung, dass die Basis die Anweisungen der Zentrale prompt

⁹³ Vgl. Flechtheim: Die KPD, Kapitel „Zur Ideologie und Soziologie der KPD“, S. 229-268; Weber: Wandlung, besonders „Die Struktur der KPD“, Bd. 2, S. 249-351; Mallmann: Kommunisten, hier die Kapitel „Die professionelle Avantgarde: Führungspersonal und Leitungsmethoden“, S. 142-154 sowie der Abschnitt „Die relative Autonomie der Basis: Modalitäten des Parteilaltages“, S. 154-164.

⁹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 2.

⁹⁵ Ebenda.

umsetzte und quasi „per Knopfdruck“ funktionierte, gründlich aufgeräumt.⁹⁶ Angesichts der häufig überzogenen Ansprüche der Zentrale an den KJVD und der dünnen Personaldecke in den Bezirken sowie der Arbeitsüberlastung der meist schlecht ausgebildeten Jugendfunktionäre ist davon auszugehen, dass die Basis kaum in der Lage war, die zum Teil ausufernden Arbeitsanweisungen aus Berlin umzusetzen. Zur Beobachtung gegnerischer Jugendgruppen, aber auch zur Kontrolle der eigenen Mitglieder, plante die Zentrale beispielsweise 1924, einen Nachrichtendienst aufzubauen. Das entsprechende Rundschreiben enthielt in der Anlage detaillierte Anweisungen dazu. Ausführlich wurde darin erläutert, wie der Nachrichtendienst aufzubauen sei, welche Aufgaben er habe und nach welchen Kriterien die Genossen auszusuchen seien, die darin eingesetzt werden sollten. Die Liste der zu beobachtenden Organisationen, die von parteipolitischen Jugendorganisationen über religiöse Jugendgruppen bis zu Sport- und Kulturvereinen reichte, war so umfangreich, dass das Rundschreiben wahrscheinlich – wie andere Anweisungen auch – direkt in den Papierkorb gewandert sein dürfte. Dies jedoch als Widerstand der Basis gegen die „Anweisung von oben“ zu werten, wäre angesichts der Arbeitsbelastung der Funktionäre wohl übertrieben.⁹⁷

Die Basis kritisierte häufig, dass die Vorstellungen der Zentrale wirklichkeitsfremd und die von ihr zur Verfügung gestellten Materialien zu wenig auf die tatsächlichen Bedürfnisse vor Ort ausgerichtet seien. Auf den Verbandskongressen beschwerten sich die Jugendlichen zudem immer wieder über die nachlässige Arbeit der Berliner Zentrale. Das Verschleppen wichtiger Anfragen wurde moniert ebenso wie die verspätete Zusendung von Materialien, die augenscheinlich bei ihrem Eintreffen in den Bezirken bereits wieder überholt waren. Die Jugendfunktionäre des Bezirks Pommern ergriffen auf einer Bezirkskonferenz die Gelegenheit zur Kritik. Die Zentrale würde zu wenig auf die geographischen und sozialen Besonderheiten der ländlichen Bezirke eingehen und sie systematisch vernachlässigen. Die Jugendgenossen forderten daher Flugblätter, Rededispositionen und Druckschriften, die konkret auf die Bedürfnisse der Landarbeiter zugeschnitten sein sollten.⁹⁸ Der Eindruck, dass sich die Zentrale zu wenig auf ihre Adressaten bezog, bestätigten die von ihr herausgegebenen Rededispositionen, die vor allem die aktuellen parteitaktischen Diskussionen wiedergaben. Die Funktionäre sollten sie als Gerüst für ihre Vorträge verwenden und sie mit aktuellen Beispielen aus der Arbeit des Bezirks anreichern. Dass dies in der Regel aus Zeitmangel oder aufgrund intellektueller Überforderung der Redner nicht geschah und die Rededispositionen unverändert vor-

⁹⁶ Vgl. Mallmann: Kommunisten.

⁹⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/67, Bl. 42-52.

⁹⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/73, Bl. 67.

getragen wurden, belegen zahlreiche Beispiele. Die schematisch ablaufenden Reden brachte dem KJVD besonders bei sozialdemokratischen Jugendlichen den Ruf ein, ein „langweiliger Haufen“ zu sein: „Wegen des parteichinesischen Idioms waren ihre politischen Vorträge wenig geeignet, Jugendliche anzulocken.“⁹⁹

Während die Verbandsführung die Bezirke mit Informationen, Anweisungen, Plänen etc. nahezu überschwemmte, kamen diese umgekehrt ihrer Verpflichtung, die Zentrale über die von ihnen durchgeführten Veranstaltungen, die Zahl ihrer Mitglieder oder die Stimmung im Bezirk auf dem Laufenden zu halten, nicht nach. Die mangelhafte Berichterstattung der Bezirke war ein permanenter Konfliktherd zwischen Zentrale und Bezirksleitungen. In den wenigen überlieferten Rechenschaftsberichten schildern die Bezirke ihre Arbeit in der Regel sehr positiv.¹⁰⁰ Wegen der unzureichenden und beschönigenden Berichterstattung lief die Zentrale häufig Gefahr, den Anschluss an die Basis zu verlieren. Eine wichtige Kontaktmöglichkeit außerhalb der Reichskongresse stellten daher die Besuche der Berliner Instrukteure dar. Sie hatten die Aufgabe, die Arbeit in den Bezirken zu kontrollieren, Organisationsberatungen durchzuführen und Gespräche mit den leitenden Genossen zu führen.¹⁰¹ Aufgrund ihrer Berichte konnte die Zentrale die ohnehin spärliche Berichterstattung der Bezirke überprüfen und einen unmittelbaren Eindruck von der Lage vor Ort gewinnen. Die Berichte der Instrukteure sind in zweierlei Hinsicht von Interesse: Zum einen gewähren sie einen Einblick in die Arbeit der Bezirke, zum anderen lassen sie Rückschlüsse auf das Selbstverständnis der Instrukteure zu. Im September 1932 informierte der Instrukteur mit dem Decknamen „Helmuth“ die Berliner Genossen ausführlich über seinen Aufenthalt im Bezirk Bayern. Dort wurde der Jugendtag vorbereitet. Bei seiner Ankunft hatte er feststellen müssen, dass der Stand der Vorbereitung schlecht war: Selbst die Arbeiten, „die von den Genossen noch einigermaßen gern und selbstinitiativ gemacht werden, wie malen und kleben“,¹⁰² seien nicht ausgeführt worden. Er habe daraufhin eine Sitzung der Politischen Leiter des Bezirks einberufen und an diese Eilanweisungen erteilt, so dass der Jugendtag wider Erwarten ein Erfolg geworden sei. In seinem Bericht beurteilt „Helmuth“ auch die Kompetenz und das Engagement der bayerischen Funktionäre. Die Arbeit des Politischen Leiters des Bezirks charakterisiert er als unsystema-

⁹⁹ Warnke, Helmuth: Der verratene Traum. Langenhorn. Das kurze Leben einer Hamburger Arbeitersiedlung, Hamburg 1983, S. 83, zitiert nach: Mallmann: Kommunisten, S. 189.

¹⁰⁰ Als Beispiel: Rechenschaftsbericht des Bezirks Schlesien vom 23.7.1923 und des Bezirks Berlin vom 27.1.1931. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 78 und Ry 1/I4/1/63, Bl. 335-337.

¹⁰¹ Vgl. den Tätigkeitsbericht des Instrukteurs, der im Juli 1923 den Bezirk Schlesien zu bearbeitet hatte. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 78.

¹⁰² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 12.

tisch und den Führungsstil als indifferent. „Kurt“ sei leicht zu beeinflussen und trete nicht energisch genug auf. Ferner würde er seine Arbeit auf die Korrespondenz und auf das Erteilen allgemeiner Anweisungen beschränken. Damit stellte der Berliner Instrukteur dem wichtigsten Funktionär des Bezirks Bayern ein Armutszugnis aus. Anerkennend äußert er sich lediglich über den Genossen „Konrad“, den er als aktiv und entwicklungsfähig beschreibt. Alle weiteren Funktionäre seien „durchschnittlich“. Die negative Beurteilung über die südbayerischen Genossen war kein Ausnahmefall. Im Gegenteil: Die Instrukteure äußern sich mehrheitlich abschätzig über die Basis, die sie allgemein als schlecht organisiert, träge und inkompetent beschreiben.¹⁰³ Im Gegenzug dazu inszenieren sie sich als Männer, die mit aufgekrempeelten Ärmeln durchgreifen: „In Leer haben wir zu heute eine Verbandsarbeitersitzung festgelegt, auf der wir höchst wahrscheinlich gründlich aufräumen werden, die meisten Genossen sind hier stinkend faul.“¹⁰⁴ Ihr Misstrauen war in der Regel so groß, dass sie die Arbeit der Genossen kontrollierten und bereit waren, eine größere Arbeitsbelastung in Kauf zu nehmen: „Es wurde festgelegt, nach Plauen, Zwickau, Zoschau und Flöha noch einmal einen Genossen zur Kontrolle zu schicken, damit die besprochenen Arbeiten auch durchgeführt werden.“¹⁰⁵ Die von „Helmuth“ abschließende Einschätzung, dass die Arbeit im Bezirk nur dann positiv verlaufe, „solange ein Instrukteur da ist. (...) Sobald er aber wieder weggeht, geht’s im alten Trott weiter“¹⁰⁶ dürfte trotz des darin enthaltenen Eigenlobs im Großen und Ganzen der Realität entsprochen haben.

Der Besuch eines Instrukteurs brachte allem Anschein nach frischen Wind in die Arbeit der Basis, manchmal handfesten Ärger und Kurskorrekturen, aber auch das Wissen darum, Bestandteil einer größeren Gemeinschaft zu sein – ein Bewusstsein, das möglicherweise im trockenen Verbandsalltag und vor allem in den kleinen und abgelegenen Bezirken oft abhanden kam. Umso empörter waren die Bezirke, wenn sie vernachlässigt wurden. Die Bezirksleitung des KJVD Danzig beschwerte sich etwa im Juni 1924, dass die Zentrale, entgegen ihrer Versprechungen, zum wiederholten Mal keinen Vertreter in den abgelegenen Bezirk entsandt

¹⁰³ Vgl. den Bericht von Karl Grunert aus dem Jahr 1925, der damals als ZK-Mitglied den Bezirk Thüringen besuchte: „In der Bezirksleitung sind die Leute alle bis auf Kurt, Paul und Walter [Name unleserlich, B.K.] faul. Direkt saumäßig faul, dabei glänzen Meyer II und Karl [Name unleserlich, B.K.]. Ernst Leine hat den festen Willen was zu tun. Herbert sehnt sich scheinbar nach stillem Familienglück.“ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 137. In einem weiteren Bericht kritisiert derselbe Verfasser einige Thüringer Genossen, die informell ihre Kritik an der Entscheidung von übergeordneter Ebene geäußert hatten: „Während wir spazieren gingen, passierte in Gera ein unerhörter Vorgang. Die Geraer Genossen wagen es einfach den Bezirks-Beschluß zu mißachten und einen eigenen Delegierten zur Wahl vorzuschlagen.“ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 132. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

¹⁰⁴ BArch, R 1501/122 Bd. 8, Bl. 264.

¹⁰⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 40.

¹⁰⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 12 ff.

habe. Die Jugendlichen verliehen ihrer Beschwerde besonderen Nachdruck, indem sie jeweils eine Kopie an die Partei und an das Exekutivkomitee der KJI sandten.¹⁰⁷

Trotz der Bemühungen der Verbandsleitung entzogen sich einzelne Bezirke immer wieder ihrer Kontrolle. Manchmal riss die Verbindung zwischen der Zentrale und den Bezirken sogar vollständig ab.¹⁰⁸ Besonders in Zeiten, in denen Partei und Jugendverband verboten waren und in der Illegalität arbeiten mussten, entwickelte das Verbandsleben eine von Berlin aus nicht zu kontrollierende Eigendynamik.¹⁰⁹ So konstatierte der Berliner Instrukteur „Otto“ angesichts eines eskalierenden Konflikts im Bezirk Bayern im Januar 1924, dass er in Anbetracht der im Bezirk herrschenden Anarchie machtlos sei, die Interessen der Zentrale durchzusetzen. Die fraktionellen Auseinandersetzungen hätten sich so zugespitzt, dass die Anhänger der beiden verfeindeten Gruppen sich jeweils gegenseitig „hoch gehen“ ließen. Die Behörden hätten bereits zahlreiche Genossen aufgrund des Verrats aus den eigenen Reihen verhaftet. „Otto“ schloss in Absprache mit der Zentrale den politischen Leiter des Bezirks Südbayern, der verdächtigt wurde, als Spitzel zu arbeiten aus dem Verband aus und setzte zugleich eine neue Bezirksleitung ein. Während der Sitzung sei er verbal und körperlich von den Anhängern des abgesetzten Funktionärs bedroht worden, so dass er deren Rache gefürchtet hätte: „Gestern sind in meiner Wohnung zwei unbekannte ‚Genossen‘ gewesen, die mich suchten. Mein Hochfliegen wird also auch vorbereitet.“¹¹⁰ Ungeachtet seines Ausschlusses arbeitete der oben genannte Funktionär im Bezirk weiter. Auch die Drohung des Berliner Instrukteurs, sämtliche Genossen, die weiterhin mit ihm zusammenarbeiteten, auszuschließen, blieb wirkungslos. Entmutigt und verängstigt plädierte der Instrukteur letztlich dafür, den Bezirk vorerst sich selbst zu überlassen, zumal die Arbeitsbedingungen in Folge des Verbandsverbotes äußerst schlecht seien: „Die beiden politischen Leiter sind der Meinung, daß wir zu spät gekommen sind. Während der Wahlzeit bei einigermaßen Legalität kann man weiterarbeiten und die Lumpen in den Augen der Arbeiterschaft erledigen. Solange sollen nach meiner Mei-

¹⁰⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/73, Bl. 72.

¹⁰⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/76, Bl. 114 ff.

¹⁰⁹ Die KPD und ihre Unterorganisationen wurden am 11.11.1923 in Bayern und am 23.11.1923 im gesamten Reichsgebiet verboten. Begründet wurde das Verbot seitens der Regierung mit der politischen Betätigung der KPD in Hamburg, Sachsen und Thüringen. Außerdem warf man der Parteizentrale vor, Soldaten der Reichswehr zum Ungehorsam aufzurufen und durch Planung eines politischen Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes die Republik stürzen zu wollen. Das Vermögen der KPD wurde daraufhin eingezogen und die parteieigene Presse verboten. Aufgehoben wurden die Verbote erst im Frühjahr 1925. Vgl. Grünthaler, Mathias: Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995, S. 144.

¹¹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/79, Bl. 91.

nung die Bayern noch allein arbeiten. Sie haben sich selbst gegenseitig so gefressen, daß der Krach nur noch mehr geschürt werden kann und dann soll das Reinigen beginnen.“¹¹¹

Das Beispiel aus Bayern gewährt einen wichtigen Einblick in das dortige Arbeitsklima und die vorherrschende Atmosphäre. Wenngleich Denunziation oder gar die Auslieferung an die Weimarer Behörden Ausnahmen bildeten, so zeigt die Lektüre der Verbandsakten doch, dass der Umgang der Jugendlichen untereinander formell und der Ton rau war. Die Funktionäre ließen wiederum die Tendenz, untergeordnete Instanzen zu kritisieren und sich bei übergeordneten Instanzen anzubiedern. Genau wie in der Partei, herrschte im Jugendverband eine mit Imperativen durchsetzte „Verlautbarungs- und Kommandosprache“.¹¹² Auffällig oft forderten die Jugendlichen bereits bei Kleinigkeiten personelle Konsequenzen, wie im Fall eines falsch adressierten Briefes an die Bezirksleitung Südbayerns im Januar 1928. Die bayerischen Genossen verlangten, dass derjenige, der diese „leichtsinnige Schlamperei“¹¹³ zu verantworten habe, zurücktreten müsse. Die in den Selbstzeugnissen erinnerte Solidarität und die darin beschriebene Kameradschaft sind anhand der Verbandsakten nicht nachzuvollziehen. Diese Quellen machen die Konkurrenz der Jugendlichen untereinander und ihre Versuche, die erwachsenen Parteifunktionäre zu imitieren transparent. Ernst Thälmann habe dieses Klima kritisiert: „In unsere Verbandsarbeit gehört mehr revolutionäre Kameradschaftlichkeit. Der Kommandoton hat zu verschwinden, der KJVD ist kein Kasernenhof.“¹¹⁴ Thälmann war vor allem das arrogante Auftreten einiger Jugendfunktionäre ein Dorn im Auge und ihn störte, „dass manch leitender Funktionär bereits großspurig und hochehobenen Hauptes mit einer Mappe unterm Arm in die Zellen- und Funktionärssitzung kommt und abstrakt und kommandomäßig die Beschlüsse bekannt gibt (...)“.¹¹⁵

Die in den Satzungen festgeschriebene Pflicht zur Verbandsdisziplin und drohende Ausschlussverfahren prägten weiterhin die Atmosphäre innerhalb des Verbandes. Die von Weber untersuchten Richtungskämpfe in der KPD tobten aller Wahrscheinlichkeit nach auch im KJVD. Die Protokolle der Reichskongresse belegen die Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten sowie mit den so genannten „Versöhnlern“, die sich für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie aussprachen. Die Fraktionskämpfe sind auch Gegenstand der

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² Vgl. Mallmann: Kommunisten, S. 144.

¹¹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 96.

¹¹⁴ Rede Ernst Thälmanns vom 15.11.1932 vor dem Plenum des ZK des KJVD: „Gewinnt unter der Führung der Partei die werktätige Jugend für den Kommunismus!“, zitiert nach: Jahnke, Karl-Heinz: Ernst Thälmann und die Jugendpolitik der KPD, Berlin 1984 (Ost), S. 33-41, hier: S. 33.

Untersuchung von Karl Heinz Jahnke, der diese jedoch sehr undifferenziert darstellt.¹¹⁶ Irma Götze von Ohlenhusens Behauptung, dass die KJ „allen Linienwechseln und Säuberungsaktionen der Partei bedingungslos folgte, beziehungsweise folgen musste“,¹¹⁷ überrascht dennoch, da eine Untersuchung der Fraktionskämpfe noch aussteht.

Die Ausschlussverfahren gewähren einen Einblick in die Binnenstruktur des KJVD. Ebenso wie die Besetzung der Ämter zeigen sie, dass der in den Satzungen festgeschriebene „demokratische Zentralismus“ praktisch nicht realisiert wurde, sondern dass sich der politisch Stärkere durchsetzte. Insbesondere die Funktionäre, die an exponierter Stelle im Verband arbeiteten, waren von den Ausschlussverfahren betroffen. Beispielsweise schloss die Zentrale auf ihrer Kopfsitzung, die am 25. und 26. Oktober 1924 tagte, den im Sekretariat der Jugendzentrale arbeitenden Harry Kuhn aus. In der Regel waren die den Ausschlussverfahren zugrunde liegenden Vorwürfe vage und pauschal. Im oben genannten Fall wurde dem Jugendfunktionär rechte Fraktionsarbeit vorgeworfen. Harry Kuhn wurde aus der Leitung der Zentrale wegen Fraktionstätigkeit, Disziplinbruch und organisationsschädigendem Verhalten ausgeschlossen. Zudem wurde er für ein Jahr sämtlicher Ämter enthoben. In gleicher Angelegenheit wurde Paul Schmidt verurteilt und ein Funktionär, dessen Name mit „Böttcher“ angegeben wird, wobei es mehr als unwahrscheinlich ist, dass es sich dabei um den Leiter des sächsischen Arbeiterzeitung und den Abgeordneten des sächsischen Landtages Paul Herbert Böttcher handelte.¹¹⁸ Die Zentrale versuchte, jeden Widerstand gegen diese Entscheidung im Keim zu ersticken, indem sie die betroffenen Bezirke an ihre Pflicht zur Disziplin und zur Unterordnung erinnerte: „Jeder Versuch, gegen den Beschluß der Z. in der Mitgliedschaft Stimmung zu machen, hat den sofortigen Ausschluß aus der Organisation zur Folge. Das gleiche gilt für alle, die mit diesen Genossen in Verbindung gestanden haben oder noch stehen. Die PZ. [Partei-Zentrale, B.K.] richtet an die Bezirksleitungen Halle Merseburg und Westsachsen die ernste Warnung, jegliche Unterstützung des organisationsschädigenden und fraktionellen Verhaltens dieser Genossen zu unterlassen und sich fest auf den Boden der Linie der Partei zu stellen.“¹¹⁹

Die Warnung war offenbar wenig abschreckend, denn der Fall war mit dem Ausschluss längst nicht abgeschlossen. Bereits Ende November kam die Zentrale erneut in dieser Angelegenheit zusammen. Verhandelt wurde der Fall des Leipziger Genossen „Ulbricht“, bei dem es sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht um Walter Ulbricht handelte, der zu dieser Zeit als In-

¹¹⁵ Ebenda: S. 33.

¹¹⁶ Vgl. Jahnke: Geschichte, Kapitel IV-VI.

¹¹⁷ Götze von Ohlenhusen: Krise, S. 76.

¹¹⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/32, Bl. 23. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹¹⁹ Ebenda.

strukteur des EKKI arbeitete und der nie für die Jugend tätig war.¹²⁰ Laut eines Berichts hatte dieser auf der Tagung des Landesausschusses Sachsen, am 9. November 1924 die Anweisung der Zentrale bewusst missachtet und öffentlich die Ausschlüsse kritisiert. „Ulbricht“ ging sogar in die Offensive und griff die Zentrale an, der er Fraktionspolitik vorwarf. Der anwesende ZK-Vertreter erklärte daraufhin, dass er den Ausschluss „Ulbrichts“ beantragen würde.¹²¹ Auf die Ankündigung reagierte die Politische Leitung Ostsachsens einen Tag später, indem sie der Zentrale mitteilte, dass sie eine etwaige Sanktionierung des Genossen „Ulbrichts“ nicht akzeptiere, sondern vielmehr erwarten würde, dass die Zentrale auf jede Maßregelung verzichte.¹²² Ungeachtet dieses Plädoyers sprach die Zentrale am 21. November 1924 den Parteiausschluss aus: „Der Gen. Ulbricht, der durch die Abstimmung im Bezirksausschuß Westsachsen verpflichtet war, den Standpunkt der Zentrale in der Frage Harry Kuhn und Böttcher zu vertreten, hat auf dieser Sitzung trotz des vorherigen Hinweises des Vertreters der Zentrale, daß er ein neuerliches Auftreten gegen die Beschlüsse der Plenarzentrale als Disziplinbruch betrachten würde, wiederum in der schärfsten Weise dagegen Stellung genommen. (...) Die Zentrale ist einstimmig der Auffassung, daß ein solches Verhalten, noch dazu im Wiederholungsfalle, von ihr unmöglich geduldet werden kann und beschließt, den Gen. Ulbricht wegen seines Verhaltens sämtlicher Funktionen in der KJD. für immer zu entheben und ihn sofort der Partei zu überweisen.“¹²³ Die Zentrale räumte die Möglichkeit zur Berufung ein.¹²⁴

Ein knappes Jahr später wurde Harry Kuhn rehabilitiert: „Das ZK beschließt, nachdem der Genosse Harry Kuhn erklärt hat, vollkommen mit den Beschlüssen des X. Parteitages der KPD übereinzustimmen, die Beschränkungen seiner mitgliedschaftlichen und funktionellen Rechte im Jugendverband mit dem heutigen Tag aufzuheben.“¹²⁵

Nicht alle Verstöße gegen die Verbandslinie wurden mit dem Ausschluss aus dem KJVD geahndet. Übt die Angeklagten „Selbstkritik“, konnten sie auf ein milderes Urteil hoffen, das heißt mit ihrer Degradierung oder einer zeitweiligen Enthebung ihrer Funktion rechnen. Das Zentralkomitee verhandelte 1932 über den Fall des Genossen „Oschi“, der im ZK des KJVD und im EK der KJI arbeitete.¹²⁶ Der Jugendfunktionär war für die Vorbereitung der jährlichen

¹²⁰ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹²¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/177, Bl. 35-37.

¹²² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/32, Bl. 32.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/177, Bl. 38.

¹²⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 45.

¹²⁶ Vermutlich Ullrich Osche. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

„Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Kampagne“ zuständig. Anscheinend hatte er die „ideologische Kehrtwende“ der Partei in der Bewertung der Rolle Rosa Luxemburgs nur unzureichend mitvollzogen.¹²⁷ In diesem Zusammenhang wurde ihm vorgeworfen, eigenmächtig gehandelt und sich nicht an die Vorgaben des EK der KJI gehalten zu haben. Er habe selbständig in der Direktiven der KJI diejenigen „Stellen, wo von den Fehlern Rosa Luxemburgs und der linken Vorkriegssozialdemokratie gesprochen wird“ gestrichen und hätte damit ein „offenes trotzkistisches Auftreten“ an den Tag gelegt und die antileninistischen Kräfte unterstützt.¹²⁸ Im Vorfeld erklärte „Oschi“ sich mit „jedem Beschluß des ZK in der Frage meines Fehlers und seiner Liquidierung auf bolschewistische Art“¹²⁹ einverstanden. Die Entschließung des Zentralkomitees ordnet den Jugendfunktionär den „Versöhnlern“ zu, denen vorgeworfen wurde, die Rolle Lenins und der Bolschewiki zu unterschätzen und „die Fehler der Genossin Rosa Luxemburg in ihrer Haltung zur Partei, der Spontaneität, der Bauern- und der nationalen Frage“¹³⁰ zu tolerieren. Der junge Mann wurde schließlich aus dem ZK des KJVD und dem EK der KJI abberufen und degradiert. In der Begründung heißt es, man wolle ihm damit die Möglichkeit eröffnen, „durch seine Arbeit in der unteren Organisation, auf bolschewistische Art seine Fehler zu liquidieren.“¹³¹

Ähnlich verfuhr man mit der Funktionärin Ruth Kahn, die wegen eines nicht näher erläuterten „politischen Fehlers“ im Rahmen ihrer Tätigkeit im Jungspartakus Bund (JSB) zur Verantwortung gezogen worden war. Die junge Frau wurde aus dem Zentralkomitee des KJVD und als Leiterin der Agitpropabteilung abberufen. Da sie sich aus Sicht der Verbandsführung in der Praxis aber bereits um eine Korrektur ihrer Fehler bemüht hatte, setzte das ZK sie als Instrukteurin ein.¹³²

Die oft ausufernde Sanktionspraxis hatte zur Folge, dass auch Verstöße gegen den Verhaltenskodex oder Mängel in der Arbeitsweise entsprechend geahndet wurden. Im April 1932 schloss die Bezirksleitung Thüringen den Jugendfunktionär Schörming, der vermutlich auf der Ebene der Unterbezirke oder der Ortsgruppen arbeitete, aus dem Verband aus. Anstatt den Jugendtag vorzubereiten, habe er eine Urlaubsreise unternommen, „(...) ohne die BL [Bezirks-

¹²⁷ Vgl. Weitz, Eric: „Rosa Luxemburg Belongs To Us!“: German Communism and the Luxemburg Legacy, in: *Central European History* 27 (1994), S. 27-64.

¹²⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/70, Bl. 16.

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/39, Bl. 4.

¹³¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/64, Bl. 165.

¹³² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/38, Bl. 26.

leitung, B.K.] des KJVD, das Bezirkskomitee und den Reichsjugendausschuss der RGO [Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, B.K.] davon in Kenntnis zu setzen. Dies ist eine Unterschätzung der Wichtigkeit seiner Funktion.“¹³³

Von der Möglichkeit der öffentlichen Rüge machte die Verbandsführung im Fall von Irma Bösch und Franz Fischer¹³⁴ Gebrauch, weil diese ihre Mitglieds- und Gewerkschaftsbücher auf dem Verbandskongress 1927 in Hamburg nicht vorlegen konnten.¹³⁵ Nicht weniger kurios war auch die Rüge, die sich Hermann Luft als Kandidat des Zentralkomitees im Oktober 1928 im Zusammenhang der so genannten „Wittorf-Affäre“ gefallen lassen musste. Im Mittelpunkt der Affäre stand John Friedrich Wittorf¹³⁶, der ein enger Freund Ernst Thälmanns war und seit 1927 als Politischer Leiter den Bezirk Wasserkante leitete. Dieser hatte Gelder unterschlagen und wurde zunächst von Thälmann gedeckt, bis die Angelegenheit doch schließlich offenkundig wurde. Wittorf wurde im September 1928 aus der KPD ausgeschlossen, Ernst Thälmann verlor zunächst seine Funktionen, wurde dann aber von Stalin wieder eingesetzt. Das ZK der Jugend warf Luft vor, sich in einem Rundschreiben parteischädigend geäußert zu haben: „Die Darstellung der Vorgänge in der Hamburger KPD ist vollkommen in der Linie einer fraktionellen Berichterstattung gehalten; einige Tatsachen sind verdreht dargestellt, zum Teil wird – um ein den Fraktionsinteressen passendes Bild zu erhalten – mit bewußten Lügen gearbeitet.“¹³⁷

Die Pflicht zur Verbandsdisziplin und die daran anknüpfende Sanktionspraxis festigten die autoritären Arbeitsstrukturen und beeinflussten die Diskussionskultur im KJVD. Doch nicht alle Jugendlichen akzeptierten den rauen Umgangston, die autoritären Strukturen und die fehlenden Möglichkeiten, Kontroversen offen auszutragen. So forderten zwei Berliner Genossen in einem offenen Brief „mehr Sachlichkeit und weniger Geschimpfe“. Sie verlangten, dass auch nicht konforme Meinungen diskutiert und die Genossen nicht sofort als „Opportunisten und Sozialdemokraten“ abqualifiziert und beschimpft werden sollten. Die Jugendlichen verwahrten sich dagegen, dass Kritikern automatisch Fraktionstätigkeit vorgeworfen würde, und plädierten dafür, dass zukünftig sämtliche Standpunkte sachlich und unvoreingenommen geprüft werden sollten.¹³⁸ Eine Gruppe von Berliner Jugendlichen, die im Bezirk Kreuzberg

¹³³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/70, Bl. 115.

¹³⁴ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹³⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/7 Bl. 180.

¹³⁶ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹³⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 62

¹³⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 160.

arbeitete, ging in ihrer Kritik bezüglich der fehlenden internen Demokratie noch weiter. Anlässlich eines Ausschlussverfahrens erklärten insgesamt zwölf Jungen und Mädchen demonstrativ ihren Austritt aus dem Verband. Ihren Schritt begründeten sie mit der fehlenden Diskussionsfreiheit im KJVD: „Methoden, die darauf hinausgehen, jeden Genossen, der sich sachlich-kritisch zu der Parteilinie äußert, auszuschließen bzw. aus der Organisation hinauszuekeln, erkennen wir nicht an. Das sind Methoden einer ideologisch schwachen Partei, nicht einer Partei, die eine bestimmte revolutionäre Stärke besitzt, die ihr geistiges Rüstzeug von Marx und Lenin bezieht.“¹³⁹ Ihr Vorgehen ist um so bemerkenswerter, als die Gruppe ausdrücklich erklärte, nicht mit der politischen Linie des ausgeschlossenen Genossen übereinzustimmen.

¹³⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/72, Bl. 360.

2.4. Finanzen

Der KJVD kämpfte – genau wie die anderen parteipolitischen Jugendorganisationen auch – permanent mit finanziellen Problemen.¹⁴⁰ Auf dem Reichskongress im Mai 1924 konstatierte der Vorsitzende der Revisionskommission am Ende seines Kassenberichts: „Wenn hier die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft stattfände und ich als Vertreter eines Aufsichtsrats sprechen würde, so glaube ich, würdet Ihr mich nach der Erledigung meines Berichts mit faulen Eiern beschmeißen.“¹⁴¹

Die Zentrale führte ihre leeren Kassen auf die mangelhafte Beitragskassierung zurück. Theoretisch sollte die Kassenführung in einem von der Zentrale herausgegebenen Kassenbuch festgehalten werden. Die Hälfte der Mitgliedsbeiträge sollte monatlich zusammen mit einem Kassenbericht an die Zentrale abgeführt, die andere Hälfte für die Arbeit im Bezirk verwendet werden.¹⁴² Diese Anweisungen wurden jedoch von den Bezirken nicht eingehalten, wie zahlreiche Hinweise in den Akten belegen.¹⁴³ Die Ortsgruppen führten die Einnahmen häufig noch an die Bezirksleitungen ab. Diese rechneten dann jedoch nicht mit der Zentrale ab, sondern verwendeten die Gelder für sich.¹⁴⁴ Im November 1922 empörte sich das ZK, dass die Bezirke die Gelder zurückhielten und den Erlös der zur finanziellen Sanierung des Verbandes zusätzlich ausgegebenen „Aufbausteine“ behalten hätten.¹⁴⁵ Im Mai 1924 drohte die Zentrale, diejenigen Bezirksleitungen, die zukünftig die Mitgliedsbeiträge nicht abführten, ihres Postens zu entheben.¹⁴⁶ Im August 1925 teilte man den Bezirken mit, dass in Folge der hohen Verschuldung vier Sekretären gekündigt werden musste. Die Zentrale stundete den Bezirken sämtliche Ausstände und ermahnte sie ausdrücklich, zukünftig pünktlich abzurechnen.¹⁴⁷ Trotz des Schuldenerlasses änderte sich die Situation nicht, wie folgende Beschwerde belegt: „Seit dem 1. Januar 1928, also seit 2 ½ Jahren, bezieht der größte Teil unserer Bezirksleitun-

¹⁴⁰ Auch den Jungsozialisten gelang es nicht, sich selbst zu finanzieren. Sie mussten ihre Ausgaben durch Zuschüsse des Parteivorstandes und des Ausschusses der deutschen Jugendverbände bestreiten. Lüders: *Gegen Krieg und Faschismus*, S. 27. Eine ähnliche finanzielle Abhängigkeit bescheinigt Krabbe auch den Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien. Obwohl z.B. die Windhorstbunde unter chronischem Geldmangel litten, seien sie dennoch im Vergleich zu anderen parteipolitischen Jugendverbänden finanziell „noch relativ beweglich“ gewesen. Krabbe: *Zukunft*, S. 81.

¹⁴¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/4, Bl. 240.

¹⁴² SAPMO-BArch, Ry 1/I 4/1/65, Bl. 124.

¹⁴³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 16 und Bl. 204-207; Ry 1/I4/1/69, Bl. 273 f.

¹⁴⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 199.

¹⁴⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 242 f.

¹⁴⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 127.

¹⁴⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 308.

gen fortlaufende Beitragsmarken und Organisationsmaterialien ohne an [sic] das ZK diese Materialien abzurechnen.¹⁴⁸ Auch die Ankündigung der Zentrale, jegliche Lieferungen einzustellen, zeigten keine Wirkung.¹⁴⁹ Da der Verband seinen „Schuldenberg“ nicht abtrug, weigerte sich die Druckerei zeitweise sogar „Die Junge Garde“ auszuliefern. Um die Misere zu beheben, führte der „Finanz-Instrukteur“ der Zentrale in regelmäßigen Abständen, aber ohne nennenswerte Erfolge, einen „Feldzug gegen die Schuldenwirtschaft und Schlampelei“.¹⁵⁰ Die zur finanziellen Sanierung der Bezirke unterbreiteten Vorschläge waren aber alle wenig aussichtsreich. So sollten die Bezirke ihre Etats durch Filmvorführungen, Dampferfahrten, Versteigerungen oder Ähnliches aufstocken. Mit Ermahnungen wie „Dein Mitgliedsbuch ist der Spiegel Deiner Pflichterfüllung“¹⁵¹ wurden die Mitglieder zur Beitragszahlung angehalten.

Von den Mitgliedsbeiträgen allein hätte der Verband nicht überleben können. Die angestrebte Eigenfinanzierung wurde nie realisiert. 1924 trug der KJVD nur 7% seiner Ausgaben selbst.¹⁵² Drei Jahre später bat die Zentrale das Sekretariat der KPD für das kommende Geschäftsjahr um einen Zuschuss in Höhe von mindestens 22.000 Reichsmark. Die zu erwartenden Einnahmen des KJVD beliefen sich nach der Finanzplanung auf 3.975 Reichsmark (RM), die Ausgaben dagegen auf 30.735 RM.¹⁵³ Die KPD forderte im April 1930 die Bezirke Wasserkante, Sachsen, Niederrhein und Ruhrgebiet dazu auf, den Sekretär des Jugendverbandes zu finanzieren.¹⁵⁴

Dass der KJVD finanziell nahezu vollständig von der KPD abhängig war, bestätigt auch Emil Kortmann, der von 1930 bis 1933 im ZK für Finanz- und Geschäftsfragen zuständig war.¹⁵⁵ Er erinnert sich an die monatlichen Zuschüsse der KPD an die Parteijugend. Weiterhin stellte die Partei der Jugendzentrale kostenlos Arbeitsräume zur Verfügung. Teilweise beschäftigte sie auch Jugendfunktionäre und stellte sie nach Bedarf für ihre Tätigkeit im KJVD frei.¹⁵⁶

Eine zusätzliche Einnahmequelle bildeten die Diäten der Reichstags- und Landtagsabgeordneten. Die Jugendlichen erhielten dafür eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 600 RM bzw. 450 RM, die sie an den Verband abgeben mussten. Dennoch war die finanzielle

¹⁴⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 273 f und SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 204 ff.

¹⁴⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 307.

¹⁵⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 357-361.

¹⁵¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 399.

¹⁵² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 129 ff.

¹⁵³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 57 ff.

¹⁵⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/10, Bl. 91 f.

¹⁵⁵ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹⁵⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 228.

Lage des KJVD über weite Strecken katastrophal. Kortmann erinnert sich daran, dass die Bezüge der hauptamtlichen Funktionäre, die offiziell bei einer Berliner Firma angestellt waren, über die man auch Krankenkassenbeiträge und Lohnsteuer abführte, nur unregelmäßig angewiesen wurde: „Das monatliche Bruttogehalt für die politischen Sekretäre des ZK betrug 350 Mark, welches meist nur in Raten ausgezahlt werden konnte. Es kam in jenen Jahren gelegentlich auch vor, daß die Sekretäre ihr Gehalt nur in einer Höhe von 250 Mark erhielten, weil die finanzielle Lage des ZK zu schwierig war.“¹⁵⁷ Lakonisch bemerkte ein Funktionär auf der Reichsausschusssitzung 1925, dass der Verband nicht die Funktionäre ernähre, sondern die Funktionäre den Verband.¹⁵⁸

Zur Verbesserung ihrer finanziellen Lage verlangte die Zentrale immer wieder so genannte „Finanzopfer“,¹⁵⁹ d.h. Sonderzahlungen. Auch versuchte man mit gezielten Sammlungen Projekte, wie z.B. Schulungen zu finanzieren.¹⁶⁰ Dann und wann erbettelten die Jugendlichen bei der Parteizentrale zusätzliche Finanzspritzen. 1927 wandte sich die Zentrale beispielsweise mit einer Petition an die Mitglieder der Reichs- und Landtagsfraktion der KPD und erbat deren finanzielle Unterstützung für eine geplante Funktionärsschulung.¹⁶¹

In Hinblick auf die leeren Kassen erinnerte die Zentrale die Funktionäre an deren Ehrenamt: „Es hat sich der Brauch eingebürgert, neben den Fahrgeldern auch für geleistete Organisationsarbeit Entschädigung zu verlangen und zu geben. Abgesehen von Ausnahmefällen und evtl. Fahrgeldern ist es unzulässig und demoralisierend, Verpflegungs- und andere Gelder auszuteilen. Sofern die Genossen nicht arbeitslos sind und keine besonderen größeren Aufgaben haben, außerdem nicht besonders schwierige und lange Arbeiten leisten müssen, dürfen keinem Genossen Gelder gegeben werden.“¹⁶²

Auch die Bezirke und Unterbezirke klagten über leere Kassen: „Wir haben natürlich unsere liebe Not. Portogeld, Fahrgeld, alles will erst erarbeitet sein. Dann das Durchhalten eines Sekretärs und außerdem des Gen. Ehlert in Königsberg. Also über Opferbereitschaft kann man wirklich nicht klagen.“¹⁶³ Trotz der knappen Ressourcen mussten die Unterbezirke für den Unterhalt der Instrukteure und der Referenten aufkommen; dies geht aus einem Schreiben der Zentrale hervor: „Ihr habt dafür zu sorgen, dass der Rote Kommissar während der Zeit des

¹⁵⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/0503, Bd. 2, Bl. 85.

¹⁵⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/17, Bl. 120.

¹⁵⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 360. Vgl. auch BArch, R 1507/1056e, Bl. 162.

¹⁶⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 171.

¹⁶¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 229 f.

¹⁶² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 127.

¹⁶³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 74.

Aufenthaltes in Eurem UB [Unterbezirk, B.K.] von den Mitgliedern ernährt wird, desgleichen, dass er Quartier erhält.“¹⁶⁴

Zum Teil beschritten die Jugendlichen auch „unorthodoxe“ Wege, um der Finanznot zu begegnen. Von einer Berliner Ortsgruppe wußte ein „Spitzel“ folgendes zu berichten: „Um die Kasse zu füllen, wollte man Geldbriefträger und Kassenboten überfallen.“¹⁶⁵ In der übernächsten Sitzung habe die Gruppe ihre Pläne weiter gesponnen: „In der 4. Sitzung brachte Liersch einen praktischen Geldbeschaffungsvorschlag. Es sollte in Wilmersdorf in einer Zeitungsspedition dem Spediteur mit Waffengewalt das Geld abgenommen werden.“¹⁶⁶ Da sich kein weiterer Vermerk findet, darf davon ausgegangen werden, dass man solcherlei Pläne jedoch nicht umsetzte.

¹⁶⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 3.

¹⁶⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 222.

¹⁶⁶ Ebenda.

2.5. Partei und Jugendverband

„Wir sind die Partei der Zukunft, die Zukunft gehört aber der Jugend. Wir sind die Partei der Neuerer, den Neuerern aber leistet die Jugend immer gern Gefolgschaft. Wir sind die Partei des aufopfernden Kampfes gegen die alte Fäulnis, zum aufopferungsvollen Kampf aber wird stets die Jugend als erste bereit sein.“¹⁶⁷

Äußerungen wie diese trugen dazu bei, dass die KPD unter den Zeitgenossen den Ruf genoss, die Partei der Jugend zu sein. So ist auch Barbara Stambolis zuzustimmen, wenn sie sagt, dass sich der Kommunismus in Abgrenzung zu den Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie als „Inbegriff der jugendlichen, revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung“ darstellte.¹⁶⁸

Entgegen der dynamischen Selbstdarstellung der KPD in der Öffentlichkeit und einer ahistorischen Perzeption, die dem Kommunismus im Allgemeinen eine besondere Anziehungskraft auf Jugendliche unterstellt, ist die Behauptung einer besonderen Affinität der Weimarer Jugend zur KPD kaum aufrechtzuerhalten. Die Altersstruktur der Partei zeigt, dass 1927 die Gruppe der unter 25-Jährigen in der Partei mit 12,3% in etwa der der Gesamtbevölkerung entsprach. Hingegen war die Gruppe der bis zu 30-Jährigen mit 19,5% und die der bis zu 40-Jährigen mit 32,7% im Vergleich zur Gesamtbevölkerung doppelt so stark repräsentiert, während die Gruppe der über 50-Jährigen entsprechend unterrepräsentiert war.¹⁶⁹ Die Mitglieder der KPD setzten sich also keinesfalls mehrheitlich aus Jugendlichen zusammen. Allerdings war das Führungskorps der KPD im Vergleich zu den anderen Weimarer Parteien außerordentlich jung: 1926 lag das Durchschnittsalter des Kaders bei 34 Jahren; insgesamt waren vier Fünftel des Führungskorps jünger als 40 Jahre. Die Gruppe der unter 25-Jährigen in der Parteispitze war wiederum unterrepräsentiert.¹⁷⁰

Die Analyse der Mitgliederzahlen des KJVD belegt zudem,¹⁷¹ dass auch die Annahme, die Jugendlichen seien entsprechend stärker im Jugendverband repräsentiert, nicht zutrifft. Folgerichtig bezeichnet Mallmann die behauptete Anziehungskraft des Kommunismus auf die Weimarer Jugend als Legende.¹⁷²

¹⁶⁷ Friedrich Engels, zitiert nach: Rückriem, Herbert: 1918 – Die proletarische Jugend folgt der KPD, in: Junge Generation o.Jg. (1958), S. 29-32, hier: S. 30.

¹⁶⁸ Stambolis: Mythos, S. 346.

¹⁶⁹ Weber: Wandlung, Bd. 1, S. 281.

¹⁷⁰ Ebenda: Bd. 2, S. 26.

¹⁷¹ Vgl. Kapitel 3.1.: Mitgliederentwicklung, Fluktuation und Kassierung.

Dieser Umstand ist umso erstaunlicher, da die KPD zahlreiche Anstrengungen unternahm, um die Jugend für sich zu gewinnen. Die Klage: „Keine Partei wollte uns“ eines Aktivisten der Jugendbewegung, traf nicht auf die KPD zu.¹⁷³ Diese hatte bereits auf ihrem Gründungsparteitag Stellung zur „kommunistischen Jugendbewegung“ bezogen. Die Delegierten hatten zudem bei der Formulierung der „Richtlinien zur Jugendbewegung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschland“ Fingerspitzengefühl bewiesen, indem sie die Frage der Selbständigkeit der Jugendorganisation zunächst unangetastet ließen und die Jugendlichen in ihrem Selbstverständnis als „Avantgarde“ bestätigten. Die äußerst zurückhaltenden und tastenden Formulierungen zeugen vom vorsichtigen Werben der Erwachsenen um die Jugend, die „das verjüngende, tatfreudige, vorwärtstreibende Element“ in der KPD sei. Die Jugend wertete man als Trägerin der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft.¹⁷⁴ Die Weigerung der Jugendlichen, ihre Selbständigkeit aufzugeben, wird in den Richtlinien auf die „Eigenart der Jugend“ zurückgeführt. Die KPD akzeptierte das Streben nach Autonomie zu diesem Zeitpunkt noch widerspruchslos. Der Parteitag verabschiedete einen Katalog zur Unterstützung der Jugend, der die Genossen dazu verpflichtete, die bereits bestehenden Jugendgruppen – sofern diese es wünschten – finanziell sowie organisatorisch zu unterstützen und in den verschiedenen Parteiorganen eine Jugendbeilage einzurichten. Weiterhin sollten die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, Artikel in den Parteizeitungen zu veröffentlichen. In Ortschaften, in denen keine Jugendgruppen bestanden, war es Aufgabe der Partei, Jugendgruppen ins Leben zu rufen und diese zu ermutigen, möglichst schnell eigenständig zu arbeiten. Der Parteitag warnte die Genossen ausdrücklich davor nicht „in die Fehler der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie zu verfallen, die die Jugend als nicht gleichwertige, unselbständige Genossen zu bevormunden sucht.“¹⁷⁵

Vor allem die Aufforderung, die Jungen als gleichberechtigte Partner zu behandeln, war für die Jugendlichen wohl schmeichelhaft, zumal dies sicher nicht ihren Erfahrungen am Arbeitsplatz und im Alltag entsprach.

Auf den viel versprechenden Anfang folgten jedoch keine Taten. Vielmehr muss das Werben der KPD um die Jugend als Anfangsphänomen gewertet werden. Bereits auf der Reichssekretärskonferenz der KPD im Mai 1922, auf der die Nachwuchsförderung im Mittelpunkt stand, wurde der KJVD mit keinem Wort mehr erwähnt. Förderung und systematische Schulung der

¹⁷² Mallmann: Kommunisten, S. 182.

¹⁷³ Trommler: Mission ohne Ziel, in: Koebner/Janz/Trommler: Zeit, S. 26.

¹⁷⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/9, Bl. 177.

¹⁷⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/9, Bl. 178.

Jugend definierte man ausschließlich als Aufgabe der Partei.¹⁷⁶ Dies überrascht umso mehr, zumal der Anschluss des KJVD an die KPD erst wenige Monate zuvor erfolgt war.

Auch auf den folgenden Parteitag spielte die Jugendfrage, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Der Anstoß zur Auseinandersetzung mit der Jugendfrage beruhte, soweit dies zu beurteilen ist, nicht auf Eigeninitiative der erwachsenen Genossen, sondern kam von Außen – in der Regel von der KI bzw. der KJI. Nach den Beschlüssen des 3. Weltkongresses der Komintern und des 2. Kongresses der KJI, wo sowohl den Parteien als auch den Jugendorganisationen die Aufgabe gestellt wurde, sich zu Massenorganisationen zu entwickeln, thematisierte die KPD auf ihrem 3. Parteitag 1923 in Leipzig erneut ihr Verhältnis zum Jugendverband. Die bereits auf dem Gründungsparteitag bezogenen Positionen wurden dabei im Wesentlichen aufrechterhalten. Die Jugend sei zwar der politischen Führung der KPD untergeordnet, sie habe dennoch „alle wichtigen politischen Fragen mit zu entscheiden und die Partei in ihrer politischen Arbeit aktiv zu unterstützen“.¹⁷⁷ Selbstkritisch konstatierten die Delegierten, dass die Partei der Frage des Nachwuchses zukünftig mehr Interesse entgegenbringen müsse und die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen auf allen Arbeitsebenen zu intensivieren sei. Zudem mussten die Delegierten anerkennen, dass die Jugendlichen bei der Durchführung der Russlandhilfe und während der Wahlkampagne umgekehrt ihren Verpflichtungen nachgekommen waren. Wie bei den vorangegangenen Resolutionen, Thesenpapieren und Stellungnahmen zur Jugendfrage handelte es sich auch hierbei wiederum um reine Lippenbekenntnisse der Parteizentrale, die in den Bezirken ohne jede Konsequenz blieben. Vor Ort waren die Mitglieder der KPD nämlich längst nicht so fortschrittlich wie ihre Parteispitze. Den erwachsenen Genossen fehlte die Einsicht, das Verständnis und sicher auch die Zeit, ihre Beziehung zum Jugendverband zu intensivieren. Handlungsleitend war nicht die Forderung der Parteizentrale, mit den Jugendlichen als gleichberechtigte Partner umzugehen, sondern die Überzeugung, dass „Politik die Angelegenheit der Erwachsenen“ sei.¹⁷⁸

Im Juli 1926 wurde im Anschluss an den Parteitag auf einer Jugendkonferenz ein weiterer Versuch unternommen, die „Beziehungsprobleme“ von Partei und Jugend zu bearbeiten. Wiederum ging der Anstoß zur Konferenz, an der die Politischen Leiter der Bezirke und die Sekretäre von Partei und Jugend teilnehmen sollten, nicht von den Erwachsenen, sondern von der KJI aus. Das Einladungsschreiben nannte als Ziel des gemeinsamen Treffens: „Diese Jugendkonferenz ist ausschließlich zu dem Zweck gedacht, die Gesamtpartei ideologisch in der

¹⁷⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/2/2, Bl. 38 ff.

¹⁷⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/15, Bl. 23.

¹⁷⁸ Vgl. auch Mallmann: *Kommunisten*, S. 187 f.

Frage der Jugendarbeit aufzurütteln und gleichzeitig praktische Maßnahmen zum Aufbau des Jugendverbandes festzulegen.¹⁷⁹ Die Mehrheit der Parteigenossen würde die Jugendfrage immer noch als etwas „Nebensächliches und Untergeordnetes“ begreifen und die Bedeutung, die der Jugendverband für die Zukunft der Partei habe, unterschätzen: „Jede Partei muß, wenn sie sich vor Verkalkung schützen will, einen regelmäßigen Nachwuchs geschulter Kräfte erhalten. Eben dieses Kräfte-reservoir soll der Kommunistische Jugendverband sein.“¹⁸⁰ Obwohl die Jugendkonferenz direkt im Anschluss an den Parteitag stattfand, haben nur etwa die Hälfte der Parteibezirke einen Delegierten entsandt. In seiner Eingangsrede wertete der Vertreter der Jugend die leeren Reihen als Zeichen von Desinteresse. Der Vertreter der Partei, Hermann Remmele, entschuldigte die Abwesenheit seiner Genossen mit dem Hinweis, dass diese sich scheinbar noch nicht von den eigenen Erfahrungen gelöst hätten, da sie als Jugendliche auch nicht vom SPD-Parteivorstand anerkannt worden seien.¹⁸¹ Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Remmele zu, dass es für die Jugendlichen, trotz ihrer grundsätzlichen Anerkennung durch den Parteivorstand, nicht immer leicht sei, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen und ihre Positionen in die Arbeit der KPD einzubringen: „Bei der Partei gibt es vielfach noch die Einstellung, daß die Jugend nur zum Plakate kleben usw. zu gebrauchen ist, während sie in politischen Dingen nicht mitzusprechen hat.“¹⁸² Der Vertreter der Jugendzentrale, Genosse Wilhelm, bestätigte die Aussagen seines Vorredners. Seiner Meinung nach verstand „die deutsche Partei (...) die Bedeutung des Jugendverbandes nicht richtig.“¹⁸³ Zwischen Partei und Jugend beständen weder ein für die gemeinsame politische Arbeit unerlässliches gegenseitiges Vertrauens- noch ein Vertretungsverhältnis. Die gesamte Rede zielte darauf ab, den Delegierten das Potential des KJVD vor Augen zu führen. In diesem Zusammenhang hob Wilhelm hervor, dass die Jugendlichen nicht durch das Erbe der Sozialdemokratie belastet, sondern vielmehr „das dankbarste Material für die Kommunistische Internationale“ seien.¹⁸⁴ Mit dem Hinweis darauf, dass die Kommunistische Partei Frankreichs von einem ehemaligen Jugendgenossen geleitet würde, forderte Wilhelm die KPD Genossen nachdrücklich dazu auf, die Bedeutung des Jugendverbandes endlich anzuerkennen. Als vorbildlich hob er dabei das Verhältnis der KPdSU zum russischen Jugendverband hervor.¹⁸⁵ Besonders scharf kritisierte er den Versuch der Erwachsenen, die Jugendlichen von der Politik fernzuhalten: „Sie wollen der Jugend nur

¹⁷⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 255.

¹⁸⁰ Ebenda.

¹⁸¹ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹⁸² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 2.

¹⁸³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 3.

¹⁸⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 6.

¹⁸⁵ Ebenda.

die Aufgabe zuweisen, Wanderungen zu unternehmen, Sport zu treiben, weil man dadurch die Jugend leichter erfassen kann.“¹⁸⁶ Der Jugendverband habe aber das Recht, so Wilhelm weiter, sich zu politischen Fragen zu äußern und dies möglicherweise auch in kritischer Abgrenzung zur Partei, der man sich nach einer Abstimmung diszipliniert unterwerfen werde. Er schlug vor, in den Reihen des Jugendverbandes einen festen Parteikern zu schaffen, der dafür verantwortlich sein sollte, im Jugendverband die Parteilinie durchzusetzen. Weiterhin sollten die Jugendbezirksleiter zukünftig als vollberechtigte Mitglieder in den Bezirksleitungen der Partei mitarbeiten. Die Jugendlichen seien umgekehrt zu einem regelmäßigen Rechenschaftsbericht gegenüber den Parteivertretern verpflichtet. Partei und Jugendverband sollten zukünftig dazu angehalten werden, ihre Arbeitsplanung offen zu legen und gemeinsam Terminabsprachen zu treffen, um ihre Arbeitskraft zu bündeln und Überschneidungen zu vermeiden.¹⁸⁷ Selbstkritisch gab Wilhelm am Ende seiner Rede zu, dass es den Jugendlichen häufig an Ausdauer und Sachkenntnis fehle.¹⁸⁸ Rückendeckung bekam der KJVD abschließend noch vom Vertreter der Exekutive der KJI, der die KPD nachdrücklich dazu aufforderte, ihre Haltung gegenüber dem Jugendverband grundsätzlich zu überdenken.¹⁸⁹

Die Teilnehmer der Konferenz nutzten die Diskussion, um anhand von konkreten Beispielen zu zeigen, wo ihrer Ansicht nach die Schwachstellen der Zusammenarbeit lagen. Der Jugendgenosse Alfred Hiller beklagte, dass die Partei im Ruhrgebiet eigene Jugendleiter einsetzen wolle, anstatt die gewählten Vertreter der Jugend zu akzeptieren. Weiterhin würden die erwachsenen Genossen die Mitarbeit der Jugendlichen nur im Rahmen von Hilfstätigkeiten wie Beitragskassierung oder Plakatierungen annehmen.¹⁹⁰ Aber auch aus Sicht der Partei wurde Kritik laut. Ein Parteivertreter aus Pommern verwehrt sich dagegen, die Partei einseitig für das schlechte Arbeitsverhältnis verantwortlich zu machen. In Pommern habe nämlich die Jugend die „diplomatischen Beziehungen“ zur Partei abgebrochen und sich geweigert, an den Sitzungen der Bezirksleitung teilzunehmen. Auch die Berliner Jugendzentrale, die davon Kenntnis erhalten hätte, habe sich nicht um die Vermittlung zwischen Partei und Jugend bemüht. Der Delegierte wies zudem darauf hin, dass die Partei die Jugend nur finanziell unterstützen könne, wenn diese bereit sei, über die Verwendung der Gelder Rechenschaft abzulegen. Sein Resümee: „Mit dem Willen der Partei allein ist nichts getan, wenn auf der anderen

¹⁸⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 8.

¹⁸⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 7.

¹⁸⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 10.

¹⁸⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 11.

¹⁹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 19.

Seite nicht dasselbe Verständnis vorhanden ist.“¹⁹¹ Eine KPD-Funktionärin kritisierte in der Diskussion die Berliner Jugendzentrale, die sich aus ihrer Sicht zu wenig darum bemühe, die Interessen der Jugend in die zentralen Arbeitsanweisungen der Partei zu integrieren.¹⁹²

Vor allem die anwesenden Jugendlichen schätzten den Erfolg der Konferenz als gering ein. Die Jugendzentrale forderte Sanktionen für die abwesenden Bezirke.¹⁹³ Die von den Konferenzteilnehmern verabschiedeten „Thesen über die Bolschewisierung der KP und die Frage der Arbeit unter der proletarischen Jugend“ zeigten im Vergleich zu früheren Stellungnahmen keine nennenswerten Änderungen oder Fortschritte. Die Thesen betonen die Sozialisationsunterschiede zwischen den erwachsenen Genossen und den jugendlichen Arbeitern. Sie heben hervor, dass die Jungarbeiter tendenziell leichter zu gewinnen wären, da sie nicht in der SPD verwurzelt seien: „Auch ihre ideologische Einstellung läßt sie daher viel eher zum Kommunismus kommen, als die erwachsene Arbeiterschaft.“¹⁹⁴ Die Tendenz der Erwachsenen, die Jugendlichen zu bevormunden, wurde ebenso scharf kritisiert wie deren grundsätzliche Unkenntnis über Rolle und Aufgaben des Jugendverbandes. „Einfache Sympathieerklärungen oder das Versprechen von Hilfeleistungen“ seien nicht länger ausreichend.¹⁹⁵ Die Partei wurde daher dazu verpflichtet, den KJVD zukünftig finanziell stärker zu unterstützen und eine Kampagne zur Mitgliederwerbung durchzuführen. Auch der Jugendverband sah sich in die Pflicht genommen: Das Niveau des Verbandes sollte durch intensive politische Schulungen gehoben und die Heranbildung eines festen Funktionärskörpers gefördert werden. Weiterhin wurde vereinbart, dass Partei und Jugend zukünftig einen ihrer Vertreter zu den wichtigsten Sitzungen des anderen entsenden sollten.

Trotz aller Versprechungen war der folgende Parteitag erneut gezwungen, eine negative Bilanz zu ziehen. Auch im März 1927 zeichneten sich nämlich im Verhältnis von Partei und Jugend keine nennenswerten Fortschritte ab. Wiederum leistete die KPD ein offenes Schuldbekenntnis: „Wir haben, und das müssen wir offen zugeben, als Partei verletzt die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale. Wir haben sie nicht erfüllt, Beschlüsse, die uns verpflichteten vom II. Kongress der Komintern an, in engster Gemeinschaft, in engster Fühlung mit der Jugend zu stehen, zu kämpfen und zu arbeiten.“¹⁹⁶ Da sich der Jugendverband nicht

¹⁹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 16.

¹⁹² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 20 f.

¹⁹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 19.

¹⁹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 36.

¹⁹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 37.

¹⁹⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 794.

wie angestrebt zu einer Massenorganisation entwickelt habe, müssten die Erwachsenen nun bereit sein, die Verantwortung zu übernehmen: „Genossen, wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, in allen Bezirken zu überprüfen, wie weit wir unsere Pflicht gegenüber der Jugend erfüllt haben, und wir werden zugeben müssen, wenn die Jugendorganisationen nicht so stark sind, wie sie es sein könnten, es unsere Schuld als Parteiorganisation ist.“¹⁹⁷

Wieder strafte das Verhalten der Delegierten während des Referats „Partei und Jugend“ alle Absichtserklärungen und Selbstkasteiungen Lüge. Wilhelm Pieck musste als Vorsitzender des Parteitages regelmäßig für Ruhe sorgen, da die Genossen desinteressiert und unkonzentriert waren.¹⁹⁸ Immer wieder kam es zu Störungen der Referate und der daran anschließenden Diskussion. Wie so oft waren viele Delegierte überhaupt nicht erschienen. Wenig überzeugend entschuldigte Pieck deren Fehlen mit anderweitigen Verpflichtungen. Das ungebührliche Verhalten der anwesenden Genossen führte er auf die Anstrengungen des Parteitages und auf die Belastungen der zusätzlichen Nachtsitzungen zurück.¹⁹⁹ Das Referat wurde von Ottmar Geschke gehalten, der Mitglied der Zentrale der KPD war.²⁰⁰ Er versuchte seine Genossen für die Belange der Jugend und für die Aufgaben des KJVD zu sensibilisieren. In seinem Referat schilderte Geschke den Arbeitsmarkt für Jugendliche und ihre Ausbeutung am Arbeitsplatz. Er wies auf die wachsende Radikalisierung der Jugendlichen in Folge des Rationalisierungsprozesses hin.²⁰¹ Des Weiteren thematisierte er den Jugendschutz und das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund, das nach Ansicht des Referenten von der Regierung dazu missbraucht wurde, das politische Engagement der Jugendlichen weiter einzuschränken und zu kontrollieren.²⁰² Ferner wurde auf die Schulgesetzgebung hingewiesen, die eine erneute Einführung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen vorsah.²⁰³ Vor dem Hintergrund seiner Situationsanalyse appellierte der Redner abschließend an das Verantwortungsgefühl der Genossen und erinnerte sie an ihr Engagement in der Vergangenheit: „Wir müssen als Kommunisten, als Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse Freund, Berater und Belehrer unserer arbeitenden Jugend sein. (...) Wir haben, als wir noch Mitglieder der SPD waren, für unsere Arbeiterjugend Jugendheime geschaffen, und sehr schöne Jugendheime.“²⁰⁴

¹⁹⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 793 f.

¹⁹⁸ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹⁹⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 778.

²⁰⁰ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²⁰¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 780.

²⁰² SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 790 ff.

²⁰³ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 793 f.

²⁰⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 795.

Das skizzierte Programm konnte seine sozialdemokratischen Wurzeln nicht leugnen, zumal es inhaltlich von den offiziellen Positionen der KPD zur Jugendfrage abwich. Im Wesentlichen beschränkte sich das Konzept nämlich auf den Zusammenschluss von Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren zu Spieleabenden und Wanderungen.²⁰⁵ Angestrebt wurde eine lückenlose Sozialisation: „Es muß von Etappe zu Etappe gehen: Jungspartakusbund, KJVD, Kommunistische Partei. Darauf muß der Genosse ganz besonders stolz sein, wenn er diese drei Etappen durchlaufen hat und wenn er dann zu einem alten Bolschewik wird, der gewissermaßen von der Picke auf gedient hat!“²⁰⁶ Abschließend rief der Referent seinen Genossen das während des Krieges geschlossene Kampfbündnis zwischen Jung und Alt in Erinnerung: „Wir haben draußen 1914/18 gemeinsam Schulter an Schulter gestanden, Männer von 40 bis 60 Jahren mit den Jungen von 15 bis 18 Jahren, die zum Teil als Freiwillige gekommen sind, zum Teil als Krieger mit 18 Jahren gezogen wurden. Wir haben gemeinsam gestanden, als Krieger, als Kämpfer, wir müssen jetzt wieder gemeinsam stehen, jetzt wieder junge und alte Arbeiter, zusammen in einer einheitlichen Front im Kampfe gegen den drohenden Interventionskrieg gegen Sowjetrußland.“²⁰⁷ Geschke beendete sein Referat mit der Aufforderung: „(...) sorgt dafür, daß bei den Aktionen und den Aufgaben der Partei die Jugend an der Seite der Partei steht, daß die Jugend uns voran stürmt (...)“.²⁰⁸ Das von hier verwendete Bild des gemeinsamen Kampfes von Jung und Alt ist eher ungewöhnlich, da es eine gleichberechtigte Partnerschaft der Generationen suggeriert und nicht wie der gängige Topos der „Drei-Generationen-Familie“, in der Arbeiterkinder, Arbeiterjugendliche und Erwachsene Seite an Seite kämpfen, unterschwellig eine Vormachtstellung der Erwachsenen behauptet.

Die Jugendfrage wurde auch auf den folgenden Parteitag erörtert, ohne dass die Diskussionen an Qualität gewonnen hätten oder in der Praxis nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen gewesen wären. Die Partei verabschiedete immer wieder Resolutionen und verfasste Rundschreiben zum Thema, die jedoch weitgehend ohne Konsequenzen blieben.²⁰⁹ In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Forschungsarbeiten ostdeutscher Provenienz die Rolle

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 798.

²⁰⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 799 f.

²⁰⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/23, Bl. 800.

²⁰⁹ Vgl. auch das Rundschreiben des ZK der KPD von 1931 mit dem Titel „Die Verwirklichung der Beschlüsse der Komintern zur Unterstützung des Jugendverbandes“, SAPMO-BArch, Ry 1/I2/2/51, Bl. 15 ff. und das Rundschreiben „Die Durchführung der Jugendresolution des Parteitages“, SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/25, Bl. 49 ff.

Thälmanns bei der Durchsetzung der Prinzipien marxistisch-leninistischer Jugendpolitik in der KPD betonen.²¹⁰

Auf der Reichsparteikonferenz im Oktober 1932 beschäftigte sich die KPD zum letzten Mal mit der Jugendfrage, die sie aber auch in der Illegalität immer wieder thematisieren sollte.²¹¹

Thälmann, dem auf der 12. Tagung des EKKI 1932 die Anleitung des KJVD übertragen worden war,²¹² nannte die Jugend dort das „heiligste Gut der Partei“, das diese wie einen „Augapfel behüten“ müsse. Er forderte seine Parteigenossen dazu auf, ihre Ängstlichkeit gegenüber den unerfahrenen Jugendlichen abzulegen und sie stärker in die Arbeit einzubeziehen. Die Jugendfrage sei für die Partei keine Ressort-, sondern eine Überlebensfrage. Um den Wert des Jugendverbandes für die Partei zu illustrieren, benutzt Thälmann die Metapher eines Jungbrunnens: „Die Parteiarbeit kann nur gefördert werden, wenn frisches junges Blut in die Adern unserer Partei hineingepumpt wird.“²¹³

Beziehungsalltag: Partei und Jugend

Trotz aller offiziellen Verlautbarungen und Thälmanns Engagement in der Jugendfrage fristete der Jugendverband ein trostloses Dasein, das durchaus mit dem des Roten Frauen- und Mädchenbundes (RFMB),²¹⁴ zu vergleichen ist, dem es auch nicht gelang, aus dem Schatten der Partei zu treten. Frauen und Jugendliche wurden gleichermaßen ignoriert. Ihre Belange wurden zum Teil sogar gemeinsam verhandelt, so zum Beispiel von Ernst Thälmann auf dem Parteitag der KPD im Jahre 1927.²¹⁵ Thälmanns These, dass ebenso wenig wie von einer Geschlechterharmonie von einem Einvernehmen der Generationen die Rede sein könnte, ist

²¹⁰ Jahnke, Karl-Heinz: Zum Anteil Ernst Thälmanns an der Durchsetzung der Prinzipien marxistisch-leninistischer Jugendpolitik in der KPD, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 23 (1974), S. 143-148; derselbe: Ernst Thälmann und die Jugendpolitik.

Auch in den ausgewerteten Selbstzeugnissen wird Thälmann als Bindeglied zwischen Partei und Jugend beschrieben. Die Verfasser stellen ihre Begegnungen mit dem damaligen Parteivorsitzenden nachträglich als Einschnitt dar, der ihr weiteres politisches Leben maßgeblich geprägt habe. Hervorgehoben wird Thälmanns unpräzises Auftreten und sein Engagement für die Belange der Jugend. Offen bleibt, ob es sich bei der geradezu kultischen Verehrung lediglich um einen „Topos“ handelt, der versatzstückartig und unreflektiert in die Lebenserinnerungen eingeflossen ist. Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1094 Bd. 1, Bl. 1-25.

²¹¹ Vgl. Protokoll zur Jugendfrage vom Dezember 1933 und Sitzungsprotokoll des Polbüros vom April 1934 und vom Mai 1934, SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/14, Bl. 177 ff, SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/15, Bl.61 ff. und SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/15, Bl. 68 ff.

²¹² Jahnke: Anteil, S. 145.

²¹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/56, Bl. 198.

²¹⁴ Vgl. Arendt, Hans-Jürgen/Freigang, Werner: Der Rote Frauen- und Mädchenbund – die revolutionäre deutsche Frauenorganisation in der Weimarer Republik, in: BzG 21 (1979), S. 249-258.

²¹⁵ Vgl. „Partei und Jugend“, Diskussionsrede auf dem XI. Parteitag der KPD in Essen, zitiert in: Jahnke: Ernst Thälmann und die Jugendpolitik, S. 21-24.

grundsätzlich zuzustimmen.²¹⁶ Die Zusammenarbeit von Partei und Jugendverband verlief im Alltag alles andere als reibungslos. Die von Thälmann und anderen angestrebte Einheit der drei Generationen – Partei – Jugend – Kinderbewegung wurde nie realisiert.²¹⁷

Das Verhalten der erwachsenen Genossen gegenüber den Jugendlichen ließ auf sämtlichen Arbeitsebenen zu wünschen übrig. Nicht einmal die Parteizentrale kooperierte mit der Jugendzentrale. Das ZK des KJVD musste permanent darum kämpfen, über die Planungen der Partei informiert und in deren Arbeit einbezogen zu werden. Entgegen des Parteitagsbeschlusses weigerte sich die Redaktion der Roten Fahne 1921, eine Jugendbeilage zu schaffen.²¹⁸ Auf einer Sitzung der Jugendzentrale im November 1924 äußerte ein Funktionär sein Bedauern darüber, dass „die Leitung der Partei die Jugend nicht hören will“.²¹⁹ Ende 1925 beklagten sich die Jugendfunktionäre auf einer Sitzung der Plenarzentrale darüber, von den Erwachsenen nicht ernst genommen zu werden. Außerdem kritisierten sie, dass die Gehälter der Parteifunktionäre doppelt so hoch seien wie die der Jugendfunktionäre.²²⁰ Beschwerden wie die der Jugendzentrale, die darüber klagte, dass die Parteizentrale die Vertreter des KJVD grundsätzlich nicht zu ihren Sitzungen einladen würde, waren an der Tagesordnung. Dies sei umso ärgerlicher, als die Partei die Unterstützung des Jugendverbandes im bevorstehenden Wahlkampf erwarten würde, ohne die Jugendlichen jedoch in die Planungen einzubeziehen.²²¹

Auf einer erweiterten Kopfsitzung der Jugendzentrale im Februar 1925 hoben die Jugendfunktionäre hervor, dass sämtliche Funktionäre der Partei zur Zusammenarbeit mit der Jugend verpflichtet seien. Sie forderten die Jugendlichen auf, die Namen derer weiterzuleiten, die sich der Zusammenarbeit verweigerten: „Um dies konsequent durchzudrücken, müssen uns die Sekretäre und Zentralemitglieder über jeden Fall berichten, wo uns die Parteigenossen die Hilfe verweigern, damit wir es weiterleiten können an die Parteizentrale.“²²²

Konfliktstoff zwischen Partei und Jugend bot auch der anhaltende Mangel an kompetenten und gut eingearbeiteten Genossen. So stritten sich die KPD und die KJI beispielsweise von

²¹⁶ Mallmann: Kommunisten, S. 187.

²¹⁷ Ernst Thälmann: Einige Bemerkungen zur Arbeit des Jugendverbandes, Internationale, Juni 1932. SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/56, Bl. 210.

²¹⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/65, Bl. 2.

²¹⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/32, Bl. 30.

²²⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/23, Bl. 328.

²²¹ SAPMO-BArch, Ry 1/12/3/177, Bl. 34.

²²² SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/32, Bl. 69.

Mitte 1923 bis Anfang 1924 darüber, ob und wie viele Funktionäre die Jugend an die Partei abgeben müsse.²²³

Allem Anschein nach verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen der Partei- und der Jugendzentrale im Laufe der Jahre. Dies konstatierten zumindest die Jugendlichen auf einer Sitzung der Plenarzentrale im November 1925, ohne jedoch zu verschweigen, dass die Beziehungen zwischen Partei und Jugend auf der Bezirksebene weiterhin unverändert schlecht seien.²²⁴ Dort drohte nämlich ständig das Band zwischen Partei und Nachwuchsorganisation zu reißen. Im Februar 1925 wurde eigens eine Konferenz einberufen, an der die Parteizentrale und die Vertreter der Bezirke teilnahmen. Die Aussprache dokumentiert das Desinteresse und auch die grundsätzliche Unkenntnis der Parteivertreter über die Lage des KJVD in den jeweiligen Bezirken. Laut Protokoll war die Zusammenarbeit mit der Jugend in Niedersachsen „nicht sehr innig“²²⁵, in Hessen-Frankfurt arbeitete die Jugend „für sich“ und in Nordbayern bestand nur eine lose Verbindung.²²⁶ Aufschlussreich ist vor allem die Aussage des Parteivertreters aus dem Bezirk Ruhrgebiet, der über einen der mitgliederstärksten Bezirke des KJVD konstatierte: „Eine Jugendorganisation haben wir im Ruhrgebiet nicht. Es gibt wohl einzelne kleine Gruppen von Jugendgenossen, die von sich aber nicht behaupten können, dass sie die jugendlichen Proletarier erfassen.“²²⁷

Im Zentrum der Streitigkeiten auf der Bezirksebene stand meist das in den Satzungen festgeschriebene gegenseitige Vertretungsverhältnis. Wie gezeigt, bekräftigte nahezu jede Reichskonferenz und jeder Parteitag von neuem, wie wichtig und unverzichtbar die gegenseitige Vertretung für eine gute Zusammenarbeit sei. An der Basis lösten die erwachsenen Genossen die Absichtserklärungen der Parteitage aber nicht ein. Wie zahlreiche Beispiele belegen, mussten die Jugendlichen konstant darum kämpfen, überhaupt zu den Sitzungen der Partei eingeladen zu werden und mussten darauf drängen, dass die Parteivertreter umgekehrt ihren Einladungen Folge leisteten. Vor dem Hintergrund der „chaotischen Zustände“ stellte die KJD den Antrag, zum Parteitag der KPD jeweils fünf stimmberechtigte Delegierte, zu den Bezirkskonferenzen jeweils drei und zu den Unterbezirkskonferenzen jeweils zwei Delegierte entsenden zu können.²²⁸ Im November 1925 bat die Jugendzentrale explizit um die Zustim-

²²³ Vgl. Schriftwechsel des KJVD mit der KJI, SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/64, Bl. 7 ff.

²²⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/23, Bl. 303.

²²⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/2/5, Bl. 48 ff.

²²⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/2/5, Bl. 159 ff.

²²⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/2/5, Bl. 159.

²²⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 143.

mung, dass eines ihrer Mitglieder – wenn auch ohne Stimmrecht – an den Sitzungen der Parteizentrale teilnehmen durfte.²²⁹ Der KJVD Rheinsaar wandte sich im Oktober 1925 an die Jugend-Zentrale mit der Bitte um Klärung, wie viele Delegierte der Jugend berechtigt seien, an der Unterbezirkskonferenz der KPD im Bezirk Pfalz teilzunehmen. Da die Jugend im Gegensatz zur Partei den Brief des Exekutivkomitees der KI befürwortet habe, sei „das Verhältnis zwischen Jugend und Partei momentan kein gesundes“.²³⁰ Hätten früher drei Jugendvertreter an den Unterbezirkskonferenzen teilnehmen dürfen, so würde die Partei jetzt nur noch einen Vertreter zulassen. Die Jugend bat daher um eine Mitteilung, welche Regelung die Beschlüsse der Parteitage und des Weltkongresses vorsahen. Ferner wünschten sie eine Bestätigung der Auskunft durch die Parteizentrale, „damit wir eine entsprechende Handhabe besitzen“.²³¹ Im Dezember 1927 meldete der KJVD im Bezirk Pfalz „neue Differenzen mit der Partei“, die wiederum die Stärke der Jugenddelegation auf dem Bezirksparteitag betrafen. Die Partei weigerte sich, die drei gewählten Vertreter der Jugend anzuerkennen, da nach ihrem Dafürhalten der Jugend nur ein Delegierter zustehen würde. Die Pfälzer appellierten an die Zentrale, diese Angelegenheit umgehend zu klären: „Wir hoffen, dass ihr [die Jugend-Zentrale, B.K.] die Wichtigkeit dieser Geschichte einseht und entsprechend vorgeht.“²³²

Ebenso wenig hatten die Vertreter der Partei Interesse daran, an den Sitzungen des KJVD teilzunehmen. Nach erbitterten Auseinandersetzungen rang sich die Parteizentrale im Oktober 1929 dazu durch, einen Parteigenossen permanent für die Arbeit im KJVD abzustellen.²³³ Auch die Delegierten der Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend des Saargebiets protestieren „gegen das mangelnde Interesse und den Willen zur Zusammenarbeit seitens der Parteileitung, was sich auf unserem Jugendtag und der Bezirkskonferenz, zu der die Partei noch nicht mal trotz Einladung einen Vertreter geschickt hat, wieder aufs Neue bewiesen hat.“²³⁴ Die Danziger Jugend monierte wiederum die Ignoranz des eigens von der KPD-Bezirksleitung für die Sitzungen der Jugendbezirksleitung abgestellten Genossen. Dieser habe sich bei der Jugend seit Monaten nicht mehr blicken lassen, so das Schreiben der Jugendbezirksleitung.²³⁵ Die Delegierten der Bezirkskonferenz Mittelrhein verfassten im Juni 1924 einstimmig ein Protestschreiben an die Bezirksleitung der Partei, in dem sie das „mangelnde

²²⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/5/14, Bl. 7.

²³⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 192.

²³¹ Ebenda. Zwei Jahre später bat der KJVD Pfalz erneut um die Klärung dieser Frage.
Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 194.

²³² Ebenda.

²³³ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/9, Bl. 158.

²³⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 216.

²³⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/3/177, Bl. 14.

Interesse und den Willen zur Zusammenarbeit seitens der Parteileitung“ scharf kritisierten. Trotz einer Einladung habe die Partei erneut keinen ihrer Vertreter zur Bezirkskonferenz der Jugend entsandt. Die Jugend habe sich mehrfach vergeblich um ein „fruchtbares Zusammenarbeiten“ bemüht, so dass die Delegierten für den Fall, dass „dieses für beide Teile gleich ungesunde Verhältnis weiterbestehen“ bleibe, gezwungen seien, die Parteizentrale zwecks Regelung desselben einzuschalten.²³⁶ Angesichts dessen, dass sich die Parteivertreter in der Regel noch nicht einmal genötigt sahen, an den Bezirkskonferenzen der Jugend teilzunehmen, ist die Aufforderung der Bezirksleitung des KJVD Südbayerns an die Vertreter der Partei im Juni 1930, ihrer „Ehrenpflicht“ nachzukommen und an der Gedenkkundgebung für Eugen Levinè, dem Führer der bayerischen Räterepublik, mitzuwirken, als wenig aussichtsreich einzuschätzen.²³⁷

Häufig wandten sich die jeweiligen Jugendbezirksleitungen mit der Bitte um Vermittlung an die Jugendzentrale, die jedoch kaum über Einfluss verfügte. Selbst ihre Drohung die Parteizentrale einzuschalten, dürfte wenig wirkungsvoll gewesen sein. Dabei argumentierten die Jugendlichen in der Regel sehr geschickt. Sie waren häufig über die theoretischen Beschlüsse der Partei weit besser informiert als die Erwachsenen. Der KJVD kämpfte in Schlesien beispielsweise gegen die Unkenntnis der Genossen, die 1923 darauf drängten, dass die Jugend ihre organisatorische Selbständigkeit aufgeben sollte. Selbstbewusst und „theoriegeleitet“ lehnten die Jugendfunktionäre dieses Ansinnen mit dem Hinweis auf die Beschlüsse des II. Weltkongresses der KI und der KJI ab.²³⁸

Auch im Bezirk Berlin-Brandenburg beklagten die Jugendlichen die unzureichende Kooperationsbereitschaft der Partei. Die Jugendbezirksleitung beschrieb im März 1923 ihre Verbindung mit der Partei als schlecht. Die Jugend sei weder in die praktische Arbeit noch in die theoretischen Diskussionen der Partei eingebunden.²³⁹ Wenig später lehnte das Organisationsbüro der KPD ohne jede Begründung die Bitte der Jugendleitung ab, ihr über Weihnachten einen Sitzungssaal zur Durchführung eines viertägigen Bildungskurses zur Verfügung zu stellen.²⁴⁰ In einigen strittigen Fragen schaltete die Berliner Jugendbezirksleitung sogar die Parteileitung zur Vermittlung ein. So weigerte sich die Redaktion der Roten Fahne, dem KJVD eine Jugendbeilage einzuräumen. Im November 1926 verlangten die Jugendlichen daher in

²³⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 216.

²³⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 112.

²³⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 86.

²³⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 21.

²⁴⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 218.

einer Protestresolution, „dass die Partei eingreift und der Jugendorganisation zu ihrem Recht verhilft.“²⁴¹ Angesichts der Aktenlage stellt sich die Arbeit der Berliner Jugendbezirksleitung ohnehin als sehr professionell dar. Die Jugendlichen bemühten sich immer wieder um Absprachen mit der Partei und um die Koordination von Veranstaltungen und Kampagnen. Umso empörter waren die Jugendfunktionäre, wenn sie von den Erwachsenen nicht ernst genommen wurden. 1926 beantragte der Berliner KJVD die Einsetzung eines Schiedsgerichtes gegen den KPD-Bezirksverordneten Otto Bachmann, der die Partei auch im Stadtrat vertrat.²⁴² Dieser habe sich nicht für die Belange einer Delegation kommunistischer Jugendlicher eingesetzt, sondern sie vielmehr abgewimmelt, lautete der Vorwurf: „Der Genosse Bachmann sieht weiter seine Funktion darin, Delegationen der erwerbslosen Jugendlichen aus den Tagesheimen schlimmer wie ein Bürgerlicher abzufertigen. Die Teilnehmer des Jugendheimes forderten in einer Resolution Verbesserung des Essens, was mit Soda gekocht wird, Lieferung von Milch und Kakao, statt schwarzen Kaffees, und protestieren darin, daß einige kommunistische Bücher entwendet worden sind, ohne dass die Heimleiter sich darum kümmerten, und sogar erklärten, daß dieser Dreck ruhig fehlen könne. Bachmann und Stadtrat Bösel, 1. Bezirk, die diese Delegation empfangen, sahen ihre Aufgabe darin, die jugendlichen Erwerbslosen zu beruhigen und mit den Bürgerlichen zusammen sie so schnell wie möglich wieder los zu werden, ohne sie tatsächlich richtig angehört zu haben und ihre Forderungen aufzugreifen. Unter den Jugendlichen der Tagesheime ist berechtigte Empörung, da Bachmann und Bösel als Kommunisten bekannt sind.“²⁴³ Der Ärger der Jugend über das Verhalten ihres vermeintlich Verbündeten ist umso nachvollziehbarer, als dass ihr Vorgehen sich an den Empfehlungen der Zentrale orientierte.

Wie wirkungslos die Beschwerden der Jugendlichen letztendlich blieben, beweist beispielsweise die Auseinandersetzung zwischen Jugend und Partei im Bezirk Württemberg. Dort hatte die Partei angeblich aus Platzgründen dem KJVD den Gruppenraum entzogen. Empört ersuchten die Jugendlichen die Berliner Zentrale um Hilfe. Im Mai 1928 wandte sich das ZK der Jugend daher an das ZK der Partei mit der Bitte, „daß derartige rigorose Maßnahmen nicht durchgeführt werden, sondern im Gegenteil der Jugend mehr Platz angewiesen wird.“²⁴⁴ Auf Anfrage des ZK der Partei behauptete die Bezirksleitung der KPD Württemberg wiederum, die Jugendlichen seien unzuverlässig und würden die Arbeit der Partei behindern. Die

²⁴¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 224.

²⁴² Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²⁴³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 220.

erwachsenen Genossen gingen mit folgender Erklärung in die Offensive: „Dass die Jugend für das Bestreben der Partei B.L. [Bezirksleitung, B.K.] hier die größte Ordnung zu halten, kein Verständnis hat, mußten leider unsere Parteisekretäre wiederholt erfahren, die selbst von Jugend-B.L.-Mitgliedern verhöhnt wurden, als sie daran erinnerten, daß das Parteibüro keine Wärmestube und kein Lesezimmer, auch kein Aufenthaltsraum und auch kein Raum für Massenveranstaltungen sei.“²⁴⁵ Parteizentrale und Bezirksleitung einigten sich dahingehend, dass die Partei der Jugend kurzfristig eine Ersatzunterkunft vermitteln und langfristig für eine Unterbringung im Parteihaus Sorge tragen müsse. Diese Regelung akzeptierte wiederum die Jugend nicht. Die Jugendlichen wandten sich in dieser Angelegenheit an den Mitte Juni tagende Bezirksausschuss: „Nachdem unsere bisherigen Beschwerden bei der Geschäftsleitung und Parteileitung ohne Erfolg blieben, wenden wir uns an den Bezirkstag mit dem Ersuchen der Parteileitung den strikten Auftrag zu erteilen, der Jugend ein Büro zu verschaffen. Sollte dieser Mißstand weiter bestehen, so lehnen wir als Jugend jede Verantwortung ab, die das Zusammenarbeiten der Jugend und der Partei erschweren könnte.“²⁴⁶ Wie der Streit um die Raumfrage letztendlich gelöst wurde, ist nicht belegt. Die Auseinandersetzung zeigt aber deutlich, dass die erwachsenen Genossen vor Ort weit davon entfernt waren, die Jugendlichen als gleichberechtigte Partner zu behandeln.

Argumentativ geschickt gingen die Jugendlichen der Bezirksleitung Mittelrhein bei ihrer Beschwerde im Januar 1927 über die mangelnde Kooperationsbereitschaft der erwachsenen Genossen vor, in dem sie die Parteitagsbeschlüsse anführten: „Während auf allen Weltkongressen, Exekutiv-Sitzungen hingewiesen wird auf die ungeheuer wichtige Rolle eines Kräfte-reservoirs aus dem jugendlichen Proletariat u. auch der Genosse Stalin in seinem Buche „Probleme des Leninismus“ ein ganzes Kapitel den Aufgaben den Jugendverbandes widmet, fehlt unserer Ansicht nach die Verwirklichung dieser Theorie durch die Parteiorgane.“²⁴⁷ Die Beziehung zwischen Jugend und Partei sei im Bezirk rein „platonisch“. Zudem seien die Jugendlichen zukünftig nicht länger in der Lage, ihre Arbeit ausschließlich aus eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten. Sie forderten einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 60 RM sowie die Entsendung von Parteivertretern zu ihren Sitzungen. Ausdrücklich wurde die Be-

²⁴⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 62.

²⁴⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 64.

²⁴⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 18.

²⁴⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 236.

zirksleitung dazu aufgefordert, zukünftig dafür Sorge zu tragen, dass die Ortsgruppen dem Jugendverband mehr Interesse entgegenbrächten.²⁴⁸

Auch die Jugend des Bezirks Südbayern führte einen zähen Kampf um die Anerkennung ihrer Arbeit. Im Januar 1930 illustrierten die Jugendlichen ihre Kritik anhand der Situation der Ortsgruppen Straubing, Rosenheim und Ingolstadt. Dort seien die Jugendlichen mehrheitlich in die Partei eingetreten, so dass der Jugendverband nun am Boden läge. Die Jugend sei natürlich bereit, periodisch Kräfte an die Partei abzuführen – heißt es in dem Schreiben – aber es gehe nicht an, dass die Partei den Jugendverband vollständig schlucken würde. Die Diskussion mit den jeweiligen KPD-Ortsvorsitzenden habe gezeigt, dass von ihrer Seite weder Hilfe noch Verständnis zu erwarten sei. Die Jugendlichen klagten nun die Unterstützung der Jugendbezirksleitung ein. Diese sollte die Parteileitung dazu zwingen, die Jugend beim Wiederaufbau einer Jugendgruppe zu unterstützen, andernfalls müsse man den Parteivorstand informieren.²⁴⁹ Das Beispiel aus Südbayern war scheinbar kein Einzelfall. Auch aus Ostpreußen berichtete ein Instrukteur ironisch, dass die Zusammenarbeit mit der Partei dort so gut gewesen sei, dass die Jugend als solche nicht mehr existiere, sondern vollständig von der Partei geschluckt worden sei.²⁵⁰

Entgegen aller offiziellen Verlautbarungen war der KJVD also ein ungeliebtes Kind der Partei. Vielfach kompensierten die Jugendlichen die Ignoranz der Erwachsenen damit, dass sie sich weitaus linientreuer als diese gaben und mit Argusaugen über die Reinheit der Lehre wachten. Mallmann erklärt dieses Verhalten mit dem Hinweis, dass die jungen Kommunisten im Gegensatz zu ihren Vätern nicht dazu gezwungen waren, in den Gemeinde- oder Stadträten Kompromisse einzugehen.²⁵¹ Seine Argumentation leuchtet grundsätzlich ein, berücksichtigt jedoch nicht, dass diese Tendenz in sämtlichen parteipolitischen Jugendorganisationen zu finden war: „In allen Fällen gilt: Parteijugend beanspruchte, Hüter der reinen Lehre zu sein, das Parteiprogramm vor vermeintlichen Abweichungen und Verfälschungen, die man dem politischen Pragmatismus der Mutterpartei anlastete, in Schutz zu nehmen. Dieser Dogmatismus bezog sich aber in der Regel nicht auf das differenzierte Gesamtbild der jeweiligen Partei. Er zielte entweder nur auf das ab, was der Jugendverband als Kern der Programmatik, als

²⁴⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 237.

²⁴⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 109.

²⁵⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/77, Bl. 36.

²⁵¹ Mallmann: Kommunisten, S. 188.

die eigentliche Botschaft verstand. (...) Oder der Dogmatismus bezog sich auf den linken Flügel der Mutterpartei, dem sich die Demokratische wie die Zentrumsjugend – und im Vergleich dazu: die Jungsozialisten – verpflichtet fühlten.²⁵²

Zu Recht bescheinigt Mallmann den Jugendlichen einen ausgesprochenen „Wortradikalismus“.²⁵³ Aufgrund der vollständigen Anpassung an die Rhetorik der Älteren ist es nahezu unmöglich, hinsichtlich Stil und Duktus zwischen der KPD und dem KJVD zu unterscheiden. Das bisher gezeichnete Bild, in dem mehrheitlich die erwachsenen Genossen für die fehlende Kooperation verantwortlich gemacht werden, ist insofern ergänzungswürdig, als dass die oft altkluge Haltung der Jugendlichen die Arbeitsatmosphäre sicher nicht förderte. So brüstete sich das ZK des KJVD in einer Resolution über die Niederlage der KPD im Oktober 1923 damit,²⁵⁴ weitaus angemessener als die Partei reagiert zu haben: „Ohne die Rolle der Komm. Jugend zu überschätzen, stellt die Plenarzentrale fest, dass nach dem Rückzug die KJ sich viel disziplinierter und aktiver als manche Parteiorganisation gezeigt hat.“²⁵⁵ Während die Partei in eine depressive Stimmung gefallen sei, habe der Jugendverband seine Arbeit während der Illegalität fortgesetzt.

Im August 1925 wandte sich der Jugendfunktionär „Wilhelm“ an das Politische Büro der KPD. In seinem Schreiben hob er anerkennend hervor, dass die KPD auf der Jugendkonferenz in Westsachsen mit einer Delegation von fünf Parteigenossen außergewöhnlich gut vertreten war. Anlass zur Beschwerde bot also nicht wie üblich die Abwesenheit der Parteivertreter, sondern deren politische Haltung: „Leider mußten wir jedoch feststellen, daß der offizielle Parteivertreter im Jugendverband, der Genosse Preisser, auf der Bezirkskonferenz gegen die Ausführungen unseres Zentrale-Vertreters im ultralinken Sinne polemisierte. Wir halten es für das selbstverständliche Recht eines jeden Genossen, seine Meinung offen zu sagen. Es ist aber unmöglich, daß der offizielle Vertreter der Partei im Jugendverband einen der Parteilinie entgegengesetzten Standpunkt vertritt. Wir ersuchen Euch darum, daß Ihr die notwendigen Schritte unternimmt, daß in Zukunft in Westsachsen ein Parteivertreter zum Jugendverband delegiert wird, der wirklich auf dem Boden der Parteilinie steht und nicht im Jugendverband ultralinke Fraktionsarbeit leistet, wie man das auf dieser Konferenz leider feststellen mußte.“²⁵⁶

²⁵² Krabbe: Zukunft, S. 318.

²⁵³ Mallmann: Kommunisten, S. 188.

²⁵⁴ Siehe Rudolph, Karsten: Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: IWK 32 (1996), S. 484-519.

²⁵⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 116.

²⁵⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 62.

In einem anderen Fall mussten sich Funktionäre der KPD auf einer Konferenz 1925 die Klage eines vorlauten Jugendlichen aus Danzig gefallen lassen, der vom zähen Ringen der Jugend berichtete, die Partei auf den richtigen politischen Kurs zu bringen: „Die Jugend hat festgestellt, daß die Partei im Bezirk sehr schwere opportunistische Fehler gemacht hat. Dadurch, daß die Jugend den Antrag stellte, den Parteisekretär abzusetzen, setzte eine scharfe Opposition gegen die Jugend ein. Heute hat die Parteizentrale den Parteisekretär abgesetzt.“²⁵⁷

Ähnlich harsch kanzelte die Jugendleitung des Bezirks Berlin die Stellungnahme der Erwachsenen zu den Berliner Unruhen vom Mai 1929 als „mangelhaft“ ab.²⁵⁸ Im Gegensatz zur Partei, die sich mit ihrer Erklärung, dass jede Kritik an den Barrikadenkämpfen der Arbeiter ein Verrat am Proletariat sei, ausdrücklich hinter die Arbeiter stellte, vertrat der Jugendverband die Ansicht, dass die Zeit für einen bewaffneten Kampf noch nicht reif gewesen sei.²⁵⁹

Das selbstbewusste und manchmal forsche Auftreten der Jugendlichen wurde möglicherweise von den erwachsenen Genossen, die im Kaiserreich aufgewachsen waren, als Provokation empfunden und mag sie in ihrem Unwillen, mit der Jugend zusammenzuarbeiten, sogar noch bestärkt haben.

²⁵⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 18.

²⁵⁸ Siehe dazu: Kurz, Thomas: Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner „Blutmai“ von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe, in: IWK 22 (1986), S. 297-317; derselbe: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988.

²⁵⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 66.

2.6. Arbeitsfelder

In seinem Bericht von 1931 fasst der damalige Berliner Polizeipräsident die Aufgaben des KJVD präzise zusammen: „Der K.J.V.D. soll das große Reservoir der K.P.D. bilden, aus dem sie immer neue Mitglieder gewinnen will. Der K.J.V.D. ist daneben die Schule der KPD zur Heranziehung und Heranbildung von Funktionären“.²⁶⁰

Theoretisch sollte der Jugendverband eine Brücke zwischen der Weimarer Jugend und der KPD schlagen. Aus der Perspektive der Partei war seine wichtigste Aufgabe die, der Partei zuverlässige und gut geschulte Mitglieder zuzuführen. Um den Kräftemangel in den Spitzengremien der Partei zu beheben, sollte der KJVD qualifizierte Parteikader heranziehen. Weiterhin erwartete die Partei zahlreiche Hilfeleistungen vom Jugendverband.

Das Jugend-ZK hatte die Anforderungen so weit internalisiert, dass ihr jegliche Trennschärfe zwischen Fremdzuschreibung und Selbstbild abhanden gekommen war, es die Erwartungen der Partei vollständig übernommen hatte und an die Bezirke weitergab.

Seinem Selbstverständnis nach war der Verband ferner die Interessenvertretung der Arbeiterjugend, als deren „Sprachrohr“ er sich verstand. Damit besetzte der Verband ein Arbeitsfeld, dessen Bedeutung für die Partei sekundär war und dessen Bearbeitung dem KJVD allein oblag.

2.6.1. Nachwuchsreservoir

Bereits auf dem Reichkongress der KJD 1921 in Halle formulierte die KPD ihre Erwartung an die kommunistische Jugendbewegung. Diese müsse die Kraft der Partei steigern, indem sie ihre Mitglieder an die Partei abgebe.²⁶¹ Der KJVD müsse die kommunistische Jugend bilden und fördern. Er habe die Aufgabe, den Jugendlichen solide Grundkenntnisse in Theorie und Praxis des Sozialismus zu vermitteln und sie auf ihre Mitgliedschaft in der Partei vorzubereiten. Ziel des KJVD müsse es sein, „jedes Mitglied mit dem Gefühl zu durchdringen, Soldat und verantwortliches Mitglied der KPD zu sein“.²⁶² Der Jugendverband bestätigte seinerseits

²⁶⁰ BArch, R 134/86, Bl. 238.

²⁶¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 46.

²⁶² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 95.

den Auftrag feierlich, in dem er die „Abgabe der älteren Mitglieder an die Partei, um dieser immer neue Kämpfer zuzuführen“²⁶³ zusagte.

Zwei Jahre später verliehen die Delegierten des 3. Parteitages der KPD erneut ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich der Jugendverband für die Partei zu einem unerschöpflichen Nachwuchsreservoir entwickeln würde: „Zur Behebung des Kräftemangels drückt die Partei ihre Erwartung aus, daß die Kommunistische Jugend außer der aktiven Arbeit zur Gewinnung der Arbeiterjugend für die Partei auch ihre eigenen Mitglieder, die über 20 Jahre alt sind und in der Kommunistischen Jugend die genügende kommunistische Schulung haben, der Partei zuführt.“²⁶⁴ Zudem waren spätestens seit 1924 diejenigen Mitglieder des KJVD, die 20 Jahre und älter waren, verpflichtet, der KPD beizutreten. Der Jugendverband führte 1925 sogar eine Kampagne durch, bei der überprüft wurde, ob die Verordnung tatsächlich umgesetzt wurde. Geplant war die in Betracht kommenden Jugendlichen in Gruppen zusammenzufassen, damit sie gemeinsam in den jeweiligen KPD-Ortsgruppen aktiv werden konnten.²⁶⁵

Trotz der schlechten Quellenlage kann davon ausgegangen werden, dass es dem KJVD nie gelang, diese Selbstverpflichtung erfolgreich einzulösen und den Erwartungen der Partei gerecht zu werden. Die Hoffnung der KPD, im Jugendverband ein nie versiegendes Nachwuchsreservoir zu haben, erfüllte sich nicht. Frustriert konstatierte der Jugendgenosse „Erich“ auf einer Sitzung der Bezirksleitung in Düsseldorf im Februar 1925, dass es dem Verband nicht gelungen sei, die Jugendlichen langfristig an sich zu binden: „Wir haben nicht einmal so viel erreicht, daß wir sie nach Verlassen der Organisation in der Partei haben verankern können.“²⁶⁶

Neben den Mitgliederzahlen des Verbandes,²⁶⁷ die ohnehin immer weit hinter den Erwartungen zurückblieben, belegt auch die Reichskontrolle der KPD von 1928 das Scheitern des KJVD in dieser Hinsicht. Demnach kamen nämlich nur 4,82 % der Mitglieder der KPD aus der Jugend. Nicht genug, dass die Erfolgsquote beim eigenen Nachwuchs sehr gering war: Zu allem Übel waren 2,25 % dieser Jugendlichen vorher Mitglied der SAJ gewesen. Nur bei 2,57 % der Jugendlichen handelte es sich also um junge Genossen aus den eigenen Reihen.²⁶⁸

1930 gestand der KJVD gegenüber der KJI unumwunden sein Scheitern ein: „Als eine ernste Erscheinung muß noch beachtet werden, daß nur ein ganz geringer Teil der von uns gehenden

²⁶³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 96.

²⁶⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I1/1/15, Bl. 23.

²⁶⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 315.

²⁶⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 109 f.

²⁶⁷ Vgl. Kap. 3.1.: Mitgliederentwicklung, Fluktuation und Kassierung.

²⁶⁸ Kaasch: Struktur, S. 1064.

Genossen zur Partei stoßen. Wir haben die Altersstufe von 22 – 26 sehr wenig. Aber auch die Partei erfaßt diese Altersstufe schwach.²⁶⁹ Die Gründe, die die Verbandsleitung für ihr Versagen anführte, waren dieselben, mit denen sie auch die niedrigen Mitgliederzahlen entschuldigte. Die Mehrheit der Jugendlichen sei nicht an politischen Fragen interessiert. Die Jungarbeiter seien „vor allem bei den Sportlern und auch auf dem Tanzsaal zu finden.“²⁷⁰ Erfolge könne man dann erwarten, wenn sich die Jugendarbeit stärker auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einstellen würde, hieß es selbstkritisch. So sei beispielsweise die Resonanz auf den „Aufmarsch der Sportler am Reichsjugendtag in Leipzig und am 1. Mai in Berlin“ äußerst positiv gewesen. Beide Veranstaltungen hätten bewiesen, dass es grundsätzlich möglich sei, „auch diese Schichten von Jugendlichen zu aktivieren.“²⁷¹

Als Nachwuchslieferant taugte der KJVD offensichtlich nicht. Zudem war es ein offenes Geheimnis, dass nicht einmal die Kinder führender Parteifunktionäre Mitglied des Jugendverbandes waren.²⁷² So forderte die Bezirksleitung des KJVD Südbayern im Dezember 1929 die Partei auf, dafür zu sorgen, „dass die Partei BL [Bezirksleitung, B.K.] auf eigene Initiative eine Kontrolle in der gesamten Partei durchführt, aus welcher man ersehen kann, welche Genossen Kinder und Jugendliche haben, die dem JSB und der KJV [Jung-Spartakusbund und Kommunistische Jugendvereinigung, B.K.] zugeführt werden können.“²⁷³

2.6.2. Kaderschmiede

Wenngleich der KJVD als Nachwuchslieferant offensichtlich versagte, so konnte er sich doch immerhin als Kaderschmiede profilieren. Der Verband hatte eine äußerst rege und vielgestaltige Bildungsarbeit, die zwischen Mitgliedern, Funktionären und Spitzenkadern differenzierte. Die Bildungsarbeit im KJVD war nie ausschließlich theoretisch angelegt. Die Ausbildung zum Klassenkämpfer maß der aktiven Teilnahme am politischen Kampf ebenso viel Gewicht bei wie dem Studium der marxistisch-leninistischen Klassiker. Edwin Hoernle, der für die Bildungsarbeit der Partei zuständig war, hatte bereits 1921 auf dem Reichskongress der KJD den Rahmen der Bildungsarbeit abgesteckt: „Die Masse entwickelt sich instinktiv zur marxistischen Denkweise. Und die Massen schreiben keine Bücher, sie handeln. Daraus ergibt sich die Tatsache, wirkliche revolutionäre kommunistische Bildungsarbeit kann nur geleistet wer-

²⁶⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 159.

²⁷⁰ Ebenda.

²⁷¹ Ebenda.

²⁷² Vgl. Mallmann: Kommunisten, S. 188.

²⁷³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 108.

den in engstem organischem Zusammenhang mit dem wirklichen kommunistischen Kampf. (...) Für uns Kommunisten existieren gar keine Gegensätze zwischen Bildungsarbeit und Kampfarbeit.“²⁷⁴

Theoretisch begann die Nachwuchsförderung bereits in den Kommunistischen Kindergruppen, um dann im Kommunistischen Jugendverband fortgeführt zu werden. Allerdings waren Jugendliche, die in einer solchen Kindergruppe bereits mit den Grundzügen des Kommunismus vertraut gemacht wurden, in der Minderheit. Die Mehrheit der Jugendlichen musste zunächst einmal mit den Grundlagen des kommunistischen Weltbildes, der Geschichte der Arbeiterbewegung und den Aufgaben der Internationalen, der KPD und des Jugendverbandes vertraut gemacht werden. Die Zentrale betonte immer wieder die Bedeutung dieser Aufgabe. Sie führte die Fluktuation im Verband zum Teil darauf zurück, dass die neuen Mitglieder schnell ihren anfänglichen Enthusiasmus verlieren und ihnen der unerlässliche lange Atem und die Einsicht in die Notwendigkeit der Routinearbeiten fehlen würde. Nicht nur die Neuzugänge, sondern auch die Alteingesessenen zeigten massive Bildungsdefizite, so dass die Zentrale schließlich konstatieren musste, in der Vergangenheit nicht ausreichend die politischen und praktischen Grundlagen der Arbeit vermittelt zu haben.²⁷⁵ Im Juli 1924 stellte die Zentrale angesichts des Mitgliederrückgangs nach der Niederlage im Oktober 1923 fest, dass die Bildungsarbeit es versäumt habe, die Mitglieder ausreichend ideologisch zu festigen und sie geistig auf den Bürgerkrieg vorzubereiten. Viele Mitglieder seien „nur rein gefühlsmäßig mit der Bewegung verbunden“ und es sei nicht gelungen, sie „zu wirklich bewußten Kommunisten zu machen.“²⁷⁶ Zukünftig müsse die Bildungsarbeit daher stärker tagespolitische Fragen aufgreifen und in einem weiteren Schritt auf die grundsätzlichen Zusammenhänge zu sprechen kommen. Falsch verstandene Bildungsarbeit berge, so die Zentrale in einem Rundschreiben im Februar 1925, grundsätzlich die Gefahr, zum „Bildungsfimmel, d.h. ins fruchtlose Theoretisieren“ abzugleiten.²⁷⁷ Stellte man keine Anbindung an aktuelle tagespolitische Zusammenhänge her, stand man ohnehin immer im Verdacht, in den Dunstkreis des verhassten „Intellektualismus“ abzugleiten.

Zur ideologischen Festigung neuer Mitglieder beschloss 1930 das Plenum des Zentralkomitees Einführungskurse und Elementarschulungen anzubieten. Theoretische und praktische Fragen sollten darin verschmelzen.

²⁷⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 36.

²⁷⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 17.

²⁷⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 171.

²⁷⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 68.

Überliefert sind die Vorgaben zu einem zweiteiligen Einführungskurs. Der inhaltlich überladene Arbeitsplan überforderte vermutlich Lehrende und Lernende gleichermaßen. Anhand der Diskussion der Fragen „Was ist Kapitalismus?“ und „Welche Entwicklung nimmt der Kapitalismus und wohin führt er?“ sollten die Teilnehmer in die ideologischen Grundlagen eingeführt werden. Weiterhin waren Arbeitseinheiten zu den Themen „Die Faschistische Diktatur – Der Kampf der werktätigen Jugend – Die Diktatur des Proletariats“ vorgesehen. Die beiden folgenden Unterrichtsabende waren den Zielen und Aufgaben des KJVD und der Analyse der aktuellen politischen und sozialen Lage gewidmet. Die Jugendlichen sollten verstehen, dass der Kommunismus darauf abzielt, „die Welt von Grund auf zu verändern“.²⁷⁸ Im Anschluss an diese theoriegeleitete Einführung waren zwei Abende geplant, bei denen die Aufgaben und die Arbeitsweisen des Jugendverbandes im Mittelpunkt standen. Zunächst sollte eine grundsätzliche Definition der Aufgaben des Jugendverbandes erarbeitet werden. Auch hier gab die Zentrale Zielformulierungen vor: „Der KJV allein kann die Klassenorganisation der proletarischen Jugend darstellen, weil er allein es ist, der unter Leitung der Kommunistischen Partei die Jugend gegen den Kapitalismus mobilisiert und führt. (...) Er ist die Massenschule des Kommunismus, in dem die Jugendlichen vor allen Dingen durch den alltäglichen Kampf gegen Kapitalismus geschult werden. Er bildet die Reserve der Partei, aus welcher dieselbe neue Kräfte schöpft, in welcher die jungen Kämpfer für die Partei herausgebildet und geschult werden.“²⁷⁹ Verbandsaufbau und Arbeitsweise wurden vorgestellt ebenso wie die Verpflichtung zur Disziplin und zur „bolschewistischen Selbstkritik“ angemahnt wurden. Abschließend stand das Verhältnis von Partei und Jugendverband auf dem Programm, wobei der Führungsanspruch der Partei hervorgehoben wurde. Solchermaßen gewappnet, gingen die neuen Mitglieder dann in den Verbandsalltag. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass ein derartiger Kompaktkurs in „Theorie und Praxis“ des KJVD kaum die erwarteten Früchte trug. Vermutlich waren die Jugendlichen von dem Programm hoffnungslos überfordert. Nach der Einschätzung der Weimarer Behörden und der zeitgenössischen Jugendforscher waren kommunistische Jugendliche allenfalls in der Lage, die Thesen der Partei herunterzubeten. Nach ihrer Beobachtung wiederholten sie in Diskussionen immer wieder dieselben Argumente, ohne diese an die Diskussion anbinden oder auf Gegenargumente eingehen zu können.²⁸⁰

²⁷⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/57, Bl. 243.

²⁷⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/57, Bl. 252.

²⁸⁰ Vgl. z.B. die zeitgenössische Beobachtung Curt Bondys, die tendenziell von den Behörden bestätigt wurde: „Im allgemeinen pflegen die proletarischen Jugendlichen viel früher und viel mehr als die bürgerlichen, Versammlungen zu besuchen, in denen sie oft auch selbst sprechen; infolgedessen sind sie der bürgerlichen Jugend im Sprechen auch meist weit voraus. Aber man darf sich auch nicht verblüffen lassen, denn bei einigen, die öfters sprechen, wird man feststellen, daß sie meist das Gleiche sagen; sie verstehen es gut, das Thema

Die Verbandsleitung setzte voraus, dass sich die Jugendlichen im Selbststudium weiter in die Fragen des Marxismus-Leninismus einarbeiteten und sie sich durch die Lektüre der „Jungen Garde“ über tagespolitische Fragen auf den Laufenden hielten. Mit der Reihe „Bibliothek der jungen Leninisten“ standen ihnen seit 1925 zudem Klassiker wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ oder die Schriften Lenins „Staat und Revolution“ und „Der linke Radikalismus“ in preiswerten Übersetzungen zur Verfügung. Weiterhin gab das Exekutiv-Komitee der KJI die Broschüre „Das Politische Grundwissen des Jungen Kommunisten“ heraus, die einen fundierten Einstieg in Theorie und Praxis der Bewegung bot. Zur Fortbildung der Funktionäre wurde seit 1924 die Monatszeitschrift „Der Bolschewik“ herausgegeben.²⁸¹

Das Bildungsressort des KJVD war äußerst umtriebig und entwickelte differenzierte Angebote, die sich an unterschiedliche Adressatengruppen wandten. Die so genannten „Massenschulungen“ sollten das ideologische Niveau der Basis heben, während die Funktionärsschulungen stärker an der Praxis ausgerichtet waren. So durchliefen beispielsweise allein in der Arbeitsperiode vom Februar bis zum September 1928 mehr als 600 Funktionäre eine grundlegende theoretische und praktische Schulung. Zusätzlich führte das Bildungsressort in dieser Periode zahlreiche Grundwissenskurse und Wochenendschulungen durch, die sich an die Basis wandten. Weitere Kurse setzten sich mit speziellen Fragen wie Agitation, Propaganda oder Gewerkschaftsarbeit auseinander.²⁸²

Schulung der Funktionäre

Für die Ausbildung der Funktionäre standen nur begrenzt Schulungsplätze zur Verfügung. Ferner waren die Schulungen für den Verband finanziell sehr aufwändig, so dass der Teilnehmersauswahl große Bedeutung beigemessen wurde. So forderte beispielsweise die Zentrale die Bezirke 1925 auf, jeweils zwei Teilnehmer für die geplante Schulung vorzuschlagen. Die letztendliche Auswahl der Teilnehmer behielt sich die Verbandsleitung nach eingehender Prüfung vor. Die Zentrale ermahnte die Bezirke, ihre Vorschläge sorgfältig zu überprüfen: „Wir haben in den letzten Jahren mit Teilnehmern an Parteischulen usw. nicht immer gute Erfahrungen gemacht. Umso mehr müssen wir darauf achten, daß nur wirklich gute, aktive und

durch einige Verbindungssätze auf ihr Gebiet zu lenken, um dann ihre Rede wie eine Grammophonplatte abzurollen, allerdings spielen hier auch oft bewußt taktische Gründe mit.“ Bondy, Curt: Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse. Ein methodischer und psychographischer Beitrag zur Jugendkunde, Diss. Hamburg 1921 (Neudruck Münster 1987), S. 42.

²⁸¹ Jahnke: Geschichte, S. 371.

²⁸² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/56, Bl.27.

entwicklungsfähige Genossen ausgewählt werden, von denen wir die Gewähr haben, daß sie tatsächlich nach der Schule aktiv in den Bezirken weiterarbeiten.“²⁸³ Trotz der Ermahnungen bot die Praxis der Bezirke anscheinend weiterhin Anlass für Kritik: „Trotzdem wir ausdrücklich darauf hingewiesen haben, dass die Bezirke ihre Kandidaten sehr sorgfältig wählen müssen, sind uns Genossen vorgeschlagen worden, die schon heute keine Funktion mehr haben oder gar nicht mehr in der Organisation sind. Die große Mehrzahl der von den Bezirken aufgestellten Kandidaten sind unbrauchbar.“²⁸⁴ Die derart „handverlesenen“ Jugendlichen wurden zwei Wochen vor Beginn des Kurses darüber informiert, dass ihre Teilnahme von der Zentrale bestätigt worden sei und wurden lapidar angehalten, sich Urlaub zu „verschaffen“ bzw. im Fall von Arbeitslosigkeit eine Regelung mit dem Arbeitsamt zu finden. Beides war für die Jugendlichen mit nicht unerheblichen Problemen verbunden. Die Schüler sollten in „Einheitskleidung“, d.h. in der Verbandsuniform erscheinen und die grundlegende Literatur zur Schulung mitbringen.²⁸⁵

Leitende Funktionäre wurden in so genannten „Leninschulen“ oder Reichsverbandsschulungen ausgebildet. Laut einer Mitteilung des Polizeipräsidiums vom Dezember 1926 fand die erste „Leninschule“ im September 1925 im Berliner Jugendheim in der Alten Jakobstraße statt.²⁸⁶ Von der zweiten Verbandsschulung existieren keine Überlieferungen. An der dritten Schulung, die im September 1927 in der Nähe von Berlin durchgeführt wurde, nahmen angeblich „vierzig der besten Funktionäre aus dem ganzen Reich“ und einige ausländische Genossen teil.²⁸⁷

Die vierte Verbandsschulung fand vom 15. September bis zum 13. Oktober 1928 im kommunistischen Schulungsheim „Rosa Luxemburg“ im Dresdener Stadtteil Weißer Hirsch statt. Ziel der Seminare war es, gut ausgebildete und an praktischen Erfahrungen reiche Genossen heranzubilden, die perspektivisch personelle Defizite unter den Spitzenfunktionären ausfüllen sollten.²⁸⁸ Aufgrund einer Liste können die Teilnehmer der vierten Verbandsschulung näher profiliert werden: Sechs Bezirke entsandten keine Teilnehmer zur Schulung, möglicherweise weil sie jeden Teilnehmer mit 50 RM hätten unterstützen müssen. Dies bedeutete nämlich vor allem für kleine Bezirke wie Hessen-Frankfurt oder die Pfalz ein großes finanzielles Opfer.

²⁸³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 148.

²⁸⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 301 f.

²⁸⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/56, Bl. 30 f.

²⁸⁶ BArch, R 1507/1056 f, Bl. 90.

²⁸⁷ BArch, R 134/61, Bl. 40

²⁸⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/56, Bl. 27.

Unter den 37 der ursprünglich 40 vorgesehenen Teilnehmer waren nur zwei weibliche Jugendliche. Die Besucher waren durchschnittlich 3,1 Jahre im KJVD organisiert, wobei fast zwei Drittel der Jugendlichen nach der Niederlage der KPD im Oktober 1923 Mitglied geworden waren – ein Faktor, der von der Zentrale hervorgehoben wird. Das ermittelte Durchschnittsalter der Jugendlichen betrug 20,2 Jahre und wurde als „zufriedenstellend“ eingeschätzt. 54% der Teilnehmer waren zugleich Mitglied der KPD. Die Ämterverteilung belegt, dass vor allem hochrangige Funktionäre an der Reichsverbandsschulung teilnahmen: 46% gehörten einer Bezirksleitung an, 31% einer Unterbezirksleitung und lediglich 23% arbeiteten in Ortsgruppen bzw. in Betriebszellen. Mit Ausnahme von sieben Teilnehmern hatten alle zuvor bereits eine einwöchige Schulungen bzw. Wochenendkurse absolviert. Neun der Teilnehmer hatten als Delegierte an Verbandskongressen oder Reichskonferenzen teilgenommen. Ein interessantes Ergebnis in Hinblick auf die soziale Zusammensetzung des Funktionärkörpers bietet die Analyse des sozialen Hintergrunds der Teilnehmer: Nur ein Viertel der Jugendlichen gehörte zur Gruppe der ungelerten Arbeiter. 22% von ihnen waren zur Zeit der Schulung erwerbslos – ein Ergebnis, dass auch die Zentrale überraschte, da bei einem vierwöchigen Kurs eigentlich eine weitaus höhere Zahl erwerbsloser Kursteilnehmer zu erwarten gewesen wäre.²⁸⁹ Emil Kortmann, der Schüler dieses Kurses war, hebt in seinem Selbstzeugnis hervor, wie wertvoll insbesondere die praktische Ausbildung für ihn gewesen sei. Auf der Reichsparteischule sei ihm das Handwerkszeug eines Funktionärs, zum Beispiel die Leitung von Versammlungen, das Entwerfen von Flugblättern oder das Anfertigen von Rededispositionen beigebracht worden.²⁹⁰

Auf dem V. Weltkongress der Kommunistischen Jugendinternationale, der im August 1928 stattfand, beschlossen die Delegierten, die Mitgliederschulung zukünftig noch stärker an den Bedürfnissen der Jugendlichen auszurichten. Die Initiative dazu ging im Wesentlichen von der deutschen Sektion aus. Im Namen der deutschen Delegierten schlug Artur Becker vor, die Bildungsarbeit mit Wanderungen, Lagerfeuer und sportlichen Übungen zu verbinden.²⁹¹ Diese Beschlüsse wurden erstmalig in der so genannten „Reichs-Programm-Schulung“, die vom 17. bis 24. Februar 1929 stattfand, umgesetzt. Daran nahmen insgesamt 70 leitende Funktionäre teil. Von den Teilnehmern stammten 33 aus dem Bezirk Berlin-Brandenburg, 37 aus dem Reich. Während der Schulung arbeiteten die Jugendlichen das neue Programm und die Be-

²⁸⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/56, Bl. 33-36.

²⁹⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/0503, Bd. 2, Bl. 27. Vgl. auch die Selbstzeugnisse von Franz Fischer und Ewald Kaiser, die die Reichsparteischule in Fichtenau 1929 und 1932 besucht hatten. SAPMO-BArch, SgY 30/1637, Bl. 27 und SAPMO-BArch, SgY 30/1092, Bl. 12-19.

²⁹¹ Jahnke: Geschichte, S. 382.

schlüsse der KJI durch. Nach Abschluss des Kursus waren sie wiederum in ihren Bezirken für die Durchführung einer Programmschulung verantwortlich. Die politische Bildung von Multiplikatoren, die ihre Kenntnisse wiederum an die Bezirke weitergaben, sollte die Zentralisierung der Schulungsarbeit vorantreiben.²⁹² Wie die Statistik zeigt, war auch die Reichs-Programm-Schulung hochkarätig besetzt. Erfasst wurden die Daten der 37 Teilnehmer, die aus ganz Deutschland angereist waren. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen, nämlich 54%, arbeiteten in den Bezirken als Politische Leiter oder als Organisationsleiter. Die Seminarteilnehmer wiesen ein Durchschnittsalter von 21,1 Jahren auf und waren damit recht jung, zumal sie durchschnittlich bereits sechs Jahre im KJVD organisiert waren. Bei den Jugendlichen handelte es sich um besonders linientreue Genossen, die die Verbandslinie befolgten: So waren 76% der Jugendlichen Mitglied der Partei und 89% einer Gewerkschaft. Neun Jugendliche hatten sogar eine Funktion in der Gewerkschaft übernommen. Die Mehrheit der Jugendlichen gaben an, als Bau- oder als Metallarbeiter beschäftigt zu sein. 17 von 37 Jugendlichen hatten bereits vorher eine Verbandsschulung besucht und 14 schon früher an einer Bezirksschulung teilgenommen.

Die Gutachter bescheinigten den Jugendlichen ein hohes politisches Niveau und großen Arbeitseifer. Der Schulungsplan war äußerst dicht und sah über den Tag verteilt insgesamt vier Arbeitseinheiten vor. Diejenigen zum Thema „Der Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen der arbeitenden Jugend“ und „Die antimilitaristische Arbeit des KJVD“ riefen laut Kurslehrer die stärkste Beteiligung hervor. Die jeweiligen Lektionen wurden in kleinen Arbeitsgemeinschaften noch einmal vertieft und diskutiert. Der Kurs wurde als großer Erfolg bewertet, nicht zuletzt, deshalb weil das Verhältnis der Genossen untereinander äußerst kameradschaftlich gewesen sei.²⁹³

Nicht nur auf Reichsebene, sondern auch auf Bezirksebene fanden Schulungen statt, die vom Bildungsressort des KJVD vorbereitet und teilweise auch durchgeführt wurden. Auf dieser Arbeitsebene sollten die Fragen der praktischen Verbandsarbeit im Mittelpunkt stehen. Die Ausbildung der Funktionäre sei nicht bodenständig genug und zuwenig an praktischen Fragen orientiert: „Die Hauptursache unserer schlechten Arbeit und unseres geringen Erfolges liegt daran, dass unsere Funktionäre keine guten Gruppenabende organisieren können. Daß sie über Jugendschutz- und Recht nicht Bescheid wissen, die Lage der Jungarbeiterschaft und die

²⁹² Vgl. Schematische Darstellung zur Verbreitung der Ergebnisse des V. Weltkongresses der KJI: SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/57, Bl. 286.

²⁹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/57, Bl. 273-286.

gegnerischen Organisationen nicht kennen usw.“²⁹⁴ Die Voraussetzungen zur Teilnahme an der Funktionärsschulung, die der Bezirk Berlin-Brandenburg 1929 durchführte, waren sehr gering. Angesprochen waren in erster Linie Zellen- und Gruppenfunktionäre, die mindestens ein halbes Jahr aktiv im Verband gewesen sein sollten und zuvor einen Grundwissenskurs absolviert hatten. Zur besseren Vorbereitung des Seminars sollten die Teilnehmer im Voraus angeben, welche der marxistischen Klassiker sie bereits gelesen hatten.²⁹⁵

Die Verbandsakten beinhalten zahlreiche Hinweise auf Bezirksschulungen. So äußerte sich der Instrukteur „Ernst“ beispielsweise wohlwollend über die Rahmenbedingungen eines Bezirkskurses, der in Mecklenburg stattfand: Der Kurs sei im Gegensatz zu vielen anderen sehr gut vorbereitet gewesen. Die Quartiergeber hätten die Jugendlichen sogar jeweils mittags und abends zum Essen vom Tagungslokal abgeholt. Im Anschluss an den Kurs fand eine Bezirkskonferenz statt, die die Teilnehmer als feierlichen Abschluss erlebten.²⁹⁶ Robert Büchner geht in seinem Selbstzeugnis auf die Wochenendschulungen des Bezirks Niederrhein ein.²⁹⁷ Diese wurden regelmäßig unter dem Motto: „Wir werden junge Leninisten“ in einer Herberge der Naturfreunde im Bergischen Land durchgeführt. Die Jugendlichen verbanden die Schulungen mit Wanderungen. Unterrichtet wurden sie unter anderem von Artur Becker, der später den KJVD im Reichstag vertreten sollte.²⁹⁸ Dagegen hielt sich das Interesse an der Bildungsarbeit des KJVD in Nordbayern laut eines Polizeiberichtes in Grenzen. Dort nahmen nur wenige Jugendliche an den Schulungen teil, die auf Ausflügen und bei Zusammenkünften in privaten Wohnungen durchgeführt wurden.²⁹⁹

Kaderschulung an der Moskauer Leninschule

Die Spitzenkader des Verbandes erhielten ihre Ausbildung an der Leninschule in Moskau. Die Berufung an die internationale Schule war eine große Auszeichnung. Aufgenommen wurden nur Genossen, die sich in Deutschland bereits besonders bewährt und ausgezeichnet hatten. Die internationale Schule, die auch Hunderte von deutschen Kommunisten durchliefen, nahm ihren Lehrbetrieb im Mai 1926 auf. Drei Jahre später schuf die KJI zur Ausbildung der internationalen Nachwuchsfunktionäre eine gesonderte Ausbildungsstätte, die sich an der Lenin-

²⁹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/69, Bl. 23.

²⁹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/72, Bl. 284-290.

²⁹⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/76, Bl. 114.

²⁹⁷ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²⁹⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/0120, Bd. 1, Bl. 11.

²⁹⁹ BArch, R 1507/1056 f., Bl. 68.

schule orientierte, jedoch nach zwei eigenständig durchgeführten Lehrgängen wieder an die Leninschule in Form von Jugend-Zirkeln angegliedert wurde.³⁰⁰ Ziel der Schule war es, „unbeugsame Kämpfer für die Sache des Proletariats zu erziehen, Kämpfer mit größter ideologischer Festigkeit, maximalster eigener Initiative, hohen persönlichen Mutes und innerer Diszipliniertheit – bolschewistisch gehärtete und gestählte Parteimitglieder.“³⁰¹

Die Kurse, die ursprünglich auf ein Jahr angelegt waren, wurden bald verlängert, da die Vorkenntnisse der Schüler unzureichend waren. Der Unterricht erfolgte in der jeweiligen Landessprache der Teilnehmer. In der deutschen Sektion referierten häufig auch leitende Parteifunktionäre wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Ernst Thälmann,³⁰² die sich immer wieder sporadisch in Moskau aufhielten.³⁰³ Der deutschsprachige Sektor zählte zu den mitgliederstärksten Sektoren der Leninschule. Die Teilnehmer, die sich bewerben konnten oder von der Parteileitung vorgeschlagen wurden, bekleideten in Deutschland unterschiedlichste Ämter. Sie waren Stadtverordnete, Landtagsabgeordnete oder sogar Mitglieder des Reichstags. Sie arbeiteten als Redakteure, Politische Leiter, Betriebsräte oder Jugendfunktionäre.³⁰⁴ Die sorgfältige Auswahl der Teilnehmer der Leninschule belegen die undatierten Frage- und Aufnahmebögen sowie die Beurteilungen der vorgeschlagenen Kandidaten durch das Zentralkomitee. Bei den vom Zentralkomitee der Jugend vorgeschlagenen Genossen handelte es sich mit Ausnahme von Walter Herrich aus dem Bezirk Halle-Merseburg, der „nur“ für die Bearbeitung der Arbeitsdienstlager des Bezirks zuständig war, ausnahmslos um Spitzenfunktionäre, die in den verschiedenen Bezirksleitungen tätig waren.³⁰⁵ Die Kandidaten wurden vor dem Lehrgang auf ihre Vorkenntnisse und politische Erfahrungen hin geprüft und auch ihr Charakter wurde beurteilt. Überliefert sind die Berichte von Franz Paul Riegg, der in Deutschland als Lehrer an der Parteischule arbeitete und von Ende 1927 bis zum Frühjahr 1929 selbst an einem Schulungskurs in der Sowjetunion teilnahm.³⁰⁶ Er prüfte die Eignung der vorgeschlagenen Jugendlichen. Über den aus Südbayern stammenden Alois Pfaller, den die Jugend als Leninschüler vorschlug, äußerte sich Riegg sehr positiv. Pfaller, der seit fünf Jahren Mitglied des KJVD und seit Juni 1932 Mitglied der Partei war, habe während seiner 15 Monate dauernden Festungshaft in Landsberg erfolgreich

³⁰⁰ Herlemann, Beatrix: Der deutschsprachige Bereich an den Kadernschulen der Kommunistischen Internationale, in: *IWK* 18 (1982), S. 205-229, hier: S. 206.

³⁰¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/707, Bl. 57.

³⁰² Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

³⁰³ Herlemann: Bereich, S. 212 f.

³⁰⁴ Ebenda: S. 215 f.

³⁰⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/707/84, Bl. 16.

³⁰⁶ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

ein Selbststudium betrieben. Er sei ein „sehr gutes proletarisches Element“ und „sehr entwicklungsfähig“³⁰⁷, so dass seine Aufnahme befürwortet wurde. Gleiches galt für den zwanzigjährigen Alfred Hausser, der seit zwei Jahren Mitglied des KJVD war und im Bezirk Württemberg als Politischer Leiter arbeitete. Die Beurteilung hebt Haussers Streikerfahrungen in der Berufsschule hervor. Weiter heißt es über ihn: [Er] „ist sehr lebhaft, liest fleißig, ist ein gutes proletarisches Element, hat die politischen Fragen gut beantwortet.“³⁰⁸ Riegg bestätigt, dass auch Fanny Blank aus dem Bezirk Baden-Pfalz ausreichend für die Leninschule ausgerüstet sei. Sie habe sich zudem durch ihre Erfahrungen bei Arbeitskämpfen qualifiziert.³⁰⁹ Emmy Hausmann, die Kandidatin des Bezirks Niedersachsen, wurde ebenso als „entwicklungsfähiges Mädchen“ eingeschätzt, dessen theoretische Kenntnisse allerdings noch nicht „sehr tiefgründig“ seien. Als vermutlich geschlechtsspezifisches Charakteristikum hebt der Bericht lobend hervor: Sie „fühlt die Fragen richtig raus.“³¹⁰ Die Gutachter begegneten bürgerlichen, aber auch jüdischen Jugendlichen deutlich kritischer als proletarischen Jugendlichen. Dementsprechend härter gestaltete sich das Aufnahmeverfahren. Die vom Bezirk Sachsen zur Aufnahme vorgeschlagene jüdische Verkäuferin Else Proskauer war von ihrer Herkunft her „gut kleinbürgerlich“ und vormals Mitglied des jüdischen Wandervogels. Der Berichterstatter konstatiert, dass er „dementsprechend (...) auch bei der Prüfung starken Wert auf die Frage der Überwindung bürgerlicher ideologischer Einstellung und der Erprobung der Verbindung mit dem Leben der Arbeiterschaft“ gelegt habe.³¹¹ Wider Erwarten sei der Eindruck gut gewesen: „aktuelle Probleme wurden richtig von ihr gestellt, elementarische [sic!] theoretische Fundierung ist in erforderlichem Maße vorhanden.“³¹² Die Bezirksleitung, mit der anscheinend Rücksprache gehalten wurde, bestätigte diese positive Einschätzung. Auch Julius Loebe, der zunächst Mitglied der zionistischen Jugendbewegung war und Paul Krasemann, der aus der jungsozialistischen Bewegung zum KJVD kam, wurden aufgrund ihrer politisch nicht einwandfreien Vergangenheit kritisch geprüft.³¹³ Der zweiundzwanzigjährige August Korn aus dem Bezirk Hessen-Waldeck arbeitete in der Jugend als Politischer Leiter. Er hatte sich dabei bewährt, so dass seine Delegation zur Leninschule erwogen wurde. Der Gutachter hob negativ Korns „starke Neigungen, aus der Jugendarbeit auszuschneiden“ hervor und gab zu bedenken, dass sich der ehrgeizige junge Mann für den Jugendverband als wertlose Investiti-

³⁰⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 19.

³⁰⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 20.

³⁰⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 21.

³¹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 40.

³¹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 30.

³¹² Ebenda.

³¹³ SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 37 und 35.

on erweisen könnte.³¹⁴ Vernichtend fiel das Urteil über Walter Möller und John Erdemann aus, deren Aufnahme schließlich ebenfalls abgelehnt wurde. Möller sei zwar „theoretisch ganz gut, aber (...) aufgeblasen und selbstsicher“³¹⁵ und auch Erdemann trete sehr selbstbewusst auf. Er sei jedoch „stark mit Phrasen angehäuft“ und würde „mit vielen Worten die Leute besoffen“ machen.³¹⁶

Kandidaten, die nicht zur Leninschule delegiert wurden, denen die Gutachten aber Entwicklungspotential bescheinigten, erhielten einen Listenplatz für die Reichsparteischule. Nach einer ärztlichen Untersuchung, bei der die körperliche Eignung der Kandidaten überprüft wurde,³¹⁷ reisten die ausgewählten Jugendlichen nach Moskau, wo sie erst über ihre Aufnahme informiert wurden.³¹⁸ Der KJVD delegierte u.a. Artur Becker, Robert Büchner, Herbert Dohms, Rudi Jahn, Artur Mannbar, Wilhelm Bamberger und Gerhard Oertel zur Leninschule.³¹⁹ Die Schüler erhielten zu ihrer Absicherung Decknamen.

Auf der Teilnehmerliste des Jahrgangs 1932/33 wird die 25-jährige Textilarbeiterin Käthe Lübeck aus dem Bezirk Halle-Merseburg als Delegierte des KJVD angeführt. Die junge Frau, die dort als Organisationsleiterin arbeitete, war von 1923 bis 1927 Mitglied der SPD gewesen. Sie trat erst 1927 in den KJVD ein, wurde 1929 Mitglied der Partei und kann als Beispiel dafür angeführt werden, dass selbst politische Konvertiten Aufstiegschancen hatten.

Mit wenigen Ausnahmen waren auch die erwachsenen Schüler der Leninschule vormals Mitglieder im KJVD, ein Indiz für den Erfolg, den der Verband als Kaderschmiede hatte. Laut eines handschriftlichen Vermerks standen dem KJVD für den Ausbildungsjahrgang 1932/33 insgesamt neun Plätze zur Verfügung. Wiederum waren die Schüler, die von der Partei delegiert worden waren, zuvor alle Mitglieder des KJVD.³²⁰ Die Schüler des Jahrgangs 1933 wurden Anfang 1934 über Prag zum Einsatz nach Deutschland geschickt, wo sie als Leitung in den vormals mitgliederstarken Organisationen Berlin, Hamburg, Sachsen und Rhein-Ruhr im

³¹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/707/84, Bl. 37.

³¹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/707/84, Bl. 39.

³¹⁶ Ebenda.

³¹⁷ Vgl. Ärztliche Befunde SAPMO-BArch, Ry 1/I2/707/84, Bl. 49-56.

³¹⁸ Gerhard Oertels Selbstzeugnis, in dem er von sich in der dritten Person spricht, zeigt, welche persönlichen Opfer den Schülern abverlangt wurden: „Im Oktober 1937 ging ich in den ‚Isolator‘, um alle Verbindungen nach außen zu unterbrechen. Hier mußte schon der Kampf darum geführt werden, Abschied von seiner schwangeren Frau, Elisabeth Reichel, zu nehmen, mit der Genosse Oertel dann entsprechend der politischen Situation zeitweise in brieflicher Verbindung stand, aber erst nach zehn Jahren wieder zusammentraf.“ SAPMO-BArch, SgY 30/2079, Bd. 2, Bl. 111.

³¹⁹ Vgl. deren Selbstzeugnisse: SAPMO-BArch, SgY 30/0120 Bd. 1; SAPMO-BArch, SgY 30/1483; SAPMO-BArch, SgY 30/1951; SAPMO-BArch, SgY 30/976 Bd. 2; SAPMO-BArch, SgY 30/2038 und SAPMO-BArch, SgY 30/2079. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

³²⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/707/84, Bl. 62 ff.

Widerstand gearbeitet hatten.³²¹ Während des Nationalsozialismus musste die Auswahl der Schüler und die Kaderausbildung der deutschen Teilnehmer den Bedingungen der Illegalität angepasst werden.³²²

Im Oktober 1926 observierten die Weimarer Behörden die Deutschland-Reise des Russen Konstantin Wassiliewitsch Gradopolow, der offiziell an den in Deutschland stattfindenden internationalen Schwerathletik-Wettkämpfen teilnahm. Der Reichskommissar stellte in seinem Bericht an die Nachrichtensammelstelle der Länder im Oktober 1926 die Vermutung an, dass der Russe seine Reise dazu nutze, deutsche Schüler für eine Moskauer Militärschule zu rekrutieren. Angeblich hatte die Komintern ihn beauftragt, „unter der deutschen Arbeiterjugend 30 junge Leute anzuwerben, die in Moskau einer militärischen Schule überwiesen werden sollen, um einen Kursus für Instrukteure der roten Armee zu absolvieren.“³²³ Ob es sich hierbei um die von Herlemann erwähnte militärpolitische Schule handelt, ist unklar, zumal die Autorin angesichts der wohl sehr dünnen Quellenlage nur vermuten kann, dass diese erst 1930 den Lehrbetrieb aufnahm,³²⁴ also sehr viel später als die von den deutschen Behörden in den zwanziger Jahren beobachtete Reise des Russen.

Der KJVD als Karrieresprungbrett

Der Besuch der Reichsparteischule oder der Leninschule brachte die Jugendlichen auf der KPD-Karriereleiter einen großen Schritt nach vorn. Herlemann bestätigt, dass alle Moskauer Absolventen nach ihrer Rückkehr nach Deutschland höhere Parteiämter bekleideten. Die Jugendfunktionäre Erich Kops und Hermann Nuding wurden beispielsweise nach Abschluss der Schule als Instrukteure der Partei eingesetzt.³²⁵ Auch Rudi Jahn, den das ZK des KJVD im Oktober 1928 zum Studium an die Leninschule delegiert hatte, berichtet, dass er nach seiner Rückkehr aus Moskau nicht länger im Jugendverband gearbeitet habe, sondern Politischer Leiter der KPD im Osten Leipzigs geworden sei.³²⁶

³²¹ Herlemann: Der deutschsprachige Bereich an den Kadernschulen, S. 219.

³²² Vgl. „Entwurf eines Vorschlages zur Verbesserung der Kaderausbildung im deutschen Sektor“, SAPMO-BArch, Ry 1/12/707/84, Bl. 57 ff.

³²³ BArch, R 1507/1056 f, Bl. 60.

³²⁴ Vgl. Herlemann: Bereich, S. 223 ff.

³²⁵ Ebenda: S. 215 f.

³²⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 2 f.

Mallmann führt zu Recht Erich Honecker als herausragendes Beispiel für eine steile politische Karriere an, die im KJVD ihren Anfang genommen hatte: Mit zehn Jahren Mitglied der Kommunistischen Kindergruppe, mit 14 Jahren beim KJVD, mit 18 Jahren Mitglied der Partei. Honecker arbeitete als 16-Jähriger als Politischer Leiter einer Ortsgruppe und wurde mit 17 Jahren Mitglied der Bezirksleitung des KJVD im Saargebiet. Mit 18 Jahren besuchte er die Leninschule und mit 19 Jahren wurde er Agitprop-Sekretär, dann Politischer Leiter, um mit 21 Jahren die illegale Leitung des KJVD im Ruhrgebiet zu übernehmen. Als 22-Jähriger folgte Honecker schließlich dem Ruf ins Zentralkomitee. Mit 23 Jahren wurde er (mittlerweile den Berliner Bezirk anleitend) von den Nationalsozialisten verhaftet.³²⁷ Die an solch eine Biographie anknüpfende These von Mallmann, dass es sich bei den höheren Kadern des KJVD in der Regel durchweg um Karrieristen und um stromlinienförmige Funktionäre gehandelt hätte, die alle politischen Wendungen hingenommen hätten, um die Karriereleiter emporzuklettern,³²⁸ ist jedoch zu pauschal. In den Verbandsakten sind ebenso Hinweise auf Jugendliche zu finden, die Rückrat bewiesen haben und keinesfalls nur willenslose Marionetten des Jugend-ZK oder der Partei waren. Erst eine umfassende quantitative und qualitative Analyse des Kaderprofils des KJVD könnte Aufschluss darüber geben, ob die Jugendlichen tatsächlich erheblich angepasster als die erwachsenen Funktionäre der Partei gewesen sind.

Die Selbstzeugnisse des „Erinnerungsbestandes“ sind in ihrer überwältigenden Mehrheit als Erzählung über einen kontinuierlichen persönlichen Aufstieg verfasst. De facto waren die Jugendlichen, für die der KJVD tatsächlich zum Karrieresprungbrett geworden war, in der Minderheit. Ihnen hatte der KJVD freilich berufliche Perspektiven eröffnet, die sonst undenkbar gewesen wären. In diesem Punkt unterschied sich der Jugendverband maßgeblich von den anderen parteipolitischen Jugendorganisationen, deren Mitglieder nur schwer in den Mutterparteien Fuß fassen konnten.³²⁹

Diese „Vorzeige-Jugendliche“ bekleideten für die KPD ein öffentliches Amt. Artur Becker zum Beispiel trat 1930 als jüngstes Mitglied des Reichstags sein Mandat für die KPD an.³³⁰ Als Ewald Kaiser im April 1932 in den preußischen Landtag gewählt wurde, war er dessen jüngster Abgeordneter³³¹, Walter Hochmuth wurde 1931 mit 27 Jahren Mitglied der Hambur-

³²⁷ Mallmann: *Kommunisten*, S. 191. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

³²⁸ Ebenda.

³²⁹ Krabbe: *Partei Jugend*, S. 28; Mommsen: *Generationskonflikt*, S. 57.

³³⁰ Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/0120, Bd. 1, Bl. 11.

³³¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1092, Bl. 12. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

ger Bürgerschaft³³² und Emil Kortmann vertrat die KPD in der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung.³³³ Andere Jugendfunktionäre qualifizierten sich aufgrund ihrer Tätigkeit im KJVD als Parteisekretäre oder Redakteure.³³⁴ Das Zentralkomitee der Jugend setzte sich vehement dafür ein, dass die Partei den Jugendfunktionären Aufstiegsmöglichkeiten bot. Der Vorsitzende des KJVD, Conrad Blenke³³⁵, forderte in seiner Rede auf dem Verbandskongress von 1927 ausdrücklich, die Partei müsse den Jugendlichen, die sich besonders in der Verbandsarbeit bewährt hätten und altersbedingt aus dem Verband ausscheiden müssten, die Möglichkeit eröffnen, ihre Fähigkeiten in die Parteiarbeit einzubringen. Er räumte ein, dass nicht alle Jugendlichen sofort auf der Ebene der Bezirksleitung eingesetzt werden könnten. Blenke schlug aber vor, diesen Jugendgenossen eine Volontärstelle bei den Parteiblättern anzubieten.³³⁶ Dass die KPD ein Interesse am gut ausgebildeten und erfahrenen Parteinachwuchs hatte, belegt das Protokoll der Sitzung des Politbüros vom Oktober 1929. Die Genossen beschlossen, die Jugendgenossen „Kiefert“, „Leo“ und „Helmut“, die bis dahin Mitglied des ZK des KJVD gewesen waren, in der Partei einzusetzen. Für zwei andere Verbandsfunktionäre wurde dagegen keine Verwendung gefunden.³³⁷ Manche Jugendgenossen machten auch Karriere gegen ihren Willen. So war die KJI gezwungen, der KPD bei personellen Engpässen Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.³³⁸

Insgesamt war die Anzahl der Jugendlichen, die sich in einem weitaus bescheidenerem Maße langsam im Verband vom Ortsgruppenleiter zum Unterbezirks- oder Bezirksleiter hocharbeiteten, sicherlich größer als die Zahl derer, die wie Artur Becker oder Erich Honecker kometengleich die sozialistische Himmelsleiter erstürmten.

Die Ausübung einer besoldeten Funktion war für viele Jugendgenossen sicherlich attraktiv. Die angestellten Partei- und Jugendfunktionäre verfügten in eingeschränktem Maße über Autorität und Macht, sie erhielten für ihr Engagement – das von der Mehrheit der Jugendlichen ehrenamtlich geleistet wurde – ein Gehalt, und es stand ihnen neben drei Wochen Urlaub noch weitere Sozialleistungen³³⁹ zu. So wurde zum Beispiel besonders bewährten Sekretären

³³² SAPMO-BArch, SgY 30/1245, Bl. 23. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

³³³ SAPMO-BArch, SgY 30/0503, Bd. 2, Bl. 40.

³³⁴ Mallmann: Kommunisten, S. 191.

³³⁵ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

³³⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/7, Bl. 297.

³³⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/12/3/9, Bl. 158.

³³⁸ Vgl. Briefwechsel der KPD und der KJI von 1923: SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/64, Bl. 6-17.

³³⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/34, Bl. 48.

im Krankheitsfall ein Kuraufenthalt in der Sowjetunion bewilligt.³⁴⁰ Mobilität und der soziale Aufstieg vom Arbeiter zum Angestellten hob die Jugendfunktionäre zusätzlich von ihren Altersgenossen ab. Sie bereisten die Bezirke, kamen im Auftrag des Verbandes oder der Partei sogar ins Ausland.

Die Arbeitsbelastung der angestellten Funktionäre war erheblich, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit oft unakzeptabel. Auch ist es mehr als unwahrscheinlich, dass die Jugendlichen Einfluss auf die ihnen zugewiesene Tätigkeit oder auf den Ort ihres Einsatzes hatten. So berichtet das ZK-Mitglied Karl Grunert im Sommer 1925 den Berliner Genossen über seinen Einsatz als Instrukteur in Thüringen: „Ich merke jetzt erst so richtig wie schwierig es ist hier in diesem sozial und pol. und wirtschaftlich so zerrissenen Bezirk zu arbeiten“.³⁴¹ Insbesondere die im Reich umherreisenden Instrukteure befanden sich häufig am Rande ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit, wie etwa dieser unbekannte Jugendgenosse, der hier von seinem Einsatz in Ostpreußen berichtet: „Ueber unsere fernere Arbeit erfolgt morgen Bericht, da ich so müde bin, dass ich das, was ich geschrieben habe, kaum selbst noch lesen kann, und ich denke, es ist genug für heute“.³⁴² Die Zentrale stellte häufig unrealistische oder überhöhte Ansprüche an die Instrukteure und die Genossen aus den Bezirken begegneten ihnen überdies oft misstrauisch und verweigerten die Kooperation.

Die besoldeten Funktionäre des Jugendverbandes unterlagen einer permanenten Kontrolle, die sich nicht nur auf die Einhaltung der politischen Linie, sondern häufig auch auf Details ihrer alltäglichen Arbeit erstreckte. Im Juni 1924 beschloss das Zentralkomitee, dass die Sekretäre und ZK-Mitglieder zukünftig verpflichtet sein sollten, ihre Arbeitsergebnisse in einem Tagebuch niederzulegen, das von der Zentrale vierzehntägig zu kontrollieren sei. Im selben Rhythmus hatten sie einen Leistungsbericht zu verfassen, der ihre Erfahrungen sowie den Arbeitsstand der von ihnen betreuten Bezirke oder Ressorts bündeln sollte. Die Zahlung ihres Gehaltes sollte zukünftig vom Eingang des Berichtes abhängig gemacht werden.³⁴³ Der Portier war außerdem angehalten, die Arbeitszeiten der Mitarbeiter der Berliner Zentrale zu kontrollieren,³⁴⁴ und Genossen, die verspätet zu Sitzungen erschienen, sollte 2 RM vom Gehalt abgezogen werden.³⁴⁵

³⁴⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 19-23.

³⁴¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 134.

³⁴² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 38.

³⁴³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 146.

³⁴⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/34, Bl. 20.

³⁴⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/34, Bl. 114.

Die Zahlungsmoral der Verbandsleitung war zudem aufgrund der permanenten Finanzkrise des KJVD zwangsläufig äußerst lax. Die zahlreichen Beschwerden weisen daraufhin, dass die Funktionäre ihr Gehalt regelrecht eintreiben mussten. Häufig waren die Bezirke, wie beispielsweise der Bezirk Rhein-Saar im Jahre 1924, nicht in der Lage, die Gehälter pünktlich auszus zahlen.³⁴⁶ Im Juli 1924 wurde die Anfrage der Sekretäre, warum ihr Gehalt gekürzt worden sei, lapidar mit der Mitteilung beantwortet, dass man 10% davon an die Rote Hilfe gespendet hätte. Weiterhin wurde ihnen mitgeteilt, dass sie mit weiteren Einbußen rechnen sollten.³⁴⁷ Trotz des Idealismus vieler Funktionäre mussten auch sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und ihre eigene Existenz sichern. Nur wenige konnten es sich leisten, wie Franziska Rubens und ihr damaliger Ehemann, Hermann Bergmann, die beide Angestellte der Partei bzw. des Verbandes waren, auf eines ihrer Gehälter zu verzichten.³⁴⁸ Ein Genosse stellte die Zentrale vor die Alternative, ihm entweder sein Gehalt auszus zahlen oder ihm zu kündigen: „Nun Freunde, zum Schluß noch einmal zur leidlichen Schweinerei zum Gelde. Ich muß Euch rein sachlich nochmal klar motiviert erklären, daß, wenn sich dies nicht sofort ändert, ich Euch vorschlage, mir den Entlassungspass zu geben, damit ich nach Hause gehen kann. (...) Entscheidet Euch, ob Ihr mir die Finanzen zusichern könnt oder nicht! Denn das ist ein Idealismus des Wahnsinns, den Ihr von mir verlangt, wenn ich und meine Frau frieren und betteln sollen, um zu leben. Denkt vernünftig und ruhig und bleibt mir vom Halse mit schönen Versprechungen.“³⁴⁹ Auch August Sander aus Köln forderte die Zentrale im April 1924 dazu auf, ihm endlich sein Gehalt zu überweisen, damit er nicht länger gezwungen sei, auf Kosten anderer Genossen zu leben.³⁵⁰ Die Funktionäre mussten selbst ihre Sach- und Reisekosten regelrecht eintreiben: „Ihr müßt telegraphisch Geld schicken, damit ich nach Köln fahren kann. Ich fahre am Sonnabend morgen 5.30 Uhr, also am Freitag abschicken.“³⁵¹

Andere Jugendfunktionäre waren wiederum die Gängelungen der Zentrale und die schlechten Arbeitsbedingungen leid und drohten mit ihrem Rücktritt. „Josef“, der als Sekretär in Thüringen arbeitete, kritisierte auf der Plenarzentrale im Mai 1925 die undurchsichtige Planung. Er habe die Zentrale bereits auf der letzten Sitzung um seine Entlassung gebeten und sich währenddessen um einen Arbeitsplatz gekümmert. Die Zentrale habe ihn jedoch immer noch nicht seines Postens enthoben. „Die Zentrale betreibt eine solche Personalpolitik, daß man sich da-

³⁴⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 17.

³⁴⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 180.

³⁴⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/0787, Bl. 19.

³⁴⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 74 f.

³⁵⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 220.

³⁵¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 40.

bei vorkommt wie ein Hanswurst“³⁵², empörte er sich. Auch der Jugendgenosse „Fritz“ aus Hessen reichte im Januar 1926 ein Rücktrittsgesuch ein, das er mit persönlichen Differenzen und der permanenten Arbeitsüberlastung in Folge eines vakanten Sekretärposten in Frankfurt begründete. Auf dem kommenden Bezirkstag stünde er daher nicht zur Wiederwahl zur Verfügung: „Mein Zurücktreten und Austritt aus der Jugend bedeutet nicht, daß ich mich drücken werde, vielmehr hat die Partei BL [Bezirksleitung, B.K.], mit der ich sprach, gesagt, daß sie mich (...) verwenden wird. Ich wollte nicht disziplinos meine Stelle verlassen, sondern Euch dies zur Entscheidung vorlegen.“³⁵³

Zu den größten physischen und psychischen Belastungen der Arbeit der ehrenamtlichen und der angestellten Funktionäre zählte sicher auch die permanente Überwachung der Jugendlichen durch die Weimarer Behörden sowie ihre Verfolgung während der Phasen der Illegalität. Schon in der Weimarer Republik waren viele Funktionäre und Mitglieder des KJVD staatlichen Repressionen ausgesetzt. Hafterfahrungen waren keine Seltenheit.

2.6.3. Reservearmee

Die Weimarer Parteijugend stand bei den Zeitgenossen im Ruf, „Hilfstrupp“, „Handlanger“ oder „Reservearmee“ ihrer jeweiligen Mutterpartei zu sein. Die kommunistischen Jugendlichen verdankten ihrem Einsatz als Laufburschen, Zeitungsverkäufer und Beitragskassierer sogar den Beinamen „Treppenterrier“.³⁵⁴ Galten die Jugendlichen im Allgemeinen als ein die Arbeit behindernder Störfaktor, so wurde ihr Engagement und ihre Mitarbeit in Arbeitsperioden, die einen höheren Personal- und Organisationsaufwand erforderten, vorausgesetzt. Außerdem wälzten die Erwachsenen gern zeit- und arbeitsintensive Routinearbeiten wie die Beitragskassierung oder die Ausführung von Kurierdiensten auf die Jugendlichen ab. Die Verbandsakten zeichnen ein widersprüchliches Bild davon, wie bereitwillig diese Hilfstätigkeiten von den Jugendlichen übernommen wurden. Die Position der Verbandsleitung war in jedem Fall eindeutig: Wann immer die Partei Hilfe brauchte, hatte der Jugendverband selbstverständlich zur Stelle zu sein.

Der Jugendverband sei „beweglicher und impulsiver“ als die Partei, und die Jugendlichen würden sich aufgrund ihrer „größeren Lebendigkeit und Begeisterung“ ohnehin viel besser als

³⁵² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/23, Bl. 182.

³⁵³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 254.

³⁵⁴ Mallmann: Kommunisten, S. 189.

die erwachsenen Genossen für die Agitation- und Propagandaarbeit eignen, argumentierte die Berliner Jugend-Zentrale 1924.³⁵⁵ Sie forderte die Bezirke daher dazu auf, die Partei zukünftig schnell und unbürokratisch zu unterstützen: „Ohne langes Gerede und Untersuchung, ob das Aufgabe der Partei- oder Jugendgenossen ist, müssen unsere gesamten Mitglieder für alle Fälle bereit sein, alle Propagandaarbeiten durchzuführen, für die die Partei nicht genügend Kräfte aufbringen kann und zu denen die Jugendgenossen beauftragt werden.“³⁵⁶ Dass die Jugendlichen nicht immer begeistert über solche Hilfstätigkeiten waren, geht aus folgender Ermahnung der Zentrale hervor: „Wer daher heute noch in unseren Reihen die Übernahme solcher Arbeiten (Kleben von Parteimaterial) als Zurücksetzung oder als Handlangerdienste empfindet, versteht nicht die Rolle der KJ als die leichte Kavallerie der Revolution.“³⁵⁷ Am Ende des Jahres konnte die Zentrale dann allerdings eine Erfolgsmeldung an die KJI weiterleiten: Während des Wahlkampfes der KPD habe der Verband „eigentlich in allen Bezirken seine Schuldigkeit getan“.³⁵⁸ In den Bezirken, in denen die Partei besonders schwach gewesen sei, hätten die Jugendlichen viel „Erfindungsgabe für neue und eigenartige [!] Formen der Agitation“³⁵⁹ an den Tag gelegt und die Partei effizient unterstützt. Freimütig gestand die Zentrale jedoch auch ein, dass die gesamte Arbeit fast ausschließlich von den Funktionären des Verbandes geleistet worden sei und sich die Basis ihrer Verpflichtung entzogen habe.

Im März 1925 forderte die Verbandsleitung die Jugendlichen im Vorfeld der Reichspräsidentenwahlen dazu auf, den Kandidaten der KPD, Ernst Thälmann, zu unterstützen: „Es ist selbstverständlich, daß die Jugend mit aller Kraft die Wahlarbeit der Partei unterstützt“.³⁶⁰ Allerdings erwartete das Jugend-ZK als Gegenleistung, dass die KPD im Wahlkampf die Forderungen des KJVd propagierte. Die Jugendlichen sollten den Wahlkampf auch zur Werbung neuer Mitglieder nutzen. Nach der Vorstellung des Zentralkomitees sollte der Verband in der Öffentlichkeit allgegenwärtig sein. In den Betrieben sollten Belegschaftsversammlungen einberufen, Zellzeitungen herausgegeben und Arbeitskämpfe durchgeführt werden. Angestrebt wurde auch eine umfassende Präsenz des Verbandes in der Öffentlichkeit, wobei das Jugend-ZK auch konkrete Vorschläge unterbreitete: „Die Kommunisten müssen in der Wahlkampagne das Straßenbild beherrschen. Soweit irgend möglich, sollen sich alle unsere Genossen Windjacken anschaffen, Burschen Mützen mit Abzeichen, Mädels mit roten Kopftüchern.

³⁵⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 23.

³⁵⁶ Ebenda.

³⁵⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 23.

³⁵⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I 4/1/67, Bl. 16.

³⁵⁹ Ebenda.

³⁶⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/68, Bl. 112 f.

Unsere Genossen sollen nicht nur in der Demonstration uniformiert gehen, sondern bei allen Gelegenheiten (natürlich nicht gerade im Betrieb), bei Haus- und Straßengitation, bei Versammlungen usw. Bei Demonstrationen genügt es nicht, nur Plakate und Transparente mitzubringen. Wenn Ihr Euch auch kein Lastauto leisten könnt, so sind überall Fahrräder, Handwagen usw. aufzutreiben. Auf ihnen kann man allerhand aufbauen. Z.B. ein Ebertdenkmal, eine Dawesguillotine, ein republikanisches Zuchthaus usw.³⁶¹ Bei den Reichspräsidentenwahlen setzte sich Hindenburg, schließlich im zweiten Wahlgang im April 1925 mit 48,3% der Stimmen gegen den Kandidaten des Zentrums Wilhelm Marx und gegen Ernst Thälmann durch.³⁶²

Der Bezirk Westsachsen lobt die Jugendlichen für ihr Engagement im Rahmen der Reichstagswahlen 1928: „Bei allen Veranstaltungen der Partei war der Jugendverband aktiv vertreten. Bei Demonstrationen – Kundgebungen – Materialverteilungen – Sammlungen und allen anderen Kleinarbeiten stellten sich die Jugendgenossen willig in den Dienst der Partei.“³⁶³ Auch anlässlich der Reichspräsidentenwahl von 1932 mobilisierte der KJVD ein weiteres Mal sämtliche Kräfte. „Die Kolonnen der Roten Jungwahlhelfer“ agitierten gegen den amtierenden Reichspräsidenten und Kandidaten der Rechten Hindenburg, der für sie ein Symbol für Faschismus und Militarismus war. Umso kräftiger schlugen sie für Ernst Thälmann die Werbetrommel. Ihr Engagement war mit der unrealistischen Hoffnung verbunden, dass gleichzeitig „zehntausend von sympathisierenden Jugendlichen“³⁶⁴ ihren Weg in den Verband finden würden. Mit selbstgefertigten Transparenten und Parolen wie „Klasse gegen Klasse“ und „Für ein freies sozialistisches Räte-Deutschland im Bündnis mit der SU und dem Weltproletariat gegen den bankrotten Kapitalismus“ nahmen die Jugendlichen an den Demonstrationen der Partei teil. Dabei handelte es sich jedoch keinesfalls um Ausnahmeerscheinungen, denn der Berliner Polizeipräsident bestätigte in einem Bericht aus dem Jahre 1931, dass sich der KJVD in der Regel in geschlossener Formation an den Demonstrationen der Partei beteiligen und die Partei bei der Haus- und Hofagitation unterstützen würde.³⁶⁵

Längst nicht alle Jugendlichen halfen der Partei aber so bereitwillig wie die Mitglieder der Gruppe „Einsiedelei“ in Frankfurt, von denen ein Instrukteur berichtete, dass sie im Herbst

³⁶¹ Ebenda.

³⁶² Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

³⁶³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 65.

³⁶⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/70, Bl. 13.

1929 teilweise die gesamte Wahlkampfarbeit der Partei übernommen hätten. Weiterhin hätten die Jugendlichen bei den Parteiversammlungen fleißig Zeitungen verkauft und Spendengelder gesammelt.³⁶⁶ Zur selben Zeit weigerten sich die Jugendlichen des Stettiner KJVD, die Partei bei den Kommunalwahlen zu unterstützen, da die Parteivertreter der Ansicht waren, dass die Jugend nur eine Hilfstruppe der Partei sei und sie somit selbstverständlich die gesamte organisatorische Kleinarbeit zu leisten hätte. „Die Jugend hat einen energischen Kampf gegen diese Stimmung geführt“,³⁶⁷ vermerkt das Sitzungsprotokoll der Bezirksleitung. Selbstbewusst erinnert wiederum die Bezirksleitung des KJVD Südbayerns die Parteileitung in ihrem Schreiben vom Dezember 1929 an die vom Jugendverband geleistete Arbeit, für die die Jugendlichen nun im Gegenzug die Unterstützung der Partei zur Durchführung der geplanten Jugendwoche und einer Veranstaltung anlässlich des Jubiläums der KJI einforderten.³⁶⁸

In München und Hamburg beobachteten die Behörden argwöhnisch den Kurierdienst als weiteres Einsatzfeld der Jugendlichen. Anfang 1921 wurden in München Jugendliche für Botendienste eingesetzt und mit der Verteilung von Flugblättern beauftragt. Nach Angaben der Behörden plante die Bezirksleitung zudem die Einrichtung eines Stafettendienstes per Fahrrad, der die Verbindung zwischen der Bezirksleitung und den Ortsgruppen gewährleisten sollte.³⁶⁹ Angeblich stellte die kommunistische Jugend in Hamburg im Jahr 1921 der Partei insgesamt 110 Kuriere, die zum Großteil mit Fahrrädern ausgerüstet seien, zur Verfügung.³⁷⁰

In den Augen der Partei eigneten sich die jungen Genossen hervorragend für den Nachrichten- und Kurierdienst. Man vermutete, dass die Jugendlichen durch das Netz der polizeilichen Beobachtung fallen würden. Da sie familiär ungebunden seien, würde sich die Angst vor dem möglichen Verlust der Arbeitsstelle zudem weniger hemmend auf ihre Tätigkeit auswirken, als dies bei verheirateten Genossen der Fall sei. Diese Einschätzung war offensichtlich nicht richtig, denn die angeblich „ahnungslosen Behörden“³⁷¹ hatten dieses interne Schreiben der KPD im September 1926 abgefangen. Die Nachrichtensammelstelle des Reichsministeriums des Inneren, bestätigte im Dezember 1932 erneut, dass der KJVD regen Anteil an der Arbeit der KPD nehmen und sich aktiv an deren außerparlamentarischen Kämpfen beteiligten würde. Im Bericht heißt es, „die jugendlichen Klebekolonnen und Sprechchöre sowie die Agitprop-

³⁶⁵ BArch, R 1501/122, Bd. 4a, Bl. 270.

³⁶⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/74, Bl. 37.

³⁶⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/73, Bl. 58.

³⁶⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/79, Bl. 108.

³⁶⁹ BArch, R 134/6, Bl. 10.

³⁷⁰ BArch, R 1507/1056a, Bl. 212.

³⁷¹ BArch, R 134/30, Bl. 148.

truppen“ hätten „wiederholt schon polizeiliches Einschreiten notwendig gemacht.“³⁷² In den Selbstzeugnissen werden die Unterstützungsleistungen in der Regel sehr positiv erinnert. Einige Verfasser erklären sie zur harmonischen Zusammenarbeit von Alt und Jung. So lehnt Gerhart Zschocher die Charakterisierung des KJVD als „Kampfreserve der Partei“ in diesem Zusammenhang ab.³⁷³ Die Jugendlichen hätten sich als „Helfer der Partei“ verstanden und es als Ehre angesehen, die anstehenden Aufgaben gemeinsam mit den erwachsenen Genossen zu bewältigen.

2.6.4. „Sprachrohr der Arbeiterjugend“

Im Juni 1925 waren 78,4% aller Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren erwerbstätig. 59,1% von ihnen waren als Arbeiter beschäftigt,³⁷⁴ als deren „Sprachrohr“ sich der KJVD verstand. Die Interessensvertretung von jugendlichen Arbeitern hatten sich jedoch zahlreiche Verbände und Organisationen auf die Fahne geschrieben. Die dringendste Aufgabe war damals die Reform des Jugendschutzes, da die Arbeitsschutzgesetzgebung für Kinder und Jugendliche gegenüber dem Kaiserreich kaum Fortschritte verzeichnete.³⁷⁵ Die gesetzlichen Regelungen zur Arbeitszeit waren vor 1918 im wesentlichen durch die Gewerbeordnung geregelt. Die tägliche Höchstarbeitszeit von jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen zwischen 14 und 16 Jahren durfte in gewerblichen Betrieben bis zu 10 Stunden betragen. Vorgeschrieben waren regelmäßige, an die Beschäftigungsdauer angepasste Pausen, eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden. Verboten war weiterhin die Nachtarbeit von 20 bis 6 Uhr sowie die Sonn- und Feiertagsarbeit.³⁷⁶ Während des Ersten Weltkrieges hatte die Kriegsindustrie von der in der Gewerbeordnung vorgesehenen Möglichkeit vorübergehender und dauerhafter Ausnahmen ausgiebig Gebrauch gemacht und diese Ausnahmewilligungen auch erhalten. Mit der Neuordnung der Arbeitszeit im Rahmen der Demobilmachung setzte sich schließlich der 8-Stunden Tag in der Weimarer Republik durch.³⁷⁷ Die Situation entspannte sich jedoch nur kurzfristig. Schon bald zeichneten sich zahlreiche Abweichungen von den gesetzlichen Bestimmungen ab, deren Durchlässigkeit die Jugendverbände kritisierten. Sie forderten Verbes-

³⁷² BArch, R 134/89, Bl. 154 a.

³⁷³ SAPMO-BArch, SgY 30/2000, Bd. 1, Bl. 57. Vgl. auch das Selbstzeugnis von Heinrich Fischer, der die Jugend als große Stütze der Partei beschreibt: SAPMO-BArch, SgY 30/1952, Bl. 27. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

³⁷⁴ Zwerschke: Jugendverbände, S. 16.

³⁷⁵ Hartmann, Günter/Lienker, Heinrich: Sozialistische Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik, Bielefeld 1982, S.35.

³⁷⁶ Zwerschke: Jugendverbände, S. 112.

³⁷⁷ Vgl. Reichsgesetzblatt 1918, Gesetz Nr. 6548, S. 1334-1336.

serungen in den Bereichen der Arbeitszeit- und Urlaubsregelung sowie der Lohnzahlung. Weiterhin konzentrierte sich ihr Engagement auf die Situation der Lehrlinge, die nur unzureichend durch die Gesetzgebung geschützt waren. Vielfach wurden die Auszubildenden nur als billige Arbeitskräfte eingesetzt, die zudem unter der Willkür und den Schikanen ihrer Lehrherren litten. Da die Lehrlinge nicht in die Tarifverträge einbezogen waren, fehlte ihnen jeder Einfluss auf die Lohnpolitik. Zudem interpretierten viele Lehrherren die in der Gewerbeordnung festgeschriebene „väterliche Zucht“ als ihr Privileg, von dem sie ihren Anspruch auf körperliche Züchtigung ableiteten und das Recht, minderjährigen Lehrlingen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu verbieten.³⁷⁸

Der KJVD forderte grundsätzlich die Gleichstellung von jugendlichen und erwachsenen Arbeitern. Jugendliche seien in zweifacher Hinsicht benachteiligt, so die Zentrale im Sommer 1926. Die erwachsenen Arbeiter würden sie nicht als „vollwertige“, das heißt als gleichberechtigte Partner anerkennen und seien nicht bereit, die Jugendlichen bei ihren Forderungen zu unterstützen, sondern würden vielmehr aus deren Benachteiligung Profit schlagen. Die Jugendlichen gaben zu, dass ihre alltäglichen Erfahrungen dem Leitmotiv des KJVD, nämlich der solidarische Kampf der erwachsenen und der jugendlichen Arbeiter widersprachen: „Die starke Ausbeutung und mangelndes Klassenbewußtsein veranlassen die erwachsenen Arbeiter oft dazu, einen möglichst großen Teil der Unannehmlichkeiten auf die Jugendlichen abzuwälzen.“³⁷⁹

Neben der Forderung nach Gleichberechtigung setzte sich der KJVD im besonders für eine Ausweitung des Jugendschutzes auf alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ein. Weiterhin verlangte der Verband einen vierwöchigen bezahlten Jahresurlaub sowie die strikte Einhaltung des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit und des Beschäftigungsverbots von Jugendlichen in gesundheitsschädigenden Gewerben und Betrieben. Die jugendlichen Erwerbstätigen sollten tariflich festgelegte Mindestlöhne erhalten. Gefordert wurde ferner, dass der Besuch der Berufsschulen während der regulären Arbeitszeit stattzufinden habe und entsprechend zu vergüten sei. Die Berufsausbildung sollte nach dem Dafürhalten des Verbandes bis zum 18. Lebensjahr kostenlos sein, ebenso die Lehrmittel. In den Berufsschulen sollten Schülerräte über den Lehrplan mitbestimmen. Für erwerbslose Jugendliche forderte der KJVD die grundsätzlich gleiche finanzielle Unterstützung wie für die erwerbslosen erwachsenen Arbeiter. Im Bereich des Lehrlingsschutzes verlangte der Verband ein generelles

³⁷⁸ Hartmann/Lienker: Arbeiterjugendbewegung, S. 36.

³⁷⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/72, Bl. 162.

Züchtigungsverbot, die Abschaffung individueller Lehrverträge sowie die Aufhebung des Kost- und Logiszwangs. Die Kontrolle der Lehrlingsbeschäftigung sollte den Gewerkschaften obliegen. Der Verband setzte sich weiterhin für eine Staffelung der Lehrlingslöhne im Verhältnis zur Qualifizierung ihrer Arbeit ein. Arbeiten, die nicht zum Berufsbild gehörten, sollten zukünftig verboten werden. Da die Lehrlinge häufig in ihren letzten Lehrjahren von den kleinen und mittleren Handwerksbetrieben als billige Arbeitskraft eingesetzt wurden, verlangte der KJVD eine Beschränkung der Lehrzeit auf zwei Jahre.

Weiterhin erwartete die kommunistische Jugend maßgebliche Reformen von den Gewerkschaften. Auch hier dominierte die Forderung nach einer Gleichstellung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge mit den erwachsenen Arbeitern. Der Verband forderte die Aufhebung der Altersgrenzen und die Senkung der Mitgliedsbeiträge für Jugendliche.³⁸⁰

Darüber hinaus entwickelte der KJVD Programme, die auf die besondere Problematik einzelner Berufsgruppen wie zum Beispiel die der Landarbeiter oder der Industriearbeiterinnen zugeschnitten waren. Auch hier lautete der Kern der Forderungen: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.³⁸¹ Ein weiteres wichtiges sozialpolitisches Arbeitsfeld stellte zum Ende der Weimarer Republik der Kampf gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die Notverordnungen Brüning's dar, die Jugendliche im Großen und Ganzen von der Erwerbslosenunterstützung ausschloss.

Der Verband führte Umfragen unter den Jugendlichen durch, um einen fundierten Einblick in die Lebenslage der Arbeiterjugend zu gewinnen und um die sozialpolitischen Forderungen mit Fakten untermauern zu können. In diesem Zusammenhang arbeitete der Berliner Bezirk in den zwanziger Jahren mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zusammen. Der für diesen Zweck entwickelte Fragebogen enthielt gleichermaßen Fragen zur familiären und beruflichen Situation der Jugendlichen. Sie sollten sich zu ihren Arbeitsbedingungen äußern, ihr Verhältnis zu ihren Vorgesetzten schildern bzw. die Höhe ihres Lohnes bzw. ihrer Erwerbslosenunterstützung angeben. Ebenso wurden die Jugendlichen zu ihren persönlichen Umständen befragt: Zum Beispiel, ob ihnen ein eigenes Bett zur Verfügung stand und wie viel Geld ihnen nach dem Abzug ihrer Abgabe an die Eltern verblieb. Sie sollten über die Frage nachdenken, welche Möglichkeiten sie zur Verbesserung ihrer Lage sehen würden.³⁸² In kleinerem Umfang initiierte der Verband vergleichbare Umfragen unter Schülern. Im Mit-

³⁸⁰ Vgl. die fast gleichlautenden Forderungen von 1928: SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 99 ff.

³⁸¹ Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 256 f und SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 1-10.

³⁸² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 200 f.

telpunkt stand dabei die Frage der Züchtigung durch Lehrer. Ferner versuchten die Untersuchungen, Einblicke in das familiäre Umfeld der Kinder und Jugendlichen zu gewinnen. So wurden die Schüler beispielsweise gefragt, ob sie zum Familieneinkommen beitragen müssten. Die Auswertung ihrer Angaben flossen in den „proletarischen Schulkampf“ und in die den Kampf des KJVD „gegen Kinderelend und Schulreaktion“ ein. Zu den wichtigsten Forderungen zählten die nach der Abschaffung der Prügelstrafe und die nach einer grundsätzlichen Trennung von Schule und Kirche. Die Positionen gingen jedoch weit über die Schulpolitik hinaus. Angesichts des schlechten Ernährungszustandes vieler Kinder verlangte der Verband, dass Schulkinder täglich eine kostenlose Schulspeisung erhalten und regelmäßig von Schulärzten untersucht werden sollten. Da die hygienischen Bedingungen in vielen Arbeiterfamilien unzureichend waren, verlangte der Verband, dass den Kindern und Jugendlichen in den Schulen sanitäre Einrichtungen zur Verfügung gestellt und diese grundsätzlich über Fragen der Hygiene, Gesundheitspflege und Sexualkunde aufgeklärt werden sollten.³⁸³

Wie in nachfolgend zitiertem Rundschreiben von 1928 deutlich wird, nutzte der Verband im Rahmen seiner sozialpolitischen Positionierung jede Möglichkeit, um die UdSSR als leuchtendes Vorbild hervorzuheben: „In der Sowjetunion dagegen sind die wichtigsten Forderungen der werktätigen Jugend zum Gesetz erhoben und praktisch durchgeführt.“³⁸⁴ An anderer Stelle heißt es wiederum: „Die Sowjetunion ist das einzige Land ohne Arbeitslose, ohne Lohnraub, ohne Zwangsarbeit. Dort haben die Jugendlichen den vier- und sechsständigen Arbeitstag, dort gibt man ihnen die Möglichkeiten ihrer Vorwärtsentwicklung, dort entwickelt sich eine Generation von Menschen, die Menschheit des Sozialismus, die keinen Hunger und nur die wirkliche Freiheit kennt.“³⁸⁵

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien räumte die KPD den Spitzenfunktionären des KJVD bei deren Kandidatur um ein Reichstags-, Landtags- oder Stadtverordnetenmandat durchaus aussichtsreiche Listenplätze ein. Er eröffnete dem Jugendverband damit theoretisch die Möglichkeit, seine Forderungen in die politischen Gremien der Weimarer Republik einzubringen. Der Verband feierte die Jugendlichen als die offiziellen „Kandidaten der Jugend“. Euphorisch meldete „Die Junge Garde“: „Genosse Konrad Blenke, der Sekretär des KJVD., ist an zweiter Stelle auf der Reichsliste der KPD. gewählt worden. Die KPD. ist die einzige Partei, die

³⁸³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 83 f.

³⁸⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 103.

³⁸⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/8/58, Bl. 106.

der Jugend eine sichere Kandidatur zum Reichstag zur Verfügung stellt.“³⁸⁶ Obwohl die Gruppe der Jungwähler statistischen Berechnungen zufolge bei den Reichstagswahlen 1928 rund fünfzig Mandate vergeben konnten, gestanden weder die SPD noch die bürgerlichen Parteien ihrem Nachwuchs relevanten Listenplätze zu. Während die Sozialdemokratie die Jugend ganz ignorierte, nennt Krabbe die Kandidatenaufstellung der bürgerlichen Parteien, von denen das Zentrum und die DDP noch am großzügigsten verfahren, zu Recht „halbherzig“.³⁸⁷ Die bürgerlichen Parteien mussten bei den Wahlen des Jahres 1928 herbe Stimmenverluste einstecken, und der neue Reichstag war mit einem Durchschnittsalter der Delegierten von annähernd 50 Jahren überaltert.³⁸⁸ Obwohl die Parteien aus der Niederlage Konsequenzen zogen und zu den Reichstagswahlen 1930 generell mehr junge Kandidaten aufstellten,³⁸⁹ erreichte keine die Quote an jungen Kandidaten, mit der sich die KPD brüsten konnte. Der Jugendverband schlachtete diesen Vorteil in der Öffentlichkeit entsprechend aus. Im September 1930 veröffentlichte „Die Junge Garde“ auf ihrer Titelseite Auszüge aus der Liste der insgesamt 32 Jungarbeiter, die vom Zentralkomitee des KJVD und von den Bezirken als Reichstagskandidaten aufgestellt wurden.³⁹⁰ Auf Flugblättern, die sich direkt an die Jungwähler der im April 1932 in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg stattfindenden Landtagswahlen wandten, gab der Jugendverband die Kandidatur von insgesamt neun Jugendlichen bekannt: „Jungarbeiterkandidaten der KPD werden im kommenden Landtag der verschiedenen Länder und vor allen in Preußen die Interessen des Jungproletariats vertreten. Die Parteien von der SPD bis zu den Nazis sind feindliche Parteien und verraten Eure Interessen, darum kämpft und wählt die Kandidaten der werktätigen Jugend.“³⁹¹ Im November 1932 kandidierten die ZK-Mitglieder Fritz Grosse, Erich Jungmann, Artur Becker, Walter Voss und Ewald Kaiser für ein Reichstagsmandat. Während des Wahlkampfes reisten sie quer durch die Republik, um vor allem die Jungwähler für die KPD zu gewinnen.³⁹²

Aus dem Schriftwechsel zwischen Partei und Jugend geht hervor, dass die Besetzung der Listenplätze zum Teil mit heftigen Auseinandersetzungen verbunden war. In der Regel warf die Jugend der Partei vor, die Interessen des KJVD zu übergehen und die Kandidaten zum eige-

³⁸⁶ Vgl. Titelblatt: Die Junge Garde von Mitte Mai (keine genaue Datierung).

³⁸⁷ Vgl. Krabbes Auswertung der Kandidatenaufstellung der bürgerlichen Parteien bei den Reichstagswahlen von 1928 und die entsprechenden Quellen: Krabbe: Politische Jugend, S. 60 ff und Krabbe: Parteijugend, S. 27 ff.

³⁸⁸ Krabbe: Parteijugend, S. 27.

³⁸⁹ Vgl. Auswertung der Kandidatenaufstellung der bürgerlichen Parteien zu den Reichstagswahlen von 1930 und die entsprechenden Quellen: Krabbe: Politische Jugend, S. 62 ff. und Krabbe: Parteijugend, S. 27 ff.

³⁹⁰ Titelblatt: Die Junge Garde vom September 1930.

³⁹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I2/8/58, Bl. 111.

³⁹² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/35, Bl. 280. Vgl. auch die Mitteilung über eine von Arthur Becker durchgeführte Jungwählerversammlung im September 1930 in Sachsen: SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 282.

nen Vorteil zu bestimmen. So beklagte sich der KJVD des Bezirks Thüringen im Oktober 1929 bei der Bezirksleitung der Partei, dass diese entgegen der offiziellen Absprachen die Kandidatenliste im Nachhinein verändert und einen Genossen aufgestellt hätten, der im Jugendverband völlig unbekannt sei: „Wie wir von unserem Genossen (...) erfahren, habt Ihr auf die Kandidatenliste nicht, wie wir unter Zustimmung des Parteisekretariats beschlossen hatten, den Genossen Barthel als Kandidat an aussichtsreicher Stelle, sondern einen anderen Jugendgenossen gesetzt. Wir kennen den Genossen weder aus seiner praktischen Arbeit im Jugendverband noch aus seiner aktiven Teilnahme am innerparteilichen Kampf. Der Weddinger Parteitag sagt mit Recht, dass die politisch am zuverlässigsten Genossen kandidieren sollen. Wir glauben, dass Ihr mit uns derselben Meinung seit, daß diese Frage bei Genosse Barthel bejaht werden kann. Dann, daß in erster Linie Betriebsarbeiter aufgestellt werden sollen. Barthel ist zwar z.Zt. Sekretär, aber doch Arbeiter und kein Intellektueller.“³⁹³ Da der Hilfsarbeiter Karl Barthel, der seit 1923 Mitglied des KJVD und seit 1926 Mitglied der KPD war, tatsächlich 1929 Abgeordneter des Thüringischen Landtags wurde, kann davon ausgegangen werden, dass der Protest der Jugend Konsequenzen hatte und Barthel tatsächlich wie abgesprochen auf einen aussichtsreichen Platz gesetzt wurde. Inwieweit die „Kandidaten der Jugend“ tatsächlich die Interessen ihrer Klientel vertraten, ist schwer abzuschätzen. Ausgehend von der Überzeugung, dass die Probleme der Arbeiterjugend nur durch die Lösung der Probleme der gesamten Arbeiterklasse zu überwinden seien, haftete spezifischen Forderungen der Jugend schnell der Makel der ideologischen Abweichung an.

Der KJVD schloss sich nur selten zur Durchsetzung seiner Interessen mit anderen Jugendverbänden zusammen. Die Kooperation mit der SAJ, deren inhaltliche Positionen man zum Teil durchaus teilte, war von der jeweiligen politischen Linie der KPD gegenüber der SPD abhängig. Diese war im Laufe der Weimarer Jahre verschiedenen Kurskorrekturen unterworfen gewesen. Einige Monate lang gehörte der KJVD dem Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen (Rajo) an.³⁹⁴ Im Rajo, der am 18. März 1921 in Berlin gegründet wurde, arbeiteten die verschiedenen sozialistischen Jugendorganisationen und die Vertreter vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammen. Die Leitung hatte der ADGB übernommen, zum Vorsitzenden wurde der Berliner Gewerkschafter Johannes Sassenbach, der auch Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes war, ernannt. Auf Initiati-

³⁹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 87. Vgl. auch: SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 88 f. und SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 54 ff. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

³⁹⁴ Dazu folgendes Selbstzeugnis: SAPMO-BArch, SgY 30/0861, Bl. 39 ff.

ve der Sozialistischen Proletarierjugend (SPJ) wurde der KJVD zum Eintritt in den Reichsausschuss aufgefordert. Der Rajo versuchte mit Appellationen und Eingaben Einfluss auf Legislative und Exekutive der Weimarer Republik zu nehmen und vor allem die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend zu vertreten. Nach längeren Verhandlungen wurde am 13. Juli 1921 schließlich ein bereits mehrfach überarbeitetes „Mindestprogramm“ verabschiedet,³⁹⁵ das von den sozialistischen und freigewerkschaftlichen Jugendverbänden allein unter dem Vorbehalt gebilligt wurde, dass im „Sofortprogramm“ nur die gemeinsamen Grundsatzforderungen formuliert waren und die beteiligten Organisationen ihre weitergehenden Forderungen aufrecht erhalten konnten. Die Vertreter des KJVD enthielten sich bei der Verabschiedung des Programms ihrer Stimme. Das Mindestprogramm des Rajo enthielt bewusst nur Ansprüche, die angesichts der damaligen politischen und wirtschaftlichen Lage überhaupt Aussicht auf eine Realisierung hatten. Ein derartiges Vorgehen widerstrebte dem KJVD grundsätzlich. Dessen Vertreter kritisierten, dass die Forderungen die Existenz der Jugendlichen nicht ausreichend absichern würde. Zudem forderte der Rajo den Sechsstudentag nur für Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr und nicht wie der KJVD bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. „Der Führer“, das Funktionsorgan der SAJ, berichtete von der Weigerung der Kommunisten, sich diesen „jämmerlich halbierten“ Forderungen anzuschließen und kommentierte sie ironisch mit dem Verweis darauf, dass „die Kommunisten (...) bis jetzt jede praktische Arbeit für den Jugendschutz ängstlich gemieden“ hätten.³⁹⁶ Der KJVD boykottierte die Arbeit des Reichsausschusses permanent, so dass dessen Mitglieder eine weitere Zusammenarbeit mit den Vertretern des KJVD von deren vorbehaltloser Anerkennung der Beschlüsse der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen abhängig machten. Da der KJVD als Mitglied der KJI den Richtlinien der Roten Gewerkschaftsinternationale verpflichtet war, schied er im Juli 1921 zwangsläufig aus dem Rajo aus. Damit scheiterte endgültig der Versuch, eine Einheitsfront der organisierten Arbeiterjugend zu schaffen.³⁹⁷

Die im Dezember 1922 in die Öffentlichkeit diskutierten Pläne zu einem neuem Arbeitszeitgesetz einte die verschiedenen Arbeiterjugendverbände noch einmal. Sie schlossen sich zum Protest gegen das Gesetz zusammen, das auf eine Aufweichung des Achtstundentages zielte. Das Gesetz sah vor, Jugendliche zur Bewachung, Reinigung und Instandhaltung der Betriebsanlagen einzusetzen, so dass ihre Arbeitszeit einschließlich ihres Besuchs der Fortbildungsschulen erneut bis zu 54 Wochenstunden betragen konnte. Die Zentrale des KJVD, die sich

³⁹⁵ Vgl. „Mindestprogramm des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisation (Rajo)“, in: Hartmann/Lienker: Arbeiterjugendbewegung, S. 406 f.

³⁹⁶ Der Führer, 3 (1921), Nr. 8/9, S. 97 f, zitiert nach: Hartmann/Lienker: Arbeiterjugendbewegung, S. 407.

³⁹⁷ Hartmann/Lienker: Arbeiterjugendbewegung, S. 203.

am 8. Januar 1923 an den ADGB, die SAJ und die Sozialistische Proletarierjugend wandte, rief diese zu gemeinsamen Demonstrationen, Veranstaltungen und Kundgebungen auf. Entgegen der bisherigen Haltung schlugen die Vertreter des KJVD einen vermittelnden Kurs ein und zeigten sich überraschend kompromissbereit. Vermutlich fürchtete die Verbandsführung, von den großen Protestaktionen ausgeschlossen zu werden und sich damit selbst ins Abseits zu rücken: „Wir erwarten daher Eure baldige Zustimmung. (...) Wir bitten Euch, die von uns gemachten Vorschläge als Verhandlungsgrundlage zu betrachten und falls ihr wohl mit dem gemeinsamen Vorgehen, nicht aber mit unseren Vorschlägen einverstanden seid, uns Eure Vorschläge zu unterbreiten.“³⁹⁸ Im März 1923 fanden unter dem Motto „Für Jugendschutz und Jugendrecht, gegen die 54-stündige Arbeitswoche“ dann tatsächlich reichsweit große öffentliche Kundgebungen statt, an denen sich auch der KJVD in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Arbeiterjugendverbänden beteiligte.³⁹⁹ Ungeachtet der Proteste trat das Gesetz schließlich im Dezember 1923 in Kraft.⁴⁰⁰

Der KJVD war von Anfang an von der Mitarbeit im unangefochtenen Spitzenverband innerhalb der organisierten Jugendpflege, dem „Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände“ ausgeschlossen. Grund dafür war die Haltung des Verbandes gegenüber der Weimarer Republik und deren politischen Organen, die er öffentlich mit Parolen wie „Wenn die Jungwerktätigen leben wollen, muß dieses System sterben“, bekämpfte. Der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände setzte sich aus konfessionellen, sozialistischen, berufsständischen, volksbürgerlichen und staatspolitischen Verbänden sowie aus der bündischen Jugend und den Verbänden für Leibesübungen zusammen. Ihm gehörten insgesamt mehr als hundert verschiedene Einzelverbände an. Zu seinen wichtigsten Leistungen zählte die Entwicklung eines sozialpolitischen Programms, das im Frühjahr 1925 als Eingabe dem Reichsministerium vorgelegt wurde. Bis zu seiner Auflösung am 22. Juni 1933 versuchte der Reichsausschuss kontinuierlich, seine sozialpolitischen Forderungen in die Politik einzubringen und mit Hilfe von Eingaben den Jugendschutz im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes mitzugestalten. In diesem Zusammenhang legte er im Dezember 1926 dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes und Anfang 1927 den eines Berufsausbildungsgesetzes

³⁹⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/43, Bl. 76 ff.

³⁹⁹ Hartmann/Lienker: Arbeiterjugendbewegung, S. 204.

⁴⁰⁰ Reichsgesetzblatt 1923 Teil I, Nr. 134, S. 1249-1251.

vor. Die Initiativen wurden in den parlamentarischen Mühlen zerrieben und hatten nur geringen Einfluss auf die Weimarer Gesetzgebung.⁴⁰¹

Ein Vergleich der Forderungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände und des Reichsausschusses der deutschen Arbeiterjugend zeigt, dass diese inhaltlich vielfach übereinstimmten. Die Forderungen des KJVD waren hingegen so radikal, dass sie keine gemeinsame Arbeitsgrundlage boten. Die Forderung nach einem Sechstudentag für Jugendliche bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres war angesichts des Kampfes um die Beibehaltung des Achtstudentages utopisch. Zwischen den Wunschvorstellungen der kommunistischen Jugend und den Forderungen, die angesichts der wirtschaftlichen Lage der Weimarer Republik die Chance auf eine Realisierung hatten, bestand in der Regel ein unüberwindbarer Widerspruch. Neben den Einschränkungen, die dem KJVD als parteipolitische Organisation der KPD und als Mitglied der KJI auferlegt waren, mag vor allem auch diese Realitätsferne und die fehlende Kompromissbereitschaft der Grund dafür gewesen sein, dass es dem KJVD nicht gelang, Allianzen zu schließen, um dadurch mehr Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten zu gewinnen. Weiterhin ist zu bedenken, dass sich der Gestaltungswille der Kommunisten nicht auf die Weimarer Republik, deren Zerstörung sie anstrebten, bezog, sondern auf die Gründung eines Staates, der sich an der Sowjetunion orientierte.

Zudem erweckt die Verbandsarbeit des KJVD trotz der unzähligen Absichtserklärungen, Resolutionen und Programme zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugendlichen den Eindruck, dass der Kampf um die Verwirklichung mehr oder weniger langfristiger sozialpolitischer Ziele häufig den unmittelbaren Tagesaufgaben zum Opfer fiel. Angesichts der Naherwartung eines „Sowjet-Deutschlands“ zählte die Durchsetzung der sozialpolitischen Forderungen letztlich nicht zu den wichtigsten Aufgaben. Eingeschränkte finanzielle Ressourcen und eine knappe Personaldecke setzten dem sozialpolitischen Engagement zusätzlich enge Grenzen. Als parteipolitische Jugendorganisation der KPD und als Mitglied der KJI waren schließlich Ziele, Positionen und Arbeitsmethoden vorgegeben und die Kooperationsmöglichkeiten begrenzt.

Folgende Einschätzung von Irmtraud Götz von Ohlenhusen ist daher grundsätzlich beizupflichten: „Obwohl der KJVD vielleicht als einzige Jugendorganisation schonungslos und kompromißlos die Not der Jugendlichen aufzeigte, diese als Produkt des kapitalistischen Systems und somit als veränderbar interpretierte, die Krise nicht als Naturereignis begriff, sondern klar sah, daß die Folgen auf die Arbeitnehmer abgewälzt wurden, gelang es ihm nicht,

⁴⁰¹ Zwerschke: Jugendverbände, S. 127.

diese radikale und großteils berechtigte Kritik in produktive politische Arbeit umzusetzen.“⁴⁰² Die Autorin realisiert jedoch nicht, dass sich der politische Gestaltungswille des KJVD nicht auf das politische System der Weimarer Demokratie bezog und sich ebenso wenig an den realen Gestaltungsmöglichkeiten der Gegenwart orientierte.

⁴⁰² Götz von Olenhusen: Krise, S. 76.

2.7. Der KJVD – Eine Miniaturausgabe der KPD

„Die KPD war eine besonders disziplinierende, von oben nach unten dirigierende Partei, und das Jugend-Zentralkomitee war im wesentlichen ein Ableger und völlig geleitet durch die KPD und diese wiederum durch die Komintern. Im Grunde gab es keine Partei, die ihrer Jugendorganisation so dirigierte wie die KPD,“⁴⁰³ so resümiert Willi Bucherer aus der Retrospektive seine Erfahrungen im KJVD. Die Analyse der Verbandsstrukturen bestätigte seine Einschätzung ebenso wie die These Mallmanns, der den KJVD eine „Miniaturausgabe der KPD“ nannte.⁴⁰⁴ Verstanden sich die in der FSJ organisierten Jugendlichen anfänglich noch als gleichberechtigte Partner der KPD, so verloren sie mit ihrem Anschluss an die KJI an Handlungsspielraum. Wie gezeigt werden konnte, übernahm der KJVD mit der Unterordnung unter die KPD nicht nur deren politische Programmatik, sondern auch deren innere und äußere Organisationsstrukturen. Das Verbandsstatut von 1925 schloss den Prozess der sukzessiven Übernahme der leninistisch-marxistischen Organisationsprinzipien schließlich ab. In den folgenden Jahren, die von Weber als Prozess der Stalinisierung beschrieben werden,⁴⁰⁵ gewannen die Partei- und die Jugendzentrale immer größeren Einfluss. Wie anhand der Frage der Ämterbesetzung und der Umstellung auf Betriebszellen gezeigt werden konnte, war die politische Verbandspraxis keinesfalls deckungsgleich mit den Verbandsstatuten. Selbst hinsichtlich der Arbeitsweise und der Atmosphäre gelang es dem KJVD nie, eine eigene Handschrift zu entwickeln. Die Jugendlichen imitierten den Umgangston der Erwachsenen. In der mangelnden Bereitschaft oder dem Unvermögen der Verbandsleitung, sprachlich und didaktisch stärker auf die junge Generation der Zwanziger Jahre einzugehen, mögen die Ursachen zu finden sein, warum es dem Verband nie gelang, aus dem Schatten der KPD zu treten. Die vollständige Kopie der inneren und der äußeren Arbeitsstrukturen der Partei durch den Jugendverband forcierte wahrscheinlich die Tendenz der Weimarer Behörden, die realen Möglichkeiten des Verbandes zu überschätzen.

Die Analyse der Beziehung von Partei und Jugendverband legte die Kluft zwischen dem theoretischem Anspruch der Partei und der sozialer Praxis der Genossen offen. Der KJVD war ein

⁴⁰³ „Der Versöhnler“, in: Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein (Hg.): Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert, Stuttgart/Darmstadt 1986, hier: S. 354.

⁴⁰⁴ Krabbe: Zukunft, S. 318.

⁴⁰⁵ Vgl. Weber: Wandlung, Bd. 2.

Stiefkind der Partei und teilte dieses Schicksal mit den anderen parteipolitischen Jugendorganisationen der Weimarer Republik.

Bereits auf ihrem Gründungsparteitag erkannte die KPD die Relevanz der „Jugendfrage“ sowie die Notwendigkeit, Jugendliche als Wähler und als Nachwuchs zu gewinnen, grundsätzlich an. Ihre Versprechungen, sich für die Jugend einzusetzen zu wollen, erwiesen sich jedoch als Lippenbekenntnisse, ihr Werben um sie als Anfangsphänomen. Auf sämtlichen Arbeitsebenen stand das Verhalten der erwachsenen Genossen den offiziellen Erklärungen und Resolutionen diametral entgegen. Während sich die Zusammenarbeit der Parteizentrale mit der Jugendzentrale im Laufe der Jahre scheinbar verbesserte, fanden Erwachsene und Jugendliche an der Basis nie zu einer funktionierenden Kooperation. Der Jugendverband wurde nicht ernst genommen – daran änderten auch die Ermahnungen der KJI oder das Engagement Ernst Thälmanns nichts. In den Augen der Genossen hatten die Jugendlichen im politischen Tagesgeschäft nichts zu suchen. Sie wurden als ein die Arbeit hemmender Störfaktor angesehen, zumal die Jugendlichen dazu neigten, sich weniger an den praktischen Notwendigkeiten als an Grundsatzentscheidungen der Parteitage zu orientieren. Die kommunistische Jugend zeigte die Tendenz – wie übrigens die anderen parteipolitischen Jugendorganisationen auch – sich als „Hüterin der reinen Lehre“ profilieren zu wollen. Zum Ärger der erwachsenen Genossen äußerten sich die Jugendfunktionäre teilweise theoretisch fundierter zur Parteilinie, als sie es selbst vermochten und mahnten Kurskorrekturen an – ein Verhalten, das die im Kaiserreich aufgewachsenen Genossen zwangsläufig als Anmaßung empfinden mussten.

Die zur Verklärung neigenden Erinnerungsberichte ehemaliger Verbandsfunktionäre widersprechen dem Befund, dass der KJVD ein Stiefkind der Partei gewesen sei, insofern, als dass die Verfasser das Verhältnis der Generationen zueinander mehrheitlich als harmonisch und kooperativ beschreiben. Die Väter und die älteren Genossen werden oft als Lehrer und Vorbilder der eigenen Entwicklung dargestellt.⁴⁰⁶ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die weit verbreitete Metapher der „3-Generationen-Familie“. Dahinter stand das Modell einer lückenlosen Sozialisation, die in den kommunistischen Kindergruppen spielerisch ihren Anfang nehmen und anschließend im Jugendverband ideologisch und praktisch stärker unterfüttert werden sollte. Am Ende der Kette sollte dann die Mitarbeit in der Partei und in deren Massenorganisationen stehen. Die Metapher der „Familie“ enthält jedoch nicht nur das Bild des „Miteinander“, sondern auch das der Unterordnung der Jugendlichen unter die Erwachsenen.

Entgegen dem Tenor der in der DDR entstandenen Monographien kann die Geschichte des KJVD aber kaum als Erfolgsgeschichte geschrieben werden. Die Untersuchung der einzelnen Arbeitsfelder, in denen der KJVD tätig war, dokumentiert in der Tendenz stärker das Ausmaß seines Scheiterns, als die vom Verband erzielten Erfolge. Die Erwartung der KPD, im Jugendverband ein nicht versiegendes Nachwuchsreservoir zu haben, stellte sich als Enttäuschung heraus. Nur eine verschwindend kleine Gruppe von Jugendlichen trat vom Jugendverband zur Partei über. Versagte der KJVD als Nachwuchsreservoir, so konnte er immerhin als Kaderschmiede Erfolge nachweisen. Der Verband entwickelte eine recht rege und breite Schulungstätigkeit. Die Reichsparteischulen und vor allem die Moskauer Leninschule förderten die Ausbildung der Kader. Die Selbstzeugnisse ermöglichen es, die Lebenswege einzelner Jugendlicher zu verfolgen. Wenngleich diese nicht repräsentativ sind, dokumentieren sie, dass ein Teil der Jugendlichen ihr Leben lang der kommunistischen Bewegung verbunden blieb. Nur für eine Minderheit, deren herausragendster Vertreter Erich Honecker war, wurde der Verband zum Karrieresprungbrett.

Gab sich die kommunistische Jugend nach Außen wild und rebellisch, so verhielt sie sich gegenüber der Mutterpartei zahm und angepasst. Der an die Jugendlichen herangetragenen Aufgabe, der Partei als „Reservearmee“ zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, kam die Verbandsleitung bereitwillig nach. In der Regel wurden die Hilfsarbeiten jedoch von den Jugendfunktionären und nicht von der Basis erledigt. Die Funktionäre strebten mit ihrem Engagement vermutlich eine größere Akzeptanz seitens der Erwachsenen an. Sie suchten die Anerkennung ihrer Leistungen sowie eine Verbesserung der Arbeitsbeziehungen. Einzelne Ortsgruppen erwarteten von der Partei durchaus auch Gegenleistungen für ihre Hilfe und forderten diese notfalls sogar ein. Beurteilt man den KJVD anhand seines Selbstverständnisses als „Sprachrohr der Arbeiterjugend“ so ist die zu ziehende Bilanz zwiespältig. Die Anbindung an die KPD setzte dem sozialpolitischen Engagement des Verbandes enge Grenzen. Die Forderungen orientierten sich nicht an dem realistisch zu Erreichenden, sondern an der sozialistischen Utopie. Daher blieb der Verband auch von der Zusammenarbeit mit den anderen verschiedenen Jugendverbänden der Weimarer Zeit weitgehend ausgeschlossen, was seine Durchsetzungskraft zusätzlich einschränkte.

Krabbe bescheinigt den parteipolitischen Jugendorganisationen der Weimarer Republik im Vergleich zu denen der BRD eine begrenzte Durchschlagkraft.⁴⁰⁷ Krieg und Revolution hatten

⁴⁰⁶ Vgl. Kap. 3.6. Lebenswelten aus der Retrospektive der Selbstzeugnisse.

⁴⁰⁷ Krabbe: Rekrutendepot, S. 306.

maßgeblich zur Politisierung der Jugend, die sich in den ersten Jahren der Republik begeistert den unterschiedlichen parteipolitischen Jugendorganisationen angeschlossen hatte, beigetragen. Ihr Enthusiasmus erlosch jedoch innerhalb weniger Jahre und wich einer Politikverdrossenheit – nicht zuletzt deshalb, weil die Parteien dem Aufbruch der Jugendlichen enge Grenzen setzten. Krabbe kommt in seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die bürgerlichen Parteien die Jugend trotz anderslautender Bekenntnisse längst nicht in dem Maße förderten und unterstützen, wie dies notwendig gewesen wäre.⁴⁰⁸ Dies trifft auch auf die KPD zu, die ihren Jugendverband anfangs umwarb ihm aber nach seinem Anschluss an die Partei nur noch wenig Beachtung schenkte. Wie gezeigt worden ist, kopierte der KJVD vollständig die Verbandsstrukturen und die Arbeitsmethoden der KPD. Aufgrund dieser Anpassung nahm er innerhalb der parteipolitischen Jugendorganisationen eine Sonderrolle ein. Diese besondere Position erschwert wiederum eine Einordnung in das von Krabbe entwickelte Raster der parteipolitischen Jugendorganisationen, gleichwohl dieser selbst konstatiert, dass die empirischen Befunde oft der abstrakten Differenzierung widersprächen.⁴⁰⁹

Krabbe unterscheidet zwischen den Jugendorganisationen der demokratischen Parteien und der republikfeindlichen Parteien. Erste organisierten ihre Jugendabteilungen nach dem „autonomen Modell“, d.h. sie räumten den Jugendlichen Freiräume und selbständige Entscheidungen ein und orientierten sich an den Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbsterziehung. Demgegenüber stellt Krabbe die Jugendorganisationen der republikfeindlichen Parteien, die am Jugendpflegemodell ausgerichtet waren und die Jugendlichen vollständig kontrollierten.⁴¹⁰

Zur Bestimmung des Verbandstypus nennt Krabbe drei Faktoren: Während er den Grad der organisatorischen Einbindung der Jugendorganisation in die Organisationsstrukturen der Mutterpartei für sekundär hält, sind seiner Ansicht nach die Organisationsprinzipien umso bedeutender. Relevanz misst er vor allem der Frage bei, ob die Parteibasis ein Mitspracherecht hatte und ob sie Artikulationsmöglichkeiten besaß. Ferner, ob die Verbandsführung demokratisch gewählt oder autoritär bestellt wurde. Als weiteres Unterscheidungskriterium verweist er auf die Mentalität der Mutterparteien. Die Jugendorganisationen, die sich wie die Hindenburg- und die Bismarckjugend am Jugendpflegemodell orientierten, gehörten Parteien an, die eine „obrigkeitsstaatliche Tradition aufwiesen und ein autoritäres Milieu entwickelt hatten.“⁴¹¹ Die Jugendorganisationen der republikanischen Parteien, d.h. die Demokratische Jugend, die

⁴⁰⁸ Krabbe: Parteijugend, S. 27.

⁴⁰⁹ Krabbe: Rekrutendepot, S. 304.

⁴¹⁰ Ebenda: S. 293.

Jung-Sozialisten und die Windhorstbunde, waren hingegen nach dem jugendbewegten Typus organisiert und boten den Jugendlichen die Möglichkeit, demokratische Spielregeln einzuüben. Als letzten Unterscheidungsfaktor nennt Krabbe die Altersstruktur. Je älter die organisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren, desto mehr tendierten sie zur Selbstständigkeit.⁴¹²

Eine Einordnung des KJVD in das Modell setzt eine Differenzierung zwischen Statut und Praxis voraus. Formal war der KJVD eine selbständige Organisation, die auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus beruhte. In der Praxis war der Jugendverband politisch, organisatorisch und finanziell vollständig von der Partei abhängig. Wie anhand der Ämterbesetzung oder der Ausschlussverfahren gezeigt wurde, beruhten sie nicht auf demokratischer Entscheidungsfindung, sondern letztendlich auf der Macht des politisch Stärkeren. In diesem Zusammenhang ist auf Hermann Webers Untersuchung zur Stalinisierung der KPD, die sich während dieses Prozesses zur Kaderpartei entwickelte, zu verweisen.⁴¹³

Im Gegensatz zur DVP oder zur DNVP wies die KPD jedoch keine obrigkeitsstaatliche Tradition auf, gleichwohl sie im Prozess der Stalinisierung mehr und mehr von einem autoritären Klima durchsetzt wurde. Auch hinsichtlich der Altersstruktur ist der Befund ambivalent. Laut Statut organisierte der KJVD Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren. Damit nahm der Verband eine Zwitterstellung zwischen einer Vorfeldorganisation⁴¹⁴ und einer parteipolitischen Jugendorganisation ein. Während die sozialdemokratische Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren in der SAJ organisiert war, organisierten die Jungsozialisten Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die Altershöchstgrenze der Hindenburgjugend (DVP), der Bismarckjugend (DNVP) und der Windhorstbunde (Zentrum) belief sich auf 25 Jahre. Die Demokratische Jugend (DDP) verzichtete sogar ganz auf eine Altersgrenze, wobei der Großteil der Jugendlichen zwischen 25 und 30 Jahre alt waren.

Die Untersuchung der Altersstruktur der im KJVD organisierten Jugendlichen⁴¹⁵ und die Untersuchung der Gruppenkultur in den verschiedenen Verbandsphasen zeigen,⁴¹⁶ dass in den Jahren nach der Gründung die Gruppe der unter 18-Jährigen überrepräsentiert war, während die Gruppe der Jugendlichen, die 18 Jahre und älter waren, in den späten zwanziger Jahren

⁴¹¹ Ebenda: S. 305 f.

⁴¹² Krabbe: Rekrutendepot, S. 305 f.

⁴¹³ Weber: Wandlung, Bd.1.

⁴¹⁴ Vgl. Krabbes Überlegungen zu den Kinder- und Jugendorganisationen des sozialdemokratischen Milieus: Krabbe: Rekrutendepot, S. 278.

⁴¹⁵ Vgl. Kap. 3.2. Altersstruktur.

⁴¹⁶ Vgl. Kap. 4.2. „Schnittmengen“: Wanderfahrten und Sonnenwendfeiern sowie Kap. 4.4. Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf.

dominierte. Im Gegensatz zu Krabbe, der konstatiert, dass die größere Lebenserfahrung der Mitglieder in den Organisationen einhergegangen sei mit der Tendenz zur mehr Autonomie und mehr Emanzipation von der Mutterpartei, vollzog sich der Prozess im KJVD umgekehrt: Im Laufe der Weimarer Republik stieg das Durchschnittsalter der im Verband organisierten Jugendlichen ebenso wie die Bereitschaft, sich der KPD unterzuordnen. Zeigte die FSJ in ihren Anfängen noch die Tendenz, eine „politische Alternative“⁴¹⁷ zu den Parteien der Linken zu werden, so entwickelte sich der KJVD im Laufe der Jahre mehr und mehr zu einer Miniatúrausgabe der KPD. Dem Verband gelang es nicht, aus dem Schatten der Mutterpartei heraus zu treten.

⁴¹⁷ Krabbe unterscheidet zwischen Partei-Jugendverbänden, die sich – wie etwa die Jungsozialisten – zu einer politischen Alternative zur Mutterpartei entwickelten und solchen Jugendorganisationen, die ausschließlich die Funktion eines Rekrutendepots hatten. Krabbe: Rekrutendepot, S. 274.

III. Die Jugendlichen

„Für die KPD beziehungsweise den KJVD wäre der Typus des neo-autoritären proletarischen Jugendlichen zu beschreiben, der den Weisungen Moskaus folgte und alle sozialdemokratischen und liberalen Traditionen verabscheute.“¹

Derartige Charakterisierungen kommunistischer Jugendlicher sind in der Sekundärliteratur durchaus typisch, ebenso wie die Annahme, dass sich die Anhängerschaft im Gegensatz zu derjenigen der SAJ vor allem aus ungelernten Arbeitern zusammengesetzt habe. Diese Mutmaßungen basieren auf zeitgenössischen Studien der historischen Jugendkunde, deren undifferenzierter Blick sich am Ideal des bürgerlichen oder des bildungsbeflissenen sozialdemokratischen Jugendlichen orientierte. Ebenso wage und unzuverlässig sind die in der Literatur kursierenden Angaben zur Mitgliederstärke des Verbandes.²

Das folgende Kapitel strebt einen Perspektivenwechsel an. Nachdem im Kapitel II der Arbeit zunächst die Verbandsstrukturen analysiert worden sind, sollen nun die Akteure im Mittelpunkt stehen. Im Rückgriff auf die teilweise recht lückenhafte Überlieferung soll die Mitgliederentwicklung des KJVD sowie das Sozialprofil der im Verband organisierten Jugendlichen untersucht werden. Während die Mitgliederentwicklung über den gesamten Untersuchungszeitraum verfolgt werden kann, haben die Angaben zum Sozialprofil der Jugendlichen aufgrund der Quellenlage fragmentarischen Charakter: Für die ersten Jahre liegen kaum quantitative Daten vor. Allerdings lassen die im KJVD geführten Diskussionen Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Mitglieder zu. 1928 verstärkte die Zentrale ihre Bemühungen, den Verband als soziales Gefüge zu fassen. Die ermittelten Daten wurden entsprechend dokumentiert. Impulse für diese Initiative gaben vermutlich die 1927 und 1928 durchgeführten „Reichskontrollen“ der KPD.³ In den Verbandsakten finden sich jedoch keinerlei Hinweise

¹ Götz von Olenhusen: Krise, S. 80.

² Jahnke erfasst die Mitgliederbewegung nur unvollständig. Zudem belegt er seine Angaben nicht und tendiert dazu, die Verbandsstärke aufzurunden. Mallmann bezieht sich in seinen Angaben zur Mitgliederstärke wiederum auf ihn. Weber gibt die Mitgliederzahlen für die Jahre von 1927 bis 1931 an. Seine Angaben weichen zum Teil von den über die Verbandsakten ermittelten Mitgliederzahlen ab. Jahnke: Geschichte, S. 227, 255, 270, 282, 297, 315, 325, 336, 353, 368; 403, 463; Mallmann: Kommunisten, S. 182 und Weber: Wandlung, Bd.1, S. 365.

³ Kaasch: Struktur. Zur Durchführung und Auswertung der Ergebnisse der Reichskontrollen in der KPD vgl. Eumann: Kohorte.

darauf, dass diese breit angelegte Erfassung der sozialen Zusammensetzung der Partei auch im KJVD durchgeführt wurde.⁴

Im Kontext der Untersuchung wird der Terminus „Sozialprofil“ nur im Plural verwendet. Die Vorstellung, dass es möglich sei, das Sozialprofil des KJVD quasi als „Standaufnahme“ zu erarbeiten, erscheint angesichts der Quellenlage und des Untersuchungszeitraumes, der durch vielfältige, turbulente, sich gegenseitig bedingende, überschneidende und behindernde politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen gekennzeichnet ist, die den Verband prägten und beeinflussten, paradox. In den Verbandsakten werden die verschiedenen Phasen der Mitgliederentwicklung sowie ansatzweise die Alters- und die Geschlechterstruktur des Jugendverbandes transparent. Selten sind dagegen Hinweise zum beruflichen Status der Jugendlichen. Aufgrund der Quellenlage können drei Gruppen genauer betrachtet werden: Zum einen die Jugendlichen, die Anfang der dreißiger Jahre Mitglieder des KJVD geworden waren und zum anderen die Delegierten der verschiedenen Verbandskongresse, Reichsausschüsse und Bezirkskonferenzen. Die Auswertung der so genannten „Delegiertenbefragungen“ lassen ebenfalls Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Delegierten zu. Bei ihnen handelte es sich mehrheitlich um hochrangige Funktionäre, d.h. um Politische Leiter oder Organisationsleiter, während die Funktionäre, die für einzelne Ressorts wie Finanzen, Sport oder die Beobachtung des Gegners zuständig waren, eine Minderheit darstellten.⁵ Weiterhin kann die Gruppe der Jugendlichen, die sich als Erwachsene rückblickend mit ihren Selbstzeugnissen ein Denkmal gesetzt hat, näher profiliert werden. Die Ego-Dokumente ermöglichen wichtige Einblicke in die Lebenswelten und Netzwerke kommunistischer Jugendlicher. Sie ergänzen und kontrastieren das auf der Grundlage von Verbandsakten erstellte Sozialprofil. Ein solchermaßen gewonnenes Gesamtbild⁶ zeigt eine sich permanent neu konstituierende, heterogene Anhängerschaft, aus der einzelne Segmente näher in Augenschein genommen werden können, andere dagegen im Dunkeln bleiben.

⁴ Lediglich die Bezirksleitung Südbayern fasste in ihrem Sonderbericht vom 29.4.1930 die Ergebnisse der „Reichskontrolle“ zusammen. SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/79, Bl. 98 ff.

⁵ Vgl. Tab. 7: Funktionen der Delegierten.

⁶ Zum methodologischen Problem, unterschiedliche Quellengattungen, wie generalisierende Statistiken und individuelle Selbstzeugnisse zu verknüpfen vgl.: Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 16 ff.

3.1. Mitgliederentwicklung, Fluktuation und Kassierung

Die Notwendigkeit, gewissenhaft Auskunft über die Mitgliederstärke des KJVD geben zu müssen, war bereits für die Verbandsleitung eine heikle Angelegenheit. Theoretisch mussten die Ortsgruppen auf standardisierten Berichtsbögen die Zahl der von ihnen organisierten Mitglieder und die im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen verzeichnen. Diese Bögen sollten an die Unterbezirksleitungen gesandt werden, deren Aufgabe es war, die Berichte für die Bezirksleitungen auszuwerten. Diese waren wiederum der Zentrale gegenüber zur Berichterstattung verpflichtet. Die Zentrale empfahl den Bezirken und Unterbezirken zur Vereinfachung des bürokratischen Prozedere, eine Kartothek anzulegen, um eine genaue Übersicht über den Stand der Mitgliederentwicklung und über die Neuaufnahmen zu erhalten. In den Rundschreiben werden die Bezirke regelmäßig an ihre Informationspflicht erinnert: „Unerlässlich für ein aktives Arbeiten des Gesamtverbandes und seiner einzelnen Organisationen ist eine peinlichst genaue, pünktliche, vor allem aber inhaltliche Berichterstattung, die auf der Grundlage von Fragebögen einmal monatlich geleistet werden soll.“⁷ Die Bezirksleitungen, die auf die Informationen der Unterbezirksleitungen angewiesen waren, gaben den Druck von oben nach unten weiter, wie ein Schreiben der Bezirksleitung Lausitz vom Januar 1924 an die nächst untere Verwaltungsebene belegt: „Ebenfalls wird es auch bekannt sein, daß alle Wochen an die B.L. [Bezirksleitung, B.K.] ein Situationsbericht aus dem Unterbezirk zu senden ist. Diesen Satz halten wir fest, u. verlangen das von euch. Eure Gruppen sind euch gegenüber genauso verpflichtet all wöchentlich einen Tätigkeitsbericht zu schicken. Wenn noch keine Ortsgruppe Bericht gegeben hat, dann seid ihr Prügel wert. Ihr seid verantwortlich für gutes funktionieren.“⁸ Ermahnungen und Drohungen gingen allerdings häufig ins Leere und scheiterten an der Arbeitsbelastung der Funktionäre, an deren Unverständnis gegenüber den bürokratischen Erfordernissen sowie an den Kommunikationsschwierigkeiten innerhalb der verschiedenen Verbandsebenen.

In der Konsequenz sind die in den Akten verzeichneten Angaben zur Verbandsstärke eher spärlich als dicht, eher wage als zuverlässig. So reagierte beispielsweise 1930 nur ein einziger von 25 Bezirken auf die Aufforderung der Zentrale, Aufschluss über den Stand der Mitglieder und der Zellen zu geben.⁹ Selbst die Delegierten des 1925 in Halle stattfindenden Verbandskongresses nahmen ihre Auskunftspflicht nicht sehr ernst, was die Mandatsprüfungskommis-

⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/65, Bl. 124.

⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/73, Bl. 16.

⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/69, Bl. 253.

sion zu einer Rüge veranlasste: „Wir haben bei Durchsicht der Fragebögen festgestellt, daß ein Teil der Genossen die Fragebögen sehr mangelhaft ausgefüllt haben (...). Wir müssen uns befleissigen, in Zukunft die Fragebögen anständig auszufüllen.“¹⁰

Die Bezirksfunktionäre kamen ihrer Aufgabe nicht nur sporadisch nach, sie neigten auch dazu, die Mitgliederzahlen zu manipulieren. Dies geschah möglicherweise aus dem Bedürfnis heraus, die Bedeutung und Wichtigkeit des Bezirkes gegenüber der Berliner Zentrale hervorzuheben oder die niedrigen Mitgliederzahlen und damit auch den eigenen Missstand zu vertuschen. So deckte das ZK-Mitglied „Rudolf“, bei dem es sich vermutlich um den Russen Raffael Chitarow handelte, diese anscheinend gängige Praxis während seiner Rundreise durch verschiedene Bezirke im Frühjahr 1925 auf: „Wir hatten eine sehr ungenügende Vorstellung darüber, wie schlecht eigentlich der Bezirk Schlesien steht. Von den Ortsgruppen, die offiziell angegeben werden, bestehen in Wirklichkeit kaum mehr als 20, die insgesamt 360 Mitglieder umfassen.“¹¹ Im Anschluss an die Bezirkskonferenz in Thüringen fasste der Instrukteur den Stand für die Berliner Zentrale folgendermaßen zusammen: „Im ganzen ergibt sich aus diesen Angaben, daß der Bezirk Thüringen gegenwärtig 82 Ortsgruppen, 1657 Mitglieder, 55 Zellen und 9 Zellzeitungen aufzuweisen hat, also ca. 1000 Mitglieder weniger als die letzten Angaben der Bezirksleitung. Diese unerhörte Tatsache führt die Bezirksleitung zum Teil darauf zurück, daß die Unterbezirke sehr schlecht über die Stärke ihrer Ortsgruppen unterrichtet seien. In manchen Fällen wußte es die Bezirksleitung besser. Ihre Angaben über die Mitgliederstärke habe sie der Zentrale auf Grund der Beitragsmarkenbestellung gemacht, die die einzelnen Ortsgruppen bei der Bezirksleitung machen.“¹²

Die überlieferten Bögen zur Berichterstattung dokumentieren zudem, wie die Funktionäre die verschiedenen Kriterien zur Erfassung der Mitglieder gewichteten.¹³ Galt es als selbstverständlich anzugeben, ob die Mitglieder des KJVD auch einer Gewerkschaft angehörten, wurde dagegen häufig die Erfassung des Alters und des Geschlechts der Jugendlichen vernachlässigt. Nach Überprüfung der einzelnen Bezirke durch die Instrukteure konstatierte die Organisationskommission der Zentrale des KJVD in ihrem Rapport über die Mitgliederbewegung von Oktober 1925 bis September 1927, „daß diese offiziellen Zahlen keine Sicherheit geben, da die Berichte der Bezirke nicht verläßlich sind. Man kann wohl annehmen, daß die

¹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/6, Bl. 216.

¹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 131.

¹² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 38. Der Instrukteur „Helmuth“ meldete im September 1932 aus Bayern: „Auf einer der letzten Sekretariatssitzungen wurde festgestellt, daß die Zahl 1500 entschieden zu hoch liegt und nicht kontrolliert worden ist. Die Orgaabteilung vertritt die Meinung, daß der Mitgliederstand nicht weit über 1.000 liegt.“ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 15 f.

¹³ Berichtsbögen sind lediglich aus den Bezirken Lausitz, Sachsen und Halle-Merseburg überliefert. Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Ry 1/I4/1/74 und Ry 1/I4/1/75.

Angaben zu hoch sind.“¹⁴ Neben Übertreibungen erschwerten die Mitgliederfluktuation und die in Organisationen üblichen „Karteileichen“ die Arbeit. Die Praxis der Ortsgruppen, die 1924 dazu übergegangen waren, passive Mitglieder auszuschließen, war jedoch ebenso wenig im Sinne der Zentrale. Diese befürchtete nämlich herbe Mitgliederverluste und forderte die Ortsgruppen und Betriebszellen darum energisch dazu auf, die betreffenden Jugendlichen nicht verloren zu geben, sondern sie zukünftig aktiv in die Verbandsarbeit einzubeziehen.¹⁵ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Kriterien dem Begriff „Mitglied“ damals zugrunde lagen. Wurden bereits die Jugendlichen als Mitglieder angesehen, die einen ausgefüllten Aufnahmeschein abgegeben hatten oder galten diejenigen als Mitglieder, die regelmäßig eine Beitragsmarke ins Mitgliedsbuch klebten bzw. nur jene die aktiv mitarbeiteten? Angesichts der Notwendigkeit, den Jugendverband nach außen möglichst wirkungsvoll zu repräsentieren, ist davon auszugehen, dass die Definition eines Mitgliedes in den Verbandsakten sehr weit gefasst und die Mitgliederstärke tendenziell großzügig bemessen wurde.

Konkrete Angaben zur Mitgliederentwicklung des KJVD konnten auf der Grundlage der ausgewerteten Verbandsakten für den Zeitraum von Dezember 1920 bis Mai 1932 ermittelt werden.¹⁶ Die ersten Hinweise zur Verbandsstärke beziehen sich auf den Dezember 1920, als im Verband 22.456 Jugendliche organisiert waren.¹⁷ Im Verlauf des Jahres 1921 wuchs der Verband langsam aber stetig, denn im Unterschied zur Partei war die Mitgliederentwicklung nach den gescheiterten Aufständen im März 1921 nicht zusammengebrochen.¹⁸ Im September 1921

¹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/8 Bl. 4. Auch die KJI kritisierte, dass die Bezirke bei der Angabe ihrer Mitgliederzahlen übertreiben würden. Dies führte die KJI auf die schlechte Übersicht der Bezirksleitungen zurück. SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/62, Bl. 42.

¹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/67, Bl. 214. Ein ähnlicher Fall wird im Januar 1924 aus dem Ruhrgebiet gemeldet. Dort hatte die Bezirksleitung die Anweisung erteilt, alle „lauen und unzuverlässigen Mitglieder raus zu werfen“, was einen starken Mitgliederrückgang zur Folge hatte. SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/78, Bl. 23.

¹⁶ Vgl. Tab. 1: Mitgliederentwicklung des KJVD.

¹⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/2, Bl. 4. Jahnke gibt die Mitgliederzahlen vor 1920 Dezember wie folgt an: Oktober 1918 etwa 4.000 Mitglieder, im Februar 1919 ca. 12.000, im Oktober 1919 rund 35.000, im Mai 1922 etwa 22.000 und im Dezember 1920 rund 25.000 Mitglieder. Vgl. Jahnke: Geschichte, S. 179, 227, 255, 270 und 282.

¹⁸ Nach Mallmann verlor die KPD in Folge der „Märzaktion“ 1921 etwa 200.000 bis 300.000 ihrer Mitglieder, so dass sie im August 1921 lediglich noch 157.613 Anhänger hatte. Der Mitgliederstand der Partei wuchs jedoch bis zum Herbst 1923 wieder kontinuierlich an. Im September 1923 hatte die KPD insgesamt 294.230 zahlende Mitglieder. Mallmann: Kommunisten, S. 87. Siehe dazu grundsätzlich: Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a.M. 1986.

waren schließlich 26.616 Mitglieder im Verband organisiert.¹⁹ Ein Jahr später, im August 1922, erreichte die Mitgliederzahl mit 28.048 Jugendlichen ihren vorläufigen Höhepunkt.²⁰

Der Funktionär „Rudolf“ meldete im Juli 1923 einen anhaltenden Aufwärtstrend, an dessen absoluten Zahlen jedoch Zweifel angebracht sind: „Während wir in den letzten zwei Jahren vor dem Reichskongreß fast vollständig stagniert haben und über die 30.000 Mitglieder nicht hinaus kommen konnten, sondern teilweise sogar zurückgingen, besitzen wir heute bereits nach den letzten Angaben, die uns vorliegen, 35.000 Mitglieder.“²¹ Für 1924 liegen keine Angaben vor. Die Zahlen von 1925 deuten darauf hin, dass der Jugendverband genau wie die Partei in Folge der Oktoberniederlage²² einen dramatischen Einbruch der Mitgliederzahl²³ hinnehmen musste. Die Enttäuschung über die gescheiterten Aufstandsversuche der Partei, das Verbot von KPD und KJVD im November 1923 und die damit verbundenen Schwierigkeiten, die Verbandsarbeit in der Illegalität weiterzuführen, dürften den Rückgang der Mitgliederzahl maßgeblich beschleunigt haben.

Angaben zur Verbandsstärke des KJVD liegen erst wieder für Oktober 1925 vor. Damals lag die Zahl der Anhänger mit 19.029 noch unter der Zahl der Mitglieder des Reichskongresses des KJVD im Dezember 1920.²⁴ Der absolute Tiefstand war schließlich im Dezember 1925 mit nur noch 18.032 Mitgliedern erreicht.²⁵ Damit war zwar die Talfahrt gestoppt – ein Aufwärtstrend ließ jedoch noch lange auf sich warten. Während der Jahre der „relativen Stabilisierung“²⁶ der Weimarer Republik, d.h. zwischen 1924 und 1928, stagnierte die Mitgliederentwicklung des Jugendverbandes. Bedauerlicherweise liegen keine Angaben darüber vor, wie viele Neuzugänge der Verband in diesem Zeitraum zu verzeichnen hatte. Die Vermutung

¹⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/2, Bl. 4. Die Behörden schätzten die Mitgliederzahl der Kommunistischen Jugend Deutschlands Ende März 1921 auf 23.000. Im Mai 1921 waren im Verband angeblich bereits 86.000 Jugendliche organisiert. Die Angaben sind als Fehleinschätzungen seitens der Behörden zu werten. BArch, R 134/11, Bl. 165 und BArch, R 134/10, Bl. 41.

²⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/15, Bl. 9.

²¹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/44, Bl. 35. Die angeführte Zahl von 30.000 Mitgliedern findet in den bearbeiteten Archivalien keine Entsprechung, so dass es sich vermutlich um eine Übertreibung handelte. Völlig unhaltbar ist die Behauptung, dass die Mitgliederzahl vom Januar bis zum Oktober 1923 von 30.000 auf 70.000 Jugendliche angestiegen sei. Vgl. Schmidt, Emil (Bearbeiter): Politik statt Volkstanz. Von der Freien Sozialistischen Jugend zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, in: Neuland/ Werner-Cordt: Garde, S. 135-162, hier: S.145.

²² Siehe dazu Rudolph, Karsten: Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: IWK 32 (1996), S. 484-519. Rudolph vertritt hier die These, „daß der deutsche Kommunismus spätestens in der Märzaktion von 1921 als revolutionäre Bewegung endete und im deutschen Oktober 1923 als politische Kraft scheiterte.“ Ebenda, S. 485.

²³ Mallmann geht davon aus, dass die Partei nach der Oktoberniederlage im Reichsdurchschnitt Mitgliedereinfällen von fast 60% verkraften musste. Mallmann: Kommunisten, S. 87.

²⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/23, Bl. 291.

²⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/8, Bl. 4.

²⁶ Zum Begriff der „relativen Stabilisierung“ vgl. Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, Oldenburg 1988, S. 54 ff.

liegt nahe, dass die Verbandsarbeit in diesen Jahren vor allem von langjährigen Mitgliedern des KJVD getragen wurde und es nur wenig Neuzugänge gab. In dieser Zeit bewegte sich die Mitgliederzahl im Schnitt bei etwa 20.500 Jugendlichen. Erst um 1929 zeichnete sich ein leichter Aufwärtstrend ab. So gehörten im Juli 1929 bereits wieder 21.479 Jugendliche dem Verband an.²⁷ In den dreißiger Jahren gelang es dem KJVD schließlich, die Mitgliederzahl in größerem Umfang zu steigern. Im April 1930 organisierte er 25.497²⁸ und im November schon 35.229 Jugendliche.²⁹ Der Aufwärtstrend setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Angesichts des rasanten Anstiegs der Zahlen sind aber Zweifel an der Richtigkeit der Angaben der Zentrale durchaus angebracht.³⁰ Angeblich waren im Januar 1931 bereits 38.189 Jugendliche im KJVD organisiert³¹ und im Mai soll ihre Zahl auf 50.155 Mitglieder angewachsen sein.³² Seinen Mitgliederhöchststand erreichte der KJVD schließlich im April 1932 mit 58.340 Personen.³³

Die Zentrale des KJVD wertete die Mitgliedergewinne Anfang der dreißiger Jahre als grundsätzliche Bestätigung der Verbandspolitik und als Resultat der reichsweiten Kampagnen zur Werbung neuer Mitglieder. Laut Arbeitsplan des Zentralkomitees sollte die Mitgliederzahl im ersten „Sturmquartal“ vom 15. Januar bis zum 15. April 1931 auf 50.000 gesteigert werden.³⁴ Dass der KJVD dann schließlich im Mai 1931 tatsächlich 50.155 Mitglieder im Sinne der Planerfüllung auf dem Papier verzeichnete, legt die Vermutung nahe, dass die Ergebnisse manipuliert worden sind. „Die Junge Garde“ führte diese Initiative fort und forderte im Juni 1931, dass im nächsten „Sturmquartal“ weitere 25.000 Mitglieder geworben werden müssten.³⁵

²⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 276.

²⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 137.

²⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 277.

³⁰ Mitgliedergewinne im größeren Umfang konnte auch die Partei in den 30er Jahren verzeichnen: Waren im zweiten Halbjahr 1929 noch 124.511 Personen in der KPD organisiert, so wuchs ihre Zahl im Dezember 1930 auf 176.000 an und steigerte sich im vierten Quartal des Jahres 1931 weiter auf 246.525. Im März 1932 betrug die Mitgliederzahl 287.180 und im Dezember 1932 hatte die KPD insgesamt 360.000, darunter 250.200 zahlende Mitglieder. Wenn auch Zweifel an den absoluten Mitgliederzahlen des KJVD grundsätzlich angebracht sind, so kann jedoch von einem starken Aufwärtstrend ausgegangen werden. Mallmann: Kommunisten, S. 87.

³¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 18.

³² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28 Bl. 10.

³³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 131 f.

³⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 348. Die Zentrale hatte hohe Erwartungen. Neben dem Anstieg der Mitgliederzahl wurde die Herausgabe der „Jungen Garde“ als Tageszeitung angestrebt sowie die Liquidierung der SAJ als Massenorganisation.

³⁵ „Jungkommunisten im Sturmquartal“, in: Die Junge Garde vom 14.6.1931.

Auch die Praxis der Mitgliederwerbung, der Stephan Stracke ein geringes politisches und intellektuelles Niveau bescheinigt,³⁶ nährt den Verdacht, dass es bei der Agitation nicht immer mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Werbung neuer Mitglieder war zwischen den Bezirken als Wettkampf angelegt. Dabei setzte die Zentrale mitunter sehr wertvolle Preise für die Gruppen oder Bezirke aus, denen es gelang, die meisten neuen Mitglieder zu werben, die größte Anzahl von Zeitungen zu verkaufen oder die meisten Spenden zu sammeln. So ging beispielsweise Franz Fischer 1928 als Wettbewerbssieger unter den Verkäufern der Verbandszeitung hervor und nahm an einer Jugenddelegation in die Sowjetunion teil.³⁷ Angesichts des Wettbewerbscharakters ist es nicht unwahrscheinlich, dass Bezirke bzw. Jugendliche die Zahl der von ihnen während des „Sturmquartals“ geworbenen Mitglieder zu ihren Gunsten aufstockten. Die Atmosphäre auf den Werbeveranstaltungen wird zudem als äußerst emotional und enthusiastisch erinnert. Franz Walter gibt in seinem Aufsatz den Ablauf einer im Februar 1931 in Wuppertal durchgeführten Werbeveranstaltung wider, bei der im Eifer des Gefechts sogar der Vorsitzende der SAJ, Kurt Funke, einen Aufnahmeschein ausgefüllt hatte: „Der kommunistische Veranstaltungsleiter verstand sein Handwerk. Zu Beginn erklärte er, er wolle unter den Zuhörern 50 bis 100 neue Mitglieder für die Partei gewinnen. Werber gingen von Tisch zu Tisch, und alle Viertelstunde gab er unter großem Beifall und Getöse der Versammelten Zwischenergebnisse bekannt.“³⁸ Die auf diese Weise neu gewonnenen Mitglieder waren in ihrer Überzeugung häufig wenig gefestigt und verließen den Verband – wie Funke übrigens auch – genauso schnell wieder, wie sie ihm beigetreten waren.

Obwohl die KPD absolut gesehen bei der Rekrutierung neuer Mitglieder weitaus erfolgreicher war als der Jugendverband, verliefen die Phasen der Mitgliedergewinne und -verluste durchaus parallel.³⁹ Die Tatsache, dass der Jugendverband insgesamt hinter der Entwicklung der Partei zurückblieb, wurde regelmäßig thematisiert. Auf der Jugendkonferenz im Juli 1925, an der die Politischen Leiter der KPD und die Vertreter der Jugend teilnahmen, veranschaulichten die Parteivertreter den Missstand anhand des Bezirks Wasserkante. Dort erfasste der Jugendverband nämlich nur 1,26 Prozent der insgesamt 150.000 Jungarbeiter, während die KPD 15 Prozent der Arbeiter organisierte.⁴⁰ Ähnlich verhielt es sich in Bayern. Dort hatte die Partei 1932 zwanzig Unterbezirke mit insgesamt dreihundert Ortsgruppen, der Jugendverband

³⁶ Stracke: Zuversicht, S. 38.

³⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1673, Bl. 27.

³⁸ Walter: Jugend, S. 337.

³⁹ Zur Mitgliederentwicklung der KPD vgl. Weber: Wandlung, Bd.1, S. 362 ff.; Mallmann: Kommunisten, S. 87 ff. und Flechtheim: KPD, S. 321.

⁴⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/41, Bl. 15.

hingegen nur sechs Unterbezirke mit fünfzig Ortsgruppen.⁴¹ Mit Parolen wie „Bei jeder Parteizelle eine KJV-Zelle“ oder „Partei ein- und überholen“, wurden die Jugendlichen angefeuert, den Organisationsvorsprung der KPD aufzuholen.⁴²

Dass der Gewinn neuer Mitglieder nicht zwangsläufig zu einem dauerhaften Anstieg der Mitgliederzahl führte, konnte auch der Zentrale nicht verborgen bleiben, denn das Problem der Fluktuation begleitete den Verband seit seiner Gründung. Die Diskussion, wie die Tausenden, die den Verband durchliefen, dauerhaft in die Arbeit einzubeziehen wären, stand von Anfang an im Mittelpunkt der internen Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Verbandsarbeit und durchzog wie ein roter Faden die Geschichte des Jugendverbandes. In den dreißiger Jahren wurde die Fluktuation im Zusammenhang mit den Neuzugängen zum Dauerthema. Im November 1930 soll die Fluktuation im Reichsdurchschnitt zwischen 40% und 50% betragen haben. Dabei dürfte es sich jedoch um Schätzungen handeln, die die Zentrale Mitte 1931 selbst in Zweifel zog.⁴³ Der rasche Mitgliederwechsel wurde darauf zurückgeführt, dass sich das Verbandsleben zu wenig an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientiere. In diesem Zusammenhang wies die Zentrale die Organisations- und Agitationsabteilung an, Vorschläge zur Belebung der Verbandsarbeit auszuarbeiten. Zudem regte sie an, neu geworbene Mitglieder feierlich in den Verband aufzunehmen und ihnen sofort konkrete Arbeiten zuzuteilen. Weiterhin beschloss das ZK im November 1930 Einführungskurse durchzuführen, um die neuen Mitglieder ideologisch zu festigen.⁴⁴ Während des „Sturmquartal“ 1931 betrug die Fluktuation reichsweit 17%. In Sachsen war sie mit 6,5% am niedrigsten und im Ruhrgebiet mit 69% am höchsten. Selbstkritisch konstatierte die Zentrale im Juni 1932: „Die Ursachen der Fluktuation sind auf das Fehlen der politischen und organisatorischen Bindung der Neugeworbenen an den Jugendverband, der Nichterfüllung des Tätigkeitsdranges unserer Mitglieder zurückzuführen. Im Gesamtverband fehlt es an der genügenden Schulungsarbeit, um unserer Mitgliedschaft die notwendige politische und praktische Grundlage zu geben.“⁴⁵ Kritisiert wurde auch „die Bummelei in der Verabfolgung der Mitgliedskarten“, die häufig erst nach sechs bis acht Wochen eintrafen. Wie von der Zentrale befürchtet, war die Fluktuation sicherlich auch ein Hinweis auf die mangelnde Integrationskraft und auf die organisatorischen Schwächen des Verbandes. Unabhängig davon muss sie auch als Ausdruck des jugendlichen Suchverhaltens gewertet werden, zumal auch andere Jugendorganisationen mit diesem Problem konfrontiert

⁴¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/79, Bl. 16. Vgl. auch Verhältnis zwischen Partei und Jugend im Bezirke Halle-Merseburg: SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/75, Bl. 21.

⁴² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/70, Bl. 4.

⁴³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 17.

⁴⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/27, Bl. 5 und Bl. 10 sowie Ry 1/I4/1/28, Bl. 17.

⁴⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 18.

waren. Franz Walter charakterisiert beispielsweise die SAJ als Durchgangsbewegung, in der jährlich ein Drittel der Mitglieder wechselten.⁴⁶ Selbst die KPD hatte mit instabilen Mitgliederzahlen zu kämpfen. Hermann Webers These, dass die Fluktuation vor allen Dingen die neu gewonnenen Mitglieder betraf und nicht einer ständigen Umwälzung der Mitgliedschaft gleichkam,⁴⁷ trifft vermutlich auch auf den KJVD zu. So weist Stephan Stracke für Wuppertal einen relativ stabilen Kern von Mitgliedern nach, die fest im links-proletarischen Milieu verankert waren.⁴⁸

Die Tatsache, dass der KJVD auf einen festen Mitgliederstab zurückgreifen konnte, bestätigt zudem die Auswertung der verschiedenen Delegiertenbefragungen. Diese zeigen, dass die Delegierten der Verbandskongresse mindestens 3,8 Jahre lang Mitglied des KJVD waren,⁴⁹ während die Delegierten der Bezirkskonferenzen in der Regel rund 1,7 Jahre⁵⁰ dem Verband angehörten.⁵¹ Alles in allem sollte die Fluktuation im KJVD nicht überbewertet werden, zumal das Problem unsteter und schnell wechselnder Mitglieder auch andere Jugendorganisationen der Weimarer Republik betraf. Die Jugendlichen „entwachsen“ den Organisationen und das dichte Angebot förderte das „Hin und Her“ derjenigen, die auf der Suche nach einer Organisation waren, mit deren Ziele sie übereinstimmten oder von deren Freizeitangebot sie sich angesprochen fühlten. Es wäre jedoch falsch, den Jugendlichen ausschließlich Wankelmütigkeit zu unterstellen. Die Fluktuation war sicherlich nicht nur ein Zeichen des jugendlichen Suchverhaltens, sondern auch, wie von der Verbandsleitung durchaus wahrgenommen wurde, Ausdruck ihrer kritischen Haltung: „Viele der neugeworbenen Mitglieder sahen nicht das im Jugendverband, was sie von uns erwarteten.“⁵²

Im Kontext der Mitgliederentwicklung muss abschließend noch auf das Problem der Kassierung der Mitgliederbeiträge hingewiesen werden, das bereits hinsichtlich der Finanzierung

⁴⁶ Walter: Jugend, S. 357.

⁴⁷ Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982, S. 102.

⁴⁸ Stracke: Zuversicht, S. 9.

⁴⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/6, Bl. 215.

⁵⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 155.

⁵¹ Vgl. Tab. 8: Dauer der Mitgliedschaft der Delegierten im Verband.

⁵² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 18. Typisch für den teilweise polemischen Tenor der Forschung ist die folgende Einschätzung Götz von Olenhusens, die ausblendet, dass sämtliche Jugendorganisationen vom Problem der Fluktuation betroffen waren: „Die Kaderorganisation für jugendlichen Parteienachwuchs, der Kommunistische Jugendverband, überforderte seine Mitglieder nicht nur vom verlangten Arbeitseinsatz her, sondern auch intellektuell und ganz besonders durch die notwendige Opferung aller subjektiven und persönlichen Interessen, so dass die immens hohe Fluktuation hier nicht verwundern kann.“ Götz von Olenhusen: Krise, S. 81.

der Verbandsarbeit angerissen wurde.⁵³ Die Berichte über den Stand der Kassierung beweisen, dass längst nicht alle Jugendlichen ihren Obolus an den Verband abführten. Nach Schätzungen erfasste die Kassierung vermutlich nie mehr als zwei Drittel der Mitglieder. So rechneten beispielsweise 1930 von 28 Bezirksleitungen nur fünf bis sechs pünktlich ab, erinnert sich Emil Kortmann, der in dieser Zeit im ZK für Finanzfragen zuständig gewesen war.⁵⁴ Ende 1930 meldete das Zentralkomitee, dass von den 40.000 Mitgliedern „bereits“ 20.000 durch die Kassierung erfasst seien.⁵⁵ Im ersten Quartal 1931 erreichten die Zahlen einen traurigen Rekord. Im Januar zahlten im Reichsdurchschnitt nur 54%, im Februar 55%, im März nur 53%⁵⁶ und Ende des Jahres lediglich 56%⁵⁷ der Jugendlichen ihren Beitrag. Während die kleineren Bezirke zwischen 70 – 80% der Beiträge eintreiben konnten, hatten insbesondere die großen Bezirke wie Ruhr, Niederrhein, Sachsen und Berlin Schwierigkeiten.⁵⁸ Dieser Umstand deutet möglicherweise auf einen höheren Anteil an „Karteileichen“ hin und kann ein Indiz dafür sein, dass es den größeren Bezirken weniger gut gelang, die Mitglieder fest einzubinden.

In den Ortsgruppen funktionierte die Kassierung wiederum besser als in den Betriebszellen, die häufig nur auf dem Papier bestanden. So kamen 1932 nur 25% der Mitglieder der Zellen des Berliner Siemens Konzerns ihrer Zahlungsverpflichtung nach.⁵⁹ Nur 50% der im Oktober und im November 1931 verzeichneten Jugendlichen entrichteten den Mitgliedsbeitrag.⁶⁰ Vielfach konnten die Jugendlichen ihre Beiträge nicht aufbringen, da sie erwerbslos waren. Im Januar 1924 meldete ein Instrukteur aus dem Unterbezirk Gelsenkirchen Folgendes: „Betriebszellen bestehen keine mehr, da alles arbeitslos ist. Pflichtbeiträge gehen überhaupt nicht mehr ein.“ Gleiches galt für Bochum: „Kassierung schlecht, da unsere Genossen arbeitslos sind“ sowie für Homborn: „Pflichtbeiträge gehen gar nicht ein, da unsere Genossen zu 60% arbeitslos sind.“⁶¹ Auch die KJI führte die finanziellen Schwierigkeiten des KJVD auf die hohe Zahl von erwerbslosen Mitgliedern zurück.⁶² Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der Mitgliedsbeitrag im Verhältnis zu den Einkünften der Jugendlichen relativ hoch war.⁶³ Gera-

⁵³ Vgl. Kap. 2.4. Finanzen.

⁵⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/0503 Bd. 2, Bl. 46.

⁵⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/27, Bl. 4.

⁵⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 18.

⁵⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 37.

⁵⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 18.

⁵⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 361.

⁶⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/58, Bl. 35.

⁶¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 20 ff.

⁶² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/62, Bl. 44. Der Bericht ist undatiert.

⁶³ Auf der Berliner Bezirkskonferenz im Dezember 1927 stellte ein Delegierter den Antrag, den Beitrag zu senken: „Die BK möge beschließen, eine Zwischenstufe in der Beitragskassierung zwischen Stufe I und II einzu-

de bei Jüngeren reichte das Taschengeld oder der Verdienst nicht aus, um pünktlich und regelmäßig ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, zumal wenn sie, wie beispielsweise Emil Kortmann, Mitglied in mehreren Organisationen waren: „Mein monatliches Taschengeld betrug – die papierene Inflation umgerechnet eine Mark. Auch bei strengster Sparsamkeit konnte ich hiermit nicht auskommen; denn allein an Beiträgen hatte ich aufzubringen: 5 Pfennig wöchentlich für den Jugendverband, 10 Pfennig wöchentlich (bzw. vierzehntäglich) für die Junge Garde; 20 Pfennig monatlicher Gewerkschaftsbeitrag und 10 Pfennig monatlicher Arbeitersportbeitrag. Also erhielt ich meist vom Vater zusätzlich einige Groschen.“⁶⁴

Angesichts der hier skizzierten Mitgliederentwicklung kann abschließend festgestellt werden, dass die Selbstbezeichnung des KJVD als „Massenorganisation“ euphemistisch und irreführend ist. Der Verband war in quantitativer Hinsicht eine zu vernachlässigende Größe. Die von den Zeitgenossen und zuweilen auch von der Forschung unterstellte Anziehungskraft des Kommunismus auf die Weimarer Jugend kann angesichts der Analyse der Mitgliederzahlen nicht bestätigt werden. Der Stand der Kassierung und die Praxis bei der Werbung neuer Mitglieder deuten zudem darauf hin, dass sich die anhand der Verbandsakten ermittelten Mitgliederzahlen am oberen Limit bewegten und die jeweiligen Angaben zur Mitgliederstärke realiter eher nach unten als nach oben zu korrigieren sind. Unbestritten ist die wachsende Attraktivität des Verbandes in den dreißiger Jahren, wenngleich mit den für 1931 und 1932 ermittelten Mitgliederzahlen kritisch umgegangen werden sollte.⁶⁵ Die Fluktuation im Verband zeigt allerdings, dass mehr Jugendliche mit dem Verband in Berührung kamen als die reinen Mitgliederzahlen vermuten lassen. Für die Gruppe der Jugendlichen, die den Verband durchliefen ohne sich dauerhaft an ihn zu binden, war der KJVD dennoch Bestandteil ihrer sekundären Sozialisation. Über die Gründe derer, die zumindest zeitweise mit der kommunistischen Jugend sympathisierten, die dann jedoch den Verband wieder verließen, wird man nur mutmaßen können.

führen, und die jüngeren Mitglieder, die etwas über 10 Mark verdienen, von der großen Belastung, die 20 Pfennig pro Woche für sie bedeuten, zu befreien.“ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 48.

⁶⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/0503 Bd. 2, Bl. 14.

⁶⁵ Die Tendenz, die Mitgliederzahlen wohlwollend aufzurunden, unterstellte die Zentrale der SAJ im Januar 1931. Diese gab offiziell an, 56.048 Mitglieder zu haben; die Zentrale ging demgegenüber von einer Mitgliederstärke von 45.000 aus. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/4/63, Bl. 400.

3.2. Altersstruktur

In seinem Bericht über eine gewerkschaftliche Jugendkonferenz die in Leipzig stattgefunden hatte, spottete Fritz Gäbler⁶⁶ 1923 auf dem Reichskongress des KJVD: „Die nicht der K.J. angehörigen Delegierten waren mit geringen Ausnahmen keine Jugenddelegierten, sondern Delegierte mit Vollbärten oder Glatzen.“⁶⁷ Ähnlich geringschätzig hatten sich die Berliner Jungkommunisten im Mai über das Alter der sozialdemokratischen Jugendfunktionäre geäußert: „Außer der fehlenden Demokratie ist folgendes wichtig: Die Bonzen der SAJ sind alle weit über 25 Jahre alt.“⁶⁸

Auch aus der Sicht anderer Zeitgenossen handelte es sich vor allem bei den Funktionären der parteipolitischen Jugendorganisationen um „Berufsjugendliche“, die längst dem Jugendalter entwachsen waren. Denkt man an Galionsfiguren des KJVD wie etwa Artur Becker, der in der Öffentlichkeit als Repräsentant des Verbandes wahrgenommen wurde, traf der Eindruck der Überalterung auch auf den Kommunistischen Jugendverband zu. Becker, der 1905 in Remscheid geboren und der seit 1920 Mitglied der FSJ war, übte zahlreiche Funktionen im Verband aus, dessen Vorsitzender er 1930 übernahm. Als „Kandidat der Jugend“ erhielt er bei den Reichstagswahlen einen Listenplatz der KPD. Mit 25 Jahren zog Becker schließlich am 14. September 1930 als jüngster Abgeordneter in den deutschen Reichstag ein. Dass der seit 1929 verheiratete Schlosser längst die Jugendphase hinter sich gelassen hatte, dürfte heute wie damals kaum jemand bestreiten.⁶⁹ Gleiches gilt für Ewald Kaiser, ebenfalls Jahrgang 1905, der im April 1932 als jüngster Abgeordneter des Hauses für die KPD sein Mandat im preußischen Landtag antrat,⁷⁰ oder für Walter Hochmuth, Jahrgang 1904, der 1931 mit 27 Jahren als jüngstes Mitglied der Hamburger Bürgerschaft die Interessen der Hamburger Jugend zu vertreten hatte.⁷¹ Diese Beispiele belegen, dass hinsichtlich der Altersstruktur zwischen den Funktionären und der Basis zu differenzieren ist.

⁶⁶ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

⁶⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 22.

⁶⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 151.

⁶⁹ Vgl. Jahnke, Karl-Heinz: „Atze – so nannten wir Dich“. Aus dem Leben und Kampf Artur Beckers, Berlin (Ost) o.J.

⁷⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/1092, Bl. 12.

⁷¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1245, Bl. 23.

Nach seiner Satzung organisierte der KJVD Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren.⁷² Die Altershöchstgrenze von 23 Jahren wurde scheinbar flexibel gehandhabt, da auch junge Erwachsene, die diese Grenze bereits überschritten hatten, im Verband mitarbeiteten.⁷³ Sowohl das Eintrittsalter, als auch die Altershöchstgrenze, waren im KJVD deutlich niedriger angesetzt als in den anderen parteipolitischen Jugendorganisationen: Die der DNVP angehörende Bismarckjugend und die dem Zentrum zugeordnete Windhorstbunde organisierten beispielsweise Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren,⁷⁴ die Altersgrenze der Demokratischen Jugend, die sich der DDP angeschlossen hatte, war nach oben offen, wobei ein Teil der Mitglieder zeitweise sogar über 30 Jahre alt war.⁷⁵ Im Umfeld der Sozialdemokratie bewegten sich zwei Jugendorganisationen, deren Altersgrenzen Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen gab: Die Jungsozialisten, deren Mitglieder bis 25 Jahre alt sein durften und die SAJ, die Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren bzw. ab 1926 bis zum Alter von 20 Jahren organisierte.⁷⁶

Damit waren im KJVD, im Unterschied zu den übrigen parteipolitischen Jugendorganisationen, die vorwiegend junge Erwachsene organisierten, gleichermaßen Jugendliche und junge Erwachsene Mitglied. Die große Altersdifferenz zwischen den Jugendlichen, die theoretisch bis zu neun Jahren betragen konnte, brachte es mit sich, dass die Interessen- und Bedürfnissen der Anhänger sehr unterschiedlich waren, ebenso wie das intellektuelle Niveau. Gleiches gilt für die Lebenswelten der Jugendlichen. Aufgrund dieser Spannbreite trafen im KJVD Jugendliche, die gerade mit 14 Jahren die Schule verlassen hatten, auf verheiratete junge Erwachsene, die seit mehreren Jahren im Arbeitsprozess standen und die mit großer Wahr-

⁷² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 27. Theoretisch war eine lückenlose Sozialisationskette vorgegeben: Die Jugendlichen sollten mit 14 Jahren aus den Kommunistischen Kindergruppen ausscheiden und in festlicher Form in den Jugendverband aufgenommen werden. Als Zwanzigjährige sollten sie Mitglied der KPD werden und parallel dazu bis zu ihrem 23. Lebensjahr im Jugendverband verbleiben. In den Akten des „Erinnerungsbestandes“ im Bundesarchiv finden sich einige Beispiele für eine solche übergangslose Sozialisation. Dabei handelt es sich aber eher um Ausnahme- als um Regelfälle. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 315 und SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/82, Bl. 220.

⁷³ Aus einem Rundschreiben der Zentrale vom Juli 1926 geht hervor, dass Jugendliche die 23 Jahre und älter waren und längst in der Partei mitarbeiteten, häufig noch zusätzlich im KJVD verblieben, um einzelne Flügel politisch zu stärken. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 52. Einen weiteren Hinweis darauf, dass es sich bei der Altershöchstgrenze um „Kann-“ und nicht um „Mussbestimmungen“ handelte, bietet der Bericht der Zentrale an die KJI im Mai 1930: „Wir haben die Altersstufe von 22 bis 26 Jahren sehr wenig.“ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 159. Curt Bondy behauptet sogar, dass die Altersgrenze im KJVD keine praktische Relevanz besaß. Bondy: Jugendbewegung, S. 17.

⁷⁴ Krabbe: Rekrutendepot, S. 286 und S. 292.

⁷⁵ Krabbe: Rekrutendepot, S. 290.

⁷⁶ Brücher/Hartmann: Arbeiterjugend, S. 38 ff. Zur Auseinandersetzung über die Altershöchstgrenze zwischen Jungsozialisten und SAJ vgl. Winkler, der die Weigerung der SPD, die Altersgrenze des SAJ bereits 1919 aufzuheben, auf deren Furcht zurückführt, dass ein Zustrom älterer Jugendlicher zu einem Linksruck und zu einer stärkeren Politisierung der Jugendorganisation führen könne. Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 361.

scheinlichkeit bereits selbst Phasen der Arbeitslosigkeit erfahren hatten, aufeinander. Fiel ein Teil der Mitglieder noch unter die Jugendarbeitsschutzbestimmungen und die Jugendgerichtsbarkeit, so waren andere längst volljährig.

Die überlieferten Verbandsstatistiken unterscheiden zwischen Jugendlichen, die zwischen 14 und 18 Jahre alt und Jugendlichen, die 18 Jahre und älter waren. Diese Differenzierung reflektiert – vielleicht sogar unbeabsichtigt – die verschiedenen sozialen Standorte sowie die ungleichen Bedürfnislagen der Verbandsmitglieder. Angesichts der Altersdifferenz überraschen die anhaltenden Kontroversen über Zielsetzung und Gestaltung der Verbandsarbeit nicht. Während die Jugendlichen im KJVD auch ihre Freizeitinteressen und ihr Unterhaltungsbedürfnis befriedigen wollten, sahen die jungen Erwachsenen im KJVD in erster Linie ein Instrument zur Umsetzung ihrer politischen Interessen. Wie zu zeigen sein wird, wirkte sich die stärkere Präsenz von jeweils einer der beiden Gruppen entsprechend auf das Verbandsleben aus.

Statistische Angaben zur Altersstruktur des KJVD liegen für die ersten Jahre nicht vor. Allerdings lassen die Diskussionen innerhalb des Verbandes darauf schließen, dass während der Konstituierungsphase vor allem junge Erwachsene im KJVD mitarbeiteten und die Verbandspolitik prägten und beeinflussten. Bis zum Anschluss an die KPD im September 1921 kämpften die Mitglieder der FSJ darum, „Politische Jugend“ oder gar eine „politische Alternative“⁷⁷ zu sein und zögerten, sich einer Partei unterzuordnen. Die FSJ verstand sich als eigenständige politische Kraft – ein Selbstverständnis, das sich in Folge der Debatten um einen Anschluss an die KPD mehr und mehr nivellierte. In der Einladung zum Reichskongress in Halle 1921 forderte die Zentrale die Ortsgruppen der KPD dazu auf, sofern keine Jugendgruppen am Ort bestünden, aus ihren eigenen Reihen jüngere Mitglieder zum Reichskongress zu delegieren.⁷⁸ Dass der Verband während seiner Konstituierungsphase insbesondere von jungen Erwachsenen und nicht von Jugendlichen getragen worden war, überrascht nicht weiter, zumal die mit der Verbandsformierung verbundenen Aufgaben organisatorisches Geschick, politisches Fingerspitzengefühl und auch personelle Netzwerke voraussetzten. Das Reichskommissariat für Überwachung der öffentlichen Ordnung behauptete 1921, dass sich die „Führerclique“ der

⁷⁷ Krabbe unterscheidet die parteipolitischen Jugendorganisation grundsätzlich danach, ob sie in ihrer Funktion und nach ihrem Selbstverständnis dazu tendierten, als bloßes „Rekrutendepot“ zu agieren oder ob sie sich als politische Alternative zur Mutterpartei verstanden. Krabbe: Rekrutendepot, S. 303 ff.

⁷⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/2, Bl. 1. Aus der Einladung geht hervor, dass der Kongress ursprünglich für die Zeit vom 13. bis zum 15.8.1921 geplant war.

Kommunistischen Jugend aus „Jugendlichen“ zusammensetzen würde, die zwischen 25 und 30 Jahre alt und von der KPD vollständig abhängig seien.⁷⁹

Der Reichskongress im September 1921 stand im Zeichen der Umsetzung der Beschlüsse des zweiten Weltkongresses der KJI, der die einzelnen Sektionen verpflichtete, sich zukünftig auf die Fragen und Probleme der Jugendlichen zu konzentrieren.⁸⁰ Die Jugendverbände sollten nicht länger eigenständig Politik betreiben, sondern sich stärker den Jugendlichen und ihren Belangen zuwenden. Vor diesem Hintergrund benannte der Verbandsvorsitzende Richard Gyptner in seinem Referat die Schwachpunkte der bis dahin geleisteten Arbeit: „Bisher war unsere Organisation hauptsächlich politisch und wenig auf Jugendfragen eingestellt.“⁸¹ Auch das Positionspapier zum Verhältnis von Jugend und Partei kritisierte, dass die eigentlichen Aufgaben einer Jugendorganisation vernachlässigt worden seien und die KJD sich eher als eigenständige Partei geriere.⁸² Karl Hans Jahnke rief den Jugendlichen die eigentliche Bestimmung des KJVD in Erinnerung, nämlich „den Nachwuchs heran[zu]ziehen für die Revolution“ und „die breiten Massen der Jugendlichen zu erfassen.“⁸³

Der Kongress war insofern fruchtbar, als dass sich in den folgenden Jahren die Altersstruktur des Verbandes maßgeblich ändern sollte. Nachweislich warb der KJVD massiv unter den Schulabgängern neue Mitglieder. Die Bezirke meldeten verstärkt den Zugang von jüngeren Mitgliedern.⁸⁴ Diese Tendenz bestätigte sich dem 7. Reichskongress, der vom 30. März bis zum 2. April 1923 in Chemnitz tagte: „Nach der Umstellung der K.J.D. auf die Gewinnung der jüngeren Teile der proletarischen Jugend setzte in der Organisation ein Verjüngungsprozeß ein. Unsere Reihen wurden durch beachtenswerte Teile der jüngeren Jahresklassen des Jungproletariats ausgefüllt, so daß heute der überwiegend größte Teil der Mitgliedschaft aus 14- bis 17-jährigen jungen Arbeitern und Lehrlingen besteht. Die Verjüngung hat allzu große Fortschritte gemacht; so daß der Teil in der Bewegung der schon mehr erfahrenen und in den verschiedenen Kämpfen schon mehr geschulteren, älteren Mitglieder zu gering blieb. Das durch die Verjüngung teilweise notwendige Verschwinden der tagespolitischen Diskussionen aus den K.J.O. [Kommunistischen Jugendorganisationen, B.K.] und die infolgedessen mangelnde politische Aktivität des Verbandes ist bestimmter Grund für die Fernhaltung der schon

⁷⁹ BArch 1507/1056a, Bl. 135.

⁸⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/4, Bl. 221. Vgl. auch Linse: Lebensformen, S. 44.

⁸¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 31.

⁸² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 41.

⁸³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/2, Bl. 7. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

⁸⁴ Vgl. den Tätigkeitsbericht des Bezirks Berlin-Brandenburg über den Berichtszeitraum von August 1922 bis März 1923: „Eine Betrachtung unserer Organisation zeigt uns, daß sich der Mitgliederbestand stark verjüngt hat und daß Funktionärsämter von viel jüngeren Genossen ausgeübt werden als früher.“ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 22.

mehr erwachsenen Jungproletariern aus unseren Reihen.“⁸⁵ In der nachfolgenden Diskussion wurden nun aber verstärkt die Probleme thematisiert, die mit der zuvor gewünschten Zunahme von jüngeren Mitgliedern verbunden waren. Die Verjüngung habe zu einer Entpolitisierung der Verbandsarbeit geführt, die bekämpft werden müsse, so Fritz Gäbler im Bericht der Zentrale.⁸⁶ Ein anderer Genosse fürchtete, dass der KJVD aufgrund des Mangels an erfahrenen Genossen nicht länger den Parteinachwuchs schulen könne und plädierte daher für eine engere Zusammenarbeit mit der Partei.⁸⁷ Die Zentrale äußerte die Hoffnung, dass die geplante Umstellung der Ortsgruppen auf Betriebszellen den Prozess der Verjüngung stoppen könnte.⁸⁸ Allerdings wurden auch Stimmen laut, die der Zunahme von jüngeren Mitgliedern positiv gegenüberstanden. So forderte ein Delegierter aus Braunschweig, die Verbandsarbeit zukünftig vollkommen auf Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren zu konzentrieren. Er kritisierte die Zentrale, die den Verband daran hindere, sich ganz auf diese Altersgruppe einzustellen. Gegen sein abschließendes Plädoyer, dem Unterhaltungs- und Geselligkeitsbedürfnis der Jugendlichen mehr Raum zu geben, protestierten einige Delegierte lautstark. Sie warfen dem Vorredner vor, die Position der SAJ zu vertreten.⁸⁹ In seinem Schlusswort wies Fritz Gäbler diese Forderungen auch resolut zurück. Folgerichtig stellte er die Frage nach dem Selbstverständnis des KJVD: „Was wollen wir sein? Eine Kampforganisation oder eine Unterhaltungsorganisation, die vorwiegend auf jüngere eingestellt ist? (...) Während früher der Kern unserer Organisation aus 17 – 22-Jährigen bestand, sind heute 75 – 80% unter 18 Jahren, davon ein großer Teil unter 16 und kaum 5% über 20 Jahre.“⁹⁰ Gäblers These, dass eine kommunistische Organisation es sich im Gegensatz zu einer bürgerlichen Organisationen nicht leisten könnte, ihre Verbandsarbeit an den Bedürfnissen ihrer Anhänger zu orientieren, verweist auf den Grundsatzkonflikt des KJVD, die Arbeiterjugend organisieren zu wollen, ohne deren Freizeit- und Unterhaltungsbedürfnis Raum zu geben.

Die Probleme, die mit der Zunahme jüngerer Mitglieder verbunden waren, beschäftigten den Verband nachhaltig. Zum einen stellten die Funktionäre ein Sinken des Diskussionsniveaus fest, zum anderen befürchteten sie die Entpolitisierung der Arbeit. So konstatierte Richard

⁸⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 49 f. Der beschriebene Anstieg des Anteils jüngerer Mitglieder ist möglicherweise auf die gezielte Werbung von Schulabgängern zurückzuführen. Diese wurden von Funktionären zu Hause aufgesucht und zu Veranstaltungen eingeladen. Weiterhin versuchte der Verband durch Elternabende zum Thema „Was soll mein Sohn – meine Tochter werden“ Kontakte zu den Absolventen und deren Eltern zu knüpfen. Vgl. Rundschreiben der Zentrale vom Februar 1921. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 2; Siehe Artikel: „Werbt unter den Schulentlassenen“; „Zur Schulentlassung“; „Wir und die Schulentlassenen in der Gruppe“, in: Die Junge Garde vom 15.3.1921.

⁸⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 22 f.

⁸⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 17.

⁸⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 6.

⁸⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 29.

⁹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/3, Bl. 34.

Gyptner 1923 im Anschluss an eine Funktionärsversammlung im Bezirk Wasserkante, dass die Jugendlichen kein Grundwissen hätten und ihnen der Einblick in politische Zusammenhänge fehlen würde: „Bot äußerlich die Funktionärsversammlung durch ihre Zusammensetzung (fast alles jugendliche Funktionäre von 14 – 15 Jahren) ein sehr lebendiges Bild, so sieht es um das Wissen der Funktionäre und um die Organisation im Innern sehr trübe aus. Es ist in der Tat so, daß die Organisation politisch völlig indifferent ist (...) und die einfachsten Fragen der Tätigkeit der Partei nicht versteht und an die schwierigen (Ruhrgebiet, Sachsen, Einheitsfront und Arbeiterregierung) nicht herangegangen ist.“⁹¹ Die neuen Mitglieder seien dem KJVD nur rein gefühlsmäßig verbunden aber keine „bewußte Kommunisten, (...) die auch in schwierigen Perioden ihren Mann stehen“⁹², klagte die Zentrale in einem Rundschreiben aus dem Jahre 1924. Die Angst vor der Entpolitisierung des Verbandes sind angesichts des folgenden Berichts, den ein Jugendfunktionär auf einer erweiterten Kopfsitzung 1925 gegeben hatte, nachvollziehbar: „Die 15- und 16-Jährigen wissen nicht, wer Noske und die SPD sind.“⁹³ Die Diskussion darüber, wie der Verband auf den Anstieg jüngerer Mitglieder sinnvoll reagieren sollte, wurde in den folgenden Jahren fortgesetzt. Mit dem Beschluss vom April 1926, der sämtliche Funktionäre des Jugendverbandes verpflichtete, auch in der KPD mitzuarbeiten, hoffte die Zentrale, dem Verlust weiterer politischer Inhalte vorzubeugen. Sie empfahl den Jugendfunktionären, sich permanent über die politische Lage zu informieren und forderte sie dazu auf, den Anweisungen der Partei zu folgen.⁹⁴

Überliefert sind die Daten der Delegiertenbefragung, die unterstreichen, dass es notwendig ist, hinsichtlich der Altersstruktur zwischen den Funktionären und der Basis zu differenzieren.⁹⁵ Die Auswertungen belegen, dass die Delegierten der Verbandskongresse, der Reichtsausschüsse und der Bezirkskonferenzen mindestens 18 Jahre alt waren. Die Delegierten des Verbandskongresses 1925 in Halle waren im Durchschnitt 20,6 Jahre alt,⁹⁶ die Delegierten auf dem Verbandskongress in 1927 in Hamburg 19,5 Jahre alt.⁹⁷ Auf dem Reichtsausschuss in Magdeburg wiesen die Delegierten ein Durchschnittsalter von 20,4 Jahre auf.⁹⁸ Ein Vergleich mit den Teilnehmern der Bezirkskonferenzen zeigt, dass diese im Durchschnitt etwas jünger

⁹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/77, Bl. 3.

⁹² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 171.

⁹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/32, Bl. 79.

⁹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/24, Bl. 129.

⁹⁵ Vgl. Tab. 9: Altersstruktur der Delegierten.

⁹⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/6, Bl. 215.

⁹⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/7, Bl. 179.

⁹⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/17, Bl. 136.

waren als die Delegierten der Verbandskongresse und der Reichsausschüsse, d.h. mit der Bedeutung des Gremiums stieg auch der Altersdurchschnitt der teilnehmenden Funktionäre.

Konkretere Angaben über den Altersdurchschnitt der im KJVD organisierten Jugendlichen liegen für die Jahre von 1928 bis 1931 vor.⁹⁹ Die zur Verfügung stehenden Statistiken unterscheiden zwischen Jugendlichen, der Altersstufe unter bzw. über 18 Jahren. Im Juni 1928 waren 52% der Mitglieder unter 18 Jahren und 48% über 18 Jahren alt.¹⁰⁰ Die Daten aus den einzelnen Bezirken bestätigen, dass der Anteil der unter und der über 18-Jährigen in etwa gleich hoch war. Die differenziertesten Angaben liegen vom Bezirk Berlin-Brandenburg für Dezember 1928 vor. Demnach war 15,5% der Jugendlichen zwischen 14 und 15 Jahren, 29,4% zwischen 16 und 17 Jahren, 28,7% zwischen 18 und 19 Jahren, 16,2% zwischen 20 und 21 Jahren und 9,2% über 21 Jahre alt.¹⁰¹ Auch für März 1929 liegen vergleichbare Daten vor. Der Anteil der Jugendlichen, die unter 18 Jahre alt waren, entsprach mit 51% in etwa dem der Jugendlichen, die 18 Jahre und älter waren¹⁰² Somit war die stärkere Präsenz der jungen Erwachsenen während der Formationsphase des Verbandes und die darauf folgende Dominanz deutlich jüngerer Mitglieder dem zahlenmäßigem Gleichgewicht beider Gruppen gewichen.

Wie zuvor dargestellt, konnte der KJVD in den dreißiger Jahren einen rasanten Mitgliederanstieg verbuchen. Aus einem Bericht vom Januar 1931 an die KJI geht hervor, dass die Mitgliedererwinne maßgebliche Konsequenzen für die Altersstruktur des Verbandes hatten. Bei den Neuzugängen Anfang der dreißiger Jahre handelte es sich mehrheitlich um junge Erwachsene, die 18 Jahre und älter waren. Für 1930 belegen die Daten zur Altersstruktur der Neuzugänge für die Bezirke Wasserkante, Niederrhein und Pommern noch ein vergleichsweise ausgeglichenes Verhältnis.¹⁰³ Das Jahr 1931 markiert allem Anschein nach den Wendepunkt. Bei

⁹⁹ Vgl. Tab. 4: Altersstruktur der Mitglieder.

¹⁰⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 174.

¹⁰¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 51. Die Addition der angegebenen Prozentzahlen ergibt 99,2%. Die Daten aus den Bezirken Thüringen, Oberschlesien und Erzgebirge bestätigen das Bild trotz geringfügiger regionaler Abweichungen. Im Dezember 1928 war der Anteil der über bzw. unter 18-Jährigen im Bezirk Thüringen gleich hoch. In Oberschlesien waren im Juli 1928 41% der Jugendlichen unter 18 Jahre alt; ihr Anteil stieg aber bis zum Dezember auf 51%. Auch der Bezirk Erzgebirge-Vogtland zeigt eine vergleichbare Entwicklung. 62% der Jugendlichen waren im Juli 1928 unter 18 Jahre, im November war ihr Anteil auf nur noch 52% gesunken. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/37, Bl. 8 f.

¹⁰² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 172. Eine Untersuchung der Altersverteilung im KJVD, bei der jedoch nur 48% aller Mitglieder erfasst worden waren, bestätigt für Januar 1929 die Zahlen. Der Anteil der unter bzw. über 18-Jährigen beider Gruppen lag jeweils bei 50%. Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/37, Bl. 7.

¹⁰³ Die Altersstruktur der Neuaufnahmen ist 1930 für die Bezirke Wasserkante, Niederrhein und Pommern belegt. Demnach waren im Bezirk Hamburg 29% der neu aufgenommenen Mitglieder zwischen 14 und 16 Jahre alt, 28% zwischen 16 und 18 Jahren, 28% zwischen 18 und 20 Jahren und 15% über 20 Jahre alt. Im Bezirk

den Neuaufnahmen dieses Jahres in den Bezirken Ruhrgebiet und Niederrhein waren nämlich 68% bzw. 59% der Jugendlichen 18 Jahre und älter.¹⁰⁴ Ähnliche Tendenzen zeigt der Reichsdurchschnitt, denn im Juni 1931 waren 57%, im August 56% und im September wiederum 57% der Neuzugänge über 18 Jahre alt.¹⁰⁵

Weiterhin liegen Angaben zur Altersstruktur der Neuzugänge für das erste Quartal 1932 vor. Im Januar 1932 waren 83%, im Februar 93% und im März wiederum 83% der Neuzugänge 18 Jahre und älter.¹⁰⁶ Auch der Tätigkeitsbericht vom November 1932 stützt die skizzierte Entwicklung und die daran anknüpfende These, dass der KJVD in den letzten Jahren der krisengeschüttelten Weimarer Republik zunehmend zum Zufluchtsort solcher jungen Erwachsenen geworden sei, die sich vom Radikalismus des Verbandes angezogen fühlten. Bei den Angaben vom November 1932, nach denen die im KJVD organisierten Jugendlichen durchschnittlich zwischen 26 und 28 Jahre alt waren,¹⁰⁷ dürfte es sich um Schätzungen handeln. Trotz aller berechtigter Zweifel an der Richtigkeit der überlieferten Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass sich die Neuzugänge vor allem aus radikalisierten jungen Erwachsenen zusammensetzten, in deren Augen der KJVD möglicherweise die einzige wirkliche Alternative zur NSDAP darstellte.

Niederrhein waren 30% der Jugendlichen, die dem KJVD beitraten, zwischen 14 und 16 Jahre, 12% zwischen 16 und 18 Jahren, 46% zwischen 18 und 20 Jahren alt und 12% der Neuaufnahmen 20 Jahre und älter. In Pommern überwogen bei der Gruppe der Neuaufnahmen die Jugendlichen unter 18 Jahren: 46% waren zwischen 14 und 16 Jahren, 23% zwischen 16 und 18 Jahren und 31% zwischen 18 und 20 Jahren alt. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 158.

¹⁰⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 279.

¹⁰⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 174 f.

¹⁰⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 135.

¹⁰⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 199.

3.3. Geschlechterverteilung

Die Haltung der KPD zur Geschlechterfrage war fortschrittlich, ebenso die zu diesem Thema von der Partei vertretenen politischen Forderungen. Propagiert wurde die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und deren kameradschaftlicher Umgang, kritisierte dagegen der Machtanspruch der männlichen Genossen. Das Recht der Frauen auf Abtreibung wurde ebenso eingeklagt wie die Aufhebung der geschlechterspezifischen Löhne.¹⁰⁸ Mit Rosa Luxemburg und Ruth Fischer gehörten sogar zeitweilig Frauen zur Spitze der KPD – ein Novum in der Weimarer Parteienlandschaft – wie Mallmann zu Recht konstatiert.¹⁰⁹ Dennoch war die Anziehungskraft, die die Partei und der Jugendverband auf Frauen und Mädchen ausübte, relativ gering. Das Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Geschlechter schlug sich weder in den Mitgliederzahlen noch im Wählervotum nieder. Im Gegenteil: Die KPD hatte im Vergleich zu anderen Parteien das maskulinste Wählerprofil der Weimarer Republik.¹¹⁰

Die Klage darüber, dass die Jungarbeiterinnen unzureichend im Verband vertreten seien, gehörte zum Standardrepertoire der Zentrale, die sich regelmäßig darum bemühte, Mädchen für den Verband zu gewinnen¹¹¹ und argwöhnisch beobachtete, ob die gegnerischen Jugendorganisationen bei der Rekrutierung von Mädchen erfolgreicher waren.¹¹² Statistische Angaben zur Geschlechterverteilung im KJVD liegen nur für den Zeitraum von Juni 1928 bis Januar 1931 vor. Sie belegen eindeutig die Dominanz männlicher Mitglieder im Verband.¹¹³ Im Juni 1928 belief sich der Anteil männlicher Jugendlicher im Verband auf 71%.¹¹⁴ Die Geschlechterverteilung im Bezirk Oberschlesien weist auf ausgeprägte regionale Unterschiede hin. Dort stellten männliche Jugendliche im Juli 1928 ganze 90% und im Dezember 1928 immer noch 89% der Mitglieder.¹¹⁵ Diese Zahlen können dahingehend interpretiert werden,

¹⁰⁸ Weitz: Communism, S. 188.

¹⁰⁹ Mallmann: Kommunisten, S. 133. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹¹⁰ Mallmann: Kommunisten, S. 133; Weitz: Communism, S. 189. Siehe dazu auch: Arendt, Hans-Jürgen: Weibliche Mitglieder der KPD in der Weimarer Republik – Zahlenmäßige Stärke und soziale Stellung, in: BzG 19 (1977), S. 652-660; Kontos, Silvia: „Die Partei kämpft wie ein Mann!“ Frauenpolitik in der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1979.

¹¹¹ Vgl. zum Beispiel den Artikel „Kommunistische Jugend ? – Das ist nichts für Mädchen!“ in dem die Redaktion konkret auf die Probleme einzelner Berufsgruppen eingeht und die Mädchen auffordert, gemeinsam mit dem KJVD für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Junge Garde vom 1.2.1922, Nr. 11.

¹¹² Vgl. „Mobilisierung der Jungarbeiterinnen“, hier: Punkt 4: Die Jungarbeiterinnen und die gegnerischen Jugendorganisationen. Statistik um 1930. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 1-10.

¹¹³ Vgl. Tab. 5: Geschlechterverteilung der Mitglieder.

¹¹⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 174.

¹¹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 151 f.

dass die Hemmschwellen für Mädchen dem KJVD beizutreten, in ländlich oder katholisch geprägten Regionen deutlich höher waren als in den industriellen Zentren des Reiches oder in den Großstädten. So war etwa der Anteil von männlichen Jugendlichen in Berlin-Brandenburg im Dezember 1928 mit 71,4% deutlich geringer.¹¹⁶ In den anderen Bezirken kamen in ca. drei männliche Jugendliche auf ein Mädchen.¹¹⁷

Von diesen Zahlen weichen die Angaben der Zentrale vom Januar 1929 deutlich ab, die den Anteil männlicher Jugendlicher im gesamten Verband mit 64,8% beziffern.¹¹⁸ Die Daten vom März 1929 bestätigen im Großen und Ganzen die Ergebnisse des vorherigen Jahres: 73 % der Mitglieder waren männlich.¹¹⁹ Auch im Januar 1931 stellten männliche Jugendliche 77 % der Mitglieder.¹²⁰ Trotz dieser mageren Bilanz gelang es dem KJVD immerhin, prozentual mehr Mädchen in seinen Reihen zu versammeln als die KPD weibliche Mitglieder. Der Frauenanteil belief sich 1920 in der Partei auf lediglich 9 % und steigerte sich bis 1929 auf 16,5 %, wobei ein Fünftel der Mitglieder Betriebsarbeiterinnen und der Rest Hausfrauen waren.¹²¹

Waren männliche Jugendliche bereits in den zwanziger Jahren in der Mehrheit, so nahm ihr Anteil unter den Neuaufnahmen in den dreißiger Jahren tendenziell weiter zu. Im März und im April 1930 waren 83% der Berliner Neuzugänge männlich. Im Oktober und November desselben Jahres betrug ihr Anteil bei den Neuaufnahmen der Bezirke Ruhrgebiet und Niederrhein 68% bzw. 83%. Allerdings gab es auch Bezirke, deren Beitrittsstatistiken diese Tendenz nicht bestätigen. Im Bezirk Niederrhein handelte es sich zur selben Zeit bei nur 68% der Mitglieder um männliche Jugendliche¹²² und in Halle-Merseburg bei nur 56%.¹²³ Die einseitige Geschlechterverteilung steigerte sich dennoch 1931 weiter. In den Monaten März bis Mai 1931 stellten männliche Jugendliche 86% der Neuaufnahmen. Für Juni 1931 liegen die Anga-

¹¹⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 151.

¹¹⁷ Im Dezember 1928 waren im Bezirk Thüringen 75% der Mitglieder männlich. Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland betrug ihr Anteil im Juli 1928 73% und im Dezember 1928 74%. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 152 und Ry 1/I4/1/37, Bl. 8 f.

¹¹⁸ Diese Zahlen sind jedoch vage, da nur 38% aller Mitglieder erfasst wurden und sich so evtl. der deutliche Anstieg weiblicher Jugendlicher erklären lässt. Zweifel sind auch deshalb angebracht, weil im selben Zeitraum die Geschlechterverteilung in den Bezirken Berlin-Brandenburg und Ostachsen weitgehend konstant blieb: Der Anteil der männlichen Mitglieder betrug dort jeweils 72% bzw. 75%. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/37, Bl. 7.

¹¹⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 172.

¹²⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 279.

¹²¹ Vgl. Mallmann: *Kommunisten*, S. 131. Der Autor geht davon aus, dass es sich bei den Hausfrauen vor allem um Ehefrauen von Parteimitgliedern handelte. Ihren hohen Anteil wertet er als Hinweis für die Geschlossenheit der politischen Gesinnung in kommunistischen Familien.

¹²² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 158.

¹²³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 279.

ben aus insgesamt fünf Bezirken vor. In 86,5% der Fälle waren die Genossen männlich.¹²⁴ Auch im folgenden Monat betrug ihr Anteil bei den Neuzugängen 86%. Die Zahlen von August und September 1931 bestätigen dieses Bild.¹²⁵ Der Bericht über das Wachstum des Verbandes vom Oktober 1931 fasst die Angaben der Bezirke Sachsen, Oberschlesien, Niederrhein, Hessen und Südbayern zusammen, in denen zwischen 87% bis 89% der Neuzugänge männlich waren. Eine Ausnahme stellte lediglich der Bezirk Niedersachsen dar, in dem sich der Anteil männlicher Jugendlicher nur auf 75% belief.¹²⁶

Waren männliche Jugendliche schon im Verband stärker vertreten als weibliche, so stellten sie auf den Kongressen und Konferenzen erst recht die überwältigende Mehrheit der Delegierten.¹²⁷ Unter den 189 Delegierten des 1925 in Halle stattfindenden Verbandskongresses waren neun weibliche Jugendliche, das heißt, ihr prozentualer Anteil betrug nur 4,8%.¹²⁸ Auf den Bezirkskonferenzen waren Mädchen dagegen etwas stärker vertreten. Beispielsweise waren auf der Bezirkskonferenz in Hessen-Frankfurt 16,2% der Delegierten weiblich,¹²⁹ d.h. ihr Anteil war im Vergleich zum Verbandskongress nahezu viermal so hoch. Der Anteil der weiblichen Delegierten belief sich auf der Bezirkskonferenz in Halle-Merseburg im Januar 1929 auf 11,6%. Der Vergleich mit der SAJ zeigt, dass auf deren Reichskonferenzen der Anteil von männlichen Jugendlichen zwar etwas geringer war, sie aber dennoch deutlich die Mehrheit stellten: 1922 betrug der Anteil weiblicher Jugendlicher auf der Reichskonferenz der SAJ 8,9%, 1928 5,3% und 1930 9,6%.¹³⁰

Abschließend werden die vorliegenden Daten hinsichtlich der Zusammensetzung der verschiedenen Bezirksleitungen ausgewertet. Unter den 235 Funktionären der Bezirke Berlin, Oberschlesien, Schlesien, Sachsen, Halle, Thüringen, Wasserkante, Nordwest, Kassel und Baden waren im September 1929 nur 47 Genossinnen,¹³¹ d.h. ihr Anteil betrug in etwa 20% und lag damit noch unter dem Anteil von weiblichen Jugendlichen im Verband. Zum Vergleich: In der SAJ lag der Anteil weiblicher Funktionäre 1929 bei 29,5%.¹³² Nach der Interpretation der Zentrale waren die Mädchen für ihre geringe Präsenz in den Führungsgremien

¹²⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 174.

¹²⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 175.

¹²⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 49.

¹²⁷ Vgl. Tab. 10: Geschlechterverteilung der Delegierten.

¹²⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/6, Bl. 215.

¹²⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 153 ff.

¹³⁰ Naujoks: Profile, S. 143 f.

¹³¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 144.

des KJVD selbst verantwortlich: „Wer sind die Gruppenleiter, wer die Funktionäre? In der Mehrzahl Burschen. Wieviel Mädchen sind in der Kreisleitung? Wieviel in der Gruppenleitung? Kein einziges! Alles Burschen! Und warum? Weil die Mädels größtenteils die Bedeutung der kommunistischen Bewegung noch nicht voll erfasst haben! Weil die Mädels gleichgültig und desinteressiert sind.“¹³³

Leider liegen keine Angaben darüber vor, welche Funktionen die Mädchen übernahmen. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass ihnen die organisatorische oder gar die politische Leitung übertragen wurde. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass die von Martina Naujoks für die SAJ geschilderte Praxis der Ämterverteilung auch im KJVD üblich war: „Wenn die wichtigsten Funktionen besetzt sind, sagt wohl der Vorsitzende, ‚aber ein Mädels muß mindestens dabei sein.‘ Mit solchen Argumenten wurden die Mädchen dann meistens Schriftführerin oder Revisorin, weil die Merkmale dieser Funktion (wie Ausdauer und Verantwortung) ihren Fähigkeiten am ehesten entsprächen.“¹³⁴ Auch Franz Walter bestätigt, dass die Position des Vorsitzenden als selbstverständliches Privileg der Jungen galt, der Posten des Schriftführers oder des Kassierers dagegen großzügig an Mädchen abgetreten wurde.¹³⁵

Um den Anteil weiblicher Funktionäre zu steigern, versuchte die Zentrale eine Quotierung durchzusetzen. So meldete das Zentralkomitee 1930 der KJI, dass der Beschluss des Verbandskongresses, der die Bezirke theoretisch dazu verpflichtete, die Leitungsgremien mit einem Drittel weiblicher Jugendlicher zu besetzen, mehrheitlich ignoriert worden sei. Häufig stünden weibliche Führungskräfte nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung, oft scheitere die Quotierung jedoch auch am massiven Widerstand der männlichen Jugendlichen.¹³⁶ In einer Resolution vom November 1930 wurde das mangelnde Engagement des KJVD unter den Jungarbeiterinnen und die unzureichende Integration der Genossinnen in leitende Ämter sogar als „rechtsopportunistische Unterschätzung“ bewertet, deren Bekämpfung zukünftig Priorität haben sollte.¹³⁷ Der Vorschlag der Delegiertenkonferenz des Bezirks Wasserkante von 1930 ist in diesem Zusammenhang dennoch eher befremdend: „Zur Besetzung der Funktionen mehr Mädels nehmen; daß teilweise vorherrschende Vorurteil der Genossen gegenüber den Genossinnen ist dadurch zu beseitigen, daß bisweilen ein sexuelles Thema behandelt wird.“¹³⁸

¹³² Walter: Jugend, S. 356.

¹³³ „Aufruf an die Mädels“, in: Die Junge Garde vom Februar 1921, Nr. 15.

¹³⁴ Naujoks: Profile, S. 144.

¹³⁵ Walter: Jugend, S. 356.

¹³⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 143.

¹³⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/27, Bl. 6

¹³⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/77, Bl. 33.

1931 unternahm die Zentrale einen weiteren Vorstoß, um mehr Mädchen in die Gremienarbeit zu bekommen. Die Jungarbeiterinnen müssten „entsprechend ihrer Bedeutung und Zahl in der Produktion in allen Leitungen vertreten sein und in der Regel zu mindestens 1/3 zur leitenden Arbeit herangezogen werden.“¹³⁹ Ebenso sollte die Delegation, die den KJVD auf dem vierten Bezirkskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu vertreten hatte, zu einem Drittel aus Mädchen bestehen.¹⁴⁰ Auch unter den 1.000 Jugendlichen, die 1930 während des „Sturmquartals“ in Leipzig angeworben werden sollten, müssten theoretisch „300 Mädels“ sein.¹⁴¹ Es ist nicht belegt, wie die weiblichen Mitglieder des KJVD zu der Frage der Quotierung standen. In der SAJ waren Mädchen in den Führungsgremien ebenfalls unterrepräsentiert.¹⁴² Sie lehnten angeblich jede Quotierung mit der Begründung ab, dass unabhängig vom Geschlecht nur die Tüchtigsten eine Funktion verdienen würden.¹⁴³

Über die Gründe, warum weibliche Jugendliche im Verband unterrepräsentiert waren, kann nur gemutmaßt werden. Fest steht jedoch, dass Partei und Jugendverband ihren theoretischen Anspruch, die Geschlechter gleichzustellen, in der Praxis nicht einlösten.

Brigitte Kerchner und Sigrid Koch-Baumgarten entwickeln in ihrer Untersuchung des gewerkschaftspolitischen Handelns die Denkfigur der „dualen Beschlusslage“. Sie bezeichnen damit die bestehende Differenz zwischen Programmatik und Realpolitik. Die Autorinnen interpretieren die Gewerkschaftspolitik nicht ausschließlich als „intentionales, zweckrationales Handeln, das durch politische und ökonomische Interessen einerseits und durch ideologische, politisch-normative Orientierungen andererseits geleitet“¹⁴⁴ wird. Kerchner und Koch-Baumgarten betonen vielmehr den Einfluss von Emotionen, Affekten sowie „vorbewussten Orientierungen“. Diese Gemengelage bedinge eine solche „duale Beschlusslage“ mit der der Widerspruch zwischen Programmatik und Realpolitik, sozialistischem Ziel und reformerischer Praxis, dem Postulat der Frauenemanzipation und dem faktischen Antifeminismus, erklärt wird.¹⁴⁵ Die Kluft zwischen dem theoretischem Anspruch und der sozialen Praxis charakterisierte – wie gezeigt – bereits auch das Verhältnis der KPD zum Jugendverband.¹⁴⁶ Gleiches trifft auch auf die „Geschlechterfrage“ zu. Im Gegensatz zur öffentlichen Selbstdar-

¹³⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/27, Bl. 8.

¹⁴⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 295.

¹⁴¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/74, Bl. 260.

¹⁴² Naujoks: Profile, S. 144.

¹⁴³ Ebenda, S. 145.

¹⁴⁴ Kerchner, Brigitte/ Koch-Baumgarten, Sigrid: Geschlechterbilder in der politischen Auseinandersetzung. Einleitung, in: IWK 34 (1998), S. 297-315, hier: S. 298 f.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 299.

¹⁴⁶ Vgl. Kap. 2.5: Partei und Jugendverband.

stellung wandte sich der KJVD, so die hier vertretene These, in erster Linie an männliche Jugendliche.¹⁴⁷ Auf der diskursiven Ebene geschah dies subtiler als auf der Ebene der sozialen Praxis. Der Verband, der offiziell die traditionellen Geschlechterleitbilder ablehnte, schrieb diese untergründig weiter fest.¹⁴⁸ Während der KJVD männlichen Jugendlichen Angebote zur Entwicklung einer geschlechtsspezifischen Identität unterbreitete, sie darin diskursiv bestätigte und ihnen das Verbandsleben entsprechende Erfahrungsräume eröffnete,¹⁴⁹ waren die Offerten für weibliche Jugendliche, die als Ausnahmefall gedacht und behandelt wurden, eher diffus. Zu diesem Thema kann auf die Ergebnisse von Eric Weitz zurückgegriffen werden, der die kommunistische Geschlechterpolitik und die Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit untersucht hat. Er zeigt, dass die Handarbeit und die Körperkraft im Mittelpunkt des Männerbildes der KPD standen und die Straßenschlachten den Ethos rauer, proletarischer Männlichkeit prägten: „The politics of armed revolution and street battles, with their elevation of physical prowess to the essential revolutionary quality, gave additional force to the masculine tenor of German communism.“¹⁵⁰ Im Gegensatz dazu sei kein dominantes Frauenbild auszumachen. Vielmehr konkurrierten eine Vielzahl von weiblichen Stereotypen miteinander: das der unterdrückten und verhärmten Mutter, das der Fabrikarbeiterin, das der proletarischen Variante der „neuen Frau“ und das der Kameradin, die an der Seite ihrer männlichen Genossen kämpft.¹⁵¹ Frauen wurden tendenziell nicht kämpfend, sondern leidend dargestellt.¹⁵² Auch die Erwerbsarbeit von Frauen wurde nicht heroisiert und positiv bewertet: „They might work outside the home and in increasing numbers, but it was not upon their labor that the new society, with unlimited riches, would be created.“¹⁵³

Vieles spricht dafür, Weitz Ergebnisse auf den KJVD zu übertragen. Wie in allen anderen Fragen, war die Partei auch hinsichtlich der Zuschreibung von Vorurteilen gegen die Genos-

¹⁴⁷ Zu einem ähnlichen Befund kommt Dorothee Wierling in ihrer Untersuchung der FDJ der sechziger Jahre: „Die FDJ warb um die gesamte Jugend und sie versprach Jungen und Mädchen dieselben Chancen, dieselben Pflichten und dieselben Ideale, unter einer Fahne, in einer Uniform. Dennoch war die FDJ keine geschlechtsneutrale Organisation, im Gegenteil: nicht anders als alle vorangegangenen politischen Jugendorganisationen, orientierte sie sich an einem männlichen Leitbild. In der DDR war dies zunächst das Leitbild des männlichen Kämpfers, also des antifaschistischen Kommunisten, des Soldaten, aber auch des Proletariers. In den sechziger Jahren kam das Bild des Technikers, des Ingenieurs als männlichen Modernisierer hinzu.“ Wierling, Dorothee: Die Grenzen der Mobilisierung – Mädchen in der FDJ der sechziger Jahre, in: Benninghaus/ Kohtz: Mädchen, S. 103-125, hier: S. 110.

¹⁴⁸ Vgl. dazu Weitz Schlussfolgerung: „In the course of the Weimar Republic the KPD intensified the gendered understanding of politics and society that the socialist movements of the nineteenth century had developed. Despite its strong rhetorical support of women’s emancipations, the party glorified males productive labor as the source of society’s material wealth and male political combativeness as the means of surmounting the limits and expletions of capitalist society and creating the socialist future.“ Weitz: Communism, S. 231.

¹⁴⁹ Vgl. Kap. 4.4.: Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf.

¹⁵⁰ Weitz: Communism, S. 195 f.

¹⁵¹ Ebenda, S. 205.

¹⁵² Ebenda, S. 210.

¹⁵³ Ebenda, S. 206 und S. 208.

sinnen Vorbild. In regelmäßigen Abständen wandte sich die Redaktion der „Jungen Garde“ an die weiblichen Mitglieder des Verbandes. In den seltensten Fällen werden aber Mädchen und jungen Frauen in den Artikeln als Akteurinnen direkt angesprochen. Vielmehr standen sie im Zentrum der Kritik. Ebenso wie die Genossen der KPD den weiblichen Mitgliedern auf den Parteitag mangelndes Engagement vorwarfen,¹⁵⁴ rügte auch die Redaktion das angeblich passive Verhalten der Mädchen, das wirkungsvoll kontrastiert wurde mit Beispielen männlicher Tatkraft. Der Tenor war immer gleich: „Mädels! Die Zentrale der Kommunistischen Jugend hat die Parole ‚Mehr Aktivität‘ herausgegeben. Besonders auf Euch Mädels trifft das zu!“¹⁵⁵ Die überwiegend weiblichen Autorinnen stellten ihre Geschlechtsgenossinnen als oberflächlich und deren Horizont als eingeschränkt dar: „Ich wette, Ihr sprecht über so große Kleinigkeiten, die sich Mädels immer zu erzählen haben. Da wird dann vom neuen Kleid, vom Sonntag, vom Onkel und der Tante und allem unmöglichen gesprochen.“¹⁵⁶ Verbreitet war auch das Vorurteil, dass die Mädchen an politischen und sozialen Fragen desinteressiert seien und nur ihr „Vergnügen“ im Kopf hätten: „In unserer Jugend scheinen die Mädels nur Zierde zu sein. Sehr selten findet man einmal eine, die an Vorträgen, Diskussionen und anderen Arbeiten mitwirkt (...). Wo die Unterhaltung die Hauptsache ist, wo schöngeistige Beschäftigung, Tanz und Spiel die Veranstaltungen beherrschen, sind sie obenauf.“¹⁵⁷ Diese Vorwürfe gründeten letztlich auf das angeblich „bourgeoise Verhalten“ der Mädchen. Die Verbandsleitung lehnte zwar die Konstruktionen bürgerlicher Weiblichkeit ab, bot letztendlich jedoch keine alternativen Modelle an. Ergänzt wurde die Schelte etwa durch den Vorwurf, dass die Mädchen sämtliche politischen Arbeiten den Jungen überließen und sich vor allen Verpflichtungen drücken würden.¹⁵⁸ Diese Haltung müsse ein Ende haben, lautete daher der Appell an die Genossinnen: „Also was wir wollen: nicht spielerische Bestätigung, sondern an seine Stelle trete eine bestimmte Aufgabe mit Verantwortung und Pflichtbewußtsein.“¹⁵⁹

Zu den fortschrittlichen Ansätzen des Verbandes zählt die Koedukation, die von Beginn an verfolgt wurde. Bereits im Dezember 1920 rief die Zentrale die kommunistischen Jugendgruppen dazu auf, die Geschlechter keinesfalls zu trennen, sondern sie zur kameradschaftli-

¹⁵⁴ Vgl. Weitz: Communism, S. 221.

¹⁵⁵ „Aufruf an die Mädels!“, in: Die Junge Garde vom Februar 1921, Nr. 15.

¹⁵⁶ Ebenda.

¹⁵⁷ „An die Mädels“, in: Die Junge Garde vom 14. 6.1919, Nr. 25. Auch die SAJ hob das besondere Interesse der weiblichen Mitglieder an unterhaltenden Veranstaltungen hervor. „Das Mädchen in der Arbeiterjugend“, in: Der Führer. Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, 1930, Nr. 6, S.81-83, hier: S. 82.

¹⁵⁸ „An die Mädels“, in: Die Junge Garde vom 14.6.1919, Nr. 25.

¹⁵⁹ „Und nochmals ihr Mädels“, in: Die Junge Garde vom 15.5.1921, Nr. 22.

chen Zusammenarbeit anzuhalten.¹⁶⁰ Trotz der daraus resultierenden Probleme lehnte die Verbandsleitung gesonderte Mädchengruppen oder gar Mädchenabende strikt ab.¹⁶¹ Die koeukativen Gruppen förderten jedoch nicht zwangsweise die Gleichstellung und die Geschlechterharmonie. Szenarien wie die folgende sind als reine Propaganda zu werten: „Bei uns gibt es dass nicht, dass nur die Burschen Politik treiben und die Mädels für sie die Kittel nähen, sondern wir arbeiten alle in der Bewegung zusammen.“¹⁶² Man muss nicht zwischen den Zeilen lesen, um zu erfahren, wie schwierig und konfliktgeladen der Umgang der Geschlechter war und die Vorurteile gegenüber den weiblichen Mitgliedern sind leicht aufzuspüren. 1922 räumte der Aufruf „Mädels, hinein in die Kommunistische Jugend“ ein, „daß die Jungen manchmal ein wenig hochnäsig [seien, B.K.] und sagen [würden]: Ach die Mädels, es ist doch nichts Rechtes mit ihnen.“ Die Mädchen sollen solchen Genossen sagen, „(...) daß sie mit dieser Ansicht in die Zopfzeit hineingehören.“ Der Aufruf schloss kämpferisch mit der folgenden Aufforderung an die Mädchen: „vor allen Dingen zeigt ihnen, daß Ihr etwas könnt, daß ihr mitarbeitet und mit trachtet und tatet, denn sonst haben sie ja nur allzu recht.“¹⁶³

Ein weiterer Artikel räumte ein, dass Jungen darüber lachen, wenn Mädchen sich zu politischen Fragen äußern und ihnen das Recht absprachen.¹⁶⁴ Die Gruppe „Zentrum“ sprach auf der Bezirkskonferenz des Bezirks Wasserkante die Konflikte zwischen den weiblichen und männlichen Jugendlichen an und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die „kollektive Arbeit sowie Behandlung besonderer Themen (sexuelle Frage) die ungesunde Einstellung der Genossen gegenüber den Genossinnen“¹⁶⁵ ausmerzen würde.

Das Verbandsorgan ignorierte die Praxis der Gruppen und Betriebszellen beharrlich und leugnete die Diskriminierung der Mädchen und die Dominanz der Jungen. So auch in einem „Erfahrungsbericht“, in dem das Dienstmädchen Anna, die Fabrikarbeiterin Martha und die Büroangestellte Lotte schilderten, dass sie von den Genossen mit offenen Armen aufgenommen worden seien: „Und gewundert haben sie sich, daß die Burschen hier ganz anders sind als die, denen sie sonst begegnen. Mit den Jungens in der Jugend kann man doch über alles sprechen, die behandeln uns nicht wie Menschen zweiter Güte, sondern wir sind Jugendgenossinnen und unterhalten uns ganz natürlich und frei, wie man sich eben untereinander aus-

¹⁶⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 1.

¹⁶¹ Vgl. die ähnlich gelagerten Diskussionen in der SAJ. Völcker, Gertrud: Das Mädels in der Arbeiterjugend und Aussprachen über Mädelfragen in: Der Führer. Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, 1930, Nr. 12, S. 81-86.

¹⁶² „Wir Mädels in der KJ“, in: Die Junge Garde vom 1.3.1922, Nr. 12.

¹⁶³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/59, Bl. 3.

¹⁶⁴ „An die Mädels“, in: Die Junge Garde vom 14. 6.1919, Nr. 25.

¹⁶⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/77, Bl. 41. Auswertung der Fragebögen der Delegiertenkonferenz. Undatiert.

spricht.¹⁶⁶ Schilderungen wie diese, die freilich zur Propaganda eingesetzt wurden, widersprechen Mallmanns These vom männerbündischen Charakter der kommunistischen Bewegung,¹⁶⁷ die im Rahmen der Untersuchung der Verbandspraxis noch zu diskutieren sein wird.¹⁶⁸ Um Redundanz zu vermeiden, wurde an dieser Stelle jedoch auf die Analyse der Männlichkeitskonzepte des Verbandes verzichtet.

Die Emanzipationsmöglichkeiten, die die Arbeiterjugendbewegung ihren weiblichen Mitgliedern bot, waren letztendlich begrenzt. Unbestritten eröffnete der KJVD ihnen aber viele Freiräume. Mädchen konnten theoretisch die Verbandspolitik mitgestalten und es standen ihnen sämtliche Ämter offen. Der koeduktative Ansatz der Gruppen eröffnete den Jungen und Mädchen zudem die Möglichkeit, sich kennen zu lernen und das traditionelle Geschlechterverhältnis zu hinterfragen. Insofern boten die proletarische und die bürgerliche Jugendbewegung ein Experimentierfeld, in dem neue Umgangsformen und „Beziehungskonzepte“ entwickelt und erprobt werden konnten. Gleichzeitig wurden aber traditionelle Geschlechterkonzepte diskursiv fortgeschrieben, denn in der Praxis dominierten nachweislich männliche Jugendliche das Verbandsleben.

¹⁶⁶ „Wir Mädels in der KJ“, in: Die Junge Garde vom 1.3.1922, Nr. 12. Diese Praxis war durchaus in andern Jugendorganisationen verbreitet, wie der Vergleich mit der Freien Gewerkschaftsjugend (FGJ) zeigt. Diese merkt in Bericht 1925 selbstkritisch an, dass die männlichen Jugendlichen ihre Überlegenheit zur Schau tragen und das Minderwertigkeitsgefühl vieler Mädchen steigern würden. Die FGJ bot daher besondere Mädchenschulungen und Kurse an. Naujoks: Profile, S. 150.

¹⁶⁷ Mallmann: Kommunisten, S. 191 ff.

¹⁶⁸ siehe Kapitel 4.4.: Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf.

3.4. Beruflicher Status und soziale Lage

Die Forschung hebt zwei markante Kriterien zur Differenzierung der Arbeiterjugend hervor: Auf der einen Seite die gelernten und ungelernten und auf der anderen Seite die erwerbstätigen und die erwerbslosen Jugendlichen.¹⁶⁹ Bedauerlicherweise ist die Quellenlage zur Erfassung dieser beiden Aspekte besonders dünn. Es liegen lediglich vereinzelt Daten zum Anteil beider Gruppen unter den Neuzugängen vor. Gleiches gilt für die Frage nach dem Anteil der Erwerbslosen im Verband. Die innerverbandlichen Diskussionen über die Folgen, die die Erwerbslosigkeit der Mitglieder für die Verbandsstruktur und das Verbandsleben hatte, lassen jedoch Rückschlüsse auf die soziale Lage der Jugendlichen zu.

Obwohl das Sozialprofil der im KJVD organisierten Jugendlichen bisher noch nicht Gegenstand der Forschung war, wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass der Verband überwiegend ungelernete und erwerbslose Jugendliche organisiert habe. Kontrastiert werden diese unbelegten Vermutungen mit dem Vergleich zur SAJ, deren Anhänger im Unterschied zum KJVD angeblich aus den aufstiegsorientierten, sozialdemokratischen Facharbeiterfamilien stammen sollten.¹⁷⁰ Mallmann hat bezogen auf KPD und SPD zu Recht auf die anhaltende Wirkungsmacht derartiger Verallgemeinerungen hingewiesen,¹⁷¹ von denen allem Anschein nach auch die Jugendverbände der Parteien betroffen sind.

Erst vor dem Hintergrund des zeitgenössischen Diskurses über gelernte und ungelernete Jugendliche wird die Relevanz, die diese Frage für die Außenwahrnehmung des Verbandes hatte, nachvollziehbar. Die von den Jugendpflegern vorgenommene sprachliche Differenzierung zwischen „Arbeitern“ und „Proletariern“ oder zwischen „gepflegten“ und „ungepflegten“ Jugendlichen, veranschaulicht den eklatanten Statusunterschied beider Gruppen.¹⁷² Idealtypisch wurden den Lehrlingen Handwerkslehre, Abendschule und Sportverein zugeordnet. Mit der Gruppe der ungelerneten Jugendlichen waren wiederum Assoziationen wie wechselnde Arbeitsverhältnisse, der Besuch des Rummels, hoher Alkoholkonsum und frühe sexuelle Beziehungen verbunden.¹⁷³ Die Studien der historischen Jugendforschung betonen zudem den

¹⁶⁹ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 99.

¹⁷⁰ Peukert geht davon aus, dass sich insbesondere ungelernete Jugendliche zum KJVD hingezogen fühlten. Allerdings sei auch der Typus des bildungshungrigen jungen Arbeiters im KJVD zu finden gewesen. In der SAJ dominierten dagegen nach Walter die Lehrlinge. Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 237; Walter: Jugend, S. 349.

¹⁷¹ Mallmann: Kommunisten, Kap. 3.2. Soziale Homogenität im klassenparteilichen Ghetto: Beruf, Qualifikation und Erwerbslosigkeit.

¹⁷² Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 73.

¹⁷³ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 205; Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 74

„Berufsstolz“ der Lehrlinge, die den ungelernten Altersgenossen herablassend begegneten.¹⁷⁴ Dagegen war es für die Selbstwahrnehmung der ungelernten Jugendlichen wesentlich, nach dem Abschluss der Volksschule direkt die Erwachsenenrolle zu übernehmen und über mehr Geld als die gleichaltrigen Lehrlinge zu verfügen. Ob ein Jugendlicher nach Beendigung der Schule eine Lehrstelle oder eine an- bzw. ungelernete Tätigkeit übernahm, war im wesentlichen von der finanziellen Situation der Familie abhängig. Während der vierjährigen Lehrzeit erhielten die Jugendlichen nämlich nur ein Lehrgeld, das deutlich geringer war als der Lohn aus einer un- oder angelernten Tätigkeit.

Benninghaus beschreibt die Berufswahl insgesamt als konfliktgeladenen Vorgang in den Familien. Sie zeigt, dass Mädchen schlechtere Chancen auf eine Lehrstelle als ihre Brüder hatten. Die Arbeitslosigkeit anderer Familienmitglieder reduzierte ihre Aussichten auf einen Ausbildungsplatz zusätzlich.¹⁷⁵ Nach einer zeitgenössischen Untersuchung hatten Jugendliche, deren Väter selbst ungelernete Arbeiter waren, zudem geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz als Jugendliche, deren Väter Facharbeiter waren.¹⁷⁶

Dass die Anzahl der Lehrlinge in der Regel überschätzt wurde, belegt die von Marcus Gräser ausgewertete preußische Statistik von 1925, die rund 2,3 Millionen erwerbstätige Jugendliche bis zu 18 Jahren erfasst. Im Unterschied zu anderen Erhebungen bezieht diese nicht nur die in den gewerblichen Betrieben arbeitenden Jugendlichen mit ein, sondern sämtliche erwerbstätige Jugendliche.¹⁷⁷ Von den hier berücksichtigten Jugendlichen waren 600.000 als Lehrlinge in Industrie und Handwerk und 20.000 als gewerbliche Lehrlinge außerhalb der beiden Sektoren beschäftigt. Dem gegenüber standen 450.000, vor allem in der Landwirtschaft als mithelfende Familienangehörige beschäftigte Jugendliche, 374.000 jugendliche Landarbeiter oder Angestellte sowie 160.000 weibliche Hausangestellte. Weitere 800.000 Jugendliche zählten zur Gruppe der Arbeiter und 60.000 galten als Angestellte, die in der Regel jedoch nicht über eine berufliche Ausbildung verfügten.¹⁷⁸ Die Mehrheit der Jugendlichen war demnach als

¹⁷⁴ Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 76.

¹⁷⁵ Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 154 und S. 174.

¹⁷⁶ Dies belegt Paul Lazarsfeld in seiner Wiener Untersuchung. Er stellte bei Hilfsarbeitern, bei denen der Sohn die Tätigkeit des Vaters übernommen hatte, den höchsten Traditionskoeffizienten fest. Vgl. Lazarsfeld, Paul: Jugend und Beruf, Jena 1931, S. 19, zitiert nach Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 77.

¹⁷⁷ Ansonsten kommt man zu solch unpräzisen Ergebnissen wie Peukert, der die Untersuchung von Mewes anführt: „Einen gewissen Anhaltswert für das Verhältnis von Lehrlingen und Ungelernten mag auch die Erhebung von Mewes im Frühjahr 1927 geben, die allerdings nur auf der Befragung von 200.000 Berufsschülern beruhte. Demnach waren 71,6% der Jugendlichen Lehrlinge oder Ausgelernte und 28,4% An- und Ungelernte. Die männlichen Jugendlichen jedoch zählten 83,5% Lehrlinge oder Ausgelernte und nur 16,5% An- und Ungelernte, während sich unter der weiblichen Jugend nur 50,5% Lehrlinge und Ausgelernte sowie 49,5% An- und Ungelernte befanden.“ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 110.

unqualifizierte Arbeiter beschäftigt – ein Ergebnis, das für die Interpretation der Zusammensetzung des KJVD wichtig ist.

Für den KJVD liegen lediglich Angaben über das Verhältnis von gelernten und ungelernten Jugendlichen unter den Neuzugängen vor. 1930 waren in Berlin 69% der neuen Mitglieder ungelernete Arbeiter, in Hamburg 75%, im Bezirk Niederrhein 47% und in Pommern 92%. Mit Ausnahme der Bezirke Pommern und Niederrhein lag das Verhältnis zwischen ungelerten und gelernten Arbeitern bei den Neuaufnahmen damit in etwa bei 3:1.¹⁷⁹ 1931 waren 76% der Neuzugänge ohne Beruf, d.h. ein Lehrling kam auf drei ungelernete Jugendliche.¹⁸⁰ Dieses Ergebnis stellt lediglich eine Momentaufnahme zum Ende der Weimarer Republik dar, wo die Arbeitslosigkeit ein bis dahin unbekanntes Ausmaß erreicht hatte. Die Chancen auf eine Lehrstelle verringerten sich zudem dadurch, dass viele Jugendlichen die Einkommensverluste anderer Familienmitglieder auffangen mussten. Abgesehen von diesen Zahlen wird das Verhältnis von ungelerten und gelernten Jugendlichen im KJVD weiter im Ungefähren bleiben. Gleichzeitig muss eine Neubewertung in Hinblick darauf vorgenommen werden, dass es auch in der Weimarer Republik durchaus nicht selbstverständlich war, eine Ausbildung zu absolvieren und der Anteil der ungelerten Jugendlichen im KJVD somit im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Lehrlinge nicht zwingend überproportional hoch war.

Erwerbslosigkeit der Mitglieder und Konsequenzen für den Verband

War die Jugenderwerbslosigkeit im Kaiserreich weitgehend unbekannt, so zeigte die Weimarer Republik selbst in der Phase ihrer relativen Stabilisierung zwischen 1924 und 1928 einen hohen Sockel an erwerbslosen Jugendlichen.¹⁸¹ Gab es in den Jahren zwischen 1920 und 1923

¹⁷⁸ Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 71 f. Vgl. dazu auch die vom Verfasser angeführte Betriebszählung von 1925. Dabei waren 986.567 im Handwerk oder in der Industrie arbeitende gewerbliche Lehrlinge, rund 461.000 jugendliche Hilfsarbeiter oder ungelernete Jugendliche und rund 200.000 angelernte jugendliche Arbeiter erfasst worden. Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 71.

¹⁷⁹ Siehe Bericht des KJVD an die KJI über den Berichtszeitraum vom September 1929 bis zum April 1930. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 158. Der hohe Anteil von ungelerten Jugendlichen im Bezirk Pommern ist durch die landwirtschaftliche Struktur der Region zu erklären. Das ausgewogene Verhältnis von gelernten und ungelerten Jugendlichen im Bezirk Niederrhein ist dagegen mit dem Hinweis auf die Schwerindustrie nur unzureichend erklärt.

¹⁸⁰ Bericht über Stand und Entwicklung des KJVD, Mai bis September 1931. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 176.

¹⁸¹ Trotz der Bedeutung, die der Arbeitslosigkeit am Scheitern der Republik beigemessen wird, liegt keine umfassende Untersuchung zur Jugenderwerbslosigkeit in der Weimarer Republik vor. Vielmehr muss auf die Aufsätze von Dick Geary und Detlev Peukert sowie auf Untersuchungen, die sich am Rande mit der Jugenderwerbslosigkeit befassen, zurückgegriffen werden. Geary: Jugend; Peukert: Erwerbslosigkeit. Auf die Chancen von Jugendlichen auf dem Weimarer Arbeitsmarkt gehen weiterhin ein: Stachura: Republic, S. 94-132; Harvey: Youth and the Welfare State, S. 103-151; Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 38-56

trotz der Demobilisierung, in deren Folge Frauen und Jugendliche von ihren Arbeitsplätzen verdrängt wurden, zahlreiche gut bezahlte Hilfsarbeiter- und Anlernstellen,¹⁸² so war der Arbeitsmarkt für Jugendliche insbesondere im Herbst 1923 und während der im Herbst 1925 beginnenden und erst im Frühjahr 1927 abebbenden Wirtschaftskrise, angespannt.¹⁸³ Bereits im Januar 1924 konstatierte die Jugendzentrale: „Heute ist es besser auf den Stempelstellen an die Jugend heranzukommen, als wie sie noch im Betrieb waren.“¹⁸⁴ Der Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet vom Januar 1924 veranschaulicht die katastrophalen Folgen der Ruhrkrise für den Bezirk. In Essen existierten aufgrund der hohen Erwerbslosigkeit nur noch zwei Betriebszellen. Insgesamt waren laut Bericht 70% der Mitglieder erwerbslos. In Bochum und Duisburg waren sämtliche Genossen arbeitslos, in Homborn 60%. Auch in Gelsenkirchen-Buer sah es nicht anders aus: „Kassierung geht schlecht, da dort nur Bergbau und nur 30% der Belegschaften arbeiten, so daß unsere Jugend vollständig auf der Straße liegt.“¹⁸⁵ Aus einem Protokoll von 1925 über Arbeitsgespräche der Zentrale mit Vertretern aus dem Ruhrgebiet geht hervor, dass sich die wirtschaftliche Lage im Vergleich zum vorherigen Jahr zwar verbessert, ein erheblicher Teil der Mitglieder aber immer noch mit der Erwerbslosigkeit zu kämpfen habe. Einige Jugendliche wurden abschätzig dem „Lumpenproletariat“ zugeordnet. Auch die lakonische Äußerung, „bei einer solchen Zusammensetzung sei eine Organisationsform schlecht denkbar“,¹⁸⁶ zeigt, dass erwerbslose Jugendliche nicht zum angestrebten Klientel zählten. Der Verband verstand sich als Interessensvertretung der erwerbstätigen Jugend, die wachsende Zahl erwerbsloser Jugendlicher behinderte zudem die angestrebte Umstellung von Ortsgruppen auf Betriebszellen und erschwerte eine aktive Betriebspolitik. Weiterhin waren die Arbeitslosen in der Regel nicht in der Lage, ihre Beiträge zu zahlen.

Die Zentrale des KJVD wertete Erwerbslosigkeit zunächst nur als eine kurzfristige Phase, keinesfalls aber als möglichen Dauerzustand. Die „Richtlinien zur Arbeitslosenfrage“ von 1923 sahen vor, dass Jugendliche, denen gekündigt wurden, so lange in ihrer alten Betriebszelle mitarbeiten sollten, bis sie eine Anstellung in einem anderen Betrieb fanden. Alternativ sollten sie sich in den Stempelstellen zu Fraktionen zusammenschließen. Die Bildung von Erwerbslosenzellen lehnte die Verbandsleitung jedoch kategorisch mit der Begründung ab, dass „die Erwerbslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand ist, also ein Zustand ist, den wir

¹⁸² Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 41.

¹⁸³ Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 135.

¹⁸⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/78, Bl. 23.

¹⁸⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/78, Bl. 21.

¹⁸⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/12/2/5, Bl. 73 ff.

abschaffen wollen, während der Betrieb die Grundlage unserer Bewegung ist.“¹⁸⁷ Erwerbslosenzellen würden zudem die beschäftigungslosen Arbeiter von den Erwerbstätigen trennen und eine „Erwerbslosen-Ideologie“ fördern. Arbeitslose sollten zukünftig nur nach einer eingehender Prüfung aufgenommen werden. Es müsse sichergestellt werden, „daß die Bewegung nicht durch die Erwerbslosen überschwemmt und der kommunistische Charakter unserer Bewegung verwischt wird.“¹⁸⁸ Erwerbslose Jugendliche galten ferner als undiszipliniert und als unberechenbar. Ihnen wurde unterstellt, dass sie sich „zu unbesonnenen Taten hinreißen“ ließen.¹⁸⁹

Rückschlüsse auf den Anteil erwerbsloser Jugendlicher im KJVD lassen nur die Delegiertenbefragungen zu. 1925 waren 30% der Delegierten des Verbandskongresses¹⁹⁰ und 22,5% der Delegierten des Reichsausschusses¹⁹¹ erwerbslos. 1927 war der Anteil der Erwerbslosen unter den Delegierten des Verbandskongresses bereits auf 42% gestiegen.¹⁹² Dagegen waren nur 14% der Delegierten der 1928 in Württemberg stattfindenden Bezirkskonferenz arbeitslos.¹⁹³ Man kann davon ausgehen, dass sich vor allem arbeitslose Jugendliche für Ämter zur Verfügung stellten. Daher lag der Anteil Erwerbsloser unter den Delegierten im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt vermutlich höher. Festzuhalten ist, dass der KJVD bereits vor der Weltwirtschaftskrise einen nicht unbedeutenden Teil erwerbsloser Jugendlicher in seinen Reihen hatte und sich schwer tat, diesen in seine Reihen zu integrieren.

Seit der Weltwirtschaftskrise stieg die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich kontinuierlich an.¹⁹⁴ Von den Folgen der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung, des Strukturwandels und der Rationalisierung waren die Geburtenjahrgänge von 1900 bis 1918 besonders stark betroffen. Peukert bringt das Dilemma der geburtenstarken Jahrgänge, die sich die wenigen freien Arbeitsplätze teilen mussten, mit dem Begriff der „überflüssigen Generation“¹⁹⁵ auf den Punkt. Gräser zeigt, dass zwischen Oktober 1927 und Januar 1932 der Anteil der Ju-

¹⁸⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 106.

¹⁸⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 106.

¹⁸⁹ Ebenda.

¹⁹⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/6, Bl. 215.

¹⁹¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/17, Bl. 136.

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/77, Bl. 125.

¹⁹⁴ Im September 1929 waren 1,3 Millionen Menschen erwerbslos. Innerhalb eines Jahres stieg ihre Zahl auf über 3 Millionen an. Im September 1931 waren schließlich 4,3 Millionen Menschen ohne Arbeit, im September 1932 bereits 5,1 Millionen. Anfang 1933 standen 12 Millionen Erwerbstätige mehr als 6 Millionen Erwerbslosen gegenüber. Kolb: Republik, S. 118.

¹⁹⁵ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 30 ff.

gendlichen unter den Hauptunterstützungsempfängern der Arbeitslosenversicherung nicht abrupt anstieg, sondern stetig wuchs.¹⁹⁶

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermittelte den exakten Stand der Jugenderwerbslosigkeit für den 30. Juli 1932. Das Ergebnis fasst Gräser wie folgt zusammen: „Demnach waren im Alter bis unter 21 Jahren 419.160 männliche und 213.064 weibliche Jugendliche ohne Erwerb. Zählt man die Altersgruppe der Jungerwachsenen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren noch hinzu, betrug die Zahl der männlichen und weiblichen Erwerbslosen im Alter bis zu 25 Jahren am 30.7.1932 schätzungsweise insgesamt 1.456.854, d.h. rund jeder Vierte der zu dieser Zeit erfassten Erwerbslosen in Deutschland war ein Jugendlicher oder Jungerwachsener.“¹⁹⁷ Zuzüglich der Jugendlichen, die den Kontakt zum Arbeitsamt abgebrochen hatten, waren 1932 zwischen 1,5 und 1,7 Millionen Jugendliche ohne Arbeit.¹⁹⁸ Der hohe Anteil von Jugendlichen an den Erwerbslosen wird im Allgemeinen mit der durch die Rationalisierungsoffensive bedingten hohen Sockelarbeitslosigkeit und der Tatsache, dass von 1929 bis 1933 noch die letzten geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängten, begründet.¹⁹⁹ Die Lebensumstände der Jugendlichen waren zusätzlich dadurch erschwert, dass sie von der staatlichen Erwerbslosenfürsorge mehrheitlich ausgeschlossen waren.²⁰⁰

1930 heißt es im Rechenschaftsbericht der Zentrale an die KJI: „In welche Richtung wachsen wir? Wiederum nur einige Zahlen um zu beweisen, dass unser Wachstum nicht in der Richtung auf den ausschlaggebenden Teil der Jungarbeiter geht, sondern im Gegenteil, erfassen wir hauptsächlich Erwerbslose oder Jugendliche der Kleinbetriebe.“²⁰¹ Angesichts dieser

¹⁹⁶ Im Oktober 1927 handelte es sich bei 9,5% der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung um Jugendliche unter 21 Jahren. Ihr Anteil betrug bereits im Januar 1928 13,4% und stieg bis zum Oktober 1928 auf 14,5%. Im Juli 1930 erreichte ihr Anteil mit 15,7% einen Höhepunkt, um dann von Januar 1932 an, wo ihr Anteil 13,2% betrug, zu sinken. Die Aussagekraft der Statistik ist dadurch eingeschränkt, dass zum einen nicht alle erwerbslosen Jugendlichen erfasst wurden. Zum anderen war spätestens durch die Notverordnung vom 5.6.1931 das Leistungsangebot der Arbeitslosenversicherung so beschnitten worden, dass sich weniger Jugendliche unter den Unterstützungsempfängern befanden. Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 192 f.

¹⁹⁷ Ebenda, S. 194.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ 1910 betrug der Anteil der männlichen Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren bzw. der männlichen Jungerwachsenen zwischen 20 und 25 Jahren noch 11,9% bzw. 8,7% am Gesamtanteil der männlichen Gesamtbevölkerung des Reiches. Ihr Anteil stieg bei der Volkszählung 1925 auf 12,9 % bzw. auf 10,1% und sank bis 1933 schließlich in Folge des Eintritts der geburtenschwachen Kriegsjahrgänge auf 8,1 bzw. 9,8%. Vgl. Peukert: Erwerbslosigkeit, S. 308 f. Es ist umstritten, ob die Zunahme von weiblichen Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu einer Verdrängung männlicher Jugendlicher führte. Benninghaus lehnt dies mit dem Hinweis auf die geschlechtsspezifische Segregierung des Arbeitsmarktes ab. Sie hebt hervor, dass die Erwerbsbeteiligung der Mädchen zwischen 1925 und 1933 abgenommen habe. Allerdings gesteht sie ein, dass Mädchen auf dem Arbeitsmarkt für ungelernete Jugendliche vergleichsweise bessere Chancen als Jungen hatten. Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 142 und 145.

²⁰⁰ Vgl. Harvey: Youth and the Welfare State, S. 113-121.

²⁰¹ SAPMO-BArch, Ry 1/14/1/63, Bl. 157.

Entwicklung war die Verbandsführung gezwungen, ihren Umgang mit erwerbslosen Mitgliedern neu zu überdenken.

Emil Kortmann, der von Mai 1930 im Zentralkomitee für Finanz- und Geschäftsfragen und damit auch für die Abrechnung der Mitgliederbeiträge zuständig war, bestätigt einen kontinuierlichen Anstieg von Erwerbslosen im Verband. Von den 22.000 Mitglieder seien 1929 etwa 20% erwerbslos gewesen, 1931 habe der Verband etwa 40.000 Jugendliche organisiert, von denen 40% erwerbslos gewesen seien. 1932 seien von den durchschnittlich 60.000 Mitglieder bereits 70% ohne Arbeit gewesen.²⁰² Auch wenn die Aussage in Hinblick auf die Mitgliederzahlen relativiert werden muss, ist die darin enthaltene Tendenz einer Zunahme von Erwerbslosen grundsätzlich ernst zu nehmen. Die Auswertung der Neuaufnahmen stützt den von Kortmann skizzierten Anstieg der Erwerbslosen im Verband. 1930 waren im ländlichen Bezirk Pommern nur 14% der Neuaufnahmen Erwerbslose. Dagegen betrug ihr Anteil in Berlin immerhin 28% und in Hamburg sogar 60%.²⁰³ Reichsweit waren von den Neuzugängen im September 1931 62,5% erwerbslos.²⁰⁴ Im ersten Quartal 1932 waren unter den Neuaufnahmen etwa gleich viele Erwerbstätige und Erwerbslose.²⁰⁵

Detlev Peukert stützt sich auf die Untersuchung von Hertha Siemering von 1937 die zeigt, dass nicht alle Geburtenjahrgänge von der Jugenderwerbslosigkeit gleichermaßen betroffen waren. Nach der zitierten Studie, die den Altersaufbau der Erwerbstätigen und Erwerbslosen am 16. Juni 1933 wiedergibt, war die Gruppe der 14- bis 17-jährigen erwerbslosen Jugendlichen im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt der Erwerbslosen unterrepräsentiert, während die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen vergleichsweise überrepräsentiert war.²⁰⁶ Insbesondere die über 18-Jährigen trugen schwer an den Folgen ihrer Erwerbslosigkeit. Unmöglich wurde für sie eine Heirat und die Gründung eines eigenen Haushaltes.²⁰⁷ Der Befund, dass die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen unter den Erwerbslosen deutlich überrepräsentiert war, ist insofern

²⁰² SAPMO-BArch, SgY 30/0503 Bd. 2, Bl. 77. Die anhand der Akten ermittelten Mitgliederzahlen ergeben für 1930 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 31.000, 1931 von 46.000 Mitglieder und 1932 von 56.000 Jugendlichen. Sie liegen damit deutlich unter den von Kortmann angegebenen Zahlen.

²⁰³ Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 158.

²⁰⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 173. Die Stichproben bei den neu aufgenommenen Mitgliedern aus elf Bezirken liegen unter dem Reichsdurchschnitt. Hier waren von 4.760 neuen Mitgliedern 40,4 % erwerbslos. Vgl. Bericht über das Wachstum des Verbandes vom 20. Juni 1931. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 16.

²⁰⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/55, Bl. 45.

²⁰⁶ Vgl. Peukerts Auswertung der Studie von Hertha Siemering: Deutschlands Jugend in Bevölkerung und Wirtschaft. Eine statistische Untersuchung, Berlin 1937; Peukert: Erwerbslosigkeit, S. 312 f.

²⁰⁷ Ebenda, S. 313. Möglicherweise war die Erfahrung der Arbeitslosigkeit für weibliche Jugendliche weniger traumatisch als für gleichaltrige männliche Jugendliche, da die Erwerbsarbeit in ihrer Lebensplanung einen geringeren Stellenwert einnahm und deren Selbstwertgefühl nicht ausschließlich an die Erwerbsarbeit gebunden war. Den Mädchen standen noch Alternativen zur positiven Selbstbestätigung zur Verfügung. Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 94 und 154.

relevant, da der Verband Anfang der 30er Jahre einen sprunghaften Mitgliederanstieg verzeichnen konnte. Die Neuzugänge setzten sich mehrheitlich aus männlichen Jugendlichen zusammen, die 18 Jahre und älter waren. Diese Ergebnisse stützen die Argumentation von Frank Bajohr, der nicht nur den Mitgliederzuwachs der militaristischen Wehrverbände, sondern auch den der SAJ, des KJVD und der HJ als Zeichen dafür begreift, dass sich eine ganze Generation um ihre Zukunftschancen beraubt sah.²⁰⁸ Seine Überlegung, den Zulauf, den die parteipolitischen Jugendorganisationen hatten, ebenso als Ausdruck der wachsenden Radikalisierung zu interpretieren, wird im Resümee aufgegriffen.²⁰⁹

Die zunehmende Jugenderwerbslosigkeit zwang die Berliner Zentrale ihre zuvor distanzierte Haltung gegenüber den Arbeitslosen aufzugeben. Die Agitation unter den erwerbslosen Jugendlichen wurde zur Selbstverständlichkeit. Dabei bildete die massive Kritik der erwerbslosen Jugendlichen am Weimarer Staat einen wichtigen Anknüpfungspunkt. Alfred Grün, damals selbst arbeitssuchend, verteilte in Berlin Flugblätter an Arbeitslose und diskutierte mit ihnen die innen- und außenpolitische Lage.²¹⁰ Wie er, stellten auch viele andere erwerbslose Mitglieder ihre gesamte Zeit und Kraft dem Verband zur Verfügung. Das Argument, dass das Engagement der Jugendlichen in den Parteien und Wehrverbänden zu einem sinnstiftenden Element wurde, das den Alltag strukturierte und dazu beitrug, die häufig mit der Erwerbslosigkeit verbundene soziale Isolation zu durchbrechen²¹¹, überzeugt grundsätzlich und wird von Gerhart Zschocher bestätigt: „Solche tägliche gemeinsame Kleinarbeit, die wir uns ‚leisten‘ konnten, weil wir fast alle erwerbslos waren, festigte unsere persönlichen Bindungen außerordentlich. Der persönliche Einsatz und das offene Bekenntnis jedes einzelnen Jungkommunisten für unsere gemeinsame Sache schuf ein Vertrauensverhältnis besonderer Art. Wir wußten damals, daß wir uns aufeinander verlassen konnten.“²¹²

Mit dem Arbeitsplatz verloren die Jugendlichen vielfach auch ihre örtliche Gebundenheit. Die Zahl der jugendlichen Wanderarbeiter zwischen 14 und 21 Jahren, die im Sommer und Herbst 1932 ohne festen Wohnsitz vagabundierend durchs Land zogen, belief sich zwischen 60.000

²⁰⁸ Bajohr, Frank: „Unmündige Opfer der kapitalistischen Produktionsweise.“ Die Essener Arbeiterjugendbewegung im Kaiserreich, in: Behrens-Cobet: Rote Jugend, S. 17-31, hier: S. 31. Vgl. auch Stracke: Zuversicht, S. 33.

²⁰⁹ Vgl. Kap.3.6.: Die Jugendlichen – Versuch einer Annäherung.

²¹⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/1592, Bl. 15 und 185. Vgl. auch Robert Lehmann, der von seiner Arbeit unter erwerbslosen Jugendlichen in Hannover berichtet. SAPMO-BArch, SgY 30/2048, Bl. 20 f.

²¹¹ Vgl. Bajohr: Isolation, S. 33; Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 137; Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 308. Vgl. dazu auch die Berichte erwerbsloser Jugendlicher in: Flemming: Familienleben, S. 268 ff.

und 200.0000, wobei die 18- bis 21-Jährigen darunter den größten Anteil hatten. Wurden die Jugendlichen aufgegriffen, gaben sie als Gründe für ihre Wanderschaft entweder Erwerbslosigkeit oder Streitigkeiten mit den Eltern an.²¹³ Unter den vagabundierenden Jugendlichen waren viele Mitglieder des KJVD, die sich somit gleichzeitig der Kontrolle der Verbandsleitung entzogen. Für die Zentrale war die weit verbreitete Sitte, auf Wanderschaft zu gehen, ein einziges Ärgernis.²¹⁴ Sie brachte aus ihrer Sicht nicht nur Unruhe in den Verband, sondern gefährdete zudem die Kontinuität der Arbeit. 1923 heißt es in den „Richtlinien zur Walzerei“: „Noch mehr als im Vorjahr macht es sich bemerkbar, daß viele unserer Mitglieder und Funktionäre einfach die Organisation im Stich lassen und auf Wanderschaft gehen. (...) Zwei Ursachen sind es vornehmlich, die unsere Genossen zur so genannten ‚Tippellei‘ veranlassen. Einmal die, daß unsere Genossen erwerbslos werden und die geringe Arbeitslosenunterstützung nicht zum Leben ausreicht. Dies ist der wichtigste Grund. Die zweite Ursache, die in vielen Fällen leider noch öfter ausschlaggebend ist, ist die veränderte Jahreszeit, der kommende Sommer, die bei jenen Genossen die Wanderlust steigert. Die zweite Ursache erscheint uns ziemlich freideutsch. Die Walzerei aus Lust und Freud an der schönen Natur und der Sommerzeit darf für uns Kommunisten – besonders in der heutigen ernsten politischen Situation – niemals anerkannt werden.“²¹⁵ Laut dieser Richtlinien durften erwerbslose Jugendlichen ihren Wohnort nur mit dem Einverständnis der jeweiligen Ortsgruppe und Bezirksleitung verlassen. Jugendliche, die bereit waren, während ihrer Wanderschaft kommunistisches Agitationsmaterial zu verteilen, auf dem Land neue Gruppen zu gründen, Artikel für die Verbandspresse zu verfassen oder systematisch Informationen für den Nachrichtendienst zu sammeln, erhielten einen entsprechenden Ausweis, der ihnen Unterstützungsleistungen der jeweiligen Ortsgruppen garantierte. Die jeweiligen Bezirksleitungen sollten alle erwerbslosen Genossen, die auf Walze gingen, zu Agitationsgruppen zusammenfassen.²¹⁶

Offensichtlich blieben die Aufforderungen und Ermahnungen aber wirkungslos. In Halberstadt löste sich zum Beispiel eine ganze Ortsgruppe auf, da alle Mitglieder auf Wanderschaft gingen.²¹⁷ Die Zentrale musste schließlich feststellen, dass selbst die Spitzenfunktionäre in dieser Frage vollkommen „undiszipliniert“ waren. Die Bezirksleitung Mittelrhein berichtete

²¹² SAPMO-BArch, SgY 30/2000 Bd. 1, Bl. 58.

²¹³ Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 197 ff. Nach Gräser veränderte sich der Charakter der jugendlichen Wanderungen, die auf die Tradition der Handwerksgesellen zur weiteren Qualifizierung zurückgingen. Sie wurden zunehmend zur Elendswanderung Erwerbsloser.

²¹⁴ Vgl. dazu auch: Kap. 4.2. „Schnittmengen“: Wanderfahrten und Sonnenwendfeiern.

²¹⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 97.

²¹⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 76. Vgl. dazu auch die Anweisungen „An unsere Walzbrüder!“ in: Die Junge Garde vom 1.7.1917, Nr. 20.

²¹⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/76, Bl. 118.

im Mai 1926, dass der Leiter des Jungspartakusbundes Georg Schmitz „vom Walzfieber erfaßt und (...) seine Funktionen niedergelegt“ habe.²¹⁸ Besonders ärgerlich erschien dabei, dass er zuvor an einer Fortbildung teilgenommen hatte und die von ihm gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse dem Bezirk nun verloren gingen.

War die Zentrale in den bereits angeführten „Richtlinien zur Arbeitslosenfrage“ sowie in den „Richtlinien zur Walzerei“ 1923 noch davon ausgegangen, dass es sich bei der Erwerbslosigkeit der Jugendlichen nur um ein vorübergehendes Phänomen handele und den Großteil ihrer Mitglieder unter den Betriebsarbeitern wählte, belegt das Rundschreiben vom Mai 1932 eine Positionsänderung. Die Zentrale sah sich nun gezwungen den hohen Anteil Erwerbsloser zu akzeptieren und mit der „Walzerei“ pragmatischer umzugehen: „Im Verband ist es eine Tatsache, daß aus den einzelnen Ortsgruppen und Zellen ständig Genossen auf Walze gehen, darunter auch führende Funktionäre. Kann man nun diese Genossen einfach durch einen Beschluß abhalten, wegen ihrer Verbandsarbeit auf Walze zu gehen? Nein. Die Genossen sind arbeitslos, sie haben Schwierigkeiten mit den Eltern, sie wollen ihr Wissen erweitern.“²¹⁹ Unter dem Motto „Wie mobilisieren wir die Tippelbrüder?“ unterbreitete der Verband den Vorschlag, die erwerbslosen Mitglieder zu Stoßbrigaden zusammenzufassen und ihre Wanderungen für Agitations- und Propagandaarbeiten zu nutzen. Auch wenn die Zentrale damit durchaus ihre Bereitschaft zeigt, auf die Lebensverhältnisse ihrer Mitglieder flexibel zu reagieren, so belegen die Selbstzeugnisse jedoch die Kluft zwischen der Anordnung von oben und der Praxis der Jugendlichen. Die Autoren heben nämlich im Rückblick ihre Neugierde und Abenteuerlust hervor und weniger die während der Wanderschaft geleistete politische Arbeit.²²⁰

Die Hoffnung der Jugendlichen, in anderen Bezirken bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzufinden, wurde in der Regel enttäuscht. Vor Ort waren die Genossen mit der Unterbringung und Unterstützung der zugewanderten Jugendlichen überfordert. Die Unterbezirksleitung Oberschlesien beklagte sich bereits im September 1923 über die Zuwanderung vieler Genossen. Die Genossen hoben dabei die Auswirkungen der Betriebsstillegungen und die Kurzarbeit im Bezirk hervor und betonten, dass sie unmöglich die Jugendlichen unterstützen

²¹⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 227.

²¹⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/70, Bl. 147.

²²⁰ Heinz Beike, Albrecht Gerhard, Wilhelm Bamberger, Henry Teßmer und Gerhard Zoscher gehen in ihren Selbstzeugnissen auf ihre Wanderschaft ein. Vgl. dazu auch: Auer, Erich: Rucksackpropheten: Erinnerungen eines Veteranen der revolutionären deutschen Jugendbewegung, Berlin 1930, S. 20 ff.

könnten. Zugleich forderten sie die Bezirksleitung zu einer Stellungnahme auf und verlangten eine bessere Informationspolitik im Reich.²²¹

In der Hoffnung ihre Zukunftsperspektiven verbessern zu können, wanderten andere Mitglieder des KJVD aus.²²² Im Februar 1923 warnte der Verband seine Mitglieder nachdrücklich davor, nach Österreich abzuwandern: „Die Genossen können dort weder Arbeit bekommen, da dort große Arbeitslosigkeit herrscht, noch können sie von unseren Genossen dort, die unter den schwersten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben, unterstützt werden.“²²³ Die Idee, ins „Land der Verheißung“ zu emigrieren, muss damals für viele kommunistische Jugendliche naheliegend gewesen sein. Entsprechend scharf reagierten die leitenden Funktionäre im Juli 1923: „Kein Mitglied des KJD darf nach Rußland, ohne daß es einen Auftrag von der Zentrale des Verbandes oder der Partei hat, oder vom ZK der KJI berufen ist.“²²⁴ Wie folgenlos Ermahnungen grundsätzlich blieben, beweist der Fall einer Gruppe von Genossen, die 1926 in der Sowjetunion unterwegs waren und die dabei sogar vorgaben, im Auftrag des deutschen Jugendverbandes tätig zu sein.²²⁵

Die schwierige soziale Lage der Jugendlichen brachte es mit sich, dass einige von ihnen die Grenze zur Kleinkriminalität überschritten und sich Diebstähle und Unterschlagungen zu Schulden kommen ließen. Kam 1928 nur jeder fünfzehnte wandernde Jugendliche mit dem Gesetz in Konflikt, so wurde 1930 jeder achte Jugendliche straffällig.²²⁶ Warnungen vor Jugendlichen, die Verbandsgelder unterschlagen oder ihre jeweiligen Quartiergeber bestohlen hatten, waren keine Seltenheit. Bereits 1922 sah sich die Berliner Verbandsleitung zur folgenden Stellungnahme genötigt: „Die sich zuspitzende wirtschaftliche Krise und die damit steigende Existenzunsicherheit vor allem der proletarischen Jugend macht es erklärlich, daß in letzter Zeit aus verschiedenen Teilen des Reiches Warnungen vor Genossen, die sich Unterschlagungen haben zuschulden kommen lassen, bei uns einlaufen.“²²⁷ Gewarnt wurde vor sieben Personen. Paula Wisnewski aus Dresden wurde beispielsweise beschuldigt, in ihrem

²²¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/73, Bl. 107.

²²² Vgl. z.B. SAPMO-BArch, SgY 30/1584, Bl. 1.

²²³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 36.

²²⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 107.

²²⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/34, Bl. 92.

²²⁶ Nach Schätzungen des Nürnberger Stadtrates Heimerich, wiedergegeben von: Gräser: Wohlfahrtsstaat, S. 202.

²²⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 231. Im selben Jahr teilte die Zentrale mit, dass Fritz Gernhardt aus Gebstedt mit 200 Mark durchgebrannt sei, Ernst Wienhold und Franz Kadula aus Neumünster hätten 645 Mark unterschlagen. Gesucht wurden ferner Hermann Mues, Walter Kre und Richard Schönfelder, auf deren Delikte jedoch nicht näher eingegangen wird. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 160, 211, 302 f. Belegt ist weiterhin die Praxis Quittungen zu fälschen bzw. eingegangene Mitgliedsbeiträge falsch abzurechnen. Vgl. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/51, Bl. 86 und SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 16.

Leipziger Quartier „zusätzlich 2 Frauenhemden, ein Paar Strümpfe, ein großes Handtuch und 370 Mark“ gestohlen zu haben. Solcherlei Praktiken verletzte nicht nur den unter Genossen geltenden Ehrenkodex, sondern gefährdete auch die übliche Gastfreundschaft gegenüber ortsfremden Genossen, die unerlässlich für die Durchführung von Kongressen und Jugendtagen war. Sehr schwer tat sich die Zentrale damit anzuerkennen, dass sich die Mitglieder des KJVD dermaßen unsolidarisch verhielten. Lieber schob man die Verantwortung anderen zu, wie in einem Rundschreiben vom Oktober 1922: „Diese Liste zeigt, daß unsere Genossen besondere Vorsicht bei durchreisenden Mitgliedern haben müssen. Vor allem aber ist es einfach unmöglich, daß unsere Bezirksleitungen ixbeliebigen Personen Ausweise ausstellen, auf Grund derer die Betreffenden dann die Organisation oder die einzelnen Mitglieder brandschatzen.“²²⁸ Die Zentrale plädierte dafür, die Täter – sofern man ihrer habhaft wurde – entsprechend zu bestrafen. Im Fall des Genossen Paul Müller aus Zwickau, der Gelder unterschlagen hatte, forderte man dazu auf, dem Delinquenten einen ordentlichen Denkkzettel zu verpassen: „Es ist selbstverständlich, daß ihm, falls er irgendwo auftauchen sollte, seine Mitgliederkarte, die er noch besitzt, abgenommen und das Fell vollgehauen wird.“²²⁹ Obwohl die Delikte in der Öffentlichkeit vertuscht und nicht zur Anzeige gebracht, sondern im Sinne einer „Selbstjustiz“ geahndet wurden, waren die Weimarer Behörden über solche Straftaten bestens informiert.²³⁰

Die Motive der Jugendlichen bleiben im Dunkeln. Im Unterschied zum Diskurs der Jugendpflege kriminalisierte die Zentrale die „schwarzen Schafe“ jedoch nicht. Vor dem Hintergrund der Erwerbslosigkeit stellte sie deren Verhalten als „Verzweiflungstat“ dar oder interpretierte es, wie im Fall der Bezirksleitung Mittelrhein im Mai 1926, als krankhaft: „Der Leiter des Ressorts Gegner Otto Jitgen, ist wegen wiederholter Diebstähle an Partei und Jugendgeldern ausgeschlossen. Die speziellen Ermittlungen über sein Vorgehen ergaben, daß er wiederholt Privatpersonen beträchtliche Summen gestohlen, scheinbar einem krankhaften Trieb folgend, da er in gut situierten Verhältnissen lebt, also materielle Not nicht in Frage kommt. Es besteht der begründete Verdacht, daß er 1924 einen Einbruch im Union-Büro ebenfalls durchgeführt hat.“²³¹

²²⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/65, Bl. 231. Vgl. auch das Rundschreiben vom Februar 1923, in dem vor fünf Genossen gewarnt wird, die sich alle durch Mitgliederkarten ausweisen könnten. Sie wurden beschuldigt, die sie aufnehmenden Ortsgruppen zu bestehen. SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 35.

²²⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/66, Bl. 107.

²³⁰ BArch R 1507/1056 c, Bl. 141.

²³¹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/78, Bl. 227.

3.5. Lebenswelten aus der Retrospektive der Selbstzeugnisse

Das Anliegen über die ermittelten quantitativen Daten hinaus, die im Verband organisierten Jugendlichen, ihr Umfeld und ihre Lebenskontexte in den Blick zu bekommen, legt eine Auseinandersetzung mit der Erinnerung von Zeitzeugen nahe. Stephan Stracke hat dies im Rahmen seiner Wuppertaler Studie in Form von Zeitzeugengesprächen getan. In seiner Arbeit, die auf dem von Rainer M. Lepsius entwickelten Milieubegriff basiert,²³² ist es ihm gelungen, das Spektrum des Wuppertaler kommunistischen Lagers und die Lebenskontexte kommunistischer Jugendlichen zu erfassen und somit die Existenz eines links-proletarischen Milieus, in dem die Heranwachsenden aufwuchsen und agierten, für Wuppertal nachzuzeichnen. Die vorliegende Arbeit wählt einen anderen Weg der Annäherung an die Jugendlichen. Ausgewertet wurden die überlieferten Selbstzeugnisse hinsichtlich der darin transparent werdenden Lebenswelten der Jugendlichen.²³³ Die Erinnerungen der ehemaligen Jungkommunisten an die Eltern, die Lebensumstände der Familie, an ihre Schul- und Berufsausbildung bzw. an die Netzwerke, die sie umgaben, ergänzen das Sozialprofil der im KJVD organisierten Jugendlichen um weitere Facetten – gleichwohl die ausgewerteten Selbstzeugnisse keinesfalls Anspruch auf Repräsentativität erheben können.²³⁴

Die Verfasser der Selbstzeugnisse²³⁵ gehen in der Regel ausführlich auf ihr Elternhaus ein. Mit wenigen Ausnahmen kommen sie aus der Arbeiterschicht.²³⁶ So zeigt die Auswertung der Archivalien, dass die Familien, in denen sie aufwuchsen, vom Trend zur vier Personen Fami-

²³² Lepsius brachte den Milieuansatz in die Forschungsdiskussion ein, um die „prinzipielle Enge der klassentheoretischen Analyse“ zu überwinden. Als Milieu definiert er „soziale Einheiten, die durch das Zusammentreffen mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung und die schichtenspezifische Zusammensetzung der sich darin befindenden Gruppen gebildet werden.“ Für die Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs macht Lepsius vier Grundmuster der politischen Organisation aus: Konservative, Liberale, Katholiken und Sozialisten. Die Parteien versteht er als die jeweiligen „politischen Aktionsausschüsse“ der höchst komplex strukturierten sozialmoralischen Milieus, die sich auf deren Erhaltung konzentrieren und in ihren politischen Aktivitäten in der Komplexität der Interessen des jeweiligen Milieus verfangen sind. Den Zusammenbruch des Parteiensystems erklärt er mit der Auflösung der Milieus im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung, der wachsenden Mobilität und der sozialen Differenzierung. Lepsius: Parteiensystem, S. 382 ff.

²³³ Damit bloße Setzungen und begriffliche Unklarheiten vermieden werden, wird im Folgenden auf den Milieubegriff bewusst verzichtet und stattdessen nur von Lebenswelten gesprochen, die jedoch häufig die von Mallmann oder Stracke beschriebene Qualität eines Milieus aufweisen – denkt man etwa an das Ruhrgebiet oder an die Berliner Arbeiterviertel.

²³⁴ Vgl. dazu die Diskussion des Quellenwerts der Selbstzeugnisse in Kap. 1.4.: Quellen und Quellenkritik.

²³⁵ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²³⁶ Franziska Ruben war ebenso wie die Mütter von Rudi Jahn und Werner Knapp bürgerlicher Herkunft. Auch Stracke bestätigt, dass Jugendliche mit einem bürgerlichem Hintergrund Ausnahmeerscheinungen waren. Stracke: Zuversicht, S. 32.

lie nicht erfasst waren. Gerhard Albrecht, der als Einzelkind aufgewachsen war oder Werner Knapp, der nur zwei Geschwister hatte, waren seltene Ausnahmen. Ein Teil der Autoren gibt lediglich an, in „einer kinderreichen Arbeiterfamilie“ aufgewachsen zu sein, andere machen hingegen präzisieren ihre Aussagen und benennen die Zahl ihrer Geschwister, die zwischen drei und neuen schwankte.²³⁷

Die Weimarer Jugendlichen verblieben in der Regel bis zu ihrer Heirat im Elternhaus.²³⁸ Einer Erhebung nach, wohnten 1927 88,5% der erwerbstätigen Jugendlichen bei ihren Eltern.²³⁹ Die Wohnverhältnisse der Arbeiter waren meist sehr beengt: Den Familien standen zwischen einem und drei Zimmern zur Verfügung.²⁴⁰ Werner Knapp schildert in seinem Selbstzeugnis, dass er sich mit seinen beiden Geschwistern und seiner Mutter im Berliner Arbeiterviertel Prenzlauer Berg die 2½ Zimmer-Wohnung mit Untermietern, bei denen es sich meist um Genossen handelte, teilen musste. Infolge der Abwesenheit des Vaters, der im Auftrag der KPD im Ausland arbeitete, war die finanzielle Situation der Familie so angespannt, dass die ohnehin schon enge Wohnung zusätzlich zur Heimarbeit genutzt wurde.²⁴¹ Die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien waren besonders prekär. Rudi Jahn, der als Sohn eines Metallarbeiters und einer Fabrikarbeiterin in einem Arbeiterviertel in Leipzig aufwuchs, beschreibt, wie der ohnehin knappe Wohnraum noch durch die Nachahmung eines kleinbürgerlichen Lebensstils eingeschränkt worden war: „Wir hatten dort im vierten Stock eine kleine Wohnung. Sie bestand nur aus Stube, Kammer und Küche und einem kleinen Kämmerchen, in dem die Großmutter, die Mutter meines Vaters lebte. Für die aus acht Personen bestehende Familie war diese Wohnung mehr als eng. Vater, Mutter und fünf Kinder schliefen alle in der einzigen Kammer, das übrige Leben spielte sich fast ausschließlich in der Küche ab. Der schönste und größte Raum in der Wohnung war die so genannte gute Stube. Sie war für uns Kinder tabu. In ihr feierten wir Weihnachten, schon das allein war ein Fest für uns. Sie wurde sonst nur benutzt, wenn Besuch kam, kleine Familienfeiern stattfanden oder wenn Vater seinen sonntäglichen Mittagsschlaf auf dem Plüschsofa hielt.“²⁴²

²³⁷ So hatten Karl Kresser und Hans Mahle drei Geschwister, Alfred Merges, Rudi Jahn, Paul Hockarth und Erich Jungmann vier, Emil Kortmann, Kurt Groth und Wilhelm Bamberg fünf und Harry Kuhn und Walter Hochmuth sogar neun Geschwister.

²³⁸ Beyer, Georg: Dreißig junge Arbeiter berichten. Eine sozialpsychologische Skizze auf Grund von Niederschriften der Jugendkursushörer des freigewerkschaftlichen Seminars für Sozialwissenschaften in Köln, in: Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft, (1930), S. 162-177, hier: S.171.

²³⁹ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 65.

²⁴⁰ Ebenda, S. 84.

²⁴¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1895, Bl. 8.

²⁴² SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 182.

Die wirtschaftliche Situation verbesserte sich für die meisten Familien in den ersten Nachkriegsjahren kaum. Vielmehr wurden immer breitere Schichten fürsorgebedürftig. In der Weltwirtschaftskrise verschlechterten sich die ohnehin schwierigen und labilen Lebensverhältnisse vieler Arbeiterjugendlicher in einem vorher kaum vorstellbaren Ausmaß.²⁴³ 1928 trugen in jedem dritten Haushalt die Kinder durch kleinere Beträge aus Hilfstätigkeiten, Heimarbeit bzw. durch ihren Verdienst als Lehrling oder ungelernter Arbeiter zum Familieneinkommen bei.²⁴⁴ Den zwiespältigen Charakter, den die Arbeit von Kindern und Jugendlichen hatte, hebt Peukert hervor. Raubte sie ihnen einerseits ihre ohnehin knapp bemessene Freizeit, so wertete ihr Verdienst andererseits ihre Rolle in der Familie maßgeblich auf und förderte damit ihr Selbstbewusstsein.²⁴⁵

Zahlreiche Belege zeigen, dass auch die Verfasser der Selbstzeugnisse zum Familieneinkommen beitrugen. Kurt Groth, dessen Vater früh verstarb, trug vor der Schule Brötchen aus und half mit seinen Geschwistern der Mutter bei ihrer Arbeit als Wäscherin. Erich Jungmann arbeitete zwischen seinem neunten und vierzehnten Lebensjahr an den schulfreien Nachmittagen und in den Schulferien in einer Gärtnerei für einen Stundenlohn von zehn Pfennigen. Wilhelm Bamberg, dessen Vater erwerbsunfähig war und dessen Mutter die Familie als Heimarbeiterin ernährte, arbeitete von seinem zwölften Lebensjahr an nach Schulschluss bei einem Gardinenhändler. Franz Mund, dessen Familie aufgrund der Invalidität des Vaters von der staatlichen Unterstützung leben musste, stilisiert seine Arbeit nicht als Liebesdienst, sondern benennt deutlich die Vorteile, die er daraus zog. Seine positiven Erfahrungen mit seinem Arbeitgeber waren jedoch keinesfalls typisch: „Im Sommer 1928 bot mir der Bäckermeister Hammermann an, ob ich vor Schulbeginn Brötchen und nach Schulschluss Brot in die Nachbargemeinden fahren möchte. Ich würde täglich mein Essen und am Sonnabend 2 Mark erhalten. Als ich das Angebot meinen Eltern erzählte, waren sie erst dagegen und sprachen von Kinderarbeit. Ich wollte aber gehen und dachte dabei an die frischen Brötchen und Kuchen und gutes Mittagessen. Schließlich waren meine Eltern einverstanden. Ich wurde gut behandelt und bekam das gleiche Essen wie die Familie. Ab und zu erhielt ich auch einmal eine Mark mehr. Für meine Eltern war es eine Erleichterung.“²⁴⁶

Kinderreiche Familien oder Familien, in denen der Vater als Hauptverdiener infolge von Arbeitslosigkeit, Invalidität oder Tod ausfiel, kämpften besonders hart um ihr Überleben. Die Selbstzeugnisse belegen, dass auch Familien, deren Verhältnisse nicht durch einen besonde-

²⁴³ Ebenda, S. 191.

²⁴⁴ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 62.

²⁴⁵ Ebenda, S. 85.

²⁴⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/2145, Bl. 20.

ren Schicksalsschlag erschwert waren, an allen Ecken und Enden sparen mussten. Die Bewirtschaftung von Kleingärten oder die Haltung von Kleintieren sowie das Sammeln von Holz, Reisig, Pilzen und Beeren waren ebenso wie das gewissenhafte Auftragen der Kleidung älterer Geschwister eine Selbstverständlichkeit.

Die Mehrheit der Weimarer Jugendlichen besuchten – wie zuvor ihre Eltern auch – die achtjährige Volksschule.²⁴⁷ Fritz Sparschuh bezeichnet sie in seinen Erinnerungen in Abgrenzung zu den Freien Schulen als „traditionelle Prügelschule“.²⁴⁸ Insbesondere in kleineren Ortschaften konnte der Schulbesuch für die Kinder mit der Erfahrung, ausgegrenzt zu werden, verbunden sein. Dafür steht der Bericht von Franz Mund: „In der Schule hatte ich bei einem großen Teil der Schüler einen schweren Stand, wie auch bei den Lehrern. Unsere Familie wurde als die Roten und die Gottlosen bezeichnet. Die Feindschaft war besonders [sic] dadurch, daß ich bei Schulbeginn nicht betete und am Religionsunterricht nicht teilnahm.“²⁴⁹ Andere ehemalige Jungkommunisten erinnern sich an den gemeinsamen Kampf gegen prügelnde Lehrer. Sie heben aus der Rückschau das daraus resultierende Selbstbewusstsein und die gewonnene Selbstachtung hervor.²⁵⁰ Ein Teil der Jugendlichen besuchte, wie etwa Fritz Sparschuh und Emerich Schaper, die von der Arbeiterbewegung getragenen Freie Schulen, deren Besuch mit einem gewissen „Elitebewusstsein“ verbunden war, da es sich bei den Schülern in der Regel um Kinder „klassenbewusster“ Eltern handelte. Das von Peukert konstatierte Desinteresse der Eltern gegenüber den schulischen Leistungen ihrer Kinder, das er darauf zurückführt, dass die Schule von ihnen als lästige Beschränkung des von den Jugendlichen zu erbringenden Beitrags zum Familieneinkommen empfunden wurde,²⁵¹ trifft auf die in den Erinnerungsakten geschilderten Eltern-Kind-Beziehungen nicht zu. Vielmehr unterstützten die Eltern vielfach ihre Kinder und hielten sie zum Gehorsam, aber auch zum selbstbewussten Auftreten ihren Lehrern gegenüber an: „Meine Eltern legten besonders Wert darauf, daß wir immer sauber zur Schule gingen und uns trotz mancher Schikane anständig benehmen sollten. Unsere Eltern sagten aber auch zu uns, daß wir uns nicht beleidigen lassen sollten.“²⁵²

²⁴⁷ Die Ergebnisse der Reichskontrolle der KPD von 1928 ergaben, dass 94,6% der Mitglieder die Volksschule, 2,4% die Mittelschule, 0,9% die Hochschule bzw. 2,1% nicht näher erläuterte „Spezialschulen“ besuchten. Vgl. Kaasch: Struktur, S. 1052

²⁴⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/2021, Bl. 10.

²⁴⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/2145, Bl. 15.

²⁵⁰ Vgl. Kurt Nettballs Selbstzeugnis, in dem er u.a. den Kampf der Berliner Berufsschüler gegen die Prügelstrafe, für eine Unterrichtsreform sowie für die Bildung von Schülerräten schildert. SAPMO-BArch SgY 30/0670 Bd. 1, Bl. 51 ff.

²⁵¹ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 84.

Mit dem Abschluss der achtjährigen Volksschule und dem daran anschließenden Eintritt ins Erwerbsleben war die Kindheit unwiderruflich vorbei.²⁵³ In der Einleitung wurde bereits auf die Besonderheit der Gruppe, die sich mit dem „Erinnerungsbestand“ selbst ein Denkmal gesetzt hat, eingegangen. Dennoch ist es überraschend wie viele der ehemaligen Mitglieder des KJVD, im Anschluss an die Volksschule noch eine weiterführende Schule besuchen konnten. So war es zum Beispiel Emil Kortmann möglich, trotz seiner fünf Geschwister, eine dreijährige kaufmännische Berufsschule und anschließend einen Lehrgang der Höheren Handelsschule abzuschließen. Als Sohn eines ungelernten Arbeiters besuchte Karl Wloch eine dreijährige Aufbauschule und absolvierte danach eine Ausbildung zum kaufmännischen Angestellten. Walter Hochmut, der als neuntes von zehn Kindern zur Welt gekommen war, nahm als Jugendlicher an einer zweijährigen Tagesschule des kaufmännischen Vereins teil und darauf aufbauend durchlief er eine zweijährige kaufmännische Lehre. Auch Walter Schulz wurde zum Handlungsgehilfen ausgebildet, während Fritz Sparschuh zur selben Zeit Lehrling in einer Rechtsanwaltskanzlei war.

Es finden sich aber auch Beispiele für Jugendliche, denen dieser Schritt trotz guter schulischer Leistungen versagt blieb. So schlug Alexander Köppen, dessen Vater Kriegsinvalide war, das ihm angebotene Stipendium für den Besuch der Realschule aus, da die Anschaffung der Schulkleidung und die Notwendigkeit, weiterhin von den Eltern und seiner Schwester unterhalten zu werden, die familiäre Wirtschaftslage auf lange Sicht enorm belastet hätte. Ebenso scheiterte Rudi Jahns sehnlichster Wunsch Lehrer zu werden, an den unzureichenden finanziellen Mitteln der Familie. Allerdings ermöglichten sie eine Ausbildung zum Bau- und Möbeltischler.²⁵⁴ Auch Gerhard Oertel, der auf Initiative seines Volksschullehrers ein Stipendium für eine höhere Schule bekam, musste aus familiären Gründen abbrechen und eine Lehrstelle als Gärtner annehmen.²⁵⁵

Mit Ausnahme von Franz Mund, der nach Abschluss der Schule keine Lehrstelle fand und als Wäschearbeiter und Beifahrer arbeitete,²⁵⁶ gibt keiner der Verfasser an, eine ungelernete Tätigkeit übernommen zu haben. So absolvierte Robert Büchner eine Lehre als Müller, Hermann Grosse als Maschinenschlosser, Heinz Knaut als Dreher, Alfred Merges als Feinmechaniker, Kurt Nettball als Elektromonteur, Karl Kresser als Klempner, Franz Fischer als Schweißer, Harry Kuhn als Schneider, Paul Hockarth als Schriftsetzer, Ulrich Osche als Chemieograph, Gerhard Albrecht als Bäcker, Fritz Meyer als Former, Wilhelm Bamberger als Schmied und

²⁵² SAPMO-BArch, SgY 30/2145, Bl. 15.

²⁵³ Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 41.

²⁵⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/2145, Bl. 1

²⁵⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/2079 Bd.1, Bl. 5 ff.

²⁵⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/2145, Bl. 21.

Emerich Schaper als Schriftgießer. Kurt Groth war Lehrling auf der Vulkan Werft, Walter Brückner lernte bei der AEG-Apparatefabrik und Erich Jungmann erhielt seine Berufsausbildung in einer Maschinenfabrik. Die Verfasser der Selbstzeugnisse sind in Hinblick auf das durchschnittliche Qualifikationsprofil der im Verband organisierten Jugendlichen sicher nicht repräsentativ, dennoch wird deutlich, dass das weit verbreitete Vorurteil, kommunistische Jugendliche hätten im Unterschied zu sozialdemokratischen Jugendlichen überwiegend ungelehrte Tätigkeiten übernommen, nicht der Realität entsprach.

Sämtliche Verfasser messen der politischen Gesinnung ihrer Eltern größte Bedeutung bei. Dabei kam den Vätern anscheinend eine herausragende Rolle zu. Die Eltern gehörten im Kaiserreich mehrheitlich der SPD an. Über die USPD waren diese in der Regel zur KPD gekommen. Die Verfasser führen den Parteienwechsel auf die Kriegsgegnerschaft der Eltern zurück, in einigen Fällen wird explizit auf die Fronterlebnisse der Väter Bezug genommen. Rudi Jahn schildert, wie sich nach der Rückkehr des Vaters von der Westfront Zuhause allerlei änderte. Der Vater habe sämtliche Zinnsoldaten vernichtet und ihm verboten, weiterhin Mitglied in der Kinderabteilung eines bürgerlichen Turnvereins zu sein, in dem Kinder und Jugendliche durch wehrsportliche Übungen auf ihre Militärdienstzeit vorbereitet wurden.²⁵⁷ Andere Väter waren im Krieg gefallen oder kamen als Kriegsversehrte von der Front zurück.²⁵⁸ Fritz Sparschuhs Eltern waren wegen ihrer massiven Kritik an der Haltung der SPD zum Krieg aus der Partei ausgeschlossen worden.²⁵⁹ Nur wenige der ehemaligen KJVD-Mitglieder geben an, aus politisch indifferenten Elternhäusern zu stammen.²⁶⁰

Einige Väter zählten in ihren jeweiligen Wohnorten zu den Mitbegründern der KPD und manche Familien zählten sogar im Bezirk zur politischen Prominenz. So hatte etwa der Vater von Hans Mahle, der seit 1910 Mitglied der SPD war, nach Kriegsende die Hamburger KPD aus der Taufe gehoben und wurde später in Hamburg-Eppendorf deren erster Stadtteilvorsitzender.²⁶¹ Der Vater von Alfred Merges, August Merges, gründete in Braunschweig eine Spartakusgruppe und gehörte während der Novemberrevolution 1918/19 zur Leitung der Ar-

²⁵⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 186.

²⁵⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1952, Bl. 14; Sg Y 30/0503 Bd. 2, Bl. 5; Sg Y 30/1584, Bl. 6; SgY 30/2075 Bd. 1, Bl. 129; Sg Y 30/2062, Bl. 7.

²⁵⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/2021 Bd. 1, Bl. 6

²⁶⁰ Walter Hochmuth charakterisiert die politische Haltung und den Wertekanon seiner Eltern folgendermaßen: „Die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse – Kapitalismus in der Monarchie – hielten sie für unabänderlich; sie forderten, selbst Vorbild, von den Kindern: Lerneifer, korrekte Arbeitsleistung, Pflichtbewußtsein.“ SAPMO-BArch, SgY 30/1245, Bl. 1. Der Vater von Rudi Jahn zog sich nach dem Tod seiner Frau aus dem politischen Leben zurück und sympathisierte nur noch mit der KPD. SAPMO-BArch, SgY 30/195, Bl. 201.

²⁶¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1094 Bd. 1, Bl. 2.

beiterregierung Braunschweigs.²⁶² Auch Artur Mannbars Vater, der nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied der USPD geworden war, rief später im saarländischen Bergarbeiterdorf Landsweiler eine Ortsgruppe der KPD ins Leben. Beide Elternteile vertraten in den zwanziger Jahren die KPD im Gemeindeparlament. Die Mutter war als Funktionärin der Internationalen Arbeiterhilfe tätig und als Referentin der Partei im ganzen Saargebiet bekannt. Mannbar erinnert sich, dass an ihrer Beerdigung 1930 ungewöhnlich viele Menschen teilnahmen und dass der Politische Leiter der Bezirksleitung der KPD die Trauerrede hielt.²⁶³ Wie dieses Beispiel zeigt, engagierten sich auch die Mütter im Umfeld der KPD. Werner Knapps Mutter war in Berlin Stadtverordnete der KPD und gehörte zu einer Arbeiterinnendelegation, die die SU bereiste.²⁶⁴ Die Mutter von Fritz Sparschuh wurde als Vertreterin des Roten Frauen- und Mädchenbundes 1918 zum Internationalen Frauentag in Smolensk entsandt und führte seit 1926 in Hellerau die Kinderheime der Internationalen Arbeiter-Hilfe.²⁶⁵

Im „Erinnerungsbestand“ finden sich auch Beispiele für „mehrgenerationelle, kommunistische Großfamilien, in denen nicht nur der Mann, sondern auch dessen Brüder, die Ehefrau, oft auch der Großvater der Partei, die Enkel dem Jugendverband angehörten“²⁶⁶, wie dies Mallmann für das Saargebiet feststellt. In der Familie Karl Wlochs war die Partei fast eine „Familienangelegenheit“: „Ich möchte sagen, daß Moabit eine Zeit lang von Parteifunktionären geleitet war, die zu einem großen Teil aus unserer Familie stammten. So war mein Vetter, Willi Wloch, eine Zeit lang – Anfang der 30er Jahre – Politischer Leiter der Partei Moabit. Meine Mutter war Frauenleiterin, mein Vater war Leiter des RFB, und ich war von 1921 an erst Org.-Leiter, später dann Pol.-Leiter der Verwaltungsbezirksleitung des Moabiter Jugendverbandes.“²⁶⁷ Elli Schmidt wurde von ihrem Vater, einem führenden Funktionär der KPD in Essen, in die Partei aufgenommen.²⁶⁸ Die Eltern von Fritz Sparschuh leiteten die kommunistische Kindergruppe, in der auch er selbstverständlich Mitglied war.²⁶⁹ Von der Familie Fischer trat nicht nur der Sohn Heinrich in die FSJ ein, sondern gleich alle sechs Geschwister zusammen.²⁷⁰

Die Anbindung der Familie an die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung und das Engagement für die KPD wird im Rückblick als selbstverständlicher Bestandteil des Fa-

²⁶² SAPMO-BArch, SgY 30/0623, Bl. 49.

²⁶³ SAPMO-BArch, SgY 30/1976 Bd. 2, Bl. 1 und 3.

²⁶⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/1895, Bl. 70 f.

²⁶⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/2021 Bd. 1, Bl. 35 f.

²⁶⁶ Mallmann: Kommunisten, S. 135.

²⁶⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1103, Bl. 106.

²⁶⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1103, Bl. 1.

²⁶⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/2021, Bl. 13 ff.

²⁷⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/1952, Bl. 14.

milienlebens geschildert, an dem auch die Kinder Anteil nahmen, was sie in ihrer politischen Überzeugung maßgeblich prägte. Häufig begleiteten die Kinder sonntags ihre Väter bei der Kassierung der Partei- oder der Gewerkschaftsbeiträge.²⁷¹ Karl Wloch beschreibt in seinem Selbstzeugnis, wie sein Vater den damals Vierzehnjährigen zur Beisetzung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts 1919 in Berlin-Friedrichsfelde mitnahm.²⁷² Artur Mannbar schildert, wie er 1923 während der Streiks der Saargrubenarbeiter zusammen mit anderen Kindern die Streikbrecher auf ihrem Heimweg begleitete und diesen für sie zu einem Spießrutenlauf werden ließ: „Wir, die Kinder der Streikenden begleiteten sie mit ohrensträubenden Lärm durch die Gassen. Von unseren Müttern hatten wir die Deckel von Kochtöpfen bekommen, die wir pausenlos gegeneinander schlugen. Wir sprangen um die Streikbrecher und ihre mit dem Säbel fuchtelnden Polizeibegleiter und riefen ihnen schmachvolle Schimpfworte zu. Im Henkelmann brachte ich meinem Vater das Essen ins Streiklokal in der Nähe des Zechentores.“²⁷³ Mahle hebt in seinem Selbstzeugnis hervor, dass der politische Standpunkt der Eltern von den Kindern weitergetragen wurde. Die Kinder nahmen dafür sogar handfeste Auseinandersetzungen in Kauf. So sei es während der Kampagne gegen die Fürstenabfindung 1926 in Hamburg zu Prügeleien zwischen den kommunistischen „Jungen Pionieren“ und den sozialdemokratischen „Roten Falken“ gekommen. Ernst Thälmann, der damals in der Nachbarschaft wohnte und über seine Tochter davon erfuhr, habe Mahle als Leiter der Pioniere eine Standpauke gehalten und ihn aufgefordert, den Streit zu bereinigen.²⁷⁴ Über seinen ersten „politischen Einsatz“ berichtet Artur Mannbar: „Als Sechsjähriger nahm mich mein Vater in einer Nacht vor den Gemeindewahlen in meinem Dorf zum malen von Losungen mit. Er hatte eine Schablone ‚Wählt die USPD‘ und ich trug das Kesselchen mit der roten Mennige-Farbe.“²⁷⁵ Die Parolen seien noch wochenlang auf dem Kopfsteinpflaster zu sehen gewesen. Auch andere Jugendliche waren bereits in politische Aktionen involviert. Bei den bewaffneten Aufständen von 1921 wurde Karl Wloch im Berliner Stadtteil Moabit zum Transport der Munition eingesetzt, die er in seiner Schultasche unkontrolliert schmuggeln konnte.²⁷⁶ Alfred Grün erhielt von seinem Vater als Elfjähriger den Auftrag, die Pistole, die dieser während des Kappputsches benutzte, in Berlin-Kreuzberg in einem Kanal zu versenken.²⁷⁷

²⁷¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1932, Bl. 1; SAPMO-BArch, SgY 30/1990, Bl. 14.

²⁷² SAPMO-BArch, SgY 30/1103, Bl. 16.

²⁷³ SAPMO-BArch, SgY 30/1976 Bd. 2, Bl. 3.

²⁷⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/1094 Bd. 1, Bl. 24.

²⁷⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/1976 Bd. 2, Bl. 2.

²⁷⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/1103, Bl. 17.

²⁷⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1952, Bl. 6.

Die Erwachsenen bremsten vielfach die Abenteuerlust und den Leichtsinn der Jugendlichen. Beispielsweise erhielt Rudi Jahn von seinem Vater Prügel, als dieser ihn während der Revolution unter den bewaffneten Arbeitern im Leipziger Osten antraf.²⁷⁸ Auch Robert Büchner wurde von seinem Vater und seinen Brüdern daran gehindert, an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Schutzpolizei im März 1921 in Hettstedt teilzunehmen.²⁷⁹ Das Engagement der Eltern trug vielfach dazu bei, den Gesichtskreis der Kinder und Jugendlichen zu erweitern: „Ich weiß heute noch, daß bei uns Genossen übernachteten, die aus allen Teilen Deutschlands kamen, um in Berlin einen bestimmten Auftrag zu erfüllen. So lernte ich in meinem Elternhaus einige Funktionäre der KPD kennen und habe durch Diskussionen einiges über den Kampf der Arbeiterklasse erfahren.“²⁸⁰ Die Kontakte und das Ansehen der Eltern innerhalb der Partei benutzten die Jugendlichen als „Visitenkarte“, die ihnen den Start in einer neuen Umgebung maßgeblich erleichtern konnte. Alfred Merges, der 1918 in Braunschweig steckbrieflich gesucht wurde und deshalb nach Berlin flüchten musste, bekam dort über Beziehungen seines Vaters sofort Kontakt zu einer Spartakusgruppe und auch zu Wilhelm Pieck. Bald darauf wurde der 18-Jährige in Berlin als Begleitschutz von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eingesetzt – eine ehrenvolle Aufgabe, die ihm möglicherweise nicht zuletzt wegen seiner einwandfreien politischen Herkunft übertragen worden war.²⁸¹ Auch Fritz Sparshuh, der als Anwaltsstift in der Kanzlei des Dresdner Rechtsanwalts Dr. Rolf Helm, der für die KPD im Dresdner Stadtverordnetenparlament saß, tätig war, bekam seine Lehrstelle vermutlich aufgrund der politischen Kontakte seiner Eltern, die beide in der Dresdner KPD engagiert waren.²⁸²

Der die bürgerliche Jugendbewegung prägende „Generationenkonflikt“ spielt in den Selbstzeugnissen keine Rolle. Ihre Verfasser heben vielmehr die Identifikation mit den Vätern und deren Bedeutung als politische Lehrer oder Vorbilder hervor. Alfred Merges Erinnerung ist in diesem Zusammenhang besonders aufschlussreich. In Anlehnung an die christliche Mythologie wird der Vater zum religiösen Märtyrer überhöht, dessen Nachfolge der Sohn anzutreten hat: „Vater war schon unter dem Sozialistengesetz mit Gefängnis bestraft, wurde auch später oft verfolgt und verhaftet. Er war es, der mein Leben maßgeblich beeinflusste und mich auf

²⁷⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 192.

²⁷⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/0120 Bd. 1, Bl. 4.

²⁸⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/1592, Bl. 8.

²⁸¹ SAPMO-BArch, SgY 30/0623, Bl. 50 f.

²⁸² SAPMO-BArch, SgY 30/2021, Bl. 33.

den Weg des politischen Kampfes führte.²⁸³ Wilhelm Bamberger schreibt: „Durch den Einfluß meines Vaters, der von der USPD zur KPD gekommen war und offene Kritik an der Führung der SPD und der Gewerkschaften übte, entwickelte sich bei mir eine Einstellung gegen die SPD- und Gewerkschaftsführung, die soweit ging, daß ich es 1923 ablehnte, mit der Gruppe, zu der ich gehörte, in die Sozialistische Arbeiterjugend einzutreten.“²⁸⁴ Nicht nur kommunistische Jugendliche sollten später mit ihren Vätern überwiegend positive Erinnerungen verbinden. Wie Heidi Rosenbaum in ihrer Untersuchung zeigt, schildern auch die Kinder sozialdemokratischer Väter ihr Verhältnis in ähnlicher Weise. Die Väter waren für die politische Orientierung entscheidend und fungierten als „Welterklärer“. Sie beantworteten alle Fragen, vermittelten Sinn und regten zur intellektuellen Auseinandersetzung an.²⁸⁵ Neuere Untersuchungen heben die Machtposition der Mütter hervor, die das Haushaltsbudget verwalteten und die vielfach unmittelbare Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen waren. Sie seien deshalb als eigentlicher Familienmittelpunkt wahrgenommen worden.²⁸⁶ Um so erstaunlicher ist es, dass die Mütter in den Selbstzeugnissen trotz ihres politischen Engagements im Gegensatz zu den Vätern nur am Rand bzw. vorwiegend in innerfamiliären Kontexten erwähnt werden.

Die Familien engagierten sich zumeist ehrenamtlich. Nur in zwei Fällen waren die Väter als Parteiangestellte tätig: Der Vater von Werner Knapp arbeitete für die KPD illegal im Saargebiet und in Österreich und der Vater von Alfred Merges war Redakteur bei einem der Parteiblätter. Die positiven Erinnerungen an das Familienleben stehen im Widerspruch zum Diskurs der Weimarer Jugendpfleger, die den Arbeiterfamilien immer wieder Erziehungsdefizite vorwarfen. Die Väter seien aufgrund ihres politischen Engagements häufig abwesend und das Familienleben sei für sie sekundär.²⁸⁷ Der Bericht Werner Knapps, der zusammen mit seinen Geschwistern quasi vaterlos aufwuchs, widerspricht allerdings dieser Einschätzung: „Trotz unseres unruhigen Familienlebens erlebten wir aber auch die Liebe und Fürsorge unserer Eltern, für die sich der Kampf um eine sozialistische Zukunft wie bei anderen Genossen, stets

²⁸³ SAPMO-BArch, SgY 30/0623, Bl. 49. Nicht selten waren die Väter aus politischen Gründen längere Zeit in Haft. Auch der Vater von Franz Mund war während der Weimarer Republik wegen unerlaubten Waffenbesitzes im Zuchthaus.

²⁸⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/2038, Bl. 6.

²⁸⁵ Rosenbaum, Heidi: Proletarische Familien. Arbeiterfamilien und Arbeiterväter im frühen 20. Jahrhundert zwischen traditioneller, sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Orientierung, Frankfurt a.M. 1992, S. 249 ff.

²⁸⁶ Benninghaus: Die anderen Jugendlichen, S. 105 ff.

²⁸⁷ Vgl. dazu die Kritik von Kanitz: „Das große, das einzige Ideal des Proletariats, das sozialistische Ideal, ist ständig außer Haus.“ zitiert nach: Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 44; Rosenbaum: Familie, S. 232.

mit der Sorge um die eigenen Kinder verband.“²⁸⁸ Auch Peukert bescheinigt den Familien einen starken emotionalen Zusammenhalt und ein Verhältnis gegenseitiger Fürsorge, an das sich die Zeitzeugen rückblickend vielfach dankbar erinnern.²⁸⁹

Die These Bajohrs, dass sich die Generation der Väter und Söhne bedingt durch den demographischen Überhang und die Weltwirtschaftskrise entzweit habe und sich die Jugendlichen zunehmend von dem gewerkschaftlich-sozialistischen Engagement ihrer Väter distanziert hätten,²⁹⁰ bestätigen die untersuchten Selbstzeugnisse nicht. Mit wenigen Ausnahmen stammten die Verfasser aus politisch homogenen Familien, in denen der von Mallmann für das Saarland geschilderte stille und zähe Kampf um Einflussnahme nicht geführt wurde.²⁹¹ Hinweise auf Konflikte mit den Eltern sind jedenfalls selten. So hatte der Vater von Gustav Urbschat nach seiner Kriegsrückkehr seinem Sohn die Mitgliedschaft in der FSJ zwar verboten, allerdings zog er daraus keine Konsequenz.²⁹² Wenig später sollten Urschats Eltern selbst Anhänger der KPD werden. Nach Auskunft von Wilhelm Bamberger kam es zwischen ihm und seinem Vater, der als Anhänger der KPD im Laufe der Weimarer Jahre die Hoffnung auf einen Sieg des Kommunismus verloren hatte, zum Zerwürfnis, als der Vater ihn 1933 von der illegalen Arbeit abhalten wollte.²⁹³

Obwohl Georg Beyer den Arbeiterfamilien generell eine innerlich einheitlichere Lebensauffassung als den bürgerlichen Familien bestätigt, betont er, dass sich Ende der zwanziger Jahre vor allem männliche Jugendliche politisch von ihren sozialdemokratischen Vätern distanziert hätten und Anhänger der radikalen Parteien geworden seien.²⁹⁴ Die Eltern von Heinz Beike, Erich Jungmann und Gerhard Albrecht blieben auch in der Weimarer Republik Anhänger der Sozialdemokratie, während die Söhne über den KJVD in das Lager der Kommunisten wechselten.²⁹⁵ Die Konversion als Aufstand der Söhne gegen die Väter zu interpretieren, entbehrt angesichts der Quellenlage jeder Grundlage. Heinz Beike beschreibt die Haltung seiner Familie den Kommunisten gegenüber als ablehnend und feindlich. Auch er übernahm diese Distanz. In seinem Selbstzeugnis erinnert er sich wie er Anfang der dreißiger Jahre regelmäßig dem KPD-Agitator Oskar Gläser begegnete: „Wenn ich ihm die Tür öffnete, hatte ich meis-

²⁸⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1895, Bl. 1.

²⁸⁹ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 73.

²⁹⁰ Bajohr: Isolation, S. 26.

²⁹¹ Mallmann: Kommunisten, S. 133 ff.

²⁹² SAPMO-BArch, SgY 30/2075 Bd. 1, Bl. 130.

²⁹³ SAPMO-BArch, SgY 30/2038, Bl. 6 und 29.

²⁹⁴ Beyer: Arbeiter, S. 172.

²⁹⁵ Als weiteres Beispiel dafür, dass Väter Sozialdemokraten und Söhne Kommunisten waren, nennt Henry Teßmer seinen Nachbarn, Erich Hitze, der in Berlin die KJVD-Gruppe „Rigaer-Viertel“ leitete und dessen Vater Mitglied der SPD war. SAPMO-BArch, SgY 30/2051, Bl. 10.

tens einen blauen Kittel an und ein rotes Halstuch der SAJ um. Wir diskutierten oft stundenlang an der Tür, und es waren recht interessante Diskussionen, die mich im Denken anregten und mir viel gegeben haben, aber in die Wohnung habe ich ihn nie gelassen, denn er war ja ein Kommunist.²⁹⁶ Beike, dessen Kontakte zur KPD in den folgenden Jahren intensiver geworden waren, wechselte schließlich im Frühjahr 1933 zusammen mit anderen Jugendlichen von der SAJ zur Kommunistischen Jugend über. Leider enthält sein Selbstzeugnis keinen Hinweis darauf, wie seine Mutter und sein Stiefvater auf den Übertritt reagierten.

Erich Jungmanns Vater war Sozialdemokrat und auf deren Regierungsbeteiligung sehr stolz. Leider geht er in seiner Erinnerung nicht auf die Reaktion seines Vaters ein, als er schließlich Ende 1926 über zwei Radebeuler Arbeitskollegen zum KJVD gefunden hatte.²⁹⁷ Interessant ist in diesem Zusammenhang die Familie Gerhard Albrechts, in der die unterschiedlichen politischen Ansichten einen Dauerkonflikt darstellten. Albrechts Vater, der seit 1897 Mitglied der SPD war, schloss sich während der Weimarer Republik kurzfristig und in den Augen des Sohnes halbherzig der USPD an: „Der Eintritt meines Vaters in die USPD war nicht mit grundlegenden Konsequenzen für sein politisches Handeln verbunden. Zu sehr war sein Denken von reformistischen Auffassungen der Sozialdemokratischen Partei beeinflusst. Dabei spielte nicht nur der langfristige Einfluß sozialdemokratischer Traditionen eine große Rolle, sondern auch der weiter bestehende Kontakt zu alten Genossen.“²⁹⁸ Die Familie zog schließlich von Berlin nach Höttersleben, wo die dortige USPD-Gruppe sich nach dem Parteitag in Halle 1920 wiederum der SPD angeschlossen hatte, deren Vorsitz Albrechts Vater dann übernahm. Zum Eklat kam es schließlich als Gerhard Albrecht zusammen mit anderen Jugendlichen aus der SAJ anlässlich der Maifeierlichkeiten das sozialkritische Drama „Die Maschinenstürmer“ von Ernst Toller, der sich als Mitglied der USPD führend an der Novemberrevolution und der Münchner Räterepublik beteiligt hatte, inszenieren wollte und die SPD-Ortsleitung ihre Zustimmung versagte. Aus Protest suchten die Jugendlichen daraufhin Kontakt zu einer KJVD-Gruppe in Braunschweig, mit der sie zusammen am Maiumzug teilnahmen. Die Partei forderte seinen Vater dazu auf, „in seinem Haus für Ordnung [zu] sorgen.“²⁹⁹ Da die Jugendlichen es ablehnten, den Kontakt zu den Kommunisten abzubrechen, wurden sie aus der SAJ ausgeschlossen – eine kleine Sensation in der Ortschaft: „Man muß sich vorstellen, der Sohn des zweiten Parteivorsitzenden wurde ausgeschlossen.“³⁰⁰ Die familiäre Situation spitzte sich nach der Rückkehr der Familie nach Berlin weiter zu. Die Mutter trat nämlich

²⁹⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/1584, Bl. 8.

²⁹⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1990, Bl. 14 f.

²⁹⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd.1, Bl. 35.

²⁹⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd.1, Bl. 52.

³⁰⁰ Ebenda.

1925 in die KPD ein und engagierte sich im Arbeitersamariterbund, während der Vater im Stadtteil Friedrichshain Bezirksstagsabgeordneter und Wohlfahrtsvorsitzender der SPD wurde. „Durch diese eigenartige Zusammensetzung,“ so Albrecht, „kam es oft zu Differenzen. Man kann sagen, daß die Familienharmonie vergangener Zeiten gestört war.“³⁰¹

Nur im Fall von Charlotte Bonnet kam es zum absoluten Bruch mit dem Elternhaus, der von ihr als Konsequenz ihres Engagements im KJVD geschildert wird. Bonnet hatte über die Familie ihrer Schulfreundin Kontakt zur KPD bekommen. Die Vierzehnjährige trat dann 1926 ohne Einwilligung ihrer Eltern, über deren politische Haltung sie nur schreibt, dass „dort die Sympathien in eine andere Richtung“ gegangen seien, in den Verband ein. Ihre Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen zogen Prügeleien des Vaters nach sich. Als dieser sie schließlich nach einer Maidemonstration in betrunkenem Zustand mit einer Waffe bedrohte und des Hauses verwies, kam es zum endgültigen Zerwürfnis: „Von diesem Zeitpunkt an stand ich unter Obhut der Partei und habe drei Jahre bei verschiedenen Arbeiterfamilien gelebt. Wenn es in einer Familie nicht mehr ging, wurde ich wieder woanders untergebracht, so daß ich immer bei Genossen ein Zuhause fand. Ich war das Kind der Partei.“³⁰²

Die Regionalstudien, die das Zusammenleben in den Arbeitervierteln untersuchen, belegen den Zusammenhalt der Nachbarn. Sozialdemokratische und kommunistische Jugendliche wuchsen gleichermaßen in dichten Netzwerken auf, die Bajohr wie folgt charakterisiert: „Der Alltag der Familie, der Verwandten, Freunde, Bekannten und Nachbarschaft im Arbeiterwohngebiet, der Alltag am Arbeitsplatz und die Freizeit in den Organisationen der Arbeiterbewegung gehörten für die junge Generation in den zwanziger Jahren zusammen. Erst dieses gesamte Netzwerk bildete das proletarische Milieu, in dem man sich zu Hause fühlte.“³⁰³ Maßgeblich für die politische Sozialisation der Jugendlichen war neben der Familie, die Nachbarschaft sowie die anderen Organisationen der Arbeiterbewegung. Der emotionale Zusammenhalt und die gegenseitigen Hilfestellungen gingen also weit über die Kernfamilie hinaus. Die Selbstzeugnisse belegen, dass die Jugendlichen zu den Nachbarn und zu den Genossen und Genossinnen enge Beziehungen hatten und sie diese Bindungen im weitesten Sinne ebenfalls als Familie empfanden. Wie eng die Kontakte einzelner Familien zueinander sein konnten, belegen die Erinnerungen Alfred Grüns. Wie sein Freund Erwin Nöldner war er Mitglied im KJVD: „Es ist vielleicht auch interessant zu wissen, daß wir beide nicht nur jeder

³⁰¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd.1, Bl. 70.

³⁰² SAPMO-BArch, SgY 30/2203, Bl. 3.

³⁰³ Peukert, Detlev: „Als wir Kinder mit den roten Fahnen vorangingen ...“. Einleitende Überlegungen zu einer Geschichte der Essener Arbeiterjugend“, in: Behrens-Cobet: Rote Jugend, S. 9-16, hier: S. 10.

einer Familie angehörten, sondern zwei Familien. Erwin sagt zu meinen Eltern Vater und Mutter. Ich bei seinen das Gleiche.“³⁰⁴ Andere Autoren verwenden den Begriff der Familie als Metapher, um die Verschmelzung mit der Partei auszudrücken: „Meine Erinnerungen könnte man unter der Überschrift ‚In unserer großen Familie‘ zusammenfassen, wobei bekannterweise die ‚große Familie‘ unsere Partei ist.“³⁰⁵

Die meisten Verfasser der Selbstzeugnisse engagierten sich nicht nur im KJVD, sondern noch in weiteren Organisationen der Arbeiterbewegung. Eine Tatsache, die Stracke ebenso für die Wuppertaler Jungkommunisten bestätigt.³⁰⁶ Auch hier knüpften die Jugendlichen an familiäre Traditionen an: „Obwohl Geld so knapp war für eine Familie mit zwei Kindern, wurden trotzdem die Mitgliedsbeiträge für die KPD, für die Gewerkschaft, die Rote Hilfe Deutschlands, die Internationale Arbeiterhilfe, den Freidenkerverband, die Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion regelmäßig bezahlt. Das war Ehrensache.“³⁰⁷ Besonderer Beliebtheit erfreuten sich die zahlreichen Arbeitersportvereine sowie der Rote Jungsturm. Während die jungen Genossen und Genossinnen in den Sportvereinen und Wandergruppen auch mit politisch „indifferenten“ oder sozialdemokratisch orientierten Gleichaltrigen zusammenkamen und damit ihr Umfeld durchlässiger wurde, bestätigte der Rote Jungsturm aufgrund der politischen Homogenität der darin organisierten Jugendlichen die eigene politische Position und weltanschauliche Haltung.

Der Essener Erich Weichert bietet sich als Paradebeispiel dafür an, wie stark die Jugendlichen in der Arbeiterbewegung und deren Vereinigungen aufgingen. Seine Eltern und Pflegeeltern waren über die SPD und USPD schließlich zur KPD gekommen. Bereits als Neunjähriger habe er Transparente mit der Aufschrift „Auch ich bin für die Freie Schule“ getragen und das sei – wie Weichert lakonisch bemerkt – dann immer so weiter gegangen. Mit zwölf Jahren trat er in die Schwimmabteilung des Arbeitersportvereins ein, in der er bis zu seinem zweiundzwanzigsten Lebensjahr verblieb. Mit vierzehn Jahren kam er zum Arbeitersamariterbund. Er wurde beauftragt, eine Jugendgruppe zu gründen, die schließlich vierzig Mitglieder hatte und von ihm geleitet wurde. Mitglied der Naturfreunde wurde er mit sechzehn Jahren. Zusammen

³⁰⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/1592, Bl. 44.

³⁰⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/1103, Bl. 105.

³⁰⁶ „Kommunistisch orientierte Jugendliche hatten fast die Qual der Wahl bei dem vielfältigen Angebot, sich politisch zu engagieren: denn es war in dieser Zeit keine Seltenheit, daß Jungkommunisten neben dem Jugendverband der KPD außerdem einem runden halben Dutzend anderer Organisationen als Mitglied angehörten: etwa der Freidenkerjugend, den Naturfreunden, einem der zahlreichen Arbeitersport- und Kulturvereinen, der Gewerkschaft oder einer der Agitpropgruppen. In den meisten Fällen erfolgte der Einstieg in die Kommunistische Jugend über die Familie und über das direkte nachbarschaftliche Umfeld.“ Stracke: Jugend, S. 217.

³⁰⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/2002 Bd.1, Bl. 17.

mit anderen Jugendlichen wollte er, der sozialdemokratischen Ausrichtung der Naturfreunde entgegentreten und entging nur knapp seinem Ausschluss aus der Organisation. Mit siebzehn Jahren wurde er schließlich Mitglied des KJVD. 1930 gründete Weichert die Agitations- und Propaganda-Gruppe „Das rote Sprachrohr“. Später war er im Bezirk Ruhrgebiet als Politischer Leiter für sämtliche Agitations- und Propagandagruppen zuständig. Im August 1933 traf Weichert im illegalen Büro des KJVD in Gelsenkirchen zum ersten Mal Erich Honecker, mit dem er bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1934 zusammenarbeitete. Weichert war dafür verantwortlich Honecker und fünf weitere illegal arbeitende Jugendinstrukteure zwischen Weihnachten und Sylvester 1933 unterzubringen und zu verpflegen. Angesichts der Hilfsbereitschaft und der Solidarität, die er dabei erfuhr, resümiert er: „Das war wohl das Schönste, das Menschliche, was hier reinspielte in unsere Arbeit.“³⁰⁸

Die Ausdehnung des familiären Raumes auf die Nachbarschaft und die Bedeutung, die der Partei und deren Organisationen auch in Hinblick auf die Erfüllung von emotionalen und sozialen Bedürfnissen zugeschrieben wurde, beschränkt sich keinesfalls auf die KPD und ihr Umfeld, sondern traf, wie die Untersuchung Rosenbaums zeigt, gleichermaßen auf die SPD und deren Organisationen zu. Rosenbaum bestätigt, dass die Kinder sozialdemokratischer Eltern im Unterschied zu denen, die in Elternhäuser mit einer traditionellen oder kleinbürgerlichen Orientierung aufgewachsen waren, ein Sozialisationsmilieu erfahren haben, das ihre Entwicklung durch seine Vielfalt begünstigte.³⁰⁹ Ihre Aussage kann angesichts der in den Selbstzeugnissen beschriebenen Lebenswelten auch auf das kommunistische Milieu übertragen werden. Die Verfasser waren bereits als Kinder und Jugendliche in die verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung eingebunden. Ihr Engagement und ihre Motivation speisten sich vielfach aus familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhängen. Wie gezeigt, wurden die Väter als Vorbilder und politische Lehrer gesehen. Die Jugendlichen waren nicht nur im KJVD, sondern auch in anderen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie in den Gewerkschaften organisiert. Der geringe Erfolg, den der Verband bei der Rekrutierung neuer Mitglieder hatte und seine hohe Fluktuation deuten möglicherweise darauf hin, dass Jugendliche, die nicht über familiäre oder über nachbarschaftliche Zusammenhänge an den KJVD gebunden waren, mit den Füßen über die Attraktivität des Verbands abstimmten. Die große Masse der Jugendlichen, die den KJVD nur durchliefen ohne sich längerfristig zu binden, gehörten offensichtlich nicht dem Kreis der treuen „Parteisoldaten“ an, der sich im Erinnerungsbestand ein Denkmal gesetzt hat. Vielmehr waren sie Mitläufer oder Grenzgänger, die in den Quellen nur schwer zu fassen sind.

³⁰⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1930, Bl. 10.

³⁰⁹ Rosenbaum: Familien, S. 254 und S. 259.

3.6. Die Jugendlichen – Versuch einer Annäherung

Mitte der zwanziger Jahre waren 43% der Jugendlichen Mitglied einer Jugendorganisation.³¹⁰ Peukerts Vermutung, dass die Vereinsziele für die Jugendlichen eine sekundäre Rolle gespielt hätten und dafür die Geselligkeit unter Gleichaltrigen sowie das Rahmenprogramm der Vereine im Vordergrund standen,³¹¹ kann nicht auf die parteipolitischen Jugendorganisationen übertragen werden. Diesen gelang es ganz offensichtlich nicht, von der Sehnsucht der Jugend nach Vergemeinschaftung zu profitieren. Obwohl die Zeitgenossen dem Kommunismus eine besondere Anziehungskraft auf Jugendliche unterstellten, war das Angebot der Partei-Jugend offensichtlich unattraktiv und entsprach nicht den Bedürfnissen der Jugendlichen.

Selbst Mitte 1932 wo der KJVD seinen Mitgliederhöchststand mit 57.756 Mitgliedern erreicht hatte, konnte er einem Vergleich mit anderen Verbänden der Zeit nicht standhalten. So organisierten die Sportvereine 1926 beispielsweise 1.616.900 Jugendliche bis zu 21 Jahre.³¹²

Aber auch die Mitgliederzahlen der mit dem KJVD konkurrierenden parteipolitischen Jugendorganisationen belegen, dass auch deren Rekrutierungsversuche nicht erfolgreicher waren. Vergleichsweise stark war die Hindenburgjugend, die zur Deutschen Volkspartei gehörte und die 1921 bereits um die 40.000 Jugendliche organisierte, in den folgenden Jahren aber deutliche Verlust hinnehmen musste: 1930 zählte sie schließlich nur noch 12.000 Jugendliche.³¹³ Die Bismarckjugend, die an die Deutschnationale Volkspartei angebunden war, organisierte etwa 35.000 Jugendliche.³¹⁴ Etwa 20.000 Jugendliche gehörten 1921 der Demokratischen Jugend an, die mit der Deutschen Demokratischen Partei sympathisierte.³¹⁵ Noch bescheidener waren die Erfolge der Jungsozialisten, die 1924 ganze 4.000 Mitglieder hatten. Gleiches gilt für die dem Zentrum nahestehenden Windhorstbunde, die 1926 um die 6.000 Mitglieder verzeichnen konnten.³¹⁶

Die größten Erfolge konnte die SAJ, die 1922 mit 105.000 Mitgliedern ihren Höchststand und 1926 mit 56.000 Mitgliedern ihren niedrigsten Stand erreichte, verbuchen. Allerdings organisierte sie nur Jugendliche im Alter bis 21 Jahren und wandte sich damit an ein weitaus jünge-

³¹⁰ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 220. Vgl. auch Reulecke: Jugend, S. 99. Am Ende der Zwanziger Jahre war der Anteil organisierter Jugendlicher etwas gesunken. Er belief sich jedoch immer noch auf 35-40%. Böhnisch/Gängler: Jugendverbände, S. 40. und Tabellen S. 50 ff.

³¹¹ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 227

³¹² Ebenda, S. 221

³¹³ Krabbe: Rekrutendepot, S. 284.

³¹⁴ Ebenda, S. 286.

³¹⁵ Ebenda, S. 290.

³¹⁶ Ebenda, S. 289.

res Klientel als die zuvor genannten parteipolitischen Jugendorganisationen. Walter skizziert die Mitgliederentwicklung der SAJ wie folgt: „Zwischen 1919 und 1922 lagen Jahre eines kräftigen Mitgliederzuwachses, von etwa 1923 bis 1927 erlitt der Verband nicht minder erhebliche Rückschläge, von denen er sich ab 1928 allmählich erholte und bis Mitte 1931 bescheidene Erfolge in der Mitgliederrekrutierung erzielen konnte; die politische Spaltung im Herbst 1931 und die Verschärfung der ökonomischen Krise drehten dann selbst diese bescheidene Aufwärtsentwicklung zurück.“³¹⁷ Vergleicht man die Phasen der Mitgliedergewinne und die der Mitgliederverluste in der SAJ und im KJVD, wird deutlich, dass die erstere von der anfänglichen Aufbruchsstimmung in der Weimarer Republik profitierte, während der KJVD aus der allmählichen Auflösung der Republik Gewinn ziehen konnte. In der Phase der so genannten relativen Stabilisierung waren offensichtlich beide Verbände für Jugendliche wenig attraktiv.

Die Auswertung der Selbstzeugnisse deutet darauf hin, dass die Jugendlichen, die zum festen Mitgliederkern des KJVD zählten, über ihre Familien und/oder über nachbarschaftliche Zusammenhänge an den Verband gebunden waren. Die Mitgliedschaft war für diese Jugendlichen vermutlich nicht das Ergebnis eines langwierigen Entscheidungsprozesses, sondern eher Ausdruck und die Folge ihrer gesamten Lebensumstände.

Die Mehrheit der im KJVD organisierten Jugendlichen lebte in den industriellen Zentren der Republik, nämlich in Sachsen, Berlin-Brandenburg und im Ruhrgebiet. Von den in der Zeit vom August 1922 bis zum September 1931 durchschnittlich knapp 31.000 Mitgliedern waren rund 42% in den diesen drei Bezirken zu Hause.³¹⁸

Während sich die Hindenburg- und die Bismarckjugend, die Windhorstbunde und die Demokratische Jugend ausschließlich an Jugendliche über 18 Jahre wandten und die Sozialdemokratie mit der SAJ eine Vorfeldorganisation und mit den Jungsozialisten eine parteipolitische Jugendorganisation im engeren Sinn unterhielt, unternahm der KJVD den problematischen Versuch, gleich zehn Geburtenjahrgänge gemeinsam organisieren zu wollen. Dieses Unterfangen stellte sich als schwierig dar und führte zu anhaltenden Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis und die Gestaltung der Verbandsarbeit. In der Gründungsphase dominierten ältere Jugendliche den Verband, die eher danach strebten eine „politische Alternative“ als ein „Rekrutendepot“³¹⁹ zu sein. Zwischen 1921 und 1923 stieg der Anteil der Jugendlichen, die jünger als 18 Jahre waren, deutlich an – eine Entwicklung, die die Zentrale durchaus

³¹⁷ Walter: Jugend, S. 344.

³¹⁸ Vgl. Tab. 2 und 3 zur Mitgliederentwicklung in den Bezirken.

³¹⁹ Zur Unterscheidung vgl. grundsätzlich Krabbe: Rekrutendepot.

kritisch sah. Nach ihrer Einschätzung führte die Zunahme jüngerer Mitglieder zu einem Absinken des politischen Niveaus, so dass man langfristig die Entpolitisierung des Verbandes befürchtete. Ende der zwanziger Jahre war das Kräfteverhältnis zwischen der Gruppe der unter 18-Jährigen und der über 18-Jährigen in etwa ausbalanciert. Dieses Gleichgewicht verschob sich in den dreißiger Jahren aufgrund der Neuaufnahmen erneut zugunsten der Jugendlichen die 18 Jahre oder älter waren. Die Beschwerde der jüngeren Verbandsmitglieder, von den älteren Jugendlichen, nicht ausreichend in die Arbeit einbezogen zu werden,³²⁰ erinnert an den Konflikt zwischen Partei und Jugendverband sowie an die Klage der Jugendlichen, von den Erwachsenen nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt zu werden.

Die gängigen Forschungen blenden die Frage nach dem Anteil von weiblichen und männlichen Jugendlichen in den politischen Jugendorganisationen bislang mehrheitlich aus. Für die kommunistische Jugend konnte gezeigt werden, dass Mädchen und junge Frauen deutlich unterrepräsentiert waren. Ihr Anteil belief sich auf knapp 30%. Angesichts der Dominanz männlicher Jugendlicher unter den Neuzugängen Anfang der dreißiger Jahre ist davon auszugehen, dass der Anteil der weiblichen Mitglieder zum Ende der Weimarer Republik weiter sank. Dass Mädchen weniger stark repräsentiert waren, schlug sich auch in einer unzureichenden Integration in den Leitungsgremien nieder. Mädchen und Frauen gehörten nicht zum „Verbandskader“. Sofern sie überhaupt in den oberen Führungsgremien vertreten waren, übernahmen sie aller Wahrscheinlichkeit nach untergeordnete Funktionen. Auch die Versuche der Zentrale, eine Quotierung durchzusetzen, änderten an diesem Umstand nichts.

Hinsichtlich des Qualifikationsprofils der Mitglieder und der Frage nach dem Anteil Erwerbsloser im Verband ist die Quellenlage so dünn, dass kaum verlässliche Aussagen möglich sind. Bei den Neuzugängen der dreißiger Jahre entsprach der Anteil von gelernten und ungelernten Jugendlichen in etwa 1: 3. Im Gegensatz dazu fanden sich in den Selbstzeugnissen viele Beispiele dafür, dass es durchaus Jugendliche im KJVD gab, die weiterführende Schulen besuchten und eine Berufsausbildung absolvierten. Ferner ist es unmöglich, den Anteil erwerbsloser Verbandsmitglieder näher zu bestimmen. Von den Delegierten waren erstaunlich wenige arbeitslos. Lediglich die sich während der Weimarer Republik verändernde Position der Zentrale zur „Erwerbslosenfrage“ zeigt, dass die Verbandsführung sukzessive ihre distanzierte Haltung gegenüber erwerbslosen Jugendlichen aufgab. Schließlich entdeckte der Verband in ihnen ein Klientel, dessen Unzufriedenheit zahlreiche Anknüpfungspunkte bot. Die Hinweise

³²⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/28, Bl. 20; SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/69, Bl. 282.

darauf, dass die Jugendlichen in der Hoffnung, in anderen Bezirken Arbeit zu finden, auf „Walze“ gingen, deuten ebenso wie die Anspielungen auf Diebstähle und Unterschlagungen im Verband auf die eklatanten Existenznöte vieler Mitglieder hin. Angesichts der unzureichenden Quellenlage ist Mallmann grundsätzlich zuzustimmen, der es für unzulässig erachtet, von den spärlichen Daten auf eine „lumpenproletarische Zusammensetzung“ des KJVD zu schließen.³²¹

Anhand der Auswertung der Delegiertenbefragungen war es möglich die Gruppe der Funktionäre näher zu betrachten. Die Jugendlichen, die als Delegierte an den verschiedenen Verbandskongressen und Bezirkskonferenzen teilnahmen, waren im Durchschnitt älter als ihre Genossen an der Basis. Mit der Bedeutung der Gremien stieg jeweils das Alter: Die Delegierten der Bezirkskonferenzen waren jünger als die der Verbandskongresse und der Reichsausschüsse. Bei den Abgeordneten handelte es sich mehrheitlich um männliche Jugendliche. Mit der zunehmenden Entscheidungsbefugnis waren männliche Jugendliche überrepräsentiert.

Interessante Details birgt auch die Auswertung der Gewerkschafts- und Kirchenanbindung der Delegierten. Die Zugehörigkeit ist ein Parameter dafür, wie bindend die Vorgaben der Verbandsleitung für die Funktionäre tatsächlich waren. Ein Rundschreiben von 1924 macht dazu folgende Vorgaben: „Kein Kommunist darf freiwillig die Gewerkschaft verlassen, wenn er nicht Fahnenflucht an der Revolution begehen will (...). Jeder Kommunist muß Mitglied einer Freien Gewerkschaft sein und bei den Kollegen für den Eintritt in eine solche Propaganda machen.“³²²

Die Mehrheit der Delegierten erachteten diese Beschlüsse als bindend. Die Auswertung der Delegiertenbefragung zeigt,³²³ dass die Funktionäre im Unterschied zur Basis die Beschlüsse mehrheitlich umsetzten und teilweise sogar gewerkschaftliche Ämter übernahmen. So waren 1925 91% der Delegierten des Verbandskongresses Mitglied einer Gewerkschaft.³²⁴ Sämtliche Delegierte des Reichsausschusses von 1925 in Magdeburg³²⁵ und 98% der Delegierten des 1927 in Hamburg stattfindenden Verbandskongresses waren Gewerkschafter.³²⁶

Zum Vergleich: Im Verbandsdurchschnitt waren 1927 nur ca. 33% der im KJVD organisierten Jugendlichen Mitglied einer Gewerkschaft,³²⁷ 1928 etwa 44%³²⁸, 1929 42%³²⁹ und 1931

³²¹ Mallmann: Kommunisten, S. 185.

³²² SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/67, Bl. 157.

³²³ Vgl. Tab. 12: Gewerkschaftszugehörigkeit und Delegierte als gewerkschaftliche Funktionsträger.

³²⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/6, Bl. 215.

³²⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/17, Bl. 136.

³²⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/7, Bl. 179.

³²⁷ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/8, Bl. 5.

wiederum nur 28%.³³⁰ Unter den Delegierten der Bezirkskonferenzen befanden sich wiederum weniger Gewerkschaftsangehörige als unter den Teilnehmern der Reichskongresse. Dennoch lag ihr Anteil insgesamt über dem Verbandsdurchschnitt.

Die Beobachtung, dass die Funktionäre die Verbandslinie internalisiert hatten, bestätigen die Daten über deren Kirchenanbindung.³³¹ So konstatierte „Die Junge Garde“ im Oktober 1920, gleichwohl die Statuten die Jugendlichen nicht zum Kirchenaustritt verpflichteten, dieser Schritt doch eine Selbstverständlichkeit sein sollte.³³² Von den Delegierten des Hamburger Verbandskongresses von 1927 waren nur 4% Mitglied einer Kirche.³³³ Der Vergleich der Ergebnisse der Delegierten der Bezirkskonferenzen zeigt große regionale Unterschiede und ein starkes Gefälle zwischen industriellen und ländlich geprägten Bezirken. So waren 22% der Delegierten der Bezirkskonferenz in Berlin-Brandenburg 1927 Kirchenangehörige,³³⁴ 1928 gehörten 16% der Delegierten der Bezirkskonferenz in Hessen-Frankfurt einer Kirche an,³³⁵ während 1929 immerhin 44% der Delegierten der Königsberger Bezirkskonferenz konfessionell gebunden waren.³³⁶ Vor dem Hintergrund dieser Zahlen können die Delegierten, bei denen es sich in der Regel um hochrangige Funktionäre handelte,³³⁷ als sehr diszipliniert charakterisiert werden.

Zum Ende der Weimarer Republik wandte sich die Weimarer Jugend zunehmend den radikalen Parteien zu. Die NSDAP und die KPD verdankten ihr rasches Wachstum vor allem den Jung- und den Neuwählern.³³⁸ Die Parallelen im Altersaufbau der beiden Parteien sind ebenfalls signifikant.³³⁹ Der Parteienforscher Jürgen Falter konnte in seinen Untersuchungen nachweisen, dass das Gros der NSDAP-Anhänger vor der Machtergreifung zwischen 22 und 24 Jahre alt war.³⁴⁰ Die Mitgliedererfolge des KJVD in den dreißiger Jahren sind im Kontext von wachsender Radikalisierung und zunehmender gesellschaftlicher Spaltung zu sehen. Bei

³²⁸ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/54, Bl. 174.

³²⁹ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/37, Bl. 7.

³³⁰ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/63, Bl. 279.

³³¹ Vgl. Tab. 13: Kirchenmitgliedschaft der Delegierten.

³³² „Vom Kirchenaustritt“, in: Die Junge Garde vom Oktober 1920, Nr. 4.

³³³ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/7, Bl. 180.

³³⁴ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/72, Bl. 37 ff.

³³⁵ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 153 f.

³³⁶ SAPMO-BArch, Ry 1/I4/1/44, Bl. 155.

³³⁷ Vgl. Tab. 7: Funktionen der Delegierten.

³³⁸ Götz von Olenhusen: Krise, S. 55.

³³⁹ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 237.

³⁴⁰ Falter, Jürgen: Die Jungmitglieder der NSDAP zwischen 1925 und 1933. Ein demographisches und soziales Profil, in: Krabbe: Politische Jugend, S. 202-221, hier: S. 205.

den Neuzugängen handelte es sich mehrheitlich um männliche Jugendliche, die 18 Jahre und älter waren. Ob der Anteil der Erwerbslosen unter den Neuzugängen signifikant hoch war, bleibt offen.

Die Diskussion über den Radikalisierungsprozess der Weimarer Jugend hat sich bisher auf die Wahlergebnisse und die Wehrverbände, die seit Mitte der zwanziger Jahre mehr als eine Million Jugendlicher und junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren organisierten,³⁴¹ konzentriert. Zu Recht integriert Frank Bajohr die parteipolitischen Jugendorganisationen in die Debatte: „Die soziale Deklassierung der ‚überflüssigen‘ Jugendgeneration zeigte weitreichende politische Folgewirkungen: Sie begünstigte eine kritische Distanz zum politischen System Weimars, förderte die politische Radikalisierung der Jugendlichen und verhinderte die Entwicklung eines positiven republikanischen Bewußtseins. Trotz aller ideologischen Unterschiede schien in den uniformierten Marschkolonnen von SAJ, KJVD und HJ in der Endphase der Weimarer Republik, in der Flucht vieler älterer Jugendlicher in die militarisierten Männerbünde des Reichsbanners, des Rotfrontkämpferbundes und der SA der totalitäre Konsens einer Generation auf, denen die Republik keine ausreichenden Lebens- und Zukunftsperspektiven geboten hatte.“³⁴² Der organisierte Nachwuchs der Parteien konnte mit der quantitativen Entwicklung der Wehrverbände nicht Schritt halten. Zudem waren die uniformierten Wehrverbände in der Öffentlichkeit ungleich präsenter als die parteipolitischen Jugendorganisationen. Dennoch weisen die Mitgliedergewinne der dreißiger Jahre darauf hin, dass der Verband zu dem Zeitpunkt, wo er sich der Öffentlichkeit als „Jugend des Hochverrats“ präsentierte, militaristische Elemente in sein äußeres Erscheinungsbild integrierte und die Verbandspraxis zunehmend mit aktionistischen Elementen durchsetzte, deutlich an Attraktivität und Faszinationskraft gewann.

³⁴¹ Götz von Olenhusen: *Junge Generation*, S. 30.

³⁴² Bajohr: *Opfer*, S. 31. Vgl. auch Stracke: *Zuversicht*, S. 33.

IV. Aspekte des Verbandslebens

Das Verbandsleben und die Praxis der Jungkommunisten wurden bei der bisher geleisteten Untersuchung der Verbandsstrukturen und des Sozialprofils der Mitglieder nur am Rande berührt. Um die politische Praxis der Jugendlichen transparent und die jugendbewegten Aspekte der Verbandsarbeit sichtbar zu machen, ist es erforderlich, die Basis stärker in den Blick zu nehmen. Wie in der Einleitung dargestellt, widersetzt sich der bearbeitete Quellenfundus jedoch einer Bearbeitung im Sinne einer sicher wünschenswerten Alltagsgeschichte. Weiterhin ist es nicht möglich, die Praktiken der Jugendlichen zu untersuchen, wie dies die von Alf Lüdtker entwickelte Konzeption des „Eigensinns“ vorsieht.¹ Das Alltagsleben der Jugendlichen und deren soziale und politische Praxis wird immer nur bruchstückhaft und meist gespiegelt durch die Wahrnehmung der Funktionäre oder der Weimarer Behörden transparent.

Ausgewählt wurden fünf aussagekräftige Aspekte des Verbandslebens, die wichtige Einblicke in die Verbandspraxis ermöglichen und anhand derer einzelne Handlungsfelder und Teile der sozialen Praxis der Jugendlichen punktuell offen gelegt werden können. Das erste Unterkapitel berührt die Eckpfeiler der Verbandsarbeit, nämlich die Arbeit der Betriebszellen und der Ortsgruppen, deren Alltag in den Verbandsakten jedoch nur teilweise transparent wird. Das Unterkapitel „Schnittmengen – Wanderfahrten und Sonnenwendfeiern“ zeigt, dass die Gruppenpraxis der Jugendlichen anfänglich von der bürgerlichen Jugendbewegung beeinflusst war. Für die Verbandsleitung waren diese Anleihen gänzlich unakzeptabel. Neben der Praxis der Jugendlichen werden die Versuche der Zentrale untersucht, diese in neue Deutungszusammenhänge zu setzen.

Weiterhin wird anhand der Jugendtage des KJVD die symbolische Politik des Verbandes sowie deren inkludierende und exkludierende Funktion analysiert. Mitte der zwanziger Jahre waren die jugendbewegten Anleihen einer militärisch gefärbten öffentlichen Selbstdarstellung gewichen. Die Untersuchung der sukzessiven Militarisierung des Verbandes und die Beteiligung kommunistischer Jugendlicher an den Straßenkämpfen legt die männerbündischen Elemente des kommunistischen Jugendverbandes offen. Abschließend werden die überlieferten Berichte der Arbeiterjugenddelegationen in die Sowjetunion ausgewertet. Sie zeigen eindringlich die Differenz zwischen Propaganda und Praxis aber auch die Bereitschaft der Jugendli-

¹ Vgl. Lüdtker, Alf: Geschichte und Eigensinn, in: Berliner Geschichtswerkstatt: Alltagskultur S. 139-153.

chen, für die von ihnen durchaus wahrgenommene Kluft Erklärungen zu finden, die mit ihrem Weltbild übereinstimmten.

Die Unterkapitel zeigen sowohl die Besonderheiten des Verbandes als auch die Parallelen zu anderen Weimarer Jugendorganisationen. In den Abschnitten werden einzelne Aspekte von Kontinuität und Wandel transparent, die in der Zusammenschau den Transformationsprozess, den der KJVD in der Weimarer Republik durchlief, dokumentieren.

4.1. Die Arbeit der Ortsgruppen und Betriebszellen

Die Jugendzentrale veranlasste 1929 eine Untersuchung des Freizeitverhaltens der im Verband organisierten Jugendlichen. Das Ergebnis zeigt, dass sich kommunistische Jugendliche keinesfalls von den Gleichaltrigen unterschieden. So gab beispielsweise nur eine Minderheit der Befragten an, regelmäßig am Feierabend Zeitung zu lesen, um „über die politische Lage besser informiert zu sein.“² Die Mehrheit der Jungkommunisten trieb Sport oder nutzte ihre Freizeit dafür, „auf den Straßen die Mädels an[zuf]lachsen oder sonstige spießbürgerliche Sachen [zu] betreiben.“³ Nur wenige der Befragten waren bereit, ihre gesamte Freizeit der Bewegung zu opfern. Nicht die politische Arbeit begeisterte sie, sondern die gemeinsamen Wochenendfahrten an die brandenburgischen Seen, an denen die Gruppen fast immer geschlossen teilnahmen. Diese Ergebnisse müssen für die Verbandsleitung mehr als ernüchternd gewesen sein. Der offensichtliche Wunsch vieler Verbandsmitglieder nach unterhaltenden Elementen wie Wanderungen, Gesang und Tanz stand im deutlichen Widerspruch zur Verbandslinie. Wann immer möglich, grenzte sich die Zentrale in der Öffentlichkeit von den Jugendorganisationen ab, die sich auf solche Freizeitangebote konzentrierten.

Die Arbeitsmethoden des KJVD waren regelmäßig Gegenstand leidenschaftlich geführter Kontroversen, berührten sie doch unmittelbar das Selbstverständnis des Verbandes.⁴ Zwei Positionen standen sich dabei gegenüber: Die Gruppe der Jugendlichen, die im KJVD ausschließlich eine politische Kampforganisation sah und die Gruppe derjenigen, die pragmatisch argumentierte, dass man, um „wettbewerbsfähig“ zu bleiben, mehr auf die „jugendliche Eigenart“ eingehen müsse. Besonders intensiv wurde diese Frage auf dem 7. Reichskongress 1923 diskutiert. Während ein Teil der Delegierten dafür plädierte, zukünftig an das „Gesellschafts- und Unterhaltungsbedürfnis“ der Jugendlichen anzuknüpfen und diese Forderung damit begründete, dass der KJVD keine „junge kommunistische Partei“, sondern eine kommunistische Jugendorganisation sei, verlangten die anderen: „Wir dürfen nicht noch mehr das Unterhaltungsbedürfnis überwuchern lassen, dann würden die Jesuslatscher noch mehr unsere Organisation beherrschen (...) Nicht das Spielbedürfnis, sondern der ökonomische Kampf ist

² SAPMO-BArch, RY 1/14/1/10, Bl. 75, S. 32. Da die gesamte Broschüre als ein Blatt gezählt wurde, werden auch die entsprechenden Seiten in der Broschüre angegeben.

³ Ebenda.

⁴ Vgl. dazu die Habilitation von Horst Pietschmann, in der er die Diskussion um die Einführung neuer Arbeitsmethoden untersucht hat: Pietschmann, Horst: Zur politisch-ideologischen Entwicklung des KJVD unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um Inhalt und Formen der massenpolitischen Jugendarbeit in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924-1929, Rostock 1984 (Manuskript). Vgl. auch: Quehl: Jugendarbeit.

die stärkste Anknüpfung.“⁵ Die Diskussion über die Arbeitsmethoden setzte sich auf nächsten Arbeitsebene fort. Auf einer Bezirksleitungssitzung in Düsseldorf beschimpfte der Funktionär „Erich“ den KJVD im Februar 1925 als einen „Wurstladen“, der zu wenig auf die „psychologische Eigenart“⁶ der Jugend Rücksicht nehmen würde. Er kritisierte, dass man an die Jugendlichen dieselben Maßstäbe anlegen würde wie an die erwachsenen Mitglieder der Partei. Als Gegenbeispiel führt er die SAJ an, deren Erfolg er darauf zurückführte, dass bei den Zusammenkünften nur zehn Minuten politische Fragen im Zentrum ständen. Dem gegenüber weigerte sich der Genosse „Karl“ strikt „einen ähnlichen Laden wie die SAJ aufzuziehen“ und wies darauf hin, dass der KJVD auch in Zeiten, in denen man dem „jugendlichen Vergnügensdrang“⁷ mehr Raum gegeben hatte, keine Massenorganisation gewesen sei. Nach der Auffassung der Genossin „Änne“ fiel der Verband von einem Extrem ins andere. Sei man zunächst eine unpolitische „Latscherorganisation“ gewesen, so würde sich der Verband nun über die Bedürfnisse der Jugendlichen hinwegsetzen.

Die Annahme, dass ausschließlich die Basis für die Integration unterhaltender Elemente plädiert hätte, ist unzutreffend. Im Fall der im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg arbeitenden Gruppe „Pappelplatz“ ging die Kontroverse soweit, dass die Gruppe wegen ihrer fundamentalistischen Haltung aus dem Verband ausgeschlossen wurde. Die Jugendlichen forderten die Verbandsleitung 1926 mit einem Flugblatt eindringlich zu einer Kurskorrektur auf. Ihrer Ansicht nach zielten die neuen Arbeitsmethoden darauf ab, „Mitgliedermassen um jeden Preis“ zu werben. Die KJI habe diesen Taktikwechsel dem KJVD zudem aufgezwungen. Die Berliner kritisierten die Rückkehr zu Arbeitsmethoden, die aus ihrer Sicht „bisher Alleingut aller sozialdemokratischen und bürgerlichen Jugendorganisationen waren“ und die der Verband in der Vergangenheit mühsam bekämpft habe.⁸ Eine Hinwendung zu Spiel, Sport und Tanz würde die obersten „revolutionären Grundsätze“ des Verbandes preisgegeben. Ihr Resümee lautet: „All das bedeutet Verrat der historischen Aufgabe des kommunistischen Jugendverbandes – der Führung des proletarischen Klassenkampfes.“⁹

Die von der Berliner Gruppe kritisierte Öffnung wurde beibehalten, wie dieses Rundschreiben der Zentrale vom Dezember 1930 belegt: „In Ergänzung seiner politischen und kulturellen Aufklärungs- und Bildungsarbeit sucht der KJV auch das Unterhaltungs- und Zerstreuungs-

⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/3, Bl. 30.

⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/78, Bl. 109.

⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/78, Bl. 110.

⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/69, Bl. 73.

⁹ Ebenda.

bedürfnis der arbeitenden Jugend soweit wie möglich zu befriedigen.“¹⁰ Die Abgrenzungsrhetorik anderen Jugendorganisationen gegenüber wurde grundsätzlich aufrechterhalten: „Er [der KJVD, B.K.] ahmt aber keineswegs einfach die bürgerlichen und sozialdemokratischen Unterhaltungs- und Zerstreungsformen nach, sondern sucht nach neuen Methoden echter proletarischer Geselligkeit und Unterhaltung, die letzten Endes auch der Förderung des Klassenbewußtseins und der Erziehung zum Kommunismus dienen.“¹¹ Die Verbandsleitung forderte die Basis auf, zukünftig proletarische Festabende, politisch-satirische Revuen, Gesangs- und Theaterzirkel, Ausflüge und Jugendlager anzubieten. Die Verbandsarbeit müsse sich künftig mehr an den „konkreten Lebensgewohnheiten der Jugend“ und „deren psychologischen Eigenheiten“ orientieren. Von einer wirklichen Wende kann angesichts dieser sehr traditionellen Angebote und der unspezifischen Formulierungen aber nicht die Rede sein.

Die Auswirkungen des von „oben“ beschlossenen Taktikwechsels auf die Arbeit der Betriebszellen und der Ortsgruppen sind schwer einzuschätzen. Die Selbstzeugnisse stützen die naheliegende Vermutung, dass die Basis vielfach ein von der Berliner Leitung losgelöstes Leben führte und „reaktionäre“ Elemente wie Wanderungen und Tanzabende unabhängig vom offiziellen Kurs ganz selbstverständlich beibehielt. Zu einem vergleichbaren Befund kommt Franz Walter in Hinblick auf die SAJ. Auch dort klagten die Funktionäre, dass die Mitglieder vor allem an Unterhaltungsveranstaltungen, weniger aber an politischen Fragen interessiert seien: „In der Praxis der SAJ war die Bedeutung ideologischer Streitfragen, überhaupt das Interesse an politischer Bildung, das Bedürfnis nach einer intellektuellen Klärung von Problemen der Tagespolitik hingegen keineswegs so groß, wie man nach den Kontroversen darüber hätte meinen sollen. Dies galt für die unmittelbaren Nachkriegsjahre, dies galt aber auch für die Spätphase der Republik, für die Zeit der angeblichen Politisierung der Jugend.“¹²

Wendet man sich der Arbeit der Ortsgruppen und der Betriebszellen zu, so wird schnell deutlich, dass deren Praxis wenig Abwechslung bot und sich der Verbandsalltag recht zäh gestaltete. Während sich die Ortsgruppen am Wohnort der Jugendlichen orientierten und sich vermutlich vielfach aus Freundeskreisen speisten, richteten sich die Betriebszellen am Arbeitsplatz aus. Theoretisch bildeten die Betriebszellen das eigentliche Zentrum der politischen Arbeit. Die Verbandsführung ging davon aus, dass die Unterdrückung am Arbeitsplatz der Ausgangspunkt des politischen Kampfes sei und von dort aus der proletarischen Revolution

¹⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/69, Bl. 329.

¹¹ Ebenda.

¹² Walter: Jugend, S. 322.

der Weg geebnet werden müsse. Dass die Praxis hinter der Theorie zurück blieb, wurde bereits in Hinblick auf die nicht auch nur annähernd vollständig realisierte Umstellung der Ortsgruppen auf Betriebszellen thematisiert. Die Aufgaben der Betriebszellen und der Ortsgruppen unterschieden sich nicht wesentlich voneinander. Oberste Priorität hatte die Unterstützung der Parteizellen, die politische Aufklärung der Arbeiterjugend und die Agitation neuer Mitglieder. Anknüpfend an die aktuelle politische Lage sollten die Verbandsmitglieder am Arbeitsplatz und in ihren Wohngebieten die Diskussion mit anderen Jugendlichen suchen und sie für die kommunistische Bewegung gewinnen. In den Betrieben sollten die Jugendlichen die Forderungen des KJVD vertreten und die wirtschaftlichen Kämpfe und Streiks der Jungarbeiter anführen. Die Betriebszellen waren zudem für das Erscheinen von regelmäßig erscheinenden Betriebszeitungen verantwortlich. „Die Notizen müssen kurz sein, praktisch sagen, was zu tun ist,“¹³ gab die Zentrale vor. Da die Herausgabe der Betriebszellenzeitung nicht ungefährlich war und die Jugendlichen mit Repressionen rechnen mussten, riet die Zentrale dazu, sich gegenseitig zu unterstützen, indem man die Verteilung der Betriebszeitungen für eine Partnerzelle übernahm. Erich Gohlke, der Mitglied einer Betriebszelle in der Berliner Firma „Ludwig Löwe“ war, beschreibt die Haltung der Jugendlichen als relativ unbekümmert und führt dies darauf zurück, dass ihnen nach Abschluss ihrer vierjährigen Lehrzeit die Kündigung sowieso sicher gewesen sei.¹⁴

Einblick in die Arbeit der Betriebszellen bietet u.a. der Bericht über eine 1929 im Berliner Bezirk durchgeführte Untersuchung. Die Kommission stellte im September des selben Jahres die Ergebnisse dem Plenum des 9. Verbandskongresses vor. Zum Zeitpunkt der Erhebung umfasste der Bezirk neunzig Ortsgruppen und nur siebenundvierzig Betriebszellen, deren Mitglieder mehrheitlich in metallverarbeitenden Betrieben beschäftigt waren. Der Bericht geht ausführlich auf die Arbeit der im Oktober 1927 im Betrieb „Butzke & Joseph“ gegründeten Jugendzelle ein.

Laut Referat stellte sich deren Arbeit wie folgt dar: Der Anstoß zur Gründung der Betriebszelle sei vom Jugendvertrauensmann des Betriebs ausgegangen, der vermutlich Mitglied des KJVD war oder zumindest mit dem Verband sympathisierte. Im Anschluss an eine Jugendbelegschaftsversammlung habe dieser einige Kollegen angesprochen und vorgeschlagen, sich nach Feierabend gemeinsam in einer Gastwirtschaft zu treffen. Die ausgewählten Jugendlichen hätten sich bis dahin immer aktiv an den Jugendbelegschaftsversammlungen beteiligt

¹³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/68, Bl. 44.

¹⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/0283, Bl. 2.

und seien im Betrieb dafür bekannt gewesen, die Auseinandersetzungen mit dem Meister nicht zu scheuen.¹⁵ Am ersten Treffen hätten zwei Revolverdreher, zwei Werkzeugmacher, ein Schleifer und ein Schlosser teilgenommen, die mit Ausnahme des Schlossers alle im Betrieb als Lehrlinge beschäftigt gewesen seien. Ein ebenfalls eingeladenen Funktionär des KJVD habe über die Arbeit des Verbandes gesprochen und gemeinsam mit den Jugendlichen die Möglichkeiten im Betrieb aktiv zu werden erörtert. Vier der sechs Jugendlichen hätten noch in der ersten Sitzung eingewilligt, Mitglied des Verbandes zu werden. Außerdem hätten die Jugendlichen beschlossen, wöchentlich zusammenzukommen. Die ersten Mitglieder seien jedoch bereits während der Vorbereitung der ersten Ausgabe der Betriebszeitung „Der rote Hahn“ wieder abgesprungen. Dennoch sei die Betriebszeitung „wie eine Bombe“¹⁶ eingeschlagen und ein Erfolg gewesen. In der zweiten Ausgabe hätten die Jugendlichen gegen die Entlassung des Jugendvertrauensmanns protestiert, der zugleich der Politische Leiter der Zelle gewesen wäre. Unklar bleibt, inwieweit seine Entlassung im Zusammenhang seiner politischen Arbeit stand. Da der zuständige Genosse aus Angst vor Repressionen „gekniffen“ habe und die fertigen Zeitungen nicht von der Druckerei abgeholt habe, sei die Betriebszeitung nicht verteilt worden. In der dritten Ausgabe der Betriebszeitung habe die Zelle zu einer Jugendbelegschaftsversammlung aufgerufen, auf der schließlich auch ein neuer Jugendvertrauensmann gewählt worden sei. Bei den Wahlen habe sich der Kandidat der Betriebszelle durchgesetzt. Die Jugendlichen hätten weiterhin eine Extranummer der Betriebszellenzeitung anlässlich der Kündigung eines Lehrlings, der von einem Meister des Betriebes geprügelt worden sei, herausgegeben. Wie der entlassene Jugendvertrauensmann sei auch er Mitglied der Betriebszelle gewesen, so dass deren Mitgliederzahl innerhalb weniger Monate drastisch gesunken sei. Weiterhin wird berichtet, dass zwei der drei verbliebenen Mitglieder zum Jahreswechsel an einer politischen Schulung teilgenommen haben. Eine anlässlich der Rückkehr der Jugenddelegation aus der UdSSR von der KJVD-Zelle einberufene Jugendbelegschaftsversammlung sei dagegen nicht zustande gekommen. Dagegen sei eine öffentliche Sitzung der KJVD-Zelle weitaus erfolgreicher verlaufen. Den Mitgliedern der Betriebszelle sei es gelungen, dabei sechs neue Mitglieder zu werben. Zwei Mitglieder der Betriebszelle hätten am Reichsjugendtag in Chemnitz teilgenommen. Die im Rahmen des Wahlkampfes von der Zelle geplanten Aktionen seien in Folge der mangelnden Unterstützung seitens der kooperierenden Ortsgruppen ausgefallen. Im Anschluss an einen Ende 1928 stattfindenden Streik der erwachsenen Arbeiter im Betrieb, hätten die Jugendlichen einen Jungarbeiterstreik organisiert,

¹⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I 4/1/10, Bl. 75, S. 20.

¹⁶ Ebenda.

der „infolge von Drohbrieffen an die Eltern, Polizei- und Meisterterror“¹⁷ im Laufe des dritten Tages jedoch abgebrochen worden sei. Anlässlich des 14. Internationalen Jugendtages hätten die Jugendlichen erneut eine Jugendbelegschaftsversammlung organisiert, deren Teilnehmer vereinbart hätten, geschlossen am Aufmarsch des KJVD zum Internationalen Jugendtag teilzunehmen. Letztendlich sei der Beschluss von den wenigsten jedoch als bindend erachtet worden. Wie stark die Betriebszelle von der Arbeit einzelner Jugendliche abhängig war, beweist der Austritt des Zelleiters, der zugleich der Jugendvertrauensmann des Betriebs war. Der Bericht bezeichnet ihn als den „tüchtigsten“ Funktionär der Zelle. Nach einem Betriebsunfall habe dieser jedoch das Interesse an der Arbeit verloren und sei „in das anarchistische Lager“ zurückgesunken.¹⁸ Nach mehreren Versuchen sei es der Betriebszelle gelungen, diesen Posten wiederum mit einem Genossen zu besetzen. Es wird bemängelt, dass die Verbindung mit der Partei mangelhaft und unzureichend gewesen sei. Auch das Verhältnis der Mitglieder der Betriebszellen zu den sozialdemokratischen Arbeitern im Betrieb sei problematisch gewesen. Diese hätten u.a. die Propagandazettel des KJVD abgerissen und deren Arbeit permanent behindert.

Dem Bericht zufolge habe sich der größte Teil der Lehrlinge über die beiden im Betrieb arbeitenden Mitglieder der SAJ mit Witzen wie „Sammlung alberner Jören“ oder „Spielwaren-Abteilung-Jandorf“¹⁹ lustig gemacht. Die Jugendlichen, die dem Bismarckbund, dem Jungdeutschen Orden oder der Freien Gewerkschaftsjugend angehört hätten, werden in dem Bericht hingegen als isolierte Einzelgänger eingeschätzt, gleiches gilt für die Anhänger der NSDAP. Ein Kollege, der dem Bund der deutschen Jugendverbände angehörte, sympathisierte offensichtlich mit dem KJVD. Letztendlich wurde er jedoch als „unreif“ erachtet: „Er liebt das Wanderleben und die Rumtoberei, befasst sich in letzter Zeit etwas stärker mit politischen Fragen, liest jeden Tag die Parteipresse eines Genossen und unterstützt unsere Arbeit ideologisch.“²⁰

Der zur Hebung des politischen Niveaus der Zelle eigens eingerichtete Bildungskurs sein aus mangelndem Interesse wieder aufgegeben worden.²¹ Der Bericht hält fest, dass sich die Jugendlichen zudem scheuten, an einem Wochenendbildungskurs teilzunehmen, da sie sich dort „fremd fühlen“ würden. Zur Verbesserung der Kooperation zwischen den Ortsgruppen und

¹⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 21.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 24.

²⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 23.

²¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 24.

den Betriebszellen schlug die Kommission den Jugendlichen vor, gemeinsam am Wochenende mit den Ortsgruppen auf Fahrt zu gehen.²²

Trotz der offensichtlichen Mängel der Arbeit der in der Firma „Butzke & Joseph“ arbeitenden Betriebszelle muss diese nicht zuletzt aufgrund ihrer relativen Stabilität als vorbildlich eingeschätzt werden. Die Auswertung der Untersuchung zeigt, dass sich viele Betriebszellen nach wenigen Wochen wieder auflösten. Oft wurde die Arbeit nur von einzelnen Genossen geleistet, so dass die gesamte Zelle zusammenbrach, sobald diese nicht mehr im Betrieb tätig waren. Die meisten Betriebszellen verhielten sich passiv, arbeiten nur auf Anweisung einer übergeordneten Instanz und waren vom Rest des Verbandes isoliert. Die Atmosphäre war vielfach durch das Desinteresse der Jugendlichen geprägt, wie der folgende Bericht über eine weitere Berliner Betriebszelle belegt: „Die Stimmung ist ungefähr folgende: ‚Ob ich da bin oder nicht, besprochen wird doch nichts‘. Und so ist es auch. Der Zellenleiter ist ziemlich ratlos. Er spricht über die nächste BZ. [Betriebszeitung, B.K.], dann wird ein bißchen geflächst, und dann geht man auseinander.“²³ Die Aktivitäten der Betriebszellen seien letztendlich auf die einmal monatlich erscheinende Betriebszeitung begrenzt, an der in der Regel jedoch nie mehr als zwei Genossen mitarbeiten würden. Zudem sei die Zelle völlig isoliert und hätte keine Kontakt zu anderen Betriebszellen oder Ortsgruppen oder gar zur Bezirksleitung. Der Eindruck, dass die Betriebszellen in ihrer Existenz äußerst fragil und die Arbeit normalerweise nur von wenigen Mitgliedern geleistet wurde, bestätigen auch andere Beispiele. Die Untersuchung der Mitgliederbewegung in der ersten Jahreshälfte 1929 zeigt ferner, dass die Fluktuation im Berliner Bezirk außerordentlich stark war. Obwohl die Berliner Bezirksleitung im Untersuchungszeitraum 1.594 neue Mitgliederbücher herausgab, sank die Mitgliederzahl um 333 Jugendliche.²⁴ Da die Betriebszellen laut der Untersuchung im Durchschnitt knapp sieben Monate existierten, kann von einer kontinuierlichen Arbeit kaum die Rede sein.

Ähnlich trostlos stellte sich die Lage der Betriebszellen bei Siemens dar. Das Unternehmen beschäftigte 1932 insgesamt 2.260 Jungarbeiter von denen lediglich 35 vom KJVD organisiert wurden, Mitgliederbeiträge gingen nur von einer Minderheit ein. Die Jugendlichen kamen nicht aus eigener Initiative zusammen, sondern wurden vom Organisationsleiter und vom Politischen Leiter einmal wöchentlich nach Feierabend vor den Betriebstoren regelrecht abge-

²² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 24.

²³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 18.

²⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 33.

fangen. Sie waren unmotiviert und entsprechend chaotisch verliefen die Treffen, die keinesfalls den Vorgaben der Zentrale entsprachen. Diese forderte dass „die Veranstaltungen (...) gut vorbereitet, (...) nicht langweilig, (...) nicht allzu schwer“ und „nicht stundenlang dauern“ dürften.²⁵

Die Treffen der Betriebszelle bei Siemens verliefen dagegen wie folgt: „Eine feste Tagesordnung besteht nicht. Die Jungarbeiter erzählen sich Witze über einzelne Nazikollegen, rufen, daß man schnell machen solle, sie müßten bald wieder weg. Die Polleitung verliest dann die letzten Beschlüsse und Resolutionen der Jugend BL, hin und wieder um Ruhe bittend, manchmal auch fragend: ‚Also habt ihr es verstanden?‘ worauf ein allgemeines ‚Ja‘ ertönt, und man geht zum Organisatorischen über. (...) Politische Referate, die sich mit der augenblicklichen Lage auseinandersetzen, sind ebenso wie Diskussion bei diesen Zusammenkünften ein unbekannter Begriff. Die Jungarbeiter sind uninteressiert, unaufmerksam und empfinden diese ganze Geschichte als ein notwendiges Übel.“²⁶

Ein Teilnehmer der Pfingsten 1932 stattfindenden Reichskonferenz der Betriebszellen bestätigt mit seiner Klage den Eindruck, dass die Arbeit in den Betriebszellen recht mühsam war: „Es ist wirklich schwer, eine gute Arbeit zu leisten.“²⁷

Die Jugendlichen tauschten ihre Erfahrungen aus und hoben die kleinen Erfolge hervor. Ein Funktionär berichtete von der Organisation eines Streiks im Hamburger Hafen. Die aus 100 Jugendlichen bestehende Betriebszelle, von denen jedoch 60 Mitglieder erwerbslos seien, habe Streikposten organisiert und verhindert, dass Streikbrecher an Bord gingen. Sie hätten weiterhin eine Jugendversammlung einberufen und dort eine Resolution verabschiedet. Ferner würden sie regelmäßige Exkursionen auf „Russendampfer“ organisieren, zu denen sie auch Mitglieder der SAJ einladen würden: „Hier können wir ihnen dann deutlich den Unterschied zeigen. Die Rangstufen sind abgeschafft, alles ist an einem Tisch.“²⁸ Ein Funktionär aus einer Betriebszelle im Leverkusener Werk der „IG-Farben“, berichtet, dass die Jugendlichen aufgrund der Herausgabe der Betriebszeitung „Giftgas“ von den Meistern schikaniert würden. Die Gruppe würde Informationen über die Produktion sammeln und diese an die Partei weitergeben. Die Jugendlichen vermuteten, dass es sich bei den in der Firma produzierten Gasen nicht, wie von den Meistern behauptet, um Medikamente handeln würde, sondern dass sie der

²⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/68, Bl. 42.

²⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 362.

²⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/70, Bl. 157.

²⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/70, Bl. 155 f.

Kriegsvorbereitung dienen würden. Auch das Mitglied einer bei „Hansa-Loyd“ arbeitenden Betriebszelle bestätigte eine Zunahme der Rüstungsproduktion. Zuletzt kam der Abgeordnete der neu gegründeten KJVD-Zelle eines Berliner Betriebs zu Wort. Erstaunlich versiert bediente sich der junge Arbeiter der gängigen Rhetorik, die zugleich aber das wackelige Fundament der Arbeit offen legt: „5 revolutionäre Jungarbeiter haben sich zusammengeschlossen und haben sich als Zelle beim UB-Büro [Unterbezirksbüro] angemeldet. Zuerst haben wir nur 10-Junge-Garden umgesetzt. Dann haben wir eine Betriebsversammlung gemacht. Es waren dort 10 Jungarbeiter aus dem Betrieb anwesend. 3 Neuaufnahmen haben wir gemacht. In den Betrieb sind wir mit Plakaten gegangen. Auch in das Scheißhaus sind wir gegangen. Überall haben wir unsere Parolen angemalt. Dann haben wir uns einen Sturmplan aufgestellt. Unser Ziel war 20 Junge-Garden wöchentlich zu verkaufen. Wir haben die Zahl um 50% überschritten.“²⁹

Die politische Arbeit der Ortsgruppen verlief kaum abwechslungsreicher. Allerdings boten die Ortsgruppen den Vorteil, dass sich die Mitglieder oft aus der Nachbarschaft kannten, manchmal befreundet waren und sich die politische Arbeit deshalb mit anderen Freizeitaktivitäten stärker vermengte. Auf den überlieferten Berichtsbögen einer Berliner Ortsgruppe standen Vorträge zur Tagespolitik und zu taktischen Fragen im Vordergrund: So wurden zum Beispiel „Lehren des 1. Mai“ oder „Neue Arbeitsmethoden und Rolle des KJVD“ behandelt. Weiterhin standen Bildungsveranstaltungen zu Themen wie „Indiens Freiheitskampf“, „Kirche und Konkordat“ oder zur Sowjetunion auf dem Programm.³⁰

Vor allem in den größeren Bezirken war das Veranstaltungsangebot erstaunlich dicht. Der Arbeitsplan des Berliner Unterbezirks Neukölln verzeichnet von Mitte bis Ende September 1926 täglich eine Veranstaltung. An den Werktagen fanden die Mitgliederversammlungen der Jugend und der Partei statt. Darüber hinaus gab es Gruppenabende mit unterhaltendem Charakter, Bildungsabende oder so genannte Arbeitsabende, an denen Handzettel und Flugblätter hergestellt wurden. Weiterhin kamen die verschiedenen Gremien, wie beispielsweise die Kreisleitung oder der Bezirksausschuss, zusammen. Zusätzlich stand den Jugendlichen der Besuch von Kundgebungen oder die Teilnahme an der Jugendweihe der Freidenker-Jugend frei.³¹ Der im Programm ebenso aufgeführte sexualpädagogische Vortrag über die Schrift von Max Hodan „Bub und Mädels“ war sehr zum Leitwesen der Zentrale ein Klassiker.

²⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/70, Bl. 159.

³⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/10, Bl. 75, S. 35 f.).

³¹ Vgl. Arbeitspläne des Unterbezirks Neukölln vom 1.6.1926 und vom 15.9.1926 des Unterbezirks Neukölln,

Die Tendenz vieler Jugendlicher, im KJVD auch einen „Freizeittreffpunkt“ zu sehen, missfiel aber den Funktionären. Um einer als sozialdemokratisch verschrieenen „Vereinskultur“ vorzubeugen, beantragten einige Delegierten der Berliner Bezirkskonferenz 1927, dass die Gruppenabende zukünftig nur noch einmal wöchentlich stattfinden sollten. Ihren Antrag begründeten sie mit der Überlastung der Mitglieder. Die Jugendlichen sollten sich lieber auf die Politik konzentrieren: „Die Gruppenabende als der ‚vereinsmäßige‘ Teil unserer Arbeit muß [sic] daher zurücktreten.“³²

Aufgrund des chronischen Geldmangels standen die Ortsgruppen vor zahlreichen Problemen, wobei die Raumfrage besonders schwerwiegend war. Stellte die Partei den Jugendlichen keine Räume zur Verfügung, waren sie gezwungen, ihre Sitzungen in Gastwirtschaften abzuhalten. Dort waren sie nicht immer gern gesehen, zumal ihnen oft das Geld für Getränke fehlte. Im Frühjahr und Sommer kamen sie daher häufig in öffentlichen Grünanlagen zusammen.³³ Margarete Buber-Neumann schildert aus der Rückschau den „typischen“ Sitzungsverlauf einer Berliner KPD-Ortsgruppe, der hier wiedergegeben wird, da vergleichbare Berichte für den Jugendverband nicht zur Verfügung stehen. Angesichts der Tendenz der Jugend, die „Alten“ zu kopieren, kann davon ausgegangen werden, dass ihre „offiziellen Treffen“ ähnlich verliefen. Die Parteigruppen trafen sich in der Regel in den Hinterzimmern der Wirtshäuser. Die Tische waren dann so angeordnet, dass die Funktionäre am Kopfende saßen. Im Mittelpunkt der Treffen stand das politische Referat, das die jeweiligen Referenten auf der Grundlage einer Vortragsdisposition hielten. Konnte die Unterbezirksleitung keinen Referenten stellen, so hielt der Politische Leiter der Zelle das Referat. Nach der Beschreibung Buber-Neumanns fand die anschließend vorgesehene Diskussion in der Regel nicht statt, vielmehr hätte „ein peinliches Schweigen“ geherrscht, „denn die meisten wussten gar nicht, was sie da hätten diskutieren sollen.“³⁴ Die Verfasserin macht die Autoritätsgläubigkeit der Genossen für die fehlende Diskussion verantwortlich, viel Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Referate für die anwesenden Genossen und Genossinnen schlichtweg unverständlich waren. Dagegen sei es bei dem anschließenden Tagungsordnungspunkt „Organisatorisches“ lebhafter zugegangen. Die Genossen hätten die anstehenden Aufgaben untereinander verteilt und die zukünftig geplanten Aktionen besprochen. Allerdings hätte sich jeweils nur ein Drittel oder ein Viertel der Genossen der Ortsgruppen aktiv an der Arbeit beteiligt.

SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 342 ff.

³² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 48.

³³ Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 73 und SgY 30/2016, Bl. 2.

³⁴ Buber-Neumann, Margarete: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs, Köln ²1981, S. 196.

Belege dafür, dass die Jugendlichen die Zusammenkünfte teilweise auch nur als Gelegenheit nutzten, um auf Gleichaltrige zu treffen, bietet die Rubrik „Unser Gruppenleben“ in der „Jungen Garde“. Die Redaktion schilderte beispielsweise 1921 den Verlauf eines so genannten „Unterhaltungsabends“ in einem Berliner Jugendheim: „Rechts in der Ecke sitzen fünf und erzählen sich von ihrer letzten Fahrt. Möglichst laut natürlich. Einige andere turnen auf den Stühlen herum, wieder andere rennen Tür aus, Tür ein. Der große Teil der Anwesenden gruppiert sich um einen vorlesenden Genossen und hört zu, wie dieser eine ergreifende Erzählung Eugen Levinés vorliest. Das ist alles andere als ein Unterhaltungsabend. Vielleicht kann man’s polnische Wirtschaft nennen. Und doch ist es in den meisten Gruppen so. Hier wieder haben wir eine Gruppe unverwüstlicher Reigentänzer. Sonntag Nachmittag um 3 Uhr geht’s tanzen los, um 10 Uhr hört man auf. Die Luft im Heim ist vom Staub, der ständig aufgewirbelt wird, geschwängert.“³⁵ Aus Sicht der Redaktion handelte es sich dabei offensichtlich um ein Negativbeispiel, dem sie Verbesserungsvorschläge entgegenstellte. Dass die Jugendgruppen vielfach renitent gegenüber solchen Bevormundungen waren, zeigt auch der Bericht eines Instrukteurs, der im Herbst 1932 in Nordbayern resigniert feststellt, dass die „Klassiker“ immer noch Hochkonjunktur hätten: „Die Zellen befinden sich in einem schlechten Zustand. Der größte Prozentsatz führt ein rein sektiererisches Leben. Es werden auf den Zellabenden die wichtigsten Dinge gemacht und besprochen. So z.B. verlangen einige Zellen – es klingt wie aus dem Mittelalter der Jugendbewegung – Themen wie Bub und Mädels, Geschlechtsleben der Jugend usw.“³⁶

Auch die Selbstzeugnisse belegen, dass die Zusammenkünfte von den Jugendlichen nicht ausschließlich zur „politischen Arbeit“ genutzt wurden, sondern dass vielfach Spaß und Unterhaltung im Vordergrund standen. So gibt Gerhard Albrecht unumwunden zu, dass in seiner Jugendgruppe die Auseinandersetzung mit der Theorie des Marxismus-Leninismus eine völlig untergeordnete Rolle gespielt habe. Die Gruppe sei bei ihrer vierzehntäglichen Zusammenkunft vor allem mit organisatorischen Fragen beschäftigt gewesen.³⁷ Diese Einschätzung bestätigt auch Rudi Jahn für Sachsen, wenn er ausführlich auf die allwöchentlichen Wanderungen seiner Gruppe eingeht und zugibt, dass es in den Anfängen auf den Gruppenabenden der Kommunistischen Jugend nicht anders als bei der SAJ zugegangen sei. Rückblickend wertet er dies als Indiz für das damals sektiererische Leben des KJVD: „Von einer systematischen

³⁵ „Unser Gruppenleben“, in: Die Junge Garde vom 1.3.1921, Nr. 17.

³⁶ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/79, Bl. 16.

³⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 73.

politischen Erziehungsarbeit, besonders der Beschäftigung mit der marxistischen Elementarliteratur war noch wenig zu spüren. Natürlich wurde über aktuelle politische Fragen diskutiert, aber selten gab es dafür einen Referenten und anschließende Diskussion. (...) Meist beschäftigten wir uns damit, neue Kampflieder zu lernen, Wanderlieder und Volkslieder zu singen, die nächste Wanderung zu besprechen und hin wieder auch Volkstänze zu tanzen, zu denen unsere Mädchen immer bereit waren und die auch uns Jungens Spaß machten.“³⁸

Wie andere Jugendgruppen bot auch der KJVD den Jugendlichen die Möglichkeit, mit dem anderen Geschlecht in Kontakt zu kommen. Viele erlebten dort, wie etwa Gerhart Zschocher ihre erste Liebe³⁹ oder lernten, wie Gerhard Oertel und Charlotte Bonnett, ihren späteren Ehepartner kennen.⁴⁰ Walter Hochmuth traf seine spätere Frau Käthe 1923 im Kölner Wanderbund „Florian Geyer“, dessen Mitglieder mit der KPD sympathisierten. Zwei Jahre später trat das junge Paar in den KJVD und in die Partei ein. Die im April 1927 geschlossene Ehe schildert Hochmuth als ein Resultat aus der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gemeinsam getragenen politischen Arbeit: „Im Hamburger KJVD standen wir in dem Ruf, eine ‚kommunistische Musterehe‘ zu führen. Wir hatten keine ernsten Konflikte; unser Lebensinhalt war die politische Mitarbeit in der Arbeiterbewegung.“⁴¹ Hochmuth betont ebenso wie Bonnett, dass auch nach dem Scheitern der Ehe das „politisches Vertrauensverhältnis“ weiterbestanden habe.

³⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 202.

³⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/2000 Bd. 1, Bl. 66.

⁴⁰ SAPMO-BArch, Sg Y 30/2079, Bl. 111 und Sg Y 30/2201, Bl. 4.

⁴¹ SAPMO-BArch, Sg Y 30/1245, Bl. 9.

4.2. „Schnittmengen“: Wanderfahrten und Sonnenwendfeiern

In den ersten Jahren der Weimarer Republik partizipierten kommunistische Jugendliche ungeachtet aller ideologischen Differenzen an der Jugendkultur der Zeit, die bis weit in die zwanziger Jahre durch die Ausdrucksformen der bürgerlichen Jugendbewegung geprägt war.⁴² So gibt Rudi Jahn unumwunden zu, dass „die Arbeiterjugend, wenigstens in ihrem äußerlichen Auftreten und in ihrer Freizeitgestaltung noch stark der politisch längst überholten kleinbürgerlichen ‚Wandervogelbewegung‘ der Vorkriegszeit verhaftet“ war.⁴³ Heinz Brandt, der selbst in seiner Jugend dem KJVD angehörte, bestätigt dies grundsätzlich. Auch er hebt die Berührungspunkte zwischen kommunistischen Jugendlichen und anderen Gleichaltrigen hervor und betont, dass die kommunistischen Jugendgruppen keineswegs ein Nischendasein führten, sondern ein integraler Bestandteil der Weimarer Jugendkultur waren: „Es wäre falsch zu glauben, es hätte sich hier eine sektiererische, abgekapselte, von der bürgerlichen, allgemeinen Jugendbewegung getrennte Kulturform, sozusagen eine Subkultur entwickelt.“⁴⁴ Folgt man Brandt, so akzeptierten die Jungkommunisten grundsätzlich die Ausdrucksformen der Jugendbewegung und bedienten sich ihrer ganz selbstverständlich. Auch der ehemalige Leipziger Jungkommunist Heinz Zöger bekennt, dass die „Roten“ äußerlich den Wandervögeln ähnelten und von ihnen „so manches übernommen“ hätten.⁴⁵ Dazu gehörte sogar das Einüben von Volkstänzen.⁴⁶ Fotos aus den zwanziger Jahren zeigen kommunistische Jugendliche in der typischen Kluft der bürgerlichen Jugendbewegung. Die Jungen trugen die kurzen Manchesterhosen, Hemden mit Schillerkragen, dazu Windjacken und Sandalen, die Mädchen Reformkleider und einen Bubikopf.⁴⁷ Die Mode habe für die Jugendlichen demonstrativen Charakter gehabt, so Rudi Jahn: „Wer lange Hosen, Kragen und Schlips trug, Sonntags zu Tanzvergnügen [sic] ging, wurde als Spießler und Kleinbürger angesehen. Für uns war das Tragen von kurzen Kniehosen, Schillerkragen und Riemensandalen keine Zweckmäßigsfrage, sondern eine Frage der Weltanschauung, eine Geste der Opposition gegenüber der älteren

⁴² Einen Überblick über die verschiedene Phasen und Ausprägungen sowie die unterschiedlichen Trägergruppen und Repräsentanten bietet: Herrmann: Jugendbewegung, S. 32-41.

⁴³ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 201.

⁴⁴ Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein: Schock, S. 355. Vgl. auch: Schmidt, Emil (Bearbeiter): Politik statt Volkstanz. Von der Freien Sozialistischen Jugend zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, in: Neuland/Werner-Cordt: Garde, S. 135-162, hier: S. 143.

⁴⁵ Zitiert nach Mallmann: Kommunisten, S. 186.

⁴⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/1563, Bl. 52.

⁴⁷ Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein: Schock, S. 355. Vgl. auch Fotos im Sammelband: Behrens-Cobet: Rote Jugend.

Generation.“⁴⁸ Neben Anleihen an die Mode der bürgerlichen Jugendbewegung können auch Parallelen zu deren kultureller Praxis festgestellt werden: „Auch wir übernachteten in Zelten, Scheunen, auf freiem Feld, badeten nackt in den Seen um Berlin. (...) Vom Wandern bis zum Singen war alles vorgeprägt durch die Wander- und Jugendbewegung. Wir sangen auch eine ganze Reihe der allgemeinen Wander- und Volksliedern, selbstverständlich.“⁴⁹ Die Lieder des „Zupfgeigenhansels“ seien durch eigene Lieder ergänzt worden, die für die „revolutionäre Avantgarde“ warben. Einige Jugendlichen übernahmen anfangs sogar das strikte Verbot von Alkohol und Nikotin.⁵⁰ Brandt hebt hervor, dass diese Mixtur von den Jugendlichen keineswegs als Paradox empfunden wurde.⁵¹

Diese Befunde erstaunen angesichts der großen ideologischen Differenz und der sozialen Unterschiede zwischen den Angehörigen der beiden Gruppen. Die Parallelen und Überschneidungen zwischen den einzelnen Jugendkulturen sind aus der Perspektive der Historischen Kulturanalyse jedoch keineswegs widersprüchlich.⁵² Beispielsweise erklärt Ulriche Linse die Parallelen zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung mit der prinzipiellen Offenheit der verwendeten Symbole, die erst mit Bedeutung gefüllt werden müssten: „Auffällig ist die völlige Identität dieser Lebensformen in der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung – sie erweisen sich als bloße Leerformen, die sich mit unterschiedlichen ideologischen Inhalt füllen ließen: die Sonnwendfeier etwa konnte ebenso völkisches Ritual wie anarchistisches Credo sein.“⁵³ Ebenso beschreibt Rolf Lindner in seiner Untersuchung des Gruppenstils der Wilden Cliques, die er für eine proletarische Variante der bürgerlichen Jugendbewegung hält, deren Praxis mit Hilfe des von Claude Lévi-Strauss entwickelten ethnologischen Konzepts der Bricolage, das davon ausgeht, dass den einzelnen Elementen

⁴⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 201 f. Seit Mitte der zwanziger Jahre trugen kommunistische Jugendliche die so genannte „Einheitskleidung“. Vgl. 4.4. Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf.

⁴⁹ Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein: Schock, S. 354.

⁵⁰ Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 201 f.

⁵¹ Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein: Schock, S. 355.

⁵² Vgl. dazu Meike Werner, die an die Überlegungen des Ethnologen Victor Turner zur Struktur und Antistruktur anknüpft und eine Gruppe von Jugendlichen untersucht hat, die zugleich dem romantisch elitären Serakreis und der aufgeklärten, demokratischen Freistudentenschaft angehörten. Sie zeigt, dass diese doppelte Anbindung aus Sicht der Jugendlichen durchaus rationale Komponenten hatte. Werner, Meike: Ambivalenzen kultureller Praxis in der Jugendbewegung. Das Beispiel des freistudentischen Jenenser Serakreises um den Verleger Eugen Diederichs vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung, 1 (1993), S. 245-264.

⁵³ Linse: Lebensformen, S. 29. Auch Lindner bestätigt die prinzipielle Offenheit kultureller Erscheinungen: „Kulturelle Phänomene bedeuten nichts ‘an sich’, sondern lassen sich in ihrem Sinn und ihrer Funktion nur in Relation zu etwas anderem begreifen: als Ausdruck der Abgrenzung und Zuordnung, als Dissens oder Konsens, als Kompromiß oder Kontrast.“ Lindner, Rolf: Bandenwesen und Klubwesen im wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur historischen Kulturanalyse, in: GG 10 (1984), S. 352-375, hier: S. 352.

im Prozess der Neuordnung und der Rekontextualisierung eine neue Bedeutungen zugeschrieben wird.⁵⁴

Das Outfit, die lebensreformerische Einstellung und die bündischen Verhaltensweisen unterliefen die politische Segmentierung des Milieus⁵⁵ und bereiteten der Leitung des KJVD Kopfzerbrechen. Die Überschneidungen mit den Ausdrucksformen der bürgerlichen Jugendbewegung waren kaum mit dem Selbstverständnis des Verbandes und seiner offiziellen Rhetorik in Übereinstimmung zu bringen. Angesichts der Praxis der Jugendlichen, die Sonnenwende zu feiern und am Wochenende gemeinsam auf Wanderschaft zu gehen, befürchtete die Zentrale eine Entpolitisierung des Verbandes. In dem Maße, wie die Basis hartnäckig an ihren Gewohnheiten festhielt, wurden diese von der Zentrale bekämpft. Schließlich versuchte die Zentrale, die gängige Praxis der Jugendlichen ideologisch neu zu besetzen. Diese Transformationsversuche lassen sich exemplarisch anhand der Wanderfahrten und der Feier der Sonnenwende nachzeichnen.

Wanderfahrten

Trotz der allgegenwärtigen Bemühung der Autoren des „Erinnerungsbestandes“, eine ideologisch korrekte Interpretation ihrer Erlebnisse zu bieten und sich dabei auf die geleistete politische Arbeit zu konzentrieren, ziehen sich die teilweise schwärmerisch anmutenden Erinnerungen an die gemeinsamen Wanderfahrten am Wochenende wie ein roter Faden durch die Selbstzeugnisse. Die ehemaligen Mitglieder des KJVD haben mit den Wanderfahrten intensive Erlebnisse verbunden, deren Wirkungskraft als nachhaltiger eingeschätzt werden muss als die Alltagserfahrungen der Jugendlichen. Gerhart Albrecht beschreibt die Wochenendausflüge folgendermaßen: „Neben unserer politischen Arbeit trafen wir uns am Sonnabend und Sonntags zu Wanderfahrten in die Umgebung Berlins, an die herrlichen Seen der Mark Brandenburg. Der Fahrpreis durfte allerdings eine Mark nicht übersteigen. Zu Essen brachte sich jeder selber etwas mit und wenn es die Gelegenheit ergab, kochten wir uns an einem kleinen Feuer irgendeine Suppe. Bei Sport und Spiel verlebten wir das Wochenende.“⁵⁶ Karl Kresser konstatiert unumwunden: „Unsere Wochenendfahrten waren immer schöne Erlebnisse“⁵⁷ und Rudi Jahn schildert, dass die allwöchentlichen Wanderungen seiner KJVD-Gruppe von Gitarren-

⁵⁴ Lindner: Cliques, S. 455. Vgl. Zur Methode der Bricolage und ihrer Bedeutung für die gegenwärtigen Jugendkulturen: SpoKK: Kursbuch S. 35 ff.

⁵⁵ Mallmann: Kommunisten, S. 186.

⁵⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 75.

⁵⁷ SAPMO-BArch, SgY 30/1563, Bl. 52.

und Mandolinenmusik begleitet worden seien und sich ein „frohes Jugendleben mit Sport und Spiel, Baden, Schwimmen und auch Volkstänzen“⁵⁸ dabei habe entfalten können. Obgleich alle Autoren im Anschluss pflichtbewusst erwähnen, dass sie die Wanderfahrten, wie es im Parteijargon hieß, zur Landagitation genutzt und dabei die Erzeugnisse der Parteipresse verkauft hätten⁵⁹ oder wie Gerhart Albrecht betonen, dass die gemeinsamen Wanderungen eine „Lehr- und Ausbildungsstätte für den täglichen Kampf mit dem Klassenfeind“⁶⁰ gewesen und neue Jugendzellen auf dem Land aufgebaut worden seien, dominiert der Eindruck, dass das Vergnügen im Vordergrund stand und alle weiteren Erklärungen nur pflichtschuldig angehängt wurden. Auch die ständigen Beschwerden der Verbandsleitung, dass die Jugendlichen die Wanderfahrten politisch ungenutzt ließen, sprechen für diese These.

Die Wanderfahrten der Jungkommunisten verliefen in der Regel nach dem selben Muster wie die der anderen Jugendgruppen. Auch die Rhetorik und die benutzten Topoi sind der bürgerlichen Jugendbewegung entlehnt: „Romantisch schön fand ich die Lagerfeuer, oder die Sonnenwendfeiern. (...) Gern erinnert man sich zurück an diese schöne Zeit in der Jugend. (...) Das ist doch arm, wer nicht Erleben sucht, die Natur bewundernd, ihr Wesen für seine Gesundheit nutzt, und sich vom Ofen wärmen lässt. Romantik gehört zum jugendgemäßen Leben, wie der kämpferische Einsatz für ein bewußtes politisches Leben, für das Glück aller Menschen der unterdrückten Klassen.“⁶¹ Die „Lagerfeuerromantik“, die kaum mit der offiziellen Selbstdarstellung des Verbandes in Übereinstimmung zu bringen war, machte ebenso wie das Gemeinschaftserlebnis den besonderen Reiz der Wanderungen aus. Nicht immer verliefen die Ausflüge aber friedlich. Belegt sind Auseinandersetzungen mit politisch anders denkenden Jugendlichen: „Kamen wir mit reaktionären Gruppen zusammen, dann gab es in der Regel Zusammenstöße. Nachts bewachten wir deshalb auch unsere Zeltplätze wegen möglicher Überfälle.“⁶² Auf den Wanderungen ergaben sich auch Berührungspunkte mit den Wilden Cliques.⁶³ Glaubt man den Selbstzeugnissen, so begegneten sich die Anhänger beider Gruppen mit Sympathie und Respekt. Gerhart Albrecht betont, dass die Cliquesjugendlichen die kommunistischen Jugendlichen in Notfällen unterstützt hätten: „Hatten wir auf Wanderungen Zusammenstöße mit reaktionären oder faschistischen Organisationen, standen sie stets auf

⁵⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1951, Bl. 202.

⁵⁹ SAPMO-BArch, SgY 30/1563, Bl. 51.

⁶⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 75.

⁶¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1563, Bl. 52.

⁶² Ebenda.

⁶³ Vgl. dazu auch Kap. 4.4. Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf.

unserer Seite und halfen uns.“⁶⁴ Alfred Grün zufolge resultierten aus den sporadischen Kontakten mancherorts feste Bündnisse. Grün, der zu einer Gruppe von Berliner Jungarbeitern gehörte, die am Wochenende gemeinsam auf Wanderschaft ging, schildert, dass die Begegnungen und Gespräche mit den Mitgliedern des KJVD für ihn der Anstoß gewesen sei, um 1929 dem KJVD beizutreten.⁶⁵ Ausgehend von dieser Praxis ist die lautstarke Abgrenzung kommunistischer Jugendlicher gegenüber den ebenso am Wochenende auf Wanderschaft gehenden Mitgliedern der SAJ, die sie polemisch „Latscher“ nannten, als reine Abgrenzungsrhetorik zu werten.

Kommunistische Jugendliche knüpften nicht nur an die soziale Praxis der bürgerlichen Jugendbewegung an, sondern übernahmen vielfach auch deren Argumentation und Selbstdeutung. Die Selbstzeugnisse schildern die Unterbrechung des täglichen Arbeitsrhythmus und das Zusammensein mit Gleichaltrigen als einen persönlichen Freiraum. Die Wanderfahrten werden zur Flucht aus den beengten Wohnverhältnissen stilisiert, ungeachtet dessen, dass die proletarische Jugendbewegung offiziell die „Flucht in die Wälder“ ablehnte und den erzieherischen Wert der Straßen und Städte betonte.⁶⁶

Auch die Artikel in der „Jungen Garde“ bedienten sich Anfang der zwanziger Jahre noch der Argumentationsmuster der bürgerlichen Jugendbewegung und der Arbeiterbildungsbewegung. Freilich darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, dass die politische Orientierung der unter dem Dach der Freien Sozialistischen Jugend versammelten Jugendlichen sehr heterogen und deren Mitglieder keinesfalls deckungsgleich mit denen des späteren KJVD waren. Die Redaktion des Verbandsorgans knüpfte damit an die gängige Großstadtkritik an. Dort seien das „Maschinengetöse und der Alltagslärm“ allgegenwärtig. Das kapitalistische System würde zudem die Arbeiterjugend fesseln. Die gängigen Forderungen der Lebensreform- und der Hygienebewegung nach Luft und Licht werden um die Forderung nach Freiheit erweitert. In kritischer Abgrenzung zur bürgerlichen Jugendbewegung, die das Wandern als Wettbewerb betreiben würde, hebt die Verbandszeitung hervor, dass die Arbeiterjugend bei ihren Wanderungen lediglich Erholung suchen würde. Die Jugendlichen seien von der Einsicht durchdrungen, „dass weit weg von den Fabrikschloten und dem Lärm der Werkstätten ein Land liegt“,

⁶⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 91.

⁶⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/1592, Bl. 9. Gerhart Albrecht zufolge waren viele Berliner Cliquenangehörige sporadisch auch Mitglied des KJVD, der Roten Jungfront oder der Antifaschistischen Jugend.
SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 91.

⁶⁶ Linse: Lebensformen, S. 31.

das sie sich „noch erkämpfen müssen.“⁶⁷ Einen vergleichbaren Tenor hat der wenig später erschienene Artikel, dessen Verfasser sich als Sprecher der Jugendlichen ausgibt: „Wir wollen ins Grüne! Wir wollen frei sein! Sorglos wandere ich hin in der Schar der Genossen; Scherze versteh ich zu tauschen, gute Reden zu führen; mit weißen Zähnen beiß ich in kerniges Schwarzbrot. Ich strecke mich lang hin am Quell oder am Waldrand. Die Sonne bräunt meine nackten Glieder. (...) Und ich lache! (...) Ich tanze! Ich singe!“⁶⁸ Der Enthusiasmus der Jugendlichen wird keinesfalls wie in der bürgerlichen Jugendbewegung auf den diffusen Zustand des „Jung-seins“ zurückgeführt, sondern auf das Wissen der Jugendlichen um ihre Körperkraft, ihren Kampfwillen und um ihren festen Glauben an den Sieg der Kommunistischen Internationale. Ein weiterer Artikel kommentiert die Wanderfahrten weitaus weniger enthusiastisch. So konstatiert der Verfasser eher zähneknirschend, dass Wanderungen den „überlieferten Gepflogenheiten des Gruppenlebens“ entsprechen würden und insbesondere bei den älteren Gruppen selbstverständlich seien. Die Heranwachsenden werden ausdrücklich davor gewarnt, nur zum Vergnügen zu wandern. Vom gesundheitlichen und bildungspraktischen Nutzen der Wanderungen würde die Jugend nur dann profitieren, „wenn sie nicht um ihrer Selbstwillen wandert“, sondern die gewonnene Kraft für „den geschichtlichen Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus“ einsetzen würde.⁶⁹

Während die Redaktion der Verbandszeitung die Praxis der Jugendlichen grundsätzlich akzeptierte und sie in neue Bedeutungskontexte stellte, lehnte die Zentrale des KJVD sie kompromisslos ab. Die Verbandsleitung bemühte sich nur begrenzt darum, zwischen der gängigen Gruppenpraxis, den Bedürfnissen der Jugendlichen und den Erfordernissen der politischen Arbeit zu vermitteln. Im Juni 1922 forderte sie die Jugendlichen dazu auf, die Wochenendfahrten zur „Landagitation“, d.h. zur Werbung neuer Mitglieder zu nutzen: „Die meisten unserer Gruppen beginnen schon Sonnabend Nachmittag mit ihren Wanderungen, und da ist gute Gelegenheit, die Sonnabendabende zugleich als Propaganda-Abende auf den Dörfern auszunützen. (...) Unter dem Gesang unserer Kampflieder müssen dann unsere Jungens und Mädels in das Dorf einziehen, damit die Aufmerksamkeit der gesamten Bewohner auf uns gelenkt wird. Ist noch bis zur Abendveranstaltung genügend Zeit, so muß noch eine Hausagitation vorgenommen werden. Der ganze Zug wird in Gruppen eingeteilt, immer ein älterer und ein paar jüngere Jugendgenossen zusammen, und dann geht's los. Jede Kolonne in ihre Straße,

⁶⁷ „Jugend und Wandern“, in: Die Junge Garde vom 9.8.1919, Nr. 33.

⁶⁸ „Jugendtag“, in: Die Junge Garde vom 7.9.1919, Nr. 1/2 (Beilage). Vgl. auch u.a. folgende Artikel „Hinaus ins Freie“, vom 19.4.1919, Nr. 17; „Der Mai der Jugend“ vom 31.5.1919, Nr. 23 oder „Wandern, o Wandern“ vom 1.3.1922, ohne Nr.

⁶⁹ „Wandern und Jugendherbergen“, in: Die Junge Garde vom 1.7.1921, Nr. 25.

Haus für Haus, so wird das gesamte Dorf bearbeitet.“⁷⁰ Weiterhin hielt die Verbandsführung die Jugendlichen im Sommer 1921 dazu an, ihren Urlaub zur Werbung der Landbevölkerung zu nutzen: „Jeder, der auf Fahrt geht, ist daher verpflichtet, als Propagandist und Organisator zu wirken und jede Gelegenheit wahrzunehmen, um unsere Bewegung aufs Land hinauszutragen oder unsere weitab gelegenen ländlichen Gruppen zu unterstützen. (...) Wir erwarten von jedem Genossen die Einsicht in die Notwendigkeit der Erfüllung dieser Pflicht, der sich jeder freudig unterziehen muß. Wir sparen damit viele Kräfte, Zeit und Geld. Immerfort und überall sei jeder ein Agitator für die kommunistische Jugend“.⁷¹ Eine KJVD-Gruppe aus Thüringen, die 1922 angeblich ihren gesamten Urlaub der Werbung neuer Mitglieder opferte, wird als leuchtendes Vorbild dargestellt.⁷² Dabei muss es sich, wie die vorliegenden Quellen vermuten lassen, um eine Ausnahmeerscheinung gehandelt haben. Walter Hochmuth geht in seinem Selbstzeugnis ausführlich auf die Ferienfahrten seiner Gruppe ein, bei denen die daheim Gebliebenen Jugendlichen ihren Genossen sogar „Futterpakete“ nachsandten, ohne dabei auch nur ein Wort über die von der Verbandsleitung erwartete politische Arbeit zu verlieren.⁷³

Allen Aufforderungen, Ermahnungen und Drohungen zum Trotz musste die Zentrale 1923 resigniert feststellen, dass ihr Zureden vergeblich war. Die Genossen konstatierten, dass im vergangenen Jahr keine der Gruppen ihre Wanderungen mit der praktisch-politischen Arbeit verbunden habe.⁷⁴ Auch die Delegierten der südbayerischen Bezirkskonferenz bemerkten enttäuscht, dass sie bei der Landjugend keinen Schritt weitergekommen seien. Die Jugendlichen hätten ihre Fahrten ausschließlich zum Baden genutzt und keinesfalls, um den Einfluss des Verbandes auf die Landbevölkerung zu stärken.⁷⁵ Der Versuch der Zentrale, die Jugendlichen davon zu überzeugen, das Angenehme mit dem aus ihrer Sicht Nützlichen zu verbinden, scheiterte. Ob und inwieweit die Jugendlichen die von der „Jungen Garde“ angebotenen Deutungsversuche ihrer Wanderfahrten übernahmen oder ob sie auf jeden ideologischen Überbau ihrer Praxis verzichteten, ist mittels der vorliegenden Quellen nicht zu beantworten.

⁷⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/65, Bl. 16. Vgl. auch SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/74, Bl. 282.

⁷¹ „Wandern und Jugendherbergen“, in: Die Junge Garde vom 1.7.1921, Nr. 25.

⁷² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/65, Bl. 27.

⁷³ SAPMO-BArch, SgY 30/1245, Bl. 21.

⁷⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/65, Bl. 29.

⁷⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/79, Bl. 41

Sonnenwendfeiern

Wie andere ehemalige Mitglieder des KJVD gerät auch Paul Hockarth in seinen Erinnerungen ins Schwärmen, wenn er auf die Sonnenwendfeier des Bezirks Thüringen zu sprechen kommt. Die Feier fand in einer Bergruine statt und die Jugendlichen führten die „Rütli-Szene“ aus Schillers Drama „Wilhelm Tell“ auf. Freimütig bezeichnet Hockarth die Feier der Sonnenwende als eines seiner schönsten Erlebnisse.⁷⁶

Der Versuch der Zentrale, die Sonnenwendfeiern ideologisch neu zu besetzen, kann exemplarisch anhand von zwei Artikeln der Verbandspresse nachvollzogen werden. Beide knüpfen an die Naturmetaphorik bzw. die religiöse Metaphorik des Festes an, deuten diese aber politisch um. Der 1919 erschienene Artikel „Sonnenwende“ greift zunächst die Interpretation dieses Tages durch die bürgerliche Jugendbewegung auf:

„Johannistag – Sonnenwende. Wir gehen dem höchstem Licht entgegen, dem flammenden Horizont. Das höchste Fest der blühenden Jugend von altersher.“⁷⁷ Der Autor vergleicht die Spannung in der Natur, die sich schließlich mit der Sonnenwende entlade, mit den damals herrschenden politischen und sozialen Spannungen: „Wir Proletarier warten noch in ganz anderem Sinne in höchster Erschütterung und Spannung: Wird diese Sonnenwende Weltenwende, Zeitenwende werden? (...) Stürzen muß das Alte, damit Neues leben kann.“⁷⁸ In dem Artikel „Wintersonnenwende“, der im Dezember des folgenden Jahres erschien, wird die religiöse und im engeren Sinn die christliche Metaphorik der Sonnenwendfeiern in politische Kontexte gestellt. Die unübersehbaren Anspielungen auf die christliche Erlösungsmetaphorik und auf die christliche Gottesdienstliturgie überraschen besonders aufgrund ihrer Dichte und der Selbstverständlichkeit, mit der der Verfasser sich ihrer bedient. Anknüpfungspunkt ist hier wiederum die der Sonnenwende innewohnende „Aufbruchs- und Erlösungsmetaphorik“, die zunächst auf den Wechsel der Jahreszeiten bezogen und im Kontext des Christentums, in dem die Geburt des Religionsstifters mit der Sonnenwende verbunden wird, religiös interpretiert wird: „Schon in seinem Ursprung zeigt dieses Fest, worin es uns nahe steht; verkörpert es doch in all seinen Wandlungen das ewige Sehnen der Menschheit nach Befreiung und Erlösung von all dem Druck der Naturgewalt sowohl wie von dem brutalen Unterdrücker, jenes Sehnen, das wohl verfälscht, aber nie zerstört und vernichtet werden konnte.“⁷⁹ Das Ver-

⁷⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/1286, Bl. 8. Vgl. auch: SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 2, Bl. 448.

⁷⁷ „Sonnenwende“, in: Die Junge Garde vom 21.6.1919, Nr. 26.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ „Wintersonnenwende“, in: Die Junge Garde vom Dezember 1920, Nr. 11/12. Aufgrund eines sinnentstellen-

ständnis der Sonnenwende als Sieg des Lichtes über die Dunkelheit wird vom Verfasser um die christliche Interpretation erweitert. Er hebt die sozialen Komponenten des Christentums ebenso anerkennend hervor wie er dessen amtskirchliche Traditionen verurteilt: „Aber war nicht auch die christliche Lehre einst der Glaube der Unterdrückten, der Verachteten, der Drangsalierten und Ausgestoßenen, der Sklaven; war auch er nicht einmal der Ausdruck des Erlösungssehns Unterdrückter?“⁸⁰ Trotz vieler positiver Impulse, die von ihm ausgingen, sei Jesus Christus keinesfalls der erwartete Erlöser gewesen, sondern Spartakus: „Und so mag denn auch das Christentum so manche Züge dessen getragen haben, der in Wahrheit ein Erlöser der Geknechteten sein wollte und seine Hingabe mit dem Tod büßte: Spartakus!“⁸¹ In Anknüpfung an die christliche Überlieferungsgeschichte werden wiederum Analogien zur aktuellen politischen Situation aufgezeigt: „Ging nicht auch das Licht dieser Wende wie das der Sonne im Osten auf? Abermals ward es wahr: Ex oriente lux! aus dem Osten kam das Licht. Zuerst im gewaltigen Riesenreich Rußland haben sich in der finsternen Nacht, im blutigsten Toben des Weltkrieges die Unterdrückten erhoben zum letzten entscheidenden Kampf und den Sklaven der ganzen Welt den Weg gezeigt.(...) Auch uns lebt jetzt ein Erlöser.“⁸² Hier wird die „proletarische soziale Weltrevolution“ zum personifizierten Heiland, dessen Antlitz nicht milde und duldend, sondern hart und fest gewesen, der nicht in einer Krippe, sondern in Millionen Hütten geboren worden sei. Abschließend kehrt der Verfasser wieder zur Sonnenwende zurück, deren Feier nun eine neue Bedeutung gewonnen habe. Gefeierte wird die proletarische Weltrevolution und die daraus erwachsenen Verpflichtungen: „Darum ziehen wir hinaus und lassen die Flammen vom Holzstoß hell emporlodern. Doch nicht nur dieses Feuer wollen wir entzünden! Auch in unseren Herzen, in unserer Seele wollen wir Flammen leuchten lassen! Auch wir wollen heilige Glut in uns schüren, die Herzen und Hirne der noch stumpf dahin Lebenden entzünden! Dann werden bald die Funken und Flammen zusammenschlagen zum lodernden Brande, vor dem die Zwingburgen der Tyrannei zusammenkrachen. Dann wird Wahrheit werden, worauf die Menschheit Jahrtausende vergebens gehofft und geharrt hat.“⁸³ Der Verfasser schließt seine Beitrag mit dem Zitat aus dem Lukasevangelium: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“⁸⁴

den Druckfehlers im Original wurde das Wort „Befreiung“ im Zitat rekonstruiert.

⁸⁰ „Wintersonnenwende“, in: Die Junge Garde vom Dezember 1920, Nr. 11/12.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Ebenda.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Ebenda.

Ob und inwieweit die kommunistischen Jugendlichen diese Interpretation der Sonnenwende übernahmen und die neue Lesart dazu beitrug, die Feier zu einem emotional dichten Erlebnis zu machen, lässt sich nur vermuten: Die Verfasser der Selbstzeugnisse verbanden mit der Sonnenwende, deren Feier sie für kurze Zeit dem Alltag entrückte, tiefe emotionale Empfindungen. In welchen ideologischen Deutungszusammenhang sie die Sonnenwende stellten, muss offen bleiben.

Vor dem Dilemma, an die gängige soziale Praxis der Jugendlichen anknüpfen zu wollen und damit gleichzeitig gezwungen zu sein, diese ideologisch neu zu besetzen, stand auch der paramilitärische Jugendverband des Roten Frontkämpferbundes (RFB), die Rote Jungfront (RJ). Im Juni 1928 bereitete deren Bundesleitung gemeinsam mit dem KJVD eine Sommersonnenwendfeier vor: „Das Feiern der Sommer- und Wintersonnenwende ist in der gesamten Jugendbewegung traditionell. Auch die Rote Jungfront darf in dieser Frage nicht zurückstehen. (...) Für uns kommt keine geistlose Naturschwärmerei in Frage, wie sie von vielen Jugendorganisationen betrieben wird. (...) Die Sonnenwendfeier der Roten Jungfront muß einen politischen Inhalt haben.“⁸⁵ Die Revolte der kleinbürgerlichen Jugendbewegung sei im Gegensatz zur proletarischen Revolution nur ein kurzes Aufflammen gewesen, heißt es weiter. Für die Jungarbeiter, „die Soldaten der Revolution“, sollte die Feier gleichermaßen zum Gelöbnis werden: „Kameraden! Empor die Herzen und Sinne. Wie die hellen Flammen in den dunklen Nachthimmel schlagen, so wollen wir, die Jugend das Vermächtnis Karl Liebknechts verwirklichen, zur reinsten und hellsten Flamme der proletarischen Revolution werden, die das Dunkel unseres kapitalistischen Daseins durchbricht und die uns vorwärts stürmen läßt zur Zukunft der freien sozialistischen Räterepublik Deutschland.“⁸⁶ Die Dramaturgie wurde dementsprechend um neue Elemente erweitert, die dem Fest eine politische Konnotation gaben. Bei der Feier, die um Mitternacht mit dem Entzünden eines Holzstosses begann, wechselten Gesänge, Rezitation und eine „Feuerrede“ einander ab. Das Fest endete offiziell mit dem Singen der Internationale. Anschließend sollte ein älterer Kamerad den um das Feuer sitzenden Jugendlichen von seinen Kriegs- oder Revolutionserlebnissen berichten. Die RJ plante nach der Feier und unter Ausschluss der Mitglieder des KJVD die Durchführung eines wehrsportlichen Wochenendlagers.

Anders als die Wanderfahrten, an denen die Jugendlichen bis zum Ende der Weimarer Republik festhielten,⁸⁷ verloren die Sonnenwendfeiern schon vorher an Bedeutung, bis sie schließ-

⁸⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/2/12, Bl. 101.

⁸⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/2/12, Bl. 103.

⁸⁷ Stracke: Jugend, S. 221.

lich von den Nationalsozialisten vereinnahmt wurden. Obgleich die Feier der Sonnenwende im Festkalender des KJVD weiterhin ihren festen Platz hatte, wurde sie nahezu beliebig genutzt – ein Hinweis darauf, dass sich im Laufe der Jahre jede ideologische Besetzung der Feiern abgeschliffen hatte und die jugendbewegten Anleihen nicht länger mit dem mittlerweile militärischen Charakter des Verbandes in Übereinstimmung zu bringen waren. So führte die Gruppe Nordwest des Verbands proletarischer Freidenker am 8. Januar 1932 in Berlin-Moabit mit der Unterstützung kommunistischer Jugendlicher eine Wintersonnenwendfeier durch, an der etwa 900 Personen, darunter 700 Kinder und Jugendliche, teilnahmen. Die Feier habe „den Charakter eines Kinderwerbefestes“⁸⁸ gehabt, teilte der Preußische Minister des Innern später dem Reichsminister des Innern in Berlin mit. Der politische Charakter des Festes sei lediglich durch Inschriften, die auf rotem Tuch an den Wänden des Saales angebracht gewesen seien, deutlich geworden. Ansonsten habe die Feier vor allem unterhaltenden Charakter gehabt. So habe die Bewirtung der Kinder und Jugendlichen mit Kaffee und Kuchen im Mittelpunkt gestanden, daneben habe man die Gäste mit turnerischen Vorführungen und Rezitationen unterhalten.

An diesen Beispielen lässt sich zeigen, dass kommunistische Jugendliche in den ersten Jahren der Weimarer Republik zahlreiche Elemente der sozialen Praxis der bürgerlichen Jugendgruppen übernahmen. Dabei ergänzten sie den Fundus der bürgerlichen Jugendbewegung um eigene Elemente. Genau wie andere Altersgenossen gingen sie auf Wanderschaft oder feierten die Sonnenwende. Die Verbandsleitung versuchte ihre Praxis ideologisch neu zu besetzen und sie zu transformieren: Die Jugendlichen sollten die Wanderfahrten zur Landagitation nutzen und die Sonnenwende zur Erinnerung an die russische Oktoberrevolution und den politischen Aufbruch der Arbeiterklasse feiern. Es ist schwer zu beurteilen, ob und inwieweit diese Bemühungen der Verbandsleitung tatsächlich Früchte trugen und die Jugendlichen die Deutungsangebote übernahmen oder gar internalisierten. Das Flugblatt „Sonnenwende – Weltwende“ zeigt eine Gruppe sozialdemokratischer Jugendlicher „Ringelreihen“ tanzend und eine demonstrierende KJVD-Gruppe, die Banner mit der Aufschrift „Wir verteidigen die Sowjet-Union“ trägt.⁸⁹ Damit wurde suggeriert, dass die Feier der Sonnenwende für kommunistische Jugendliche tatsächlich eine andere Bedeutung als für den Rest der Jugendlichen gehabt hätte. Dieser Interpretation ist durchaus mit Skepsis zu begegnen, da es Hinweise gibt, die für ein Scheitern dieser Transformationsversuche sprechen: Zum einen rissen die Klagen

⁸⁸ BArch, R 1501/122, Bd. 6a, Bl. 15.

⁸⁹ SAPMO-BArch, RY 1/14/2/56, Bl. 126.

der Zentrale über die Weigerung der Jugendlichen, ihre Wochenendfahrten zur Landagitation zu nutzen, nicht ab und zum anderen schilderten die Jugendlichen die Wanderfahrten und Sonnenwendfeiern nahezu vollständig im Duktus der bürgerlichen Jugendbewegung, deren Rhetorik sie ebenfalls übernahmen. Selbst die über jeden ideologischen Zweifel erhabenen Autoren des Erinnerungsbestandes schieben in ihren autobiographischen Berichten eine entsprechende Erklärung, die ihre Praxis rückwirkend der offiziellen Deutung anpasst, nur pflichtschuldig hinterher.

Die „Schnittmengen“ der sozialen Praxis des KJVD und der anderen Jugendgruppen zeigen, dass die jungen Genossen nicht zwangsläufig ein Außenseiterdasein führten. Aspekte ihrer Gruppenpraxis waren durchaus anschlussfähig an die anderer Weimarer Jugendorganisationen. Im Laufe der zwanziger Jahre verloren sich die Einflüsse der bürgerlichen Jugendbewegung auf die Jugendkultur der Weimarer Republik, denn neue Freizeitmuster setzten sich durch. Sportliche Aktivitäten und pfadfinderische Aktionsformen gewannen an Bedeutung, ebenso unterhaltende Elemente wie Tanz und Spiel. Insbesondere an der Integration militaristischer Formen hatte der KJVD, der mehr und mehr Parteijugend wurde, partiell Anteil. Wie die Feier der Reichsjugendtage zeigt,⁹⁰ setzten sich die öffentlichen Groß- und Massenveranstaltungen Mitte der zwanziger Jahre auch im kommunistischen Jugendverband durch.⁹¹ Die Parallelen zwischen den verschiedenen Jugendkulturen deuten darauf hin, dass sich die soziale und kulturelle Praxis der Jugendlichen nicht nur an den jeweiligen politischen Lagern orientierte, sondern sich teilweise auch von ihnen unabhängig entwickelten.

⁹⁰ Vgl. Kap. 4.3. „Symbolische Politik“: Die Jugendtage.

⁹¹ Vgl. Entwicklungstendenz der Weimarer Jugendverbände bei Böhnisch/Gängler: Jugendverbände, S. 55 f.

4.3. Symbolische Politik: Die Jugendtage

Ausgehend von der von Lynn Hunt anhand der Französischen Revolution entwickelten These, dass die Ausübung von Macht an symbolische Praktiken gebunden sei,⁹² wenden sich neuere Forschungsarbeiten der Untersuchung von Symbolen, Ritualen und Mythen zu.⁹³ Für die Weimarer Republik vertritt Andreas Dörner die These, dass deren Erosion auf die fehlende Symbolpolitik⁹⁴ der Demokraten zurückzuführen sei, die der ausgeprägten Symbolpolitik der Linken und der Rechten, die die Weimarer Republik verhöhnten, nichts entgegensetzen konnten.⁹⁵ Mallmann, der die Festkultur und die symbolische Politik der KPD untersucht hat, bestätigte dies insofern, als er zeigen kann, dass die Kommunisten die Festinszenierungen gezielt als Medium symbolischer Politik und Repräsentation einsetzten: „Kundgebungen und Fackelzüge, Feste und Feiern waren die Medien, mit denen die Milieus sich, ihre politische Kultur, ihre Ziele und Werte öffentlich präsentierten. Es waren weit mehr als Veranstaltungen mit Informationsfunktion. Es waren bekenntnisstiftende, rituell gestaltete Massenaktivitäten, Mittel einer symbolischen Kommunikation nach innen und nach außen, die vergemeinschaften und abgrenzen, integrieren und warnen, werben und einschüchtern sollten.“⁹⁶

Wichtige Impulse zur Analyse der Symbol- und der Festkultur gehen von der Ethnologie und die Theaterwissenschaft aus. Vertreter beider Disziplinen formulieren grundsätzliche Bedenken gegen eine Definition von „Kultur“, die sich ausschließlich auf die Analyse von Sprache und Zeichen stützt. Die Theaterwissenschaftlerin Erika Fischer-Lichte plädierte dafür, kulturelle Praktiken als performativen Akt zu untersuchen. Im Gegensatz zum Text-Modell der

⁹² Lynn Hunt: *Symbole der Macht. Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur*, Frankfurt a.M. 1989, S. 72.

⁹³ Die Untersuchung der Spielarten symbolischer Politik und politischer Inszenierungen steht noch am Anfang. Aus politiktheoretischer Sicht konzentriert sich das Interesse auf die Formen der Visualisierung von Macht, aus Sicht der Kulturforschung auf die anthropologische und politische Funktion von Symbolen, Mythen und Ritualen und aus kunsthistorischer Perspektive auf die Produktions-, Aneignungs- und Wahrnehmungsmodi von politischen Bedeutungen, Wirkungsabsichten und Funktionsweisen visueller Strategien. Vgl. dazu die Einführung von: Arnold, Sabine/Fuhrmeister, Christian/Schiller, Dietmar: *Hüllen und Masken der Politik*, in: dieselben (Hg.): *Inszenierungen*, S. 7-24, hier: S. 12.

⁹⁴ Unter symbolischer Politik versteht Dörner eine Ersatzpolitik, die das subjektive Befinden der Adressaten bessern soll, ohne dass innerhalb der realen Politik konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Nach Thomas Meyer ist symbolische Politik ein auf Täuschung angelegtes Handeln, daß von den wahren Intentionen der Akteure und von den harten Fakten ablenken soll. Vgl. Dörner: *Mythos*, Kapitel 1.2.; Meyer: *Inszenierung*, Kapitel 4.

⁹⁵ Dörner: *Mythos*, S. 55.

⁹⁶ Mallmann: *Kommunisten*, S. 220.

Geisteswissenschaften geht das Performanz-Modell weniger stark von fixierten Bedeutungen aus, sondern betont stattdessen den Aspekt von Veränderung und Dynamisierung.⁹⁷

Wenngleich der „linguistic turn“ längst nicht, wie von Fischer-Lichte prognostiziert, vom „performative turn“⁹⁸ abgelöst worden ist, so sensibilisiert die Diskussion doch grundsätzlich für die Bedeutung symbolischer Praktiken.

Der KJVD übernahm im Großen und Ganzen den Festkalender der Partei. Die Jungkommunisten feierten in der Regel zusammen mit den erwachsenen Arbeitern den Jahrestag der Oktoberrevolution,⁹⁹ sie nahmen an den Gedächtnisfeiern für die Opfer der Novemberrevolution und der Märzgefallenen von 1848 ebenso teil, wie an den Demonstrationen zum 1. Mai. Ebenso selbstverständlich schloss sich der KJVD der Kritik an der sozialdemokratischen Festkultur an: „Der 1. Mai ist kein Feiertag in dem Sinne, der durch Kaffeeklatsch und Tanzvergnügen, so wie die SPD es regelmäßig macht, begangen wird, sondern der 1. Mai ist ein Kampftag unter den Kampfparolen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung.“¹⁰⁰

Selbst bei Veranstaltungen und Feiern, die der KJVD in Eigenregie durchführte, kopierte er die Dramaturgie und die Ästhetik der Festinszenierungen der Partei. Um die gewünschte Lesart zu sichern und unerwünschte Deutungen zu vermeiden, versuchten die leitenden Funktionäre im Vorfeld nicht nur auf Inhalte und ideologische Ausrichtung der öffentlichen Veranstaltungen Einfluss zu nehmen, sondern auch auf deren Inszenierung und Präsentation. Die Zentrale erteilte etwa den Bezirken hinsichtlich der im Sommer 1924 geplanten Jugendkundgebung detaillierte Anweisungen zur Ausgestaltung der Festsäle: „Der Saal muß der Kundgebung angepaßt sein, d.h. an Stelle von bunten Girlanden und buntem Klimbim wird er mit roten Fahnen und rotem Tuch, Bildern und Aussprüchen von Liebknecht, Luxemburg, Lenin

⁹⁷ Balme, Christopher: Einführung in die Theaterwissenschaft, Berlin 1999, S. 162 ff.

⁹⁸ Erika Fischer-Lichte: Notwendige Ergänzung des Text-Modells. Dominantenverschiebung: Der „performative turn“ in den Kulturwissenschaften, in: Frankfurter Rundschau vom 23.11.1999, S. 20. Vgl. dazu auch: Fischer-Lichte, Erika: *Theatralität – Das Theater als kulturelles Modell in den Kulturwissenschaften*. Antrag auf die Einrichtung eines Schwerpunktprogramms. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Manuskript). In jüngster Zeit sind einige Untersuchungen erschienen, die aus unterschiedlicher Perspektive mit dem Performanz-Modell arbeiten. Siehe dazu in der Reihenfolge des Erscheinens: Fischer-Lichte, Erika (Hg.): *Theatralität und die Krise der Repräsentation*, Stuttgart 2001; Wulf, Christoph (Hg.): *Grundlagen des Performativen*. Eine Einführung in die Zusammenhänge von Sprache, Macht und Handeln, Weinheim 2001; Mersch, Dieter: *Ereignis und Aura*. Untersuchungen zu einer Ästhetik des Performativen, Frankfurt a.M. 2002; Soeffner, Hans-Georg/Tänzler, Dirk (Hg.): *Figurative Politik*. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft, Opladen 2002.

⁹⁹ Anstelle der Novemberrevolution feierten KPD und KJVD die russische Oktoberrevolution von 1917. Vgl. dazu Galius, Manfred: „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!“ Die Kommunisten, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): *Politische Identität und nationale Gedenktage: Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 77-87.

¹⁰⁰ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/72, Bl. 142.

und guten Plakaten geschmückt.¹⁰¹ Im Mittelpunkt der Inszenierung sollten die Bildnisse der Kommunistischen Führer und die Roten Fahnen stehen, auf denen in der Regel Hammer und Sichel als Staatswappen der Sowjetunion oder aber ein fünfzackiger Stern abgebildet war. Sie gehörten zum Zeichenrepertoire der KPD, das aus Anleihen der Arbeiterbewegung bestand, deren Ikonographie um neue Elemente ergänzt und erweitert wurde.¹⁰²

Fahnen, die wesentlich zur Ästhetisierung der Politik beitrugen,¹⁰³ hatten keinesfalls nur „dekorativen“ Charakter. Auf einer symbolischen Ebene verdichteten sie die gemeinsam geteilten Werte und Überzeugungen. So stellte die kommunistische Jugend Ostpreußens im Juli 1924 konsequenterweise gegen den Senatspräsidenten Dr. Nieder Strafanzeige, der ihre Verbandsfahne einen „russischen Fetzen“¹⁰⁴ genannt hatte und bei einer Verhandlung den Angeklagten gefragt hatte, ob dieser „sich nicht geschämt habe, als deutscher Mann auf eine russische Fahne zu schwören?“¹⁰⁵ Aus Sicht der Jugendlichen waren solche Schmähungen „eine schwere Beschimpfung und ehrenrührige Äußerung gegen alle unsere Vereinsmitglieder, die die Fahne als das Symbol ihrer Idee und ihrer Vereinstätigkeit ansehen.“¹⁰⁶ Weiter heißt es: „Die Beschimpfung unserer Fahne, noch dazu in öffentlicher Sitzung von einer solch hervorragenden Stelle aus bedeutet für uns eine schwere Ehrverletzung. Wir können uns eine derartige Herabsetzung unserer Idee und unserer Persönlichkeit von einem politischen Gegner nicht gefallen lassen.“¹⁰⁷

Für die Jungkommunisten waren ihre Fahnen ein „Aushängeschild“. Ihre Selbstwahrnehmung als Gruppe war vielfach an die gemeinsame Anschaffung einer Gruppenfahne gebunden. So schildert Gerhart Albrecht sehr ausführlich, wie die Jugendlichen seiner KJVD-Ortsgruppe ihre Ersparnisse zusammenlegten und zur Finanzierung zusätzlich Zeitungen und andere Druckschriften verkauften. Die Gruppe gestaltetet den Gang zur Stickerei, wo sie die Fahne schließlich abholen konnte, als kleine Prozession.¹⁰⁸ Neue Fahnen wurden in der Regel fest-

¹⁰¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 182.

¹⁰² Vgl. Gottfried Korff: Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Petzina, Dietmar (Hg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 27-60 und Mallmann: Kommunisten, Kap. 4.8. Feldzeichen der Revolution: Ikonographie und symbolische Politik, S. 234-242.

¹⁰³ Korff: Fahnen, S. 52.

¹⁰⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/73, Bl. 72.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/73, Bl. 73.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1, Bl. 80. Vgl. auch Fritz Meyers an Erinnerungen an den Kauf einer Gruppenfahne und deren Weihe: SAPMO-BArch, SgY 30/2016, Bl. 3. Auch Karl Pioch, der 1930 von der SAJ zum KJVD kam, geht in seiner Autobiographie auf den Erwerb der Gruppenfahne ein. Pioch, Karl: Nie im Abseits, Berlin (Ost) 1978, S. 46.

lich geweiht. Das Prozedere machte sie symbolisch zum Repräsentanten der Bewegung. Gemeinsam sprachen die Jugendlichen den Fahneneid, der mit einem Schwur endete: „Sieg oder Tod ein heiliger Schwur – Wir leben und sterben für Dich – Du Rote Fahne der Proletarierdiktatur.“¹⁰⁹ Der Fahneneid, bei dem die Anwesenden bekannnten, sich unermüdlich für die Ziele des KJVD einzusetzen, bildete den Höhepunkt der Feierlichkeiten.¹¹⁰ Der hohe Symbolwert, den die Fahnen im Allgemeinen hatten, wird schon daran deutlich, dass sie im Zentrum der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Jungkommunisten und anderen Jugendgruppen standen und ihr jeweiliger Verlust als Demütigung erfahren wurde.

Neben den roten Fahnen sollte der Festsaal, in dem die oben erwähnte Jugendkundgebung 1924 stattfand, mit Portraits und Zitaten von Liebknecht, Luxemburg und Lenin ausgestaltet werden. Vor allem Liebknecht und Luxemburg wurden von den Jugendlichen als Helden verehrt. Die beiden Arbeiterführer galten als Märtyrer, die ihr Leben im Kampf für die Arbeiterklasse hingaben. Ihre Portraits hatten den Status von Devotionalien. Zusammen mit Lenin standen sie im Zentrum eines Totenkults, der sich an christlichen Vorbildern orientierte und der vom Jugendverband traditionell bei den Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Feiern zelebriert wurde. In den Jugendheimen wurden später so genannte „Lenin-Ecken“ eingerichtet, die ebenfalls mit Portraits und Zitaten ausgeschmückt waren.¹¹¹

Entwicklung und Organisation der Jugendtage

Im Kontext der Festkultur des KJVD sind insbesondere die Jugendtage von Interesse, da ihre Feier theoretisch den kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen vorbehalten war. Ihre Ausgestaltung oblag der Verantwortung der Zentrale des KJVD und den jeweiligen Bezirksleitungen.¹¹² Der erste Reichsjugendtag des KJVD fand Pfingsten 1922 in Jena statt. Erst

¹⁰⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/2/7, Bl. 115.

¹¹⁰ Der Kieler KJVD plante am Samstag den 19. September 1931 eine Fahnweihe. Fast beschwörend wandten sich die dortigen Genossen an die Hamburger Bezirksleitung, von der sie die Sturmflagge anforderten: „Das wichtigste ist daß Ihr uns die Sturmflagge schickt. Wir lassen auf 10.000 Flugzetteln verkünden, daß die Flagge überreicht wird. Wenn Ihr uns dann draufsetzt, dann ist die Stimmung an diesem Abend hin. (...) Es wäre uns lieb, wenn wir die Flagge zur größeren Sicherheit schon am Donnerstag in Händen hätten. Schreibt uns, daß wir uns auf die pünktliche Anlieferung verlassen können.“ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/77, Bl. 74.

¹¹¹ Vgl. Dörners Überlegungen zur Zivilreligion, in: Dörner: Mythos, S. 90.

In der DDR löste der Thälmann-Kult, denjenigen um Luxemburg und Liebknecht ab. Nach der offiziellen Lesart opferte Thälmann sein Leben. Sein Erbe wurde von seinen noch lebenden Weggefährten in der SED verwaltet. Wierling, Dorothee: Über die Liebe zum Staat – der Fall der DDR, in: Historische Anthropologie 8 (2000), S. 236-263, hier: S. 243 f.

¹¹² Die Jugendweihen waren als Alternative zur Kommunion und Konfirmation ins Leben gerufen worden. Sie haben den Charakter eines Initiationsritus und werden in der Regel von Erwachsenen durchgeführt. Zunächst führten kommunistischen Lehrkräfte die Jugendweihen durch. Später gingen sie vollständig in den Zuständigkeitsbereich der Freidenkerorganisationen über. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/32, Bl. 11 und Bl. 127.

fünf Jahre später beging der Verband in Hamburg offiziell den zweiten Reichsjugendtag,¹¹³ der, sofern nicht von den Behörden verboten, von da an jährlich zu Ostern oder zu Pfingsten gefeiert wurde. Neben den Reichsjugendtagen veranstalteten die Bezirke und Unterbezirke eigene Jugendtage. Um ihre öffentliche Wirkung zu steigern, empfahl die „Junge Garde“ den Bezirken, nicht viele kleine Jugendtage, sondern stattdessen „wenige, aber um so imposantere Kundgebungen“¹¹⁴ zu veranstalten. Weiterhin wurde der Internationale Jugendtag zelebriert, der zum ersten Mal Ostern 1915 in Bern anlässlich der Internationalen Sozialistischen Jugendkonferenz gefeiert worden war.¹¹⁵ Die Anwesenheit ausländischer Delegierter oder eines Vertreters der KJI gaben den Jugendtagen einen internationalen Anstrich. So wertete die persönliche Teilnahme von Willi Münzenberger, der die KJI, vertrat den Weimarer Jugendtag 1921 auf, obwohl seine Ansprache „wegen Heiserkeit“ ausfallen musste.¹¹⁶

Über die Gründe, warum der Verband erst 1927 wieder eine zentrale Veranstaltung durchführte und die Feiern des Jugendtages bis dahin den Bezirken überlassen hatte, kann nur gemutmaßt werden. Die Zentrale ergriff die mit dem Reichsjugendtag verbundene Chance zur öffentlichen Selbstdarstellung zu einem Zeitpunkt, an dem die Präsenz der linken und rechten Wehrverbände in der Öffentlichkeit deutlich angestiegen war. Möglicherweise waren die Reichsjugendtage eine Antwort auf diese Entwicklung, da der ohnehin mitgliederschwache Verband in der Öffentlichkeit wenig präsent war. Ein weiteres Motiv dürfte sein, dass der KJVD der SAJ nicht nachstehen wollte, deren Reichsjugendtage die Zentrale argwöhnisch beobachtete und scharf kritisierte. So fand die Zentrale für den 4. Reichsjugendtag, den die SAJ im August 1925 in Hamburg feierte, und zu dem sie zwischen zwölf- und vierzehntausend Jugendliche mobilisieren konnte, nur kritische Worte. Bereits der von den sozialdemokratischen Jugendlichen am ersten Abend durchgeführte Fackelzug habe „den ganzen Charakter des Jugendtages“ gezeigt: „Kein revolutionäres Lied, kein fester Schritt. Unter dem Gesang ‚Wenn wir schreiten!‘ [sei] ein regelrechter Latscherausflug unter Fackelbeleuchtung aufgeführt“¹¹⁷ worden, polemisierten die Jungkommunisten. Während die politischen Vorträge äußerst schlecht besucht worden seien – beispielsweise hätten an einem Vortrag des Vorsit-

¹¹³ Pietschmann, Horst: Zum Kampf der deutschen Jungkommunisten gegen militaristische Reaktion und Kriegsgefahr im Jahr 1927, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 33 (1984), S. 15-19, hier: S. 15.

¹¹⁴ Vgl. „Krieg dem imperialistischen Kriege“, in: Die Junge Garde vom 9.8.1919, Nr. 33.

¹¹⁵ Hannemann, Theodor: Zur Geschichte der Internationalen Jugendtage (1915 – 1932), in: Junge Generation 35 (1982), Heft 9, S. 34-35. Zum 2. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder, das im Juli 1930 in Berlin unter Beteiligung der Kommunistischen Kinderorganisation und des KJVD stattfand vgl. Elsen, Heinz: Der II. Slot 1930, in: Junge Generation 33 (1980), Heft 8, S. 75-77.

¹¹⁶ BArch R 1507/1056a, Bl. 56. Vgl. auch BArch R 1507/1056a, Bl. 48.

¹¹⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/68, Bl. 351.

zenden der Sozialistischen Arbeiterjugendinternationale nur 36 Personen teilgenommen, seien die „festlichen Kundgebungen mit Reihentanz und Gesang überfüllt“ gewesen.¹¹⁸ Die Abschlussdemonstration wird als „typischer Latscherzug“ bezeichnet. Während des gesamten Jugendtages sei kein „Fünkchen Kampfgeist und ernster Wille zur Durchsetzung der notwendigen Jugendforderungen“ festzustellen gewesen. Vielmehr seien „15000 junge Proletarier durch allerhand Spielereien und Klimbim vom Klassenkampf“ abgehalten worden, lautet das kritische Resümee.¹¹⁹

Um die Reichsjugendtage tatsächlich zu einer Plattform zu machen, auf der sich der Verband der Öffentlichkeit wirkungsvoll präsentieren konnte, brauchte der KJVD die Unterstützung der „Jungen Garde“ und der Parteipresse, deren Redakteure den Reichsjugendtag zum Medienereignis stilisierten. Bereits im Vorfeld der Jugendtage wurde ausführlich von dem bevorstehenden Ereignis berichtet. Auch die zahlreichen kleinen dezentral durchgeführten Jugendtage erfreuten sich der Aufmerksamkeit der verbandsnahen Presse. Die Abteilung für Agitation und Propaganda des Unterbezirks Leipzig regte 1930 zudem an, auf der Grundlage von vorhandenen Fotos einen kleinen Dokumentarfilm über den Reichsjugendtag in Leipzig anzufertigen.¹²⁰ Dies geschah möglicherweise nicht ausschließlich zu Dokumentationszwecken, sondern auch, um die emotionale Dichte des Jugendtages über das eigentliche Ereignis hinaus zu konservieren und damit die Nachhaltigkeit der Erfahrung sicherzustellen. Für eine solche Interpretation spricht, dass die Delegationen, die an den jeweiligen Reichsjugendtagen teilnahmen, nach ihrer Rückkehr dazu verpflichtet waren, in ihren Bezirken ausführlich vom Reichsjugendtag zu berichten. Diese Vorgabe trug dazu bei, dass die Erlebnisse immer wieder vergegenwärtigt wurden und so der „Funke“ auf andere Jugendliche, die keine Möglichkeit zur Teilnahme hatten, überspringen konnte.¹²¹ Hinter den Anweisungen verbarg sich die Hoffnung, dass die Jugendlichen nicht ausschließlich durch Überzeugungsarbeit dauerhaft an den KJVD gebunden werden konnten, sondern auch durch „Erweckungserlebnisse“.

Der Charakter der Jugendtage veränderte sich im Laufe der Weimarer Republik. In den ersten Jahren waren die Jugendtage stärker als Werbeveranstaltungen konzipiert. So war beispielsweise der 9. Internationale Jugendtag 1923 vollständig als Kampf- und Werbetag angelegt.

¹¹⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/68, Bl. 351.

¹¹⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/68, Bl. 351.

¹²⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/74, Bl. 280.

¹²¹ Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/2095, Bl. 6.

Die Jugendzentrale setzte selbstverständlich voraus, dass die mitgliederstarke KPD sie in ihrem Unterfangen unterstützen würde und forderte ihre Mitglieder auf, sich, dort, „wo die Partei eine enge Zusammenarbeit ablehnt, (...) sich sofort beschwerdeführend an ihre Unterbezirksleitung oder Bezirksleitung“¹²² zu wenden. Im Anschluss an den Jugendtag äußerte sich die Zentrale gegenüber der KJI positiv über die erzielten Ergebnisse. Die Bewegung habe weiter Aufschwung genommen, in vielen Orten seien neue Gruppen entstanden. Außerdem sei es gelungen, politisch indifferente Jugendliche einzubeziehen und ein engeres Kampfbündnis mit einzelnen Sportvereinen oder der SAJ, die sich teilweise an den Feierlichkeiten beteiligte, zu schließen.¹²³ Nach und nach nahmen die Jugendtage jedoch stärker den Charakter von politischen Demonstrationen und „Kampftagen“ an. Zum Ende der Weimarer Republik wurden die Jugendtage zu einer Plattform, auf der politische Auseinandersetzungen – wenn nötig auch körperlich – ausgetragen wurden. Die Jugendlichen ließen „Dampf“ ab, sie provozierten die Behörden ebenso wie die gegnerischen Parteien und nahmen den Kampf um die Macht symbolisch vorweg. Diese Entwicklung ist auch anhand der veränderten Bildsprache und der Rhetorik der „Jungen Garde“, die zur Teilnahme an den Reichsjugendtagen aufrief, nachzuvollziehen. Lädt im Juli 1919 auf dem Titelblatt der „Jungen Garde“ noch ein „jugendbewegtes“ Mädchen mit langem Rock und Haar zur Teilnahme am Jugendtag ein, das die Hände überschwänglich in die Luft reißt und dem fröhlich lachende Jugendliche folgen,¹²⁴ so hatten sich die Botschaft und die Ästhetik ein knappes Jahrzehnt später drastisch verändert. Das Titelblatt der Verbandszeitung schmückte im April 1927 nämlich ein überdimensional großer Bursche mit Schlägermütze und geschultertem Gewehr, der in seiner Faust drei winzige Nationalsozialisten zerdrückt.¹²⁵ Auch der Aufruf der Zentrale zum Reichsjugendtag 1928 in Chemnitz war bereits ganz militaristisch gefärbt: „Chemnitz – Ostern 1928! Wieder ruft der Kommunistische Jugendverband Deutschlands zur Heerschau. Unter dem Banner der KJI mustert der deutsche Kommunistische Jugendverband in einer Zeit des heißesten Ringens mit den Feinden der Jungarbeiterschaft seine Kräfte in Chemnitz.“¹²⁶ Die Zentrale schärfte allen „Chemnitzfahrern“ im Vorfeld ein, einheitlich und diszipliniert aufzutreten sowie sich streng an die Anordnungen ihrer jeweiligen Leitung zu halten.¹²⁷

¹²² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/66, Bl. 127.

¹²³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/44, Bl. 46.

¹²⁴ Titelblatt, Die Junge Garde vom Juli 1919, Nr. 30. Siehe Bildnachweis 1 im Anhang.

¹²⁵ Titelblatt, Die Junge Garde von Mitte April 1927, Nr. 14. Siehe Bildnachweis 2 Anhang.

¹²⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/69, Bl. 107.

¹²⁷ Die Entwicklung der Jugendtage der SAJ zeigt deutliche Parallelen: Während der Weimarer Reichsjugendtag der SAJ 1920 noch die lebensreformerische Ansätze und den jugendbewegten Idealismus verkörperten, symbolisierte der Dortmunder Reichsjugendtag von 1928 mit den straff-uniformierten Aufmärschen hingegen den

Der mit den Jugendtagen verbundene Organisationsaufwand war enorm. Über die Bewerkstelligung aller Vorbereitungen vergaßen die beteiligten Gruppen den üblichen Zwist. 1924 stellten die Behörden in ihrem Bericht über den in Bissingen stattfindenden Internationalen Jugendtag anerkennend fest, dass es den Organisatoren gelungen sei, für 500 bis 600 Jugendliche Massen- und Einzelquartiere in der kleinen Ortschaft zur Verfügung zu stellen. Dies überraschte die Beamten um so mehr, als der dortige Jugendverband im Gegensatz zur Partei nur wenig Mitglieder hatte. Die ankommenden Gäste wurden am Bahnhof von den 55 Mitgliedern des Bissinger-KJVD empfangen. Die Jugendlichen wurden von den Parteigenossen bei der Organisation des Jungentages unterstützt, so dass sich der Redner auf der Abschlusskundgebung entsprechend herzlich bei den „Arbeitern und Kleinbauern Bissingens für die große Gastfreundschaft“ bedankte.¹²⁸

Im Vergleich zu den Bezirksjugendtagen war der Organisationsaufwand der Reichsjugendtage, die jährlich wechselnd in verschiedenen Städten stattfanden und von der Verbandsleitung in Zusammenarbeit mit dem jeweils gastgebenden Bezirk organisiert wurden, noch um ein Vielfaches größer. Für die gastgebenden Bezirke wurde die erfolgreiche Durchführung des Jungentages zu einer Frage der Ehre. Sie bereiteten den Reichsjugendtag von langer Hand vor und waren dabei wesentlich auf die Gastfreundschaft und die Solidarität der ortsansässigen Arbeiterschaft angewiesen. So kursierten in Hamburg im Vorfeld des Jungentages in den Arbeitervierteln Quartierlisten, auf denen die Gastgeber angeben sollten, ob sie ein Mädchen oder einen Jungen aufnehmen und ob sie ihren Gästen auch ein Mittagessen anbieten könnten. Familien, die kein Nachtlager zur Verfügung stellen konnten, wurden zur Finanzierung des Jungentages um Geldspenden gebeten.¹²⁹ Der Jugendverband bezog andere kommunistische Organisationen in die Vorbereitung und Durchführung der Reichsjugendtage mit ein. Den Aufruf zum 1930 in Leipzig stattfindenden Reichsjugendtag unterzeichneten neben dem KJVD auch der Jungspartakus Bund, die Rote Hilfe, die Sächsische Arbeiterwehr, der Rote Frauen- und Mädchenbund, die Internationale Arbeiter-Hilfe, der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit sowie der Verband proletarischer Freidenker. Der Bezirk stand vor der Herausforderung, 25.000 Gastquartiere zu beschaffen und den Ablauf sämtlicher Veranstaltungen des Jungentages zu koordinieren. Der Aufruf an die beteiligten Gruppen, sich aktiv für den Reichsjugendtag einzusetzen, appellierte an deren Verantwortungsgefühl und an

Umbruch innerhalb der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Der Frankfurter Reichsjugendtag von 1931 appellierte schließlich an den antifaschistischen Abwehrwillen der sozialistischen Jugend. Walter: Jugend, S. 327 f.

¹²⁸ BArch R 1507/1056 c, Bl. 104.

¹²⁹ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/77, Bl. 32. Vgl. auch zur Gastfreundschaft der Quartiergeber Heinrich Fischers Erinnerungen an den Reichsjugendtag 1929 in Düsseldorf SAPMO-BArch, SgY 30/1952, Bl. 44.

deren Solidarität: „Zeigen wir der Welt, daß die arbeitende Jugend Leipzigs, die arbeitende Jugend Deutschlands trotz Polizeiterror und Sozialfaschismus zur Roten Front steht.“¹³⁰

Die Kooperation mit anderen Organisationen wurde mitunter für den KJVD zum Balanceakt, war sie doch immer mit dem Risiko verbunden, „daß der Charakter des Jugendtages als eines KJ-Tages verwischt wird“.¹³¹ Die Befürchtung der Zentrale, wie hier in einem Rundschreiben vom Mai 1925 geäußert, war nicht unbegründet. In der Vergangenheit sei „bei Roten Tagen, Maifeiern usw. (...) die KJ hinter dem RJ vollständig“ verschwunden, so dass „der indifferente Jungarbeiter nur den RJ“¹³² gesehen habe. Der Ärger darüber, dass die RJ und nicht der KJVD die Veranstaltung dominiert hatte, ist umso verständlicher, da die Angehörigen der Wehrorganisationen aufgrund ihrer Uniformen ohnehin im Alltag das Straßenbild prägten und die Jugendtage eigentlich dazu beitragen sollten, dieses Defizit auszugleichen. Die Zentrale schärfte den Mitgliedern daher ein, den Verband in der Öffentlichkeit als autonome Organisation und als geschlossene Gruppe zu präsentieren: „Auch Mädels und jüngere Genossen müssen sich daran gewöhnen, in geschlossenen Reihen straff militärisch aufzumarschieren. Unsere Fahnen, KJI-Abzeichen, Plakate usw. müssen dem Zug das Gepräge geben, denselben Charakter müssen auch die Ansprachen, Sprechchöre usw. tragen.“¹³³ Dominierten andere Gruppen als der KJVD den Jugendtag, verlor der Verband eine wichtige Werbefläche, prägten erwachsene Genossen das Erscheinungsbild der Jugendtage, so wurde dessen Idee regelrecht ad absurdum geführt. Genau dies musste der Instrukteur „Michel“ beim Jugendtag des Bezirks Magdeburg-Anhalt, der Ostern 1925 in Dessau stattfand, nämlich beobachten: „Der erste Eindruck war der eines Massenmeetings der Partei, da das ältere Element unter den Demonstranten stärker hervortrat als die Jugend.“¹³⁴

Die Organisation der Jugendtage einte zwar die an der Vorbereitung beteiligten Genossen für kurze Zeit, sie konnte aber auch zu heftigen Streitigkeiten unter den Bezirken führen. Schließlich konkurrierte man um die beste Organisation und die Gestaltung des imposantesten Jugendtages. Die scharfe Kritik, die die zwei Jahre zuvor gastgebenden Hamburger Jugendlichen an den Organisatoren des 1929 in Düsseldorf stattfindenden Reichsjugendtages übten, belegt, dass die Hamburger von ihren eigenen Organisationsqualitäten recht überzeugt gewesen sein mussten. Ihre Beschwerdeliste war recht umfangreich. Sie kritisierten die Jugendtags-

¹³⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/74, Bl. 212.

¹³¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/68, Bl. 184 f.

¹³² Ebenda.

¹³³ Ebenda.

¹³⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/76, Bl. 123.

leitung im Berliner ZK, die ihrer Meinung nach den relativ schwachen Düsseldorfer Verband hätte stärker bei der Organisation unterstützen müssen. Aus Sicht der Hamburger Delegierten begannen die Schwierigkeiten bereits im Vorfeld des Jugendtages. Sie hätten nämlich nicht, wie geplant, anreisen können. Die Organisatoren des Düsseldorfer Reichsjugendtages hätten ihnen mit einem „lächerlichen Wisch“ mitgeteilt, dass es nicht möglich sei, sie bereits am Donnerstag in Düsseldorf unterzubringen. Für diese „Mätzchen“ der Jugendtagsleitung, die von den Hamburgern zudem als „unfähige Hammelherde“ beschimpft wurde, hätte man kein Verständnis: „Was muß das bei Euch für ein Saftladen sein, wenn Ihr am Donnerstag keine lausigen 100 Quartiere stellen könnt.“¹³⁵ Nach ihrer Ankunft in Düsseldorf fanden die Hamburger Jugendlichen die Situation keineswegs zu ihrer Zufriedenheit vor: „Um den Skandal noch die Krone aufzusetzen, ließ man die 30 Pioniere 3 – 4 Stunden auf der Straße herumlaufen und brachte sie dann zuletzt in einem Viertel unter, in dem es von Prostituierten wimmelte.“¹³⁶ Auch für den Düsseldorfer Roten Front Kämpferbund (RFB), der für die Leitung der Demonstration verantwortlich war, fanden die Delegierten nur kritische Worte: Er sei maßlos überfordert gewesen. Weiterhin hatte sich der KPD-Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer bei den Jugendlichen unbeliebt gemacht, weil er von der Delegation verlangt hatte, ein Transparent mit der Aufschrift „Stürzt die Hunger- und Elendrepublik“ einzurollen, obwohl es nicht von der Polizei beanstandet worden war. Abschließend beklagten sich die Hamburger Jugendlichen noch über die Kälte bei der Abschlusskundgebung, für die man einen weniger zugigen Platz hätte wählen sollen sowie über den pazifistischen Einschlag eines von Erich Weinert vorgetragenen Gedichtes.¹³⁷ Die Antwort der Düsseldorfer auf diese lange Beschwerdeliste, die jegliche Solidarität mit den Gastgebern vermissen lässt, ist leider nicht überliefert.

Funktionen der Jugendtage innerhalb des KJVD

Nicht nur die jeweils gastgebenden Bezirke des Reichsjugendtages konkurrierten miteinander um die prunkvollste Ausstattung und um die reibungsloseste Durchführung. Auch die teilnehmenden Delegationen wollten sich möglichst potent und wirkungsvoll vor den anderen Bezirken sowie gegenüber den Schaulustigen präsentieren. Waren die Reichskongresse des KJVD ein Ort des politischen Kräftemessens, so boten die Jugendtage den Bezirken die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und zur Positionierung innerhalb der Verbandshierarchie. Die

¹³⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/77, Bl. 55.

¹³⁶ Ebenda.

¹³⁷ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

Berliner Bezirksleitung setzte sich beispielsweise 1930 das Ziel, mit insgesamt 5.000 Berliner Jungarbeitern am Reichsjugendtag in Leipzig teilzunehmen. Neben den Mitgliedern sollten auch Sympathisanten, Jugendvertreter der Gewerkschaften und der verschiedenen Sportvereine zur Teilnahme mobilisiert werden. Zur Finanzierung der Reise wies die Bezirksleitung die Gruppenkassierer lange im Voraus an, bei den Konsumgenossenschaften Sparkonten anzulegen. Die Berliner Jugendlichen, die bereits am Karfreitag mit Sonderzügen nach Leipzig reisten, bekamen von ihrer Bezirksleitung einen klaren Auftrag mit auf den Weg: Sie sollten den Heimatbezirk würdig vertreten und seine herausragende Rolle demonstrativ zur Schau stellen: „Der Berliner Zug muß auch in seiner äußeren Aufmachung zum Ausdruck bringen, daß er den Organisationen des Reichs führend vorangeht.“¹³⁸ Die jungen Genossen wurden ausdrücklich dazu aufgefordert, uniformiert zu erscheinen: „Je mehr Berliner Teilnehmer in Einheitskleidung aufmarschieren, um so wuchtiger und geschlossener ist der Charakter des Zuges.“¹³⁹ Der Berliner Kurt Lehmke nahm damals als Delegierter der Kreuzberger Zelle „Feuerwache“ am Reichsjugendtag in Leipzig teil. Vor der Abfahrt der Delegation, die auf einem Lastwagen nach Leipzig reiste, habe ein leitender Genosse der KPD eine Ansprache gehalten, in der er an die Jugendlichen appellierte, das rote Berlin in Leipzig ehrenhaft zu vertreten.¹⁴⁰

Dass die Jugendtage nicht nur für den Gesamtverband oder die einzelnen Bezirke, sondern auch für jeden der Teilnehmer von großer Bedeutung waren, belegen die Selbstzeugnisse. Die imposanten Feiern der Reichsjugendtage beeindruckten viele Teilnehmer nachhaltig. Die Verfasser der Lebensberichte schildern ihre Teilnahme als ein berauschendes Erlebnis, bei dem sie die Erfahrung gemacht hätten, Teil einer großen Gemeinschaft zu sein. Bemerkenswert ist, dass die Jugendlichen die erlebte Gemeinschaft als Grundlage der Jugendtage darstellen und nicht davon ausgingen, dass das Gemeinschaftsgefühl ein Resultat der Jugendtage war. Die auf den Jugendtagen geschaffene Stimmung überlagerte für kurze Zeit die Realität: Alles schien möglich zu sein. Die Jugendlichen erfuhren die Gastfreundschaft und Solidarität der Bevölkerung und vielfach den Respekt der Zuschauer. Heinrich Fischer schildert, dass er, als er mit seiner Heidelberger-Delegation 1929 auf dem Reichsjugendtag in Düsseldorf eintraf, überall auf offene Türen gestoßen sei. Die Quartiermacher seien „arbeitslos“ gewesen, da die Jugendlichen von „fremden Leuten (...) von der Straße weggeholt“ und in deren Familien auf-

¹³⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 292.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/2095, Bl. 2.

genommen worden seien.¹⁴¹ In der Masse der Teilnehmer überwand die Jugendlichen die Isolation ihrer Betriebszelle bzw. ihrer Ortsgruppe, die Besetzung des öffentlichen Raumes nahm für kurze Zeit den Sieg ihrer Bewegung vorweg. Diese Erfahrungen ließen die Jugendtage für die teilnehmenden Jugendlichen zum Ort der Selbstvergewisserung und der Selbstbestätigung werden. Rückblickend deuten einige der ehemaligen KJVD-Mitglieder ihre Teilnahme als ein neuerliches, feierliches Bekenntnis zu den Zielen des Kommunismus. Diese Erfahrung sollte sie prägen und beeinflussen. Der Berliner Alfred Grün, der 1930 beim Leipziger Jugendtag dabei war, schreibt: „Ich war stolz, denn Braunhemd und der rote Schlips standen mir gut. Auch mein Gesicht war anscheinend rot, ich spürte das bei so einem großen Erlebnis. Stolz stand ich in Reih und Glied. Mein Selbstbewußtsein bekam einen Ruck.“¹⁴² Es ist unwahrscheinlich, dass der Jungkommunist tatsächlich ein „Braunhemd“ trug, dieses gehörte zur Uniform der nationalsozialistischen Jugend – wichtig an seiner Aussage ist aber sein gesteigertes Selbstwertgefühl, dass aus der Erfahrung resultierte, in der Masse aufzugehen. Herbert Sandtner, der am Reichsjugendtag 1928 in Chemnitz teilgenommen hatte, war wie viele andere Jugendliche, die vom Land kamen, auch vom Auftreten der städtischen KJVD-Gruppen fasziniert: „Besonders die einheitlich gekleideten Genossen aus den Großstädten, die in mustergültiger Marschordnung und proletarischer Disziplin marschierten, wurden immer wieder von der Arbeiterbevölkerung mit großem Beifall begrüßt. Die große Begeisterung des Treffens wirkte noch lange in uns nach.“¹⁴³ Neben der Erfahrung der Gemeinschaft und der Stärke des KJVD schildern viele der ehemaligen Teilnehmer die Begegnung mit Ernst Thälmann als ergreifend, der als Ehrengast an den Reichsjugendtagen des KJVD teilnahm.¹⁴⁴ „Besonders beeindruckte mich, daß wir in Leipzig unseren ‚Teddy‘ Ernst Thälmann vom Hauptbahnhof abholten und er von Jungkommunisten auf den Schultern getragen wurde. Ich hatte auch das Glück, noch ein Stück von seinem Bein zu erwischen.“¹⁴⁵ Auch Kurt Lemke hebt hervor, dass die Rede Thälmanns auf dem Reichsjugendtag in Leipzig auf ihn und auf die ganze Gruppe einen großen „emotionalen Eindruck gemacht“ und die Jugendlichen „beseelt“ habe, noch zielstrebig für die Ziele des Kommunismus einzutreten.¹⁴⁶

¹⁴¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1952, Bl. 44.

¹⁴² SAPMO-BArch, SgY 30/1592, Bl. 10.

¹⁴³ SAPMO-BArch, SgY 30/1602, Bl. 18.

¹⁴⁴ Jahnke: Zum Anteil Ernst Thälmanns, S. 9.

¹⁴⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/1592, Bl. 11.

¹⁴⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/2095, Bl. 4 und Bl. 6.

Die Dramaturgie der Jugendtage

Der amerikanische Ethnologe Milton Singer führte in den fünfziger Jahren den Begriff der „cultural performance“ in die Forschung ein. Er beschreibt damit theatrale Prozesse, die sich in einer begrenzten Zeitspanne mit einem Anfang und einem Ende an einem begrenzten Ort vollziehen, denen ein Anlass und ein organisiertes Programm zugrunde liegen und bei denen Darsteller und Zuschauer zugegen sind. Nach Singer formulieren die Akteure im Akt der „cultural performance“ ihr Selbstverständnis und stellen dies zugleich vor Mitgliedern und Zuschauern dar.¹⁴⁷ Auch die Jugendtage des KJVD können aus dieser Perspektive als „cultural performance“ oder als „performative Akte“, die sich aus verschiedenen Symbolen und Ritualen zusammensetzen, interpretiert werden. Sie waren ein Medium der Repräsentation und der symbolischen Politik, das sich zu gleich an die kommunistische Gemeinschaft als auch an die Öffentlichkeit wandte. Für eine solche Interpretation der Jugendtage spricht auch, dass „theatrale Prozesse“ ohnehin fest in der kulturellen Praxis der Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre, etwa in Form von Sprech- und Gesangschören, verankert waren. Das Theater verließ die Bühne und wurde zum Medium der politischen Agitation.¹⁴⁸

Die Dramaturgie der Jugendtage bezog die „Kernrituale der proletarischen Fest- und Protestkultur“ mit ein,¹⁴⁹ zu denen u.a. auch Kundgebungen, Demonstrationen und Fackelzüge zählten,¹⁵⁰ und ergänzte diese um neue Elemente. Im Mittelpunkt standen der Fahneneid, der im Sinne einer Selbstverpflichtung die Jugendlichen an die Ziele der Gemeinschaft band, sowie die gemeinsame Demonstration, an der sich aber auch andere Organisationen des kommunistischen Lagers beteiligten. Die Demonstrationspraxis in der Weimarer Republik war verschiedentlich Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.¹⁵¹ Eine grundlegende Definition bietet Jürgen Warneken: „Demonstrieren ist eine körperliche Ausdruckshandlung, die zwi-

¹⁴⁷ Singer, Milton (Hg.): *Traditional India Structure and Change*, Philadelphia 1959, S. XIII.

¹⁴⁸ Vgl. Kapitel „Entgrenzung des Theaters und Theatralisierung des Lebens“, hier insbesondere: „Theater als Agitation“, in: Fischer-Lichte, Erika: *Kurze Geschichte des deutschen Theaters*, Tübingen/Basel 1993, S. 282 ff.

¹⁴⁹ Sauer, Birgit: *Politische Leiblichkeit und Visualisierung von Macht. Der 40. Jahrestag der DDR*, in: Arnold/Fuhrmeister/Schiller: *Inszenierung*, S.123-145, hier: S. 129.

¹⁵⁰ Zur Rolle von Fackelzügen und Lagerfeuern bei politischen Festen, siehe: Horn, Christian und Warstat, Matthias: „Feuer und Flamme. Zu einem theatralen Aspekt politischer Feste“, in: Soeffner/Tänzler: *Politik*, S. 103-124, hier: S. 122 ff.

¹⁵¹ Grundlegend dazu: Warneken, Bernd Jürgen (Hg.): *Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt a.M./New York 1991, S. 65; Ehls, Marie-Luise: *Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik*, Berlin/New York 1997. Vgl. dazu auch: Lindenberger, Thomas: *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914*, Bonn 1995; Schumann, Dirk: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918 – 1933: Kampf um die Straße und Furcht vor Bürgerkrieg*, Essen 2001.

schen nur verbaler Artikulation und physischem Körpereinsatz steht: Sie bedeutet den Gebrauch des Körpers als politisches Ausdrucksinstrument, sie benutzt Körpersprache gewissermaßen als Mundart der politischen Sprache.“¹⁵²

Die Demonstrationen der Jugendtage wurden zum Symbol der physischen Macht und der Geschlossenheit des Jugendverbandes. Sie waren ohnehin ein gängiges Ausdrucksmittel des politischen Kampfes. Auf den Jugendtagen waren sie jedoch eingebettet in andere, ebenso sinnstiftende Rituale, so dass sich ihre Wirkung intensiviert und verdichtete. Zudem erstreckten sich die Jugendtage auf mindestens einen, manchmal sogar über zwei Tage und fanden in einem Umfeld statt, das für kurze Zeit vom kommunistischen Lager bestimmt wurde. Bereits die An- und Abreisen der Delegationen waren ein Bestandteil der Inszenierung. Im Bericht der „Jungen Garde“ über die feierliche Verabschiedung der Delegationen, die 1930 auf Lastwagen zum Reichsjugendtag nach Leipzig gereist waren, verschwimmen die Grenzen zwischen Realität und propagandistischer Inszenierung. Die Fahrt der reich geschmückten Wagenkolonne sei zum „Triumphzug der revolutionären Jungarbeiterschaft“ geworden, heißt es pathetisch. „Dicht gedrängt standen und saßen sie auf den tausenden Wagen, und ihre leidenschaftlichen Kampflieder trug der Wind in die verlassensten Dörfer. (...) Rote Fahnen in endloser Reihe flatterten auf den Landstraßen. Dicht gedrängt standen die Arbeiter der Städte und Dörfer am Straßenrand. Unter ungeheurem Jubel durchrasten die Autoketten die Klein- und Großstädte. ‚Rot Front – Rot Front!‘“¹⁵³ Ähnlich schildert Hermann Grosse die Rückfahrt der Berliner Teilnehmer: „Ich erinnere mich noch an die Heimfahrt von Leipzig. Die Berliner Jugend fuhr mit 60 Lastkraftwagen nach Hause. Hunderte von Jugendlichen waren auf Motorrädern gekommen, Tausende auf Fahrrädern. Ich fuhr mit meinem Motorrad diese lange Kette der Fahrzeuge entlang. Das war gleichzeitig eine lange Kette der Kampfbegeisterung.“¹⁵⁴ Die Jugendlichen, die zu den Reichsjugendtagen kamen, erfuhren jedoch nicht nur Zuspruch. Die festlich geschmückten Lastautos waren schon von weitem durch ihre Banner und Fahnen zu erkennen, so dass es auch vorkam, dass die Lastwagen in den Dörfern und Kleinstädten von den Mitgliedern rechter Jugendgruppen mit Steinen beworfen wurden.¹⁵⁵

Der Verlauf der Jugendtage kann exemplarisch anhand von zwei Beispielen aufgezeigt werden. Der Berliner KJVD plante Ostern 1926 gemeinsam mit dem Jung-Spartakus-Bund und

¹⁵² Warneken, Bernd Jürgen (Hg.): Als die Deutschen demonstrieren lernten: Das Kulturmuster „friedlicher Straßendemonstration“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910. Begleitband zur Ausstellung, Tübingen 1986, S. 65.

¹⁵³ „Überall Komsomol!“, in: Die Junge Garde vom 1.5.1930, Nr. 26.

¹⁵⁴ SAPMO-BArch, SgY 30/0310, Bl. 8.

¹⁵⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/2095, Bl. 2.

der RJ einen Bezirksjugendtag in Fürstenwalde. Der Jugendtag sollte an den 10. Jahrestag der „Gründung“¹⁵⁶ des KJVD durch Karl Liebknecht erinnern. Zur Teilnahme wurden nicht nur sämtliche Arbeiterjugend-, Sport- und Kulturorganisationen, sondern auch die „Wandercliquen“, d.h. die unorganisierte Jugend, eingeladen. Die Bezirksleitung wollte den Jugendtag als „Volksfest“ verstanden wissen, das „einige frohe Stunden“ bringen und den Jugendlichen „neue Kraft zum revolutionären Kampf“ geben sollte. Dies war insofern ungewöhnlich, als in der Regel offiziell der politische Charakter in den Vordergrund gerückt wurde und unterhaltende Elemente eher verpönt waren. Die Verbandsleitung war sich durchaus im Klaren darüber, dass viele Jugendliche ihre Teilnahme am Roten Jugendtag mit einer Osterwanderung verbinden würden. Für Jugendliche, die am nächsten Tag in der Umgebung wandern wollten, wurden im Anschluss an den Jugendtag weitere Übernachtungsquartiere zur Verfügung gestellt. Die Fahrt kostete von Berlin aus mit der Stadtbahn 2,20 Reichsmark und mit der schnelleren Fernbahn 3,20 Reichsmark. Im Vorfeld des Jugendtages mussten die Jugendlichen für 50 Pfennige ein Festabzeichen mit einem Sowjetstern und einem Bildnis von Karl Liebknecht kaufen, damit sie zum Eintritt zur Festwiese berechtigt waren.¹⁵⁷ Die Jugendlichen kamen Ostersonnabend im brandenburgischen Fürstenwalde an und wurden mit einem Unterhaltungsabend begrüßt. Der eigentliche Jugendtag begann am Ostersonntag mit dem „großen Wecken“ durch den Roten Front Kämpferbund und die Rote Jungfront. Ab elf Uhr fanden Platzkonzerte statt, um 14 Uhr wurde die Festwiese mit Verlosungen, Wurfspielen, Preisschiessen, turnerischen Vorführungen und politisch – satirischen Vorträgen eröffnet. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Jugendgenossen des Jung Spartakus Bundes feierlich in den KJVD aufgenommen. Die Zentrale plädierte regelmäßig dafür, die neuen Mitglieder feierlich und nicht en passant aufzunehmen, die Jugendtage boten dafür einen geeigneten Rahmen.¹⁵⁸ Stand bis zum Nachmittag die Unterhaltung der Jugendlichen im Vordergrund, so dominierte am Abend die Politik. Auf dem „Internationalen Meeting“ wechselten Konzerte, Rezitationen und Ansprachen einander ab. Als Höhepunkt des Abends war der Auftritt eines großen Sprechchors vorgesehen. Den Abschluss bildete ein Feuerwerk und ein Fackelzug der Teilnehmer durch das rot geflaggte Fürstenwalde zum Bahnhof.

¹⁵⁶ Gemeint war die Jugendkonferenz der oppositionellen Arbeiterjugend, die 1916 in Jena stattfand und an der Liebknecht teilgenommen hatte.

¹⁵⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 129 ff.

¹⁵⁸ Die Lieder und Texte einer Aufnahmefeier sollten so ausgewählt werden, dass das neue Mitglied „von der Bedeutung seiner Mitgliedschaft im KJVD erfüllt“ war. Nach den Vorschlägen der Leitung sollte den Jugendlichen anschließend feierlich ihr Mitgliederbuch, ein Leninbildnis oder die Kampfschrift „Werdet Klassenkämpfer“ übergeben werden. Der Junge Bolschewik 7 (1926), Nr. 1, S. 6.

Der Pfingsten 1926 in Remscheid stattfindende Bezirksjugendtag hatte dagegen vergleichsweise wenig unterhaltende Elemente, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Veranstalter dazu entschieden hatten, den Jugendtag parallel zur Sportplatzweihe der ortsansässigen Freien Turnvereinigung durchzuführen. Diese neige „stark zur kommunistischen Seite“¹⁵⁹ und beging ihr 25-jähriges Bestehen. Für die drei rheinischen Bezirke war die Teilnahme verpflichtend. Auch die Mitglieder der RJ wurde eingeladen. Weitere Zuschauer versprach sich die Jugend aus dem Kreis derer, die an der Sportplatzweihe teilnahmen, so dass eine starke Präsenz in der Öffentlichkeit gewährleistet schien. Am späten Samstagnachmittag wurden die auswärtigen Gäste feierlich an dem mit Girlanden geschmückten Bahnhof empfangen. Die jeweiligen Gruppenführer erhielten die Quartierscheine und die Gruppen bezogen anschließend ihre Unterkünfte. Samstag Abend fand um 20 Uhr eine Werbeveranstaltung mit Vorträgen und Musik auf dem Sportplatz statt. Den Höhepunkt des Abends bildete die feierliche Übergabe einer russischen Fahne an die Remscheider Gastgeber. Der Abend wurde mit einem Lagerfeuer um 22 Uhr abgeschlossen. Der offizielle Festakt zum Jugendtag fand am darauf folgenden Sonntag auf dem Rathausplatz statt. Der Tag begann um 6 Uhr mit dem „großen Wecken“ und dem Aufmarsch aller Teilnehmer um 9 Uhr auf dem Remscheider Marktplatz. Um 10 Uhr fand eine Kundgebung auf dem Rathausplatz statt, bei der Vertreter des KJVD, des Roten Jungsturms und der KPD Ansprachen hielten. Für die KPD sprach der in Remscheid wohnhafte Reichstagsabgeordnete Otto Weber.¹⁶⁰ Das Programm sah Massengesänge wie „Brüder zur Sonne“ oder „Wir sind die erste Reihe“, Rezitationen und Sprechchöre vor. Wiederum bildete die Übergabe einer Fahne des Bezirks Niederrhein an die Ortsgruppe Barmen und der im Sprechchor durchgeführte Fahneneid den Höhepunkt der Feier.¹⁶¹ Die Jugendlichen leisteten gemeinsam einen Schwur, der die klassenkämpferische Rhetorik durch geschlechtsspezifische und religiöse Elemente sinnfällig ergänzte: „Wir Söhne des arbeitenden Volkes, von der Bourgeoisie maßlos unterdrückt und ausgebeutet, von den Arbeitverrätern der Bourgeoisie ausgeliefert, schwören bei unserer proletarischen Ehre, bei dem Tod der 20000 von der Reaktion ermordeten Klassengenossen: zu kämpfen für die Befreiung aller Unterdrückten, unser Leben zu weihen dem Kampfe gegen die Unterdrücker, auf der ganzen Welt bis zum Sieg treu zur Fahne des Klassenkampfes zu stehen bei Sieg und Niederlage. Rot Front!“¹⁶² In Anlehnung an die christliche Gottesdienstliturgie wurde der Schwur abschließend noch einmal vom Leiter der Barmener Ortsgruppe bestätigt: „Wir wissen, was wir

¹⁵⁹ BArch, R 1507/1056d, Bl. 11.

¹⁶⁰ Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² BArch, R 1507/1056d, Bl. 14.

schuldig sind. Mit dem Roten Banner wollen wir kämpfen und dem Symbol treu zur Seite stehen.“¹⁶³ Nach dem Singen der Internationale formierten sich die laut Protokoll etwa 3.500 Teilnehmer zu einem gemeinsamen Demonstrationzug, an dem u.a. ein Tambourkorps und einige Radfahrer teilnahmen. Im Zug waren rund achtzig rote Fahnen und Transparente, mit aus der Sicht der Beamten „aufreizenden Schriften“ wie „Nieder mit Hindenburg“, „Amnestie“, oder „Frieden den Hütten, Krieg den Palästen“.¹⁶⁴ Die den Zug begleitende Polizei kritisierte das rücksichtslose Verhalten der Demonstranten gegenüber den Verkehrsteilnehmern. Der kommunistische Ordnungsdienst habe sich auf den Standpunkt gestellt, „daß die Straße nur den Kommunisten gehöre“ und daher „der gesamte Verkehr während der Demonstration ruhen müsse.“¹⁶⁵ Dennoch kam der Beamte nicht umhin, den überwiegend uniformierten Demonstrationsteilnehmern ein tadelloses Verhalten bescheinigen zu müssen: „Die Ordnung und die Disziplin muß als gut und streng bezeichnet werden. Alle Anweisungen und Befehle erfolgten durch militärische Kommandos, auch wurden alle gegebenen Befehle sofort und ohne Widerrede vollzogen.“¹⁶⁶ Lediglich das Verhalten einiger Jugendlicher, die es „als Sport betrachtet[en], alles was bürgerlich aussah oder besondere Abzeichen trug, anzupöbeln“¹⁶⁷ bot Anlass zur Kritik.¹⁶⁸ Im Anschluss an die Demonstration fanden am Nachmittag auf verschiedenen Sportplätzen Turnaufführungen statt. Für die Kinder hatte der Jung-Spartakusbund eine Theateraufführung organisiert. Der Tag wurde abends mit einem gemeinsamen Fackelzug der Teilnehmer des Jugendtages und des Sportfestes durch die Stadt abgeschlossen: Unaufhörlich seien revolutionäre Lieder erklingen, ein Jugendgenosse habe noch einmal eine kleine Ansprache auf dem Rathausplatz gehalten und anschließend habe es sogar ein kleines Feuerwerk gegeben.¹⁶⁹ Am zweiten Pfingsttag seien die Teilnehmer mit Fahnen zur Landpropaganda in die umliegenden Ortschaften aufgebrochen. Das „Proletariat des bergischen Landes“ sei „mit der Veranstaltung an den Pfingsttagen zufrieden“ gewesen, da es nach seiner Einschätzung „dem Bürgertum seine Stärke zeigen“ konnte. Man wolle „rastlos weiter arbeiten“, ¹⁷⁰ resümiert der zur Beobachtung abgestellte Beamte lakonisch.

¹⁶³ Ebenda.

¹⁶⁴ BArch, R 1507/1056d, Bl. 14.

¹⁶⁵ BArch, R 1507/1056d, Bl. 17.

¹⁶⁶ BArch, R 1507/1056d, Bl. 18.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ Bei ihren Demonstrationen versuchte sich die Arbeiterschaft im Kaiserreich von den Volkstumulten abzusetzen, indem sie auf Lärmen und Johlen verzichtete, Besonnenheit und Ruhe demonstrierte und durch den Einsatz von Ordnungsdiensten ihren Anspruch auf Selbstherrschaft nach Außen trug. Vgl. Lindenberger: Straßenpolitik, insbesondere: Kapitel 7 „Straßendemonstrationen“, S. 304 ff.

¹⁶⁹ BArch, R 1507/1056d, Bl. 16.

¹⁷⁰ BArch, R 1507/1056d, Bl. 19.

Die Teilnehmer der Jugendtage interagierten nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit den Schaulustigen. Einige Festtagsredner versuchten die Zuschauer einzubeziehen und sie für den KJVD zu gewinnen. Andere, wie beispielsweise der kommunistischen Stadtrat Trabinger, der auf dem Karlsruher Jugendtag 1923 eine Ansprache hielt, betrieb konsequent eine Politik der Exklusion, indem er sich von den Beobachtern harsch abgrenzte. Laut Polizeibericht ging Trabinger in seiner Rede davon aus, „dass man im spießbürgerlichen Karlsruhe wohl lächeln werde über die kleine Zahl der Demonstranten.“¹⁷¹ Darauf habe er den Schaulustigen gedroht, daß ihnen das Lachen noch vergehen würde, da sie nämlich ohne es selbst zu wissen, schon längst zu den Kommunisten gehören würden, „denn Not und Elend seien in Beamten- und kleinbürgerlichen Kreisen ebenso groß, als unter dem Fabrikproletariat.“¹⁷²

Auseinandersetzungen mit der Polizei

Nicht immer verliefen die Jugendtage so friedlich wie in Fürstenwalde und Remscheid. Gelegentlich kam es nämlich zu Konfrontationen mit der Polizei oder mit anderen Jugendgruppen. Die gewalttätigen Zusammenstöße können ebenso wie das provozierende Verhalten der Jugendlichen als ein dramaturgisches Element der Jugendtage interpretiert werden. Die Jungarbeiter loteten die Grenzen aus, sie forderten die Gegner zum Kräftemessen heraus und nahmen in den Auseinandersetzungen symbolisch den „Endkampf“ vorweg.

So kam es beispielsweise im September 1922 im Anschluss an den Kommunistischen Jugendtag in Göppingen zu Handgreiflichkeiten. Auf der Heimfahrt nach Stuttgart wurde unter den Jugendlichen bekannt, dass sich in einem anderen Waggon eine Gruppe Deutschnationaler befand, die eine schwarzweißrote Marineflagge bei sich trug. Nach Darstellung der Behörden hätten die kommunistischen Jugendlichen dann die Deutschnationalen provoziert und versucht, diesen die Fahne zu entreißen. Bei der Einfahrt in den Stuttgarter Bahnhof hätten sie die Internationale gesungen, „worauf die Deutschnationalen unter Schwingen ihrer Fahne, Deutschland, Deutschland über alles sangen.“¹⁷³ Daraufhin sei es zu „kleineren Reibereien“ zwischen den verfeindeten Gruppen gekommen.

¹⁷¹ Vgl. beispielsweise BArch, R 1507/1056b, Bl. 74.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ BArch, R 1507/1056a, Bl. 195.

Kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Jugendtagsteilnehmern und der Polizei,¹⁷⁴ warf man sich später gegenseitig vor, von dem jeweils anderen provoziert worden zu sein. Nach der Einschätzungen eines Beamten verhielten sich die etwa 100 Teilnehmer des 8. Internationalen Jugendtages im September 1922 in Karlsruhe solange tadellos, bis ihr Zug die Polizeiwache passierte. Dort habe die Gruppe dann völlig unerwartet und ohne Anlass angefangen zu singen und zu lärmern.¹⁷⁵ Auch die Zentrale des Jugendverbandes gibt in ihrem Bericht an die KJI im September 1923 zu, dass ein Teil der Jugendgenossen weiterhin die Einstellung habe, „daß jeder Schupobeamte [Schutzpolizei, B.K.] belästigt werden muß.“¹⁷⁶ Ausdrücklich wird das Verhalten einiger Jungkommunisten gelobt, die ihrerseits nicht auf die Provokationen der Beamten eingegangen und somit aus den Zusammenstößen „moralisch als Sieger“ hervorgegangen seien.¹⁷⁷

Die Sprechchöre und die Aufführungen waren zum Teil als versteckte Provokation angelegt bzw. wurden von den Beamten auch als solche empfunden. So hielt der sehr routiniert wirkende Beamte, der 1926 über die Feiern des 12. Internationalen Jugendtages in Württemberg berichtete, die Vorführung der lebenden Bilder für „bemerkenswert“. Unkommentiert ließ er hingegen das „lebende Bild“, in dem ein Arbeiter einen Wagen zog auf dem ein peitschenschwingender Kapitalist saß, ebenso die Darstellung einer Verbrüderungsszene zwischen Arbeitern und Bauern. Folgendes Bild fand er jedoch aus leicht nachzuvollziehenden Gründen „bedenklich“: „Auf der einen Seite der Bühne standen 6 Personen und zwar 3 Soldaten in Reichswehruniform mit Stahlhelm und Gewehren und 3 Polizeibeamte in blauer Uniform; auf der anderen Seite sah man eine Anzahl meist mit Hämmern ausgerüstete Arbeiter. Die Soldaten hatten Gewehre auf die Arbeiter angelegt, die Polizeibeamten schwangen ihre Säbel. Einer der Arbeiter schlug seinen Hammer einem der Soldaten auf den Kopf, so daß dieser zusammenbrach.“¹⁷⁸ Die Aufführungen begeisterten vielfach das Publikum. So bestätigte der Beamte, der das Pfingsttreffen der Kommunistischen Jugend 1927 in Heilbronn observiert hatte, dass dort die Rote Revue „Hände weg von China“ von den Zuschauern begeistert aufgenommen worden sei, obgleich „die schauspielerischen Leistungen bei allem Eifer der Darsteller recht bescheiden waren.“¹⁷⁹

¹⁷⁴ Vgl. bei Ehls: Protest; hier: Exkurs: Die Demonstrationspolitik des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und der Nachrichtenstelle des Ministeriums des Innern, S. 246 ff. und das Kapitel: Polizei und Demonstration, S. 398 ff.

¹⁷⁵ BArch, R 1507/1056a, Bl. 198.

¹⁷⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/44, Bl. 46.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ BArch, R 1507/1056f, Bl. 37.

¹⁷⁹ BArch, R 1507/1056g, Bl. 111. Vgl. dazu: Hoffmann-Oswald, Daniel (Hg.): Auf der Roten Rampe. Erlebnis-

Wurden die Jugendtage durch die Weimarer Behörden aus Sicherheitserwägungen verboten, kamen die Jugendlichen meistens dennoch zusammen. In solchen Fällen entwickelte sich dann zwischen ihnen und der Polizei ein regelrechtes Versteckspiel. Dies war beispielsweise 1924 in verschiedenen Orten der Republik zu beobachten. Die rund sechzig Jugendlichen, die in Frohburg ungeachtet eines Verbots zur Feier des 10. Internationalen Jugendtages zusammen gekommen waren, gingen dabei strategisch äußerst geschickt vor. Sie hielten sich nachmittags auf einer Wiese außerhalb der Ortschaft auf und gaben ihrem Treffen damit den Anschein einer zwanglosen Zusammenkunft und nicht den einer politischen Versammlung. Die Beamten der Landespolizei, die die jungen Genossen den ganzen Tag über argwöhnisch beobachteten, konnten den Versuch der Jugendlichen, abends eine Kundgebung auf dem Marktplatz abzuhalten, freilich vereiteln. Die Jungkommunisten, die von den Beamten immer wieder auseinander getrieben wurden, beschimpften diese mit Rufen wie „Nieder mit den Bluthunden“.¹⁸⁰

Auch in Greiz, wo sich etwa 600 Jugendliche an den Feierlichkeiten beteiligten, trieb die Polizei den Demonstrationzug mit Gummiknüppeln auseinander. Bei den Auseinandersetzungen wurden drei Demonstranten so schwer verletzt, dass sie vom Arbeitersamariterbund abtransportiert werden mussten. Ferner nahm die Polizei bei dieser Gelegenheit sieben Jugendliche fest, die sie jedoch nach der Feststellung ihrer Namen wieder frei ließ. Die Opfer solcher gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden jeweils lautstark beklagt und als Helden gefeiert. Zuvor hatte sie schon zwei Lastautos mit Jugendlichen, die an der Feier teilnehmen wollten, an der Zufahrt nach Greiz gehindert.¹⁸¹

In der Lausitz verbot der SPD-Landrat die Feiern zum Jugendtag „in letzter Stunde“. Der Lokalpolitiker erklärte den Kampf gegen den Jugendtag zu einer persönlichen Angelegenheit. Er führte die Polizei an und vereitelte dem Bericht nach die Versuche der Jungkommunisten, sich dennoch zu versammeln. Bei den Auseinandersetzungen verloren die Jugendlichen zwei ihrer Fahnen an die Polizei.¹⁸² Später klagten die Teilnehmer über die ihrer Ansicht nach äußerst brutal vorgehenden Beamten, die wahllos mit Gummiknüppeln auf sie eingeschlagen hätten. Einige Jugendliche wurden für kurze Zeit inhaftiert. Ihre Personalien wurden festgestellt. Dabei sei ein Teil der Genossen auf der Wache „human“ behandelt worden, andere Jugendlichen seien dagegen verprügelt und dazu gezwungen worden, vor den Beamten zu exerzieren. Die Zusammenstöße auf dem Jugendtag hätten den Behörden ferner als Vorwand für

berichte und Texte aus der Arbeit der Agitproptruppen vor 1933, Berlin (Ost) 1963.

¹⁸⁰ BArch, R 1507/1056c, Bl. 71a.

¹⁸¹ BArch, R 1507/1056c, Bl. 73.

¹⁸² SAPMO-BArch, RY 1/14/1/72, Bl. 94.

Hausdurchsuchungen in der Ortschaft gedient. Die Jugendlichen waren empört darüber, dass man sie für eine Friedhofsschändung verantwortlich machte, die zeitgleich festgestellt worden war: „Die Behörden sind nun so gemein und bringen diese Tat mit unserem Jugendtag in Verbindung. (...) Man will die gesamte Öffentlichkeit ganz systematisch gegen uns einstellen.“¹⁸³

Auch in den dreißiger Jahren ignorierten die Jugendlichen die Verbote der Behörden.¹⁸⁴ Ostern 1931 fanden in Berlin trotz des Verbots des 6. Reichsjugendtages vielerorts illegale Demonstrationen statt.¹⁸⁵ Auch 1932 untersagten die Behörden die Feier des 7. Reichsjugendtages unter dem Vorwand, die Sicherheit nicht gewährleisten zu können. Wiederum wurden vielerorts illegale Feiern abgehalten. Der Berliner KJVD hatte ursprünglich einen Besuch der Gräber der Revolutionsgefallenen auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde geplant. Die Jugendlichen realisierten ihr Vorhaben aber dann so geschickt, dass die Polizei keinen Anlass fand, um eingreifen zu können: „Die Kundgebung vollzog sich in der Weise, daß die Teilnehmer einzeln und in kleinen Gruppen an die betreffenden Gräber herantraten und dort eine kurze Zeit still verweilten. Irgendwelche Reden wurden nicht gehalten.“¹⁸⁶

Traurige Berühmtheit erlangte der Reichsjugendtag 1930 in Leipzig, auf dem die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei drei Todesopfer forderten. Bereits im Vorfeld der Feierlichkeiten war die Atmosphäre sehr aufgeladen. Die Zentrale lud die „Bataillone des Jungproletariats“ mit der Parole „Wir sind die Jugend des Hochverrats und nicht zu verbieten!“¹⁸⁷ zur Feier des Reichsjugendtages nach Leipzig ein. Die anreisenden Delegationen wurden schon vorher auf Waffen und verbotene Uniformen durchsucht. In Düsseldorf wurden bei dieser Gelegenheit zwölf Jungkommunisten festgenommen und daran gehindert, nach Leipzig zu fahren. Bei elf Jugendlichen seien verbotene Uniformen und bei einem Jungkommunisten ein Messer sichergestellt worden. Der Waffenfund erstaunte die Beamten insofern, als die Bezirksleitung Mittelrhein den Teilnehmern ausdrücklich untersagt hatte, Waffen mit sich zu führen. Im Fall der Nichtbeachtung war mit dem Ausschluss aus dem Verband gedroht worden.¹⁸⁸

¹⁸³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 94 f.

¹⁸⁴ „Der Reichsjugendtag findet statt“, in: Die Junge Garde vom 20.3.1931, Nr. 26; „Der 6. Reichsjugendtag ein großer Erfolg“ in: Die Junge Garde vom 14.4.1931, Nr. 33.

¹⁸⁵ Pioch: Nie im Abseits, S. 47 ff.

¹⁸⁶ BArch, R 1501/116 Bd.3, Bl. 75.

¹⁸⁷ SAPMO-BArch, RY 1 I 2/8/60, Bl. 1.

¹⁸⁸ BArch, R 1501/116 Bd.1, Bl. 45 ff.

In Leipzig kam es dann während des Aufmarsches der etwa 30.000 Teilnehmer des Reichsjugendtages auf dem Augustplatz zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen der Berliner Jungarbeiter Otto Dyba erschossen und zwei Beamte tödlich verletzt wurden.¹⁸⁹ Soweit ersichtlich, kam es zu den Ausschreitungen, als die Jungkommunisten den polizeilichen Anweisungen, den Platz zu räumen, nicht Folge leisteten. Offensichtlich hatten die Behörden bereits vor den Zusammenstößen die Kontrolle über den Jugendtag verloren. Dies geht jedenfalls aus dem Bericht eines Landtagsabgeordneten der DNVP hervor: „Und als man nachmittags gegen 5 Uhr auf den Fahnenmasten die rote Fahne aufgezogen hatte, als die Kommunisten ins Neue Theater eindringen und aus dem linken Fenster die rote Fahne heraushängen, da stand tatsächlich der Augustplatz unter der Herrschaft dieser kommunistischen johlenden und grölenden Masse.“¹⁹⁰ Das Verbandsorgan „Die Junge Garde“ frohlockte dagegen wenig später: „Rote Sowjetfahnen auf den höchsten Masten Leipzigs!! Zitternd vor Wut standen die Polizeisoldaten Fleißners vor dem neuen Theater und wagten nicht, bis zu den Masten vorzudringen.“¹⁹¹

Noch während des Jugendtages riefen die Bezirksleitungen aufgrund des aus ihrer Sicht provokanten Verhaltens der Polizei überall im Reich zu Protestdemonstrationen auf.¹⁹² Die ohnehin aufgeheizte Atmosphäre lud sich weiter auf. Auf einem in sächsischen Plauen verteilten Flugblatt heißt es im Telegrammstil: „Blutostern in Leipzig. Polizei schießt! Jungarbeiter tot! Mehrere schwer verletzt!“¹⁹³ Die Plauer Bevölkerung wurde aufgefordert, gegen die „Polizeiprovokation und den Naziterror“ auf die Straße zu gehen.

Das Polizeipräsidium Leipzig wies wiederum im ganzen Reich die Dienststellen an, die vom Reichsjugendtag zurückkehrenden Jugendgruppen gründlich nach Waffen zu durchsuchen. Die Essener Behörden, die die Stadt passierenden Transporte durchsuchten, stellten lediglich bei einer Duisburger Ortsgruppe zwei der weit verbreiteten „Fähnchen-Lanzen“ sicher. Diese wurden nach dem Leipziger Vorfall von den Beamten als „gefährliches Werkzeug“ beurteilt.¹⁹⁴ Der Berliner Kurt Lemke bestätigt weitere Polizeikontrollen auf der Rückfahrt nach Berlin. Wieder und wieder hätten die Jugendlichen Razzien über sich ergehen lassen müssen. In Wittenberg seien rund zwanzig Lastautos in einer Polizeikaserne nach Waffen durchsucht worden und kurz vor Potsdam seien weitere Leibesvisitationen erfolgt. Die Stimmung unter

¹⁸⁹ „Überall: Komsomol“. Der Reichsjugendtag des KJVD, in: Die Junge Garde vom 1.5.1930; Nr. 26.

¹⁹⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/74, Bl. 185.

¹⁹¹ „Überall: Komsomol“. Der Reichsjugendtag des KJVD, in: Die Junge Garde vom 1.5.1930, Nr. 26.

¹⁹² BArch, R 1501/116 Bd. 1, S. 52.

¹⁹³ SAPMO-BArch, RY 1/I2/8/60, Bl. 127.

¹⁹⁴ BArch, R 1501/116 Bd. 1, S. 53.

den Jugendlichen sei aggressiv gewesen und erfahrene Genossen hätten sie immer wieder beruhigen und dazu auffordern müssen, sich nicht von der Polizei provozieren zu lassen.¹⁹⁵

Außenwahrnehmung der Jugendtage

Die Behörden werteten die Atmosphäre der Jugendtage als einen Gradmesser für die innerverbandliche Stimmung und die Anzahl der Jugendtagsteilnehmer als Indikator für die Attraktivität des KJVD. Nachdem die Umsturzversuche im Herbst 1923 kläglich gescheitert waren, befanden sich Partei und Jugendverband in einer tiefen Krise. Dies stellte auch das Ministerium des Innern in seinem Bericht an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung im September 1924 fest. Trotz umfassender Propaganda und umfangreicher Vorbereitung sei der 10. Internationale Jugendtag des KJVD ein Misserfolg gewesen. Die öffentlichen Versammlungen seien schlecht besucht und der Jugendtag im Straßenbild kaum präsent gewesen. Demonstrationen hätten erst gar nicht stattgefunden. Umsichtig ordnet der Beamte den Misserfolg in einen größeren Zusammenhang ein: „Der Kommunistische Jugendtag hat somit das Schicksal aller übrigen kommunistischen Veranstaltungen der letzten Zeit geteilt und ist trotz erdenklicher Mühe der Parteileitung, eine Kundgebung größeren Stils herauszubringen, an der Gleichgültigkeit der Mitglieder gescheitert.“¹⁹⁶ Auch andere Dienststellen im Reich zogen eine vergleichbare Bilanz.¹⁹⁷

Wie gezeigt, beobachteten die Behörden die Jugendtage im Allgemeinen sehr aufmerksam und protokollierten deren Verlauf minutiös. Die Beamten entwickelten sich zu Fachleuten, denen die Dramaturgie der Veranstaltungen des politischen Gegners vertraut war: „Es wickelte sich nun ein Programm ab, wie es bei derartigen kommunistischen Veranstaltungen üblich ist: Musikvorträge, Männerchöre, Rezitationen, Ansprachen, lebende Bilder, Sprechchor.“¹⁹⁸ Veränderungen nahmen sie zur Kenntnis und interpretierten sie dementsprechend. So vermutete ein Beamter hinter der Vorführung von Volkstänzen auf einem Jugendtag einen Taktikwechsel des Verbandes: „Man hat den Eindruck, daß die KPD bzw. die Leitung der KJ. erkannt hat, daß sie mit revolutionären Phrasen allein auf die Dauer die Jugendgenossen nicht

¹⁹⁵ SAPMO-BArch, SgY 30/2095, Bl. 5.

¹⁹⁶ BArch, R 1507/1056c, Bl. 98.

¹⁹⁷ BArch, R 1507/1056c, Bl. 71a.

¹⁹⁸ BArch, R 1507/1056f, Bl. 36.

zu fesseln vermag. Sie versucht neuerdings in verstärktem Maß durch volkstümliche Darbietungen das Interesse zu wecken.“¹⁹⁹

Im Allgemeinen beurteilten die Beamten die Jugendtage als eine „große Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ und als eine „Herausforderung für die ordnungsliebende Einwohnerschaft“. ²⁰⁰ Zusammenstöße zwischen Jungkommunisten und Andersdenkenden waren aus ihrer Sicht fast unausweichlich. Weiterhin meinten sie feststellen zu können, dass die Jugendlichen im Anschluss an die Jugendtage besonders aggressiv auftreten würden.

Besonders aufgebracht waren die Beamten über die Missachtung behördlicher Anweisungen. So empörte sich die Württembergischen Landespolizei 1924 über „die Unverfrorenheit der Kommunisten“, ²⁰¹ die ungeachtet des Verbots den Internationalen Jugendtag dennoch mit Gesangs- und Sprechchören begangen hätten. ²⁰² Die Abneigung gegenüber den Jugendlichen ist in einigen Berichten fast greifbar. Umso widerwilliger trafen die Verfasser die Feststellung, dass es nicht „zu Störungen des öffentlichen Verkehrs, sowie der Ruhe und Ordnung“ gekommen sei. ²⁰³ Gleiches galt, wenn sie an den gehaltenen Reden und Ansprachen nichts zu beanstanden konnten: „Beleidigende Äußerungen gegen Regierung und politische Persönlichkeiten wurden nicht gebraucht.“²⁰⁴ Die Ausführungen seien nicht „aggressiv, sondern im allgemeinen vorsichtig, indirekt und im übrigen auf eine ideale Theorie eingestellt“ gewesen, ²⁰⁵ heißt es weiter im Bericht über den kommunistischen Jugendtag, der 1923 in Karlsruhe stattfand.

Seismographisch genau verzeichneten die Beamten die Resonanz, die die Jugendtage bei der Bevölkerung hatten. So habe die Heilbronner Bevölkerung dem Pfingstjugendtag der Kommunistischen Jugend 1927 wenig Interesse entgegengebracht und zur Kundgebung auf dem Marktplatz seien nur wenige Neugierige erschienen. ²⁰⁶ Ein anderer Kollege vermerkte, dass die Bevölkerung des württembergischen Ortes Metzingen „über das dreiste und sich um die gesetzlichen Vorschriften nicht kümmernde Auftreten der kommunistischen Jugend“ aufge-

¹⁹⁹ BArch, R 1507/1056c, Bl. 106.

²⁰⁰ BArch, R 1507/1056d, Bl. 18.

²⁰¹ BArch, R 1507/1056c, Bl. 106.

²⁰² Ebenda.

²⁰³ BArch, R 1507/1056a, Bl. 50. Vgl. auch BArch, R 1507/1056a, Bl. 56 f. und Bl. 170.

²⁰⁴ BArch, R 1507/1056b, Bl. 74 f.

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ BArch, R 1507/1056g, Bl. 111.

bracht gewesen sei.²⁰⁷ Ungeachtet des behördlichen Verbots hatten die Jugendlichen dort den 10. Internationalen Kommunistischen Jugendtag gefeiert. Das Interesse der Behörden an den Reaktionen der Öffentlichkeit zeigt, dass diese um die performative Wirkungsmacht der Jugendtage oder anderer kommunistischer Festakte wussten und deren Einfluss auf die Bevölkerung fürchteten. Der Polizist, der den Verlauf des Remscheider Jugendtages beobachtet hatte, gab zu Protokoll, dass sich die Zuschauer positiv über die Demonstrationen geäußert hätten und die straffe Disziplin einen äußerst guten Eindruck auf sie gemacht habe. Aus den Reihen der Schaulustigen sei vielfach zu hören gewesen, „daß bei den Kommunisten mehr Ordnung und Disziplin herrschen würde, als bei den Rechtsorganisationen.“²⁰⁸ Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Jugendtage ein positives Aushängeschild für den Verband waren und sie möglicherweise für politisch indifferente Jugendlichen den entscheidenden Anstoß gaben, dem KJVD beizutreten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der KJVD die Jugendtage vor allem als Medium der Selbstdarstellung nutzte. Sie boten eine wichtige Plattform, um in der Öffentlichkeit die physische Stärke und die politische Macht des Verbandes zu demonstrieren. Damit waren sie ein Instrumentarium der Integration nach Innen und der Abgrenzung nach Außen. Die Dramaturgie der Jugendtage war in hohem Maße performativ: Die diszipliniert marschierenden, uniformierten Körper wurden in den letzten Jahren der Republik zum Symbol der Kampfbereitschaft und der physischen Stärke des Verbandes; Reden und Lieder verkörperten die intellektuelle Potenz, der gemeinsam abgelegte Eid den emotionalen Zusammenhalt der Jugendlichen.

Auf einer symbolischen Ebene nahmen die Jugendlichen für kurze Zeit die Stadt in Besitz: Die Fahnen des Jugendverbandes und der Partei schmückten die öffentlichen Plätze und Straßen. Durch Aufmärsche und Demonstrationen beherrschte der Verband für kurze Zeit die Straßen, während der öffentlichen Kundgebungen nahmen die Jugendlichen den Rathaus- oder den Marktplatz des Ortes symbolisch ein. Die Jugendtage vermittelten die Illusion, den öffentlichen Raum besetzen und beherrschen zu können. Die sicher bewusst eingesetzten Provokationen gegenüber den anwesenden Beamten und die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern nährten die Machtphantasien und nahmen den „letzten Kampf“ vorweg. Die Verheißungen der Zukunft wurden symbolisch für kurze Zeit in der Gegenwart erfahrbar.

²⁰⁷ BArch, R 1507/1056c, Bl. 104.

²⁰⁸ BArch, R 1507/1056d, Bl. 18.

Innerhalb des Verbandes verfolgten die Jugendtage gemeinschaftsstiftende und gemeinschaftserhaltende Ziele. Die Jugendlichen, die sich während der Aufmärsche öffentlich zu den Zielen des KJVD bekannten, verpflichteten sich auf den Jugendtagen, sich unermüdlich für den Verband einzusetzen. Ihre Teilnahme wurde zum individuellen Bekenntnis, zur Selbstverpflichtung, aber auch zur Selbstbestätigung. Auf den Jugendtagen war die Erfahrung, Bestandteil einer Gemeinschaft zu sein, außerdem viel greifbarer als im Alltag, wo die Gruppen vielfach isoliert arbeiten. Intern boten die Jugendtage den Bezirken die Möglichkeit, ihre Stellung innerhalb des Verbandes zu behaupten.

Die Jugendtage des KJVD kopierten im Großen und Ganzen die Ästhetik und Festdramaturgie der KPD. Es gelang dem Verband nicht, eine eigene Symbolsprache oder eigenständige Rituale zu entwickeln, die sich an Alter und Selbstverständnis der Jugendlichen orientierten. Die insbesondere mit den Jugendtagen verbundene Chance, ein eigenes „generationelles Bewusstsein“ zu artikulieren und zu inszenieren, wurde nicht genutzt. Auch hier setzte der KJVD keine eigenen Akzente und blieb „ein Kind“ der Partei.

Die Sicht der Behörden auf die Jugendtage des KJVD war weitaus profaner. Sie betrachteten sie als verlässliche Seismographen. An der Beteiligung der Jugendtage konnten sie die Attraktivität des Verbandes ablesen, an deren Verlauf die innerverbandliche Stimmung und an den öffentlichen Reaktionen den Grad der gesellschaftlichen Akzeptanz kommunistischen Gedankenguts.

4.4. Radikale Jugend: Militarismus und Straßenkampf

„Es vergeht kaum ein kommunistischer Umzug, bei dem die Jugend nicht durch ein Aufgebot des kommunistischen Jugendverbandes und des Jung-Spartakusbundes vertreten ist. Da es im Wesen der Jugend begründet liegt, sich gern für das Radikale und das Oppositionelle zu entscheiden, ist es kein Wunder, wenn die Partei Zulauf hat und die Mitgliederzahl der Kommunistischen Jugend zunimmt, während alle anderen Parteien darüber klagen, daß es mit ihrem Nachwuchs schlecht bestellt sei, da die Jugend lieber Sport- und Wehrverbänden angehöre, als sich um politische Fragen zu kümmern.“²⁰⁹ Diese Einschätzung des Reichskommissars zur Überwachung der Öffentlichen Ordnung aus dem Jahre 1928 wurde zwei Jahre später auf einer Konferenz des Nachrichtendienstes bestätigt. Der zuständige Regierungsrat Lengriesser, der zuvor auch im Reichskommissariat tätig war, warnte in seinem Vortrag „Welche Gefahr bedeutet die KPD heute für das Reich und die Länder?“ eindringlich davor, die „kommunistische Jugendbewegung“ angesichts ihrer Organisationsschwächen und der geringen Mitgliederzahl zu unterschätzen. Die KPD habe sich verpflichtet, „die Jugend zur körperlichen Wehrhaftmachung und zum Bürgerkrieg zu erziehen“.²¹⁰ In der Vergangenheit hätten die zum Radikalismus und zu Ausschreitungen neigenden kommunistischen Jugendlichen den polizeilichen Anordnungen immer nur widerwillig Folge geleistet. „Die Junge Garde“ sei zudem viel radikaler als die „Roten Fahne“. Auf der Kundgebung der KPD in Berlin anlässlich des Internationalen Erwerbslosentages am 6. März 1930 seien „reife Männer, wirkliche Arbeiter und erwachsene Erwerbslose den Tumulten ferngeblieben (...), während fast durchweg jugendliche Kommunisten im Alter von 17 – 20 Jahren zusammen mit dem Straßenpöbel die Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit herbeigeführt“ hätten.²¹¹ Zahlreiche von den Behörden gesammelte Hinweise würden zudem belegen, dass „der Kommunistische Jugendverband an der Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes regen Anteil“ nehmen würde.²¹²

Der Topos der „radikalen Jugend“, der am Ende der Weimarer Republik zum Synonym für den KJVD geworden war, war äußerst wirkungsvoll. Maßgeblichen Anteil daran hatte der Verband selbst. Der Radikalismus war ein wichtiger Bestandteil der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit und der Selbstwahrnehmung der Jugendlichen. Die Werbekraft, die das Image

²⁰⁹ BArch, R 134/51, Bl. 200.

²¹⁰ BArch, R 1501/122 Bd. 3a, Bl. 35.

²¹¹ Ebenda.

²¹² Ebenda.

der „Outlaws“ insbesondere für Jugendliche hatte, war enorm. So bekennt Margarete Buber-Neumann in ihrer Autobiographie, dass ihr Wunsch, der Umwelt zu zeigen, dass sie „zur neuen Welt, zur kompromißlosen Welt der Jugend gehörte“, ²¹³ 1921 ein wichtiges Motiv für ihren Eintritt in den KJVD gewesen sei. Die junge Frau, die in der bürgerlichen Jugendbewegung aufgewachsen war, fühlte sich vom Linksradikalismus des KJVD angezogen: „Für mich war der KJVD nichts anderes als die radikalste Abart einer Jugendgruppe, die zur Hand war.“ ²¹⁴ Buber-Neumann bezog den „Radikalismus des KJVD“ gleichermaßen auf das politische Programm wie auf das Auftreten kommunistischer Jugendlicher in der Öffentlichkeit. Sie empfand den Wechsel des politischen Lagers als intellektuelles, politisches und soziales Abenteuer. Auch andere Jugendliche verbanden mit dem KJVD Abenteuer, Gefahr und Konspiration. Vor allem männliche Jugendlichen sahen sich in der Rolle des Barrikadenkämpfers, des Revolutionärs und des Helden und nicht etwa in der des kleinen Parteiarbeiters, der Betriebszellenzeitungen verfasste und Wahlplakate klebte. Der Wunsch nach Rebellion, Protest und Widerstand, sei es gegen den Weimarer Staat oder gegen ein sozialdemokratisches Elternhaus, war eine wichtige Antriebsfeder, um sich im KJVD zu engagieren. Auch rückblickend zeichnen die vormals im KJVD organisierten Jugendlichen von der politischen Arbeit ein eher abenteuerliches als nüchternes Bild. Auffällig ist zudem die Tendenz, dass sie sich besonders intensiv an Aufgaben erinnern, bei denen sie ihre Körperkraft und ihren Mut unter Beweis stellen konnten. ²¹⁵

Der Topos der „radikalen Jugend“ bildete einen wirkungsvollen Kontrast zum Alltag der Ortsgruppen und der Betriebszellen, der aus Routinearbeiten bestand, diskussionslastig und eher monoton als aufregend war. Um den Verbandsalltag mit der Selbstdarstellung des KJVD, der sich beispielsweise 1930 anlässlich des Reichsjugendtags in Leipzig der Öffentlichkeit als „Jugend des Hochverrats“ ²¹⁶ präsentierte, die Selbstdeutung der Jugendlichen als „Rebellen und Abenteurer“ und die Fremdwahrnehmung durch die Weimarer Behörden in Übereinstimmung bringen zu können, um eben jene „radikale Jugend“ transparent zu machen, muss man stärker die Peripherie der Verbandsarbeit fokussieren: Den Prozess der allmählichen Militarisierung des Verbandes und die Straßenkämpfe, an denen kommunistische Jugendliche beteiligt waren. In diesem Zusammenhang können die Forschungsergebnisse zum Phänomen

²¹³ Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau, S. 62.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Vgl. zum Beispiel das Selbstzeugnis von Alfred Merges: SAPMO-BArch, SgY 30/0623.

²¹⁶ SAPMO-BArch, RY 1/12/8/60, Bl. 1.

der Männerbünde sinnvoll eingebunden werden.²¹⁷ Männerbündisches Ideengut war sowohl in der Jugendbewegung als auch in den soldatischen Verbänden der Weimarer Republik populär.²¹⁸ Die die Männerbünde kennzeichnenden Elemente, wie beispielsweise die Überbetonung der Männerrolle, die Entwicklung einer Überlegenheitsideologie und eines ausgeprägten Feindbildes, der gemeinsame Werte- und Ehrenkodex in dem die Kameradschaft eine herausragende Position einnahm, und ebenso die antidemokratischen und antiindividualistischen Tendenzen,²¹⁹ waren durchaus auch kennzeichnend für die soziale Praxis der im KJVD organisierten männlichen Jugendlichen.

Mitarbeit im Ordnerdienst der KPD

Die Mitglieder des KJVD würde eine Haltung zu eigen sein, die „auf Mut und Entschlossenheit und Tat“ setzt,²²⁰ so die Zentrale, die dies durchaus zu würdigen wusste. Die Präferenz einiger Mitglieder zu einem im weitesten Sinne militanten Auftreten und ihre generelle Bereitschaft zur körperlichen Auseinandersetzung bereitete der Zentrale jedoch auch Kopfzerbrechen, war damit doch permanent die Gefahr verbunden, dass die Jugendlichen außer Kontrolle gerieten. Von Berlin aus versuchte man den jugendlichen Aktivismus zu zügeln, die Mitglieder zu disziplinieren und ihre Energien zu lenken. Bereits unmittelbar nach der Konstituierung des Verbandes reduzierten einige Jugendliche ihr politisches Engagement offensichtlich nicht nur auf die Betriebszellen und die Ortsgruppen des KJVD. Ohne dazu autorisiert worden zu sein, gründeten sie vielerorts Kampforganisationen, die sie „Stoßtrupp“, „Proletarischer Selbstschutz“, „Erwachende Jugend“ oder „Rote Garde“ nannten. Die Anzahl der von jungen Kommunisten gegründeten Kampforganisationen muss derartig schnell in die Höhe geschneit sein, dass ein Überblick oder gar ihre Kontrolle unmöglich wurde. Dieses eigenmächtige Handeln konnte die Verbandsleitung nicht gutheißen. Entsprechend deutlich kritisierte sie die Eigeninitiative der Jungkommunisten. Im September 1922 drohte sie denen, die nicht bereit waren, die angeschlossenen Kampforganisationen aufzulösen, mit dem Verbandsausschluss.²²¹ Offensichtlich ignorierten viele Gruppen den Appell, da die Zentrale ihn ein knappes Jahr später wiederholen musste. Dieses Mal forderte sie jedoch nicht nur die ersatz-

²¹⁷ Vgl. dazu: Völger/Welck: Männerbände. Zum ursprünglichen Konzept des Männerbundes siehe vor allem Schweitzer, Thomas: Männerbünde und ihr kultureller Kontext im weltweiten interkulturellen Vergleich, in: Ebenda, Bd.1, S. 23-30.

²¹⁸ Vgl. die Beiträge in Reulecke: Männerbünde.

²¹⁹ Blazek, Helmut: Männerbünde: Eine Geschichte von Faszination und Macht, Berlin 1999, S. 16.

²²⁰ SAPMO-BArch, RY 2/I4/1/65, Bl. 79.

²²¹ SAPMO-BArch, RY 2/I4/1/65, Bl. 79.

lose Streichung der Kampfbündnisse, sondern bot den „älteren und zuverlässigen Mitgliedern der KJ“²²² quasi als Alternative an, im Ordnerdienst der Partei mitzuarbeiten. Ein solches Angebot muss für viele Jugendliche durchaus attraktiv gewesen sein, da das Aufgabenprofil dem Aktivismus und dem Tatdrang der jungen Männer entsprach. Der Ordnerdienst, der auch alternativ Ordnungsdienst genannt wurde, war zunächst nur für den Schutz von Parteiversammlungen und Rednern zuständig.²²³ Parteiübergreifend hatte sich in der Weimarer Republik die Praxis durchgesetzt, die Veranstaltungen des Gegners zu besuchen und dort eigene Diskussionsbeiträge zu leisten. Im Anschluss an die in der Regel hitzig geführten Diskussionen kam es häufig zu Saalschlachten, die den Einsatz von Ordnerdiensten erforderten.²²⁴ Die Richtlinien von 1924 zeigen, dass deren Betätigungsfeld bald ausgedehnt wurde. Der Ordnerdienst war nun unter anderem für die militärische Ausbildung der im KJVD organisierten Jugendlichen zuständig, die „zum Bürgerkrieg“ erzogen werden sollten. Durch die Ausbildung sollte der Nachwuchs in die Lage versetzt werden, im Falle eines Bürgerkriegs die KPD und ihre Organisationen zu schützen. Weiterhin lag die Zersetzungsarbeit innerhalb der Reichswehr in den Händen des Ordnungsdienstes. Für diese Aufgabe waren vor allem weibliche Jugendliche vorgesehen. Die jungen Frauen sollten den Kontakt zu den Soldaten herstellen und auf diese Weise Informationen über die Pläne der Reichswehr erlangen.²²⁵

Neben wehrsportlichen Übungen erlernten die Jugendlichen im Ordnerdienst das Morsealphabet, um sich in der Haft untereinander verständigen zu können. Ferner wurden sie mit unterschiedlichen Strategien im Falle von polizeilichen Vernehmungen vertraut gemacht.²²⁶ Die Mitarbeit im Ordnerdienst der Partei sollte zudem die Charakterbildung der Jugendlichen positiv beeinflussen und die Disziplin im Verband heben.²²⁷ Auf ihrer Konferenz im Mai 1924 unterstrichen die Jugendordnerdienstleiter die militärischen Aspekte des Ordnerdienstes, die sie in offiziellen Verlautbarungen weitaus weniger stark betonen konnten: „Partei und Jugend muß sofort in allen Bezirken militarisiert werden. Jedes Mitglied des OD [Ordnungsdienst] muß derartig ausgebildet sein, daß es bei Ausbruch der Revolution als Offizier verwendet werden kann.“²²⁸ Die Ausbildung der Jugendlichen erfolgte in Gruppen, erwartet wurde „unbedingte Disziplin“. Die jungen Genossen sollten nicht nur lernen, mit Waffen umzugehen, sondern auch „genaueste Kenntnis des Gewehrs und aller Arten von Revolvern“ erhalten,

²²² SAPMO-BArch, RY 1/14/1/66, Bl. 100.

²²³ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/66, Bl. 100.

²²⁴ Schumann: Politische Gewalt, S. 146.

²²⁵ BArch, R 1507/1056c, Bl. 102.

²²⁶ Neuland/Werner-Cordt: Garde, S. 162.

²²⁷ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/67, Bl. 72.

²²⁸ BArch, R 1507/1056c, Bl. 102.

so dass sie in die Lage versetzt würden, gegebenenfalls „nötig werdende Reparaturen“ selbst vorzunehmen.²²⁹ Der bei der Konferenz anwesende KPD-Funktionär teilte den Leitern des Jugendordnerdienstes abschließend mit, dass die Partei vorläufig den Kauf von Waffen eingestellt habe. Man ermutigte die Jugendlichen dazu, sich selbst Waffen zu beschaffen.

Einige Bezirke weigerten sich, ihre besten Kräfte an den Ordnungsdienst der Partei „auszuliefern“. Die Zentrale beruhigte sie dahingehend, dass der Jugendordnerdienst in allen militärischen Fragen der Partei und in allen politischen Fragen der Jugendleitung unterstellt sei und die rekrutierten Ordner keineswegs dem Jugendverband verloren gingen.²³⁰ Widersprüchliche Hinweise finden sich hinsichtlich der Frage, ob der Ordnerdienst allen Jugendlichen offen stand oder ob er als Eliteeinheit konzipiert war. Laut Bestimmung waren alle männlichen und weiblichen Jugendlichen, die 16 Jahre und älter und körperlich nicht eingeschränkt waren, zur Mitarbeit im Ordnerdienst verpflichtet.²³¹ Das Reichsinnenministerium behauptet in einem Bericht dagegen, dass nur Jugendliche für diese Aufgabe in Frage kämen, die selbst oder deren Eltern „eine revolutionäre Tat“ vollbracht und eine eingehende Prüfung seitens eines Beauftragten des Ordnerdienstes bestanden hätten.²³² Vermutlich wurde die Zulassung von den einzelnen Bezirken jeweils unterschiedlich gehandhabt.

Die Anordnung, dass der Ordnerdienst auch weiblichen Jugendlichen offen stehen sollte und dass die jungen Frauen ebenso wie ihre Genossen ein Recht auf eine militärische Ausbildung hätten,²³³ rief vielfach den Widerspruch der männlichen Jugendlichen hervor, die die erforderlichen Eigenschaften wie Mut, Entschlossenheit und Disziplin für sich beanspruchten. Für sie war der Ordnerdienst eine Chance sich als „Mann“ zu erproben und zu beweisen, was durch die Teilnahme von Mädchen und jüngeren Genossen an Reiz verlor. Deshalb verweigerten sie deren Aufnahme. In einem Rundschreiben vom März 1924 wandte sich die Zentrale an die protestierenden Bezirke und bot ihnen einen Kompromiss an. Mädchen und jüngere Genossen sollten zukünftig von besonders geschulten Kräften ausgebildet werden. Die Bezirke interpretierten das Einlenken der Zentrale als Eingeständnis der Unterlegenheit der weiblichen Jugendlichen, die sie zwar offiziell dulden würden, denen sie aber eine „Sonderrolle“ zuwiesen.²³⁴ Die Behauptung der Verbandsleitung, dass eine militärische Schulung für die Mädchen viel zwingender sei, da sie sehr viel undisziplinierter als die männlichen Jugendlichen seien,

²²⁹ BArch, R 1507/1056c, Bl. 102.

²³⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 72.

²³¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 72.

²³² BArch, R 1507/1056d, Bl. 58.

²³³ BArch, R 134/24, Bl. 93.

²³⁴ BArch, R 134/24, Bl. 95.

wird letzteren vermutlich geschmeichelt haben.²³⁵ Der Appell der Zentrale an die Bezirke, auch Mädchen in die Arbeit einzubeziehen, war also nur halbherzig. Auch die Weimarer Behörden verfolgten die Entwicklung des Ordnerdienstes aufmerksam. Ihren Beobachtungen nach wurde für weibliche Jugendliche eine eigene Abteilung, nämlich das „Rote Amazonen-Regiment“ eingerichtet.²³⁶

In einigen Bezirken wurden die Jugendlichen von der Verbandsleitung explizit dazu aufgefordert, in der „proletarischen Selbstschutzbewegung“, die zum Schutz gegen die „Faschistenbanden“ gegründet worden waren, mitzuarbeiten.²³⁷ Fritz Meyer war als Sechszehnjähriger Mitglied der proletarischen Hundertschaft in Waren an der Müritz. In seinem Selbstzeugnis beschreibt er, wie ein Parteigenosse, der im Weltkrieg als Unteroffizier gedient hatte, den Jugendlichen militärische Grundkenntnisse und den Umgang mit Waffen beibrachte. Die Ausbildung schloss wehrsportliche Übungen ebenso ein. Um im Fall eines politischen Umsturzes die staatlichen Nachrichtenverbindungen unterbrechen zu können, lernten die Jugendlichen auch Masten zu erkletterten.²³⁸ Viele Mitglieder lehnten diese militärischen Aspekte der Arbeit ab, so dass die Zentrale im Jahre 1927 die Weigerung, im „proletarischen Selbstschutz“ mitzuarbeiten, scharf kritisierte. Mit einem Seitenhieb auf den jugendbewegten Einschlag einiger KJVD-Gruppen heißt es, „es könne unter keinen Umständen geduldet werden, daß große Teile der proletarischen Jugend der proletarischen Bewegung fern stehen und nur Tanz, Vergnügen und sonstigen Klimbim kennen.“²³⁹ Der KJVD habe dafür zu sorgen, allen „widerspenstigen Jugendlichen“ ihre Pflicht „einzuimpfen“. Die Erziehung verfolge das Ziel, „die nicht militärisch geschulte und keine Disziplin kennende Jugend militärisch auszubilden und kampftüchtig zu machen“.²⁴⁰ An die Eltern wurde zugleich appelliert, ihre Söhne nicht von dieser Pflicht abzuhalten, sondern sie vielmehr darin zu bestärken.²⁴¹

Die Berichte der Behörden bestätigen, dass die Pläne tatsächlich auch größtenteils umgesetzt wurden. Im August 1924 wurde aus Stuttgart gemeldet, dass der dortige Ordnerdienst der Kommunistischen Jugend unter dem Decknamen „Wandervereinigung Freiweg“ wiederholt

²³⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 9.

²³⁶ BArch, R 134/ 24, Bl. 50.

²³⁷ BArch, R 134/19, Bl. 80.

²³⁸ SAPMO-BArch, SgY 30/2016, Bl. 4f. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²³⁹ BArch, R 134/19, Bl. 80.

²⁴⁰ BArch, R 134/19, Bl. 81.

²⁴¹ Ebenda.

Gelände- und Schiessübungen durchgeführt habe und seine handverlesenen Mitglieder dabei in der Regel mit einer Handfeuerwaffe oder einen Gummiknüppel bewaffnet gewesen seien.²⁴² Die Beamten ermittelten, dass die Leitung des gesamten Stuttgarter Jugendordnerdienstes dem im Jahr 1900 geborenen Schumacher Hermann Mink oblag, der seit 1919 Mitglied des KJVD war und auch den Naturfreunden angehörte. Mink, der den Behörden bereits bekannt war, da er sich 1923 einige Wochen in Schutzhaft befunden hatte, wurde von den Beamten als besonders umtriebig und rührig eingeschätzt. Dem jungen Mann wurde durchaus zugetraut, „aus dem Stuttgarter O.D. [zu] machen, was aus ihm zu machen ist.“²⁴³ Obwohl Mink im Verband nur als Unterkassierer tätig war und somit keineswegs zur Gruppe der Spitzenfunktionäre zählte, gelang es ihm, sich für das Amt des Jugendordnerdienstleiters zu qualifizieren.

Über Motivation und Beweggründe der Jugendlichen, sich hier zu engagieren, können nur Mutmaßungen angestellt werden. Möglicherweise gehörte Mink zu der großen Gruppe Jugendlicher, die mit den Zielen des KJVD grundsätzlich übereinstimmten, sich aber weniger von den politisch-theoretischen Aufgaben angesprochen fühlten und sich lieber aktionsintensiveren Arbeitsfeldern wie dem Ordnerdienst zuwandten. Auch in der Umgebung Berlins führten kommunistische Jugendliche 1924 mehrfach Marsch- und Geländeübungen durch, bei denen sie „harmlose Passanten“ belästigt hätten. Weiterhin wurde von den observierenden Beamten festgestellt, dass die Jugendlichen Flugblätter des KJVD in die Reichswehr und die Schutzpolizei einschmuggelten.²⁴⁴ Die Bildung von Arbeiter- und Jugendwehren, die als „Stoßtrupp“ die kommunistischen Aktionen gegen den „sogenannten Faschismus“ anführten, wurde im Januar 1931 aus Stuttgart gemeldet. Dort seien in den vergangenen Monaten erwachsene und jugendliche Arbeiter militärisch geschult worden. Gemeinsam hätten sie Marsch- und Saalschutzübungen durchgeführt. Dabei hätte das Training auf die Teilnehmer teilweise so realistisch und lebensnah gewirkt, dass der „spielerische Charakter“ in Vergessenheit geraten sei. Die Jugendlichen hätten eine Saalschutzübung unter der Annahme, dass diese tatsächlich von „Faschisten“ gestört würde, durchgeführt. Dem Ordnungsdienst sei die Aufgabe gestellt worden, den Saal zu räumen. Dies sei „so wirklichkeitsgetreu in Szene gesetzt [worden], dass die Teilnehmer an dieser Übung sich gegenseitig die Kleider zerrissen“ hätten.²⁴⁵

²⁴² BArch, R 1507/1056c, Bl. 6.

²⁴³ Ebenda.

²⁴⁴ BArch, R 1507/1056c, Bl. 232.

²⁴⁵ BArch, R 1501/122 Bd. 4a, Bl. 49.

Offensichtlich setzten die Jugendlichen auch die Anweisung der KPD, sich Waffen zu beschaffen, um. Im Januar 1923 wurden unter anderem Mitglieder der Kommunistischen Jugend für Sprengstoffdiebstähle in Halle zur Verantwortung gezogen. Von den zehn Jugendlichen, die nachweislich daran beteiligt waren, wurden sieben inhaftiert. Als Anführer galt der zwanzigjährige Emil Werner, der den Behörden bereits aufgrund seiner Teilnahme an den Märzunruhen 1921 bekannt war. Um seiner Verhaftung zu entgehen, war der junge Mann im Anschluss an den Märzaufstand in die UdSSR geflüchtet. Dort habe er den Umgang mit Sprengstoffen erlernt. Werner, der sich selbst als Anarchist bezeichnete, gab zu Protokoll, keiner Partei anzugehören und lediglich lose an die Kommunistische Arbeiterjugend²⁴⁶ gebunden zu sein. Seine Absicht sei es gewesen, „Erregung“ in die KPD und in die seiner Ansicht nach mehr und mehr „versumpfende“ proletarische Bewegung zu bringen. Ferner habe er das Ziel verfolgt, mit weiteren Sprengstoffattentaten die „rechts- und linksstehenden Parteien zum Kampf gegeneinander zu hetzen“.²⁴⁷ Die anderen am Diebstahl beteiligten Jugendlichen wurden als Angehörige der Kommunistischen Jugend sowie der Kommunistischen Arbeiterjugend identifiziert. Die Jugendlichen seien zwischen 17 – 20 Jahren alt und mit Revolvern und „kurzen Seitengewehren“ bewaffnet gewesen. Die jungen Männer, die zu mehrjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt wurden, gaben vor Gericht als Motiv an, dass sie von der „Propaganda zur Tat“ schreiten und eine Räterepublik errichten wollten.²⁴⁸ Während sich die KPD und der KJVD von der Tat distanzieren und jede Verbindung leugneten, bewerteten die Vertreter der KAPD und die der KAJ Werners Vorgehen als eine „revolutionäre Tat“ und vermittelten ihm einen Rechtsbeistand. Die Behörden werteten den Vorfall als weiteren Beweis für den negativen Einfluss kommunistischer Lehren auf Jugendliche.

Die Vorkommnisse in Halle waren keinesfalls eine Ausnahme. Nur wenige Monate später, nämlich im Mai 1923, wurden erneut Mitglieder des KJVD bei Waffen- und Sprengstoffdiebstählen als Täter ermittelt.²⁴⁹ Weiterhin stellten die Behörden bei den Jugendtagen regelmäßig Waffen sicher.

²⁴⁶ Die KAJ war eine Splittergruppe, die sich nach der Abspaltung von der FSJ an die KAPD angeschlossen hatte.

²⁴⁷ BArch, R 134/19, Bl. 38.

²⁴⁸ BArch, R 134/20, Bl. 80. Schuster erwähnt Emil Werner im Kontext eines Sprengstoffanschlags auf das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Halle in der Neujahrsnacht 1923, zu dem er vier Lehrlinge im Alter von 16 und 17 Jahren anstiftete. Nach Schuster wurde Werner aus dem KJVD wegen „unproletarischen Verhaltens und Verdacht der Spitzelei [sic]“ ausgeschlossen. Die feierliche Enthüllung des restaurierten Denkmals am 11. Mai 1924 in Halle wurde zum Ausgangspunkt der blutigen Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Wehrverbänden am so genannten „Deutschen Tag“. Vgl. Schuster: Frontkämpferbund, S. 203 ff.

²⁴⁹ BArch, R 134/20, Bl. 55. Fritz Meyer schildert in seinem Selbstzeugnis wie er gemeinsam mit anderen Jugendgenossen in Waren an der Müritz das Waffenlager der ortsansässigen Gutsbesitzer plünderte. SAPMO-BArch, SgY 30/2016, Bl. 5.

Die Delegierten des 8. Reichskongresses, der 1924 in Leipzig stattfand, zogen hinsichtlich der Mitarbeit des KJVD im Ordnerdienst der Partei eine positive Bilanz. Selbstbewusst erklärten sie, dass „die besten, die entschiedensten und die kampflustigsten Formationen“ des Ordnerdienstes aus ihren Reihen gekommen seien.²⁵⁰ Sie räumten jedoch auch ein, dass der Verband die militärische Arbeit in der letzten Zeit zu sehr in den Vordergrund gestellt und dabei den politischen Kampf gegen den Faschismus vernachlässigt habe.²⁵¹

Die Arbeit des Ordnerdienstes war im Verband nicht unumstritten. Ins Feuer der Kritik geriet er beispielsweise im Bezirk Wasserkante, der dessen Arbeit als „Soldatenspielerei“ abqualifizierte. Die Jugendlichen würden darüber ihre eigentlichen Aufgaben, d.h. ihre Arbeit in den Ortsgruppen, Betriebszellen und in den Gewerkschaften vernachlässigen und vergessen, dass die Revolution „in erster Linie eine Frage der Mobilisierung der Massen“ sei, „die nicht durch noch so militärisch geschulte Ordnertrupps“²⁵² ersetzt werden könne, so die Leitung des Bezirks Wasserkante im Oktober 1923. Kritikern begegneten die Befürworter des Ordnerdienstes und der 1924 gegründeten RJ im Allgemeinen sehr gelassen. Sie fühlten sich durch den starken Zulauf und breite Akzeptanz bestätigt und wollten dies als Anzeichen einer „tiefen revolutionären Stimmung innerhalb der Arbeitermassen“ verstanden wissen.²⁵³

Die Konkurrenz: Die Rote Jungfront

Jüngere Forschungen heben die sukzessive innere und äußere Militarisierung der Weimarer Republik hervor. Für Schumann markiert das Jahr 1923, das „im Zeichen einer tiefgreifenden Radikalisierung der Bevölkerung“ stand,²⁵⁴ den Ausgangspunkt dieser sozialen und politischen Entwicklung, die fortan sämtliche gesellschaftliche Bereiche tangierte. Als ein wichtiges Indiz für die signifikante Veränderung des gesellschaftlichen Klimas gilt der Aufstieg paramilitärischer Verbände der Linken und der Rechten, deren uniformierte Mitglieder bald das Straßenbild der Großstädte prägten. Die Mitgliederzahlen sprechen dafür, dass die Weimarer Jugendlichen, die der politischen Arbeit der Parteien wenig Interesse entgegenbrachten, sich von der männerbündischen Atmosphäre der paramilitärischen Verbände angezogen fühlten.²⁵⁵ Als Charakteristika der linken und rechten Wehrverbände nennt Mallmann deren ho-

²⁵⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/4, Bl. 227.

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/77, Bl. 16.

²⁵³ BArch, R 1507/1056e, Bl. 86, Auszug aus: Der Bolschewik, 6 (1925) Nr. 3.

²⁵⁴ Schumann, Dirk: Der aufgeschobene Bürgerkrieg. Sozialer Protest und Politische Gewalt in Deutschland 1923, in: ZfG 44 (1996), S. 526-544, hier: S. 527. Vgl. auch Schumann: Politische Gewalt.

²⁵⁵ Vgl. dazu: Balistier, Thomas: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989; Rohe,

hen Aggressionspegel, die Bandenmentalität und die demonstrative Antizipation kommender Macht.²⁵⁶ Götz von Ohlenhusen hebt zu Recht die emotionalen Komponenten der Vergemeinschaftung hervor und betont, dass in den Wehrverbänden „der einzelne seine Probleme zeitweise aufheben konnte“²⁵⁷ und insbesondere die SA den jungen Männern das Gefühl und die Gewissheit vermittelte, „ganze Männer“ zu sein. So waren 1931 im Jungbanner der SPD etwa 705.000 Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren organisiert. Der Jungstahlhelm, der als Jugendabteilung dem Ende 1918 gegründeten „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“ angehörte, hatte etwa 110.000 Mitglieder.²⁵⁸ Die 1930 gegründete Arbeitsgemeinschaft der Geländesport-Verbände organisierte insgesamt um 500.000 aktiv Wehrsport betreibende Jugendliche.²⁵⁹

Im Kontext der Linken versprach die „Rote Jungfront“ (RJ), die 1924 als Unterabteilung des Roten-Front-Kämpferbundes (RFB) gegründet worden war,²⁶⁰ den Jugendlichen die Möglichkeit zum Handeln statt nur zu diskutieren, anzugreifen statt sich nur zu verteidigen. Laut Satzung gehörten die Pflege des antimilitaristischen Gedankens und des Klassenkampfes sowie die Aufklärung über Ursachen und Folgen der Kriege zu den Aufgaben der RJ. In diesem Sinne sollten Versammlungen, Wanderungen, Bildungskurse und Sommerlager durchgeführt werden.²⁶¹ Die RJ, die bis zu ihrem ersten Verbot im November 1925 Roter Jungsturm hieß,²⁶² hatte als paramilitärischer Verband erfolgreich an den Nachkriegsmilitarismus anknüpfen können. Die Führung nutzte die Anziehungskraft des Militarismus auf die Jugend bewusst aus: „Durch den Charakter der Organisation (Uniformierung, straffes ans militärische grenzende Auftreten) wirkt die RJ anziehend auf weite Kreise der Jungarbeiterschaft.“²⁶³ Der Führer der RJ, Werner Jurr, der zugleich Mitglied des ZK des KJVD war, begrüßte die An-

Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Schuster: Frontkämpferbund.

²⁵⁶ Mallmann: Kommunisten, S. 198.

²⁵⁷ Götz von Ohlenhusen, Irmtraud: Vom Jungstahlhelm zur SA: Die junge Nachkriegsgeneration in den paramilitärischen Verbänden der Weimarer Republik, in: Krabbe: Politische Jugend, S. 146-182, hier: S. 148 und S. 172.

²⁵⁸ 1935 wurden beide Verbände in die SA (Sturmabteilung der NSDAP) eingegliedert.

²⁵⁹ Götz von Ohlenhusen: Krise, S. 59, Anmerkung 11.

²⁶⁰ Das Verhältnis des Roten Frontkämpferbundes zur RJ entsprach in etwa dem der KPD zum KJVD. Die RJ übernahm den Organisationsaufbau des RFB, der sich in Zügen, Abteilungen und Gaue gliederte und unterstand der Erwachsenenorganisation in allen politischen Fragen. Genau wie bei der KPD und ihrer Jugendorganisation kam es immer wieder zu Reibereien zwischen den Erwachsenen und den Jugendlichen. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I2/711/52, Bl. 16.

²⁶¹ SAPMO-BArch, RY 1/I2/711/52, Bl. 16.

²⁶² Schuster: Frontkämpferbund, S. 128.

²⁶³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/2/20, Bl. 24.

wendung der bei den wehrsportlichen Übungen erlernten Methoden in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Wehrverbänden ausdrücklich, ebenso wie er die abendlichen Patrouillen der RJ durch die Straßen der Arbeiterviertel guthieß.²⁶⁴ Anders als im theorielastigen KJVD verschmolzen in der RJ die politischen und die paramilitärischen Elemente zu einer Einheit.²⁶⁵

Wie viele andere Jungkommunisten war Henry Teßmer sowohl im KJVD als auch in der RJ organisiert. Seinem Selbstzeugnis ist die Begeisterung über die selbstgenähte Uniform, die disziplinierte Ausbildung und die regelmäßigen Treffen in einer Gastwirtschaft im Berliner Bezirk Friedrichshain noch im Nachhinein anzumerken: „Bei jeder Demonstration waren wir dabei. Als Waffe hatte jeder von uns einen Spazierstock, aber der wurde von der Polizei nach einem halben Jahr verboten. Die größten Erlebnisse waren die Pfingsttreffen. Aus ganz Deutschland strömten sie herbei. (...) Hunderttausende marschierten durch Berlin, es war eine große Begeisterung in der Bevölkerung. Tausende säumten die Straße, sie jubelten uns zu und verteilten Tee und Stullenpakete. Viele rote Fahnen aus den Fenstern. An der Spitze Ernst Thälmann und dann die vielen Schalmeienkapellen und Trommlerchors.“²⁶⁶

Diese Vermengung von politischen Forderungen mit militaristischem Auftreten trug wesentlich zum Erfolg der RJ bei, die nach Schätzungen 1928 reichsweit etwa 30.000 Mitglieder hatte. Etwa ein Viertel der Mitglieder war gleichzeitig in der KPD oder im KJVD organisiert.²⁶⁷ Zu Beginn gehörten dem RFB auch Mädchen und Frauen an, die aber später ausgeschlossen und stattdessen in den im November 1925 gegründeten „Roten Frauen- und Mädchenbund“ überführt wurden.²⁶⁸ Grund dafür waren die anhaltenden Klagen darüber, dass Mädchen und Frauen „den Strapazen bei verschiedenen Aufmärschen und Umzügen nicht gewachsen waren und zusammenbrachen.“²⁶⁹

²⁶⁴ Werner Jurr, zitiert nach Schuster: Frontkämpferbund, S. 132. Die Rote Jungfront bekannte sich in der Öffentlichkeit ganz selbstverständlich zu den militärischen Aspekten ihrer Arbeit. So begann beispielsweise im Juli 1928 das in Zeit stattfindende Gautreffen des Bezirks Halle-Merseburg mit einem Bekleidungsappell, bei dem geprüft wurde, ob die „Kameraden“ ordnungsgemäß in Bundeskleidung erschienen waren. Auch wurden die Mitgliederbücher kontrolliert. Eine für alle Teilnehmer verbindliche Marschordnung sollte den „disziplinierten proletarischen Charakter“ des Zuges gewährleisten. Die teilnehmenden Gruppen marschierten geschlossen in ihrer Formation und führten Transparente mit sich, aus denen hervorging, welcher Formation sie angehörten. Solche Zeremonien wurden auch vom KJVD im Rahmen der Jugendtag durchgeführt. Sie waren jedoch nicht die Regel. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I2/711/52, Bl. 19. Siehe Personenverzeichnis im Anhang.

²⁶⁵ Götz von Ohlenhusen: Jungstahlhelm, S. 176.

²⁶⁶ SAPMO-BArch, SgY 30/2051, Bl. 12

²⁶⁷ Jahnke: Geschichte, S. 340; Neuland/Werner-Cordt: Garde, S. 147.

²⁶⁸ Vgl. dazu: Arendt, Hans-Jürgen/Freigang, Werner: Der Rote Frauen- und Mädchenbund – die revolutionäre deutsche Frauenorganisation in der Weimarer Republik, in: BzG 19 (1977), S. 652-660.

²⁶⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/2/11, Bl. 36.

Die RJ wurde für den KJVD zum erbitterten Konkurrenten,²⁷⁰ zumal sich beide Organisationen in Hinblick auf Alter und Milieu der Mitglieder in etwa an den selben Adressatenkreis wandten und so innerhalb des kommunistischen Lagers um die ohnehin knappen finanziellen und personellen Ressourcen konkurrierten. Personelle Überschneidungen ergaben sich also fast zwangsläufig, ebenso wie die daraus resultierenden Konflikte. Ein prominentes Beispiel dafür war Werner Zoscher, der im Sommer 1924 in Stuttgart den Jugendordnerdienst „Süd“ leitete und später zur RJ wechselte, die er als ihr Vorsitzender maßgeblich prägen sollte.²⁷¹ Dass ein solcher Wechsel nicht im Sinne des KJVD sein konnte, dessen Mitgliederentwicklung ohnehin permanent hinter den Erwartungen der Zentrale zurückblieb, liegt auf der Hand. Die Zentrale befürwortete die Mitgliedschaft der KJVD-Anhänger in der RJ ausschließlich in Form der Fraktionstätigkeit. So gehörten in Frankfurt am Main etwa 20% der Mitglieder des KJVD auch der RJ an.²⁷² Allerdings kam es auch vor, dass einzelne Jugendliche bzw. ganze Gruppen vom KJVD zur RJ überliefen, was aus der Sicht der Zentrale ein völlig unakzeptables Verhalten war.²⁷³ Als Grund für solcherlei Übertritte nimmt Schuster zu Recht an, dass auch die Mitglieder des KJVD „dem Zauber des militant Aktivistischen erlegen waren“.²⁷⁴

Offiziell hob die Zentrale des KJVD das freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Organisationen hervor: „Unsere Beziehungen zur Roten Jungfront sind kameradschaftlich und politischer Natur, sie dürfen niemals organisatorische Formen annehmen. (...) Wir sehen in ihm einen Kampf- und Weggenossen, dessen Aufgaben und Ziele in vielem mit den unseren übereinstimmen.“²⁷⁵ Bereits im November 1925 gab ein Genosse auf der Plenarzentrale jedoch unumwunden zu: „Der Rote Jungsturm ist für uns ein Problem.“²⁷⁶ Der Erfolg der RJ wurde darauf zurückgeführt, dass sie an die „Romantik der Jugend“²⁷⁷ anknüpfen würde. Dementsprechend konzentrierte sich die Kritik des KJVD auf die Arbeitsmethoden des Kon-

²⁷⁰ Zur Auseinandersetzung zwischen der Roten Jungfront und dem KJVD vgl. auch Schuster: Frontkämpferbund, S. 126 ff.

²⁷¹ BArch, R 1507/1056c, Bl. 6. Siehe auch Personenverzeichnis im Anhang.

²⁷² Neuland/Werner-Cordt: Garde, S. 147.

²⁷³ Schuster: Frontkämpferbund, S. 126.

²⁷⁴ Ebenda, S. 131.

²⁷⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 225 f..

²⁷⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/23, Bl. 301.

²⁷⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/32, Bl. 71. Später wird die Zentrale auch die Erfolge der Nationalsozialisten unter den Jugendlichen auf deren „romantische Kampfmethoden“ zurückführen. Die nüchterne kommunistische Agitation könne es nicht mit den Methoden der Nationalsozialisten aufnehmen, die die Jugend mit ihren Militärparaden, ihrem bedingungslosen Führerkult, ihren Uniformen und ihrem „blutigem Terror“ für sich gewinnen würde. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/56, Bl. 171.

kurrenten. Aufgrund ihrer regen Demonstrationstätigkeit und der Uniformierung²⁷⁸ sei die RJ in der Öffentlichkeit weit präsenter als der eigene Jugendverband.²⁷⁹ Aus Sicht der Funktionäre drängte die RJ den KJVD gänzlich ins Abseits: „Bei den Roten Tagen, Maifeiern usw. in der letzten Zeit mußte man vielfach beobachten, dass die KJ hinter dem RJ vollständig verschwand.“²⁸⁰ Die KJVD-Funktionäre klagten die Rote Jungfront an, die Methoden der Jugendbewegung zu übernehmen ohne jedoch eine politische Arbeit zu leisten. Den Vorwurf, ein unpolitischer „Latscherverein“ zu sein, wiesen die Mitglieder der RJ mit dem Verweis auf den Erziehungscharakter ihrer Organisation entschieden von sich. Sie behaupteten, sich an ein anderes Klientel als der KJVD zu wenden, nämlich an die Gruppe der indifferenten und unorganisierten Arbeiter, die man zu klassenbewussten Arbeitern erziehen würde.²⁸¹

Das Credo der Zentrale des KJVD: „Der Rote Jungsturm hindert uns nicht an der Arbeit, wenn wir ihn fest in der Hand haben“²⁸² und die damit verbundenen Versuche, diesen unterzuordnen, liefen ins Leere. Selbstbewusst verweigerte die Führung eine Unterwerfung unter den KJVD,²⁸³ dem sie dennoch immer wieder entgegen kam. So verbot die Reichsleitung der RJ im August 1925 ihren Abteilungen ausdrücklich, zur selben Zeit wie der KJVD Veranstaltungen durchzuführen. Weiterhin räumte sie den leitenden Funktionären des KJVD Sitz und Stimme in den Leitungsgremien der RJ ein.²⁸⁴ Um das Ergebnis der anhaltenden Auseinandersetzungen vorwegzunehmen: Trotz der Kooperationsversuche erzielten die beiden Organisationen immer nur kurzfristige Einigungen, so dass ihr Verhältnis laut einer Aktennotiz vom November 1926 endgültig in Moskau geregelt werden sollte.²⁸⁵ Die Konflikte endeten erst mit dem endgültigen Verbot des RFB und der RJ am 3. Mai 1929 durch den Preußischen Innenminister nach den der Berliner Maiunruhen. Dem Verbot schloss sich die Reichskonferenz der Länderinnenminister wenige Tage später an.²⁸⁶ Laut einer Mitteilung des Polizeipräsidenten

²⁷⁸ Laut Statut trugen die männlichen Mitglieder eine Hose und ein Hemd im so genannten „Berliner Muster“, Strapazierstiefel, eine Mütze mit Viperschirm und Ledersturmriemen. Die Genossinnen – die später ganz aus dem RFB ausgeschlossen wurden, sollten einen einheitlichen Rock, Bluse und Kappe tragen. Die Uniformen konnten über verschiedene Firmen bezogen werden. Allerdings hielten sich nicht alle Jugendlichen an diese Kleidervorschriften. Einige trugen anscheinend auch anstelle der in den Satzungen vorgeschriebenen RFB-Uniform, russische Militärmäntel, die ihr militaristisches Auftreten unterstrichen oder „Schwalbennester“, rote Schlipse, Knöpfe und Abzeichen. Der Gau Berlin-Brandenburg forderte auf der Reichskonferenz des RFB 1926 „ein einheitliches und dem Ernste unseres Kampfes entsprechendes Auftreten“. SAPMO-BArch, RY 1/I 4/2/12, Bl. 69-80 und RY 1/I4/2/4, Bl. 101 sowie Schuster: Frontkämpferbund, S. 125.

²⁷⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/23, Bl. 301.

²⁸⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 184 f.

²⁸¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/23, Bl. 332.

²⁸² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/23, Bl. 302.

²⁸³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/23, Bl. 332.

²⁸⁴ Schuster: Frontkämpferbund, S. 126.

²⁸⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/34, Bl. 91.

²⁸⁶ Vgl. Funkspruch der Polizeistelle Weißenfels, der zunächst nur Preußen betraf.

an die Landeskriminalpolizeistelle in Halle vom Oktober 1928 wurden wegen der Auflösung des RFB und der RJ in verschiedenen Orten „Antifaschistische Junge Garden“ als Ersatzorganisation gegründet. Für diesen „naheliegenden Verdacht“ könne man bisher aber keine Beweise erbringen.²⁸⁷ Dass die Vermutung der Behörden richtig war, beweist der Sturmplan der „Antifaschistischen Garden“ aus Leipzig. Der Aufruf, der ganz im Stil der RJ verfasst ist, bezeichnet die Jugendlichen als Teil einer großen „Kampfmaschine“, deren Ziel es sei, gemeinsam den zunehmenden „Straßenterror der Faschisten“ zu bekämpfen. Dieser Auftrag würde den Jugendlichen alles abverlangen: „Kampfbereit sein, daß heißt zu allem bereit sein, was uns vorwärts bringt. (...) Wenn Du zu schwach und feige bist, Dich mit Leib und Leben für unsere große Sache einzusetzen, dann sei konsequent und geh aus unserer Organisation. Wir sind eine Gemeinschaft von Kameraden und diese Gemeinschaft kann niemanden gebrauchen, der nur seine Beiträge zahlt, der sich nur mit den Lippen bekennt.“²⁸⁸

Der Erfolg der RJ legte die Schwächen des KJVD offen. Als „Miniaturausgabe der KPD“ waren dem Verband enge Grenzen gesetzt, so dass er spätestens Mitte der zwanziger Jahre, wo Uniformen jeglicher Couleur das Straßenbild bestimmten,²⁸⁹ behäbig und altmodisch wirkte. Die paramilitärischen Wehrorganisationen der Linken und der Rechten waren weitaus zeitgemäßer: sie boten den Jugendlichen mehr „Aktion“ und damit verbunden das Gefühl, am Sturz des Weimarer Staates aktiv beteiligt zu sein. Die RJ bot der „radikalen Jugend“ die Heimat, die sie im KJVD möglicherweise, suchte aber nicht fand.²⁹⁰ Die Mitglieder des KJVD hatten offensichtlich längst Anleihen an das Erscheinungsbild und die Arbeitsmethoden der RJ gesucht – was wiederum zu Konflikten auf der Leitungsebene führte und den Jugendlichen den nicht ganz unberechtigten Vorwurf einbrachte, die RJ zu kopieren.²⁹¹ Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der KJI verbot die RJ dem KJVD im Januar 1927 ausdrücklich, weiterhin deren Arbeitsmethoden nachzuahmen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen die Musikkapellen der RJ, deren Trommeln und Pfeifen den uniformierten Jugendlichen die öffentliche Aufmerksamkeit sicherte. Das Sekretariat des KJVD sah sich in

SAPMO-BArch, RY 1/I2/711/52, Bl. 35.

²⁸⁷ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I2/711/52, Bl. 50.

²⁸⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/74, Bl. 260.

²⁸⁹ Kenkmann: Jugend, S. 82.

²⁹⁰ Schuster bestätigt den Mitgliedern der Roten Jungfront einen „aktivistischen Überschwang“ der u.a. dazu führte, dass sie beispielsweise in Mannheim auf offener Straße Schutzleute verprügelten. Die Bundesleitung des RFB bestätigt in einem Rundschreiben 1925, dass sich insbesondere die Kameraden der Roten Jungfront immer wieder zu Anrempelungen und Schlägereien hinreißen ließen. Schuster: Frontkämpferbund, S. 124 und SAPMO-BArch, RY 1/I4/2/11, Bl. 111.

²⁹¹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/34, Bl. 84 und SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/34, Bl. 210.

einer Sitzung im Juni 1928 dazu gezwungen, die Gruppen ausdrücklich daraufhin hinzuweisen, dass es für den Verband in der Regel weder notwendig noch zweckmäßig sei, Kapellen einzusetzen. Die Gruppen sollten zukünftig die Anschaffung von Kapellen mit der Bezirksleitung der Partei, der RFB-Gauleitung und dem ZK des KJVD absprechen. Die Anweisung ging auf die wiederholten Beschwerden der RJ zurück, die sich bei der Partei über den zunehmenden Einsatz von Musikkapellen im KJVD beschwert hatte. Daraufhin bestimmte die Partei, dass der KJVD grundsätzlich alle Kapellen abschaffen müsse, eine Entscheidung, die von der Verbandsleitung dahingehend revidiert wurde, dass sie die Gruppen anwies, Kapellen nur noch in einem begrenzten Umfang einzusetzen.

Die Verbandsleitung war aufgrund der Konkurrenz der RJ zu weiteren Kompromissen gezwungen und sah sich genötigt, die gängige Praxis der Jugendlichen anzuerkennen. So gab die Zentrale ihren Widerstand gegen eine Uniformierung auf. Vielerorts hatten sich die Jugendlichen offensichtlich in Ermangelung einer diesbezüglichen Regelung bereits „Phantasieuniformen“ zugelegt. Immer wieder hatte die Zentrale in der Vergangenheit versucht, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Schließlich sollte die „Einheitskleidung“ des KJVD ausschließlich aus einer Schirmmütze, einer Windjacke und der KJI-Koppel bestehen. Die Zentrale wies in ihrem Rundschreiben vom Juli 1926 an die Bezirke ausdrücklich darauf hin, dass die Genossen die Kleidungsstücke erst allmählich und ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechend anschaffen sollten und auf sie in der Kleiderfrage keinerlei Druck ausgeübt werden dürfe.²⁹² Dem Verlag der „Jungen Garde“ wurde die Anweisung erteilt, nicht länger für Schulterriemen und Armbinden zu werben und sie aus dem Angebot zu nehmen.²⁹³ Die Zentrale verwandte ausschließlich den Begriff „Einheitskleidung“ und war offensichtlich darum bemüht, sämtliche militärische Assoziationen zu vermeiden: „Wo die Organisationen des KJVD auf Einführung einer einheitlichen Kleidung des KJV drängen, ist dafür zu sorgen, daß die Einheitskleidung durchaus zivilen Charakter behält und jede Uniformierung, die den KJVD von den Massen des Jungproletariats trennen würde, unterbleibt.“²⁹⁴

Die Erfolge der paramilitärischen Organisationen der Weimarer Republik sind auch darauf zurückzuführen, dass sie an das proletarische Männerbild anknüpften und dazu beitrugen, die

²⁹² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/69, Bl. 34.

²⁹³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/34, Bl. 69.

²⁹⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/34, Bl. 210.

im Krieg brüchig gewordene Männerrolle wieder aufzuwerten.²⁹⁵ Auch der KJVD hatte Anteil an dieser Entwicklung. Wie bereits gezeigt, wandte sich etwa der Ordnerdienst vor allem an die männlichen Mitglieder des KJVD, die dessen Aufgaben exklusiv für sich beanspruchten. Auch die von der Zentrale bewilligte „Einheitskleidung“ war keinesfalls geschlechtsneutral, denn Windjacke und Schirmmütze waren eindeutig auf die männlichen Jugendlichen zugeschnitten, die sich nun immerhin statusgemäß kleiden konnten. Zierte 1923 ein nur mit Lendenschurz bekleideter, vor Kraft strotzender junger Mann das Titelblatt der „Jungen Garde“, so war dieses Idealbild 1927 von zwei uniformierten und bewaffneten männlichen Jugendlichen, die sich schützend vor ein Mädchen stellen, verdrängt worden.²⁹⁶

Es gab auch Jugendliche, die die Militarisierung des Verbandes kritisierten und behaupteten, dass sich die Mehrheit der Mitglieder instinktiv gegen die „Uniformierung der Jungkommunisten“ wehren würde. Die Kritiker befürchteten, dass die Einführung der Einheitskleidung die Jugendlichen künstlich von den Sympathisanten des KJVD trennen würde.²⁹⁷ Eine Gruppe von Jugendlichen, die sich „Entschiedene Linke“ nannte, und an die Ultralinken in der KPD gebunden war, schätzte das Vorgehen der Verbandsleitung richtig ein und warf dieser vor, nur an die Erfolge der RJ anknüpfen zu wollen und dabei die Führungsrolle, die der KJVD für das Jungproletariat habe, aus den Augen zu verlieren: „Er [der KJVD, B.K.] will und wird diskutieren und zwar ohne jede Uniform, den Inbegriff des preußischen Kasernenhofdrills und des geistigen Kadavergehorsams.“²⁹⁸

Ein weiteres Zeichen dafür, dass sich die jugendbewegten Anleihen der ersten Jahre verflüchtigt hatten und militaristischen Einflüssen gewichen waren, war die Durchführung des geplanten „Ersten Reichslagers“ des KJVD, das vom 22. Juni bis zum 6. Juli 1929 im Erzgebirge geplant war. Auch hier diente die RJ, die mit großem Erfolg Zeltlager im Sommer anbot, als Vorbild.²⁹⁹ Um jeder Kritik vorzubeugen, wies die für die Organisation des Lagers zuständige Abteilung für Agitation und Propaganda im Einladungsschreiben ausdrücklich darauf hin, dass das Reichslager keinesfalls ein „Schritt ins Latschertum“ oder ein Indiz für die Entpolitisierung des Verbandes sei. Ebenso wenig sei das Lager eine „Konkurrenzmaß-

²⁹⁵ Peukert: *Jugend zwischen Krieg und Krise*, S. 239.

²⁹⁶ Titelblätter der Jungen Garde vom 15.8.1923 und von Anfang November 1927. Siehe Abb. 3 und 4 im Anhang.

²⁹⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/69, Bl. 60.

²⁹⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/69, Bl. 76. Vgl. zur Ausschaltung der „Entschieden Linke“, Weber: *Wandlung*, Bd. 1, S. 149 ff.

²⁹⁹ Vgl. „Drei Wochen Zeltlager“, in: *Die Junge Garde von Mitte Juli 1927*, Nr. 20.

nahme“ gegenüber der RJ.³⁰⁰ Vielmehr wolle man an die Erfolge der bürgerlichen und der faschistischen Jugendorganisationen anknüpfen und ihnen die auf diese Weise gewonnenen Jugendlichen wieder „entreißen“. Die Jugendlichen sollten im Reichslager „zu theoretisch fundamentierten [!] und politisch selbständig denkenden Genossen“ ausgebildet werden.³⁰¹ Es richtete sich an Multiplikatoren, die nach ihrer Rückkehr wiederum „Bezirkslager“ vorbereiten und durchführen sollten, um so die erworbenen Kenntnisse weiterzugeben. Eingeladen waren Funktionäre, die seit mindestens einem Jahr Mitglied und im Bereich der Agitation und Propaganda tätig waren. Die Jugendlichen sollten nicht älter als 22 Jahre sein und zuvor einen „Grundwissenskurs“ absolviert haben. Ihr Erscheinen in Uniform wurde vorausgesetzt. Der Teilnehmerbeitrag in Höhe von 40 RM und die Reisekosten mussten von den Bezirken getragen werden. Zur Finanzierung des Reichslagers gab die Zentrale zudem Sammellisten und Reichslagerpostkarten heraus. Im Lager sollten „neue“ Arbeitsmethoden, die zum Teil längst in der Gruppenpraxis der Jugendlichen verankert waren, wie beispielsweise Wanderungen, Exkursionen, Geländespiele und Sportübungen erprobt werden.

Wie die Verwendung des Begriffs „Einheitskleidung“ von der Einführung einer Uniformierung ablenken sollte, kaschierten die Begriffe „Geländespiele“ und „Sportübungen“ den wehrsportlichen Charakter der Veranstaltung und die sukzessive Militarisierung des Jugendverbandes. An dieser Entwicklung hatte die RJ indirekt Anteil, da sie für den Verband eine Konkurrenz darstellte. Wollte der Jugendverband nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten, musste er den Weimarer Jugendlichen mehr als nur politische Debatten bieten. Die Auseinandersetzung mit der RJ forcierte die „Modernisierung“ des KJVD, dessen äußeres Erscheinungsbild und dessen Arbeitsmethoden sämtliche jugendbewegte Anleihen verlor.

Dieser Transformationsprozess vollzog sich in ähnlicher Weise in der SAJ. Auch dort setzte sich ab 1926/27 ein neuer Verhaltensstil durch, der mit einer „Vermännlichung“ einherging: „Die SAJ war bündischer, genauer: jugendbündischer geworden; der nunmehr vorherrschende Scout-Charakter, die Männlichkeitsrituale einer eher draufgängerischen Militanz, die Betonung roher körperlicher Kraft und gehorsamen Mutes, eine mitunter soldatische Rekrutenmentalität alles in allem trennten die Geschlechter wieder und unterhöhlten in mancher Hinsicht die koedukative Erziehung und drängten die Mädchen zurück.“³⁰²

³⁰⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/57, Bl. 298.

³⁰¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/57, Bl. 300.

³⁰² Walter: Jugend, S. 324.

Straßenpolitik

Im Zentrum der Selbstzeugnisse stehen die Straßen der Arbeiterviertel, wo die Jugendlichen einen Großteil ihrer Zeit verbrachten. Sie werden als Erfahrungsraum geschildert, in dem die Gemeinschaft und die Verbundenheit mit Gleichaltrigen besonders intensiv erfahren wurde. Das Leben auf der Straße und im Viertel, das Herumstreifen durch die angrenzenden Straßenzüge sowie das bewusste Eindringen in fremde Territorien verdichtete sich in den Selbstzeugnissen zum Kristallisationspunkt der männerbündischen Mentalität.

Thomas Lindenberger hat in seiner Untersuchung zur Straßenpolitik grundsätzlich auf die Bedeutung der Straße als „Politik-Arena“ und „Artikulationsort unterschichtiger Interessen“ hingewiesen und damit die Forschung für die „kleine Politik“, die alltäglich auf den Straßen ausgehandelt wurde, sensibilisiert.³⁰³ Er definiert Straßenpolitik als eine Politik der Körper, die im Übrigen in der Kommunikation der Unterschichten immer relevant gewesen seien. Lindenberger beschreibt die „Teilhabe an dieser Öffentlichkeit und ihren Konfliktformen“ als „körperbetont“. Die Auseinandersetzungen seien nicht nur „face to face“, sondern auch „body to body“ ausgetragen worden.³⁰⁴ Vergleichbare Ergebnisse liegen aus dem Umfeld der historischen Sozialisationsforschung³⁰⁵ und aus kulturwissenschaftlicher Perspektive³⁰⁶ vor. Die Studien heben die Bedeutung der Straße im Kontext der geschlechts- und schichtenspezifischen Sozialisation von Arbeiterjugendlichen hervor. Für männliche Jugendliche sei die Straße ein wichtiger „sozialer Raum [gewesen], den es sich anzueignen, zu beherrschen und gegebenenfalls zu verteidigen galt“.³⁰⁷ Auf der Straße setzten sich die Jugendlichen zudem mit den Normen der Erwachsenenwelt auseinander.

Will man die „Straßenpolitik“ kommunistischer Jugendlicher untersuchen, gilt es zwei Phasen zu unterscheiden: Während sich der Kampf um die Straße in den ersten Jahren der Weimarer Republik vor allen Dingen auf einer symbolischen Ebene abspielte, wurde er Mitte der zwanziger Jahre mehr und mehr zu einem verbissen und blutig geführten Kampf, der auch Menschenleben kostete. In der Straßenpolitik waren die Grenzen zwischen den einzelnen Organisationen aufgehoben. Die überwiegend männlichen Angehörigen des KJVD, der KPD, des RFB

³⁰³ Lindenberger: Straßenpolitik, S. 12.

³⁰⁴ Lindenberger: Straßenpolitik, S. 169 f.

³⁰⁵ Vgl. Zinneken, Jürgen: Straßensozialisation. Versuch, einen unterschätzten Lernort zu thematisieren, in: Zeitschrift für Pädagogik 25 (1979), S. 727-746.

³⁰⁶ Lindner, Rolf: Straße – Straßenjunge – Straßenbande. Ein zivilisationstheoretischer Streifzug, in: Zeitschrift für Volkskunde 79 (1983), S. 192-208.

³⁰⁷ Lindenberger: Straßenpolitik, S. 392.

und der RJ sowie deren Sympathisanten, standen den Angehörigen des rechten Lagers gegenüber.³⁰⁸

Zu Beginn der Republik hatten die „Straßenkämpfe“ zunächst noch den Charakter von Bandenkriegen. Kommunistische Jugendliche beanspruchten, wie andere Jugendgruppen auch, bestimmte Straßenzüge und öffentliche Plätze für sich, kontrollierten diese und verteidigten ihr Revier gegenüber Fremdansprüchen.³⁰⁹ Ein Mitglied einer RJ-Gruppe im Berliner Bezirk Kreuzberg berichtet, dass jedes Gruppentreffen mit einem „Durchzug“ durch das Viertel endete, bei dem nach Abzeichen anders gesinnter Parteien gefahndet, insbesondere nationalsozialistische Jugendliche einer Leibesvisitation unterzogen und ihre Abzeichen und Armbinden konfisziert worden seien.³¹⁰ Die Eroberung der Embleme und Fahnen des jeweiligen Gegners und die Tendenz, diese wie Trophäen zu handeln, war ein fester Bestandteil der Gruppenpraxis. So sandten Berliner Jugendliche im Sommer 1924 die von ihnen eroberten Abzeichen und Fahnen feindlicher Gruppen an den russischen Jugendverband. Die Redaktion der „Jungen Garde“ forderte die anderen KJVD-Gruppen dazu auf, es den Berlinern gleichzutun: „Schlagt sie, wo ihr sie kriegt, ist unsere Parole. Die Kerls sind ja so feige, ohne Sipo [Sippenpolizei] sind sie klein, wagen sich nicht aus ihren Mauselöchern.“³¹¹

Die Provokation des Gegners war überhaupt ein wichtiger Bestandteil der symbolischen Politik. So versuchten die Jugendlichen gezielt das fremde Territorium für kurze Zeit in Besitz zu nehmen. Vielfach ergaben sich Zusammenstöße mit politisch anders Denkenden, wenn kommunistische Jugendliche als „Hilfstrupp der Partei“ unterwegs waren und sie Straßenzüge mit den Plakaten und Parolen der KPD plakatierten. Oft entwickelte sich daraus ein regelrechtes Spiel, dessen Ziel es war, die Plakate des Gegners abzureißen und eigene Parolen anzubringen. Sofern sich die Gruppen dabei gegenseitig auf „frischer Tat“ ertappten, waren Raufereien vorprogrammiert.

³⁰⁸ Zum Verhältnis von Kommunisten und Nationalsozialisten vgl. Fischer, Conan: *Class Enemies or Class Brothers? Communist – Nazi Relations in Germany 1929 – 1933*, in: *European History Quarterly* 13 (1985), S. 239-280; Ward, James: „Smash the Fascists.“ *German Communist Efforts to Counter the Nazis 1930-1931*, in: *Central European History* 14 (1981), S. 30-62; Striefler, Christian: *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik*, Berlin 1993.

³⁰⁹ Zur Bedeutung der Territorialität für das Verständnis von Straßengemeinschaften siehe Lindner: *Straßenjunge*, S. 199 ff.

³¹⁰ *Rosenhaft Eve: Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930*, in: Lindenberger, Thomas/Lüdtke, Alf (Hg.): *Physische Gewalt: Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1995, S. 238-275, hier: S. 247.

³¹¹ „Die KJ Berlins sendet der KJR eroberte Abzeichen und Fahnen!“ in: *Die Junge Garde von Mitte Juni 1924*, Nr. 16.

Zusammenarbeit kommunistischer Jugendlicher mit den Wilden Cliques

Auf den Straßen der Arbeiterviertel, aber auch während der Wanderungen am Wochenende ergaben sich fast zwangsläufig Kontakte zwischen kommunistischen Jugendlichen und den Angehörigen der Wilden Cliques.³¹² Diese informellen Jugendgruppen waren vor allem in den Großstädten und besonders stark im Berlin der zwanziger Jahre verbreitet. Trotz der schlechten Quellenlage stehen sie im Mittelpunkt verschiedener Untersuchungen, die mehrheitlich die sozialpsychologischen Gemeinsamkeiten der Cliquesangehörigen und der Jungkommunisten betonen.³¹³ Rolf Lindner plädiert darüber hinaus dafür, die Beziehungen zwischen den Wilden Cliques und dem KJVD nicht nur unter dem Aspekt einer politischen Wahlverwandtschaft zu betrachten, sondern auch als kulturelles Phänomen zu deuten.³¹⁴

Die Praxis der Jugendcliques wird allgemein als Protest und als Kampfansage an die sie benachteiligenden gesellschaftlichen Strukturen interpretiert.³¹⁵ Während kommunistische Jugendliche den Verlust ihrer individuellen Zukunftsperspektive durch den festen Glauben an den Sieg ihrer Klasse kompensierten und ihren Gestaltungs- und Überlebenswillen in politisches Engagement umwidmeten, definierten die Wilden Cliques den „lebensperspektivischen Leerraum“, den die Weimarer Republik ihnen auferlegte, positiv als „Freiraum“ und nutzten ihn ebenso anarchistisch wie kreativ.³¹⁶ Die Jugendlichen beider Gruppen verband ein ausgeprägter „Männlichkeitskult“, die Wertschätzung von Körperkraft und Wagemut sowie die verächtliche Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft.³¹⁷ Viele der ehemaligen Cliquesjugendlichen bezeichneten sich politisch als „linksstehend“.³¹⁸ Zeitweise gehörten sie

³¹² Rosenhaft hat in ihrer Berliner Lokalstudie vor allem die ideologische Auseinandersetzung der KPD mit den Cliquesjugendlichen untersucht: Rosenhaft, Eve: Organising the „Lumpenproletariat“: Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic, in: Evans: Working Class, S. 174-219.

³¹³ Auch in Hinblick auf das dem KJVD und den Wilden Cliques hartnäckig unterstellte Sozialprofil lassen sich interessante Parallelen feststellen. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass in den Wilden Cliques vor allem lumpenproletarische Jugendliche organisiert waren. Vgl. zum Beispiel Lindner: Cliques, S. 463. Kenkmann hat in seiner Untersuchung jedoch nachweisen können, dass die Jugendlichen weder verwahrlost noch in auffälliger Weise in kleinkriminelle Aktivitäten verstrickt waren. Die Jugendlichen waren zudem in der Regel familiär eingebunden und der Haushaltsvorstand der Familie überwiegend erwerbstätig. Vgl. Kenkmann, S. 342.

³¹⁴ Lindner: Cliques, S. 453.

³¹⁵ Manfred Liebel geht davon aus, dass Jugend-Cliques immer dann entstehen „wenn Jugendlichen eine vorstellbar gewordene bessere Zukunft abgeschnitten wird und wenn die der Jugendphase in der bürgerlichen Gesellschaft zugeschriebene Funktion, Zeit und Raum zu bieten für die planvolle Entwicklung einer Lebensperspektive, nicht mehr realisiert wird.“ Seiner These nach waren Cliques für solche Jugendliche, attraktiv, „für die der normale Lebensweg in die Zukunft verschlossen war (...) und für die die jeweiligen Klassenkulturen des Bürgertums und der Arbeiterbewegung dominierenden Integrationsmuster keine Perspektive boten.“ Liebel, Manfred: Cliques und informelle Gruppen, in: Böhnisch: Handbuch, S. 304-312, hier: S. 308.

³¹⁶ Peukert: Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 264.

³¹⁷ Ebenda, S. 259.

³¹⁸ Rosenhaft schätzt die politische Orientierung der Cliquesjugendlichen folgendermaßen ein: „The best informed of contemporary writers estimated in 1930 that while approximately 71 per cent of non-criminal

sogar dem KJVD oder der RJ an,³¹⁹ deren straffe Organisation sie jedoch schnell abstieß, so dass sie die Organisationen bald wieder verließen, wie dieser Jugendliche, der nur kurz Mitglied des KJVD war, berichtet: „Wir waren zwar immer noch Kommunisten, aber wir wollten etwas mehr Freiheit, nicht nur diese Demonstrationen. Polizisten ärgern konnte man in der Clique auch.“³²⁰ Andere Jugendliche gehörten gleich mehreren Organisationen an, wie beispielsweise ein junger Mann, der zeitgleich „Cliquenbulle“, d.h. Anführer der Berliner Clique „Edelweiß“, aber auch Mitglied im KJVD, in der RJ, im Kampfbund gegen den Faschismus und in einem Arbeitersportverein sowie Kassenwart der kommunistischen Gewerkschaftsopposition war. Freimütig gesteht er aber ein, dass ihm die Unternehmungen mit der Clique mit Abstand am meisten Spaß gemacht hätten.³²¹

Die Ablehnung der „Jesuslatscher“, wie Jugendgenossen die jugendbewegten bürgerlichen Jugendlichen spöttisch nannten, die Konkurrenz zur SAJ und die Ablehnung der Nationalsozialisten schuf unter den Jugendlichen beider Gruppen wichtige Gemeinsamkeiten. „Nur die K.J. hat Freundschaft mit uns, wir grüßen uns, wir haben denselben Haß gegen die S.A.J., die wird von den Herrn Bonzen bezahlt“,³²² so ein Cliquenmitglied. Wenngleich die Mitglieder des KJVD die Anarchie und die mangelnde Disziplin der Cliquen ablehnten,³²³ begegneten sie ihnen doch mit Sympathie und Respekt. Die Jugendlichen beider Gruppen unterstützten sich gegenseitig bei Zusammenstößen mit der Polizei oder mit den Angehörigen der NSDAP oder der SA. Die Cliquen schlugen sich bei den Straßenkämpfen mit der Polizei bzw. der SA auf die Seite der Linken.³²⁴ Belegt ist die Beteiligung kommunistischer Jugendlicher und der Mitglieder der Wilden Cliquen während der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 1. Mai 1929 im Berliner Bezirk Wedding, wo insbesondere männliche Jugendliche und junge Männer das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten bewusst missachteten und sich massive Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten, die etwa 30 Tote und 200 Ver-

cliques were apolitical, 2 per cent had-left wing and 7 per cent right-wing sympathies.“ Rosenhaft: Lumpenproletariat, S. 189. Kenkmann hebt hervor, dass sich die Jugendlichen informeller Jugendgruppen von je her aktionsintensiveren Parteien zuwandten, das heißt, ebenso der Rechten wie auch der Linken. Als Beispiel für die Rechts-Orientierung der Jugendlichen führt er die Berliner Clique „Weißer Hirsch“ an, die als „private SA“ für lokale Nazigrößen tätig war. Kenkmann: Jugend, S. 104.

³¹⁹ Nach Helmers und Kenkmann wies insbesondere die Rote Jungfront einen hohen Anteil an Cliquenjungen auf, die sich nach ihrem Verbot wieder den bestehenden Cliquen anschlossen oder eigene Cliquen bildeten. Helmers/Kenkmann: Messer, S. 100.

³²⁰ Zitiert nach Lindner: Cliquen, S. 464. Vgl. auch die daran anschließenden Interviewauszüge.

³²¹ Lessing/Liebel: Cliquen, S. 39.

³²² Staewen-Ordemann, Gertrud: Menschen der Unterordnung. Die proletarische Wirklichkeit im Arbeitsschicksal der ungelerten Großstadtjugend, Berlin 1933, S. 81.

³²³ Vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1948 Bd. 1.

³²⁴ Kenkmann: Jugend, S. 105.

letzte forderten.³²⁵ Wegen des Totschlags eines „Cliquenbullen“ durch die SA organisierte der KJVD Anfang der dreißiger Jahre eine gemeinsame Demonstration im Berliner Bezirk Spandau, an der fast alle Berliner Cliques geschlossen teilnahmen.³²⁶ Ein ehemaliges Cliquemitglied erinnert sich daran, dass sich seine Clique an vielen Demonstrationen des KJVD beteiligt habe, allerdings ohne dabei durch die eigene „Kluft“ als Clique kenntlich gewesen zu sein. Nach der Beerdigung von Horst Wessel 1930 in Berlin habe man die Nationalsozialisten daran gehindert, am Karl-Liebknecht-Haus, der Parteizentrale der KPD, vorbeizuziehen: „Wir haben sie da nicht durchgelassen, das war eine Provokation.“³²⁷ Auch Walter Schönstedt beschreibt in seinem Roman „Kämpfende Jugend“³²⁸ diese Allianzen, die von den Weimarer Behörden kritisch beobachtet wurden. Bereits im September 1923 hatten die Beamten festgestellt, dass der KJVD immer wieder „Zulauf aus Kreisen der Jugendlichen (Halbstarken) erhält und diese meist bei den Kundgebungen und Unruhen der letzten Zeit im Vordergrund standen.“³²⁹ Dass es sich bei den „Halbstarken“ tatsächlich um Mitglieder einer Wilden Clique handelte, die Peukert als die „Erben“ der bereits um 1890 ins Visier der Jugendpflege geratenen Arbeiterjugendlichen bezeichnet,³³⁰ ist mehr als wahrscheinlich.

Straßenkämpfe

Die Bereitschaft, politische Konflikte mit Gewalt zu lösen, gehörte zu den strukturellen Problemen der Weimarer Jahre. Beteiligt waren daran vor allem die Parteien und die Organisationen der Linken und der Rechten.³³¹ In diesem Kontext ist noch einmal auf das zu Beginn der Einleitung zitierte Schreiben des Reichswehr- und Reichsinnenministers Wilhelm Groener hinzuweisen, in dem dieser auf die politisch motivierten Morde, von denen Jugendliche gleichermaßen als Opfer wie als Täter betroffen waren, aufmerksam machte und die Parteien eindringlich darum bat, zukünftig die nicht wahlberechtigten Jugendlichen von der politischen Agitation auszuschließen.³³²

³²⁵ Kenkmann: Jugend, S. 105 und Lessing/Liebel: Cliques, S. 36.

³²⁶ Lessing/Liebel: Cliques, S. 42.

³²⁷ Zitiert nach: Lessing/Liebel: Cliques, S. 36.

³²⁸ Schönstedt, Walter: Kämpfende Jugend. Roman der arbeitenden Jugend, Berlin 1971 (Erstauflage Berlin 1932).

³²⁹ BArch, R 1507/1056b, Bl. 87a.

³³⁰ Peukert, Detlev: Die „Halbstarken“. Protestverhalten von Arbeiterjugendlichen zwischen Wilhelminischem Kaiserreich und Ära Adenauer, in: Zeitschrift für Pädagogik 30 (1984), S. 533-548, hier: S. 539.

³³¹ Götz von Olenhusen: Jungstahlhelm, S. 147.

³³² Vgl. BArch, R 1501/122, Bd. 6a, Bl. 177.

Gewalt hat immer auch symbolische Komponenten und Bezüge, sie ist jedoch wie Lindenberger und Lüdte zur Recht betonen, in erster Linie eine körperliche Erfahrung, die „von Körpern an Körpern“³³³ ausgeübt wird und die „gleichermaßen historische Erfahrungsform und historische Handlungsform“ ist.³³⁴ Schumann ist grundsätzlich zuzustimmen, dass die Gewaltanalyse bisher wenig den Aspekt „der Männlichkeit“ einbezogen hat, obwohl individuelle oder kollektive physische Gewalt überwiegend von Männern ausgeübt wird.³³⁵ Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Eve Rosenhaft, die hervorhebt, dass die „Politik der Gewalt“ in der KPD einherging mit der „Betonung proletarischer Männlichkeit“ und dass in den gewalttätigen Auseinandersetzungen Klassen- und Geschlechtervorstellungen leitmotivisch miteinander verwoben waren.³³⁶ Die Straßenkämpfe der Weimarer Zeit erhielten ihre besondere Brisanz durch die politische Motivation der daran beteiligten Jugendlichen, für die sie zugleich „Mittel der Selbstbehauptung und Medium der Rollenvergewisserung“ waren.³³⁷ Bereits in den zwanziger Jahren prägten gewalttätige Konflikte zwischen den Angehörigen der verschiedenen politischen Lager das Straßenbild der Weimarer Republik. Anfang der dreißiger Jahre nahm die physische Gewalt im politischen Alltag jedoch in einem Maße zu, das alles vorher Bekannte übertraf.³³⁸ Dies belegen die sowohl von der Linken als auch von der Rechten penibel verzeichneten Opfer, die sie jeweils als Helden feierten. Meldeten die Parteien und die politischen Organisationen in der Zeit von 1923 bis 1929 etwa 160 Vorfälle, so stieg deren Zahl in den Jahren von 1930 bis 1932 sprunghaft an. Die NSDAP trauerte um etwa 160 und die KPD um 167 Tote. Die Zahl der Verletzten wurde mit 18.000 beziffert.³³⁹ Politische Auseinandersetzungen schwappten zudem auf das Alltagsleben über.³⁴⁰ Die Träger der Gewalt kamen nicht nur aus den Parteien der Linken und der Rechten sowie aus deren paramilitärischen Organisationen, sondern waren auch parteilose Bürger.

³³³ Lindenberger, Thomas/Lüdte, Alf: Einleitung. Physische Gewalt – eine Kontinuität der Moderne, in: dieselben (Hg.): Physische Gewalt: Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1995, S. 7-38, hier: S. 7.

³³⁴ Lindenberger/Lüdte: Einleitung, S. 7.

³³⁵ Schumann, Dirk: Gewalt als Grenzüberschreitung. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert, in: AfS 37 (1997), S. 366-386, hier: S. 379.

³³⁶ Rosenhaft: Straßengewalt, S. 263.

³³⁷ Schumann: Gewalt als Grenzüberschreitung, S. 379.

³³⁸ Rosenhaft: Straßengewalt, S. 238. Bei den Berliner Mai-Unruhen 1929 wurden 31 Menschen getötet, ungefähr 200 verletzt und über 1.200 Personen verhaftet. Vgl. Rosenhaft, Eve: Die KPD in der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“ 1929-1933, in: Mommsen, Wolfgang/ Hirschfeld, Gerhard (Hg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 391-421, hier: S. 397. Siehe dazu auch: Kurz, Thomas: Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner „Blutmai“ von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe, in: IWK 22 (1986), S. 297-317 und derselbe: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988.

³³⁹ Rosenhaft: Straßengewalt, S. 241.

³⁴⁰ Rosenhaft: „Beating the Fascists?“ The German Communists and Political Violence 1929 – 1933, Cambridge 1983, S. 6 f.

Die Gründe für diese Entwicklung waren vielfältig: Die Menschen reagierten verbittert auf die Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit. Die gesellschaftlichen Spannungen entluden sich häufig im öffentlichen Protest, der wiederum in gewalttätige Auseinandersetzungen überging. Gewalt wurde zum Ausdruck der weit verbreiteten Bereitschaft, die bis dato gängigen und respektierten Grenzen „normalen“ sozialen und politischen Verhaltens zu überschreiten.³⁴¹ Ewald Kaiser schildert in seinem Selbstzeugnis bürgerkriegsähnliche Zustände: „Ich wohnte im Jahre 1932 in Herne, im Ruhrgebiet. Wenn ich, oft spät in der Nacht, nach Hause kam, holten mich Genossen, mit Stöcken bewaffnet, vom Bahnhof ab, weil die SA-Banditen auf bekannte Funktionäre der KPD und des KJVD systematisch Jagd machten.“³⁴² Die Situation in anderen Städten war durchaus vergleichbar. So charakterisiert Stracke etwa die Stadt Wuppertal in den Jahren 1931 und 1932 als ein „soziales Pulverfass“.³⁴³

Eve Rosenhaft hat in einer Studie die Gruppe der in Berlin lebenden kommunistischen Straßenkämpfer untersucht. Demnach waren 84% von ihnen jünger als 30 Jahre und ein Drittel sogar unter 21 Jahren alt.³⁴⁴ Demnach war die Gruppe der „Halberwachsenen“ im Alter von 18 bis 21 Jahren besonders stark vertreten. Das Altersprofil der Straßenkämpfer lag unter dem der Parteien und entsprach in etwa dem der Wehrorganisationen bzw. dem des KJVD. Je jünger die Straßenkämpfer waren, desto häufiger waren sie in der Stadt geboren, das heißt politisch im Großstadtproletariat sozialisiert.³⁴⁵ Die Mehrheit der Jugendlichen bzw. der jungen Erwachsenen war ledig und lebte bei ihren Müttern, die überdurchschnittlich häufig verwitwet waren.³⁴⁶ Rosenhaft hebt hervor, dass die Straßenkämpfer keineswegs zum „Lumpenproletariat“ zählten, wenngleich ungelernete Arbeiter im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert waren. 93% der Straßenkämpfer waren als Arbeiter in der Industrie, im Transportgewerbe oder im Handwerk beschäftigt, was die Autorin als Hinweis darauf interpretiert, dass die Betroffenen durch ihre Arbeit viel in der Stadt herumkamen und dies den Prozess der Meinungsbildung begünstigte.³⁴⁷ Die Beteiligung an den Straßenkämpfen

³⁴¹ Schumann: Bürgerkrieg, S. 527.

³⁴² SAPMO-BArch, SgY 30/1092, Bl. 4.

³⁴³ Stracke: Zuversicht, S. 50.

³⁴⁴ Rosenhaft: Fascists, S. 194.

³⁴⁵ Ebenda, S. 202.

³⁴⁶ Ebenda, S. 196.

³⁴⁷ Ebenda, S. 170.

versteh Rosenhaft nicht als Resultat einer wie auch immer gearteten theoretischen Analyse der politischen Situation, sondern als Wunsch, die Nachbarschaft zu verteidigen.³⁴⁸

Im Folgenden wird exemplarisch der Bericht der Remscheider Behörden vom Juni 1925 an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten vorgestellt. Die darin geschilderten Vorfälle markieren jenen Wendepunkt, an dem die symbolische Gewalt in reale Gewalt überging, die sich dann gegen das Leben des Gegners wandte. Für gewalttätige Auseinandersetzungen machten die Behörden mehrheitlich das kommunistische Lager verantwortlich.³⁴⁹ Außerdem unterstellte man kommunistischen Jugendlichen generell eine Tendenz zum Radikalismus. Die Beamten interpretierten die Radikalisierung kommunistischer Jugendlicher als Einzelphänomen, das sie nicht zur wachsenden Militarisierung und zur steigenden Gewaltbereitschaft der gesamten Weimarer Gesellschaft in Beziehung setzten. Die Beamten meldeten, dass es in Remscheid wiederholt zu Ausschreitungen gegen „Angehörige von Rechtsorganisationen“ gekommen sei. Mitglieder der RJ hätten auf offener Straße Angehörige des Jungdeutschen Ordens zusammengeschlagen und ihnen ihre Abzeichen abgenommen. Weiterhin sei eine Familie, die vor ihrem Haus eine Marineflagge gehisst hatte, von einer Gruppe kommunistischer Jugendlicher bedroht worden. Mitglieder der Reichsflagge seien auf offener Straße überfallen und misshandelt worden. Diese Verdichtung kommunistischer Übergriffe führten die Beamten auf den wenige Wochen zuvor in Remscheid stattgefundenen Jugendtag und die dort gehaltenen „Hetzreden“ zurück. Überfälle und Misshandlungen von politischen Gegnern seien nach kommunistischen Veranstaltungen an der Tagesordnung. Festgenommen wurde der 1903 geborene und in Remscheid wohnhafte Kurt Ferdinand Frank, der der Kommunistischen Jugend, der RJ, den Naturfreunden sowie dem Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe angehörte. Den Behörden war weiterhin bekannt, dass Frank als Berichterstatter für die „Junge Garde“ tätig war.³⁵⁰

Die Auseinandersetzungen, die im Anschluss an eine Bannerweihe der NSDAP stattfanden, hätten sich anschließend zu einer regelrechten Massenschlacht ausgeweitet. Rund 120 uniformierte Nationalsozialisten seien abends gegen 8.30 Uhr am Volkshaus vorbeizogen. Dabei hätten Mitglieder des RFB erfolglos versucht, der im Zug marschierenden Musikkapelle die Trommel zu entreißen. Zu erneuten Zusammenstößen sei es nach der Feier, die nachts gegen 2 Uhr geendet hätte, gekommen. Die Nationalsozialisten seien von rund sechzig Kommunis-

³⁴⁸ Ebenda, S. 205.

³⁴⁹ Ebenso war das Interesse der Behörden an den Demonstrationen der KPD um ein Vielfaches größer als an den Tätigkeiten der NSDAP. Ehls: Protest, S. 255.

³⁵⁰ BArch, R 1507/1056d, Bl. 22 ff.

ten zunächst nur beschimpft und anschließend, als sie eine enge Unterführung passieren wollten, angegriffen und dabei zum Teil „mißhandelt“ worden. Dabei seien die Kommunisten nicht zimperlich vorgegangen: „Ein Mitglied erhielt zwei Messerstiche durch die linke Hand, andere Hiebe über den Kopf und wieder andere wurden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten.“³⁵¹ Laut Protokoll waren an der Schlägerei letztendlich etwa 500 bis 700 Kommunisten beteiligt, die mit „Schlagwerkzeugen aller Art, wie z.B. Feilen, Radfahrketten, Gummischläuchen mit und ohne Eisenfüllung, Revolvern, Holzknüppeln, Peitschenstielen, Latten mit Nägeln, Meißeln und Eisenringen bewaffnet waren.“³⁵² Die „öffentliche Ordnung“ sei erst gegen vier Uhr morgens wieder hergestellt gewesen. Zwei Beamten seien mit Schussverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Festgenommen wurde u.a. Artur Becker, der Vorsitzender des KJVD und Reichstagsabgeordneter der KPD war. Bei seiner Verhaftung wurde ein Trommelrevolver sichergestellt. Mit Becker seien 60 bis 70 weitere Personen festgenommen worden, die man jedoch nach Feststellung ihrer Personalien wieder freilassen musste. Nach Einschätzung der Beamten war der Überfall von langer Hand vorbereitet, zumal die Stimmung unter den Kommunisten durch den Roten Tag, der Pfingsten stattfand, ohnehin schon aufgeheizt gewesen sei. Als Hauptverantwortlicher wird der Reichstagesabgeordnete Otto Weber, der zugleich Führer des ortsansässigen RFB war, genannt.³⁵³

Hinsichtlich des Duktus und der geschilderten Vorfälle ist dieser Bericht aus Remscheid als typisch zu bezeichnen, denn ein Rapport der Bremer Behörden vom Februar 1930 zeigt deutliche Parallelen. Die Beamten beobachteten den stetigen Zuwachs gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Während einer Versammlungen der NSDAP sei es zu heftigen Zusammenstößen gekommen, die drohenden Schlägereien hätten die Beamten nur mit knapper Not verhindern können. Die Provokationen seien jeweils von den Kommunisten ausgegangen, die in Folge der von der KPD herausgegebenen Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ noch aggressiver als üblich aufgetreten wären. Der Kampftruf habe insbesondere auf die kommunistische Jugend starken Einfluss, die sich in der Vergangenheit besonders widerspenstig gewesen sei. Der Beamte, der die Jugendlichen als „Halbstarke“ bezeichnet, verwendet das Bild der „verführten Jugend“, wenn er behauptet, dass die Jugendlichen in der Regel von älteren Parteifunktionären, die sich selbst im Hintergrund hielten, angeführt worden seien.³⁵⁴

³⁵¹ BArch, R 1507/1056d, Bl. 29.

³⁵² Ebenda.

³⁵³ BArch, R 1507/1056d, Bl. 30.

³⁵⁴ BArch, R 1501/122 Bd. 2, Bl. 18f.

Ging die Gewalt aus der Perspektive der Behörden von den kommunistischen Jugendlichen aus, so verstanden sich diese umgekehrt als Opfer staatlicher Gewalt und nationalsozialistischer Angriffe. Aus ihrer Sicht reagierten sie lediglich auf die Eskalation.³⁵⁵ Der Partei diene die offene Gewalt im Straßenbild zur Legitimation der eigenen Radikalisierung,³⁵⁶ deren Quintessenz sich in der Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ ausdrückte und die den ohnehin vorhandenen Konfrontationskurs vieler Jugendlichen in der Periode vom August 1929 bis zum Frühjahr 1930 zum Programm erklärte. Im September 1930 erteilte die KPD „dem individuellen Terror“ freilich schon wieder eine Absage, was aber nicht zwangsläufig Verhaltensänderungen der Basis nach sich zog.³⁵⁷ Kommunisten und Nationalsozialisten beanspruchten zu diesem Zeitpunkt bereits erbittert die Straßen für sich. Die Kneipen der Arbeiterviertel rückten ins Zentrum der Kämpfe. Im Anschluss an Wahlversammlungen kam es häufig, sofern diese nicht ohnehin mit einer Saalschlacht endeten, vielerorts zu Straßenkämpfen. Kommunistische Jugendliche waren in diese Auseinandersetzungen häufig verstrickt, sie waren mit Knüppeln, Ketten, Schlagringen, Totschlägern und Schusswaffen bewaffnet und patrouillierten in Gruppen durch die Straßen. Schusswechsel waren keine Seltenheit.³⁵⁸ Heinz Brandt, der seit 1930 der Gruppe „der Versöhnler“ angehörte und sich für eine Zusammenarbeit der KPD mit der SPD und den Gewerkschaften einsetzte, schildert, wie seine Ortsgruppe mit dem sozialdemokratischen Reichsbanner eine Abwehrformation gegen die SA in Berlin-Weißensee organisiert hatte: „Versammlungen fanden in den Waschkellern der Neuen Heimat-Häuser statt, um dann Posten zu bilden, die im gesamten Gebiet von Weißensee patrouillierten, da wir immer rechnen, maßen und rechnen konnten, daß die SA irgendwelche partiellen Überfälle vorhatte. Wir hatten sozusagen das ganze Weißenseeviertel paramilitärisch in der Hand, und die SA hat es hier gar nicht mehr gewagt, wie es sonst in anderen Vierteln üblich war, Arbeiterlokale zu überfallen.“³⁵⁹ Die Straßenschlachten prägten das Ethos rauer, proletarischer Männlichkeit und wurden ideologisch als „Übungsplatz für die ultimative Schlacht“ überhöht.³⁶⁰

³⁵⁵ Ewald Kaiser schildert in seinen Selbstzeugnis beispielsweise ein Klima der Gewaltbereitschaft, für das er die „faschistischen Terrorbanden“, die Polizei sowie den Weimarer Justizapparat verantwortlich macht. Die Arbeiterschaft sei systematisch unterdrückt worden, ihre Organisationen, ihre Zeitungen, Demonstrationen und Versammlungen seien verboten worden. Während viele Arbeiter willkürlich verhaftet wurden, sei die Polizei nur selten eingeschritten, wenn die „Nazibanditen“ die Parteibüros oder die Arbeiterlokale überfallen oder gar „gemeine Meuchelorde“ begangen hätten. SAPMO-BArch, Sg Y 30/1092, Bl. 4.

³⁵⁶ Weitz: Communism, Kap. 5.

³⁵⁷ Rosenhaft: KPD, S. 409 f.

³⁵⁸ Rosenhaft: Straßengewalt, S. 247.

³⁵⁹ Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein: Schock, S. 358.

³⁶⁰ Weitz: Communism, Kap. 6.

Der Topos der „radikalen Jugend“ greift die Rhetorik des KJVD auf und spiegelt den virilen, militaristischen Anstrich wieder, den die Verbandsmitglieder sich mancherorts verliehen. Zugleich drückt sich in ihm auch die oft einseitige und manchmal übersteigerte Berichterstattung der Weimarer Behörden aus. Faktisch waren dem KJVD als parteipolitische Jugendorganisation der KPD so enge Grenzen gesetzt, dass er sich für solche Jugendlichen, die mit dem Verband vor allem Barrikadenkämpfe assoziierten, schnell als Enttäuschung erwies. Der trockene Verbandsalltag in den Ortsgruppen und Betriebszellen und die von der Berliner Zentrale und der ortsansässigen KPD Gruppe gelenkte Arbeit ließ ihrem Tatendrang nur wenig Raum oder brachte sie oft in Konflikt zur Verbandsleitung.

Zunächst bot nur der Ordnerdienst den Jungkommunisten einen Hauch von Abenteuer. Dort erhielten die Jugendlichen eine militärische Grundausbildung. Mit der Gründung der RJ wurde offensichtlich, dass diese für viele Jugendliche weitaus attraktiver war als der theorielastige KJVD, in dem sie ihren „Aktionsdrang“ nur bedingt umsetzen konnten. Die RJ löste stärker die Erwartungen der Jugendlichen ein: Im Vordergrund stand die Aktion und nicht die Diskussion. Die Uniformen, die militärische Disziplin und die wehrsportlichen Übungen befriedigten das Geltungsbedürfnis und den Wunsch der männlichen Jugendlichen, ihre Körperkraft und ihren Mut unter Beweis zu stellen. Die Organisationserfolge der RJ und die offensichtliche Tendenz einiger KJVD-Gruppen, die RJ zu kopieren, zwangen die Verbandsleitung zu einem Kurswechsel. Auch der sich langsam vollziehende Prozess der inneren und äußeren Militarisierung der Weimarer Republik und die damit zusammenhängende Zunahme der Gewaltbereitschaft, an der die Partei maßgeblich beteiligt war, forcierte die Radikalisierung der Jugendlichen. Genau wie in vielen anderen Weimarer Jugendorganisationen nahmen auch im KJVD die militärischen Tendenzen stetig zu: Der Verband führte eine einheitliche Uniform ein und organisierte paramilitärische Zeltlager. Kommunistische Jugendliche waren Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre zwangsläufig in die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten verstrickt. Die Jugendlichen sahen sich als „Soldaten der Revolution“, ihr militaristisches Auftreten versinnbildlichte ihr Streben, die Macht zu übernehmen. Die „radikale Jugend“ war männlich. Saalschutz und Straßenkampf eröffneten den männlichen Jugendlichen die Möglichkeit, zum „Mann zu werden“ oder sich als solcher zu beweisen. Unter dem weitestgehenden Ausschluss ihrer Genossinnen konnten die männlichen Jugendlichen ihre Körperkraft erproben und ihren Mut demonstrieren.

4.5. Die Arbeiterjugenddelegationen in die Sowjetunion

Die Sowjetunion war für die Partei und deren Unterorganisationen ein „Leitstern kollektiver und individueller Selbstvergewisserung“³⁶¹ und ein „wirkungsmächtiger Werbe- und Integrationsfaktor“³⁶². Anders als die Festkultur, deren integrative Kraft sich ausschließlich nach Innen richtete, wurde die Sowjetunion zum Werbefaktor, der auch Menschen außerhalb des kommunistischen Lagers erreichte. Partei und Jugend wussten um das „Pfund“, das sie mit der Sowjetunion besaßen, und wucherten mit ihm. Sie nutzten das große Interesse an der UdSSR, das während der Weltwirtschaftskrise seinen Höhepunkt erreichte, und boten regelmäßig Informations- und Werbeveranstaltungen an, zu denen ausdrücklich auch sozialdemokratische und parteilose Arbeiter eingeladen waren. Das von der Sowjetunion vermittelte Bild war reichlich verklärt. Zur Unterstützung der Propagandaveranstaltungen stellte der Filmvertrieb des KJVD Dia-Serien wie „Das neue Rußland“, „Neue Wege der Erziehung in Sowjetrußland“ und „Das Gesicht der herrschenden Klasse“³⁶³ sowie eine Dokumentation zur Erfüllung des Fünfjahresplans in der SU zur Verfügung.³⁶⁴ Die Bezirke konnten die Serien entleihen und mussten die Unkosten über Eintrittsgelder erwirtschaften. In Berlin kooperierte die Zentrale mit einigen Lichtspielhäusern, so dass die Berliner KJVD-Mitglieder beispielsweise für die Filmvorführung des sowjetischen Propagandafilms „Panzerkreuzer Potemkin“ im Apollo-Theater ermäßigten Eintritt erhielten.³⁶⁵

Partei und Jugendverband wurden nicht müde, ihre enge Freundschaft mit dem russischen Volk und die damit verbundene Partizipation an deren Macht und Größe zu demonstrieren. Ausdrucksformen der Verehrung der Sowjetunion waren im KJVD ebenso vielfältig wie deren Botschaft gleichlautend: In der Sowjetunion war die Utopie zur Realität geworden und die Heilsversprechungen zur Gewissheit. Dieser kommunistische Staat war das real existierende Paradies der Arbeiterschaft, das in Deutschland noch der Verwirklichung harrte. Diese Botschaft stand im Zentrum der demonstrativen Gesten, mit denen die Freundschaft mit der UdSSR manifestiert wurde.

³⁶¹ Mallmann: Kommunisten, S. 230.

³⁶² Ebenda.

³⁶³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/66, Bl. 13 ff.

³⁶⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 149.

³⁶⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 322.

Auf dem 7. Reichskongress des KJVD 1923 übergab der russische Genosse Zetlin 1923 dem KJVD im Namen des Exekutivkomitees der KJI und der Russischen Kommunistischen Jugend ein rotes Banner. Der Russe verband mit seinem Geschenk den Auftrag, „unter der Fahne zu kämpfen bis zum Sieg oder bis zum Tod.“³⁶⁶ Im Anschluss an seine Rede verzeichnet das Protokoll den „stürmischer Jubel“ der Delegierten, die spontan das Lied die „Rote Fahne“ angestimmt hätten. Der Vorsitzende des KJVD, Rudolph Müller, habe daraufhin die Hände des russischen Genossen ergriffen und den Bund symbolisch mit dem Schwur besiegelt: „Das Rote Banner unserer russischen Brüder soll uns vorausleuchten (...). Mit unserem Blut werden wir sie [die rote Fahne, B.K.] verteidigen, mit unseren Leibern werden wir sie decken. (...) Wir danken unseren russischen Genossen für das uns übersandte Banner und geloben, stets treu und begeistert unter ihm zu kämpfen und wenn es sein muß zu sterben.“³⁶⁷ Dass das sowjetische Geschenk in der ohnehin emotional aufgeladenen Atmosphäre der Reichskongresse von den Delegierten begeistert aufgenommen wurde, weil es für sie greifbares Symbol dafür war, Teil einer weltweiten Gemeinschaft zu sein, liegt auf der Hand. Aber auch an der Basis genossen russische Fahnen und Abzeichen regelrechten Kultstatus. Die feierliche Übergabe einer russischen Fahne an die Jugend war 1925 der unumstrittene Höhepunkt des Bezirksjugendtages in Sachsen. Das sowjetische Geschenk habe „eine glänzende Wirkung“ erzielt,³⁶⁸ so eine Meldung an die Berliner Zentrale. Um an die gefragten Devotionalien zu kommen, wurden einige Gruppen selbst initiativ. Sie sandten ihre eigenen Fahnen und Abzeichen in die Sowjetunion und erbatem im Gegenzug die begehrten Embleme des russischen Jugendverbandes. Im Juni 1924 bereitete die Zentrale des KJVD dieser Praxis ein Ende. Für die russischen Genossen seien die Fahnen des deutschen Jugendverbandes nicht länger ein adäquates Tauschmittel. Man teilte den Betriebszellen und Ortsgruppen mit, „daß die russischen Genossen nur noch für eroberte Faschistenfahnen und Abzeichen russische Fahnen übermitteln“ würden.³⁶⁹ „Die Junge Garde“ berichtete in diesem Zusammenhang von Berliner Jungkommunisten, die ihre eroberten Abzeichen und Fahnen an den sowjetischen Jugendverband gesandt hatten und im Gegenzug von den russischen Freunden ein „schönes großes russisches Abzeichen“³⁷⁰ erbatem.

³⁶⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/3, Bl. 38.

³⁶⁷ Ebenda.

³⁶⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/74, Bl. 25.

³⁶⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/67, Bl. 157.

³⁷⁰ „Die KJ Berlins sendet der KJR eroberte Abzeichen und Fahnen!“ in: Die Junge Garde von Mitte Juni 1924, Nr. 16.

Nicht nur Fahnen und Abzeichen knüpften ein Band der Freundschaft, sondern auch Ehrungen und Auszeichnungen. Auf dem 4. Weltkongress der KJI 1924 wurde dem KJVD die Ehre zu Teil, das Kommando über die in Moskau stationierte Division „Budjony“ der Roten Armee zu erhalten. Die Parteipresse schlachtete diese Ehrung entsprechend aus und hob die Verdienste des deutschen Jugendverbandes hervor: „Zur berühmtesten und besten Division gehört die Budnoy-Division. Geliebt vom Volke, und gefürchtet vom Feinde, stürmten sie vorwärts für ihre Arbeiterrepublik. (...) Und für uns haben sie sich entschieden. In uns Jungkommunisten sehen sie ebenbürtige Kämpfer. Eine große Ehre ist dies für uns. Und es muss uns ein besonderer Ansporn sein.“³⁷¹ Die SPD reagierte mit einem ironischen Bericht im „Vorwärts“ unter dem Titel „Soldatenspiel und Phrasenrausch. Wie die kommunistische Jugend vergiftet wird“ auf diese Auszeichnung, von der man sarkastisch behauptete, dass sie die Weltrevolution einen gewaltigen Schritt voran gebracht habe.³⁷²

KPD und Jugendverband gedachten der russischen Oktoberrevolution von 1917 jährlich mit einer Feier. Aufgrund der räumlichen Nähe zur russischen Botschaft war es den Berliner Jungkommunisten sogar möglich, den Festakt dort gemeinsam mit den Botschaftsvertretern zu begehen.³⁷³ Die Verehrung der Sowjetunion schloss die Huldigung ihrer jeweiligen Führer mit ein. Das „Ehrenpräsidium“ der jeweiligen Verbandskongresse wurde symbolisch immer mit russischen Arbeiterführern besetzt.³⁷⁴ Dabei genoss Lenin mit Abstand die stärkste Ehrerbietung. Er wurde nach seinem Tod in den „um Liebknecht und Luxemburg rankenden Totenkult einbezogen“ und „zum Religionsstifter aufgewertet und zum Propheten stilisiert.“³⁷⁵ Im April 1923 schickte der KJVD ein Genesungstelegramm an Lenin, in dem der Verband die Hoffnung ausdrückte, dass dieser bald wieder an der Spitze der kämpfenden Arbeiterklasse der ganzen Welt stehen werde.³⁷⁶ Nach seinem Tod regte die Abteilung für Agitation und Propaganda Anfang 1926 an, ihm zu Ehren in den Parteilokalen und Jugendheimen so genannte Lenin-Ecken einzurichten,³⁷⁷ die die Jugendlichen mit den vom ZK angebotenen Bil-

³⁷¹ „Vorwärts! Ihr jungen Budjon“, in: Sächsische Arbeiter Zeitung vom 6.9.1924, Nr. 19, hier: BArch, R 1507/1056c, Bl. 100. Vgl. auch Artikel aus der Roten Fahne vom 7.9.1924, hier: BArch, R 1507/1056c, Bl. 99.

³⁷² „Soldatenspiel und Phrasenrausch“, in: Vorwärts vom 4.9.1924, hier: BArch, R 1507/1056c, Bl. 416.

³⁷³ BArch R 1507/1056c, Bl. 145.

³⁷⁴ Vgl. beispielsweise die Besetzung des Ehrenpräsidiums auf dem Verbandskongress 1925 in Halle bzw. 1927 in Hamburg: SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/6, Bl. 26 und SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/7, Bl. 6.

³⁷⁵ Mallmann: Kommunisten, S. 232.

³⁷⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/3, Bl. 87.

³⁷⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 114.

dern oder Gipsbüsten ausschmücken sollten.³⁷⁸ Zusammen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zu deren Andenken regelmäßig Gedenkfeiern und Kundgebungen stattfanden,³⁷⁹ wurde Lenin in der so genannten „LLL-Woche“ geehrt. Der Verband veranstaltete dann öffentliche Gruppenabende mit Gesang und Rezitationen sowie mit Referaten über das Leben und den politischen Kampf der drei Führer der Arbeiterbewegung.³⁸⁰ Während Liebknechts Verdienste unumstritten waren, wurde Rosa Luxemburgs Rolle von der KJI zunehmend kritisch bewertet. Der Versuch der KJI, 1925 den Namen von Rosa Luxemburg künftig aus den „Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kampagnen“ zu streichen, stieß jedoch beim KJVD auf erbitterten Widerstand. Trotz ihrer theoretischen Abweichungen vom Leninismus sei Rosa Luxemburg in Deutschland so populär, dass man es sich keinesfalls erlauben könne, diese Integrationsfigur zu verlieren, argumentierte die Berliner Zentrale.³⁸¹

Die Möglichkeit einer Brieffreundschaft mit russischen Altersgefährten nutzten die deutschen Jugendlichen scheinbar nur selten. Die KJI koordinierte den weltweiten Briefverkehr zwischen kommunistischen Jugendlichen. Die Ortsgruppen und Betriebszellen reagierten jedoch scheinbar eher verhalten auf dieses Angebot, denn die Zentrale musste die Jugendlichen regelmäßig ermahnen, den Kontakt zu pflegen: „Seit dem 20. Mai 1927 registrieren wir den Briefwechsel sehr genau. In dieser Zeit sind 271 Briefe aus Rußland angekommen und nur 184 Antwortschreiben abgegangen.“³⁸² Die Briefe sollten jeweils an das für die Übersetzungsarbeiten zuständige Büro der KJI geschickt werden, die die Korrespondenz bearbeiteten, weiterleiteten und sicher auch inhaltlich kontrollierten. Ausdrücklich warnte die Berliner Zentrale vor einem „wildem Briefwechsel“, der den Instanzenweg missachtete und den Briefverkehr zwischen den Gruppen keinesfalls beschleunigen würde. Dass der Briefverkehr von oben geregelt und kontrolliert wurde, zeigt auch eine entsprechende Vorlage, die den Jugendlichen als Orientierungshilfe für ihre Briefe dienen sollte. Dieser „Musterbrief“, den angeblich die Berliner Ortsgruppe „Rehberge“ verfasst hatte, war an die Moskauer KJV-Zelle „Proletarische Arbeit“ adressiert. Die vorformulierten Fragen trugen jedoch eindeutig die Handschrift der Zentrale.³⁸³

³⁷⁸ Mallmann: Kommunisten, S. 232.

³⁷⁹ Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 6.

³⁸⁰ Vgl. den Programm-Entwurf des Berliner Bezirks zur Durchführung öffentlicher Gruppenabende in der „LLL-Woche“: SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/72, Bl. 115-119.

³⁸¹ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/64, Bl. 22. Vgl. dazu auch: Weitz: Rosa Luxemburg.

³⁸² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/64, Bl. 89.

³⁸³ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/64, Bl. 91-93.

Die zwischen dem russischen und dem deutschen Jugendverband ausgetauschten Fahnen und Geschenke, die wechselseitigen Gruß- und Glückwunschtelegramme sowie die symbolische Besetzung der Ehrenpräsidien der Reichskongresse mit russischen Vertretern fungierten lediglich als „Platzhalter“, deren Aufgabe es war, die geographische, soziale und kulturelle Distanz zu überbrücken und die freundschaftlichen Beziehungen zu versinnbildlichen. Dagegen „verkörperten“ die seit 1925 von der KPD organisierten Arbeiterdelegationen unmittelbar die guten Beziehungen der deutschen Kommunisten zum Bruderland. Die KPD eröffnete den Teilnehmern der Delegationen die Chance, das „gelobte Land“ zu besuchen und sich mit eigenen Augen von der sozialen Gerechtigkeit, dem wirtschaftlichen Wohlstand und dem politischen Frieden, kurz: von der realen Existenz der Utopie zu überzeugen. Die Arbeiter sollten während ihrer Reise durch die Sowjetunion die Freundschaft der russischen Genossen erfahren und die Beziehungen zwischen den Ländern weiter ausbauen. Vor allem aber sollten die Russlandreisenden nach ihrer Rückkehr nach Deutschland von ihren Erfahrungen berichten, denn auch wenn die Arbeiterdelegationen von den einzelnen Teilnehmern als „Selbstbestätigung“ erfahren wurden, dienten sie in erster Linie der Propaganda. Erklärtes Ziel der Parteileitung war es, die in der deutschen Arbeiterschaft stetig wachsende Sympathie für die Sowjetunion weiter auszubauen und sie als Werbung für KPD und KJVD zu nutzen.

Die Reise der ersten deutschen Arbeiterdelegation im Sommer 1925 wurde von langer Hand vorbereitet, denn nichts sollte dem Zufall überlassen werden. Geplant war eine umfassende Berichterstattung, die auch die Wahl der Delegation im Vorfeld und deren Rapport nach der Rückkehr aus der Sowjetunion umfassen sollte. Die Parteileitung stellte Richtlinien auf, die die Zusammensetzung und Aufgaben der Arbeiterdelegationen regelten.³⁸⁴ Demnach sollte die erste Delegation aus vierzig bis sechzig Teilnehmern bestehen. Die auf 420 RM veranschlagten Reisekosten und der Verdienstausschlag der Teilnehmer in Höhe von 120 RM mussten durch Sammlungen in den Betrieben erbracht werden.³⁸⁵ Die Reise- und Aufenthaltskosten in der Sowjetunion übernahmen die Gastgeber.³⁸⁶ Zwei Drittel der Teilnehmer sollten Mitglieder der SPD sein, der Rest Mitglieder der KPD oder Parteilose, die mit der KPD sympathisierten. Von der politisch und geographisch heterogenen Zusammensetzung der Delegation erhoffte die KPD sich ein breites öffentliches Interesse und damit die Möglichkeit, den Einfluss auf

³⁸⁴ Neben den Arbeiter- und Jungarbeiterdelegationen wurden weiterhin Arbeitersport-, Bauern-, Bergarbeiter- und Schauspielerdelegationen sowie die Delegationen der so genannten „alten Bolschewiken“ d.h. deutscher Kommunisten im Alter von sechzig bis achtzig Jahren, in die UdSSR entsandt. Vgl. SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56 Mappe 236-284.

³⁸⁵ SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 10 ff.

³⁸⁶ SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 5.

den linken Flügel der Sozialdemokratie zu verstärken. Die einzige Teilnahmebedingung war, dass es sich ausnahmslos um freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter handelte, die möglichst in Grossbetrieben beschäftigt und dort über politischen Einfluss verfügen sollten. Ferner setzte die Parteileitung voraus, dass die Delegierten intellektuell in der Lage waren, ihre Eindrücke schriftlich festzuhalten bzw. sie in größeren Versammlungen wiederzugeben. Bei den Teilnehmern sollte es sich „um ernsthafte, klassenbewusste Arbeiter“ handeln, „die die Delegation nicht als Vergnügungsreise, sondern als politisches Studium betrachten, die sich nicht durch kleine Schwierigkeiten in der Sowjetunion beirren lassen und nicht durch Angriffe ihrer Bonzen umgeworfen werden.“³⁸⁷ Damit sich ein möglichst großer Kreis von Arbeitern durch die Delegation repräsentiert sah, sollten deren Teilnehmer in den Betrieben und in den Gewerkschaftskartellen gewählt und nicht etwa von den kommunistischen Bezirksleitungen bestimmt werden.³⁸⁸ Nach ihrer Rückkehr waren die Genossen verpflichtet, in öffentlichen Versammlungen sowie in den Betrieben und Gewerkschaften von ihren Eindrücken zu berichten und der Presse Artikel zur Verfügung zu stellen. Nach der Rückkehr fanden insgesamt 1.000 Veranstaltungen statt, die angeblich von 500.000 Arbeitern besucht worden seien. Die Zentrale behauptete, dass die Berichte der Russlanddelegationen insbesondere von den Sozialdemokraten positiv aufgenommen worden seien.³⁸⁹ 1928 vermutete die Bezirksleitung Westsachsen sogar, dass sich der Erfolg der „Russlandversammlungen“ positiv auf die Ergebnisse der Reichstagswahlen ausgewirkt habe: In Ortschaften, in denen sie gut besucht waren, habe die KPD bei den Wahlen auch entsprechend besser abgeschnitten als in Ortschaften, wo die Versammlungen nur mäßig oder schlecht besucht waren.³⁹⁰

Die erste Jungarbeiterdelegation brach kurze Zeit nach der Rückkehr der ersten Delegation, nämlich im November 1925, in die Sowjetunion auf.³⁹¹ Die Teilnahme verlangte den Jugendlichen ein hohes Maß an Flexibilität ab. Die jungen Genossen sollten am 2. November 1925 abreisen und die Bezirke erhielten die Anweisung, die Pässe der Delegierten bis zum 1. November bei der Zentrale einzureichen, damit diese wiederum Visa beantragen konnte. Bezirke, die die Wahl der Delegierten erst für den 1. November geplant hatten, sollten den Pass per

³⁸⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 3.

³⁸⁸ SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 4.

³⁸⁹ SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 36-38. Vgl. auch Statistik über die von September bis November durchgeführten öffentlichen Kundgebungen SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 41-42.

³⁹⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I2/707/56, Bl. 267-268.

³⁹¹ Vgl. dazu auch Jahnke: Geschichte, S. 359-375.

Eilbrief zusenden und ihre Abordnung unmittelbar nach der Wahl nach Berlin schicken.³⁹² Von den sechzehn Delegierten, die schließlich in die Sowjetunion reisten, gehörten vier dem KJVD, einer den Jungsozialisten, sieben der SAJ und zwei der SPD an. Zwei weitere Jugendliche waren parteilos.³⁹³ Die Zentrale des KJVD beauftragte die Jugendlichen zu untersuchen, wie die Jugendschutzbestimmungen in der Sowjetunion umgesetzt wurden. Die Jugenddelegation sollte sich genau über die sozialen und politischen Verhältnisse in der SU informieren, ein „inniges Band internationaler Solidarität“ knüpfen und „eine gemeinsame Kampffront des gesamten Jungproletariats“³⁹⁴ schaffen. Die „Junge Garde“ widmete der Jungarbeiterdelegation ganze Titelseiten³⁹⁵ und veröffentlichte deren enthusiastische Berichte, die mehrheitlich den wirtschaftlichen Aufschwung der Sowjetunion und die soziale Lage der russischen Arbeiter priesen. Hervorgehoben wurden die Qualität der produzierten Güter, der hohe Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die sozialen Errungenschaften wie etwa die umfassende Säuglings- und Kleinkindbetreuung.³⁹⁶

Über diese wenig aussagekräftigen „Jubelartikel“ hinaus, sind nur wenige Berichte von Delegationsteilnehmern überliefert, die von ihrem Tenor her ein ambivalentes Bild zeichnen und daher sehr viel glaubwürdiger erscheinen. Die Berichte erwecken den Eindruck, dass die deutschen Jugendlichen in der Sowjetunion isoliert waren, sie wenig Kontakt zu den russischen Jugendlichen hatten und keinesfalls einen Einblick in deren Arbeitsleben und Alltag erhielten. Den Jugendlichen ist deutlich die Enttäuschung darüber anzumerken, dass sie während ihres Aufenthalts im Gastland ausschließlich in der Produktion eingesetzt worden seien und keine Gelegenheit hatten, zusammen mit russischen Jugendlichen politische Arbeit zu leisten.

Therese Sturm legte ihren Bericht vom Februar 1930 wie einen Schulaufsatz an. Unter dem Titel „Was wir in den zwei Monaten als Delegierte in Leningrad gesehen und gelernt haben“³⁹⁷ beschreibt sie ebenso unsicher wie bemüht ihre Erfahrungen. Misst man ihr Urteil an den offiziellen Vorgaben, so ist es vernichtend. Die junge Frau konstatiert, dass ihre Gruppe

³⁹² SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 71.

³⁹³ „Die deutsche Jungarbeiterdelegation in Sowjetrußland“, in: Die Junge Garde von Mitte November 1925, Nr. 5/6.

³⁹⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I2/708/56, Bl. 70.

³⁹⁵ Vgl. „Die deutsche Jungarbeiterdelegation in Sowjetrußland. Deutsche Jungarbeiter nach Sowjetrußland abgefahren“, in: Die Junge Garde von Mitte November 1925; Nr. 5/6. „Die ersten Berichte der Jungarbeiter-Rußlanddelegation“, in: Die Junge Garde von Anfang Dezember 1925, Nr. 7; „Die Jungarbeiter-Rußlanddelegation kehrt zurück“, in: Die Junge Garde von Ende Dezember 1925, Nr. 8.

³⁹⁶ Vgl. „Die neue Jungarbeiterdelegation nach der Sowjetunion. Zehn Tage in Moskau“, in: Die Junge Garde von Anfang Oktober 1927, Nr. 3.

³⁹⁷ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/62, Bl. 249.

die „wirklichen Verhältnisse“ im Betrieb gar nicht habe kennen lernen können, da ihrer Delegation kein Dolmetscher zur Verfügung stand. Der Einsatz am Arbeitsplatz sei grundsätzlich sinnvoll gewesen. Sie schlägt jedoch vor, dass die Delegationsteilnehmer an wechselnden Arbeitsplätzen eingesetzt werden sollten, so dass sie den gesamten Betrieb kennen lernen könnten. Ein Funktionär des KJVD berichtet von seinem Einsatz im Betrieb „Elektrik“. Selbstbewusst listet er die Mängel der Delegation auf, die er darauf zurückführt, dass die Gruppe ohne Dolmetscher gewesen sei. Auch er habe wenig von der politisch-praktischen Arbeit der russischen Jungkommunisten im Betrieb mitbekommen. Seine Versuche, aktiv zu werden, scheiterten offensichtlich am Desinteresse der russischen Gastgeber. So sei sein Bericht über die Arbeit der Kommunistischen Jugend in Deutschland, den er für die Wandzeitung des Betriebes verfasst habe, nie veröffentlicht worden. Auch auf seine Anregung, im Betrieb eine Jugendversammlung einzuberufen, damit sich die deutschen und die russischen Jugendlichen austauschen könnten, sei die Betriebsleitung nicht eingegangen.³⁹⁸ Vor dem Hintergrund dieser negativen Erfahrungen macht der Teilnehmer später folgende Verbesserungsvorschläge: „Kommt ein Delegierter hin, so soll man ihm einen Dolmetscher geben. Dann soll er nicht nur praktisch an der Feilbank sondern in der Organisationsarbeit praktisch mitarbeiten. Man soll ihn in den einzelnen Ressorts in den Kollektivs arbeiten lassen (...). Dann soll man einführen in die Arbeit der Stoßbrigaden. Jede Versammlung soll er mitmachen und dort soll er Vorschläge machen, wie soll man das machen oder das ist so zu machen. In der internationalen Arbeit soll er selbst einer der Leiter mit sein. Wenn man dieses macht, dann kann auch der Delegierte sagen: ich hab’ die Arbeit richtig kennen gelernt.“³⁹⁹ Zog der junge Mann hinsichtlich der geleisteten politischen Arbeit auch eine negative Bilanz, so hob er zugleich hervor, dass er die Produktion des modernen Betriebes gut kennen lernen konnte. Die russischen Arbeiter würden schnell und präzise arbeiten, so dass sie ihr Jahressoll schon vor der Zeit erfüllt hätten.

Ein weiterer Delegierter, der im Betrieb „Elektro Pribor“ beschäftigt war, bemängelt in seinem Bericht, dass er an einem Arbeitsplatz eingesetzt worden sei, an dem mit Ausnahme eines Jugendlichen nur erwachsene Arbeiter tätig waren. Auch er habe keinerlei Einblicke in die politische Arbeit des Betriebs erhalten. Alle diesbezüglichen Versuche seien gescheitert. Während seines Aufenthalts habe keine einzige Betriebszellenversammlung stattgefunden. Obwohl er ausdrücklich eine Besprechung mit dem Leiter der Betriebszelle und mit dem Sekretär des Kollektivs gefordert habe, seien diese niemals zustande gekommen. „Die einzige

³⁹⁸ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/62, Bl. 252.

³⁹⁹ Ebenda.

Versammlung, die ich mitgemacht habe im Betrieb, das war die, in der man die Zeitungsfrage besprach. Ich habe aber so gut wie gar nichts verstanden. Wenn ich nicht zufällig nach der Arbeit noch einmal in den Betrieb gekommen wäre, hätte ich auch daran nicht teilnehmen können.⁴⁰⁰ Alle Berichte verbindet die Verwunderung darüber, dass die Jugendlichen nicht wie erwartet in die politische Arbeit der russischen Genossen, von der sie in Deutschland so viel gehört hatten, einbezogen wurden. Trotz dieser Irritation zogen die Teilnehmer das politische Engagement der russischen Arbeiter nicht in Zweifel. Mallmanns These, dass „Projektionen und vorgefertigte Interpretationsmuster (...) die vorgefundene Wirklichkeit“⁴⁰¹ dürfte auch auf die Wahrnehmung der Arbeiterjugenddelegation zutreffen.

Immerhin gelang es einer Delegation von sächsischen Jungarbeitern, die Isolation wenigstens teilweise zu überwinden. Im Gegensatz zu anderen Jugendlichen konnten sie an zahlreichen politischen Versammlungen teilnehmen und dort auch selbst über die Arbeit des deutschen Verbandes sprechen. Als ihnen nach acht Tagen der Dolmetscher entzogen wurde, besuchte die Gruppe die Zarenschlösser und ein „Revolutionsmuseum“.⁴⁰²

Die Sozialdemokratie warf den Kommunisten vor, die Delegationen zu manipulieren und forderte, Delegationen unter eigener Regie durchführen zu dürfen. Ihre Kritik stand im Widerspruch zu den Berichten vieler sozialdemokratischer Delegationsteilnehmer, die die Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung hervorhoben. Die SPD sprach schließlich, als die KPD auf ihre Forderung nicht einging, ein generelles Teilnahmeverbot für ihre Mitglieder aus.⁴⁰³

Wie problematisch die Begegnungen zwischen den deutschen Teilnehmern der Delegation und ihren russischen Gastgebern unter Umständen sein konnten, belegt der Bericht des russischen Komitees, das für den Aufenthalt einer Hamburger Jugenddelegation zuständig war. Das Komitee und auch die Leitung der Fabrikzellen, in denen die deutschen Jugendlichen beschäftigt waren, waren über das Verhalten ihrer Gäste empört. Aufgrund unzureichender Absprachen wurde den russischen Zellen nicht nur die vier von ihnen angeforderten Genossen zugeteilt, sondern insgesamt vierzehn Delegierte. Diese hätten gleich nach ihrer Ankunft über die Höhe ihres Taschengeldes gefeilscht. Die Arbeitsmoral der Hamburger sei außerordentlich schlecht gewesen, klagten die russischen Genossen. Einige Jugendliche hätten sich sogar ge-

⁴⁰⁰ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/62, Bl. 254.

⁴⁰¹ Mallmann: Kommunisten, S. 233.

⁴⁰² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/62, Bl. 258.

⁴⁰³ Hartmann/Lienker: Arbeiterjugendbewegung, S. 293.

weigert, zu arbeiten, andere hätten während der Arbeitszeit geschlafen. Ein Jugendgenosse sei fünf Tage nicht im Betrieb erschienen, sondern sei in Hafenkneipen versumpft. Aufgrund einer „unglücklichen Liebe“ habe ein weiterer Genosse einen Selbstmordversuch unternommen, so dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Ferner sei die Delegation mit der Verpflegung und mit ihrem Quartier unzufrieden gewesen. Die Jugendlichen hätten mit der Begründung, dass „sie das so gewohnt seien“, von den Gastgebern „täglich Brot mit Butter und Wurst verlangt“.⁴⁰⁴ Außerdem hätten sie sich mit den mit Kraut gefüllten Piroggen beworfen. Die gesamte Delegation habe zudem eine gemeinsame Mahlzeit mit russischen Matrosen abgelehnt, so dass diese den Eindruck hatten, „daß den ausländischen Arbeitervertretern das Essen der russischen Matrosen zu schlecht sei“.⁴⁰⁵ Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, hätten einige Jugendliche auf der letzten Delegationssitzung, die bereits auf dem Schiff stattfand, gemeinsam erklärt, dass „der Aufbau des Sozialismus in der SU (...) nicht möglich“ sei. Die Schwierigkeiten seien zu groß, „es gäbe ja kein Brot.“⁴⁰⁶ Die russischen Gastgeber äußerten sich über das Verhalten der Hamburger Delegation enttäuscht. Sie forderten die dortige Bezirksleitung auf, zukünftig bei der Auswahl der Teilnehmer mehr Fingerspitzengefühl zu beweisen.

Die Arbeiterjugenddelegation in die Sowjetunion wurde von der Zentrale propagandistisch genutzt. So waren beispielsweise in Berlin allein in der Zeit vom 15. bis zum 18. Dezember 1925 mehrere öffentliche Auftritte der Jugendlichen geplant, darunter einer in den Sophiensälen im Bezirk Mitte.⁴⁰⁷ Die Propaganda im Anschluss an die Rückkehr dieser Jungarbeiterdelegation erreichte laut Reichsinnenministerium jedoch längst nicht den Umfang, der wenige Monate zuvor zurückgekehrten ersten Arbeiterdelegation.⁴⁰⁸

Neben den Arbeiterjugenddelegationen, die sich theoretisch aus politisch heterogenen Gruppen von Jugendlichen zusammensetzten, bereisten auch Delegationen, die sich ausschließlich aus Mitgliedern des KJVD zusammensetzten, die Sowjetunion. So meldet der Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung im Oktober 1927, dass eine Delegation des Verbands an der Feier des 13. Internationalen Jugendtages in Moskau teilgenommen habe und

⁴⁰⁴ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/62, Bl. 260.

⁴⁰⁵ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/62, Bl. 261.

⁴⁰⁶ Ebenda.

⁴⁰⁷ SAPMO-BArch, RY 1/14/1/72, Bl. 110.

⁴⁰⁸ BArch R 1507/1056e, Bl. 150 f.

des Weiteren auch eine Jungarbeiterdelegation zur 10. Jahresfeier der UdSSR eingeladen worden sei.⁴⁰⁹

Als Leiter der sächsischen Jugenddelegation wollte Wilhelm Bamberger 1931 die Feier des 14. Jahrestages der Oktober-Revolution besuchen. Die deutschen Behörden verzögerten die Bearbeitung der Ausreisegenehmigungen jedoch, so dass die Jugendlichen erst am 8. November 1931 in Minsk eintrafen.⁴¹⁰

Die Möglichkeit, die Sowjetunion kennen zu lernen, war eine Auszeichnung, die beispielsweise 1928 Franz Fischer, dem Sieger eines Verkaufswettbewerbs der „Jungen Garde“, zu Teil wurde⁴¹¹. Die Jugendlichen beobachteten argwöhnisch, wer ausgezeichnet wurde und reagierten entsprechend sensibel, wenn aus ihrer Sicht Fehlentscheidungen getroffen wurden. Der KJVD des Bezirks Baden wandte sich etwa im September 1927 entrüstet an das ZK, um in letzter Minute die Reise des Genossen Schönwald in die Sowjetunion zu verhindern. Er habe nun alle notwendigen Papiere zusammen, um am nächsten Abend nach Berlin und von dort aus nach Moskau zu reisen, teilt der Badener KJVD mit: „Wir erwarten deshalb aber bestimmt, daß ihr in letzter Stunde energische Schritte unternimmt, um seine Abreise zu verhindern. Bei unseren Funktionären und Mitgliedern herrscht eine ungeheuere Empörung über diesen Fall, weil hier ein Genosse nach Rußland verschoben werden soll, der sich stets vor wichtigen aber gefährlichen Arbeiten feige gedrückt hat, und der auch sonst bei uns kein Ruhmesblatt zurückläßt.“⁴¹²

Andere Jugendliche führen auf eigene Faust in die Sowjetunion. Um in den Genuss der Gastfreundschaft des russischen Bruderverbandes zu kommen, gaben sich manche von ihnen, wie beispielsweise der Genosse Knopp, als offizieller Vertreter des KJVD aus. Ebenso wie das ZK die unkontrollierte Walzerei der Jugendlichen in die Sowjetunion ablehnte,⁴¹³ akzeptierte es diese Methoden nicht und geißelte sie als „skrupelloses und diszipliniertes Verhalten“.⁴¹⁴ Knopp habe dem Ansehen des KJVD geschadet und werde nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion aus dem Verband ausgeschlossen. Der deutsche Jugendverband sah sich aufgrund dieses Vorfalls zu einer formellen Entschuldigung gegenüber dem Kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion gezwungen.

⁴⁰⁹ BArch R 134/35, Bl. 25.

⁴¹⁰ SAPMO-BArch, SgY 30/2038, Bl. 14 ff.

⁴¹¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1673, Bl. 27 ff.

⁴¹² SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/78, Bl. 277.

⁴¹³ Vgl. Kap. 3.4. Beruflicher Status und soziale Lage.

⁴¹⁴ SAPMO-BArch, RY 1/I4/1/34, Bl. 92.

Wie gezeigt, wussten KPD und KJVD um die Werbekraft der Sowjetunion. Sie war die Projektionsfläche der unerfüllten Wünsche und Hoffnungen. Partei und Jugend hoben immer wieder die freundschaftlichen Beziehungen und die enge Bindung an das sowjetische Bruderland hervor. Die kleinen und bedeutungsschwangeren Gesten der Verbundenheit, die beiderseitig ausgetauscht wurden, symbolisierten diese Allianz. Wenngleich ihre Wirkungskraft nicht eingeschätzt werden kann, ist davon auszugehen, dass sie für die deutschen Genossen von hoher emotionaler Bedeutung waren. Mit den Arbeiterjugenddelegationen in die Sowjetunion eröffnete den KJVD deren Teilnehmern die einzigartige Möglichkeit, in das Land der Verheißung zu reisen. Die unerwartet offenen Berichte der Jugendlichen und ihrer russischen Gastgeber zeigen jedoch sehr deutlich, dass diese Begegnungen vielfach auch problematisch verliefen. Die Gruppen waren aufgrund der Verständigungsprobleme isoliert und die Erwartung der Jugendlichen, in der Sowjetunion „politische Arbeit“ zu leisten, erfüllte sich in der Regel nicht. Die Mängel lasteten sie jedoch der Organisation an. Ihre positive Grundhaltung und ihre Vorannahmen bestimmten ihre Sicht so stark, dass für grundsätzliche Bedenken kein Raum war.

V. Resümee

„Ich war siebzehn als ich mich entschied (...). Damit begann mein bewußtes Leben, das Leben für meine Klasse. Es hatte nun den richtigen Sinn enthalten.“ (Karl Kresser)¹

Die lebensgeschichtliche Bedeutung, die die „Veteranen der Arbeiterbewegung“ dem KJVD rückblickend zuschreiben, ist heute kaum noch nachzuvollziehen. Die vorliegende Untersuchung zur Geschichte des KJVD in der Weimarer Republik hat gezeigt, dass der Verband – dessen Tätigkeit die Weimarer Behörden permanent observierten – letztendlich ein unspektakuläres Dasein im Schatten der Partei führte. Um nicht nur die offizielle Verbandspolitik, sondern auch die Jugendlichen und ihre soziale und kulturelle Praxis in den Blick zu bekommen, wurden drei verschiedene Blickwinkel gewählt: Während die Untersuchung der Verbandsstrukturen vor allem die Nähe und Distanz zur KPD auslotete, verlieh die Analyse der Sozial- und der Mitgliederstruktur den im Verband organisierten Jugendlichen deutlichere Konturen. Die Untersuchung ausgewählter Aspekte des Verbandslebens bot schließlich wichtige Einblicke in die soziale, kulturelle und politische Praxis der Weimarer Jungkommunisten.

Die von den Zeitgenossen behauptete Affinität der Weimarer Jugend zur kommunistischen Bewegung läßt sich anhand der Mitgliederzahl des Verbandes nicht nachvollziehen. Auch die Mitgliederzahlen der bürgerlichen Jugendorganisationen und die der SPD belegen, dass nur wenige Jugendliche die von der Weimarer Verfassung eröffnete Chance, zum parteipolitischen Engagement ergriffen haben.

Der Jugendverband, der aus Teilen der FSJ hervorging, verlor mit seinem politischen Anschluss an die KJI und an die KPD jegliches Selbstbestimmungsrecht. Er übernahm nicht nur die Politik der Partei, sondern auch deren innere und äußere Arbeitsstrukturen.

Der KJVD organisierte Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 23 Jahren und war damit eine Vorfeld- und eine parteipolitische Jugendorganisation zugleich. Die Altersdifferenz der Mitglieder führte zu innerverbandlichen Kontroversen über die Arbeitsmethoden und die Inhalte der Verbandsarbeit. Verstanden die älteren Jugendlichen, die den Verband am Beginn und am Ende der Republik dominierten, den KJVD vor allem als ein Instrumentarium

¹ SAPMO-BArch, SgY 30/1563, Bl. 45.

zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen, so nutzten ihn die jüngeren Mitglieder auch als Ausgangspunkt für ihre Freizeitaktivitäten.

Die auch unter kommunistischen Jugendlichen gängige Praxis, am Wochenende gemeinsam auf Wanderschaft zu gehen und die Sonnenwende zu feiern, verweist auf Einflüsse der bürgerlichen Jugendbewegung. Diese „Schnittmengen“ zeigen, dass die Weimarer Jungkommunisten keineswegs ein isoliertes Außenseiterdasein führten, sondern integraler Bestandteil der Weimarer Jugendkultur waren. Den Versuchen der Verbandsleitung, diese Praxis der Jugendlichen ideologisch umzuwidmen, war augenscheinlich nur wenig Erfolg beschieden: Ihre Klage darüber, dass die Jugendlichen die Wanderfahrten kaum zur politischen Agitation der Landbevölkerung nutzten, durchziehen die Geschichte des Jugendverbandes wie ein roter Faden.

Hinsichtlich ihrer theoretischen Haltung zur „Jugendfrage“ erwies sich die Parteispitze als Avantgarde: Doch das Versprechen, die Jugendlichen als gleichberechtigte Partner zu behandeln, wurde weder von der Parteileitung noch von der Basis eingelöst. Entgegen aller offiziellen Verlautbarungen stellte sich die praktische Zusammenarbeit von Partei und Jugend auf sämtlichen Arbeitsebenen als schwierig dar. Der Jugendverband war ein Stiefkind der Partei; die Jungkommunisten waren – sofern man sie nicht für Handlangerdienste benötigte – ein die politische Arbeit behindernder Störfaktor. Wie alle anderen parteipolitischen Jugendorganisationen tendierte auch die Kommunistische Jugend dazu, sich als „Hüterin der reinen Lehre“² zu verstehen, was dazu beitrug, das ohnehin angespannte Verhältnis zu den erwachsenen Parteigenossen zusätzlich zu belasten.

Die Erwartung der KPD, mit dem Jugendverband ein Nachwuchsreservoir zu unterhalten, löste sich nicht ein. Die Zahl derer, die vom Jugendverband in die Partei wechselten, war verschwindend gering. Allerdings konnte der Verband als Kadenschmiede langfristig Erfolge verzeichnen. Diejenigen, die die nationalsozialistische Verfolgung und die stalinistischen Säuberungen überlebten, übernahmen, wie etwa Erich Honecker, wichtige Funktionen im Staatsapparat der DDR.

Die Untersuchung der politischen Arbeit des KJVD unterstützt die These, dass die Durchschlagkraft und die Einflußmöglichkeiten der Weimarer Parteijugend letztendlich als gering einzuschätzen sind.³ Die Zentrale veröffentlichte unzählige Absichtserklärungen und Resolutionen, die auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Weimarer Jugend abzielten. Die Forderungen orientierten sich dabei nicht an dem realistisch zu Erreichenden,

² Krabbe: Zukunft, S. 318.

³ Krabbe: Rekrutendepot, S. 306.

sondern an der sozialistischen Utopie. Die konkrete Arbeit an der Verwirklichung langfristiger politischer Ziele fiel zudem häufig den unmittelbaren Tagesaufgaben zum Opfer. Die eingeschränkten finanziellen und personellen Ressourcen setzten dem sozialpolitischen Engagement des Verbandes enge Grenzen; die Vorgaben der Partei und der KJI reduzierten seine Kooperationsmöglichkeiten maßgeblich. Ohnehin bezog sich der Gestaltungswille des Verbandes, der sich als „Sprachrohr der Arbeiterjugend“ verstand, nicht auf die Weimarer Republik.

Die Analyse der politischen Arbeit der Betriebszellen und der Ortsgruppen legte die Differenz zwischen der Praxis der Basis und den theoretischen Richtlinien der Berliner Zentrale offen. Die Arbeitsanweisungen der Zentrale gingen an der Realität vor Ort vorbei, die Erwartungen waren viel zu hoch gesteckt und kaum zu realisieren. Die Existenz der Ortsgruppen und der Betriebszellen war äußerst fragil. Während die Betriebszellen oft nach kurzer Zeit wieder aufgelöst wurden, erwiesen sich die Ortsgruppen, die sich häufig aus Freundeskreisen speisten, als stabiler. Die Arbeit wurde im Wesentlichen von den Funktionären geleistet und konzentrierte sich auf die Übernahme von Hilfstätigkeiten für die Partei, die Herausgabe von Betriebszeitungen und Flugblättern sowie die Durchführung von politischen Versammlungen - Aktivitäten, deren inhaltlicher Ertrag im Sinne einer Einflußnahme auf die Betriebs- oder die Lokalpolitik allerdings als sehr gering einzuschätzen ist.

Die Fluktuation innerhalb des Jugendverbandes deutet darauf hin, dass die Jugendlichen, die nicht – wie die Verfasser der ausgewerteten Selbstzeugnisse - durch das familiäre oder nachbarschaftliche Umfeld an die kommunistische Bewegung gebunden waren, mit den Füßen über die Attraktivität des Verbandes abstimmten und ihn verließen, wenn das Angebot nicht ihren Erwartungen und Bedürfnissen entsprach. Auch andere Jugendorganisationen waren vom Problem der Fluktuation betroffen, die als Ausdruck jugendlichen Suchverhaltens jedoch nicht überbewertet werden sollte.

Die Auswertung der Sozialstruktur der Mitglieder sowie die innerverbandlichen Diskussionen lassen den Rückschluss zu, dass der Anteil erwerbsloser Jugendlicher im KJVD stetig wuchs. Die Verbandsleitung sah sich angesichts wachsender Erwerbslosenzahlen genötigt, ihre vormals distanzierte Haltung gegenüber Arbeitslosen aufzugeben. Zwei weitere Faktoren weisen auf die schwierige soziale Lage vieler Verbandsmitglieder hin: Die „Walzerei“ und die anhaltenden Klagen über Unterschlagungen und Diebstähle. Angesichts der in diesem Punkt bruchstückhaften Quellenlage ist es jedoch unzulässig, auf eine „lumpenproletarische“ Zusammensetzung des Verbandes zu schließen.

Die fortschrittliche Position zur Geschlechterfrage wurde durch die Verbandspraxis konterkariert. Männliche Jugendliche stellten etwa zwei Drittel der Verbandmitglieder. Ihre Überrepräsentanz drückte sich auch in einer subtilen Ausgrenzung weiblicher Jugendlicher aus: Kritisiert wurde das angeblich passive Verhalten der Mädchen, die zudem nur ihr eigenes Vergnügen suchen würden. Angeklagt wurden damit die traditionellen bürgerlichen Vorstellungen von Weiblichkeit, denen jedoch keine neuen Geschlechterkonzepte entgegen gestellt wurden. Die geschlechtsbezogenen Leitbilder des Verbandes orientierten sich ausschließlich am Konzept proletarischer Männlichkeit. Die sukzessive Militarisierung des Verbandes Mitte der zwanziger Jahre und das zunehmend gewaltbereite Auftreten der männlichen Jugendlichen in der Öffentlichkeit macht die männerbündischen Aspekte der Verbandspraxis transparent. Zum Ende der Weimarer Republik boten die Straßenkämpfe kommunistischen Jugendlichen eine weitere Plattform, um sich „als Männer“ zu beweisen. Die beachtlichen Mitgliedergewinne des Verbandes in den dreißiger Jahren sind Ausdruck der wachsenden Radikalisierung der Weimarer Jugend, die sich zunehmend den Parteien und den Wehrverbänden der Linken und der Rechten zuwandten.

Folgt man dem Vorschlag von Wolfgang Krabbe, der grundsätzlich zwischen politisch selbständig arbeitenden Organisationen, die er unter dem Begriff der „Politischen Jugend“ oder „Politischen Alternative“ zusammenfasst, und Organisationen, die sich in ideologischer und organisatorischer Abhängigkeit zur Mutterpartei befanden und die er „Rekrutendepot“ nennt⁴, unterscheidet, so ist zu konstatieren, dass es dem KJVD nie gelang, über das Stadium eines Rekrutendepots hinaus zu wachsen. Der KJVD war eine Miniaturausgabe der KPD.⁵ Nicht einmal auf seinen Jugendtagen gelang es dem Verband, eigenständige Ausdrucksformen zu finden und ein von der Partei unabhängiges generationelles Selbstbewusstsein zu artikulieren: Die „Jugend des Hochverrats“ blieb in jeder Hinsicht ein Kind der Partei.

Während der Zeit des Nationalsozialismus setzten KPD und KJVD die politische Arbeit in der Illegalität fort. Im Zentrum der nationalsozialistischen Verfolgungen standen zunächst die Kommunisten. Die KPD löste ihren Jugendverband offiziell erst 1937 auf der so genannten „Berner Konferenz“ auf. Diejenigen, die die nationalsozialistische Verfolgung und die stalinistischen Säuberungen überlebt hatten, schlossen sich nach 1945 häufig wieder der KPD an, deren erste Funktionärskonferenz in Groß-Berlin am 25. Juni 1945 stattfand. Unter den Dele-

⁴ Krabbe: Rekrutendepot, S. 303 ff.

⁵ Mallmann: Kommunisten, S. 182.

gierten waren viele ehemalige Jungkommunisten, die ihre politische Sozialisation im KJVD der Weimarer Republik erfahren hatten. Jugendpolitischer Sprecher der KPD wurde Erich Honecker.⁶ Die wesentlichen Impulse zur Gründung der Freien Deutschen Jugend am 7. März 1946 waren von der KPD ausgegangen. Einer der Mitbegründer der FDJ war Paul Verner, der 1925 dem KJVD beigetreten war. Die FDJ, die ursprünglich als gesamtdeutsche Jugendorganisation konzipiert war und Jugendliche mit unterschiedlichem parteipolitischen oder weltanschaulichem Hintergrund zusammenführen wollte, verlor spätestens mit dem Beginn des Kalten Krieges ihren überparteilichen Charakter und wurde zur „Kampfrserveder SED“.⁷

Eric Weitz hebt in seiner Untersuchung die Traditionen und Kontinuitäten kommunistischer Politik in Deutschland hervor und betont den Einfluss des Weimarer Kommunismus auf die Politik der SED.⁸ Ein Garant dafür, dass sich auch in der „Jugendfrage“ die Tradition der Weimarer KPD fortsetzte, waren die „Veteranen der Arbeiterbewegung“, die in der DDR nicht nur über moralisches Gewicht, sondern vielfach auch über politischen Einfluß verfügten. Anlässlich des 45. Jahrestages der letzten Tagung des Zentralkomitees des KJVD, die 1932 in Prieros stattfand, hob Erich Jungmann, der 1926 dem KJVD beitrug, hervor, dass aus dem Jugendverband die „Aktivisten der ersten Stunde“ und die Führer der DDR hervorgegangen seien. Er gibt das politische Vermächtnis der Weimarer Kommunisten an die nächste Generation weiter: „Als Jungkommunisten der 20er und 30er Jahre freut uns ganz besonders das gute Verhältnis, das heute zwischen Partei und Jugendverband besteht. Aus der Bilanz der guten Taten, die der 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Gen. Egon Krenz, zum ‚Fest des Roten Oktober‘ öffentlich abgelegt hat, geht hervor, daß unser sozialistischer Jugendverband zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution hervorragende Taten vollbracht hat und sich als Helfer und Kampfrserveder Partei bei der Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages erweist. (...) Liebe junge Freunde, glaubt uns, uns alten Jungkommunisten wird es warm ums Herz, wenn wir sehen, wie die Jugend in unsere Fußstapfen getreten ist und wie sie den Staffettenstab aufgenommen hat. So erweist sie sich in der Tat als Thälmanns Junge Garde! Dafür haben wir gekämpft, dafür haben viele Genossen ihr Leben gegeben. Für diese Arbeiter-und-Bauern-Macht haben wir und Generationen vor uns gestritten und gelitten. Hütet, schützt diese Macht wie Euren Augapfel. Stärkt die Arbeiter-und-Bauern-Macht!“⁹

⁶ Zu den Anfänger der FDJ in der sowjetischen Besatzungszone, siehe: Gotschlich: Weg.

⁷ Gotschlich: Weg, S. 265.

⁸ Vgl. Weitz: Communism.

⁹ SAPMO-BArch, Sg Y 30/1990, Bl. 8 und Bl. 10.

Mit ihrem Versuch, dem KJVD posthum die Anerkennung zu Teil werden zu lassen, die ihm in der Weimarer Republik versagt geblieben ist, wertete die Gründergeneration der DDR auch einen Teil ihrer eigenen Lebensgeschichte auf.

VI. Abkürzungsverzeichnis

AfS	Archiv für Sozialgeschichte
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Agitprop	Agitation und Propaganda
AGWA	Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit
BArch	Bundesarchiv
BK	Bezirkskonferenz
BL/BZ	Bezirksleitung
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
CEH	Central European History
CCCS	Centre for Contemporary Cultural Studies
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EK/EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FGJ	Freie Gewerkschaftsjugend
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
Hg	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschung
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz
JSB	Jungspartakusbund
KAJ	Kommunistische Arbeiterjugend
KAPD	Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei Opposition
KI/Komintern	Kommunistische Internationale
KJ	Kommunistische Jugend
KJI	Kommunistische Jugendinternationale
KJV	Kommunistischer Jugendverband (entspricht KJVD)
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NSDAP	Nationalsozialistische Partei Deutschlands
OD	Ordnungsdienst

Orgbüro	Organisationsbüro
Org-Leiter	Organisationsleiter
Polbüro/Politbüro	Politisches Büro
Polleiter/Polsekretär	Politischer Leiter/Politscher Sekretär
Rajo	Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen
RFB	Roter Front-Kämpferbund
RFMB	Roter Frauen- und Mädchenbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RJ	Rote Jungfront
RM	Reichsmark
SA	Sturm-Abteilung der NSDAP
SAJ	Sozialistische Arbeiter Jugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sipo	Sittenpolizei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPJ/ SP	Sozialistische Proletarierjugend
SU	Sowjetunion
UBL	Unterbezirksleitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und für Wirtschaftsgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee

VII. Quellenverzeichnis

7.1. Unveröffentlichte Quellen

7.1.1. „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“

KJVD-Bestand

RY 1/I4/1/1 bis RY 1/I4/1/83

KPD-Bestand

RY 1/I1/1/9

RY 1/I1/1/23

RY 1/I1/1/33

RY 1/I1/1/41

RY 1/I1/1/45

RY 1/I2/2/2

RY 1/I2/2/5

RY 1/I2/2/48

RY 1/I2/2/51

RY 1/I2/3/1

RY 1/I2/3/3

RY 1/I2/3/5

RY 1/I2/3/7

RY 1/I2/3/9

RY 1/I2/3/10

RY 1/I2/3/14

RY 1/I2/3/15

RY 1/I2/3/177

RY 1/I2/3/259

RY 1/I2/3/267

RY 1/I2/3/246

RY 1/I2/3/436

RY 1/I2/5/14

RY 1/I2/8/58 – RY 1/I2/8/62

RY 1/I2/707/56

RY 1/I2/707/84

RY 1/I2/711/52

Revolutionäre Massenorganisationen: Roter Front-Kämpferbund

RY 1/14/2/4
 RY 1/14/2/7
 RY 1/14/2/11
 RY 1/14/2/12
 RY 1/14/2/13
 RY 1/14/2/20
 RY 1/14/2/21

„Erinnerungsbestand“

SgY 30/0014	Kurt Siegmund
SgY 30/0120	Robert Büchner
SgY 30/0283	Erich Gohlke
SgY 30/0310	Hermann Grosse
SgY 30/0483	Heinz Knaut
SgY 30/0503	Emil Kortmann
SgY 30/0576	Erich Liesegang
SgY 30/0623	Alfred Merges
SgY 30/0670	Kurt Nettball
SgY 30/0787	Franziska Rubens
SgY 30/0861	Walter Schulz
SgY 30/1092	Ewald Kaiser
SgY 30/1094	Hans Mahle
SgY 30/1103	Karl Wloch
SgY 30/1174	Richard Jagiello
SgY 30/1207	Johannes Müller
SgY 30/1245	Walter Hochmuth
SgY 30/1276	Willy Sägebrecth
SgY 30/1286	Paul Hockarth
SgY 30/1288	Ullrich Osche
SgY 30/1308	Emmy Koenen-Damerius
SgY 30/1343	Vinzent Porombka
SgY 30/1479	Walter Brückner
SgY 30/1483	Herbert Doms
SgY 30/1498	Kurt Groth
SgY 30/1562	Emil Dröse
SgY 30/1563	Karl Kresser
SgY 30/1584	Heinz Beike
SgY 30/1592	Alfred Grün
SgY 30/1602	Herbert Sandtner
SgY 30/1603	Reinhold Schoenland
SgY 30/1673	Franz Fischer
SgY 30/1774	Harry Kuhn
SgY 30/1895	Werner Knapp
SgY 30/1930	Albert Weichert
SgY 30/1932	Elli Schulz, geb. Grimm
SgY 30/1948	Gerhart Albrecht
SgY 30/1951	Rudi Jahn
SgY 30/1952	Heinrich Fischer
SgY 30/1954	Wolfgang Münzer
SgY 30/1976	Artur Mannbar
SgY 30/1990	Erich Jungmann
SgY 30/2000	Gerhart Zschocher
SgY 30/2016	Fritz Meyer
SgY 30/2018	Leonhard Wronski
SgY 30/2021	Fritz Sparschuh
SgY 30/2037	Ernst Hoffmann
SgY 30/2038	Wilhelm Bamberger

SgY 30/2048	Robert Lehmann
SgY 30/2051	Henry Teßmer
SgY 30/2062	Alexander Köppen
SgY 30/2075	Gustav Urbschat
SgY 30/2079	Gerhard Oertel
SgY 30/2095	Kurt Lemke
SgY 30/2124	Friedel Lange
SgY 30/2126	Fridel Lewin
SgY 30/2129	Hanna Tomarkin
SgY 30/2145	Franz Mund
SgY 30/2203	Charlotte Bonnet

7.1.2. Fachabteilung Deutsches Reich im Bundesarchiv

Reichsministerium des Innern

R 1501/116 – R 1501/123

Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung

R 1507/1002

R 1507/1029

R 1507/1030

R 1507/1055

R 1507/1056

Reichsicherheitshauptamt des RFSS

R 58/460

R 58/512

R 58/524

R 58/525

R 58/601

R 58/650

7.2. Gedruckte Quellen

Zeitungen:

„Die Junge Garde“: Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. 1. Jg. 1918/1919 bis 15. Jg. 1932/33.

Quellensammlungen:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hg.): „Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904 – 1945. Dokumente und Materialien, Frankfurt a.M. 1975.

Nüßlein, Werner/Stadelmaier, Martin: „Dem Morgenrot entgegen...“ 80 Jahre Arbeiterjugendbewegung. Quellen und Materialien zur Geschichte der sozialistischen Jugend, Bonn 1983.

Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern: Lageberichte (1920 – 1929) und Meldungen (1929 – 1933). Bestand R 134 des Bundesarchivs Koblenz, veröffentlicht als Microfiche-Ausgabe. Einleitung und Indices hg. von Ernst Ritter, München/New York/London/Paris 1979.

Memoiren und Erinnerungen:

Auer, Erich: Rucksackpropheten. Erinnerungen eines Veteranen der revolutionären deutschen Jugendbewegung, Berlin 1930.

Buber-Neumann, Margarete: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs, Köln²1981.

Emmerich, Wolfgang: Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, 2 Bde., Reinbek 1974.

Geusendam, Wilhelm: Herausforderungen. KJVD – UdSSR – KZ – SPD, Kiel 1985.

Hoffmann-Ostwald, Daniel (Hg.): Auf der roten Rampe. Erlebnisberichte und Texte aus der Arbeit der Agitpropgruppen vor 1933, Berlin 1963.

Pioch, Karl: Nie im Abseits, Berlin (Ost) 1978.

Schmidt, Erich R.: Meine Jugend in Groß-Berlin. Triumph und Elend der Arbeiterbewegung 1918 – 1933, Bremen 1988.

Schönstedt, Walter: Kämpfende Jugend. Roman der arbeitenden Jugend, Berlin 1971.

Wiesner, Erich: Man nannte mich Ernst. Erlebnisse und Episoden aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung Berlin (Ost)⁴1978.

Untersuchungen der Historischen Jugendkunde:

Beyer, Georg: Dreißig junge Arbeiter berichten von ihrem Leben. Eine sozialpsychologische Skizze auf Grund von Niederschriften der Jugendkursus-Hörer des freigewerkschaftlichen Seminars für Sozialwissenschaften in Köln, in: Kulturwille. Monatsblätter für Kultur und Arbeiterschaft, Jg. 1930, S. 162-177.

- Bondy, Curt: Die Proletarische Jugendbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse. Ein methodischer und psychographischer Beitrag zur Jugendkunde, Diss. Hamburg 1921 (ND Münster 1987).
- Böhmer, Heinrich: Beiträge zur Psychologie des jugendlichen ungelerten Industriearbeiters, Diss. Münster 1925.
- Dehn, Günther: Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarierjugend, Berlin 1929.
- Dinse, Robert: Das Freizeitleben der Großstadtjugend, Eberswalde 1932.
- Kautz, Heinrich: Im Schatten der Schlotz. Versuche zur Seelenkunde der Industriejugend, Einsiedeln 1929.
- Krolzig, Günther: Der Jugendliche in der Großstadtfamilie. Auf Grund von Niederschriften Berliner Berufsschüler und -schülerinnen, Berlin 1930.
- Mewes, Bernhard: Die erwerbstätige Jugend. Eine statistische Untersuchung, Berlin/Leipzig 1929.
- Stawen-Ordemann, Gertrud: Menschen in Unordnung. Die proletarische Wirklichkeit im Arbeitsschicksal der ungelerten Großstadtjugend, Berlin 1933.

Sonstiges:

- Der Führer. Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, Jg. 1930
- Der Junge Bolschewik, Jg. 1926
- Kaasch, Wienand: Die soziale Struktur der KPD, in: Kommunistische Internationale 9 (1928), S. 1050-1965.
- Reichsgesetzblatt Nr. 18 (1908); Nr. 134 (1923)

VIII. Literaturverzeichnis

- Andresen, Sabine: Mädchen und Frauen in der bürgerlichen Jugendbewegung: Soziale Konstruktionen von Mädchenjugend, Neuwied 1997.
- Arendt, Hans-Jürgen: Weibliche Mitglieder der KPD in der Weimarer Republik – Zahlenmäßige Stärke und soziale Stellung, in: BzG 19 (1977), S. 652-660.
- Arendt, Hans-Jürgen/Freigang, Werner: Der Rote Frauen- und Mädchenbund – die revolutionäre deutsche Frauenorganisation in der Weimarer Republik, in: BzG 21 (1979), S. 249-258.
- Arnold, Sabine/Fuhrmeister, Christian/Schiller, Dietmar (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien 1998.
- Bajohr, Frank: „Unmündige Opfer der kapitalistischen Produktionsweise“? Die Essener Arbeiterjugendbewegung im Kaiserreich, in: Behrens-Cobet, Heidi (Hg.): Rote Jugend im schwarzen Revier. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989, S. 17-31.
- Bajohr, Frank: In doppelter Isolation. Zum Widerstand der Arbeiterjugendbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Breyvogel, Wilfried (Hg.): Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand und Nationalsozialismus, Bonn 1991, S. 17-35.
- Balistier, Thomas: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989.
- Balme, Christopher: Einführung in die Theaterwissenschaft, Berlin 1999.
- Bartz, Joachim/Mor, Dagmar: Der Weg in die Jugendzwangsarbeit. Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit zwischen 1925 und 1935, in: Lenhardt, Gero (Hg.): Der hilflose Sozialstaat. Jugendarbeitslosigkeit und Politik, Frankfurt a.M. 1979, S. 28-94.
- Behrens-Cobet, Heidi: Parteilugend und kulturelle Avantgarde. Die Essener SAJ in der Weimarer Republik, in: Breyvogel, Wilfried/Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Land der Hoffnung – Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900 – 1987, Berlin 1987, S. 79-83.
- Behrens-Cobet, Heidi (Hg.): Rote Jugend im schwarzen Revier. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989.
- Behrens-Cobet, Heidi: „Dem Sozialismus ergeben“. Die sozialdemokratische Jugend in der Weimarer Republik, in: Behrens-Cobet, Heidi (Hg.): Rote Jugend im schwarzen Revier. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989, S. 33-51.
- Benninghaus, Christina: Die anderen Jugendlichen. Arbeitermädchen in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./New York 1999.
- Benninghaus, Christina/Kohtz, Kerstin (Hg.): „Sag mir, wo die Mädchen sind...“ Beiträge zur Geschlechtergeschichte der Jugend, Weimar 1999.
- Benninghaus, Christina: Verschlungene Pfade – Auf dem Weg zu einer Geschlechtergeschichte der Jugend, in: Benninghaus, Christina/Kohtz, Kerstin (Hg.): „Sag mir, wo die Mädchen sind...“ Beiträge zur Geschlechtergeschichte der Jugend, Weimar 1999, S. 9-34.
- Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994.

- Bilden, Helga/Dienziger, Angelika: Historische Konstitution und besondere Gestalt weiblicher Jugend – Mädchen im Blick der Jugendforschung, in: Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Handbuch der Jugendforschung, Opladen 1988, S. 135-155.
- Blazek, Helmut: Männerbünde: Eine Geschichte von Faszination und Macht, Berlin 1999.
- Böhnisch, Lothar/Gängler, Hans: Jugendverbände in der Weimarer Republik, in: Böhnisch, Lothar (Hg.): Handbuch Jugendverbände: Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim/München 1991, S. 49-57.
- Breyvogel, Wilfried (Hg.): Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotests, Essen 1983.
- Breyvogel, Wilfried (Hg.): Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus, Bonn 1991.
- Breyvogel, Wilfried/Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Land der Hoffnung – Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900 – 1987, Berlin 1987.
- Brücher, Bodo/Hartmann, Günter: Die Sozialistische Arbeiterjugend in der Weimarer Zeit. Ihr Verhältnis zur SPD und ihr Eintreten für die Republik, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 13 (1981), S. 35-50.
- Brücher, Bodo: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von den Anfängen bis 1945, Bielefeld 1989.
- Budde, Gunilla-Friederike: Das Geschlecht der Geschichte, in: Mergel, Thomas/Welskopp, Thomas (Hg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 125-150.
- Bühler, Johann-Christoph von: Die gesellschaftliche Konstruktion des Jugendalters. Zur Entstehung der Jugendforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Weinheim 1990.
- Canning, Kathleen: Geschlecht als Unordnungsprinzip. Überlegungen zur Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung, in: Schissler, Hanna (Hg.): Geschlechtergeschichte im historischen Wandel, Frankfurt a.M. 1993, S. 139-206.
- Clarke, John: Stil, in: Honneth, Axel (Hg.): Jugendkultur als Widerstand: Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1979, S. 133-157.
- Clarke, John/Hall, Stuart/Jefferson, Tony/Roberts, Brian: Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: Honneth, Axel (Hg.): Jugendkultur als Widerstand: Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1979, S. 39-132.
- Conrad, Christoph/Kessel, Martina (Hg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Stuttgart 1994.
- Conrad, Christoph/Kessel, Martina (Hg.): Kultur und Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998.
- Daniel, Ute: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M. 2001.
- Daniel, Ute: Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft, in: GWU 48 (1997), S. 195-219 und S. 259-278.
- Deutscher Werkbund e.V./Württembergischer Kunstverein (Hg.): Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert, Stuttgart/Darmstadt 1986.
- Dietz, Burkhard/Lange, Ute/Wahle, Manfred (Hg.): Jugend zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Historische Jugendforschung zum rechtsrheinischen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1996.

- Döke, Wolfgang: Zur brüderlichen Zusammenarbeit des Leninschen Komsomol mit dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei der Erziehung der Jugend im Geiste des Marxismus-Lenismus (1924 – 1928), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 25 (1976), S. 677-686.
- Dörner, Andreas: Politischer Mythos und symbolische Politik, Reinbek 1996.
- Domansky, Elisabeth: Politische Dimensionen von Jugendprotest und Generationenkonflikt in der Zwischenkriegszeit in Deutschland, in: Dieter Dowe (Hg.): Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986, S. 113-137.
- Dowe, Dieter (Hg.): Jugendprotest und Generationskonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986.
- Dudek, Peter: Jugend als Objekt der Wissenschaften. Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890 – 1933, Opladen 1990.
- Dudek, Peter: Von der „Entdeckung der Jugend“ zur „Geschichte der Jugend“, in: Dietz, Burkhard/Lange, Ute/Wahle, Manfred (Hg.): Jugend zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Historische Jugendforschung zum rechtsrheinischen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1996, S. 15-42.
- Eberts, Erich: Arbeiterjugend 1904 – 1945. Sozialistische Erziehungsgemeinschaft – politische Organisation, Frankfurt a.M. 1980.
- Ehls, Marie-Luise: Protest und Propaganda: Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik, Berlin/New York 1997.
- Elsen, Heinz: Der II. Slot 1930, in: Junge Generation 8 (1980), S. 75-77.
- Eppe, Heinrich: gebogen – gewendet – gewickelt. Drei Beiträge über die Situation der Forschung zur Geschichte der Arbeiterjugend- und Kinderbewegung vor und nach der Wende in der DDR, Bonn 1991.
- Eumann, Ulrich: „Kameraden vom roten Tuch“. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: AGWA 16 (2001) S. 97-164.
- Eumann, Ulrich: „Eiserne Kohorte der Revolution?“ Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Diss. Köln 2003 (Manuskript).
- Evans, Richard (Ed.): The German Working Class 1888 – 1933. The Politics of Everyday Life, London 1982.
- Evans, Richard/Geary Dick (Ed.): The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987.
- Falter, Jürgen: Die Jungmitglieder der NSDAP zwischen 1925 und 1933. Ein demographisches und soziales Profil, in: Krabbe, Wolfgang (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 202-221.
- Flemming, Jens (Hg.): Familienleben im Schatten der Krise: Dokumente und Analysen zur Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Düsseldorf 1988.
- Fiedler, Gudrun: Jugend im Krieg. Bürgerliche Jugendbewegung, Erster Weltkrieg und sozialer Wandel 1914 – 1923, Köln 1989.
- Fiedler, Gudrun: „Werdet Führer Eurer Volke“. Politisierung der Freideutschen Jugend 1917 – 1923, in: Krabbe, Wolfgang (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 13-37.

- Fischer, Conan: Class Enemies or Class Brothers? Communist – Nazi Relations in Germany 1929 –1933, in: *European History Quarterly* 13 (1985), S. 239-280.
- Fischer-Lichte, Erika: *Kurze Geschichte des deutschen Theaters*, Tübingen/Basel 1993.
- Fischer-Lichte, Erika: Notwendige Ergänzung des Textmodells. Dominantenverschiebung: der „Performative Turn“ in den Kulturwissenschaften, in: *Frankfurter Rundschau* vom 23.11.1999, S. 20.
- Fischer-Lichte, Erika (Hg.): *Theatralität und die Krise der Repräsentation*, Stuttgart 2001.
- Flechtheim, Ossip K.: *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg ²1986. (Erstauflage 1948)
- Friedrich, Thomas: Rotgardist, Kommunist, Diplomat. Fritz Große, in: *BzG* 29 (1987), S. 799-810.
- Gailus, Manfred: „Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!“ Die Kommunisten, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik*. Opladen 1989, S. 77-87.
- Geary, Dick: Jugend, Arbeitslosigkeit und politischer Radikalismus zum Ende der Weimarer Republik, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 34 (1983), S. 304-309.
- Geertz; Clifford: *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M. ⁶1999.
- Geißel, Brigitte: „Wir können und wollen nicht abseits stehen von der Politik.“ Mädchenarbeit in der Berliner Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), in: *Interventionen* 1 (1991), S. 97-118.
- Gestrinch, Andreas: *Vergesellschaftung des Menschen: Einführung in die Historische Sozialisationsforschung*, Tübingen 1999.
- Giesecke, Hermann: *Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik*, München 1981.
- Gillis, John R.: *Geschichte der Jugend. Tradition und Wandel im Verhältnis der Altersgruppen und Generationen in Europa von der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Weinheim/Basel 1980.
- Gotschlich, Helga (Hg.): „Links und links und Schritt gehalten...“ *Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen*, Berlin 1994.
- Gotschlich, Helga: Auf dem Weg zur „Einheitsjugend“ – Die Anfänge der „Freien Deutschen Jugend“ in der SBZ, in: Vorsteher, Dieter (Hg.): *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*. Ausstellungskatalog, Berlin 1996, S. 256-266.
- Gotschlich, Helga/Herms, Michael/Lange, Katharina/Noack, Gert (Hg.): „Das neue Leben muß anders werden...“ *Studien zur Gründung der FDJ*, Berlin 1996.
- Götz von Olenhusen, Irmtraud: Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: *Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung* 12 (1980), S. 53-82.
- Götz von Olenhusen, Irmtraud: *Junge Generation, Religion und Politik 1928-1933*, Köln 1987.
- Götz von Olenhusen, Irmtraud: Vom Jungstahlhelm zur SA: Die Nachkriegsgeneration in den paramilitärischen Verbänden der Weimarer Republik, in: Krabbe, Wolfgang (Hg.): *Politische Jugend in der Weimarer Republik*, Bochum 1993, S. 146-182.

- Gräser, Marcus: Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtsjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik, Göttingen 1995.
- Gröschel, Roland: „...wir kämpfen, weil wir gläubig sind...“ – Notizen zur Geschichte der Berliner Arbeiterjugendbewegung, in: Glaessner, Gert-Joachim/Lehnert, Detlef/Sühl, Klaus (Hg.): Studien zur Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Berlin, Berlin 1989, S. 147-170.
- Gröschel, Roland: Einheit oder Reinheit? – die SAJ zwischen SPD-Treue und Linkssozialismus, in: Interventionen 1 (1991), S. 141-183.
- Grünthaler, Mathias: Parteiverbote in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995.
- Günther, Dagmar: „And now for something completely different“. Prolegomena zur Autobiographie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: HZ 272 (2001), S. 25-61.
- Hall, Stuart/Jefferson, Tony (Ed.): Resistance through Rituals. Youth Subcultures in Post-War Britain, Birmingham 1975.
- Hägel, Helmuth: Die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: IWK 12 (1976), S. 166-216.
- Hannemann, Theodor: „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ Zur Geschichte der Internationalen Jugendtage von 1915 – 1932, in: Junge Generation (1982) o.Nr., S. 34-35.
- Hardtwig, Wolfgang/Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996.
- Hartewig, Karin: Das Gedächtnis der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“, in: Werkstatt Geschichte 5 (1993), S. 24-28.
- Hartmann, Günter/Lienker, Heinrich: Sozialistische Arbeiterjugendbewegung in der Weimarer Republik, Bielefeld 1982.
- Harvey, Elizabeth: Youth Unemployment and the State: Public Policies towards Unemployed Youth in Hamburg during the World Economic Crisis, in: Evans, Richard/Geary, Dick (Ed.): The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987, S. 142-171.
- Harvey, Elizabeth: Youth and the Welfare State in Weimar Germany, Oxford 1993.
- Helmers, Gerrit/Kenkmann, Alfons: „Wenn die Messer blitzen, und die Nazis flitzen...“ Der Widerstand von Arbeiterjugendcliquen und -banden in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Münster 1983.
- Herlemann, Beatrix: Der deutschsprachige Bereich an den Kadernschulen der Kommunistischen Internationale, in: IWK 18 (1982), S. 205-229.
- Herlemann, Beatrix: Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Königstein/Taunus 1982.
- Herlemann, Beatrix: Auf verlorenem Posten. Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchelorganisation, Bonn 1986.
- Hermann, Manfred: Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialhistorischer und soziologischer Vergleich, Opladen 1990.
- Herrmann, Ulrich: Jugend in der Sozialgeschichte, in: Schnieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 1, Göttingen 1986, S. 133-155.

- Herrmann, Ulrich: Jugendbewegung, in: Böhnisch, Lothar (Hg.): Handbuch Jugendverbände: Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim, München 1991, S. 32-41.
- Honecker, Erich (Hg.): Zur Jugendpolitik der SED. Reden und Aufsätze von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) ³1985.
- Honneth, Axel (Hg.): Jugendkultur als Widerstand: Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1979.
- Horn, Christian/Warstat, Matthias: Feuer und Flamme. Zu einem theatralischen Aspekt politischer Feste, in: Soeffner, Hans-Georg/Tänzler, Dirk (Hg.): Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft, Opladen 2002, S. 103-124.
- Hunt, Lynn: Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf der politischen Kultur, Frankfurt 1989.
- Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim ⁵1997.
- Jaeger, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: GG 3 (1977), S. 429-452.
- Jahnke, Karl Heinz: Atze – so nannten wir dich. Aus dem Leben und Kampf Artur Beckers, Berlin (Ost) o.J.
- Jahnke, Karl Heinz: Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf – unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Bewegung 1933 – 1945, Berlin (Ost) 1965.
- Jahnke, Karl Heinz: Zum Wirken deutscher Jungkommunisten in der Kommunistischen Jugendinternationale, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 19 (1970), S. 113-116.
- Jahnke, Karl Heinz: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904 – 1945, Dortmund 1973.
- Jahnke, Karl Heinz: „Mein Streben galt dem Höchsten der Menschheit!“ Conrad Blenkle, in: BzG 15 (1973), S. 124-131.
- Jahnke, Karl-Heinz: Zum Anteil Ernst Thälmanns an der Durchsetzung der Prinzipien marxistisch-leninistischer Jugendpolitik in der KPD, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 23 (1974), S. 143-148.
- Jahnke, Karl Heinz: Funktionär der internationalen Arbeiterjugendbewegung. Artur Becker, in: BzG 17 (1975), S. 323-331.
- Jahnke, Karl Heinz: Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitler-Faschismus, Dortmund 1977.
- Jahnke, Karl Heinz: Die Berner Funktionärskonferenz des KJVD 1937, in: BzG 20 (1978), S. 733-742.
- Jahnke, Karl Heinz: Zur Entwicklung der Jugendgeschichtsforschung in der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 28 (1979), S. 449-453.
- Jahnke, Karl Heinz: Conrad Blenkle, in: Haferkorn, Katja/Leidigkeit, Karl Heinz/Hermann, Jürgen/Ruch Karl Heinz (Hg.): Kommunisten im Reichstag – Reden und biographische Skizzen, Berlin (Ost)/Frankfurt a.M. 1980, S. 395-400.
- Jahnke, Karl Heinz: Ernst Thälmann und die Jugendpolitik der KPD, Berlin (Ost) 1984.

- Jahnke, Karl Heinz (Hg.): Deutsche Arbeiterjugendbewegung 1904 – 1945. Illustrierte Geschichte, Köln 1987.
- Jahnke, Karl Heinz: Aus dem illegalen Kampf des KJVD gegen das Hitlerregime im Herbst 1935 in Berlin, in: BzG 29 (1987), S. 461-470.
- Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.
- Kamburg, Petra/Tepaß, Anne: „Mädels“ zwischen Volkstanz und Klassenkampf. Die Rolle der Mädchen in SAJ und KJ, in: Behrens-Cobet, Heidi (Hg.): Rote Jugend im schwarzen Revier. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989, S. 52-65.
- Kater, Michael: Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: GG 11 (1985), S. 217-243.
- Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996.
- Kerchner, Brigitte/Koch-Baumgarten, Sigrid: Geschlechterbilder in der politischen Auseinandersetzung, in: IWK 34 (1998), S. 297-315.
- Klönne, Irmgard: „Ich spring in diesem Ringe“. Mädchen und Frauen in der deutschen Jugendbewegung, Pfaffenweiler 1990.
- Kneip, Rudolf: Jugend in der Weimarer Zeit. Handbuch der Jugendverbände 1919 – 1938, Frankfurt a.M. 1974.
- Koch-Baumgarten, Sigrid: Einleitung zu: Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg ²1986, S. 9-54.
- Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a.M. 1986.
- Koch-Baumgarten: Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD der Weimarer Republik?, in: IWK 34 (1998), S. 82-89.
- Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt a.M. 1986.
- Köster, Markus: Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel: Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Paderborn 1999.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, Oldenburg ²1988.
- Kontos, Silvia: „Die Partei kämpft wie ein Mann!“. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1979.
- Korff, Gottfried: Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Dietmar Petzina (Hg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 27-60.
- Krabbe, Wolfgang (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993.
- Krabbe, Wolfgang: Parteijugend in der Weimarer Republik. Ein typologischer Vergleich am Beispiel der Zentrums- und der DVP-Jugend, in: Wolfgang Krabbe (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 38-72.
- Krabbe, Wolfgang: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisation bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918 – 1933), Opladen 1995.
- Krabbe, Wolfgang: Parteijugend zwischen Wandervogel und politischer Reform: Eine Dokumentation der Weimarer Republik, Münster 2000.

- Krabbe, Wolfgang: „Rekrutendepot“ oder politische Alternative? Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände, in: GG 27 (2001), S. 274-307.
- Krabbe, Wolfgang: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, Wiesbaden 2002.
- Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Handbuch der Jugendforschung, Opladen 1988.
- Krüger, Heinz-Hermann: Theoretische und methodische Grundlagen der historischen Jugendforschung, in: derselbe (Hg.): Handbuch der Jugendforschung, Opladen 1988, S.207-230.
- Kühne, Thomas (Hg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Frankfurt a.M. 1996.
- Kühne, Thomas: Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik. Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte, in: Medick, Hans/Trepp Ann-Charlott (Hg.): Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven, Göttingen 1998, S. 171-231.
- Kuhr-Korolev, Corinna u.a. (Hg.): Sowjetjugend 1917 – 1941: Generation zwischen Revolution und Resignation, Essen 2001.
- Kurz, Thomas: Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner „Blutmai“ von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe, in: IWK 22 (1986), S. 297-317.
- Kurz, Thomas: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988.
- Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989.
- Lenhardt, Gero (Hg.): Der hilflose Sozialstaat. Jugendarbeitslosigkeit und Politik, Frankfurt a.M. 1979.
- Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der deutschen Gesellschaft, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371-393.
- Lessing, Hellmut/Liebel, Manfred: Wilde Cliques. Szenen einer anderen Arbeiterjugend, Bensheim 1981.
- Levi, Giovanni/Schmitt, Jean-Claude (Hg.): Geschichte der Jugend. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1997.
- Liebel, Manfred: Cliques und informelle Gruppen, in: Handbuch Jugendverbände: Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim/München 1991, S. 304-312.
- Lindenberger, Thomas: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung 1900 bis 1914, Bonn 1995.
- Lindenberger, Thomas/Lütge, Alf: Einleitung. Physische Gewalt – eine Kontinuität der Moderne, in: dieselben (Hg.): Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1995.
- Lindner, Rolf: „Editorial“, in: Honneth, Axel (Hg.): Jugendkultur als Widerstand: Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1979, S. 7-14.
- Lindner, Rolf: Straße – Straßenjunge – Straßenband. Ein zivilisationstheoretischer Streifzug, in: Zeitschrift für Volkskunde 79 (1983), S. 192-208.

- Lindner, Rolf: Bandenwesen und Klubwesen im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: GG 10 (1984), S. 352-375.
- Lindner, Rolf: Die Wilden Cliques in Berlin. Ein Beitrag zur historischen Kulturanalyse, in: Historische Anthropologie 1 (1993), S. 451-467.
- Linse, Ulrich: Lebensformen der bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung. Die Aufbrüche der Jugend und die Krise der Erwachsenenwelt, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 10 (1978), S. 24-58.
- Linse, Ulrich: Die Entschiedene Jugend: 1919 – 1921. Deutschlands erste revolutionäre Schüler- und Studentenbewegung, Frankfurt a.M. 1981.
- Linton, Derek: „Who has the Youth has the Future“: The Campaign to Save Young Workers in Imperial Germany 1870 – 1914, Cambridge 1991.
- Linton, Derek: Zur sozialdemokratischen Jugendbewegung im rechtsrheinischen Industriegebiet während des Kaiserreichs, in: Dietz, Burkhard/Lange, Ute/Wahle, Manfred (Hg.): Jugend zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Historische Jugendforschung zum rechtsrheinischen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1996, S. 63-84.
- Luban, Ottokar: Die Auswirkung der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe, in: AfS 11 (1971), S. 185-233.
- Lüders, Dietrich: Gegen Krieg und Faschismus. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1925 – 1931. Ein Beitrag zur Entwicklung einer linken Opposition in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Hamburg o.J.
- Lüdtke, Alf: Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a.M. 1989.
- Lüdtke, Alf: Geschichte und Eigensinn, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, S. 139-153.
- Lüpke, Reinhard: Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919-1931, Marburg 1984.
- Lüpke, Reinhard: Zwischen Jugendbewegung und Linksopposition. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919 – 1931, in: Krabbe, Wolfgang (Hg.): Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 73-86.
- Mallmann, Klaus-Michael: Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: GG 21 (1995), S. 5-31.
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Mallmann, Klaus-Michael: Gehorsame Parteisolddaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: VfZ 47 (1999), S. 401-415.
- Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157-185 und 309-330.
- Medick, Hans/Trepp Ann-Charlott (Hg.): Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und Perspektiven, Göttingen 1998.
- Mergel, Thomas/Welskopp, Thomas (Hg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997.

- Mersch, Dieter: Ereignis und Aura. Untersuchungen zu einer Ästhetik des Performativen, Frankfurt a.M. 2002.
- Meyer, Thomas: Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik, Frankfurt a.M. 1992.
- Mitterauer, Michael: Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt a.M. 1986.
- Mogge, Winfried: Wandervogel, Freideutsche Jugend und Bünde. Zum Jugendbild der bürgerlichen Jugendbewegung, in: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt a.M. 1986, S. 174-198.
- Mommsen, Hans: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik, in: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt a.M. 1986, S. 50-67.
- Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoths, Jan/ Hoffmann, Dieter (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2001.
- Murdock, Graham/McCron, Robin: Klassenbewußtsein und Generationsbewußtsein, in: Honneth, Axel (Hg.): Jugendkultur als Widerstand: Milieus, Rituale, Provokationen, Frankfurt a.M. 1979, S. 15-38 .
- Musial, Magdalena: Jugendbewegung und Emanzipation der Frau. Ein Beitrag zur Rolle der weiblichen Jugend in der Jugendbewegung bis 1933, Essen 1982.
- Naujoks, Martina: Die Mädchen in der sozialistischen Arbeiterjugend, in: Nüßlein, Werner/Stadelmeier, Martin (Hg.): Dem Morgenrot entgegen... 80 Jahre Arbeiterjugendbewegung. Quellen und Materialien zur Geschichte der sozialistischen Jugend, Bonn 1983, S. 55-61.
- Naujoks, Martina: Profile einer Minderheit. Mädchen in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 15 (1984/1985), S. 137-152.
- Neuland, Franz/Werner-Cordt, Albrecht (Hg.): Die junge Garde. Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt am Main 1904 – 1945, Gießen 1980.
- Nipperdey, Thomas: Jugend und Politik um 1900, in: Rüegg, Walter (Hg.): Kulturkritik und Jugendkult, Frankfurt a.M. 1974, S. 87-114.
- Petersen, Andreas: Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900 – 1930, Zürich 2001.
- Petzina, Dietmar (Hg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986.
- Peukert, Detlev: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980.
- Peukert, Detlev: Die „Wilden Cliques“ der Zwanziger Jahre, in: Breyvogel, Wilfried (Hg.): Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotests, Essen 1983, S. 66-77.
- Peukert, Detlev: Die „Halbstarken“. Protestverhalten von Arbeiterjugendlichen zwischen Wilhelminischen Kaiserreich und Ära Adenauer, in: Zeitschrift für Pädagogik 30 (1984), S. 533-548.
- Peukert, Detlev: Die Erwerbslosigkeit junger Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929 – 1933, in: VSWG 72 (1985), S. 305-328.

- Peukert, Detlev: Alltagsleben und Generationserfahrungen von Jugendlichen in der Zwischenkriegszeit, in: Dowe, Dieter (Hg.): Jugendprotest und Generationskonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986, S. 139-150.
- Peukert, Detlev: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 – 1932, Köln 1986.
- Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987.
- Peukert, Detlev: Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik, Köln 1987.
- Peukert, Detlev: The Lost Generation: Youth Unemployment at the End of the Weimar Republic, in: Evans, Richard/Geary, Dick (Ed.): The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987, S. 172-193.
- Peukert, Detlev: „Als wir Kinder mit den roten Fahnen vorangingen...“ Einleitende Überlegungen zu einer Geschichte der Essener Arbeiterjugend, in: Behrens-Cobet, Heidi (Hg.): Rote Jugend im schwarzen Revier. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989, S. 9-16.
- Pietschmann, Horst: Der politisch-ideologische Klärungsprozeß in der kommunistischen Jugendbewegung Deutschlands zur Durchsetzung marxistisch-leninistischer Auffassungen über die Jugendarbeit. Februar 1919 bis September 1921, Greifswald 1968 (Manuskript).
- Pietschmann, Horst: Zum Prozeß der Entwicklung der Freien Sozialistischen Jugend zu einem kommunistischen Jugendverband (1918 – 1921), in: BzG 17 (1975), S. 1045-1060.
- Pietschmann, Horst: Der KJVD und die Herausbildung des Thälmannschen Zentralkomitee der KPD, in: BzG 20 (1978), S. 900-913.
- Pietschmann, Horst: Zur politisch-ideologischen Entwicklung des KJVD unter besonderer Berücksichtigung des Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei der Erziehung der Jugend im Geist des Marxismus-Leninismus (1924 bis 1928), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 25 (1976), S. 677-686
- Pietschmann, Horst: Die Gründung der Freien Sozialistischen Jugend 1918. Höhepunkt der organisationspolitischen Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterjugendbewegung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 28 (1979), S. 455-464.
- Pietschmann, Horst: Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Schulungsarbeit des KJVD zwischen 1924 und 1929, in: BzG 22 (1980), S. 721-733.
- Pietschmann, Horst: Konsequentes Ringen um die junge Generation: Der KJVD im Prozeß der Herausbildung des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD, in: Junge Generation (1980) o.Nr., S. 16-21.
- Pietschmann, Horst: Zur Rolle der Jungkommunisten im Ringen der leninistischen Kräfte der KPD gegen die ultralinke Abweichung 1924 – 1925, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 30 (1980), S. 21-27.
- Pietschmann, Horst: Probleme des Massenarbeit des KJVD: Zur Einführung der „neuen Arbeitsmethoden“ 1926 – 1928, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 31 (1982), S. 19-26.

- Pietschmann, Horst: Zur politisch-ideologischen Entwicklung des KJVD unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen um Inhalt und Formen der massenpolitischen Jugendarbeit in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus 1924 – 1929, Rostock 1984 (Manuskript).
- Pietschmann, Horst: Zum Kampf der deutschen Jungkommunisten gegen militaristische Reaktion und Kriegsgefahr im Jahre 1927, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 33 (1984), S. 15-19.
- Pross, Harry: Jugend, Eros, Politik. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände, Bern 1964.
- Quehl, Thomas: Von der „vereinsmäßigen“ Jugendarbeit zur „bolschewistischen Kampforganisation“. Die Kommunistische Jugend Berlins zwischen romantischer Revolutionserwartung und „Organisierung der Revolution“ – zum Latscherkonflikt, in: Interventionen 1 (1991) Heft 2, S. 119-140.
- Ras, Marion de: Körper, Eros und weibliche Kultur. Mädchen im Wandervogel und in der bündischen Jugend 1900 – 1933, Pfaffenweiler 1988.
- Reulecke, Jürgen: Bürgerliche Sozialreformer und Arbeiterjugend im Kaiserreich, in: AfS 22 (1982), S. 299-329.
- Reulecke, Jürgen: Jugendprotest – ein Kennzeichen des 20. Jahrhunderts?, in: Dowe, Dieter (Hg.): Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986, S. 1-11. (Wiederabdruck in: Reulecke: Männerbünde.)
- Reulecke, Jürgen: Männerbund versus Familie. Bürgerliche Jugendbewegung und Familie in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt a.M. 1986, S. 199-223. (Wiederabdruck in: Reulecke: Männerbünde.)
- Reulecke, Jürgen: Urbanisierung und der Wandel jugendlicher Lebenswelten im Revier, in: Breyvogel, Wilfried/Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Land der Hoffnung – Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900 – 1987, Berlin 1987, S. 12-23.
- Reulecke, Jürgen: Jugend und „junge Generation“ in der Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: Langewiesche, Dieter/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 5: 1918 – 1945, München 1989, S. 86-110.
- Reulecke, Jürgen: „Ich möchte einer werden so wie die...“ Männerbünde im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2001.
- Ritter, Gerhard A.: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918 – 1920, in: Kolb, Eberhard (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244-275.
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
- Roseman, Mark (Ed.): Generations in Conflict. Youth Revolt and Generation Formation in Germany 1770 – 1968, Cambridge 1995.
- Rosenbaum, Heidi: Proletarische Familien. Arbeiterfamilien und Arbeiterväter im frühen 20. Jahrhundert zwischen traditioneller, sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Orientierung, Frankfurt a.M. 1992.

- Rosenhaft, Eve: Organising the „Lumpenproletariat“: Cliques and Communists in Berlin during the Weimar Republic, in: Evans, Richard (Ed.): The German Working Class 1888 – 1933. The Politics of Everyday Life, London 1982, S. 174-219.
- Rosenhaft, Eve: Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „dritten Periode“ 1929 – 1933, in: Mommsen, Hans/Hirschfeld, Gerhard (Hg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 394-421.
- Rosenhaft, Eve: Beating the Fascists? The German Communists and political Violence 1929 – 1933, Cambridge 1983.
- Rosenhaft, Eve: Die Wilden Cliques, in: Deutscher Werkbund; Württembergischer Kunstverein Stuttgart (Hg.): Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert, Darmstadt/Neuwied 1986, S. 345-349.
- Rosenhaft, Eve: The Unemployed in the Neighbourhood. Social Dislocation and Political Mobilisation in Germany 1929 – 1933, in: Evans, Richard/Geary Dick (Ed.): The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich, London 1987, S. 194-227.
- Rosenhaft, Eve: Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930, in: Lindenberg, Thomas/Lüdtge, Alf (Hg.): Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1995, S. 238-275.
- Roth, Lutz: Die Erfindung des Jugendlichen, München 1983.
- Rückriem, Herbert: 1918 – Die proletarische Jugend folgte der jungen KPD, in: Junge Generation (1958), o.Nr., S. 29-32.
- Rudolph, Karsten: Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: IWK 32 (1996), S. 484-519.
- Rüegg, Walter (Hg.): Kulturkritik und Jugendkult, Frankfurt a.M. 1974.
- Sander, Uwe (Hg.): Jugend im 20. Jahrhundert: Sichtweisen – Orientierungen – Risiken, Berlin 2000.
- Sauer, Birgit: Politische Leiblichkeit und Visualisierung von Macht. Der 40. Jahrestag der DDR, in: Arnold, Sabine/Fuhrmeister, Christian/Schiller, Dietmar (Hg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien 1998, S. 123-145.
- Schissler, Hanna (Hg.): Geschlechtergeschichte im historischen Wandel, Frankfurt a.M. 1993.
- Schley, Cornelius: Die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ). Sozialistischer Jugendverband zwischen politischer Bildung und Freizeitarbeit, Frankfurt a.M. 1987.
- Schmidt, Emil (Bearb.): Politik statt Volkstanz. Von der Freien Sozialistischen Jugend zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, in: Neuland, Franz/Werner-Cordt, Albrecht (Hg.): Die junge Garde. Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt am Main 1904 – 1945, Gießen 1980, S. 135-162.
- Schmidt, Ernst: „Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse...“, in: Breyvogel, Wilfried/Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Land der Hoffnung – Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900 – 1987, Berlin 1987, S. 84-87.
- Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993.

- Schumacher, Martin (Hg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Düsseldorf 1991.
- Schumann, Dirk: Der aufgeschobene Bürgerkrieg. Sozialer Protest und Politische Gewalt in Deutschland 1923, in: ZfG 44 (1996), S. 526-544.
- Schumann, Dirk: Gewalt als Grenzüberschreitung. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und im 20. Jahrhundert, in: AfS 37 (1997), S. 366-368.
- Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918 – 1933: Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
- Schulze, Winfried (Hg.): Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994.
- Schulze, Winfried: Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte? Vorüberlegungen für die Tagung „Ego-Dokumente“, in: derselbe (Hg.): Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte, Berlin 1996, S. 11-30.
- Schuster, Kurt: Der Rote Frontkämpferbund 1924 – 1929, Düsseldorf 1975.
- Schweitzer, Thomas: Männerbünde und ihr kultureller Kontext im weltweiten interkulturellem Vergleich, in: Völger, Gisela/Welck, Karin von (Hg.): Männerbände – Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich. Zweibändige Materialsammlung zu einer Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums für Völkerkunde in der Josef-Haubrich-Kunsthalle Köln vom 23. März bis 17. Juni 1990, Köln 1990, S. 23-30.
- Singer, Milton (Ed.): Traditional India Structure and Change, Philadelphia 1984.
- Speitkamp, Winfried: Zwischen Erinnerung und Geschichte. Jugend im Blick des 20. Jahrhunderts, in: AfS 41 (2001), S. 566-592.
- Speitkamp, Winfried: Jugend in der Neuzeit. Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen 1998.
- SpoKK (Hg.): Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende, Berlin 1997.
- Stachura, Peter: The Weimar Republic and the Younger Proletariat. An Economic and Social Analysis, London 1989.
- Stadelmaier, Martin: Zwischen Langenmark und Liebknecht. Arbeiterjugend und Politik im I. Weltkrieg, Bonn 1986.
- Stambolis, Barbara: Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Bochum 1982.
- Stein, Katrin: Parteiverbote in der Weimarer Republik, Berlin 1999.
- Stracke, Stephan: Kommunistische Jugend in Wuppertal 1916 – 1933, in: Dietz, Burkhard/Lange, Ute/Wahle, Manfred (Hg.): Jugend zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Historische Jugendforschung zum rechtsrheinischen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1996, S. 203-232.
- Stracke, Stephan: Mit rabenschwarzer Zuversicht. Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916 – 1936, Bocholt 1998.
- Striefler, Christian: Kampf und die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

- Strogies, Lothar: Die Sozialistische Arbeiterjugend in Nürnberg während der Weimarer Republik, in: Mitteilungen des Vereins der Stadt Nürnberg 73 (1986), S. 239-290.
- Tenfelde, Klaus: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert: Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Juni 1997, Bonn 1997.
- Trommler, Frank: Mission ohne Ziel. Über den Kult der Jugend im modernen Deutschland, in: Koebner, Thomas/Janz, Rolf-Peter/Trommler, Frank (Hg.): „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt a.M. 1986, S. 14-49.
- Voigt, Rüdiger (Hg.): Politik der Symbole, Symbole der Politik, Opladen 1989.
- Volebrecht, Ralf: Von Subkulturen zu Lebensstilen. Jugendkulturen im Wandel, in: SpoKK (Hg.): Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende, Berlin 1997, S. 22-31.
- Völger, Gisela/Welck, Karin von (Hg.): Männerbande – Männerbünde. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich. Zweibändige Materialsammlung zu einer Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums für Völkerkunde in der Josef-Haubrich-Kunsthalle Köln vom 23. März bis 17. Juni 1990, Köln 1990.
- Walter, Franz: Jungsozialisten in der Weimarer Republik. Zwischen sozialistischer Lebensreform und revolutionärer Kaderpolitik, Kassel 1983.
- Walter, Franz: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986.
- Walter, Franz: Jugend in der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft. Eine organisationssoziologische Studie über die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ), in: IWK 23 (1987), S. 311-376.
- Ward, James: „Smash the Fascists...“ German Communist Efforts to Counter the Nazis 1930 – 1931, in: Central European History 14 (1981), S. 30-62.
- Warneken, Bernd Jürgen (Hg.): Als die Deutschen demonstrieren lernten: Das Kulturmuster „friedlicher Straßendemonstration“ im preußischen Wahlrechtskampf 1908 – 1910. Begleitband zur Ausstellung, Tübingen 1986.
- Warneken, Bernd Jürgen (Hg.): Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration, Frankfurt a.M./New York 1991.
- Weber, Heribert: Ratlosigkeit und Rebellion. Jugend und politische Erziehung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik, Tübingen 1972.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969.
- Weber, Hermann (Hg.): Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929 – 1933, Düsseldorf 1981.
- Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929 – 1933, Düsseldorf 1981.
- Wehler, Hans-Ulrich: Die Herausforderung der Kulturgeschichte, München 1998.
- Weitz, Eric M.: State Power, Class Fragmentation, and the Shaping of German Communist Politics, 1890 – 1933, in: Journal of Modern History 62 (1990), S. 253-297.
- Weitz, Eric M.: „Rosa Luxemburg Belongs To Us!": German Communism and the Luxemburg Legacy, in: Central European History 27 (1994), S. 27-64.

- Weitz, Eric M.: *Creating German Communism, 1890 – 1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997.
- Werner, Meike: Ambivalenzen kultureller Praxis in der Jugendbewegung. Das Beispiel des freistudentische Jenenser Serakreises um den Verleger Eugen Diederichs vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Jahrbuch für Historische Bildungsforschung* 1993, S. 245-264.
- Wierling, Dorothee: Über die Liebe zum Staat – der Fall der DDR, in: *Historische Anthropologie* 8 (2000), S. 236-263.
- Wierling, Dorothee: Die Grenzen der Mobilisierung – Mädchen in der FDJ der sechziger Jahre, in: Benninghaus, Christina/Kohtz, Kerstin (Hg.): „Sag mir, wo die Mädchen sind...“ Beiträge zur Geschlechtergeschichte der Jugend, Weimar 1999, S. 103-126.
- Willis, Paul: *Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Frankfurt a.M. 1979.
- Winkler, Heinrich August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 – 1924*, Berlin 1984.
- Winkler, Heinrich August: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1986.
- Winkler, Heinrich August: *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 – 1933*, Berlin 1987.
- Winkler, Heinrich August: *Weimar 1918 – 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993.
- Wirsching, Andreas: „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *VfZ* 45 (1997), S. 449-466.
- Wirsching, Andreas: *Die Weimarer Republik: Politik und Gesellschaft*, München 2000.
- Wulf, Christoph (Hg.): *Grundlagen des Performativen. Eine Einführung in die Zusammenhänge von Sprache, Macht und Handeln*, Weinheim 2001.
- Zinnecker, Jürgen: Straßensozialisation. Versuch, einen unterschätzten Lernort zu thematisieren, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 26 (1979), S. 727-746.
- Zöllner, Christian: Zur Problematik der Kommunistischen Jugendbewegung in der Stadt Braunschweig während der Stalinisierungsphase der KPD von 1924 bis 1929, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 52 (1971), S. 193-210.
- Zwerschke, Manfred: *Jugendverbände und Sozialpolitik. Zur Geschichte der deutschen Jugendverbände*, München 1963.

IX. Anhang

9.1. Tabellen

- Tabelle 1 Mitgliederentwicklung des KJVD (1920 – 1932)
- Tabelle 2 Mitgliederentwicklung in den Bezirken (1920 – 1921)
- Tabelle 3 Mitgliederentwicklung in den Bezirken (1922 – 1931)
- Tabelle 4 Altersstruktur der Mitglieder (1928 – 1929)
- Tabelle 5 Geschlechterverteilung der Mitglieder (1928 – 1929)
- Tabelle 6 Gewerkschaftszugehörigkeit der Mitglieder (1927 – 1929)
- Tabelle 7 Funktionen der Delegierten (1925 – 1929)
- Tabelle 8 Dauer der Mitgliedschaft der Delegierten im Verband (1925 – 1929)
- Tabelle 9 Altersstruktur der Delegierten (1925 – 1929)
- Tabelle 10 Geschlechterverteilung der Delegierten (1925 – 1929)
- Tabelle 11 Verteilung der Delegierten auf die Betriebe (1925 – 1928)
- Tabelle 12 Gewerkschaftszugehörigkeit und Delegierte als gewerkschaftliche Funktionsträger (1925 – 1929)
- Tabelle 13 Kirchenmitgliedschaft der Delegierten (1927 – 1929)

9.2. Abbildungsnachweis

- Abbildung 1 Titelblatt Junge Garde 1919
- Abbildung 2 Titelblatt Junge Garde 1927
- Abbildung 3 Titelblatt Junge Garde 1923
- Abbildung 4 Titelblatt Junge Garde 1927

9.3. Personenverzeichnis

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung des KJVD (1920 – 1932)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Quelle: RY 1/14/1/ Akte, Blatt	Anmerkungen
1920												22456	2, 4	
1921		22309 22529	23239	23811	24861	23382	26533 26337		26616 27882				2, 4	C
1922								28048					15, 9	A
1923	28048												R 1501/ 1056b,134	
1924													Keine Angaben	
1925										19029		18032	23, 291 8, 4	
1926								20891			24425	24731	8, 4 62, 57	
1927				18867		20213			19021		18377	19101 19102	8, 4 44, 127	C
1928	18768					20213							54, 174 36, 87	
1929	22335	21825	21114				21479		21630				37, 7 54, 172 63,135+ 137+277	B
1930				25497				26500			35229	38391	63, 276 28, 10	
1931	38189 38179	40623 40924	43544 43644		50155				53613	54295			28,10+ 18+22 44, 166 55, 34+40	C
1932	53884	54602		58340	57756								55,131	
1933													Keine Angaben	

A: Mitgliederstand zur Zeit des Reichsausschusses im August 1922 in Hannover. **B:** Mitgliederstand zur Zeit des 11. Verbandskongresses im September 1929 in Berlin.
C: Kursiv: Unregelmäßigkeiten, die auf unlesbare Zahlen, widersprüchliche Angaben oder auf Rechenfehler in den Verbandsakten zurückgehen.

Tabelle 2: Mitgliederentwicklung in den Bezirken (1920 – 1921)

	Ende 1920	Febr. 1921	März 1921	April 1921	Mai 1921	Juni 1921	Juli 1921	Sept. 1921
Ost- und Westpreußen	500	620	620	720	720	720	720	500
Schlesien	50	150	150	150	150	150	200	350
Oberschlesien	500	825	931	968	968	1000	1000	800
Pommern	500	400	400	300	168	230	320	324
Groß-Berlin	3000	2290	2290	2290	2425	2425	2423	2423
Brandenburg	—	450	450	356	400	400	400	450
Halle	3000	2995	2995	2600	2600	2000	2320	2433
Leipzig	1300	900	1050	1100	1150	1140	1105	1088
Chemnitz	1500	1715	1950	1900	2045	2045	2045	1846
Dresden	1200	480	480	596	600	604	573	407
Thüringen	2124	2600	2646	2860	3030	3200	3530	3682
Niedersachsen	1200	600	800	611	705	725	725	728
Wasserkante	500	750	750	750	950	1000	1125	1250
Mecklenburg	—	170	170	212	215	222	164	205
Nordwest	600	265	265	314	314	314	383	380
Rheinland-Westfalen	2563	3900	4023	4442	4442	4442	4442	4826
Hessen	800	900	900	970	970	970	1000	950
Baden	239	349	349	323	323	430	430	272
Pfalz und Saargebiet	300	300	350	400	450	550	733	1093
Württemberg	2200	1200	1200	1100	1100	1419	1419	1360
Nordbayern	200	250	250	400	300	370	400	312
Südbayern	180	200	220	40	170	220	230	263
Magdeburg	—	—	—	270	310	400	400	443
Kassel	—	—	—	139	156	156	196	117
Danzig	—	—	—	—	200	200	200	114
Gesamt	22456	22309 <i>22529</i>	23239	23811	24861	25382	26533 <i>26537</i>	26634 <i>27882</i>

Quelle: RY 1/4/1/2 Blatt 4; Zeitraum: Ende 1920 bis September 1921 (vom 5. bis zum 6. Reichskongress).

Kursiv: Rechenfehler in den Verbandsakten.

Tabelle 3: Mitgliederentwicklung in den Bezirken (1922 – 1931)

	Aug. 1922	Okt. 1925	Nov. 1926	Dez. 1926	Dez. 1927	Juni 1928	Jan. 1929	März 1929	Sept. 1929	April 1930	Nov. 1930	Dez. 1930	Jan. 1931	Febr. 1931	März 1931	Mai 1931	Sept. 1931
Berlin- Brandenburg	2234	2286	2777	2907	3391	3640	3642	3680	3527	4240	5487	5840	6300	6400	6400	7307	7855
Pommern	280	255	400	311	296	265	152	152	231	400	561	575	720	761	800	987	1114
Ostpreußen	390	396	1050	1011	340	445	730	730	900	172	1810	1810	1350	1475	1600	1782	2328
Danzig	92	184	146	146	90	77	74	92	92	1318	409	409	421	520	550	550	359
Schlesien	658	335	351	360	518	240	370	340	440	586	450	1200	700	710	710	982	1333
Oberschlesien	—	235	798	798	428	473	599	570	537	412	1200	600	1459	1550	1700	1800	1778
*Ostsachsen	373	446	455	435	549	686	630	574	615	—	—	—	—	—	—	—	—
*Erzgebirge- Vogtland	—	2126	2432	2474	1843	1905	2213	1883	1940	—	—	—	—	—	—	—	—
*Westsachsen	1080	600	790	861	632	980	1118	1160	1059	—	—	—	—	—	—	—	—
* ab 1929 Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	ca. 4500	4465	4766	4840	5300	6100	6500	6846
Halle- Merseburg	2560	1360	1280	1230	827	932	1094	1068	1382	1966	2368	2568	2811	3078	3220	3450	3568
Magdeburg- Anhalt	439	311	252	250	434	230	343	367	367	ca. 350	201	564	600	700	760	700	850
Thüringen	3800	1921	2480	2620	1300	1252	1462	1495	1201	1650	2485	2485	2650	2600	2900	3380	3867
Niedersachsen	1231	771	790	857	412	344	330	330	330	496	1008	1008	920	930	930	1350	1000
Mecklenburg	187	100	340	234	142	68	68	68	73	100	150	272	209	329	340	364	386
Wasserkante	790	925	957	936	1085	1167	1118	1118	1190	1343	2000	2400	2000	1600	1900	2100	2200
Nordwest	294	236	380	524	368	500	586	563	572	493	487	550	590	900	800	1110	1375

Fortsetzung Tabelle 3: Siehe nächste Seite.

Tabelle 3: Mitgliederentwicklung in den Bezirken (1922 – 1931) – Fortsetzung –

	Aug. 1922	Okt. 1925	Nov. 1926	Dez. 1926	Dez. 1927	Juni 1928	Jan. 1929	März 1929	Sept. 1929	April 1930	Nov. 1930	Dez. 1930	Jan. 1931	Febr. 1931	März 1931	Mai 1931	Sept. 1931
Ruhrgebiet	—	1733 <i>1783</i>	1920	1920	1989	2080	2500	1938	2166	ca. 1900	3929	4537	4100	4215	4200	4827	4997
Niederrhein	—	1480	1569	1565	1400	1580	1714	1685	1614	2100	2119	2539	2400	2450	2600	3254	2477
Mittelrhein	540	301	400	420	358	445	460	460	442	ca. 400	1206	1206	1115	1650	1700	1800	1949
Hessen- Waldeck	250	80	132	123	65	82	88	83	129	98	130	130	182	94	300	427	470
Hessen- Frankfurt	950	469	991	830	428	536	649	550	550	ca. 500	1350	1370	1050	1480	1490	1800	2109
Saargebiet	705	467	1595	1600	268	255	203	203	203	200	180	180	210	225	240	450	787
Pfalz	600	—	—	—	140	214	197	197	260	250	—	420	—	—	—	—	—
Baden	470	578	330	431	491	320	414	372	372	539	1202	967	1400	1180	1550	2000	2212
Württemberg	1770	227? 827	1200	1200	789	679	770	626	641	607	1116	1116	1100	1400	1650	1815	1887
Nordbayern	546	373	440	440	284	350	367	360	434	500	596	711	650	660	670	980	1230
Südbayern	242	210	170	248	234	468	444	450	363	377	320	442	412	416	434	480	636
Gesamt	20481	18405 <i>19085</i>	24425	24731	19101	20213	22335	21114	21630	25497	35229	38391	38189 <i>38179</i>	40623 <i>40924</i>	43544 <i>43644</i>	50195 <i>49865</i>	53613
<i>Quelle:</i> RY 1/14/1 Akte, Blatt	15, 9	36, 291	62, 57	62, 57	36, 102	54, 174	37, 7	54, 172	63, 34f.	63, 137	28, 22	63, 277	28, 18	28, 18	28, 18	28, 22	44, 167
<i>Anmerkungen</i>	A	B & D	C	C									D	D	D	D	D

A: Folgende Bezirke werden von der vorliegenden Tabelle nicht erfasst, sind jedoch in der Gesamtsumme der Mitglieder enthalten: Lausitz (250 Mitglieder), Chemnitz (1987 Mitglieder), Rheinland-Nord (3273 Mitglieder) und Rheinland Süd (2057 Mitglieder). Der Bezirk Hessen-Unterfranken wurde Hessen-Frankfurt zugeordnet.

B: Die Angaben der Bezirke Nordwest, Ruhrgebiet und Württemberg sind unleserlich, so dass die Mitgliederzahlen dieser Bezirke nicht genau ermittelt und die angegebene Gesamtsumme aller Bezirke nicht überprüft werden konnte.

C: Die Angabe „Rheinsaar“ wurde dem Saargebiet zugeordnet. Keine Jahresangabe vorhanden. Das Dokument wurde dem Jahr 1926 zugeordnet.

D: Kursiv: Unregelmäßigkeiten, die auf unlesbare Zahlen, widersprüchliche Angaben oder auf Rechenfehler in den Verbandsakten zurückgehen.

Tabelle 4: Altersstruktur der Mitglieder (1928 – 1929)

	Gesamt	Erfasst	Prozent	Unter 18 Jahre	Prozent	Über 18 Jahre	Prozent	Quelle: RY 1/14/1 Akte, Blatt	Anmerkungen
Juni 1928	20213	16418 <i>16618</i>	81%	8460	52%	7958	48%	54, 174	A & C
März 1929	21114	17508 <i>17517</i>	83%	9001	51%	8507	49%	54, 172	B & C

A: Im Bezirk Hessen-Frankfurt und dem Saargebiet treten Ungenauigkeiten bei den Altersangaben der in ihnen organisierten Jugendlichen auf. Diese stimmen nicht mit der Gesamtsumme der erfassten Mitglieder überein, sondern weichen in Hessen-Frankfurt um 100 Mitglieder und im Saargebiet um weitere 100 Mitglieder nach unten ab. Keine Angaben liegen aus den Bezirken Mecklenburg, Mittelrhein, der Pfalz, Baden und Südbayern vor.

B: Im Bericht des Bezirks Ruhrgebiet vom 15.3.1929 treten Ungenauigkeiten bei den Altersangaben der in ihm organisierten Jugendlichen auf. Diese stimmen nicht mit der Gesamtsumme der erfassten Mitglieder überein, sondern weichen um 9 Mitglieder nach unten ab. Keine Angaben liegen aus den Bezirken Ostpreußen, Westsachsen, Mecklenburg, dem Saargebiet, Württemberg und Nord- und Südbayern vor.

C: Kursiv: Unregelmäßigkeiten, die auf unlesbare Zahlen, widersprüchliche Angaben oder auf Rechenfehler in den Verbandsakten zurückgehen.

Tabelle 5: Geschlechterverteilung der Mitglieder (1928 – 1929)

	Gesamt	Erfasst	Prozent	Jungen	Prozent	Mädchen	Prozent	Quelle: RY 1/14/1 Akte, Blatt	Anmerkungen
Juni 1928	20213	16798	83%	11916	71%	4882	29%	54, 174	
März 1929	21114	17061 <i>17157</i>	81%	12451	73%	4610	27%	54, 172	A & B

A: Im Bericht vom 15.3.1929 treten Ungenauigkeiten bei den Angaben der Bezirke über die in ihnen organisierten Jungen und Mädchen auf, die nicht mit der Gesamtsumme der erfassten Mitglieder übereinstimmen, sondern im Bezirk Nordwest um 1 und im Bezirk Ruhrgebiet um 3 Mitglieder nach unten abweichen. Der Bezirk Mittelrhein gibt das Verhältnis von Jungen und Mädchen mit 80% zu 20% an. Keine Angaben liegen aus den Bezirken Ostpreußen, Westsachsen, Mecklenburg, dem Saargebiet, Württemberg und Nord- und Südbayern vor.

B: Kursiv: Unregelmäßigkeiten, die auf unlesbare Zahlen, widersprüchliche Angaben oder auf Rechenfehler in den Verbandsakten zurückgehen.

Tabelle 6: Gewerkschaftszugehörigkeit der Mitglieder (1927 – 1929)

	Gesamt	Erfasst	Prozent	Mitglied einer Gewerkschaft	Prozent	Quelle RY 1/14/1/Akte, Blatt	Anmerkungen
Oktober 1927	ca. 18000			ca. 6000	ca. 33,3%	8, 5	
Dez. 1927	19101	14649	77%	5195	35,5%	44, 127	A
Juni 1928	20213	19893	98%	8673	43,6%	54, 174	B
Januar 1929	22335	12145	54%	5114	42,1%	37, 7	C
März 1929	21114	19358	92%	8346	43,1%	54, 172	D

A: Folgende Bezirke haben keine Angaben über die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder gemacht: Danzig, Erzgebirge/Vogtland, Magdeburg/Anhalt, Thüringen, Mittelrhein und Hessen-Frankfurt.

B: Der Bezirk Baden hat keine Angaben über die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder gemacht.

C: Der Bericht des Büros des ZK des KJVD über die Arbeitsperiode vom 10./11. November 1928 (Reichskonferenz) bis zur Plenarzentrale am 24./25. Februar 1929 bezieht sich auf den Arbeitsstand von Januar 1929. Von den Bezirken Ostpreußen, Schlesien, Ruhrgebiet, Hessen-Frankfurt, Saargebiet, Baden und Nordbayern liegen keine Angaben über die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder vor. Berlin-Brandenburg gibt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder mit 50%, Westsachsen mit 60% und die Pfalz mit 40% an.

D: Der Bericht vom 15. März 1929 über die Mitgliederbewegung im KJVD enthält keine Angaben über die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen der Bezirke Ostpreußen, Saargebiet und Württemberg. Der Bezirk Pfalz gibt an, dass 40% seiner Mitglieder gewerkschaftlich organisiert seien.

Tabelle 7: Funktionen der Delegierten (1925 – 1929)

	Polleiter	Org Leiter	BL- u. UBL- Leiter	Gruppen Zellen- leiter	Agitprop	Kasse	Gegner	Sport/ Land	Bücher Junge Garde	JSB/ Jung- front	Gewerk- schaft	Sonstiges	Erfasste Delegier- te	Quelle: RY 1/14/1 Akte, Blatt
Reichsausschuss 1925 Magdeburg	9	4	6	2	4	—	1	1 1	—	—	3	—	31	17, 136
Verbandskongress 1927 Hamburg	80	28	—	—	19	6	5	— 1	20	3 4	—	—	166	7, 179
Bezirkskonferenzen														
Berlin-Brandenburg Dezember 1927	—	—	45	47 17	—	—	—	—	—	—	—	—	109	72, 37ff.
Hessen-Frankfurt November 1928	13	7	—	—	3	5	—	—	— 1	2 1	—	3 keine Funkt.	35	44, 153f.
Königsberg Januar 1929	18	12	—	—	10	18	—	1 2	—	4	2	6	73	44, 155
Pfalz Februar 1929	5	1	—	—	1	3	—	—	—	—	1	—	11	77, 25

Tabelle 8: Dauer der Mitgliedschaft der Delegierten im Verband (1925 – 1929)

Mitglied seit:	1919 und früher	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	Erfasste Delegierte	Dauer der Mitgliedschaft	Quelle: RY 1/14/1 Akte, Blatt
Verbandskongress 1925 Halle	34 (6 J.)	36 (5 J.)	39 (4 J.)	36 (3 J.)	30 (2 J.)	15 (1 J.)	-	-	-	-	190	3,8 Jahre	6, 215
Reichsausschuss 1925 Magdeburg	8 (6 J.)	5 (5 J.)	6 (4 J.)	5 (3 J.)	6 (2 J.)	11 (1 J.)	-	-	-	-	41	3,3 Jahre	17, 136
Verbandskongress 1927 Hamburg	16 (8 J.)	15 (7 J.)	17 (6 J.)	21 (5 J.)	33 (4 J.)	19 (3 J.)	22 (2 J.)	21 (1 J.)	1 (u.1 J.)	-	165	4,2 Jahre	7, 179
Bezirkskonferenzen													
Wasserkante November 1925												2 Jahre	77, 25
Berlin-Brandenburg Dezember 1927	6 (8 J.)	10 (7 J.)	3 (6 J.)	7 (5 J.)	14 (4 J.)	8 (3 J.)	15 (2 J.)	28 (1 J.)	23 (u.1 J.)		114	2,9 Jahre	72, 37ff.
Hessen-Frankfurt November 1928	-	1 (7 J.)	1 (6 J.)	2 (5 J.)	-	3 (4 J.)	1 (3 J.)	5 (2 J.)	6 (1 J.)	19 (u.1 J.)	38	1,9 Jahre	44, 153f.
Württemberg Dezember 1928	2 (9 J.)	3 (8 J.)	1 (7 J.)	5 (6 J.)	11 (5 J.)	4 (4 J.)	10 (3 J.)	16 (2 J.)	16 1 Jahr		68	3,3 Jahre	44, 156
Königsberg Januar 1929	-	1 (8 J.)	1 (7 J.)	3 (6 J.)	-	5 (4 J.)	8 (3 J.)	5 (2 J.)	20 (1 J.)	50 (u.1 J.)	93	1,7 Jahre	44, 155

Tabelle 9: Altersstruktur der Delegierten (1925 – 1929)

Alter in Jahren:	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28 (29)	Erfasste Delegierte	Durchschnittsalter	Quelle: RY 1/14/1 Akte, Blatt	Anmerkungen
Verbandskongress 1925 Halle	2	-	3	4	26	18	31	47	25	20	8	1	1	1	2	1	189	6, 215	A
Reichsausschuss 1925 Magdeburg	-	-	-	1	4	3	7	8	5	3	-	-	-	-	-	31	20,4	17, 136	
Verbandskongress 1927 Hamburg	-	-	-	6	16	32	29	31	-	-	-	-	-	-	-	114	19,5	7, 179	B
Bezirkskonferenzen																			
Wasserkante November 1925																53	18,5	77, 25	C
Berlin-Brandenburg Dezember 1927	-	2	2	12	5	23	12	16	16	11	6	1	-	-	-	106	20,2	72, 37ff.	D
Hessen-Frankfurt November 1928	-	2	4	5	8	2	4	4	2	-	-	2	1	-	-	35	19,2	44, 153 f.	E
Württemberg Dezember 1928	-	1	6	7	13	13	8	8	5	3	3	1	-	-	-	68	19,3	44, 156	
Halle-Merseburg Januar 1929	1	-	1	9	18	10	8	6	3	3	-	1	-	-	-	60	19,0	44, 154	F
Königsberg Januar 1929	-	8	13	13	14	11	13	10	6	2	1	2	1	1	-	95	18,7	44, 155	G
Pfalz Februar 1929	-	-	2	3	3	3	2	2	-	5	-	-	-	-	-	20	19,5	44, 156a	H

A: Von den insgesamt 199 vom Zentralkomitee des KJVD ausgegebenen Mandaten wurden 189 Mandate durch Delegierte wahrgenommen. Bei der Feststellung des Alters der Delegierten liegen jedoch die Angaben von insgesamt 190 Delegierten vor.

B: Von den 173 anwesenden Delegierten wurden 165 Delegierte statistisch von der Mandatsprüfungskommission erfasst.

C: Von den 65 stimmberechtigten Genossen wurden 53 Delegierte statistisch von der Mandatsprüfungskommission erfasst.

D: Auf der Bezirkskonferenz waren 141 Delegierte anwesend.

E: Auf der Bezirkskonferenz waren 37 Delegierte anwesend.

F: Auf der Bezirkskonferenz waren 69 Delegierte anwesend.

G: Auf der Bezirkskonferenz waren 63 Delegierte anwesend. Ungewöhnlicherweise wurden die Fragebögen der Mandatsprüfungskommission nicht nur an die Delegierten, sondern auch an die 40 anwesenden Gäste verteilt. Die Ergebnisse der Auswertung sind daher nicht mit denen der anderen Bezirkskonferenzen vergleichbar.

H: Von den 21 anwesenden Delegierten wurden 20 Delegierte statistisch von der Mandatsprüfungskommission erfasst.

Tabelle 10: Geschlechterverteilung der Delegierten (1925 – 1929)

	Erfasste Delegierte	Mädchen	Prozent	Jungen	Prozent	Quelle: RY 1/14/1 Akte, Blatt
Verbandskongress 1925 Halle	189	9	4,8%	180	95,2%	6, 215
Bezirkskonferenz Hessen-Frankfurt November 1928	37	6	16,2%	31	83,8%	44, 153 f.
Bezirkskonferenz Halle-Merseburg Januar 1929	69	8	11,6 %	61	88,4%	44, 154

Tabelle 11: Verteilung der Delegierten auf die Betriebe (1925 – 1928)

	Erfasste Delegierte	Großbetriebe*	Mittelbetriebe*	Kleinbetriebe*	Parteiangestellte	Erwerbslose	Quelle: RY 1/I/4/1/Akte, Blatt
Verbandskongress 1925 Halle	188	32 = 17,0%	30 = 16,0%	69 = 36,7%	—	57 = 30,3%	6, 215
Reichsausschuss 1925 Magdeburg	31	4 = 12,9%	7 = 22,6%	8 = 25,8%	5 = 16,1%	7 = 22,6%	17, 136
Verbandskongress 1927 Hamburg	165	25 = 15,2%	29 = 17,6%	34 = 20,6%	8 = 4,8%	69 = 41,8%	7, 179
Bezirkskonferenz Wasserkante November 1925	33	5 = 15,1%	9 = 27,3%	19 = 57,6%	—	—	77, 25
Bezirkskonferenz Württemberg Dezember 1928	66	19 = 28,8%	13 = 19,7%	24 = 36,3%	—	10 = 15,2%	44, 156.

* Großbetriebe: Mehr als 300 Belegschaftsmitglieder.

Mittelbetriebe: Zwischen 50 und 300 Belegschaftsmitglieder.

Kleinbetriebe: Weniger als 50 Belegschaftsmitglieder.

Tabelle 12: Gewerkschaftszugehörigkeit und Delegierte als gewerkschaftliche Funktionsträger (1925 – 1929)

	Erfasste Delegierte	Gewerkschaftlich organisiert	Prozent	Übernahme von gewerkschaftlichen Funktionen	Prozent	Quelle RY 1/14/1/Akte, Blatt
Verbandskongress 1925 Halle	189	172	91%	37	22%	6, 215
Reichsausschuss 1925 Magdeburg	31	31	100%	9	29%	17, 136
Verbandskongress 1927 Hamburg	165	162	98%	37	22%	7, 179
Bezirkskonferenzen						
Wasserkante November 1925	65	38	58%	-		77, 25
Berlin-Brandenburg Dezember 1927	141	107	76%	22	21%	72, 37ff.
Württemberg Dezember 1928	68	58	85%	-	-	44, 156.
Hessen-Frankfurt November 1928	37	33	89%	4	12%	44, 153 f.
Pfalz Februar 1929	20	12	60%	2	17%	44, 156a
Königsberg Januar 1929	103	62	60%	-	5%	44, 155
Halle-Merseburg Januar 1929	69	55	80%	-	-	44, 154

Tabelle 13: Kirchenmitgliedschaft der Delegierten (1927 – 929)

	Erfasste Delegierte	davon Mitglieder einer Kirche	Prozent	Quelle RY 1/14/1 Akte, Blatt
Verbandskongress 1927 Hamburg	165	7	4%	7, 180
Bezirkskonferenzen				
Berlin-Brandenburg Dezember 1927	141	31	22%	72, 37ff.
Hessen-Frankfurt November 1928	37	6	16%	44,153f.
Königsberg Januar 1929	103	45	44 %	44, 155

9.2 Abbildungsnachweis

Abbildung 1: Titelblatt, Die Junge Garde vom Juli 1919, Nr. 30



Abbildung 2: Titelblatt, Die Junge Garde von Mitte April 1927, Nr. 14



Abbildung 3: Titelblatt, Die Junge Garde vom 15. August 1923, Nr. unleserlich

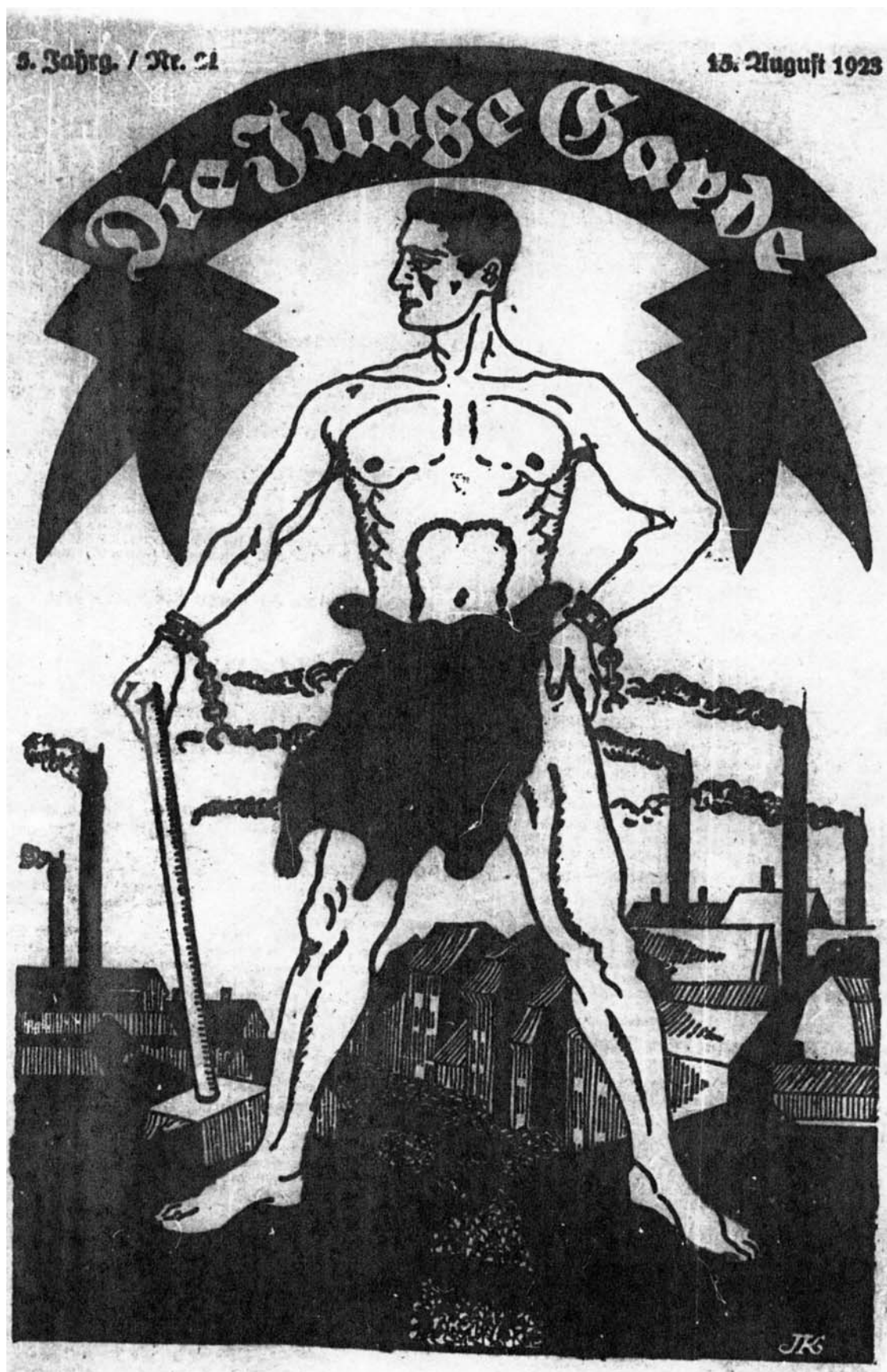


Abbildung 4: Titelblatt, Die Junge Garde Anfang November 1927, o. Nr.



9.3. Personenverzeichnis

Albrecht, Gerhart (1907 – ?)

Lehre als Bäcker. Wanderschaft. Kam über die SAJ 1924 zum KJVD. Mitarbeit im Berliner KJVD, wo er Mitglied der Bezirksleitung wurde. Illegale politische Arbeit im NS, Verhaftung und Inhaftierung im KZ Sachsenhausen. Nach der Entlassung Wehrmachtssoldat. Desertion. Lebte nach 1945 in der DDR.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1948.

Bachmann, Otto Karl (1887 – vermutlich in der Emigration verstorben)

Seit 1908 Sekretär des Bauarbeiterverbandes in Breslau, 1919 bis 1921 Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes in Chemnitz. 1918 Mitglied im Chemnitzer Soldatenrat. KPD-Mitglied seit der Gründung der Partei. 1921 Sekretär des kommunistischen „Roten Bauarbeiterverbandes“. Seit 1922 in der Berliner KPD-Zentrale tätig, Leiter der Abteilung IG Bau der Gewerkschaftsabteilung. Von September 1923 bis März 1926 Sekretär des kommunistischen Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands. Seit 1926 im Reichsausschuss revolutionärer Gewerkschaften sowie in der Gewerkschaftszentrale der KPD tätig. 1927 Bürgermeister im Vogtland. 1929 aus der KPD ausgeschlossen, da er sich mit Heinrich Brandler solidarisierte.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 64.

Bamberger, Wilhelm (1910 – ?)

Schmied. 1929 Mitglied im KJVD und in der KPD in Plauen. Wanderschaft während der Erwerbslosigkeit. November 1931 Leiter der sächsischen Jugenddelegation, die zum 14. Jahrestag der Oktober-Revolution in die Sowjetunion reiste. Illegale politische Arbeit in Dresden. 1934 Besuch der Leninschule in Moskau. 1936 Rückkehr nach Deutschland. Dort illegale politische Arbeit in Berlin bis zur Emigration nach England via Frankreich. Lebte nach 1945 in der DDR.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2038.

Barthel, Karl (1907 – 1974)

War als Hilfsarbeiter in verschiedenen Metallbetrieben tätig. 1923 Mitglied des KJVD und 1926 der KPD. Barthel war seit 1929 Abgeordneter des Thüringischen Landtags, 1932 Reichstagsabgeordneter. Er arbeitete als Sekretär der Bezirksleitung in Hessen-Kassel. Während des NS in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert. Er gehörte in Buchenwald zusammen mit Ottomar Geschke zu den ersten politischen Stubenältesten und schmuggelte Nachrichten aus dem Konzentrationslager heraus. Nach 1945 Eintritt in die SED, Mitglied des Stadtrates in Jena und Direktor der Stadtwerke.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 66; Schumacher: M.d.R., S. 21.

Becker, Artur (1905 – 1938)

Ausbildung zum Schlosser. 1920 Mitglied der FSJ und 1923 der KPD. Arbeitete zunächst im Jugendverband als Organisationsleiter und ab Anfang 1925 als politischer Leiter des Unterbezirks Remscheid. Besuch der Leninschule. Nach seiner Rückkehr 1926 als Leiter des Bezirks Niederrhein eingesetzt. Becker wurde 1929 zweiter Vorsitzender des KJVD. 1930 vertrat er als jüngster Abgeordneter die KPD im Reichstag. Übernahm von 1931 an für einige Monate den Vorsitz des KJVD. Wurde im Frühjahr 1932 bereits wieder abgesetzt und zur Jugendarbeit in die RGO abbestellt. Becker, der später rehabilitiert wurde, ging nach Moskau und arbeitete im EKKI der KJI. Teilnahme am Spanischem Bürgerkrieg. Die Umstände des Todes von Becker, der 1938 in Spanien verstarb, sind ungeklärt.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 69; Schumacher: M.d.R., S. 25 f.

Beike, Heinz, Dr. (1913 – ?)

Während der Schulzeit in der SAJ und bei den „Roten Falken“ aktiv. 1931 Austritt aus der SAJ. Lehre als Klempner und Installateur. Nach seiner Entlassung Wanderschaft durch Deutschland, Böhmen, Österreich und Holland. April 1933 Eintritt in die KPD. Er erhielt den Auftrag, die Jugend der SAJ und die Gewerkschafts- und Sportjugend für den illegal arbeitenden KJVD zu werben. Bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1934 als Organisationsleiter in der Bezirksleitung Hannovers tätig. Zweieinhalbjährige Inhaftierung. 1943 Einsatz an der russischen Front, wo Beike zur Roten Armee überlief. Arbeitete bis zum Kriegsende in der Politischen Abteilung eines Armee-Stabes der Roten Armee. Nach Kriegsende in der sächsischen Landesverwaltung und als Politischer Leiter im Innenministerium tätig. Besuch der Parteihochschule der SED. 1947 Mitarbeiter im Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen in der sächsischen Landesregierung. 1953 bis

1956 Promotion im Fachbereich Geschichte. 1956 Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus an der Technischen Hochschule in Merseburg. Ab 1961 für das Ministerium für Außenhandel in Brasilien tätig. 1964 Sekretär der Deutsch-Lateinamerikanischen Gesellschaft.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1584.

Blenkle, Conrad (1901 – 1943)

Bäckerlehre. 1919 Mitglied der FSJ, 1920 der KPD. 1921 Anstellung in der diplomatischen Vertretung der Sowjetunion. 1923 Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, 1924 Vorsitzender des KJVD und Mitglied des Zentralkomitees. Obwohl Blenkle 1925 gegen die Linke um Ruth Fischer die Positionen der KJI vertrat, wurde er Mitglied des Politischen Büros des KJVD und 1927 auch erneut in das ZK des Jugendverbandes berufen. 1928 Reichstagsmandat. 1928 setzte die KPD ihn als Vorsitzenden ab, da er sich gegen die Aufhebung des ZK-Beschlusses in der „Wittorf-Affäre“ ausgesprochen hatte. Er wurde degradiert und arbeitete als Redakteur der „Jungen Garde“. 1931 wurde Blenkle zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt. 1933 arbeitete er illegal in Berlin. Von 1934 bis 1941 aus der Emigration als Instrukteur tätig. Verhaftung in Kopenhagen. Verurteilung zum Tod wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 78; Schumacher: M.d.R., S. 41 ff.

Bonnett, Charlotte (1912 – ?)

Verkäuferin. Mitglied der KJVD-Gruppe „Helmholtzplatz“ im Berliner Stadtteil Penzlauer Berg. Während des NS illegale politische Arbeit. Verhaftung und Inhaftierung. Nach Entlassung in verschiedenen Betrieben dienstverpflichtet. Lebte nach 1945 in der DDR. Arbeitete als stellvertretende Leiterin der Zentralen Betriebsfunktionärsschule in Berlin. Mitglied der Kreisleitung der SED in Berlin-Weißensee.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2203.

Böttcher, Paul Herbert (1891 – 1975)

Gelernter Schriftsetzer, der 1907 zur Sozialistischen Jugendbewegung kam. Seit 1909 Vorsitzender der Leipziger Organisation. 1908 wurde er Mitglied der SPD. Wanderjahre durch Europa. 1914 hauptamtlicher Jugendsekretär der Gewerkschaft. Anschließend Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen in Leipzig und Stuttgart. Nahm als Delegierter am Spaltungsparteitag der USPD und am Vereinigungsparteitag mit der KPD im Dezember 1920

teil. Ab Februar 1921 Chefredakteur der Roten Fahne. 1921 als Mitglied der Zentrale berufen. 1923 Vorsitzender der sächsischen Landtagsfraktion und Leiter des KPD-Bezirks Westsachsen. 1923 Finanzminister in der sächsischen Regierung. 1924 verlor er als Führer der Rechten sämtliche Funktionen. Ab 1926 Chefredakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung. Bis 1928 blieb er Vorsitzender der sächsischen Landtagsfraktion und Mitglied der Bezirksleitung Westsachsens. 1929 Ausschluss aus der KPD. Bis 1933 gehörte er zur Führung der KPO, deren Politischer Sekretär er war. 1933 emigrierte er in die Schweiz. Arbeitete für den sowjetischen Nachrichtendienst. 1946 wurde Böttcher in der sowjetischen Zone festgenommen und war bis 1956 in verschiedenen sowjetischen Lagern inhaftiert. 1956 Rückkehr in die DDR. Nach seiner Rehabilitierung Eintritt in die SED und Berufung zum Stellvertretenden Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 80 f.; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 98f.

Büchner, Robert (1904 – 1985)

Von 1919 bis 1922 Lehre als Müller. Seit 1922 Funktionär im KJVD und in der KPD. 1924 Prozess wegen Landfriedensbruchs und wegen der Durchführung eines Jungarbeiterstreiks im Mansfelder Grubenrevier. Wanderschaft durch ganz Deutschland. Seit 1925 Tätigkeit als ehrenamtlicher Arbeiterkorrespondent für verschiedene Arbeiterzeitungen. Seit 1930 hauptamtlicher Redakteur bei Parteizeitungen in Düsseldorf, Krefeld, Wuppertal und Hagen. 1932 bis 1934 Studium an der Moskauer Leninschule. Oktober 1934 bis April 1935 Mitglied der illegalen Reichsleitung des KJVD in Berlin. 1935 bis 1940 Inhaftierung im Zuchthaus Halle an der Saale. 1940 bis 1945 beim Aufbau und bei der Leitung der „Antifaschistischen Arbeitergruppe Mitteldeutschland“. Erstellung von Schulungsmaterial und Flugblättern. 1945 Oberbürgermeister in Eisleben. Herausgeber der „Volkszeitung“ in Halle. SED Mitgliedschaft. Besuch der Parteihochschule. 1950 bis 1953 Redakteur des „Neuen Deutschland“. 1953 bis 1954 Mühlenarbeiter. 1956 bis 1958 Mitarbeiter des „Berliner Verlags“. Seit 1958 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED, Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0120

Dahlem, Franz (1892 – 1981)

Kaufmännische Ausbildung. Seit 1911 Mitglied der Gewerkschaft, 1913 Vorsitzender der SAJ und 1914 Mitbegründer der Jungsozialisten in Köln. Militärdienst. Mitglied der USPD, 1920 der KPD. 1921 Mitglied des preußischen Landtags. Arbeitete in verschiedenen Bezirken der KPD in wechselnden Positionen. 1928 bis 1933 Abgeordneter des deutschen Reichstags, ab 1929 Mitglied des Politbüros der KPD. 1930 bis 1932 Reichsleiter der RGO. Emigrierte 1933 nach Paris. 1937 bis 1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, 1939 bis 1942 Internierung in Frankreich. Nachdem er an die Nationalsozialisten ausgeliefert wurde, bis Kriegsende in Gestapo- und KZ-Haft. 1946 bis 1953 Mitglied des ZK der SED. 1953 Ausschluss aus der Partei, 1956 politische Rehabilitierung und Wiederaufnahme ins ZK der SED.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 91 f.; Schumacher: M.d.R., S. 83 f.; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 138 f.;

Dohms, Herbert (Lebensdaten liegen nicht vor)

1929 bis 1930 Leninschüler. Tätigkeit im kommunistischen Jugendverband in Böhmen. Lebte nach 1945 vermutlich in der DDR.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1483.

Duncker, Hermann, Dr. phil. (1874 – 1960)

Trat 1893 in die SPD ein, für die er ab 1903 als hauptamtlicher Funktionär arbeitete. Lehrtätigkeit in der SPD und in der Gewerkschaft. Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD, deren Zentrale er bis zum November 1919 angehörte. In der Weimarer Republik u.a. als Wanderlehrer im Auftrag der KPD tätig. 1920 bis 1923 Sekretär der Thüringer Landtagsfraktion der KPD. Mitbegründer der Berliner Marxistischen Arbeiterschule. Nach dem Reichstagsbrand wurde Duncker kurze Zeit im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Emigration über Dänemark, England, Frankreich und Marokko in die USA. Duncker kehrte 1947 nach Deutschland zurück. 1949 wurde er Rektor der Bundesschule des FDGB, seit 1955 gehörte er dem Bundesvorstand des FDGB an.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 99 f.; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 188.

Fischer, Franz (1904 – ?)

Schweißer. Mitglied des KJVD. 1923 Eintritt in die KPD. Im Auftrag der Partei vor allem im KJVD tätig. Mitglied des ZK des KJVD, Bezirksleiter im Ruhrgebiet und Stadtverordneter. Im NS illegale Widerstandsarbeit in Berlin. Weiterführung der RGO bis 1934. Zuständig für die Bildung von Parteigruppen in den verschiedenen Betrieben. Nach 1945 Instrukteur der Bezirksleitung der KPD in Berlin, Vorsitzender der Kreisleitung, 1. Kreissekretär der SED Prenzlau, 1. Kreissekretär der Kreisleitung Berlin-Treptow bis 1963.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1673.

Fischer, Heinrich (keine Lebensdaten)

Ausbildung als Techniker. Mitarbeit im KJVD in Heidelberg. Lebte nach 1945 in der BRD.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1952.

Fischer, Ruth (1895 – 1961)

Pseudonym für die politische Karriere, bürgerlicher Name: Elfriede Eisler. Tochter des Leipziger Philosophieprofessors Rudolf Eisler. Schwester von Gerhard und Hanns Eisler. Wuchs in Wien auf und studierte dort Philosophie und Nationalökonomie. Heiratete den Publizisten Paul Friedländer. 1919 Übersiedlung nach Berlin. Ab 1920 Mitarbeiterin in der Internationale, 1921 Leiterin der Berliner KPD. 1921 Scheidung von Friedländer. Um nicht aus Deutschland ausgewiesen zu werden, ging sie eine Scheinehe mit dem Berliner Kommunisten Erich Golke ein. Ruth Fischer führte in der Partei die linke Opposition an. 1923 im Zentralkomitee der KPD, von 1924 bis 1928 Reichstagsmitglied und seit 1924 Kandidatin der EKKI. 1926 nach Moskau berufen und zusammen mit Maslow aus der KPD ausgeschlossen. Obwohl die KPD 1929 einen Kurswechsel vollzog, trat sie nicht mehr in Erscheinung. Verdiente bis 1933 ihren Lebensunterhalt als Pädagogin und als Sozialpflegerin. Floh 1933 zusammen mit ihrem Lebensgefährten Maslow nach Paris, 1940 weiter in die USA. Nach dem Krieg kehrte sie als amerikanische Staatsbürgerin nach Paris zurück und veröffentlichte verschiedene Arbeiten zur Sowjetunion. Schloss sich der österreichischen Sozialdemokratie an. Gründete die Kommunistische Partei Österreichs.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 117; Schumacher: M.d.R., S. 155 f., Benz/Graml: Lexikon, S. 86 f.

Flieg, Leo (1893 – 1939)

Trat 1908 der Sozialistischen Jugend bei. War für die Spartakusgruppe aktiv und wurde nach der Gründung Mitglied der KPD. Begründete zusammen mit Willi Münzenberg die KJI, in deren führenden Gremien er bis 1922 tätig war. Von 1922 bis 1932 arbeitete er als Sekretär im Politbüro und überstand dort sämtliche Wechsel der Parteispitze. Flieg, der als Emigrant in Paris lebte, wurde Ostern 1937 aufgefordert, nach Moskau zu reisen, wo er Opfer der stalinistischen Säuberungen wurde.

Quelle: Weber: , Bd. 2, S. 120 f.

Florin, Wilhelm (1894 – 1944)

Lehre als Nieter. 1913 Eintritt in die Gewerkschaft und Mitglied einer sozialistischen Jugendorganisation. 1914 bis 1918 Soldat. Als Kriegsgegner trat Florin 1917 der USPD bei und kam 1920 zur KPD. Von 1923 an als hauptamtlicher Funktionär tätig. 1924 wurde er in die Parteizentrale gewählt. Von da an auch Abgeordneter des deutschen Reichstags. Während der Weimarer Republik diverse Funktionen in verschiedenen Bezirken. Ab Ende 1925 bis Ende 1932 im Bezirk Ruhr tätig, Ende 1932 löste er Walter Ulbricht als Polleiter in Berlin-Brandenburg ab. Emigrierte nach Skandinavien. Starb 1944 in Moskau, wo er ein Ehrenbegräbnis erhielt.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 121 f.; Schumacher: M.d.R., S. 135.

Gäbler, Fritz (1897 – 1974)

1919 trat Gäbler in die FSJ und in die KPD ein. Nach einer kurzen Phase der Berufstätigkeit als Ingenieur wurde er 1920 Sekretär der Kommunistischen Jugend in Jena, 1922 wechselte er in den Hamburger Bezirk. 1923 Mitglied des ZK und Vorsitzender des KJVD. 1924 von der Linken bereits wieder abgesetzt. 1925/26 als Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“ tätig. Inhaftierung für ein Jahr. 1927 und 1928 als Redakteur in Erfurt und Jena tätig. Erneute Inhaftierung im September 1929 für zwei Jahre. Nach seiner Entlassung war er als Leiter der KPD in Gera tätig und als Abgeordneter im Thüringer Landtag. Nach 1933 illegale politische Arbeit für die KPD bis zur Verhaftung im Februar 1935. Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus in Brandenburg. In der DDR in verschiedenen Ämtern tätig. Von 1952 bis 1974 u.a. Mitglied und teilweise auch Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 129 f.; Müller-Enbergs/Wielgoths/Hoffmann: DDR, S. 238.

Geschke, Ottomar (1882 – 1957)

Schlosser. Seit 1910 Mitglied der SPD, seit 1917 der USPD und seit 1919 der KPD. Übernahm verschiedene Partei- und Gewerkschaftsfunktionen. Von 1923 an Mitglied der KPD-Zentrale, 1924 bis 1926 Mitglied des Zentralkomitees der Partei. In den folgenden Jahren bekleidete Geschke in der Zentrale bzw. im ZK verschiedene Funktionen. Von 1924 bis 1932 Mitglied des Reichstags. Während des gesamten NS in verschiedenen Haftanstalten und Konzentrationslagern inhaftiert. Geschke wurde 1947 zum Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gewählt.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 134; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 251; Schumacher: M.d.R., S. 149.

Grosse, Fritz (1904 – 1957)

Holzarbeiter. Grosse wanderte 1920 nach Russland aus, wo er in der Roten Armee im Feldzug gegen Polen kämpfte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er zunächst als Bauarbeiter und dann als Hilfsdrucker in einer KPD-Druckerei tätig. Wurde 1921 Mitglied des KJVD und der Partei. Arbeitete 1923 als Jugendsekretär im Bezirk Erzgebirge-Vogtland und wurde 1925 ins ZK des Jugendverbandes gewählt. 1927 Jugendsekretär in Halle, seit 1929 als 2. Sekretär des Jugendverbandes in Berlin tätig. Kurze Zeit im ZK der Partei, dann bis 1931 Gewerkschaftsarbeit in Moskau. Seit 1931 Versuch, kommunistische Jugendarbeit in England aufzubauen. Dort kurze Inhaftierung. 1932 kehrte er nach Berlin zurück, wo er den Vorsitz des KJVD übernahm und im November 1932 in den Reichstag gewählt wurde. Bis zu seiner Festnahme durch die Nationalsozialisten im August 1934 leitete Grosse den illegal arbeitenden KJVD. Bis zum Kriegsende war er im Zuchthaus Brandenburg und im KZ Mauthausen inhaftiert. Mitglied der KPD und der SED. 1949 wurde Grosse Botschafter in der Tschechoslowakei. Ab 1952 war er im Ministerium für außenpolitische Angelegenheiten der DDR beschäftigt.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 144; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 278 f.; Schumacher: M.d.R., S. 151 f.

Grosse, Hermann (geb. 1906 – ?)

Maschinenschlosser. Mitglied und Funktionär des KJVD und der KPD. Arbeitete seit 1929 als Chefredakteur der „Roten Fahne“ in Berlin. 1933 Verhaftung in Dortmund und Verurteilung zu 2 Jahren Zuchthaus. Während des NS Zusammenarbeit mit der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen. Zum Zeitpunkt der Befragung (29.9.1967) war Grosse stellvertretender

Minister für Fahrzeugbau und Verarbeitungsmaschinen.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0310.

Groth, Kurt (1903 – ?)

Lehrling auf einer Werft. 1917 Mitglied der sozialistischen Jugendbewegung. In der Weimarer Republik Gruppenkassierer des KJVD in Stettin. Mitglied der Bezirksleitung und Ressortleiter der Abteilung „Gegner“. Verhaftung bei Waffentransport. Verurteilung zu einem Jahr Festungshaft. Nach der Entlassung Wechsel zur Stettiner Bezirksleitung der KPD. 1928 bis 1932 Engagement in der Arbeiterkulturbewegung.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1498.

Grün, Alfred (1912 – 1983)

Lehre als Schneider. Mitglied einer kommunistischen Kindergruppe in Berlin. 1929 Eintritt in den KJVD, Tätigkeit als Gruppenleiter. Während der eigenen Erwerbslosigkeit Agitation von Erwerbslosen. 1932 Mitglied der Roten Jungfront. Bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1935 illegale politische Arbeit. 1938 Entlassung. Im November 1942 Einberufung zur Wehrmacht. Desertion.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1592.

Gyptner, Richard (1901 – 1972)

Kaufmännische Ausbildung. Teilnahme an der November-Revolution. Mitbegründer der KPD in Hamburg. Von 1920 bis 1926 Vorsitzender des KJVD und Jugendvertreter im Politbüro der Partei. 1922 Mitglied des EKKI der KJI, Jugendvertreter im EKKI. 1931 als Vertreter der KI in der Schweiz. 1933 Sekretär des EKKI der Internationalen Arbeiterhilfe in Paris. 1935 Mitarbeiter des Vorsitzenden der KI Georgi Dimitroff. 1945 Rückkehr nach Deutschland. Aufbau der Berliner KPD. Nach Gründung der SED Sekretär der Zentrale. Besuch der Landespartei-schule Liebenwalde. 1953 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1954 Mitglied und später Ehrenpräsident der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen. 1955 bis 1963 als Botschafter in Peking und Warschau und als Bevollmächtigter der Regierung für die Arabischen Staaten in Kairo.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 296 f.

Heckert, Fritz (1884 – 1936)

Lehre als Mauerer, seit 1902 Mitglied der Gewerkschaft und der SPD. 1916 Gründer der Chemnitzer Spartakusgruppe. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Chemnitz. Delegierter des Gründungsparteitags des KPD. Gehörte fast durchgängig dem ZK und der Zentrale der KPD an. Trat im Oktober 1923 der sächsischen Regierung bei und wurde Wirtschaftsminister. 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstags. Ging 1932 nach Moskau ins EKKI und verstarb dort 1936.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 155; Schumacher: M.d.R., S. 174.

Heilmann, Friedrich (1892 – 1963)

Trat 1908 der Sozialistischen Jugend und 1910 der SPD bei. Kriegsteilnehmer. Gründete die Freie Sozialistische Jugend, deren Generalsekretär er 1919/20 war. 1922 Sekretär in der KPD-Zentrale. Arbeitete bei verschiedenen Parteizeitungen. 1927 Mitglied der Thüringer Bezirksleitung. 1929 und 1932 Abgeordneter im Thüringer Landtag. 1931 nach Düsseldorf und nach Solingen versetzt. 1933 Emigration nach Moskau, wo er als Referent im EKKI tätig war. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland Mitbegründer der KPD in Thüringen sowie Landesleiter der Partei. Von 1946 bis 1952 Thüringer Landtagsabgeordneter, Vizepräsident des Landtags. In den folgenden Jahren als Chefredakteur bei verschiedenen Parteizeitungen tätig.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 157; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 325.

Hochmuth, Walter (1904 – 1979)

Kaufmännische Ausbildung. Trat 1925 in den KJVD und in die KPD ein. Von 1931 bis 1933 Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft. 1933 Volontär bei der „Hamburger Volkszeitung“. Arbeitete bis zum Sommer illegal in Deutschland. Emigration nach Dänemark, politische Arbeit in den Beneluxstaaten bis zur Internierung im Juni 1938 in den Niederlanden, 1940 bis 1942 Internierung im Lager Gurs in Südfrankreich. Dezember 1942 Auslieferung nach Deutschland, Inhaftierung in verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern. 1946 Eintritt in die SED. 1950 bis 1955 Stellvertretender Leiter des Verwaltungsamtes der Regierungskanzlei, 1957 bis 1963 als Vertreter der DDR in Indonesien und im Irak tätig. 1965 bis 1968 Leiter der Staatlichen Archiverwaltung beim Ministerium des Innern.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 362; SAPMO-BArch, SgY 30/1245.

Hockart, Paul (1902 – 1974)

Schriftsetzer. 1917 Eintritt in die USPD, 1919 in die FSJ, 1920 in die KPD. 1919 Unterbezirksleiter der FSJ in Gotha, 1920 Instrukteur der KJI in Österreich, ab 1920 Politischer Leiter des Unterbezirks Gotha, 1923 Mitglieder der KJVD Bezirksleitung Thüringen, 1924 bis 1933 Mitglied der KPD Bezirksleitung Thüringen. 1925 bis 1930 Technischer Leiter der „Neuen Zeitung“ in Jena, 1928 bis 1931 Technischer Leiter der Peuvag in Jena, 1931 bis 1933 Geschäftsführer einer KPD-Druckerei in Erfurt. 1933 Schutzhaft und Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. 1938 bis 1942 Schriftsetzer in Weimar. 1942 Wehrmacht, Einsatz in einer Strafkompagnie, 1945 Kriegesgefangenschaft. 1945 bis 1949 Mitbegründer und Leiter des Thüringer Volks-Verlages. 1946 Eintritt in die SED. 1951 bis 1967 stellvertretender Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK der SED. 1963 bis 1967 Generaldirektor der Zentralen Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft der DDR.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 362; SAPMO-BArch, SgY 30/1286.

Hoernle, Edwin (1883 – 1952)

Studium der Theologie. Seit 1910 Mitglied der SPD und Freundschaft mit Rosa Luxemburg. Kriegsteilnahme. Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD. Gehörte in Stuttgart dem Arbeiter- und Soldatenrat an. Für die KPD in der Bildungs- und in der Landarbeit tätig. Zeitweise Mitglied der Parteizentrale. Von 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstags. 1933 Emigration in die Sowjetunion. Während des Krieges Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland.“ Nach seiner Rückkehr nach Deutschland als Dekan der agrarpolitischen Fakultät der Verwaltungsakademie in Forst Zinna tätig.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 166 f.; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 263; Schumacher: M.d.R., S. 213.

Honecker, Erich (1912 – 1994)

1922 Mitglied einer Kommunistischen Kindergruppe, 1926 des KJVD, 1928 der KPD. Politischer Leiter einer KJVD-Ortsgruppe, seit 1927 Mitglied der Bezirksleitung Saargebiet. Besuch der Moskauer Leninschule. 1929 Agitpropsekretär und Politischer Leiter der Bezirksleitung des Saargebiets. Nach 1933 arbeitete Honecker bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1935 für den KJVD im Ruhrgebiet. 1934 Mitglied des ZK des KJVD. Bis 1945 im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert. 1945 bis 1946 als Jugendsekretär des ZK der KPD mit dem Aufbau einer antifaschistischen Jugendorganisation betraut. 1946 Mitbegründer und

erster Vorsitzender der FDJ. Seit 1949 Mitglied des ZK der SED. 1950 bis 1958 Kandidat des Politbüros. Seit 1958 Mitglied des Politbüros. 1971 Nachfolger Ulbrichts als Erster Sekretär des ZK der SED. Seit 1976 Generalsekretär der SED. Oktober 1989 Rücktritt von allen Ämtern, Dezember 1989 Parteiausschluss. 1990 kurze Untersuchungshaft, Entlassung wegen Haftunfähigkeit. Nach erneutem Haftbefehl im März 1991 Flucht nach Moskau. Juli 1992 Rückführung nach Berlin. Bis Januar 1993 Untersuchungshaft in Berlin-Moabit, nach Aufhebung des Haftbefehls reiste Honecker im Januar 1993 nach Chile aus, wo er 1994 verstarb.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 374.

Jahn, Rudi (1906 – 1990)

Bau- und Möbeltischler. 1922 Eintritt in den Deutschen Holzarbeiterverband. 1923 Mitglied des KJVD, 1924/25 Leiter des Jugendsekretariats im Deutschen Holzarbeiterverband. 1925 bis 1928 Wanderschaft. 1928 Eintritt in die KPD. 1929 Besuch der Internationalen Lenin-Schule in Moskau, danach Politischer Leiter einer Stadteilleitung der KPD in Leipzig, 1929 Mitbegründer der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion, 1931 bis 1933 Sekretär für Agitation und Propaganda in der Landesleitung der sächsischen KPD. 1933 bis 1935 Zuchthaus. Nach seiner Entlassung Fortsetzung der illegalen politischen Arbeit. 1939 bis 1945 Inhaftierung im KZ Buchenwald. Seit 1945 Mitarbeit in der KPD in Sachsen, 1946 Landessekretär der Volkssolidarität in Sachsen, 1946 bis 1948 Mitglied des sächsischen Landesvorstandes des FDGB und Mitglied der Landesleitung der SED und ihres Sekretariats. 1949 Mitglied des deutschen Volksrates, 1949 bis 1954 Abgeordneter der Volkskammer, 1952 bis 1958 Erster Vorsitzender des Rats des Bezirks Dresden. 1959 bis 1963 Botschafter in Bulgarien. 1963 bis 1968 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 388; SAPMO-BArch, SgY 30/1951.

Jahnke, Karl Hans (1898 bis 1961)

Kaufmännische Lehre in Hamburg. 1919 in der kommunistischen Jugend und in der KPD aktiv. Nach der Spaltung Mitglied in der KAP. 1921 erneut in der KPD. Beteiligte sich 1923 aktiv am Hamburger Aufstand. 1924 Agitpropagandist des Bezirks Wasserkante und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1924 bis 1926 Haft aufgrund seiner Beteiligung am Hamburger Aufstand. 1926 Mitarbeiter der deutsch-russischen Handelsgesellschaft. 1928 Ausschluss aus der KPD, da er in der Wittorf-Affäre Trotzki's Standpunkt vertrat. Ausschluss aus der KPD und aus der deutsch-russischen Handelsgesellschaft. Schloss sich 1929 den Trotzki'sten an,

von denen er sich 1931 wieder trennte. Wiederaufnahme in die KPD. 1932 Angestellter der RGO in Berlin. Im NS mehrfach inhaftiert. 1945 Mitglied in der KPD. Arbeitete in einer Hamburger Firma als Betriebsrat.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 171.

Jungmann, Erich (1907 – 1986)

Kaufmännische Ausbildung in Radebeul. Wurde 1928 Mitglied des KJVD und 1929 der KPD. Jungmann war zunächst Mitarbeiter, dann Sekretär der Reichspionierleitung des ZK des KJVD in Berlin. Er wurde 1931/32 Jugendsekretär. 1932 für kurze Zeit als Organisatorischer Leiter im Bezirk Niederrhein eingesetzt, um dann bis 1933 als Organisatorischer Leiter des Berliner ZK des KJVD zu arbeiten. Von November 1932 bis März 1933 KPD-Reichstagsabgeordneter. War bis zu seiner Verhaftung im September 1939 in Paris für die Jugendarbeit zuständig. Nach einer dreijährigen Haft in verschiedenen Internierungslagern emigrierte er bis 1946 nach Moskau. Ab 1947 für die KPD in Niedersachsen, Frankfurt am Main und Düsseldorf tätig. Abberufung in die DDR im März 1951. Parteiprüfungsverfahren. Zur Bewährung als Kontrolleur der Handelsorganisation in Karl-Marx-Stadt tätig. 1954 Instrukteur der Handelsorganisation in Berlin. Ab 1955 Journalistik Fernstudium. 1956 Rehabilitierung. Bis 1959 stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, 1971 bis 1976 Intendant von „Radio Berlin International“.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 401; Schumacher: M.d.R., S. 738 f.; SAPMO-BArch, SgY 30/1990.

Jurr, Werner (1906 – 1947)

Klempner. 1921 Eintritt in den KJVD, 1924 in die KPD. Er übte ehrenamtlich verschiedene Funktionen aus. Wurde 1925 ins ZK des KJVD gewählt. Ende 1925 Ernennung zum Gau-Führer der Roten Jungfront Berlin-Brandenburg. 1927 Vorsitzender der Roten Jungfront und hauptamtlicher Sekretär. 1928 Ausbildungslehrgang in der Sowjetunion. Wandte sich gegen Korruptionsmethoden im RFB und wurde 1929 aus sämtlichen Organisationen ausgeschlossen. Übertritt zur KPO und Führer der Kommunistischen Jugend-Opposition. 1930 Inhaftierung aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit. 1932 Wiedereintritt in die Partei. 1934 – 1939 erneute Inhaftierung. Nach seiner Freilassung gehörte Jurr zur Widerstandsgruppe Saefkow. 1942 zum Strafbataillon 999 eingezogen und nach Griechenland beordert. Schloss sich nach dem Krieg erneut der KPD und der SED an.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 174.

Kaiser, Ewald (1905 – 1992)

Ausbildung zum Schriftsetzer. 1920 Mitglied der SAJ, anschließend Wechsel zum KJVD. 1922 acht Monate Haft in der Strafanstalt Coswig. Ab 1924 Mitglied der KPD und Mitglied der Unterbezirksleitung Dessau. 1925/1926 Mitglied der KJVD Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt, 1927 Mitglied der Bezirksleitung Bochum, 1929 Mitglied der Bezirksleitung Ruhr. Kaiser arbeitete von 1926 bis 1933 als Müllfahrer in Herne. 1929 wurde er Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhr, 1932 Sekretär der KPD-Unterbezirksleitung in Rheine. Seit 1932 Abgeordneter des Preußischen Landtags. Seit August 1932 Sekretär der KJVD-Bezirksleitung Ruhr und Mitglied des Zentralkomitees des KJVD. Kaiser wurde im Februar 1934 verhaftet und vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1944/45 Inhaftierung im KZ Sachsenhausen. Nach Kriegsende für die KPD in Nordrhein-Westfalen tätig. Wegen Verbrechen gegen das Kontrollratsgesetz zu fünf Jahren Haft verurteilt. Nach der Entlassung in Magdeburg und in Leipzig tätig. 1956 Eintritt in die SED.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgoß/Hoffmann: DDR, S. 405; SAPMO-BArch, SgY 30/1092.

Knapp, Werner (1921 – ?)

Seit 1937 Mitglied des KJVD und seit 1941 KPD-Mitgliede. Beide Eltern waren in der KPD aktiv. 1935 Emigration mit der Mutter und den Geschwistern nach Prag, dort Teilnahme an einem Parteikurs. 1939 Übersiedlung nach Paris. Dort Kontakt zu anderen emigrierten deutschen Jugendlichen, regelmäßige Zusammenkünfte und politische Arbeit. Meldung als Kriegsfreiwilliger. Nach 1945 SED Mitglied. In verschiedenen Ministerien beschäftigt.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1895.

Knaut, Heinz (1905 – ?)

Dreher. Mitglied des KJVD und seit 1926 der KPD-Mitgliedschaft. In der Weimarer Republik Mitglied der Bezirksleitung des KJVD und Leiter der Roten Jungfront im Ruhrgebiet. 1933 bis 1934 Untersuchungshaft. Bis zur Verhaftung 1938 illegale politische Arbeit. Bis 1942 im KZ Buchenwald. 1942 bis 1945 erneut im Widerstand gegen den NS. Nach 1945 Kreissekretär der SED in Halle, Politischer Mitarbeiter der Bezirksleitung Berlin, Kreissekretär der Kreisleitung Berlin-Friedrichshain und Mitglied der Kaderleitung des VEB Motorenwerks Johannistal.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0483.

Köhler, Max (1897 – ?)

Seit Oktober 1911 Mitglied der Arbeiterjugendbewegung, seit 1915 der Sozialdemokratie. Gehörte in Berlin der Spartakusgruppe an. Köhler wurde bei einer Demonstration gegen die Verhaftung von Karl Liebknecht festgenommen und zu sechs Jahren Festungshaft verurteilt, die er aufgrund der Revolution jedoch nicht absitzen musste. Er gehörte zu den Mitbegründern der KPD. Mitglied der Zentrale der Freien Sozialistischen Jugend und Verlagseseigentümer der „Jungen Garde“. Von 1923 an in der Zentrale der KPD für Gewerkschaftsfragen zuständig. 1928 als „Rechter“ aus der Partei ausgeschlossen. Gründete anschließend die KPO und ging nach deren Spaltung in die SAP über. Im November 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet und bis 1937 inhaftiert. Lebte illegal in Dänemark und kehrte 1955 nach Berlin zurück. 1956 Eintritt in die SPD. Wegen religionskritischer Äußerungen Parteiverfahren und Ausschluss, 1962 durch Schiedsverfahren wieder aufgenommen. Lebte in West-Berlin und war im Bund der Verfolgten des Naziregimes tätig.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 185 f.

Kortmann, Emil (1909 – ?)

Kaufmännischer Angestellter. Mitglied des KJVD seit 1923, der KPD seit 1927. Tätigkeit als Redakteur bei verschiedenen Parteizeitungen, u.a. bei der Düsseldorfer „Freiheit“. Besuch der Reichsparteischule in Dresden. Für die KPD in der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung. 1930 bis 1933 im Zentralkomitee des KJVD tätig, dort für Finanzfragen zuständig. Während des NS Kontakt zur Widerstandsgruppe Schulze/Boysen. In der DDR Fachschulabschluss als Arbeitsökonom und als Journalist. 1950 bis 1952 als Seminarlehrer für Geschichte an der Abend-Universität des Marxismus-Leninismus in Berlin tätig. Gibt in seinem Selbstzeugnis als Beruf „Parteisekretär“ an.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0503.

Krenz, Egon (geb. 1937)

1953 Eintritt in die FDJ. Ausbildung zum Maschinenschlosser. Sekretär der FDJ. 1955 Eintritt in die SED, 1956 Mitglied der FDJ-Kreisleitung, 1955/56 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Bergen, 1961 bis 1964 und 1967 bis 1971 Sekretär des Zentralrats der FDJ, 1971 bis 1973 Kandidat, von 1973 bis 1989 Mitglied des ZK der SED. Seit 1971 Mitglied der Jugendkommission des Politbüros des ZK der SED, 1971 bis 1983 Erster Sekretär des Zentralrats der FDJ, 1971 bis 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1983 bis 1989 Mitglied des Politischen Büros des ZK der SED, Sekretär des ZK zuständig für Sicherheitsfragen,

Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 1984 Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, 1989 Generalsekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats. 1990 Ausschluss aus der SED, 1995 Anklage, 1997 Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis, 2000 Haftantritt.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 474.

Kresser, Karl (1906 – ?)

1923 Eintritt in den KJVD, Mitarbeit in der Ortsgruppe „Turmstraße“ in Berlin-Moabit. 1924 Eintritt in den RJ. Dort tätig als Gruppenführer, Kassierer und Zugführer. Land- und Wahlpropaganda für die KPD. 1928 Eintritt in die KPD. 1928 Übergang zum RFB. Besuch der Gauführerschule in Finow. 1929 RFB- und Parteiarbeit in Finow. Juli 1932 Reise in die UdSSR. Während des NS loser Kontakt zur Partei, zeitwillig in Haft. 1945 Einsatz als Polizeileiter bei Berlin, Bildung einer KPD Ortsgruppe. Besuch der Landespolizeischule und verschiedener Lehrgänge der Partei. 1954 Abteilungsleiter für innere Angelegenheiten im Kreis Beeskow. Verschiedene Ämter in der SED, Engagement v.a. in der Jugendarbeit.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1563.

Kuhn, Harry (1900 – 1973)

Schneiderlehre. 1915 Eintritt in die SAJ und in die Schneidergewerkschaft. 1918 Mitbegründer der Freien Sozialistischen Jugend. 1918 bis 1921 Politischer Leiter und 1921/22 Sekretär des KJVD des Bezirks Halle-Merseburg. 1922 bis 1924 Sekretariat des KJVD. 1923 Eintritt in die KPD. 1924 Aufenthalt in der UdSSR und in England, 1924 bis 1926 als Schneider tätig. 1927 bis 1929 bei verschiedenen Parteizeitungen und im Pressedienst des ZK der KPD beschäftigt. 1929 bis 1931 erwerbslos. Gehörte ab 1929 den „Versöhnlern“ an. 1931 bis 1933 Redakteur bei einer Parteizeitung in Frankfurt a.M. 1933 illegale politische Arbeit, 1934 Verhaftung und Verurteilung zu drei Jahren Zuchthaus. 1936 bis 1939 als Schneider tätig. 1939 bis 1945 Inhaftierung in Buchenwald. Seit 1945 Mitglied der KPD und der SED. Von 1945 an Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge. 1949 bis 1951 wegen „mangelnder Wachsamkeit gegenüber Parteifeinden“ aller Ämter und Funktionen enthoben. Generalsekretär der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. 1953 – 1962 in der Gewerkschaft „Wissenschaft“ tätig. 1962 bis 1971 Mitarbeiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 485 f.; SAPMO-BArch, SgY 30/1774.

Liebknecht, Karl (1871 – 1919)

Liebknecht trat 1900 der SPD bei und gehörte dem linken Flügel an. 1907 Mitbegründer der Sozialistischen Jugendinternationale, deren Präsident er bis 1910 war. Von 1912 bis 1917 Reichstagsabgeordneter. Er lehnte 1914 als einziger Abgeordneter die Kriegskredite ab. Im Januar 1916 wurde Liebknecht aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Mai 1916 wurde er nach einer Antikriegsdemonstration verhaftet und wegen Hochverrats zu Zuchthaus verurteilt. Begründer des Spartakusbundes und der KPD. Gemeinsam mit Rosa Luxemburg wurde Liebknecht nach seiner Teilnahme an den Januaraufständen 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet.

Quelle: Benz/Graml: Lexikon, S. 210.

Luxemburg, Rosa (1870 oder 1871 – 1919)

Floh als Jugendliche vor den politischen Verfolgungen aus Polen und studierte in Zürich Nationalökonomie. Schloss ihr Studium mit Promotion ab. 1898 Übersiedlung nach Berlin, wo sie Mitglied der SPD wurde. Arbeitete als Dozentin an der Zentralen Parteischule und nahm als Delegierte an internationalen Konferenzen teil. Luxemburg wurde im Februar 1914 zum ersten Mal inhaftiert. Von Juli 1916 bis November 1918 befand sich die Kriegsgegnerin erneut in Haft. Gründete zusammen mit Karl Liebknecht „Die Rote Fahne“ und zählt zu den Mitbegründern der KPD. Gemeinsam mit Liebknecht im Januar 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet.

Quelle: Benz/Graml, S. 215.

Mahle, Hans (1911 – 1999)

Vater Mitbegründer der KPD in Hamburg. Lehre als kaufmännischer Angestellter. 1926 Eintritt in den KJVD. 1928 Pionierleiter in Hamburg und Leiter des Unterbezirks Nordwest des KJVD. 1931 Mitglied der Reichspionierleitung, dort verantwortlich für die Herausgabe der „Trommel“. Mitarbeit im ZK des KJVD. 1932 Eintritt in die KPD. 1932 bis 1935 Mitglied der Zentrale des KJVD. Illegale Arbeit in Berlin, Sachsen und im Ruhrgebiet. 1935 in Amsterdam verhaftet. 1936 Emigration in die Sowjetunion, wo er bis zum Kriegsende verblieb. 1945 Rückkehr nach Deutschland. Mai 1945 Leiter des Berliner Rundfunks. Zeitweilig Mitglied des ZK der KPD und der SED. 1949 Generalintendant des Deutschen Rundfunks. 1951 Absetzung aufgrund des Vorwurfs, mit dem Klassenfeind kooperiert zu haben. Verkäufer in einem Landkonsum, dann Webeleiter der Konsumgenossenschaft im Kreis Schwerin. Ab 1956 Chefredakteur des SED Organs „Schweriner Volkszeitung“, seit 1959 Chefredakteur der Zeitung „Die Wahrheit“ in West-Berlin. Mitarbeit in der

Bezirksleitung der SED in West-Berlin. 1970 Mitglied des Parteivorstands der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins. 1995 Spitzenkandidat der PDS bei den Kommunal- und den Bundestagswahlen in Berlin-Steglitz.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgoß/Hoffmann: DDR, S. 546; SAPMO-BArch, SgY 30/1094.

Mannbar, Artur (1913 – ?)

1928 Eintritt in den KJVD, 1934 in die KPD. Leiter einer kommunistischen Kindergruppe im Saargebiet. Mitglied der Bezirksleitung des KJVD. Leiter der Pionierorganisation im Saargebiet. Redakteur bei einer Parteizeitung. 1935 Besuch der Leninschule. Illegale politische Arbeit im Reich. 1938 bis 1940 Instrukteur der KPD Wasserkante. 1940 Verhaftung in Dänemark. 1942 Verurteilung zu lebenslänglicher Haft wegen der Vorbereitung zum Hochverrat. Inhaftierung im Zuchthaus Brandenburg. Nach 1945 Chefredakteur beim Rundfunk der DDR.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1976.

Merges, Alfred (1900 – ?)

Feinmechaniker. Kam über die SAJ und die FSJ zum KJVD. Mitglied des Spartakusbundes und der KPD. 1916 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Ging nach der Revolution nach Berlin, um seiner Verhaftung durch die Behörden zu entgehen. Arbeitete als Hilfskraft und als Kurier in der Spartakuszentrale und wurde u.a. als Begleitschutz für Liebknecht und Luxemburg eingesetzt. 1919 Rückkehr nach Braunschweig, dort Verhaftung. Schloss sich Mitte 1920 für kurze Zeit der KAPD an. Beteiligung an der „Märzaktion 1921“. Inhaftierung im Zuchthaus Wolfenbüttel. Flucht während eines Hafturlaubes. Lebte und arbeitete bis zum Erlass der Reichsamnestie illegal im Rhein-Ruhr-Gebiet. Seit 1925 Arbeiterkorrespondent der Zeitung „Freiheit“ in Düsseldorf. Seit 1928 Bildreporter der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung. Seit 1925 als Funktionär der KPD in Düsseldorf tätig. Besuch der Marxistischen Arbeiterschule in Düsseldorf von 1929 bis 1932. Seit 1931 im Nachrichtenapparat der Partei tätig. Während des NS illegale politische Arbeit. Nach 1945 Chefredakteur der Düsseldorfer „Freiheit“. 1947 Übersiedlung nach Zittau, dort in der Kreisleitung tätig. Seit 1951 Kaderleitung an der Fachschule für Bauwesen. Mitglied der Parteileitung. Seit 1957 Redakteur der Betriebszeitung im VEB Flachsspinnerei Hirschfelde.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0623.

Meyer, Fritz (1907 – ?)

Former. 1923 Mitglied des KJVD, 1927 der KPD in Waren an der Müritz. Dort als Kassierer tätig. An Waffentransporten beteiligt. 1930 bis 1932 als Arbeiter in die UdSSR. Besuch der Abendhochschule der KPdSU.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2016.

Müller, Johannes (1912 – ?)

1927 Eintritt in den KJVD, 1931 in die KPD. Illegale politische Arbeit während des NS. Zunächst Leitung des Widerstands der im Reich verbliebenen Genossen von Prag, später von Schweden aus. 1940 Verhaftung und Verurteilung zu lebenslänglicher Haft. Inhaftierung im Zuchthaus Waldheim und im KZ Mauthausen. Nach 1945 Mithilfe beim Wiederaufbau der österreichischen KPÖ.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1207.

Mund, Franz (1915 – ?)

Mitglied des Jung-Spartakusbundes. 1929 wurde er Mitglied des einer Ortsgruppe des Kölner KJVD. 1932 Besuch der Parteischule in Köln-Deutz. 1932 Eintritt in die KPD, in der er als Agitationsleiter eingesetzt wurde. Festnahme im April 1933, Freilassung nach wenigen Monaten. November 1937 Einberufung zur Wehrmacht. Nach 1945 Volkspolizist in Erfurt und Heiligenstadt.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2145.

Münzenberg, Willi (1889 – 1940)

Münzenberg kam 1906 erstmalig mit der Sozialistischen Jugendbewegung in Berührung. Gründet selbige schließlich in der Schweiz und wurde deren hauptamtlicher Sekretär. Nachdem Münzenberg einen Generalstreik mitorganisiert hatte, wurde er nach Kriegsende aus der Schweiz ausgewiesen. Siedelte nach Stuttgart um. Wurde Mitglied der Spartakusgruppe und bis 1921 Vorsitzender der KJI. Nach seinem Ausscheiden aus der Jugendarbeit gründete Münzenberg die Internationale Arbeiterhilfe zur Bekämpfung der Hungersnot in Russland. Aufbau des „Münzenbergs-Konzern“, der u.a. die Arbeiter-Illustrierte herausgab und über den er Einfluss auf die KPD gewann. Gehörte von 1924 bis 1933 ununterbrochen dem Reichstag an. Gehörte zeitweise dem Zentrallausschuss der KPD an. Emigrierte 1933 nach Paris. Münzenberg weigerte sich 1937 aus Angst vor den Stalinistischen Säuberungen, nach Moskau zu reisen und wurde im Oktober aus der KPD ausgeschlossen. Er wurde nach Kriegsausbruch

interniert. Floh nach dem Einmarsch der Deutschen aus dem Lager und wurde 1940 aus ungeklärten Gründen tot aufgefunden.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 228 ff; Schumacher: M.d.R., S. 328 ff.

Nettball, Kurt (1903 – 1978)

Elektromonteur. 1919 Mitglied der FSJ, 1924 der KPD. Mitglied der Bezirksleitung der FSJ in Berlin. Vorsitzender des Schülerrates der Berufsschule der Metallarbeiterlehrlinge. Mitglied des Großberliner Betriebsräteausschusses der RGO. Mitglied der Unterbezirksleitung Berlin Weißensee. 1933 bis 1938 Inhaftierung u.a. im KZ Sachsenhausen. Nach der Entlassung illegale politische Arbeit als Politischer Leiter der Partei im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg. Verbindungsmann der Partei zu kleineren Rüstungsbetrieben. Wurde 1943 in ein Strafbataillon eingezogen. Nach 1945 Politischer Mitarbeiter bei ZK der SED. Besuch der Parteihochschule. Stellvertretender Abteilungsleiter beim Bundesvorstand des FDGB. Tätigkeit als Redakteur. Abteilungsleiter beim Verband Deutscher Konsumgenossenschaften.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0670.

Neubauer, Theodor, Dr. (1890 – 1945)

Geschichts- und Sprachenstudium, Abschluss mit Promotion. Teilnahme am Ersten Weltkrieg. Anhänger der Deutschen Vaterlandspartei. Trat 1918 in die Deutsche Demokratische Partei ein, in deren Erfurter Vorstand er gewählt wurde. Schloss sich 1919 der USPD an. Wurde 1921 für die KPD in den thüringischen Landtag gewählt. 1922 Studienrat in Weimar. Neubauer wurde im Oktober 1923 in der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringens Staatsrat. Legte im August sein Thüringer Landtagsmandat nieder und war bis 1933 Mitglied des deutschen Reichstags. 1925 für kurze Zeit Politischer Leiter im Ruhrgebiet, dann Absetzung, da er sich der Ultralinken angeschlossen hatte. 1926 schloss er sich wieder der Parteimehrheit an und wurde Chefredakteur der „Freiheit“ in Düsseldorf. Seit 1930 Mitarbeiter des Berliner ZK. Bis 1939 im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach seiner Entlassung Aufbau einer KPD-Widerstandsgruppe. 1944 wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 231 f.; Schumacher: M.d.R., S. 334 ff.

Neumann, Heinz (1902 – vermutlich 1937)

Philologiestudium, 1920 Eintritt in die KPD. 1921 Mitarbeiter des Pressebüros. Seit 1922 hauptamtlicher Parteifunktionär. 1922 Inhaftierung. Teilnahme an einer Russlanddelegation, auf der er Kontakt zu Stalin bekam. Schloss sich der linken Opposition um Ruth Fischer an. Aktiv an der Vorbereitung des Umsturzversuchs von 1923 beteiligt. 1924 Polleiter in Mecklenburg. Schloss sich der Mittelgruppe an. Wurde polizeilich gesucht und ging nach Moskau, wo er zum offiziellen Vertreter der KPD wurde. Setzte sich für die Politik Stalins in Deutschland ein. 1927 Kandidat des ZK der KPD. 1928 Rückkehr nach Deutschland. In der Wittorf-Affäre setzte sich Neumann für Thälmann ein. Er kam gemeinsam mit Thälmann an die Macht. Übernahme der Chefredaktion der „Roten Fahne“. 1929 Wahl ins ZK und Kandidat des Politischen Büros. Seit 1930 Reichstagsabgeordneter. 1932 seiner Funktionen enthoben. Versetzung nach Moskau. 1935 Inhaftierung in der Schweiz. Fand 1935 zusammen mit seiner Frau Magarete Buber-Neumann Asyl in Moskau. 1937 vom Volkskommissariat für innere Angelegenheiten verhaftet und seitdem spurlos verschwunden. Seine Frau wurde an die Gestapo ausgeliefert. Sie lebte nach Kriegsende in der BRD.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 233 f.; Schumacher: M.d.R., S. 340 ff.; Benz/Gaml: Lexikon, S. 237 f.

Nuding, Hermann (1902 – 1966)

Ausbildung zum Weißgerber und Lederarbeiter. 1918 Mitglied des Zentralverbandes der Lederarbeiter Deutschlands. 1918/19 Anschluss an den Spartakusbund und an die KPD sowie die FSJ. 1920 Mitglied der KJVD-Bezirksleitung Württemberg, 1923/1924 im Auftrag der Internationalen Arbeiterhilfe in den USA. Seit 1925 Leitungsfunktionen im KJVD Württemberg. Mitglied des ZK des KJVD. 1926 bis 1928 Aufenthalt in den UdSSR. Dort u.a. Besuch der Leninschule. Seit Ende 1928 als hauptamtlicher Funktionär der KPD eingesetzt. 1933 Verhaftung. Entlassung wegen TBC-Erkrankung. 1934 Emigration in die UdSSR. In verschiedenen europäischen Ländern zur Abwehrarbeit eingesetzt. Ende 1938 aufgrund „schwerwiegender Wachsamkeitsfehler“ aller Ämter enthoben. 1939/40 in Frankreich interniert. Nach der Entlassung im französischen Widerstand tätig. Oktober 1945 Rückkehr nach Deutschland. Aufbau der KPD in Stuttgart und in Württemberg. 1949 bis 1951 Bundestagsabgeordneter und Sprecher der KPD-Fraktion. Verlor 1950 aufgrund eines KPD-Beschlusses alle Parteiämter und legte auf Weisung des Politbüros der SED das Bundestagsmandat nieder.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 631.

Oertel, Gerhard (1915 – ?)

Gärtner. 1931 Eintritt in den KJVD. Arbeitet in verschiedenen Funktionen für den Jugendverband in Chemnitz, im Erzgebirge und im Vogtland. 1933 Verhaftung und Inhaftierung im KZ Sachsenhausen. Nach der Entlassung Wiederaufnahme der illegalen politischen Arbeit in der UBL Chemnitz. 1935 Besuch der Leninschule in Moskau. 1937 Rückkehr nach Deutschland. Dort illegale politische Arbeit. Von 1939 bis 1947 in der Emigration in England. Dort weiterhin für die Partei tätig. Lebte nach seiner Rückkehr in der DDR.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2079.

Osche, Ullrich (1911 – 1975)

Nach dem Abitur Lehre als Chemiograph. 1929 Eintritt in den KJVD, 1930 in die KPD. Übernahm in der Jugend der RGO verschiedene Ämter. 1933 illegale Arbeit. 1934 Emigration in die Niederlande, von dort leitete er den kommunistischen Widerstand im Ruhrgebiet an. 1935 Aufenthalt in Moskau. 1936 Rückkehr nach Deutschland, um im illegalen Sekretariat der KPD in Köln zu arbeiten. März 1936 Verhaftung und Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus. 1945 bis 1949 Abteilungsleiter der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft. 1946 Eintritt in die SED. 1950 bis 1959 als Vertriebsleiter und Redakteur in der Parteipresse tätig. 1954 bis 1959 Mitarbeit im ZK der SED. 1959 bis 1974 Hauptdirektor der Zentraleitung der Deutschen Werbe- und Anzeigengesellschaft.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgoß/Hoffmann: DDR, S. 638 f, SAPMO-BArch, SgY 30/1288.

Pieck, Wilhelm (1876 – 1960)

Trat als gelernter Tischler 1894 in die Gewerkschaft und 1895 in die SPD ein. Seit 1905 als Abgeordneter in der Bremer Bürgerschaft und seit 1906 als hauptamtlicher Funktionär tätig. 1907/1908 Besuch der Berliner Parteischule. Siedelte nach Berlin über. Dort enge Zusammenarbeit mit Friedrich Ebert. 1914 Anschluss an die Gruppe „Internationale“, aus der später die Spartakusgruppe hervorging. Wurde daraufhin vom SPD-Vorstand seiner Posten enthoben. Nach Kriegsverletzung Desertion und Emigration nach Amsterdam, wo er für die Linksradiakalen arbeitete. Rückkehr nach Deutschland im Oktober 1918. Schloss sich dem Spartakusbund an und wurde ein enger Mitarbeiter Liebknechts. Auf dem Gründungsparteitag in die Zentrale der KPD gewählt, der er bis 1933 angehörte. Von 1921 bis 1928 und 1932/33 Abgeordneter des Preußischen Landtags und von 1928 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. Gehörte nach der Oktoberniederlage zur Mittelgruppe und übernahm die Leitung der Roten

Hilfe. Pieck wurde im Juli 1926 Polleiter der Berliner Organisation und Mitglied des Polbüros der Zentrale. Nach der Wittorf-Affäre übte Pieck, der sich gegen Thälmann gestellt hatte, Selbstkritik. 1928 Mitglied des EKKI, 1931 Mitglied des Sekretariats und des Präsidiums des EKKI. 1933 Emigration nach Paris. 1935 wurde er Parteivorsitzender. 1938 Übersiedlung nach Moskau, arbeitete im Nationalkomitee Freies Deutschland. Kehrte 1945 als Vorsitzender der KPD nach Deutschland zurück. Wurde 1946 Abgeordneter im Landtag von Brandenburg und zusammen mit Otto Grotewohl zum Vorsitzenden der SED gewählt. Von der Gründung der DDR bis zu seinem Tod Präsident der DDR.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S.245 ff.; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 657 ff., Benz/Graml, S. 251; Schumacher: M.d.R., S. 367 f.

Remmele, Hermann (1880 – 1939)

Eisendreher. Seit 1897 Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft und der SPD. Zählte zu den Mitbegründern der süddeutschen Arbeiterjugendbewegung. Besucht 1907/1908 die SPD-Parteischule in Berlin und wurde dann als Funktionär in Mannheim eingesetzt. Während des Krieges als Soldat an der Westfront. Gehörte 1919 zu den Initiatoren der kurzlebigen Räterepublik in Mannheim. Wurde 1920 für die USPD in den Reichstag gewählt. Teilnahme als Delegierter des Spaltungsparteitags. Vom linken Flügel der SPD wechselte er zur KPD, deren ZK er während der gesamten Weimarer Republik angehörte und in dem er verschiedenste Funktionen übernahm. Nahm an den Oktoberkämpfen 1923 in Hamburg teil und wechselte nach der Niederlage der Brandler-Führung zur Mittelgruppe. Seit 1924 Mitglied des Polbüros und des Reichstags. 1925 Chefredakteur der „Roten Fahne“. Neben Thälmann und Neumann wurde Remmele zum Hauptvertreter des von der Komintern bestimmten ultralinken Kurses. Versuchte 1932 erfolglos zusammen mit Neumann Thälmann abzusetzen, blieb aber im Gegensatz zu Neumann in den Parteigremien. 1933 Emigration nach Moskau, wo er zur „Selbstkritik“ gezwungen wurde. Zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn wurde er vermutlich 1937 Opfer der stalinistischen Säuberungen.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd.2, S. 256; Benz/Graml: Lexikon, S. 269.

Riegg, Franz-Paul (1901 – 1945)

Der kaufmännische Angestellte wurde 1921 Mitglied der KPD. War im Herbst 1923 an der Vorbereitung des Aufstandes beteiligt und musste anschließend aus Bayern fliehen. 1924/1925 für verschiedene Parteizeitungen im Ruhrgebiet tätig. 1926/1927 Agitpropleiter der Bezirksleitung Ruhr und Lehrtätigkeit an zentralen KPD-Schulen. Ende 1927 bis Frühjahr

1929 nahm Riegg an einem Schulungskurs in Moskau teil. Nach seiner Rückkehr baute er den illegalen Militärapparat der KPD auf. 1932/33 Redakteur bei Berliner Parteiorganen. Ende 1933 verhaftet. Elf Jahre Haft in verschiedenen Haftanstalten und Konzentrationslagern. Kam im Mai 1945 während einer Bombardierung um.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 259.

Sandtner, Herbert (keine Lebensdaten)

1926 Eintritt in den KJVD. Politischer Leiter einer KJVD-Ortsgruppe in Bockwitz. Als Funktionär in der Unterbezirksleitung tätig.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1602.

Scharper, Emmerich (1920 – 1942)

Lehre als Kaufmannsgehilfe. Mitglied der kommunistischen Kinderorganisation und der Roten Jungpioniere. Besuch einer Freien Schule. Während des NS Kontakt zu einer illegal arbeitenden KPD-Gruppe. 1941 Verhaftung. November 1942 Todesurteil des Volksgerichtshofs. Starb noch vor der Hinrichtung an den Folgen der Misshandlung.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2129 (Erinnerungen von Hanna Tormkin).

Schulz, Walter (1913 – ?)

Ausbildung zum Handelsgehilfen. Mitglied des KJVD und der Partei. Bis 1924 in der Jugendarbeit tätig, dann als Sekretär der Partei und als Redakteur beschäftigt.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/0861.

Sparschuh, Fritz (1913 – ?)

Anwaltsgehilfe. 1922 Mitglied einer Kommunistischen Kindergruppe, Besuch einer Reformschule, 1926 Jugendweihe. 1929 Eintritt in den KJVD in Dresden. Illegale politische Arbeit. 1934 Verhaftung. Lebte nach 1945 in Dresden.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2021.

Teßmer, Henry (1908 – 1979)

Schneider. Mitglied des KJVD und der Partei. Angehöriger der Ortsgruppe „Rigaer-Viertel“ in Berlin.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2051.

Thälmann, Ernst (1886 – 1944)

Verließ als Sechszehnjähriger sein Elternhaus und fuhr zur See. Arbeitete als Landarbeiter in den USA. Nach kurzer Zeit Rückkehr nach Deutschland. 1903 Mitglied der SPD und 1904 des Transportarbeiterverbandes. Kriegsteilnehmer. Schloss sich der USPD an und wurde 1919 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Delegierter des Spaltungsparteitags, seit 1921 Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Hamburg und Mitglieder der Bezirksleitung Wasserkante. 1921 als hauptamtlicher Sekretär in Hamburg tätig. Von 1919 bis 1933 ununterbrochen Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Beteiligte sich am Hamburger Aufstand im Oktober 1923. Führer des RFB. Leitete nach der Absetzung von Fischer und Maslow mit kurzer Unterbrechung bis 1933 die KPD als Parteivorsitzender. Wurde 1928 in Folge der Wittorf-Affäre, in der er einen Finanzskandal zu verschleiern versuchte, für kurze Zeit sämtlicher Ämter enthoben, auf Anweisung Stalins jedoch wieder eingesetzt. Verhaftung im März 1933, 1944 Ermordung in Buchenwald.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 318 ff.; Benz/Graml: Lexikon, S. 338; Schumacher: M.d.R., S. 515 ff.

Ulbricht, Walter (1893 – 1973)

Tischler. Wurde mit 15 Jahren Mitglied der Sozialistischen Jugend. 1912 Eintritt in die SPD. Kriegsteilnahme und Desertion. Schloss sich nach der Gründung der KPD der Partei an. Von 1920 an als hauptamtlicher Funktionär tätig. Seit 1921 Parteisekretär in Thüringen. Nach dem Sieg der Parteilinken besuchte Ulbricht die Kominternschule in Moskau. Tätigkeit als Instrukteur in Wien und in Prag. 1925 Rückkehr nach Deutschland, Betätigung in verschiedenen Abteilungen des Zentralkomitees. Ulbricht wurde Mitglied des sächsischen Landtags und 1927 Mitglied des ZK. 1929 trat er die Nachfolge des gemäßregelten Pieks als Polleiter des Bezirks Berlin-Brandenburg an. Von 1928 bis 1933 Mitglied des Reichstags. 1933 Emigration nach Frankreich, 1937 in die Sowjetunion. Mitarbeit im Nationalkomitee Freies Deutschland. Kehrete als einer der ersten Emigranten nach Berlin zurück. Ununterbrochen in allen Spitzengremien der KPD und SED vertreten. Generalsekretär der SED. Maßgeblich mitverantwortlich für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die

am 17. Juni 1953 zum Aufstand führten. Nach Piecks Tod erster Staatsratsvorsitzender der DDR.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 326 f., Schumacher: M.d.R., S. 528 ff; Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 868 ff; Benz/Graml: Lexikon, S. 348.

Urbschat, Gustav (1901 – ?)

Mitglied der FSJ in Berlin. Mitarbeit im KJVD und in der KPD. 1930 Reise in die UdSSR. Illegale politische Arbeit während des NS. In der DDR Professor für Marxismus und Leninismus.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2075.

Verner, Paul (1911 – 1986)

Maschinenschlosser. 1925 Eintritt in den KJVD, 1929 in die KPD. Volontär im kommunistischen Verlag in Chemnitz. Jugendfunktionär und Mitglied der BL des KJVD Sachsen und Mitarbeit in der Redaktion der „Jungen Garde“. 1932 bis 1934 in Moskau. 1935 bis 1939 Widerstandstätigkeit für den KJVD und die KPD in verschiedenen europäischen Ländern. 1939 Verhaftung in Schweden. 1943 als Metallarbeiter in Schweden tätig. Januar 1946 Rückkehr nach Deutschland. Mitbegründer der FDJ. Seit 1950 ZK-Mitglied. 1950 bis 1953 ZK Sekretär für gesamtdeutsche Fragen, später Leiter der Abteilung und verantwortlich für konspirative Arbeit in der BRD. Seit 1963 Mitglied des Politischen Büros. Seit 1958 Abgeordneter der Volkskammer. 1959 bis 1971 Erster Sekretär der SED Bezirksleitung Berlin. 1963 bis 1971 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. 1971 bis 1983 Leiter der Jugendkommission beim Politbüro. 1981 bis 1984 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats. 1984 aus Krankheitsgründen ausgeschieden.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 873.

Weber, Otto (1893 – 1961)

Feilenhauer. 1913 Mitglied der SPD. 1917 Übertritt zur USPD. Kriegsteilnahme im Ersten Weltkrieg. Mitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes. Seit 1920 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär in Solingen. Wechselte Ende 1920 zusammen mit der Linken der USPD in die KPD. Ausweisung aus dem Rheinland durch die britische Besatzungsmacht im Mai 1921. 1923/1924 Vorsitzender und Sekretär der Partei in Remscheid. 1924 bis 1928 Reichstagsabgeordneter. Bis Anfang 1928 Unterbezirksleiter in Remscheid, dann nach Solingen versetzt. 1929 Leiter der Roten Hilfe im Bezirk Niederrhein, im Frühjahr 1932 in die

Zentralleitung der Roten Hilfe nach Berlin berufen. 1932 Kassierer in der Zentrale der Roten Hilfe. Im März 1935 kehrte er von Berlin nach Remscheid zurück. Nach 1945 Wiedereintritt in die KPD; übernahm aber keine politischen Funktionen mehr.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 339.

Weichert, Albert (1910 – ?)

Mitglied der Naturfreunde, von denen er 1927 ausgeschlossen wurde. Eintritt in den KJVD. 1930 Mitbegründer der Agitations- und Propagandagruppe „Das Rote Sprachrohr“. Politischer Leiter aller Agitpropgruppen im Ruhrgebiet. Während des NS gemeinsam mit Erich Honecker illegale politische Arbeit im Ruhrgebiet. Lebte nach 1945 in der BRD.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/1930.

Weinert, Erich (1890 – 1953)

Schriftsteller. Seit 1921 Veröffentlichung satirischer Gedichte, Auftritte in politischen Kabarets in Berlin und Leipzig. Beiträge in der „Weltbühne“ und im „Simplizissimus“. Seit 1924 Mitarbeiter der „Roten Fahne“ und anderer linken Presseorgane. Rezitator bei Veranstaltungen der KPD, der SPD und der Gewerkschaften. Autor von Szenen, Liedern und Gedichten für Agitpropgruppen. 1929 Eintritt in die KPD. Von 1929 bis 1932 Mitherausgeber der „Linkskurve“. 1931 Prozess wegen Gotteslästerung, Anstachelung zum Klassenhass und Aufforderung zum bewaffneten Aufstand. Sieben Monate Redeverbot. November 1932 Reichstags- und preußischer Landtagskandidat der KPD. 1933 Emigration nach Frankreich, 1935 in die UdSSR. 1937 bis 1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg. 1940 Sowjetische Staatsbürgerschaft. Seit 1941 Mitarbeiter beim Moskauer Rundfunk und beim Deutschen Volkssender. 1942/1943 zusammen mit Ulbricht Propagandaeinsatz an der Stalingrader Front. 1946 Rückkehr nach Deutschland. 1946 bis 1948 Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, anschließend einer der Leiter der Hauptabteilung Allgemeine Kunst und Literatur.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 899.

Wenzel, Hugo (1891 – 1940)

Landarbeiter. Vor dem Ersten Weltkrieg gehörte er der SPD an, schloss sich dann aber einer Spartakusgruppe an. Seit Gründung der KPD Mitglied und führender Funktionär in Mecklenburg. Herbst 1920 Besuch der Parteischule. 1921 Landtagsabgeordneter in Schwerin. 1924 Orgleiter des KPD Bezirks Mecklenburg. 1924 Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion. 1925 aktiver Anhänger der linken Opposition. 1926 Verhaftung und Anklage wegen Hochverrats. Die Parteizentrale übte Druck auf ihn aus und setzte ihn erst wieder auf die Kandidatenliste, als er sich von den Linken distanzierte. Als Abgeordneter der Landtagsfraktion kam Wenzel aus der Haft frei. 1927/28 Besuch der Moskauer Leninschule. Anschließend Redakteur bei einer Parteizeitung. 1933 Inhaftierung in Sachsenhausen, wo er 1940 ums Leben kam.

Quelle: Weber: Wandlung, Bd. 2, S. 339.

Wloch, Karl (1905 – 1982)

Kaufmännische Ausbildung. Mitglied der FSJ, des KJVD und der KPD. Mitglied der KPD-Unterbezirksleitung in Berlin-Moabit. 1925 bis 1928 überwiegend arbeitslos. Referent der KPD. 1928 Instrukteur der KPD-Bezirksleitung Berlin Brandenburg. Aktiv gegen die „Versöhnler“ und die Rechten. Volontär bei der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, 1929 stellvertretender Chefredakteur des „Thüringischen Volksblattes“. 1931 in der Gewerkschaftsredaktion der „Roten Fahne“ beschäftigt. 1932 Sekretär in der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der KPD. 1933 illegale politische Arbeit und Leiter der UBL Hessen-Kassel. 1933 Verhaftung und Verurteilung zu Einzelhaft, 1935 bis 1938 Inhaftierung in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen. Nach der Entlassung in der Widerstandsgruppe um Anton Saefkow tätig. 1946 bis 1948 Hauptreferent der Hauptabteilung Werbung und Schulung im Parteivorstand der SED. 1950 bis 1952 Generalsekretär und Mitglied des Präsidiums der deutsch-polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft. 1954 bis 1956 Leiter des Amtes für Literatur und Verlagswesen. 1956 bis 1958 Mitglied der Agitationskommission im ZK der SED. 1958 bis 1962 Chefredakteur der „Volkswacht“ in Gera. 1962 bis 1964 Mitarbeiter des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in Berlin.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 928; SAPMO-BArch, SgY 30/1103.

Zöger, Heinz (1915 – 2000)

Schriftsetzer. 1932 Mitglied der Antifaschistischen Jungen Garde, der Roten Hilfe und der RGO. Im November 1933 als Verbindungsmann des KJVD Leipzig und Dresden verhaftet. Verurteilung und Haft in Bautzen. Nach seiner Entlassung Fortsetzung der illegalen politischen Arbeit. 1935 bis 1940 als Schriftsetzergehilfe in Leipzig tätig. 1941 erneute Verhaftung und Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat. 1941 bis 1945 Haft in den Zuchthäusern Waldheim und Halle. 1946 Eintritt in die KPD/SED. 1946 bis 1953 bei verschiedenen Rundfunksendern beschäftigt. Seit 1955 zunächst Stellvertretender Chefredakteur, dann Chefredakteur des „Sonntags“. Verhaftung 1957 und Ausschluss aus der SED wegen „Teilnahme an der konterrevolutionären Gruppe um Wolfgang Harich“. Schauprozess und Verurteilung zu 30 Monaten Zuchthaus. 1957 bis 1959 Haft. 1959 Flucht in die BRD. Mitarbeiter der Zeitschrift „Der Dritte Weg“. November 1989 Aufhebung des Urteils von 1957 durch das Oberste Gericht der DDR.

Quelle: Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann: DDR, S. 955.

Zschocher, Gerhard (1914 – ?)

Kam über die SAJ zum KJVD. Wurde in einem Leipziger Stadtteil als Organisationssekretär eingesetzt. Wanderschaft durch Europa. Illegale politische Arbeit während des NS. 1934 Verhaftung und Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus. Anschließend Inhaftierung im KZ Buchenwald. 1946 Mitarbeiter der Kreisleitung der KPD Leipzig. Zuletzt als Industriegruppensekretär tätig.

Quelle: SAPMO-BArch, SgY 30/2000.